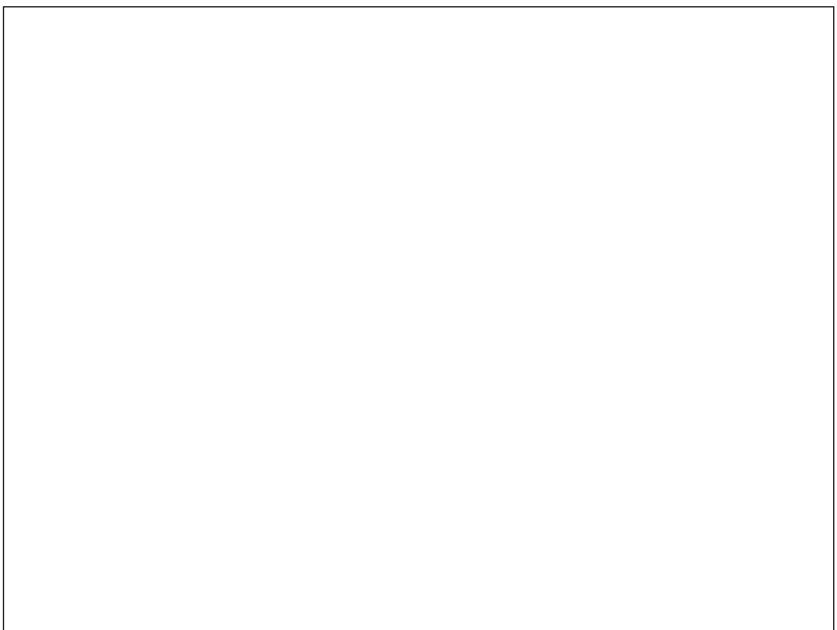
Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

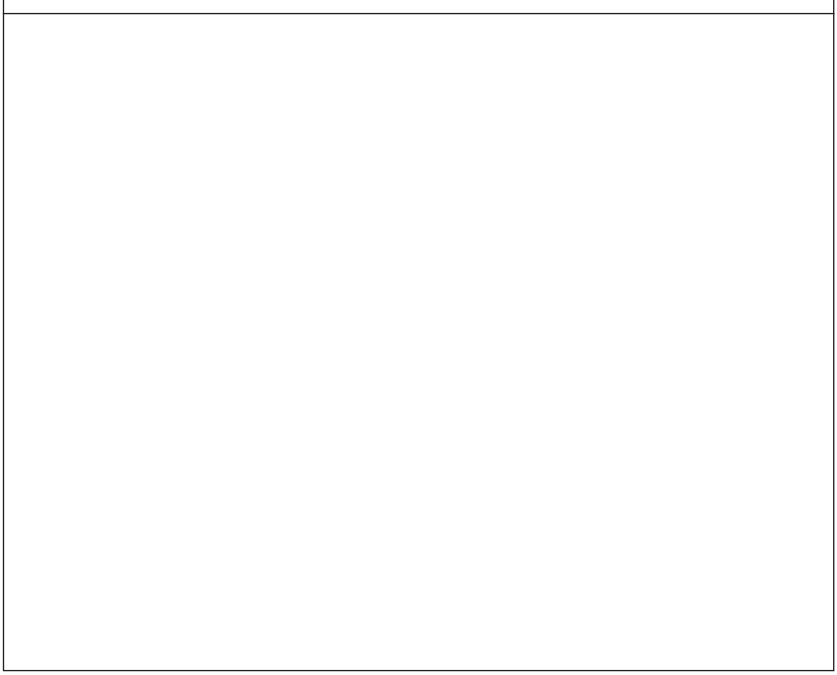
Extremismus & Demokratie

NOMOS

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesondert urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.





https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

25. Jahrgang 2013

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (03 51) 46 33 28 02; Prof. Dr. Alexander Gallus, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127720; Prof. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127720.

Redaktionsassistenz: Madeleine Petschke, M. A., Dajana Richter.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn; Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim; Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg.

Internet:
http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pspi/jahrbuch

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-1034-8

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jahrbuch
EXTREMISMUS & DEMOKRATIE (E&D)

Inhalt Band 25 (2013)

Editorial 7

Analysen

Eckhard Jesse, Mitte und Extremismus 13
Barbara Zehnpfennig, Extremes Denken 37
Tom Mannewitz, Parteiförmiger Linksextremismus in Europa 57
Manuel Seitenbecher, Henning Eichbergs Weg von der Rechten zur Linken über die 68er-Bewegung 79

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2012 97
Uwe Backes, Organisationen 2012 112
Alexander Gallus, Dokumentation 2012 130
Ulrike Madest, Linksextremistische Musik in Deutschland 136
Uwe Backes, Muslimfeindlicher Rechtsextremismus? 150
Michail Logvinov, Das Kaukasus-Emirat als pankaukasische Dschihadfront .. 162
Eckhard Jesse, Biografisches Porträt: Lothar Bisky 178
Nicola Karcher, Länderporträt: Norwegen 191
Elmar Vieregge, Zeitschriftenporträt: ZUERST! 211

Literatur

Literaturbericht:
Lazaros Miliopoulos, Demokratie in Theorie und Praxis 231
Sammelrezension:
Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft 251
»Kontrovers besprochen«:
Christian Lannert, „Vorwärts und nicht vergessen"? (André Brie, Stephan Hilsberg, Jürgen P. Lang, Sebastian Prinz) 265
Rezensionsessay:
Gideon Botsch, Die extreme Rechte (Kai Arzheimer) 275
»Wieder gelesen«:
Paul Sering, Jenseits des Kapitalismus (Mike Schmeitzner) 279
Literatur aus der „Szene":
Anonym, Inspire (Florian Peil) 284

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hauptbesprechungen:
Jörg Baberowski, Verbrannte Erde (Gerhard Wettig) 289
Arnd Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis (Bernd Jürgen Wendt) 293
Astrid Bötticher/Miroslav Mareš, Extremismus (Viola Neu) 297
William J. Dobson, Diktatur 2.0 (Marianne Kneuer) 300
R. M. Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“ (Bernd Faulenbach) 304
Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hrsg.), Verfassungsfeinde? (Armin Pfahl-Traughber) 308
Lothar Fritze, Anatomie des totalitären Denkens (Ernst Nolte) 312
Joachim Gauck, Freiheit (Franziska Kiermeier) 315
Karrin Hanshew, Terror and Democracy in West Germany (Achim Saupe) .. 318
Ines Härtel (Hrsg.), Handbuch Föderalismus (Thomas Schubert) 322
Joachim Jens Hesse/Thomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland (Roland Sturm) 325
Jacques Julliard, Les Gauches Françaises 1762-2012 (Brigitte Seebacher) ... 328
Dirk Laabs, Der deutsche Goldrausch (Richard Schröder) 331
Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.), Radikale Milieus (Rolf Tophoven) 335
Tom Mannewitz, Linksextremistische Parteien in Europa (Udo Baron) 339
Frank R. Pfetsch, Theoretiker der Politik (Alexander Thumfart) 343
Wolf Schmidt, Jung, deutsch, Taliban (Uwe Backes) 347
Rupert Scholz, Parlamentarische Demokratie in der Bewährung (Hans Herbert von Arnim) 350
Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht (Birgit Enzmann) 354
Joas Wagemakers, A Quietist Jihadi (Marwan Abou-Taam) 357

Kurzbesprechungen 360
Kommentierte Bibliographie 427
Zeitschriftenauslese 449
Verzeichnis der besprochenen Bücher 451
Mitteilungen und Hinweise 461
Personenverzeichnis 465
Autorenverzeichnis 481

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Editorial

Nach der Aufdeckung des mörderischen Treibens eines sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) im November 2011 war das Themenfeld „innere Sicherheit“ im Berichtsjahr dieses Bandes (2012) von teils erregt geführten Diskussionen um rechtsterroristische Gefahrenpotenziale, deren Unterschätzung, das Ausmaß des Versagens der Sicherheitsbehörden (bezeichnenderweise vor allem der Verfassungsschutzämter, weit weniger hingegen der Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften) wie der professionellen Beobachter (Journalisten, Publizisten, Wissenschaftler) und die aus dem neuen, weithin noch ungefestigten Informationsstand zu ziehenden Konsequenzen beherrscht. Nicht weniger als vier parlamentarische Untersuchungsausschüsse (in Berlin, Dresden, Erfurt und München) trugen mit ihren öffentlichen Anhörungen und Kontroversen sowie der damit verbundenen Medienberichterstattung zur allmählichen Klärung drängender Fragen bei und bewirkten auf diese Weise – trotz manch schriller Töne – alles in allem eine Entkräftung wild wuchernder Gerüchte und Verschwörungstheorien, wie sie in manchen Medien zirkulierten – und naturgemäß in rechts- wie linksextremistischen Kreisen.

Auch dieser Band des Jahrbuches will mit Fakten und Argumenten die Versachlichung einer Debatte fördern, die selbst in sozialwissenschaftlichen Publikationen mitunter sonderbare Blüten treibt. So zeigt Eckhard Jesse in seiner *Analyse*, dass die von einer Leipziger Forschergruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker seit 2002 publizierten Studien über Rechtsextremismus und „Mitte“ weitreichende Aussagen treffen, die empirisch auf wackligen Füßen stehen. Die nach der Aufdeckung der NSU-Morde erschienenen Versionen enthalten aktuelle Bestandsaufnahmen zum organisierten Rechtsextremismus, die aus der Auswertung von Einstellungsdaten (der empirischen Grundlage der Untersuchung) kaum zu gewinnen sind. Vereinfacht ausgedrückt: Menschen mit rechtsextremen Einstellungen sind in ihrer großen Mehrheit nicht gewalttätig, während umgekehrt das Gros der von der Kriminalpolizei erfassten Gewaltdelikte mit „rechter“ Motivation von Jugendlichen verübt wird, deren politische Orientierung meist „dünn“ und ungefestigt ist. Daher gelingt der Brückenschlag von der Einstellungs- zur Verhaltensebene nicht – jedenfalls nicht mit dem methodischen Instrumentarium der Leipziger Wissenschaftler.

Der Berliner Extremismusforscher Hans-Gerd Jaschke hat in einer „Sammelrezension“ Neuerscheinungen über gewaltgeneigte rechtsextreme Szenen, deren Hintergründe und Umfeld gesichtet. Wie sich dem Leser offenbart, war der Rechtsextremismus in seinen organisierten Formen auch vor der Aufdeckung der NSU-Verbrechen alles andere als eine Terra incognita. Und dennoch ist die Zahl der Studien auf breiter empirischer Basis klein, so dass zu wünschen wäre, die NSU-Diskussion gäbe Anstöße für die Entwicklung neuer Forschungsprojekte. Diese sollten sich nicht auf einzelne Akteure konzentrieren, sondern der Gewaltdynamik stärkere Beachtung schenken, wie

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sie aus der Wechselwirkung und den Interaktionen extremistischer Szenen entsteht. Besondere Beachtung verdient die oft vernachlässigte Konfrontationsgewalt zwischen „rechts“ und „links“ motivierten Gewalttätern. In der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt ist die linksextremistische Hassmusik, wie sie die brandenburgische Politikwissenschaftlerin Ulrike Madest in ihrem *Dossier* anhand einer Reihe von Beispielen einer systematischen Inhaltsanalyse unterzieht. Die Texte weisen viele strukturelle Gemeinsamkeiten mit denen der rechtsextremistischen Antipoden auf. Hier bieten sich zahlreiche empirische Belege für Reflexionen, wie sie die Passauer Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig in ihrer ideengeschichtlich weit ausholenden *Analyse* zum „Extremen Denken“ entfaltet. Dabei unterscheidet sie u.a. zwischen drei Formen des Extremismus nach ihren vorherrschenden Triebkräften (und unabhängig von der jeweiligen ideologischen Orientierung): 1) dem Extremismus der Jugend als Folge von Unerfahrenheit, Abenteuerlust oder schwelgerischem Idealismus, 2) dem Extremismus „aus Perspektivlosigkeit“, geprägt insbesondere von sozialen Problemlagen, und 3) dem „ideologisch begründeten“ Extremismus, der in erster Linie geistigen Quellen entspringt.

Es wäre von großem intellektuellem Reiz, die jeweilige Mischung dieser Triebkräfte in biographischen Studien zu bestimmen, wie sie der Berliner Zeithistoriker Manuel Seitenbecher in seiner *Analyse* betreibt. Viel erfährt der Leser hier über die geistigen Anstöße und Rahmenbedingungen einer ungewöhnlichen intellektuellen Entwicklung, die einen Vordenker der sogenannten Neuen Rechten, Henning Eichberg, von der (deutschen extremen) Rechten zur (dänischen gemäßigten) Linken geführt hat, auch wenn mancher den grundlegenden Wandlungsprozess Eichbergs nicht wahrhaben will. Dass es neben Eichbergs neuer politischer Heimat nach wie vor auch eine extreme Linke in den meisten europäischen Ländern gibt, zeigt der Chemnitzer Politikwissenschaftler Tom Mannewitz in einer empirischen *Analyse*, die den Erfolgsbedingungen der entsprechenden Parteien nachspürt. Dabei arbeitet er signifikante Unterschiede zwischen den Parteien im postkommunistischen und denen im restlichen europäischen Raum heraus. Im Osten und Westen Europas kommen verschiedene Ursachen zum Tragen. Im nicht vom „realen Sozialismus“ geprägten Europa hingen die Parteien „am seidenen Faden des Arbeitsmarktes: Je schlechter es um ihn bestellt ist, umso erfreulicher ist das für sie: Verunsicherung, Perspektivlosigkeit und Desorientierung treiben ihnen die Wähler in die Arme – direkt und indirekt (über erstarkende rechtsextreme Parteien).“ Hingegen verlören Sie an Wählerzustimmung, wenn die Werte „Solidarität und Gleichheit“ in ökonomischen Erfolgsphasen mit sinkender Arbeitslosigkeit und steigenden Löhnen verblassten. Dies sei auch im östlichen Europa von Bedeutung, doch spielten hier die Folgen der sozialen und politischen Transformation eine zentrale Rolle. Ein weiterer Unterschied zwischen Ost und West ergebe sich aus den Konkurrenzbedingungen der Parteiensysteme. Während linksextreme Formationen im Westen vor allem „mit Parteien aus dem eigenen Lager“ im Wettbewerb stünden, gebe es im postkommunistischen Raum Konkurrenten am anderen Ende des politischen Spektrums, wobei sich die Ideologieelemente beider Ränder häufig in den Parteiprogrammen vermengten. Nach Mannewitz spielt hingegen die Loslösung vom realsozialisti-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schen Erbe – anders als bei den rechtsextremen Kontrahenten – keine zentrale Rolle. Wie schwierig solche Prozesse verlaufen können, zeigt Eckhard Jesse in seinem „biographischen Porträt“ über den kürzlich verstorbenen langjährigen Vorsitzenden der PDS, der Linkspartei und der Linken (1993-2000, 2003-2010) Lothar Bisky, der in seinen akademischen DDR-Qualifikationsschriften (Dissertationen A und B) lupenreinem Marxismus-Leninismus gehuldigt hatte, 1989/90 aber zu den flexibleren SED-Kadern zählte, denen es gelang, die reformierte Staatspartei in den Parteienpluralismus der Bundesrepublik zu inkorporieren, ohne sich dabei rigoros vom kommunistischen Traditionselement zu trennen. Eine selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit blieb Bisky den Lesern seiner in der DDR verlegten Bücher bis zu seinem Tod schuldig.

Neben der alten Rechts-Links-Konfrontationslinie ist seit einigen Jahren eine neue Konfliktfront entstanden, an der Muslimfeinde und Islamisten/Salafisten einander gegenüber stehen. Die breite Öffentlichkeit hat von ihr erstmals Anfang Mai 2012 Notiz genommen, als Provokationen der „Pro-Bewegung“ an Orten wie Bonn und Solingen gewalttätige Ausschreitungen von Salafisten hervorriefen. Einer besonderen Variante dieses Spektrums hat der Dresdener Politikwissenschaftler Michail Logvinov sein *Dossier* über die pankaukasische „Dschihadfront“ gewidmet. Uwe Backes zeigt in einem anderen *Dossier*, wie diverse europäische Rechtsaußenparteien (mit der Pro-Bewegung als deutschem Partner) im Kampf gegen die „Islamisierung“ ein neues ideologisch-programmatisches Syndrom entwickelt haben, das mit der (propagierten) Absage an den Antisemitismus neue Wählergruppen zu erschließen und den Weg hin zu neuen Allianzen zu ebnen verspricht. Die ideologischen Bruchlinien, die in dieser Frage zwischen unterschiedlichen Strömungen der (extremen) Rechten verlaufen, hat Gideon Botsch zuletzt in einer breit angelegten zeithistorischen Bilanz herausgearbeitet. Der Mainzer Politikwissenschaftler Kai Arzheimer setzt sich in einem „Rezensionsessay“ mit dem Werk auseinander. Das ideologische Spektrum wird aber auch in einem „Zeitschriftenporträt“ sichtbar, das der Kölner Extremismusforscher Elmar Vieregge dem Monatsorgan „ZUERST“ gewidmet hat. Das im Vergleich zum Vorläufer vorsichtiger argumentierende Periodikum trat Ende 2009 die Nachfolge der Traditionsschrift „Nation Europa“ an, die verschiedenen Strömungen der extremen Rechten ein Forum bot. Dazu zählte die traditionelle, vielfach ambivalente Haltung gegenüber „dem Islam“ mit der Beschwörung alter „Waffenbruderschaft“ und „deutsch-arabischen Symbiosen“, wie sie bei der NPD verbreitet ist. Dies dürfte ebenso für die 2012 neugegründete Partei Die Rechte gelten, als deren Drahtzieher der neonationalsozialistische „Bewegungsunternehmer“ Christian Worch fungiert. Alexander Gallus würdigt in seiner „Dokumentation“ diese noch wenig mitgliederstarke Vereinigung, die bei professionellen Beobachtern als potentielle „Auffangorganisation“ für eine sich unter dem Druck des Verbotsverfahrens möglicherweise auflösende NPD gehandelt wird.

Das Jahrbuch enthält wie jedes Jahr Standardinformationen zur Wahl- und Organisationsentwicklung des politischen Extremismus in Deutschland – insbesondere in den Rubriken „Wahlen 2012“ (Eckhard Jesse) und „Organisationen 2012“ (Uwe Ba-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ckes). Ein „Länderporträt“ ist diesmal der Entwicklung extremistischer Parteien und Vereinigungen in Norwegen (aus der Feder der Osloer Politikwissenschaftlerin Nicola Karcher) gewidmet. Im Literaturteil werden die Neuerscheinungen des Berichtsjahres zum politischen Extremismus in Geschichte und Gegenwart breit aufgearbeitet. Dabei kommt auch die Entwicklung der demokratischen Verfassungsstaaten, deren Antipoden die diversen extremistischen Strömungen bilden, nicht zu kurz, wie etwa der umfangreiche „Literaturbericht“ des Bonner Politikwissenschaftlers Lazaros Miliopoulos über „Demokratietheorie und Demokratie“ zeigt. In den Rubriken Hauptbesprechungen, Kurzbesprechungen und Kommentierte Bibliographie werden mehr als 200 Neuerscheinungen teils ausführlich besprochen, teils kurz kommentiert. Eine „Zeitschriftenauslese“ fehlt ebenso wenig. Unter „Mitteilungen und Hinweise“ finden sich diesmal Selbstdarstellungen des Periodikums „INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft“, des „Lern- und Gedenkorts Kaßberg-Gefängnis e.V.“ und der „Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin“.
U.B./A.G./E.J.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Analysen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte
Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mitte und Extremismus
Eine Kritik an den „Mitte“-Studien einer Leipziger Forschergruppe

Von Eckhard Jesse

1. Einführende Überlegungen

„‚Rechtsextremismus der Mitte – Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose‘ – unser Titel zitiert die einflussreiche Formulierung Seymour Lipsets vom ‚Extremismus der Mitte’. Diese zunächst paradox anmutende Verbindung zweier Begriffe bringt einen Widerspruch in der Sache selbst zum Vorschein: Das gesellschaftliche Zentrum kann zur Bedrohung der bestehenden Gesellschaftsordnung werden. Weil diese Formulierung lieb gewordene Irrtümer erschüttert, provoziert sie noch heute. Die gesellschaftliche Mitte ist nicht davor geschützt, selbst zur Bedrohung der demokratisch gefassten Gesellschaft zu werden. Die Demokratie ist kein Sockel, der, einmal errichtet, auf immer stabil bleibt.“[1] Mit diesen Sätzen beginnt die neueste – übergreifende – Studie von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler zum „Rechtsextremismus der Mitte“.

Der nachfolgende Beitrag will klären, ob die Berufung auf den vor wenigen Jahren verstorbenen amerikanischen Soziologen berechtigt ist, wenn vor der aus der gesellschaftlichen Mitte hervorgehenden Gefahr für die Demokratie gewarnt wird. Insofern ist es notwendig, dessen oft missverstandene Position zu referieren und gegebenenfalls zu kritisieren. Bevor ein Blick auf die beeindruckende Fülle der „Mitte“-Einstellungsstudien unter der Ägide der Sozialpsychologen Elmar Brähler und Oliver Decker geworfen wird, erscheint es angezeigt, in einem Tour d’horizon rechtsextremistisches Verhalten in der Bundesrepublik zu erfassen. Wie ist dessen Schwäche im Vergleich zu der ermittelten Stärke in Einstellungsstudien, wie sie nicht nur die Leipziger Forschungsgruppe vorlegt, angemessen zu erklären? Anschließend wird die Vielzahl der von ihr erarbeiteten „Mitte“-Studien präsentiert, ehe danach das letzte Werk zum rechtsextremistischen Einstellungspotential eine exemplarische Kritik erfährt. Der Beitrag konzentriert sich bewusst auf die „Mitte“-Studien der Leipziger, klammert andere Konzepte wie das von der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ Wilhelm Heitmeyers aus, dessen „Deutsche Zustände“ bereits in zehnter Folge vorliegen.[2]

---

1 Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen 2013, S. 7.

2 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1 bis Folge 10, Frankfurt a.M./Berlin 2002-2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Wendung von der „Mitte“ und dem „Extremismus“ ist in aller Munde.[3] Sie hat an Eigendynamik gewonnen.[4] Bei vielen Themen wurden (Rechts-)Extremismus und Mitte in einen engen Zusammenhang gebracht: bei intellektuellen Diskursen (etwa der Bubis-Walser-Debatte), bei einer Einigung der staatstragenden Parteien in einer zentralen Frage Anfang der neunziger Jahre (Asylkompromiss), bei der (tatsächlichen oder vermeintlichen) Renaissance „neu rechter“ Ideen, bei den fremdenfeindlichen Ausschreitungen (in der ersten Hälfte der neunziger Jahre), bei Wahlerfolgen rechtspopulistischer bzw. -extremistischer Parteien Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre.[5] Offenkundig verliert dadurch die ohnehin diffuse Kategorie der Mitte weiter an Trennschärfe. Sogar der jüngste sächsische Verfassungsschutzbericht greift dieses Thema auf.

So heißt es in einem der Unterkapitel: „Extremisten zwischen Mitte der Gesellschaft und Gegenkultur“.[6] In ihm wird – gesondert für Rechtsextremismus, Linksextremismus und Salafismus – ausführlich gezeigt, wie alle Couleurs sich darum bemühen, in die gesellschaftliche Mitte einzudringen, „tragfähige und dauerhafte Brücken dorthin zu schlagen, um ihren weltanschaulichen Positionen Normalität zu verteilen und ihre politischen Ziele schließlich dort wünschenswert zu machen.“[7] Das darf nicht verwundern, denn es versteht sich, dass extremistische Kräfte ebenso wie demokratische Kräfte bemüht sind, in der „Mitte der Gesellschaft“ Anerkennung zu finden.

Beim Rechtsextremismus, der im Vordergrund steht, geht es zum einen um die NPD, zum anderen um die subkulturelle Szene. Das Konzept des von Holger Apfel beschriebenen „Sächsischen Weges“ bestehe darin, die NPD „in der Mitte des Volkes“, so die Terminologie der Partei, fest zu etablieren. Die Partei strebe daher eine kommunale Verwurzelung an. Um hier Erfolg zu haben, müsse sie im vorpolitischen Raum vorankommen. „Im Rahmen der Kampagnen rücken Rechtsextremisten Aussagen in den Vordergrund, die in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sein sollen“[8] – etwa beim Kampf gegen Islamisierung und Asylmissbrauch. Die Aktivität in Sportverbänden begünstige einen Brückenschlag in die gesellschaftliche Mitte. Rechtsextremisten innerhalb der subkulturellen Szene dagegen verzichteten – z.B. mit aggressiven Songs – auf diesen Brückenschlag. „Auf die Mitte der Gesellschaft beziehen sich diese Facetten des Rechtsextremismus nur mit Verachtung und nur mit dem Angebot, diese zu verlassen, um sich ihnen anzuschließen.“[9] Diese subkulturelle Szene mit ihrer „Par-

3 Vgl. etwa – auch im Blick auf den „Extremismus der Mitte“ – Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts ‚Mitte’?, Baden-Baden 2011.
4 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremismus der Mitte? – Kritik an einem modischen Schlagwort, in: Dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 7, Baden-Baden 2005, S. 13-26.
5 Vgl. zu einigen dieser Themen zahlreiche Beiträge in dem Band Hans-Martin Lohmann (Hrsg.), Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt a.M. 1994.
6 Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2012, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz, Dresden 2013, S. 213-231.
7 Ebd., S. 213.
8 Ebd., S. 216.
9 Ebd., S. 223.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

allelwelt“ übt gewisse Anziehungskraft aus. „Das Original scheint aktuell attraktiver zu sein als die Mimikry.“[10]

Beim Linksextremismus wird gezeigt, dass der „Antifaschismus“, der gesellschaftlich weithin akzeptiert ist, sich bestens als Mittel zum Zweck eigne. So heißt es bei Autonomen: „Wenn wir heute zusammen mit vielen Menschen Nazis zurückdrängen, haben wir klassenkämpferische Linke mehr Raum, um unsere revolutionäre Organisierung voranzutreiben. Wir müssen nach wie vor das Ziel vor Augen haben, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden.“[11] Zu Recht lautet die Analyse des Verfassungsschutzes, bei dieser Strategie seien Erfolge zu verzeichnen – etwa bei den Aktionen gegen Rechtsextremismus am 13. Februar anlässlich der Bombardierung Dresdens. „Das eröffnet ihnen schließlich die Möglichkeit, ihren extremistischen Positionen Normalität zu verleihen und ihre politischen Ziele dort salonfähig zu machen.“[12]

Der Verfassungsschutz macht darauf aufmerksam, den Bemühungen der geächteten NPD in der Mitte seien kaum Erfolge beschieden. Dagegen seien die Rahmenbedingungen für Linksextremisten günstiger. Etwas sibyllinisch heißt es: „Ohne Frage ist eine breite Front gegen Rechtsextremismus notwendig. Die Gefahr solcher Bündnisse besteht aber darin, dass Linksextremisten nicht nur ein Bestandteil innerhalb der gesellschaftlichen Mitte werden, sondern auch linksextremistische Positionen darin Eingang finden und die Grenzlinie zwischen Demokraten und Extremisten zunehmend aufweicht.“[13] Diese Informationen halten sich von Alarmismus und Verharmlosung gleichermaßen frei. Das Thema ist dem sächsischen Verfassungsschutz offenkundig ein besonderes Anliegen. So ist 2013 ein in Kooperation mit dem Innenministerium Brandenburgs einschlägiger Tagungsband veröffentlicht worden.[14]

2. Seymour Martin Lipsets „Extremismus der Mitte“

Kaum ein Begriff ist so oft missverständlich rezipiert worden wie der von Seymour Martin Lipset geprägte „Extremismus der Mitte“. Als der Beitrag 1959 unter dem wenig originellen Titel „Der ‚Faschismus’, die Linke, die Rechte und die Mitte“ erschien[15], war wegen der Verschlungenheit der Argumentation und des zum Teil es-

10 Ebd., S. 224.
11 Zitiert nach ebd., S. 225.
12 Ebd., S. 227.
13 Ebd., S. 230.
14 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen in Kooperation mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.), Rechtsextremismus zwischen „Mitte und Gesellschaft“ und Gegenkultur, Dresden 2013.
15 Vgl. Seymour M. Lipset, Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11 (1959), S. 401-444. Der Text findet sich auch in dem Werk: Ders., Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 131-189 („Faschismus“ – rechts, links und in der Mitte). Dieses Buch ist eine geraffte Übersetzung des amerikanischen Originals. Im folgenden wird der Aufsatz Lipsets zitiert nach dem Wiederabdruck in der Anthologie von Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, 2. Aufl., Köln 1970, S. 449-491.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sayistischen Charakters zunächst nicht damit zu rechnen, die Wendung vom „Extremismus der Mitte“ könnte eine derartige Eigendynamik gewinnen.

Die Kernthese des Aufsatzes lautet, in jeder sozialen Schicht seien neben demokratischen Positionen auch extremistische beheimatet. „Die extremistischen Bewegungen der Linken, der Rechten und der Mitte (Kommunismus und Peronismus, traditioneller Autoritarismus und Faschismus) wurzeln der Reihe nach in der Arbeiter-, der Ober- und der Mittelklasse.“[16] Es ist die Absicht des Autors, sich auf die Politik der Mitte zu konzentrieren. Lipset sieht einen engen Zusammenhang zwischen der Ideologie und der sozialen Schicht. Die demokratische Variante der Mittelklasse sei der Liberalismus, der „Extremismus der Mitte“[17] der Faschismus.

Die meisten Anhänger des Linksextremismus hingegen seien Kommunisten, die sich als soziale Basis auf die Arbeiterschaft stützten, die Befürworter des Rechtsextremismus wiederum stammten aus der Oberschicht („Thron und Altar“), die sich gegen eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sträube. Der Faschismus stelle die „Bewegung der Mittelklasse“ dar, die sich „sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen den Sozialismus, gegen die Großindustrie und gegen die großen Gewerkschaften“[18] richte. Hitler, „ein Extremist der Mitte“[19], sei besonders von der von sozialen Ängsten heimgesuchten Mittelklasse unterstützt worden.

Lipset versucht zu beweisen, dass der „Extremismus der Mittelklasse [sich] in Ländern beobachten [lässt], die sowohl durch Hochkapitalismus als auch starke Arbeiterbewegungen gekennzeichnet sind“.[20] Dazu bedient er sich verschiedener Ländervergleiche. Seine Kernthese, die in der Tat nicht neu ist, wenn man die zeitgenössische Literatur heranzieht[21], läuft unter Berufung auf wahlsoziologische Studien auf die These hinaus: Die NSDAP konnte vor allem von jenen Wählern der Mittelklasse profitieren, die zuvor für die liberalen Parteien votierten. „Im Jahre 1932 war der idealtypische Wähler der nationalsozialistischen Partei ein selbständiger protestantischer Angehöriger der Mittelklasse, der entweder auf einem Hof oder in einer kleinen Ortschaft lebte und der früher für eine Partei der politischen Mitte oder eine regionale Partei gestimmt hatte, die sich der Macht und dem Einfluss von Großindustrie und Gewerkschaften widersetzte.“[22] Lipset fügt freilich hinzu, die Partei habe auch bei anderen Gruppen Erfolg gehabt (so bei Arbeitslosen). Der Autor überträgt seine Ergebnisse (teils mit Einschränkungen) auf Österreich, Frankreich (der Poujadismus firmiert im Gegensatz zum Gaullismus als eine Bewegung der Mittelkasse mit populistischem Impetus), Italien und die USA (McCarthyismus). Etwas aus dem Rahmen fällt die Untersuchung zum Peronismus in Argentinien. Dieser gilt aufgrund der massiven Unterstützung durch die Unterschichten als ein „Faschismus der Linken“.[23] Lipset

16 Ebd., S. 449.
17 Ebd., S. 459.
18 Ebd., S. 452.
19 Ebd., S. 456.
20 Ebd., S. 454 f.
21 Vgl. etwa Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637-654.
22 Lipset (Anm. 15), S. 463.
23 Ebd., S. 481.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

begründet seine Analyse, die in einer „dreifachen Unterscheidung“ der Extremismen mündet, abschließend wie folgt: „Wenn wir die parlamentarische Demokratie bewahren und ausweiten wollen, müssen wir wissen, von welcher Seite sie bedroht wird; und die Bedrohung durch die Konservativen ist anders als die Bedrohung durch die Mittelklasse oder durch den Kommunismus.“[24]

So berechtigt ein solches Ansinnen, so originell Lipsets freilich nicht sonderlich systematische Vorgehensweise sein mag, ist dennoch Kritik angebracht. Das fängt bereits bei der Terminologie an. Der Begriff des „Faschismus“ wird auf alle drei Extremismen angewendet. Schließlich ist der Ansatz stark von klassentheoretischen Prämissen geprägt, als neige eine bestimmte soziale Schicht in ihrer Gesamtheit einer bestimmten politischen Richtung zu. Das ist empirisch kaum haltbar.[25] Nach Jürgen W. Falters fundierten Untersuchungen lässt sich die Wählerschaft des Nationalsozialismus keineswegs pauschal als eine Bewegung der Mittelklasse klassifizieren. Sie „war von der sozialen Zusammensetzung ihrer Wähler her am ehesten eine Volkspartei des Protestes oder, wie man es wegen des nach wie vor überdurchschnittlichen, aber eben nicht erdrückenden Mittelschichtanteils unter ihren Wählern in Anspielung auf die daraus resultierende statistische Verteilungskurve formulieren könnte, eine ‚Volkspartei mit Mittelstandsbauch‘“.[26]

Lipsets Ansatz leidet zudem an seiner Fixierung auf den Extremismus der Mittelklasse. Bereits die Zuordnung des Peronismus unter Linksextremismus macht die mangelnde Trennschärfe seines Konzepts deutlich; und die Konturen für die demokratische Variante der Oberschicht bleiben vage. Die eine Behauptung, in allen sozialen Schichten gebe es demokratische und antidemokratische Richtungen, ist im Grunde eine Banalität, die andere Behauptung, eine soziale Schicht präge eine spezifische Form des Extremismus aus, empirisch wenig tragfähig. Allerdings neigten bestimmte Schichten zu unterschiedlichen Zeiten zu unterschiedlichen Formen des Extremismus. So wählten Arbeitslose in der Weimarer Republik überproportional stark die Kommunisten.[27]

Lipsets Position ist so ausführlich referiert worden, um den Beweis dafür anzutreten, dass die These vom „Extremismus der Mitte“ sich berechtigterweise nur dann auf den amerikanischen Soziologen berufen darf, wenn sich „Mitte“ ausschließlich auf die soziale Schicht (Mittelstand, Mittelklasse) bezieht. Aber eben dieser Topos ist oft nicht gemeint. Er zielt – höchst unklar – auf eine begrifflich diffus bleibende Mitte der Ge-

24 Ebd., S. 482.

25 Vgl. etwa die noch vorsichtige Kritik bei Heinrich August Winkler, Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 175-191.

26 So Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1993, S. 371 f.; sinngemäß ebenso S. 289. Der Begriff „Volkspartei“ für die NSDAP ist freilich nur auf die sozialstrukturelle Komponente anwendbar, ist mit ihm doch nach gängiger Lesart auch die Bejahung des demokratischen Verfassungsstaates verbunden.

27 Vgl. Jürgen W. Falter, Unemployment and the Radicalisation of the German Electorate 1928-1933. An Aggregate Data Analysis with Special Emphasis on the Rise of National Socialism, in: Peter D. Stachura (Hrsg.), Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany, London 1986, S. 187-208.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sellschaft, also losgelöst von der sozialen Schichtung. Lipsets Studie gibt ungeachtet mancher unklarer Formulierungen wenig Anlass zu diesem Missverständnis. Nicht selten dient die Vokabel vom „Extremismus der Mitte“ schlicht zur Delegitimierung der *politischen* Mitte bzw. sogar zur Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates.[28]

In den „Mitte“-Studien nehmen die Autoren gleichfalls auf Lipset Bezug, freilich nicht immer in angemessener Weise. Das gilt für die Konzeption Lipsets wie für seine Kritiker. Mit Lipset lehnen die Autoren der „Mitte“-Studien den Satz ab: „Gemäß dieser Auffassung neigen die Extremisten [...] zur Diktatur, während die Gemäßigten in der Mitte die Demokratie verteidigen.“[29] Hätten die Autoren die nachfolgenden Sätze zitiert, wäre klar geworden, dass Lipset in jeder sozialen Schicht, also auch im Mittelstand, Demokraten und Extremisten sieht. Lipsets spezifische Extremismuskonzeption wird demnach fälschlicherweise für eine Kritik an der Extremismuskonzeption in toto vereinnahmt. So argumentieren die Leipziger Wissenschaftler etwa, Lipsets „Verbindung von ‚Mitte’ und ‚Extremismus’ zielte ins Zentrum der bestehenden Gesellschaft und keinesfalls nur auf den soziologisch zwischen Unter- und Oberschicht angesiedelten sozialen Ort.“[30] Aufgrund dieser Fehlinterpretation kann die Studie dann behaupten, Lipset provoziere „noch heute jene, die um den Zusammenhang sehr wohl wissen, aber ihr Klientel entweder aus Neigung oder aus Kalkül mit Ressentiment geladener Rede bedienen wollen.“[31] Die wissenschaftliche Kritik mutiert unter der Hand zu einer politischen. „Entwicklungen an den Flügeln des politischen Spektrums (gemessen an der Entfernung politischer Positionen vom Mainstream und vom verfassungspolitischen Grundkonsens) vollziehen sich in einer dynamischen Wechselbeziehung mit den systemprägenden Strömungen und dominierenden sozialen Kräften.“[32] Wer dies einräumt, muss deswegen weder die Position der Leipziger Forschergruppe übernehmen noch die anders gelagerte Kritik Lipsets.

3. Rechtsextremistisches Verhalten

In einer offenen Gesellschaft gibt es mannigfache Formen extremistischen Verhaltens. Wer ein realistisches Menschenbild hat, muss dies hinnehmen. Die Offenheit kann den Extremismus einerseits fördern (etwa weil die Anhänger des demokratischen Verfassungsstaates ihm nicht selbstbewusst entgegentreten oder ihn gar hofieren), ihn aber andererseits zugleich schwächen (etwa weil sie ihm seine Grenzen aufzeigen und klar

28 Vgl. etwa Wolf-Dieter Narr, Vom Extremismus der Mitte, in: Politische Vierteljahresschrift 34 (1993), S. 106-113.
29 Zitiert nach Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2010, S. 43.
30 Ebd., S. 43.
31 Ebd., S. 42.
32 So Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006, S. 230.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die verfassungsfeindlichen Positionen zur Sprache bringen, ohne deswegen eine Bunkermentalität an den Tag zu legen).

Wie ist es nun um das rechtsextremistische Verhalten in der Bundesrepublik bestellt? Es sollen jeweils drei wesentliche Bereiche aus dem nicht-militanten und dem militanten Bereich herangezogen werden. Beabsichtigt ist weniger eine exakte Erfassung der einschlägigen „Szenen", mehr eine grobe Skizze der Größenordnung über die Jahrzehnte hinweg.[33]

(1) Wahlerfolge: Weder vor noch nach der deutschen Einheit spielte der parlamentsorientierte Rechtsextremismus eine nennenswerte Rolle. Zwar war der Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei mit 1,8 Prozent der Stimmen der Sprung in den ersten Deutschen Bundestag gelungen (die Fünfprozentklausel galt landesweit), doch in der Folge war dies keiner rechtsextremistischen Kraft mehr beschieden. Am knappsten scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent bei der Bundestagswahl 1969 an dieser Hürde, nachdem die Partei zuvor sieben Mal in einem Landtag repräsentiert gewesen war (1966 bis 1968). Der radikalisierten NPD gelang im vereinigten Deutschland das beste Bundestagswahlergebnis 2005 mit 1,5 Prozent. Immerhin schaffte sie in zwei ostdeutschen Bundesländern (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) den Einzug in die Landesparlamente (2004/2009 sowie 2006/2011). In Thüringen (2009) und Sachsen-Anhalt (2011) scheiterte sie relativ knapp an der Fünfprozenthürde. Auch andere Parteien wie die Republikaner (sie gelangten 1989 sogar in das Europäische Parlament) und die DVU schafften dies zeitweilig: die Republikaner zweimal in Baden-Württemberg (1992/1996) und die DVU zweimal in Brandenburg (1999/2004). Das Spitzenresultat für eine rechtsextremistische Partei erhielt die DVU bei den Landtagswahlen 1998 in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent der Stimmen. Damit stimmte mehr als jeder Achte für diese Partei. Allerdings erwies sich dieser Erfolg, stark von Protest gegen etablierte Kräfte getragen, als Flugsand. Dies ist charakteristisch für rechtsextremistische Parteien. Insgesamt fallen die Erfolge für den organisierten Rechtsextremismus im Osten Deutschlands besser aus als im Westen. So erreichte die NPD bei den jüngsten Bundestagswahlen 2013 im Osten Deutschlands 2,8 Prozent und im Westen 1,0 Prozent (insgesamt 1,3 Prozent). Die politischen Strukturen sind im Osten weniger gefestigt als im Westen. Die gemäßigtere – islamfeindliche – PRO-Bewegung konnte bisher weder im Osten noch im Westen des Landes bei Wahlen reüssieren.

(2) Was die Zahl der Mitglieder betrifft, so ist es um den parteiförmigen Rechtsextremismus nicht gut bestellt. Hatte die NPD auf ihrem Höhepunkt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre um die 25.000 Mitglieder und die DVU (ebenso wie

33 Da es im Folgenden nur um eine geraffte Übersicht geht, wird auf detaillierte Belege verzichtet. Der Verweis auf folgende Studien soll genügen: Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik 1949 bis heute, Darmstadt 2012; Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen 2010; Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Partei der Republikaner) in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zeitweise ebenso viele, ist die Zahl der Parteimitglieder mittlerweile stark geschrumpft. Obwohl sich die immer schwächer gewordene DVU nach dem Rückzug Gerhard Freys unter Matthias Faust zum 1. Januar 2011 mit der NPD vereinigt hatte, verlor die NPD weiter an personeller Substanz. Sie hat heute keine 6.000 Mitglieder mehr, ist personell zerstritten, ideologisch, organisatorisch wie strategisch geschwächt und von einem Verbot bedroht.

(3) Beim intellektuellen Diskurs ist Rechtsextremisten nicht annähernd der Durchbruch gelungen. Sie konnten so gut wie niemals einen Einfluss auf die Mehrheitskultur gewinnen und verblieben in ihrem abgeschotteten Milieu. Auch die Themen, die sie nach vorne zu rücken suchten, wurden keineswegs „salonfähig" gemacht oder in einer Weise öffentlich erörtert, die Wasser auf die Mühlen rechtsextremistischer Propaganda trug. Repräsentanten einer sogenannten „Neuen Rechten" und viele ihrer nicht nur demokratischen Kritiker spielten sich in gewisser Weise die Bälle zu, als sie beide einen starken Einfluss dieser Richtung behaupteten – die einen freuten sich über ihn, die anderen warnten vor ihm. Es handelte sich jedoch weithin um eine Chimäre.

(4) Die Zahl der Personen, die in der rechtsextremistischen Szene als militant, als gewaltbereit gelten, ist seit der deutschen Einheit angestiegen. Sie liegt unter 10.000, ist damit höher als in der linksextremistischen Szene. Die Ursachen im Osten sind zum einen in den sozial-ökonomischen Folgen der deutschen Einheit zu suchen, zum anderen wohl auch in den Verhältnissen der wenig weltoffenen ostdeutschen Gesellschaft. Freilich bedeutet „gewaltbereit" nicht notwendigerweise gewalttätig. Die große Bedeutung der Angebotsstrukturen (Präsenz extremistischer Kräfte; Gewaltaffinität bestimmter ideologischer Versatzstücke) ist augenfällig.

(5) Die Zahl der jährlichen Gewalttaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund liegt seit einiger Zeit unter 1000 und ist damit etwas niedriger als im linksextremistischen Spektrum. Wenige Jahre nach der deutschen Einheit gab es einen massiven Anstieg solcher Gewaltdelikte, unter denen Körperverletzungen dominierten. Auch hier sticht der Osten hervor, nicht in absoluten Zahlen, wohl aber prozentual. Die häufig unter Alkoholeinfluss begangenen Taten, die sich vor allem gegen „Fremde" aus anderen Kulturkreisen richten, desgleichen gegen tatsächliche oder vermeintliche Linksextremisten, sind selten geplant.

(6) Der Rechtsterrorismus spielte in der Bundesrepublik eher eine marginale Rolle (z.B. Anfang der achtziger Jahre). Durch das Bekanntwerden der gezielten Mordbrennereien eines „Nationalsozialistischen Untergrundes", der sich nach den Taten nicht zu erkennen gab, ist die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Diese Morde stoßen kaum auf ein Sympathisantenumfeld. Manche Rechtsextremisten versuchen mit Hilfe von Verschwörungstheorien, den Organen des Staates die Verantwortung für die Mordserie zuzuschieben. Die Parallelen zwischen einer „Roten Armee Fraktion" und einer „Braunen Armee Fraktion" sind wenig schlüssig: wegen der fehlenden Kommunikationsfunktion, der nur schwach ausgeprägten Organi-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sationsstruktur sowie der weitaus weniger ins gesellschaftliche Umfeld reichenden Dimension.

Wie dieser kursorische Überblick zeigt, kann schwerlich davon die Rede sein, rechtsextremistische Bestrebungen seien effektiv in die „Mitte der Gesellschaft" vorgedrungen. Der Rechtsextremismus vermochte nirgendwo seine Salonfähigkeit unter Beweis zu stellen. Vereinzelte „Einbrüche" dürfen nicht über den folgenden Sachverhalt hinwegtäuschen: Die gesellschaftliche Ablehnung ist stärker denn je. Das gilt für Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen und Medien gleichermaßen. Eine „Erosion der Abgrenzung" (Wolfgang Rudzio) lässt sich eher für die linke Variante des Extremismus als für die rechte konstatieren.[34]

Wer die Situation des deutschen Rechtsextremismus nach dem Zweiten Weltkrieg in all seinen Varianten mit den Thesen Seymour M. Lipsets abgleicht, kommt zu einem doppelten Ergebnis. Zum einen kann – bei extremistischem Verhalten – keine Rede davon sein, der Rechtsextremismus habe angesichts seiner randständigen Position in der wie immer zu bestimmenden „Mitte" eine relevante Rolle gespielt. Im Gegenteil: Die „Mehrheitskultur" ist bis heute durch eine vehemente Ausgrenzung jedweder Form des Rechtsextremismus gekennzeichnet. Dies veranschaulicht etwa der breite gesellschaftliche Konsens zum neuerlichen NPD-Verbotsantrag.[35] Zum anderen ist gerade die Mittelschicht wenig anfällig für rechtsextremistische Bestrebungen (gewesen). Am ehesten galt dies noch für die NPD-Erfolge in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und für die Mitgliedschaft in der seinerzeit eher deutschnationalen Partei. Mittlerweile stoßen rechtsextreme Angebote der einschlägigen Parteien vor allem unter formal niedrig gebildeten Männern jüngeren und mittleren Alters auf Resonanz.[36] Der militante Rechtsextremismus erfährt umfassende Ablehnung.

34 In den meisten der genannten sechs Bereiche sind linksextremistische Bestrebungen stärker als rechtsextremistische. Vor allem: Die gesellschaftliche Abgrenzung gegenüber linksextremistischen Bestrebungen ist weitaus löchriger als die gegenüber rechtsextremistischen. Siehe etwa die beiden vergleichend angelegten Studien von Lazaros Miliopoulos, Geschichte des Extremismus in Deutschland 1949-1990, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 42-71; ders., Parteiförmiger und subkultureller Extremismus seit der deutschen Einheit – Symmetrien und Asymmetrien, in: Hirscher/Jesse (FN 33), S. 371-396.

35 Selbst seine Gegner stellen den Konsens nicht in Frage.

36 Vgl. etwa Kai Arzheimer, Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002, Wiesbaden 2008; ders., Electoral Sociology – Who Votes for the Extreme Right and Why – and when?, in: Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives, Göttingen 2012, S. 34-50.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

4. Die „Mitte“-Studien der Leipziger Forschergruppe

Die Ergebnisse der ersten beiden Studien der Leipziger Forschergruppe um die Sozialpsychologen Elmar Brähler und Oliver Decker für die Jahre 2002[37] und 2004[38] wurden zunächst nur knapp in Aufsatzform vorgelegt. Die dritte Erhebung, gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, erschien 2006 als gesonderte Publikation: „Vom Rand zur Mitte“.[39] Es folgte 2008 „Bewegung in der Mitte“[40], 2010 „Die Mitte in der Krise“[41] sowie schließlich 2012 „Die Mitte im Umbruch“.[42] Die Kontinuität der Forschungen ist beachtlich[43], die Aussagekraft wohl weniger. Das fängt bereits beim Titel an. Stets kommt „Mitte“ vor, und der jeweilige Zusatz („Rand“, Bewegung“, Krise“, „Umbruch“) ist prinzipiell austauschbar. Die öffentliche Rezeption der Studien ist ebenso ein Politikum wie diese selber.

Was den Fragebogen zum Rechtsextremismus betrifft, so übernahm die Forschergruppe das Ergebnis einer „Konsensusgruppe“[44] zur Rechtsextremismusdefinition (sechs Dimensionen mit jeweils drei Fragen). Folgendes Begriffsverständnis wurde zugrunde gelegt: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, frem-

37 Vgl. Oliver Decker/Oskar Niedermayer/Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, in: Zeitschrift für Psychotraumatologie 1 (2003), S. 65-77.

38 Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 8-17.

39 Vgl. Oliver Decker/Norman Geißler/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006. Eine scharfe Kritik an dieser Studie übte: Klaus Schroeder, Expertise zu „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“, in: Politische Studien, Themenheft 1/2007, S. 83-119.

40 Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler, Bewegung in der Mitte. Rechtseinstellungen in Deutschland 2008, Berlin 2008. Im gleichen Jahr wurde von der Forschergruppe eine umfassende Studie zu Gruppendiskussionen vorgelegt, die bewusst nicht repräsentativ angelegt war: Oliver Decker/Katharina Rothe/Marliese Weißmann/Norman Geißler/Elmar Brähler, Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen, Berlin 2008.

41 Vgl. Decker/Weißmann/Kiess/Brähler (FN 29).

42 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Berlin 2012.

43 2013 ist eine Studie herausgekommen, die die bisherigen Erhebungen einzubetten versucht. Vgl. Decker/Kiess/Brähler (FN 1).

44 Ihr gehörten an: Elmar Brähler (Leipzig), Michael Edinger (Jena), Jürgen W. Falter (Mainz), Andreas Hallermann (Jena), Joachim Kreis (Berlin), Oskar Niedermayer (Berlin), Karl Schmitt (Jena), Siegfried Schumann (Mainz), Richard Stöss (Berlin), Bettina Westle (Erlangen), Jürgen Winkler (Mainz). Vgl. Decker/Brähler (FN 38), S. 20, Anm. 1. Siehe ausführlich dazu die beiden Tagungsberichte von den beiden „Expertenkonferenzen“ 2001 und 2004 zur “Ausarbeitung einer Empfehlung für die Messung von rechtsextremer Einstellung in Deutschland“ bei Joachim Kreis, Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien, Berlin 2007, S. 9-16, 17-25.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

denfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen."[45] Diese Definition ist insgesamt schlüssig, und das gilt prinzipiell ebenso für die sechs Dimensionen, die ein rechtsextremistisches Einstellungssyndrom abdecken sollen: Befürwortung einer Rechtsdiktatur; Chauvinismus; Ausländerfeindlichkeit; Antisemitismus; Sozialdarwinismus; Verharmlosung des Nationalsozialismus. Jede der sechs Dimensionen wird durch je drei Items eruiert:

(1) Rechtsdiktatur: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform." – „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert." – „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert."
(2) Chauvinismus: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben." – „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland." – „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht."
(3) Ausländerfeindlichkeit: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen." – „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken." – „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet."
(4) Antisemitismus: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß." – „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen." – „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns."
(5) Sozialdarwinismus: „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen." – „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen." – „Es gibt wertvolles und unwertes Leben."
(6) Verharmlosung des Nationalsozialismus: „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen." – „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden." – „Der Nationalsozialismus hatte auch seine gute Seiten."[46]

Und hier steckt der Teufel im Detail: Obwohl diese 18 Items auf einer „Konsensuskonferenz" basieren, besteht keineswegs Konsens darin, dass sie tatsächlich das messen, was sie zu messen vorgeben: rechtsextremistische Einstellungsmuster. So steht die Validität keineswegs aller Items außer Zweifel. Der Satz „Wir sollten endlich Mut zu einem starken Nationalgefühl haben" ist schwerlich generell im Sinne von Chauvinismus zu deuten. Das starke Nationalgefühl, das ja nicht per se Nationalismus ist, muss in keinem Gegensatz zu einer toleranten demokratischen Grundhaltung stehen. Und wer der Auffassung überwiegend zustimmt, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet", ist nicht zwangsläufig

45 Vgl. beispielsweise Decker/Kiess/Brähler (FN 1), S. 199.
46 Zitiert nach Decker/Kiess/Brähler (FN 1), S. 197-212.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„ausländerfeindlich“. Die Frage nach der „Überfremdung“ kann unterschiedlich beantwortet werden. Diese Kritik an den Items richtet sich weniger an die Leipziger Forschergruppe, mehr an die Teilnehmer der „Konsensuskonferenz“. Allerdings muss eingeräumt werden: „Härtere“ Formulierungen, die „das Kind beim Namen nennen“, können leicht zu „sozial erwünschten“ Antworten führen.

Wie die Tabelle 1 zeigt, liegt das „geschlossene rechtsextreme Weltbild“ nach den Leipziger Erhebungen bei allen Umfragen knapp unter zehn Prozent. War das „geschlossene rechtsextreme Weltbild“ bei den ersten Erhebungen im Westen stärker, so ist es bei den letzten drei im Osten höher. Vor allem bei der letzten Umfrage schnellte es in die Höhe. Es erfuhr eine Steigerung von über 50 Prozent: von 10,5 auf 15,8 Prozent. Die Begründung für diese und andere Schwankungen fällt nicht immer überzeugend aus. So hatte das Ausmaß der Zustimmung zu den Einstellungsmerkmalen des Sozialdarwinismus bei der ostdeutschen Bevölkerung 2004 ein Ausmaß von 9,3 Prozent erreicht, 2008 hingegen nur ein solches von 1,6 Prozent.[47] Überspitzt formuliert: Liegt hier tatsächlich ein Wandel vor, oder sind solche Angaben nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind?

Besonders augenfällig sind die Differenzen beim Vergleich zwischen den konfessionell Gebundenen und den Konfessionslosen. Waren letztgenannte 2010 in allen sechs Dimensionen deutlich weniger rechtsextrem eingestellt als die evangelischen und katholischen Christen[48], so ist es 2012 überall umgekehrt. Ein Beispiel: 2010 zeigten nur 3,5 Prozent der Konfessionslosen sozialdarwinistische Einstellungsmerkmale (Protestanten: 3,9 Prozent; Katholiken: 4,3 Prozent), dagegen kehrte sich das Verhältnis 2012 um: Der Anteil der „Sozialdarwinisten“ betrug bei den Konfessionslosen nun 10,9 Prozent (Protestanten: 2,5 Prozent; Katholiken 1,5 Prozent).[49]

Tabelle 1: Geschlossenes rechtsextremes Weltbild von 2002 bis 2012 (in Prozent)

Geschlossenes rechtsextremist. Weltbild	2002	2004	2006	2008	2010	2012
Ost	8,10	8,30	6,60	7,90	10,50	15,80
West	11,30	10,19	9,10	7,50	7,80	7,30
Gesamt	9,70	9,80	8,60	7,60	8,20	9,00

Quelle: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 54.

In den „Mitte“-Studien kommen neben der gesellschaftlichen Verteilung rechtsextremer Ansichten im Kapitel „Politik und Leben in Deutschland“ weitere Aspekte zur Sprache, so die Frage nach der Anfälligkeit bestimmter Persönlichkeitstypen für Rechtsextremismus, nach dem Ausmaß an Islamfeindlichkeit, nach der Verbreitung

47 Vgl. Decker/Kiess/Brähler (FN 42), S. 52.
48 Vgl. Decker/Weißmann/Kiess/Brähler (FN 29), S. 88.
49 Vgl. Decker/Kiess/Brähler (FN 42), S. 47.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des Antiamerikanismus, nach den politischen Einstellungen von Migranten. Hier gelangen die Autoren bisweilen zu aufschlussreichen Erkenntnissen. Da solche Komplexe weniger die zentrale Frage nach der Rolle der „Mitte“ betreffen, bleiben sie an dieser Stelle jedoch unberücksichtigt. Freilich soll der Hinweis nicht fehlen, dass ein Bezug zu linksextremistischen Einstellungspotentialen überall fehlt. Um nicht missverstanden zu werden: Kritikwürdig ist keineswegs deren Ausblenden, sondern die prinzipielle Leugnung linksextremistischer Einstellungspotenziale.

5. Exemplarische Kritik an der letzten „Mitte“-Studie 2012

5.1. Kritik an der theoretischen Grundkonzeption

„Rechtsextremes Weltbild erreicht Mitte der Gesellschaft“[50] – so lautete eine von vielen Überschriften in Zeitungen, als die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch“ im Herbst 2012 herausgekommen war. Solche Untersuchungen stoßen auf eine große Öffentlichkeit. Das galt zumal für diese Studie, bei der jeder sechste Bürger aus den neuen Bundesländern ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild aufwies. Derartige Befunde – ob sie nun stimmen oder nicht – eignen sich zur Skandalisierung.

Der Fluchtpunkt der konzeptionellen Überlegungen ist eine Fundamentalkritik am Extremismuskonzept, wie sie weit verbreitet ist und auch in einem Band eines Leipziger „Forums für kritische Rechtsextremismusforschung“ Ausdruck findet, wobei personelle Überschneidungen bestehen.[51] Es handelt sich um eine dreifache Kritik, ohne dass die Autoren willens sind, deren Inhalte immer korrekt wiederzugeben.

„Erstens birgt der Rechtsextremismusbegriff eine Sprachproblematik. Extremismus verlangt einen Gegenbegriff, zum Beispiel ‚Normalität’ [...]. Diese Konstruktion hat zur Folge, dass eine Mitte und ihr monopolisiertes Demokratieverständnis [...] idealisiert werden, ohne dieses Demokratieverständnis und diese Mitte selbst zu thematisieren. Die Bedrohung der Demokratie kommt in diesem Sinne also von den ‚Rändern’ der Gesellschaft her, eben von ‚Extremisten’. Die ‚Mitte-Studien’ aber weisen regelmäßig darauf hin, dass dies ein Trugschluss ist: Gefahr droht aus der ‚Mitte’ selbst, in der rechtsextreme Einstellung, autoritäre Phantasien und mangelndes demokratisches Bewusstsein weit verbreitet sind.“[52] Der Gegenbegriff zu Extremismus ist für die normative Extremismusforschung Demokratie (nicht „Normalität“, ein vager Begriff). Und „Mitte“ wird schon deshalb keineswegs idealisiert, weil dieser schwammige Begriff für die Analyse untauglich ist. Der Vorwurf bedient sich der „Haltet-den-Dieb“-

50 So Johann Dörrien, Weit verbreitet. Rechtsextremistisches Weltbild erreicht Mitte der Gesellschaft, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 14. November 2012.

51 Vgl. Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), Ordnung, Macht, Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden 2011.

52 Decker/Kiess/Brähler (FN 42), S. 16.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Methode. Die Autoren konstruieren ein idealisiertes Bild von der Mitte – offenkundig deshalb, um der – falsch wiedergegebenen – Extremismusforschung den Garaus zu machen. Die Demokratie wird in der Tat von Extremisten bedroht, nicht von „Extremisten".

Die Autoren bauen bei ihrer Kritik am Extremismusbegriff einen weiteren Popanz auf: „Die Gleichsetzung von rechts und links ist ideologisch geleitet, analytisch irreführend und inhaltlich fragwürdig."[53] Sie berufen sich auf eine vom Berliner Politikwissenschaftler Richard Stöss heute nicht mehr so vertretene Definition: „Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an."[54] Im ersten Fall ist von der Demokratie/Extremismus-Dichotomie die Rede, im zweiten von der Kapitalismus/Sozialismus-Dichotomie. Im Übrigen verfechten heute viele Rechtsextremisten vehement antikapitalistische Ziele.[55] Die Extremismusforschung operiert nicht mit der Dichotomie „extremistisch versus gesellschaftliche Mitte", sondern mit der Dichotomie „extremistisch versus demokratisch". Die Autoren halten es in der jüngsten Studie nicht für sinnvoll, auf gegnerische Positionen zu verweisen. Stattdessen berufen sie sich in diesem Zusammenhang zustimmend auf Gero Neugebauer: Danach verstehen sich die als „linksextrem" Eingestuften als demokratisch und „akzeptieren zu 94 Prozent das Grundgesetz"[56]. Aber was besagt die Orientierung am Selbstverständnis? Die NPD-Führung behauptet ebenso, das Grundgesetz zu bejahen.

„Außerdem wird die Gleichsetzung von ‚rechts' und ‚links' sowie die Konstruktion einer ‚Mitte' mitunter von rechter Seite instrumentalisiert – ein Jugendprojekt gegen Rechts müsse auch gegen Linksextreme sein – argumentieren nicht nur lokale NPD-Politiker gerne [...]. Und nicht nur im ländlichen Raum und unter konservativen Kommunalpolitikern gelten Protestaktionen gegen Rechts als mindestens so gefährlich und zu vermeiden wie marschierende Neonazis selbst."[57] Die Extremismusforschung redet einer Gleichsetzung von „rechts" und "links" keineswegs das Wort, und dem Verfasser ist nicht bekannt, dass ausgerechnet die NPD diese „Gleichsetzung" instrumentalisiert oder gar akzeptiert. „Protestaktionen gegen Rechts" sind allerdings dann zu vermeiden, wenn sie sich über die Strafgesetze hinwegsetzen.

Die Autoren wollen den Rechtsextremismusbegriff trotz der als problematisch empfundenen Konnotation „extremistisch" gleichwohl verwenden. Wenn sie sich dabei auf Lipsets antithetisches Begriffspaar „Extremismus" und „Pluralismus" berufen: Wissen sie nicht, dass sie damit just das Konzept der Extremismusforschung über-

53 Ebd., S. 16.
54 Zitiert nach Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18. – Diese Position ist stärker entfaltet in dem folgenden Beitrag von Richard Stöss, Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik. Eine Theorie, in: Ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Opladen 1983, S. 17-309.
55 Das räumen die Autoren auch ein, paradoxerweise unter Bezugnahme auf Richard Stöss. Vgl. Decker/Weißmann/Kiess/Brähler (FN 29), S. 122-133.
56 Zitiert nach Decker/Kiess/Brähler (FN 42), S. 17.
57 Ebd., S. 17.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nehmen? „Anstelle der Dichotomie extremistisch vs. gesellschaftliche Mitte (oder der Konstruktion Links-Mitte-Rechts) operieren wir mit der Dichotomie rechtsextrem/antidemokratisch vs. demokratisch.“[58] Der Unterschied besteht wohl darin, dass die eine Seite von einem antifaschistischen Konsens ausgeht, die andere Seite von einem antiextremistischen. Diese Differenz sollte offen ausgesprochen und nicht mit dem Hinweis auf eine diffuse Mitte verkleistert werden. Und: Ein antikapitalistischer Duktus durchzieht das Konzept der Leipziger Forschergruppe auf der Suche nach politischer Instrumentalisierung: „Die Krise gehört zur kapitalistischen Gesellschaft wie der Winter zu den Jahreszeiten“. Oder: „Für den Kapitalismus gilt: Nach der Krise ist vor der Krise.“[59] Erklärt sich damit wesentlich die Aversion gegen die „Mitte“? Mit dem „Mitte“-Begriff lässt sich der Kreis der potentiell als Rechtsextremisten geltenden Personen enorm ausweiten. Bei dieser Form „alarmistischer Zeitdiagnostik“[60] besteht die folgende Gefahr: Das Bild der tatsächlichen Rechtsextremisten wird diffus.

5.2. Kritik an der Empirie und der Deutung

Mit Hilfe der Tabelle 2 lässt sich die – tatsächliche oder vermeintliche – Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen einfangen. Vor allem anhand dieser Daten soll der eine oder andere problematische Befund beleuchtet werden. Allerdings kann das bei der Vielzahl der Daten nur in exemplarischer, nicht in systematischer Form geschehen.

Tabelle 2: Rechtsextremismusitems (in Prozent)

Rechtsextremismus	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu
01 Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	56,9	20,3	15,8	6,2	0,8
02 Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	51,4	20,2	17,8	8,6	2
03 Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	39,4	20,8	23,7	12,7	3,5

58 Ebd.
59 Zitate nach ebd., S. 18 f.
60 Uwe Backes, Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft? Paradoxie und triste Banalität eines Gemeinplatzes alarmistischer Zeitdiagnostik, in: Landesamt für Verfassungsschutz (FN 14), S. 29-42.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rechtsextremismus	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu
04 Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	58,8	16,1	15,1	7,6	2,5
05 Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	44,8	20,2	20,6	12	2,5
06 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	16,8	16,9	30,4	21,7	14,3
07 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	33,1	22,6	24,8	13,9	5,6
08 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	16,1	14,9	29,7	26	13,2
09 Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	42,2	20	19,9	12,6	5,2
10 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	22,8	18,1	27,5	18,4	13,2
11 Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	53,2	21,4	17,4	6	2
12 Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	22,9	16,9	30,5	21	8,7
13 Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	41,9	21,6	21,1	11,6	3,8
14 Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	24,6	18,5	29,6	20,6	6,8
15 Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	58,2	15,3	16	6,9	3,7

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rechtsextremismus	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu
16 Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	19,4	16,2	27,2	22,3	14,9
17 Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	39,6	21,6	24,3	10,5	4
18 Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	49,3	19	21,5	7,3	2,9

Quelle: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 29 f.

Für jede der sechs Dimensionen (z.B. Chauvinismus) sind, wie erwähnt, drei Items vorgesehen (z.B. „Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“) Hierzu gibt es fünf Antwortoptionen: lehne völlig ab – lehne überwiegend ab – stimme teils zu, teils nicht zu – stimme überwiegend zu – stimme voll und ganz zu. Die Antworten fielen für das genannte Item so aus: 24,6 Prozent, 18,5 Prozent, 29,6 Prozent, 20,6 Prozent, 6,8 Prozent. 27,4 Prozent stimmen überwiegend oder voll und ganz diesem Item zu (Ost: 32,1 Prozent; West 26,2 Prozent). Bezogen auf alle drei Items gehören 19,4 Prozent zu den Chauvinisten (im Osten: 23,5 Prozent; im Westen 18,4 Prozent). Die Autoren interpretieren Chauvinismus als eine „Form übersteigerten Nationalgefühls mit gleichzeitiger Fremdabwertung“, wenngleich die Items weder das Eine noch das Andere hergeben. Der hohe Anteil der „teils/teils“-Antworten signalisiere teilweise eine versteckte bzw. latente Zustimmung zu den Aussagen, die nur wegen der sozialen Unerwünschtheit nicht klar zur Sprache komme. Aber ist der beträchtliche Anteil dieser „teils/teils“-Antworten nicht eher ein Ausdruck einer undifferenzierten Antwortvorgabe? Folgerichtig lehnen nur 31,0 Prozent solche Aussagen ab.

Manchen Items fehlt es an Trennschärfe – Extremisten anderer Couleur können ihnen ebenso zustimmen. Die Aussage „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ dürften auch jene teilen, die voller Verehrung an den Máximo Líder in Kuba oder – ohne Hochgefühl, aber wegen der weggebrochenen Arbeitsplätze wehmütig – an den Generalsekretär des ZK der SED denken. Insofern ist die überproportional hohe Zustimmung im Osten (12,4 Prozent; Westen: 9,5 Prozent) erklärlich, wenngleich der Begriff „Führer“ das Augenmerk auf eine rechte Diktatur lenkt. Erst recht gilt dies für die Antwortvorgabe: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform (Zustimmung im Osten: 11,3 Prozent, Zustimmung im Westen: 5,9 Prozent). Hier könnte

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zustimmung ebenfalls von Anhängern des Islamismus oder gänzlich anderen – gleichwohl marginalisierten – Varianten des politischen Extremismus kommen.

Schließlich sind einige Items suggestiv bzw. in unzulässiger Absolutheit formuliert. Bei der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen" überliest mancher Bürger wahrscheinlich „die" und „nur", so dass 36,0 Prozent ihr überwiegend oder voll und ganz zustimmen (Ost: 51,9 Prozent; West: 31,4 Prozent). Der sehr hohe Anteil der „teils/teils"-Antworten (immerhin 30,4 Prozent) dürfte wesentlich auf die Absolutheit der Fragstellung zurückzuführen sein.[61] Durch alle drei Monita wird das Ausmaß rechtsextremistischer Einstellungsmuster in die Höhe getrieben.

Wie kommen die Autoren nun zu dem aufsehenerregenden Ergebnis[62], 9,0 Prozent der Deutschen haben „ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild" (15,8 Prozent der Ost-, 7,3 Prozent der Westdeutschen)? 2006, bei der ersten Studie, war dies umgekehrt: 9,1 Prozent der West- und 6,6 Prozent der Ostdeutschen mussten sich so charakterisieren lassen. Für die Antwortmöglichkeit „lehne ab" gibt es einen Punkt, für „lehne überwiegend ab" zwei Punkte, für „teils, teils" drei, für „stimme überwiegend zu" vier und für „stimme voll und ganz zu" fünf. Wer im Schnitt bei den 18 Items mindestens 3,5 Punkte erreicht (bei den Antworten also in der Mitte zwischen „stimme überwiegend zu" und „teils, teils" liegt), habe ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild (mindestens 63 Punkte). Dieses Ergebnis ist neben den erwähnten Einwänden aus zwei Gründen unhaltbar:

Erstens werden Befragte vorschnell als Personen mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild ermittelt. Wer nämlich bei den drei Teilskalen zu einer der sechs Dimensionen zweimal „voll und ganz" ankreuzt und einmal „lehne völlig ab", kommt ebenso auf elf Punkte wie derjenige, der zweimal „überwiegend" und einmal „teils, teils" antwortet, oder derjenige, der zweimal „teils, teils" ankreuzt und einmal „voll und ganz". In diesen Fällen erzielen solche Personen 66 Punkte. Derartige Daten sprächen allerdings nicht für ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, sondern allenfalls für ein äußerst inkonsistentes oder gar für „Non-Attitudes". Offenkundig ist der Schwellenwert viel zu niedrig angesetzt. Angemessener wäre etwa ein solcher von wenigstens 72 Punkten (durchschnittlich 12 Punkte bei einer der sechs Dimensionen).[63]

Zweitens: Wer ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild zu ermitteln sucht, muss darauf achten, dass ein solches Einstellungssyndrom umfassend abgedeckt wird.

---

61 Immerhin bei sechs der 18 Items dominierte als Antwort die Mitte-Kategorie (stimme teils zu, stimme teils nicht zu). Und bei drei der 18 Items sind Rechtsextremisten stärker als Nichtextremisten.

62 Allerdings sind solche Daten nicht neu. So löste 1981 eine SINUS-Studie große Aufregung aus. Danach hätten 13 Prozent der Deutschen ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild: Fünf Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben …" Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1981.

63 In der Studie von 2006 ist diese Differenzierung angedeutet. Hier wird unterschieden zwischen einer rechtsextremen Einstellung (63 bis 72 Punkte) und einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild (über 72 Punkte).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das trifft hier offenkundig nicht zu. Das als alarmierend bezeichnete Ergebnis kommt vor allem durch den hohen Anteil bei der Ausländerfeindlichkeit (24,7 Prozent) und beim Chauvinismus (19,3 Prozent) zustande. Die Zahl der Antisemiten liegt bei 8,7 Prozent, die der Befürworter einer Rechtsdiktatur bei 5,1 Prozent, die der „Sozialdarwinisten" bei 4,0 Prozent und die der Verharmloser des Nationalsozialismus bei 3,3 Prozent. Offenkundig erfüllt lediglich ein sehr kleiner Teil der Befragten alle sechs oder selbst nur fünf rechtsextremistische Dimensionen. Das spricht dafür, dass die zuvor festgelegten und in dieser Weise operationalisierten Dimensionen doch nicht den gleichen theoretischen Sachverhalt abdecken (mangelnde interne Konsistenz des Indexes). Das Syndrom des geschlossenen rechtsextremistischen Weltbildes hängt also in der Luft.

Der kritische Leser spürt die Absicht und ist verstimmt. Das gilt ebenso für das Operieren mit dem „Mitte"-Begriff, den die Autoren als Gefahrenherd hartnäckig ins Zentrum rücken. Die eigenen Erkenntnisse widersprechen dem. Die Mittelschichten, anders als etwa 1932 (darauf fußt das verzerrt wiedergegebene Konzept Lipsets vom „Extremismus der Mitte"), stellen eben nicht die behauptete Gefahr für die Demokratie dar. Rechtsextremistische Potentiale sind dort besonders hoch, wo Bildung niedrig und Arbeitslosigkeit hoch ist, wie die Daten ergeben (vgl. – bezogen auf Arbeitslosigkeit – Tabelle 3). Im Vergleich zu den Erwerbstätigen weisen die Arbeitslosen fast überall höhere rechtsextreme Einstellungen auf (mit Ausnahme der Dimension Antisemitismus).[64]

Tabelle 3: Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Arbeitslosigkeit 2012 (in Prozent)

	Nie arbeitslos			Einmal arbeitslos			Mehrmals arbeitslos		
	bis 30 Jahre	31-60 Jahre	Ab 61 Jahre	bis 30 Jahre	31-60 Jahre	Ab 61 Jahre	bis 30 Jahre	31-60 Jahre	Ab 61 Jahre
Befürwortung Diktatur	2,8	3,1	4,6	1,5	1,7	2,5	10,3	3,3	10,9
Chauvinismus	13,8	20,1	24	9,9	13,6	17,7	21,1	19	34,8
Ausländerfeindlichkeit	16,2	24,1	30,2	13,6	19,8	30,4	35,9	31	43,5
Antisemitismus	5,5	6,8	13,2	1,5	7,4	7,6	13,2	6	26,1
Sozialdarwinismus	3,3	4,4	6,4	3	1,2	1,3	5,1	3,3	6,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,5	2,5	4,6	3	0,8	3,8	7,7	2,7	6,5
Geschlossenes rechtsextremes Weltbild (Grenzwert > 63)	6,1	8,2	12,9	4,6	4,1	11,4	16,2	6,6	26,1

Quelle: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 67.

64 Vgl. Decker/Kiess/Brähler (FN 42), S. 41.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ohne die (wenigen) Anhänger der Rechtsaußenparteien zu berücksichtigen: Wie die Tabellen 4 und 5 ausweisen, ist der Anteil von Personen mit rechtsextremem Einstellungsprofil bei den Wählern der SPD im Osten und im Westen am höchsten, bei denen der Grünen (im Westen) und der Liberalen (im Osten) am niedrigsten. Die der Linken weisen demgegenüber höhere rechtsextremistische Einstellungspotentiale auf. So seien 36,2 Prozent der ostdeutschen Wähler der Linken ausländerfeindlich.[65] Nur bei den Sympathisanten der FDP und der „Piraten" unterstützt kein Einziger eine rechte Diktatur und verharmlost niemand den Nationalsozialismus. Ein Grund dürfte in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaft zu suchen sein. Lipset hat früh auf das autoritäre Syndrom innerhalb der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht.[66] Allerdings: Die Zahl der Befragten ist so gering, dass eine Aufschlüsselung nicht seriös erscheinen mag.

Tabelle 4: Anteil von Personen mit rechtsextremem Einstellungspotential unter den Parteianhänger/innen in Westdeutschland (in Prozent)

	CDU/CSU N=425	SPD N=518	FDP N=45	Grüne N=192	Die Linke N=46	Rechte N=16	Nichtwähler/innen N=203	Piratenpartei N=93	Unentschlossene N=176
Befürwortung Diktatur	3,3	2,7	0	1	0	37,5	3,9	0	0,6
Chauvinismus	18,6	22	15,6	6,8	15,2	75	14,3	14	17,6
Ausländerfeindlichkeit	20,8	24,1	15,6	6,8	19,6	75	22,7	22,6	21,6
Antisemitismus	7,5	9,1	2,2	2,6	8,7	68,8	5,9	8,6	4,6
Sozialdarwinismus	2,1	3,3	0	1,6	6,5	18,8	3,9	1,1	0
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,1	3,3	0	1	0	31,3	3,45	0	2,3

Quelle: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 44.

65 Dieser Anteil wird nur von den Anhängern der Grünen im Osten übertroffen. 37,5 Prozent von ihnen sollen ausländerfeindlich sein.

66 Vgl. Seymour M. Lipset, Democracy and Working class Authoritarianism, in: American Sociological Review 24 (1959), S. 482-501.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 5: Anteil von Personen mit rechtsextremem Einstellungspotential unter den Parteianhänger/innen in Ostdeutschland (in Prozent)

	CDU/CSU N=111	SPD N=89	FDP N=13	Grüne N=32	Die Linke N=58	Rechte N=4	Nichtwähler/innen N=66	Piratenpartei N=14	Unentschlossene N=52
Befürwortung Diktatur	5,4	5,6	0	3,1	1,7	75	4,6	0	3,9
Chauvinismus	22,5	30,3	15,4	37,5	24,1	75	20	7,1	7,7
Ausländerfeindlichkeit	47,8	48,3	23	37,5	36,2	75	39,4	21,4	9,6
Antisemitismus	7,3	13,6	8,3	18,8	12,1	0	3,1	7,1	5,8
Sozialdarwinismus	5,4	10,1	7,7	9,4	10,3	50	1,5	0	1,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,8	2,3	0	6,3	5,2	0	1,5	0	1,9

Quelle: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 45.

Diese Ergebnisse kommen in den „Mitte"-Studien nur knapp zur Sprache, ebenso die Hinweise auf die hohe gesellschaftliche Legitimität der Demokratie als Idee, die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland gemäß der Verfassung und, schwächer, mit der Praxis der hiesigen Demokratie. Der ermittelte Befund ist offenkundig nicht so recht kompatibel mit den ubiquitären Attacken gegen die „Mitte".

6. Thesenartige Zusammenfassung der Kritik

An dieser Stelle ließ sich nur ein Teil der Vorbehalte gegenüber den „Mitte"-Studien vorbringen. Im Vordergrund stand eher prinzipielle Kritik; nur in einigen Punkten ging sie stärker ins Detail. Die folgenden, teilweise zugespitzten Thesen gehen über die Einwände gegenüber der Leipziger Forschungsgruppe hinaus. Schließlich stehen diese für eine weitverbreitete Perspektive. Wer das eingangs erwähnte Zitat analysiert, kann diese Auffassung nicht teilen – sei es, weil sie nicht stimmig ist, sei es, weil sie einen Popanz aufbaut. Schließlich weiß die Extremismusforschung am besten, dass die Demokratie, einmal errichtet, nicht immer stabil bleiben muss. Und es kann sein, dass das „gesellschaftliche Zentrum" zu einer Bedrohung für die Gesellschaftsordnung wird. Schließlich haben bei den beiden Reichstagswahlen 1932 Nationalsozialisten und Kommunisten eine negative Mehrheit gehabt[67]: Die Extremisten waren untereinander

67 Auch die DNVP unter Hugenberg, mit der die NSDAP eng paktierte, war keine demokratische Kraft.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einig in dem, was sie nicht wollten, aber uneins in dem, was sie wollten. Sie repräsentierten seinerzeit die Mehrheit, in gewisser Weise also die „Mitte". Nur kann heute davon keine Rede sein. Eine nüchterne Bestandsaufnahme befriedigt die Liebhaber alarmistischer Diagnosen nicht.

Erstens: Die Analyse extremistischer Einstellungspotentiale ist wichtig, um schon im Vorfeld und rechtzeitig auf Gefahren aufmerksam zu machen. Allerdings fristet die Forschung mit Blick auf linksextremistische und islamistische Dimensionen ein Schattendasein, während die Studien über rechtsextremistische Einstellungen von schwankender Qualität sind. Es gibt beides: Demokraten, die eine extremistische Partei wählen (z.B. Beispiel aus Protest), und Extremisten, die für eine demokratische Partei votieren (z.B. aus Abneigung gegen eine als „primitiv" empfundene extremistische Alternative).[68] Wer überall Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus wittert, kann nicht angemessen tatsächlichen Rechtsextremismus (und, horribile dictu, Linksextremismus) aufspüren.

Zweitens: Der Schwerpunkt der Forschung auf Einstellungen überzeugt nur auf den ersten Blick. Die politische Soziologie wäre gut beraten, über kurzlebige Meinungen und Einstellungen hinaus handlungsrelevante politische Orientierungen zu erfassen. Das wären – wie zahlreiche empirische Studien zu genüge gezeigt haben – vor allem politische Wertorientierungen.[69]

Drittens: Vielen (nicht: allen) Untersuchungen liegt im Kern ein antifaschistisches Forschungsdesign zugrunde: Die Demokratie werde (nur) von rechtsaußen gefährdet, so der häufige Duktus. Damit erklärt sich auch, wiewohl nicht ausschließlich, die Fülle der Studien zu rechtsextremistischen Einstellungspotentialen und die fast zu vernachlässigende Zahl von Arbeiten zu linksextremistischen oder islamistischen Potentialen. Ein Vergleich, der manches relativierte, wäre dringend vonnöten.

Viertens: Der Hinweis darauf, dass (vermeintlicher oder tatsächlicher) Rechtsextremismus aus „der Mitte der Gesellschaft" komme, ist je nach Interpretation entweder eine Banalität oder eine unbewiesene Unterstellung. Die Feststellung ist banal, wenn sie auf die Behauptung hinausläuft, es gebe auch Rechtsextremismus in den mittleren Schichten der Gesellschaft. Sie beinhaltet eine unbewiesene Unterstellung, wenn suggeriert wird, von den tragenden sozialen Gruppen der Gesellschaft gehe Rechtsextremismus aus.

Fünftens: Sollte es tatsächlich so schlimm um die nach rechts driftende „Mitte der Gesellschaft" bestellt sein, müsste doch das Integrationspotential der wenigen verbleibenden demokratischen Kräfte herausgestrichen werden, weil sie dafür sorgen, dass rechtsextremistische Einstellungen nicht in rechtsextremistisches Verhalten umschlagen. Davon ist wenig die Rede.[70] Auf die Idee, ob das Messinstrument tatsächlich

68 Nicht zu vergessen: Demokraten wählen eine demokratische Partei, Extremisten eine extremistische.

69 Vgl. bereits Philip E. Converse, The Nature of Belief Systems in Mass Politics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York 1964, S. 206-261.

70 Siehe aber Decker/Kiess/Brähler (FN 42), S. 44 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

das misst, was gemessen werden soll, kommen die Verfasser von Studien zu rechtsextremistischen Einstellungspotentialen in der Regel nicht.

Sechstens: Wer in Anlehnung an Aristoteles[71] eine gemischte Verfassung ebenso schätzt wie Maß und Mitte, hat die Erfahrung der letzten knapp drei Jahrhunderte auf seiner Seite. Die Menschheit fährt gut damit, wenn sie die Politik an den drei Werten Freiheit, Gleichheit und Gewaltenkontrolle misst. Diese finden ihren institutionellen Ausdruck in der konstitutionellen Demokratie. Sie, nicht eine diffuse Konzeption der gesellschaftlichen Mitte, bildet den definitorischen Ankerpunkt des Extremismusbegriffs.

Siebtens: Rechtsextremisten dürften nicht böse darüber sein, durch Interpretationen, wie sie die Leipziger Forschergruppe bietet, in die „Mitte" gerückt zu werden. Was ihnen im politischen Alltag nicht gelingt, schaffen Sozialwissenschaftler mit ihrer „ideologisch geleiteten", „analytisch irreführenden" und „inhaltlich fragwürdigen" Vorgehensweise.

71 Vgl. Backes (FN 32), S. 38-53.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte
Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Extremes Denken

Von Barbara Zehnpfennig

Extremismus ist als Begriff umstritten.[1] Demjenigen, der im wissenschaftlichen Rahmen mit diesem Begriff operiert, wird oft eine unterschiedslose Gleichbehandlung rechter und linker Positionen vorgeworfen; zudem sei der Begriff unscharf und somit wissenschaftlich unbrauchbar.[2] Doch wie tragfähig ist eine solche Sicht? Abgesehen davon, dass es in der Wissenschaft nicht primär um Begriffe gehen kann – diese sind schließlich unterschiedlich füllbar –, sondern dass es um die mit ihnen gemeinten Sachverhalte gehen muss, scheint hinter dieser Kritik eine unausgesprochene Wertung zu stehen: Die moralische Höherwertigkeit linker gegenüber rechten Positionen darf nicht dadurch in Frage gestellt werden, dass man sie unter strukturellem Gesichtspunkt gleich behandelt. Eine derartige Wertung ist allerdings schon deshalb merkwürdig, weil der kritisierten Position ihrerseits eine unbegründete normative Tendenz angelastet wird.

Was letztgenannten Vorwurf angeht, so wäre also der erste Schritt zu prüfen, inwieweit es sich bei ihm nicht um eine Selbstprojektion handelt. Ein zweiter Schritt aber wäre zu überlegen, ob Wissenschaft überhaupt ohne Wertung auskommt. Die in der Politikwissenschaft völlig fraglos vertretene Sicht, von der Demokratie als bester aller möglichen Staatsformen auszugehen, ist beispielsweise eindeutig Ergebnis einer Wertung. Für diese lassen sich gute Gründe anführen, was beweist, dass Werte keineswegs immer auf rein subjektiven, emotionalen oder gar irrationalen Entscheidungen beruhen müssen. Insofern darf man auch in der Wissenschaft werten; man muss es nur gut begründen.

Ob aber mit dem Extremismusbegriff überhaupt per se eine Wertung verbunden ist, ist insofern fraglich, als dieser Begriff ganz formal bestimmt ist: Er bezeichnet die äußerste Entfernung von der Mitte. Wenn die Mitte, wie es üblich ist, als der demokratische Verfassungsstaat verstanden wird, dann definiert sich Extremismus als dessen Negation.[3] Das ist in der Tat ein rein formales Kriterium, das sich inhaltlich auf

1 Einen Überblick zum Thema geben: Armin Pfahl-Traughber, Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln u.a. 2000, S. 185-211; Uwe Backes, Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Ders./Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 22, Baden-Baden 2010, S. 13-31.

2 So z. B. Richard Stöss, „Extremistische Parteien" – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47/2008, S. 3-7. Stöss bezieht hier den Extremismusbegriff ausschließlich auf die Parteientypologie und kritisiert, er lasse sich auf diese Typologie nicht anwenden. Das ist natürlich ein zirkuläres Argument, denn mit diesem Begriff soll gerade eine andere Form der Kategorisierung möglich werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit Stöss unter demselben Titel Eckhard Jesse, ebd., S. 7-11.

3 Vgl. z. B. Backes (FN 1), S. 24.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

verschiedene Weise ausfüllen lässt, je nachdem, woher die Bedrohung des demokratischen Systems rührt. Und ob eine derartige Bedrohung vorliegt, lässt sich anhand objektiver Maßstäbe ermitteln, etwa an dem Verhältnis zu verfassungsmäßig garantierten Grundrechten, an der Akzeptanz der vorgesehenen parlamentarischen Verfahren, an der Vermeidung strafbewehrter Aktionen zur Durchsetzung politischer Ziele etc. An solchen Maßstäben gemessen, können sich linke, rechte oder religiös-fundamentalistische Bewegungen und Parteien gleichermaßen als extremistisch erweisen, und da spielt es auch keine Rolle, wie „gut gemeint" jener Aufstand gegen den Rechtsstaat war oder welch ehrenwerte Motive dafür in Anspruch genommen werden. Es zählt das Ergebnis. Von dorther wäre eher die Ungleichbehandlung bzw. -bewertung der verschiedenen Extremismen rechenschaftspflichtig, nicht aber ihre Subsumption unter dieselbe Kategorie.

Deshalb soll der Extremismusbegriff im Folgenden in obengenannter Bedeutung Verwendung finden: als äußerste Entfernung von der demokratischen Mitte.[4] Extremismus in diesem Sinn ist, gleichgültig welcher Couleur, Ergebnis einer bestimmten Denkhaltung. Dabei muss er gar keiner tiefergehenden theoretischen Begründung folgen. Er kann auch Ergebnis eines diffusen Unbehagens, einer nicht eigentlich benennbaren Wut, einer ins Aggressive gewendeten Verneinungshaltung sein. Doch ob er nun auf einem ausgefeilten ideologischen Konzept beruht oder sich in ihm nur das Ressentiment austobt – letztlich fußt er auf einem Denken in den Kategorien des Äußersten, das, auch wenn es sich eher im Vorbewussten abspielt, die Akzeptanz des Bestehenden unmöglich werden lässt. Was jenes extreme Denken kennzeichnet, soll Gegenstand der sich anschließenden Überlegungen sein.

In seiner Ablehnung des Prinzips der Mitte wendet sich der Extremismus gegen alles Gemäßigte, Maßvolle.[5] Für extremes Denken ist Mitte Halbheit, der Mittelweg ist nichts weiter als ein fauler Kompromiss. Weshalb ist diesem Denken der Kompromiss so suspekt, obwohl er das Alltagsleben doch erheblich erleichtert und im Politischen, zumal in der liberalen Demokratie, geradezu das Konfliktregulierungsinstrument par excellence ist? In den Augen dessen, der den Kompromiss verachtet, ist Letzterer nicht souveräner Verzicht auf die unbedingte Durchsetzung der eigenen Position oder Ausdruck politischer Klugheit; er ist vielmehr nichts anderes als Schwäche. Die Schwäche liegt in der Unfähigkeit, sich zu entscheiden, oder der Feigheit, für etwas

4 Die Rede vom „Extremismus der Mitte", durch die eine Mitverantwortung des Mittelstands für die Entstehung von Rechtsextremismus insinuiert werden soll, ist ein bewusst konstruiertes Oxymoron, das durch den paradoxen Begriffsgebrauch aber eher desorientierende Wirkung hat. Dazu: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremismus der Mitte? – Kritik an einem modischen Schlagwort, in: Dies., Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 157-169.

5 Vgl. z. B. Uwe Backes, Politische Extremismen – Begriffshistorische und begriffssystematische Grundlagen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 17-40, hier: S. 18.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einzustehen.[6] Das Mittlere ist auch das Mittelmäßige, die Negation von allem, was in irgendeiner Weise mit Größe verbunden werden kann.

Was liegt einer derartigen Bewertung zugrunde? Eine inhaltliche Position, nämlich die des Ausgleichs, der Vermittlung zwischen den Extremen, wird nicht nur der Sache nach abgelehnt, sondern auch moralisch geächtet. Der Fokus verschiebt sich vom Gegenstand auf die Haltung. Das ist gleichbedeutend mit der Nicht-Akzeptanz des pluralistischen Comment, der darin besteht, dass man auch das achtet, was man inhaltlich negiert. Die liberale Gesellschaft erwartet die Trennung von Form und Inhalt, die Trennung der Form der Auseinandersetzung vom Inhalt der Kontroverse. Formal muss Toleranz herrschen, auch wenn inhaltlich Entgegensetzung besteht. Nur so kann der Meinungskampf, das Ringen um die Deutungshoheit auf demokratische Weise ausgetragen werden.

Wer zu dieser Trennung nicht bereit ist und den Comment aufkündigt, signalisiert: Für ihn hat der Inhalt die Form überwuchert; das Moralische dominiert das Sachliche. Das kann zwar bei jeder Auseinandersetzung einmal passieren. Etwas anderes ist es aber, wenn sich diese Nicht-Akzeptanz der Scheidung der Sphären zur Grundhaltung verfestigt hat. Dann ist eine existentielle Ebene angesprochen.[7] Es geht nicht um eine Meinung, die man haben und genauso gut wieder aufgeben kann, die also akzidentell ist. Es handelt sich vielmehr um eine Meinung, die mit dem Sein dessen, der sie vertritt, untrennbar verknüpft ist, die für ihn substantiell ist. Wer sie angreift, greift zugleich diesen Menschen in seiner Substanz an. Das erklärt, wieso es hier keine Toleranz geben kann.

Wer extrem denkt, und zwar nicht im Nachgeordneten und punktuell, sondern in dem ihm Wesentlichen, fühlt sich durch die Gegenposition (das Mittlere oder auch das Gegenextrem) fundamental in Frage gestellt; das eigene Mensch-Sein ist betroffen, weil es sich über die inhaltliche Position definiert. Gilt das nun für jede Form des Extremismus?

1. Erscheinungsweisen des Extremen

Zweifellos lassen sich verschiedene Formen des Extremismus unterscheiden, wobei hier noch nicht auf die inhaltliche Dimension abgehoben werden soll. Zunächst geht es um extreme Haltungen als solche, also die Ablehnung des Kompromisses und die unhinterfragte Fixierung auf die eine allein seligmachende politische Lösung. Es scheinen vorrangig drei Varianten solcher Kompromisslosigkeit zu sein, die im poli-

6 Ein krasses Beispiel für diese Haltung ist Hitlers Abrechnung mit dem parlamentarischen System, die viel mehr den Charakter eines existentiellen Aufbegehrens als einer politischen Auseinandersetzung hat. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, 11. Aufl., München 1942, S. 85-99.

7 Frauke Kurbacher macht dieses Phänomen am Begriff der „Überzeugung" fest: Dies., Radikalität als Denkfigur. Zur Philosophie extremer Überzeugungen, in: Leonhard Fuest/Jörg Löffler (Hrsg.), Diskurse des Extremen. Über Extremismus und Radikalität in Theorie, Literatur und Medien, Würzburg 2005, S. 49-60.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tischen Raum eine Rolle spielen:[8] 1. die jugendliche Neigung zum Extremen, 2. der Extremismus aus Perspektivlosigkeit[9] und 3. der schon genannte ideologisch begründete Extremismus. Nachfolgend sollen die möglichen Gründe erörtert werden, wieso sich die jeweilige Form herausbilden kann, wieso also das von der liberalen Gesellschaft zur Verfügung gestellte Instrumentarium der Interessenvertretung und Konfliktregulierung von diesen Positionen als völlig untauglich zurückgewiesen wird.

Ad 1: Im Grunde ist es ein Privileg der Jugend, radikal zu sein.[10] Wer in jungen Jahren schon kompromisslerisch anfängt, hat später nichts mehr, von dem er Abstriche machen könnte. Weshalb gerade junge Menschen zu radikalen Ansichten neigen, hat sicherlich mehrere Ursachen. Zunächst wäre die jugendliche Unbedachtheit zu nennen. In jungen Jahren hat man noch keine wirkliche Lebenserfahrung, man urteilt auf rein theoretischer Basis. Es ist einem beispielsweise noch nicht bewusst, wie schwierig es ist, ein gerechtes Urteil zu fällen. Die Welt in ihrer ganzen Komplexität wahrzunehmen, gelingt, wenn überhaupt, erst in späteren Jahren; erst dann begreift man, dass Schwarz-Weiß-Denkmuster die Vielfalt des Wirklichen nicht erfassen können. Als junger Mensch hat man ebenfalls noch keine hinreichende Erfahrung mit den Konsequenzen unbedachten Denkens und Handelns. Aufgrund fehlender Selbstreflexion betrachtet man die Welt und die Menschen von außen, d. h. es mangelt in diesem Stadium noch an Empathie und jener Toleranz, die sich aus der Bewusstwerdung eigener Fehlbarkeit speist. So denkt man zu wenig darüber nach, was man Menschen möglicherweise antut, wenn man sie radikalen Lösungen unterwirft.

Ein zweiter Grund, weshalb Jugendliche zu Extremem neigen, ist schlicht Abenteuerlust: Es ist aufregend, mit dem Äußersten herumzuexperimentieren, alles auf eine Karte zu setzen, die Spießer zu provozieren, auch selbst etwas zu riskieren. Alles Rechnende, Abwägende, die möglichen Folgen Bedenkende erscheint demgegenüber langweilig, kleinkariert, kleinbürgerlich. Natürlich kann darin eine bedenkliche Bereitschaft zum Opfern anderer liegen, aber auch eine ebenso bedenkliche Bereitschaft zum Selbstopfer. Deshalb haben totalitäre Systeme und Bewegungen immer auf junge Menschen gesetzt und großen Wert auf ihre Erfassung in Jugendorganisationen gelegt. Jugendliche sind noch nicht so skrupulös wie ältere Menschen, sie ahnen noch nicht, was sie verlieren können, wenn sie ihr junges Leben bedingungslos einsetzen.

Als dritter Grund für jugendliche Radikalität spielt sicher Idealismus eine Rolle. In jugendlichem Alter ist die Begeisterungsfähigkeit oft noch hoch, es gibt eine Sehnsucht

8 Damit ist selbstverständlich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

9 In der Erforschung des Rechtsextremismus wird zuweilen mit dem „Deprivationskonzept“ gearbeitet, also der Rückführung von Fremdenfeindlichkeit etc. auf ökonomische Erfolglosigkeit, Abstiegsängste u. ä. (Susanne Rippl/Dirk Baier, Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57 (2005), H. 4, S. 644-666). Der hier verwandte Begriff der „Perspektivlosigkeit“ ist schon insofern weiter gefasst, als er an keine bestimmte extremistische Richtung gebunden ist.

10 Die Begriffe „radikal“ und „extrem“ sollen in diesem Fall synonym gebraucht werden. Prinzipiell erscheint aber die Unterscheidung von Kurbacher (FN 7) plausibel, nach der man das Extreme mit einer horizontalen Ausdehnung (das entspräche dem Links-Mitte-Rechts-Schema) und das Radikale mit einer vertikalen, an die Wurzel gehenden Ausdehnung assoziieren könnte (S. 49).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nach dem Großen, den Alltag Überschreitenden, dem man sich bedingungslos ergeben kann. Dass dieses Alter der Empfänglichkeit für große Ideen und hohe Ideale mit der Entdeckung der Sexualität korreliert, ist wohl kein Zufall. In beiden Fällen geht es um Selbstüberschreitung und Selbsthingabe. Ein Kosten-Nutzen-Kalkül findet bei solcher Stimmungslage nicht statt, sondern man empfindet Lust an der Selbstverschwendung – am besten für ein großes Ziel, das derartige Selbstaufgabe lohnt.

All das kann zusammenwirken, aber es wirkt auch nur zeitlich begrenzt. Daher setzt bei den meisten irgendwann eine Normalisierung ein, die Experimentierphase findet ein Ende, es entwickelt sich eine verstärkte Neigung zur Mitte. Konservativismus ist nicht zuletzt eine Frage des Älter-Werdens, was damit zusammenhängt, dass die zunehmende Lebenserfahrung das Urteil milder werden lässt. In der Regel hat man im Alter aber auch mehr zu verlieren, was insgesamt zu größerer Vorsicht führt. In der kurzen Phase jugendlichen Überschwangs kann man aber auch schon viel Unheil anrichten. Der jugendliche Kraftüberschuss kann sich in Gewaltexzessen entladen, die natürlich von extremen politischen Bewegungen gesteuert werden können.

Ad 2: Der Extremismus aus Perspektivlosigkeit ist nicht so altersgebunden wie der erstgenannte und erledigt sich daher auch nicht von selbst wieder, es sei denn, es wird eine Perspektive gefunden. Diese Form von Extremismus ist Folge von Ziellosigkeit, Aussichtslosigkeit oder der vermeintlichen Aussichtslosigkeit der eigenen Lage. Oft liegt ihm die Enttäuschung irgendwelcher Hoffnungen, was die eigene Lebensperspektive oder den Zustand der Gesellschaft angeht, zugrunde. Letzteres scheint allerdings nicht selten vorgeschoben zu sein, eine Verlagerung der Ursache für die eigene Unzufriedenheit auf die Gesellschaft als Strategie der Selbstentlastung.

Wegen der hier vorherrschenden negativen Grundeinstellung dominiert insgesamt die Anti-Haltung: ein Zerstörungswille gegenüber dem, was man für die Misere verantwortlich macht. Die Wut und der Hass richten sich auf das, was am eigenen Lebensglück hindert oder, sehr „fürsorglich", was der eigenen Meinung nach der ganzen Gesellschaft das glückliche Leben verwehrt. Weil man sich gar nicht ernsthaft an die Lösung der Probleme machen will, die man diagnostiziert hat, verwirft man gleich das gesamte System. Dahinter steht natürlich große Bequemlichkeit: Man ist nicht selbst für sein Unglück verantwortlich, sondern die Gesellschaft bzw. andere abstrakte Größen. Oder bezogen auf das angebliche gesellschaftliche Unglück: Man muss keine großen Analysen vornehmen, um Letzteres festzustellen und vor allem, um die daran Schuldigen dingfest zu machen. Je nach Feindbild handelt es sich um die Privilegierten, die unfähigen, respektive korrupten Politiker oder ebenjene gesellschaftliche Gruppierung, welche die Werte vertritt, die den eigenen entgegengesetzt sind.

Auf jeden Fall will man nicht die Mühen einer allmählichen Verbesserung der Verhältnisse auf sich nehmen, sondern lehnt gleich alles in Bausch und Bogen ab und ist gegebenenfalls auch dazu bereit, dem Wort die – gewaltsame – Tat folgen zu lassen. Dazu bedarf es keines großen ideologischen Unterfutters oder irgendeiner geistigen Anstrengung. Für das Ausleben der eigenen Aggressionen genügen ein paar Schlagwörter als Rechtfertigung und ein primitives Feindbild zur Definition des Gegners. Der Rechtsextremismus in seiner dumpfen Variante, autonomer Krawalltourismus und ein

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auf die Feindschaft zum Westen reduzierter Islamismus profitieren von den Vertretern dieser extremistischen Spezies.

Ad 3: Ideologisch begründeter Extremismus ist die anspruchsvollste und am tiefsten gehende Form von Extremismus, weil er nicht nur emotional ist, sondern auch intellektuelle Anforderungen stellt. Die Emotion, die hier vorhanden sein mag, verbindet sich mit der ideologischen Welterklärung; Verstand und Gefühl sind angesprochen. So ist bei diesem Extremismus die Wahrscheinlichkeit am größten, dass der ganze Mensch ergriffen wird, dass die extreme Position zur Selbstdefinition gerinnt. Das entspräche der zu Beginn geschilderten Variante mit der geringsten Toleranzbereitschaft gegenüber Andersdenkenden, und zwar nicht als ephemeres, sondern als anhaltendes Phänomen. Entsprechend hoch ist hier auch der Fanatisierungsgrad, weil mit der Position der Mensch insgesamt betroffen ist und sich in Frage gestellt sieht bei Angriffen auf die Ideologie. Weshalb ein Mensch sich ganz und gar einer Ideologie ausliefert, kann wiederum mehrere Gründe haben.

Ein nicht unerheblicher Grund mag die Sehnsucht nach der *einen* Ursache sein, die alles erklärt, die wie ein Sesam-öffne-dich die Geheimnisse der Welt aufschließt. Holistische Weltdeutungsmodelle befriedigen diese Sehnsucht; sie können jedes beliebige Phänomen, das in der Wirklichkeit auftritt, aus der grundlegenden Prämisse ihrer Welterklärung ableiten.[11] So ist aus linker Sicht alles, was ist, Folge der Klassenkämpfe, aus rechter Perspektive ist alles ein Ergebnis des Naturgesetzes, nach dem das Stärkere das Schwächere überwältigt, und für den Islamisten erklären sich geschichtliche und gegenwärtige Realität aus dem Kampf zwischen Gläubigen und Ungläubigen.

Aus solch letztlich dann doch wieder schlichten Deutungen kann ein hohes Gefühl der Befriedigung erwachsen: Die Welt wird überschaubar, geordnet, intellektuell beherrschbar. Man ist der Vielfalt der erscheinenden Wirklichkeit nicht mehr ausgeliefert, man ist Herr der Lage, weil man alles durchschaut. Damit geht natürlich eine entschiedene Selbstaufwertung einher, denn jene überlegene Sicht verschafft einem einen unschätzbaren Vorteil gegenüber den Nichtwissenden, den Nicht-Eingeweihten. Auch das erklärt die Faszination, die von geschlossenen Weltbildern ausgeht. Der bei der Hinwendung zur Ideologie möglicherweise wirkende Erkenntnisdrang, zur letzten Ursache der Dinge vorzudringen, ist als solcher freilich noch nicht problematisch. Schließlich liegt er auch dem wissenschaftlichen Denken zugrunde. Das Problematische resultiert aus dem willkürlichen Abbruch der Suche, aus der Ersetzung von Forschung durch Glauben. Damit wird eine an sich positive Haltung durch einen Herrschaftswillen pervertiert.

11 Diese logische Deduktion aus einer ursprünglichen Prämisse war auch für Hannah Arendt ein wesentliches Kennzeichen ideologischen Denkens. Bei ihr erscheint es allerdings so, als läge bereits in der strikten Logik der Ableitung das potentiell Totalitäre – ein Grundverdacht gegenüber der Logik, der seinerseits nicht unbedenklich ist. Denn nicht die Anwendung der Logik, sondern die Grundlosigkeit der ersten Setzung ist das entscheidende Problem. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, 6. Aufl., München, Zürich 1998, S. 964 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ein weiterer möglicher Grund, warum jemand in die Fänge einer Ideologie geraten kann, ist das als solches ebenfalls noch nicht negativ zu bewertende Leiden an der Ungerechtigkeit der Welt. Dieses kann ein ehrenwertes Motiv sein und zu durchaus konstruktivem Verhalten führen, sofern einem differenzierten Urteil eine angemessene, d. h. die bestehenden Regelsysteme achtende, Bemühung um eine Verbesserung der Verhältnisse folgt. Beides ist von ideologisch beeinflussten Weltverbesserern allerdings nicht zu erwarten. Ideologien gehen immer davon aus, dass die Gegenwart absolut verderbt und schlecht ist. Man hat es hier also mit einer Totalverwerfung der Welt zu tun, die mit wirklichkeits-inadäquaten Maßstäben misst und kein Gegenargument gelten lässt. Und so radikal wie die Analyse ist dann auch das Heilmittel: Weniger als eine Revolution darf es nicht sein, wenn die Verhältnisse grundlegend korrupt sind. Die Gewalttat wird zum Purgatorium, der Gewalttäter zum Wohltäter.

Wer auf die beschriebene Weise mit der Welt hadert, findet in der Ideologie ein System, das der eigenen Gefühlslage entspricht. Die eigene Wahrnehmung wird also von außen bestätigt – und es wird ein Grund dazu geliefert, wieso die Welt so ist, wie sie ist. Zudem besteht die Aussicht auf eine Zeitenwende, eine Revolution im eigentlichen Sinn. So wird eine im Grunde wertvolle Fähigkeit, nämlich keinen faulen Frieden mit der Welt, wie sie ist, zu machen, sondern nach Gerechtigkeit zu suchen, korrumpiert durch die Unterwerfung unter ein Erklärungsmodell, das nicht der Gerechtigkeit, sondern höchstens der Selbstgerechtigkeit dient.

Als drittes Motiv für die Neigung zur Ideologie könnte man noch das Leiden am principium individuationis anführen. Ein Einzelner zu sein, getrennt von den anderen, muss noch keinen Leidenszustand hervorbringen. Der westliche Individualismus hat das Prinzip der Individuation allerdings auf die Spitze getrieben. Die Folgen sind oftmals Vereinzelung, ein permanenter Druck, seine Individualität zu bewahren[12], sowie das Gefühl der Vergeblichkeit, weil alles eben nur individuell ist und das Allgemeine verloren geht.[13] So entsteht leicht das Gefühl der Beliebigkeit, schlimmer noch: der Sinnlosigkeit.

Ideologien liefern das vermisste Allgemeine, dem man sich anheimgeben, in dem man als Einzelner aufgehen kann – die große Idee, die menschheitsgeschichtliche Mission, deren Werkzeug man ist. Das verleiht dem individuellen Dasein Wert, es ist Teil einer großen Bewegung, es hat seine Funktion innerhalb des großen Ganzen. Dadurch gewinnt es einen definierten Ort in der Welt. Außerdem ist man auf diese Weise nicht nur Teil eines humanitären Projekts, sondern auch Teil einer Gemeinschaft – der Gemeinschaft Gleichgesinnter, ein wirksames Antidot gegen das Gefühl der Vereinzelung. Wenn man innerhalb dieser Gemeinschaft dann noch seine Aufgabe zugewie-

12 Wie schwer das gerade in einer demokratischen, d. h. auf Gleichheit eingeschworenen Gesellschaft fällt, zeigt Werner Becker in seinem Aufsatz: Konfliktpotential aus unbefriedigter Sehnsucht. Über die Anerkennung des Einzelnen in der Demokratie, in: Ulrich Zwiener/Klaus-M. Kodalle/Wolfgang Frindte (Hrsg.), Extremismus – Gewalt – Terrorismus. Hintergründe und Handlungskonsequenzen, Jena/Erlangen 2003, S. 18-28.

13 Zu den Aporien des westlichen Individualismus vgl. Peter Kainz, Unbegrenzte Möglichkeiten? Probleme und Aporien des Individualismus, Baden-Baden 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sen bekommt, muss man nichts mehr selbst entscheiden und auch nichts mehr selbst verantworten. Das ist die fundamentale Befreiung von der Last, ein Einzelner zu sein. Man ist der Bürde ledig, für alles uneingeschränkt und ohne Ausweichmöglichkeit einstehen zu müssen, mit anderen Worten: erwachsen zu sein.

Auch hier kann man wieder von der Perversion eines im Grunde wertvollen Antriebs sprechen, nämlich sein Genügen nicht an der Selbstbezogenheit, an der schlechten Individualität, zu finden, sondern nach etwas Höherem zu streben, das der Individualität erst Substanz verleiht. Pervertiert wird dieser Antrieb erstens durch das Aufgeben von individueller Verantwortung im Kadavergehorsam gegenüber der Partei oder Bewegung und zweitens durch die Wahl eines Ideals, dessen Heilsversprechen Lüge ist und das im Grunde nur die schon vorhandenen Ressentiments bedient. Bei den drei ideologischen Hauptrichtungen Marxismus, Nationalsozialismus und Islamismus ist dies das Ressentiment gegen die Kapitalisten, die Juden, den Westen – bzw. zugleich gegen alle drei.[14]

Von den oben angeführten Formen des Extremismus ist der zuletzt angeführte, der ideologisch begründete Extremismus, zweifellos der substantiellste, weil er nicht nur jugendlichem Übermut oder tiefsitzender Frustration entspringt, sondern in jeder Hinsicht ganzheitlich ist: Er beruht auf einer holistischen Welterklärung, und er beansprucht den Menschen insgesamt. Um zu verstehen, wodurch er das vermag, scheint es geraten, sich der inhaltlichen Seite dieses Extremismus zuzuwenden, den totalitären Ideologien.

2. Merkmale der totalitären Ideologien

Dass der Totalitarismus nicht erst mit der Herausbildung der entsprechenden Systeme beginnen kann, ist schon aus logischen Gründen unabweislich; schließlich ist es das Spezifikum dieser Systeme, dass sie sich die Umsetzung einer Ideologie zum Ziel gemacht haben. Das Totalitäre muss also bereits in den Ideologien zu finden sein. Insofern greifen Totalitarismustheorien zu kurz, die, wie etwa die von Friedrich/Brzezinski, in der Ideologie nur einen von mehreren, einander gleichgeordneten Faktoren sehen.[15] Die Ideologien sind die Basis, und selbst wenn derartige Systeme langfristig

14 Dass sich hier in der Praxis einiges vermischt, ist offensichtlich; es gibt im linksextremen Spektrum sich als antiisraelisch tarnende antisemitische Ansätze, im rechtsextremen antikapitalistische Positionen etc. Doch die Anlage dazu findet sich bereits in der Theorie: Man denke nur an Marxens antisemitische Äußerungen in seiner Schrift „Zur Judenfrage“, an Hitlers antikapitalistische und antiwestliche Haltung in „Mein Kampf“ und die Feindschaft gegen den Westen, die Juden, den Geist des Kapitalismus (und des Marxismus) bei dem zentralen Theoretiker des Islamismus, Sayyid Qutb, in den „Milestones“ (FN 32). Vgl. dazu: Barbara Zehnpfennig, Das Weltbild von Sayyid Qutb – der Dschihad als Verwirklichung des richtigen Lebens, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 327-345.

15 Vgl. Carl Joachim Friedrich/Zbigniew Brzezinski, Totalitarian dictatorship and autocracy, Cambridge/Mass. 1956.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einem Vermachtungsprozess unterliegen und das ursprüngliche Konzept aus den Augen verlieren, erklären sie doch die Entstehung dieser Systeme und bleiben oft auch als Legitimationshintergrund weiterhin präsent (so z.B. in China oder der nach-stalinschen Sowjetunion).

Was nun die Kennzeichen der totalitären Ideologien angeht, so haben verschiedene Autoren entsprechende Merkmalskataloge entwickelt (z. B. Pfahl-Traughber[16], Backes/Jesse[17], Pohlmann[18], Fritze[19], die Autorin[20] etc.) – mit unterschiedlicher Gewichtung der Einzelelemente, mit unterschiedlicher Zuordnung formaler Strukturen und inhaltlicher Ausfüllungen. In Bezug auf die beiden bislang dominanten Weltanschauungen, nämlich den Marxismus und den Nationalsozialismus, wurde aber mehrheitlich festgestellt, dass trotz inhaltlicher Differenz eine strukturelle Gemeinsamkeit beider zu erkennen ist.[21] Bei Hansen/Kainz ist diese These auch noch auf die dritte gegenwärtig relevante Ideologie, den Islamismus, angewendet worden.[22]

Eine Diskussion der verschiedenen Ansätze soll an dieser Stelle nicht erfolgen, weil dies den thematischen Fokus verschieben würde.[23] Bleibt man aber bei der These von der inhaltlichen Differenz und strukturellen Ähnlichkeit der Ideologien, so scheint ein gemeinsames Strukturelement zentral zu sein: Weil sowohl der Marxismus als auch der Nationalsozialismus in Hitlerscher Prägung[24] als auch der Islamismus unausgesprochen, aber faktisch einen heilsgeschichtlichen Anspruch erheben, ist es alles an-

16 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

17 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Demokratie und Extremismus – Präsentation ausgewählter Problembereiche, in: Dies., Totalitarismus Extremismus Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Erfahrung, Opladen 1984, S. 24 f.

18 Vgl. Friedrich Pohlmann, Deutschland im Zeitalter des Totalitarismus. Politische Identitäten in Deutschland zwischen 1918 und 1989, München 2001, S. 44 ff.

19 Lothar Fritze, Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung – Strukturelle Parallelen und inhaltliche Unterschiede, in: Zeitschrift für Politik 14 (2005), S. 101–153 sowie ders., Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich, München 2012.

20 Vgl. Barbara Zehnpfennig, Adolf Hitler. Mein Kampf. Studienkommentar, München 2011, S. 246-248.

21 Vgl. z. B. Backes/Jesse (FN 17), S. 24 f.

22 Vgl. Hendrik Hansen/Peter Kainz, Radical Islamism and Totalitarian Ideology. A Comparison of Sayyid Qutb's Islamism with Marxism and National Socialism, in: Totalitarian Movements and Political Religions 8 (2007), H. 1, S. 55-76.

23 Ansatzweise erfolgt eine solche Auseinandersetzung in: Barbara Zehnpfennig, Nationalsozialismus als Anti-Marxismus? Hitlers programmatisches Selbstverständnis in „Mein Kampf", in: Manuel Becker/Stephanie Bongartz (Hrsg.), Die weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes. Ursprünge, Gegenentwürfe, Nachwirkungen, Berlin 2011, S. 79-98.

24 Weil der Nationalsozialismus die radikalste Variante des Faschismus und die Hitler'sche Weltanschauung die ausgearbeitetste faschistische Theorie war, soll im Weiteren das Denken Hitlers zugrundegelegt werden. Zu Hitlers Weltanschauung vgl. Barbara Zehnpfennig, Hitlers „Mein Kampf". Eine Interpretation, 3. Aufl., München 2006, und dies. (FN 20). Dass sich das theoretische Niveau von Marx und Hitler signifikant unterscheidet, soll durch den nun angestellten Vergleich nicht in Frage gestellt werden. Der Niveauunterschied ändert aber nichts an der Ähnlichkeit der Grundstrukturen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dere als zufällig, dass sie in ihrer Grundstruktur tatsächlich einem Heilsschema folgen. Es ist das bekannte Dreierschema, das auch vielen Religionen zugrunde liegt. Aus einem anfänglich vollkommenen Zustand erfolgt ein Abfall, eine neuerliche Wendung führt zurück zum Heil. Dieses ist jetzt jedoch auf einer höheren Ebene angesiedelt, weil der Unheilsprozess als Erfahrung in den nunmehr erreichten Endzustand mit eingegangen ist.

I. Paradiesischer Ausgangszustand
II. Verfallsstufe (bezeichnet im Grunde die gesamte bekannte Geschichte)
III. Wiederaufstieg zum Heil (in Gang gesetzt durch die Verfechter der Ideologie)

Was bei den historisch unmittelbar aufeinander bezogenen Ideologien Marxismus/Nationalsozialismus noch hinzukommt, ist die Tatsache, dass die analoge Struktur von einer inhaltlichen Komplementarität begleitet ist: Ist in der marxistischen Vorstellung der in der Frühgeschichte verortete Idealzustand einer des Friedens und der Eintracht, so steht für Hitler am Beginn der sich ins Unheilvolle wendenden Geschichte der Kampf. Marxens Vorstellung von einem friedlichen Urkommunismus findet also sein Pendant in Hitlers Vorstellung von einem der Menschheit förderlichen kriegerischen Ringen der Völker bzw. Rassen miteinander. Entsprechend entgegengesetzt wird der Verfall gedeutet. Bei Marx führt die Einführung des Privateigentums zum Zerfall der Gemeinschaft und zum Klassenkampf, bei Hitler führt die Vermischung der Rassen zum Verlust des Kampfeswillens. Daraus ergibt sich bei beiden das Rezept für die Wiederherstellung des Idealzustands: Bei Marx sichert die Aufhebung des Privateigentums die Rückkehr zu einer einträchtig miteinander lebenden Menschheit, den Kommunismus. Bei Hitler sorgen die Wiederherstellung der rassischen Reinheit und die gänzliche Ausrottung der diese Reinheit unterlaufenden Rasse, der Juden, für die Rückkehr zur ursprünglichen Kampfesordnung.

	Marx		Hitler	
I	**Urkommunismus**	(ursprüngliche Einheit)	**Kampf der Rassen**	(ursprüngliche Getrenntheit)
II	**Klassenkampf**	(Verlust der Einheit: Entzweiung und Kampf)	**Rassenvermischung**	(Verlust der Trennung: Aufhebung der Grundbedingungen des Kampfes)
III	**klassenlose Gesellschaft = Kommunismus**	(wiedergewonnene Einheit)	**erneuter Rassenkampf**	(Wiedergewinnung der Getrenntheit)

Wie man sieht, ist bei diesen beiden Ideologien die ähnliche Struktur also nicht mit Inhalten ausgefüllt, die sich bloß unterscheiden würden. Vielmehr negieren sich diese Inhalte wechselseitig. Das ist insofern kein Zufall, als Hitler im Marxismus den politischen Arm des Judentums sah und sich deshalb zum Ziel gesetzt hatte, ihn mittels einer Weltanschauung von ebensolcher Verführungskraft, aber entgegengesetzter Aus-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

richtung zu bekämpfen.[25] Das lässt sich an vielen Punkten belegen: Dem sozialistischen Internationalismus stellt Hitler den Nationalismus, dem marxistischen Materialismus den arischen Idealismus, der Aufhebung der Klassenherrschaft die Etablierung der Rassenherrschaft etc. entgegen. Die eigentliche Grundlage dieser Komplementarität liegt aber in den entgegengesetzten Heilsvorstellungen beider Ideologien.

Für Marx ist der zu erstrebende Endzustand einer, in dem alle Kämpfe der Vorgeschichte ein Ende haben. Bisher war die Geschichte bestimmt durch die menschliche Habsucht, welche die Menschen entzweite. Sie gerieten miteinander in Konkurrenz und bildeten Herrschaftsverhältnisse aus, die auf den Besitzunterschieden basierten und die Menschen voneinander trennten. Entfremdung, Ausbeutung und Inhumanität waren die Folge. Wenn die aus den Besitzunterschieden resultierende Ungleichheit beseitigt wird, dann wird, so die Hoffnung, auch der Kampf zwischen den Menschen beseitigt werden können.

Für Hitler ist diese Heilsvorstellung das eigentlich zu Bekämpfende: Ein Leben ohne Kampf und eine Welt, in der alle gleich sind, sind für ihn der sicherste Weg in den Untergang. Gleichheit bedeutet nämlich Strukturlosigkeit, und nur ein strukturiertes Gebilde ist überlebensfähig. Außerdem führt der Verzicht auf Lebenskampf, Konkurrenzkampf, kriegerischen Kampf zum Niedergang des Menschen. Insofern bleibt der Menschheit nichts anderes übrig, als den von der Natur vorgesehenen schweren Weg zu gehen und sich im ständigen Kampf Überleben und Fortschritt zu sichern.

	Marx	Hitler
Ziel:	Gleichheit: ewiger Friede	Ungleichheit: ewiger Kampf
Grund:	Ungleichheit führt zu Herrschaftsverhältnissen, Herrschaft bedeutet 1. egoistische Interessendurchsetzung und 2. unmenschlichen Überlebenskampf	Gleichheit führt 1. zum Ende des Fortschritts (Niedergang), und 2. zu Strukturlosigkeit (Untergang)

Es sind also einander entgegengesetzte Untergangsszenarien, aus denen sich die Heilsvorstellung speist:

Marx	Hitler
der Kampf zwischen den Menschen führt zum Untergang der Menschheit	der ewige Friede führt zum Untergang der Menschheit

Weil sich beide Weltanschauungen von vorneherein in den Bahnen des Extremen bewegen (wir erklären die ganze Welt; das Unheil ist absolut; das Ende der Menschheit steht bevor), sind sie auch in der Wahl ihres Heilsprinzips vollkommen kompromisslos. Der Frieden ist das Gute, der Kampf ist das Gute. Und ebenso wie beide Ideologien von der einseitigen Absolutsetzung ihres Prinzips leben, leben sie auch von der Verteufelung des Gegenprinzips. Schon das macht sie zu Todfeinden.

25 „Das Scheitern des Kampfes von Bismarck gegen die Sozialisten war nur die zwangsläufige Folge des Fehlens einer grundsätzlichen, dem Marxismus entgegengesetzten neuen Weltanschauung von stürmischem Eroberungswillen“ (Hitler [FN 6], S. 190) – also das Fehlen eben dessen, was Hitler in seinem Kampf gegen die Marxisten zu schaffen sich vorgenommen hatte.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Betrachtet man die Grundprinzipien bzw. Grundwerte von Marxismus und Nationalsozialismus nun noch einmal aus der Distanz, so erkennt man sehr schnell: weder Gleichheit noch Ungleichheit, weder Frieden noch Kampf können absolute Werte sein. Das Leben ist immer geprägt von beiden Prinzipien – es kommt wesentlich darauf an, in welcher Beziehung und in welcher Situation ein Prinzip relevant wird.

Das lässt sich an einigen wenigen Beispielen verdeutlichen: Ein Frieden, der nur durch den Verrat an Werten zustande kommt, also ein Frieden um jeden Preis, ist mit Sicherheit ein schlechter Frieden. Das zeigte sich nicht zuletzt an der Appeasement-Politik gegenüber Hitler, die zunächst auf Kosten der Tschechen ging, letztlich aber auf Kosten aller, welche die Folgen des Zweiten Weltkriegs und des Judenmords zu tragen hatten. Gleiches gilt natürlich für den Kampf. So unabdingbar er zuweilen sein mag – man denke etwa an die Befreiungskämpfe in der „Arabellion" –, so problematisch oder zerstörerisch kann er sein. Eine derartige Wirkung zeitigt bspw. ein gnadenloser Konkurrenzkampf in der Wirtschaft, der zur Vernichtung des Konkurrenten und zur Monopolbildung führt.

Auch das andere zuvor erwähnte Gegensatzpaar verkörpert keine Werte, die uneingeschränkt und immer Geltung beanspruchen könnten. Eine Gleichheit, die Unterschiede nivelliert, ist auf jeden Fall von Übel. So kann es kaum als Gerechtigkeit ausgegeben werden, wenn man aus ideologischen Gründen die Förderung von Hochbegabten verweigert und ihre besondere Begabung so weder für sie noch für die Gesellschaft nutzbar macht. Ebenso wenig ist jedoch eine Ungleichheit akzeptabel, die auf die Beschneidung von Rechten hinausläuft. Gelingt es bspw. einem Wohlhabenden, die Gleichheit vor dem Gesetz zu unterlaufen, weil er sich einen besseren Anwalt leisten kann als sein Prozessgegner, so liegt darin faktisch eine Einschränkung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass man in der Komplexität des Lebens mit so einfachen Wertzuweisungen, wie sie die Ideologien vornehmen, nicht zurechtkommt. Nur Primärwerte oder -tugenden wie Gerechtigkeit, Besonnenheit, Tapferkeit sind unter allen Umständen richtig und verbindlich. Bei Krieg und Frieden, Gleichheit und Ungleichheit sieht es anders aus; über deren Wert entscheiden immer die Situation, die Umstände, die Bezugsgrößen. Setzt man sie dennoch absolut, so hat man etwas Relatives absolut gesetzt. Die Bezüge, die Relationen, aus denen sich die genannten Sekundärwerte bestimmen, werden schlicht ignoriert.

Die Ursache für diese Verkehrung liegt wohl in der eingangs erwähnten Anwendung eines religiösen Schemas auf die irdische Wirklichkeit, die das ideologische Denken der genannten Provenienz kennzeichnet.[26] In dem dreistufigen Heilsschema wird das Absolute, das zumindest in der christlichen Religion als transzendent gedacht wird, in

26 Trotz der heftigen Kritik, die das nicht zuletzt von Raymond Aron und Eric Voegelin entwickelte Konzept der „Politischen Religionen" im Lauf der Geschichte erfahren hat, scheint mir der grundlegende Gedanke kaum bestreitbar: dass die Wucht und auch die Überzeugungskraft, mit der die beiden zentralen Weltanschauungen des 20. Jahrhunderts auftraten, an ihrem quasi-religiösen Anspruch lag. Vgl. Raymond Aron, Démocratie et totalitarisme, Paris 1965 und Eric Voegelin, Die politischen Religionen, Wien 1938.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Immanenz verortet. Das Heil soll irdische Wirklichkeit werden, und das Unheil *ist* bereits Wirklichkeit.

Aus dieser Konstellation ergibt sich die Annahme zweier Prinzipien als Teil der Realität: das absolut Gute und das absolut Böse, also beides nicht gedacht im Verhältnis zu etwas, sondern in Absolutheit als weltliche Realität. Prinzipien sind als solche aber nicht greifbar – für eine politische Bewegung ist das ein fundamentales Problem, denn sie will in der Welt wirken. So ist es naheliegend, das Gute und das Böse mit bestimmten Kollektiven zu identifizieren; Gut und Böse haben sich inkarniert. So sind die Guten für den Marxismus die Proletarier, für den Nationalsozialismus die Arier; analog sind die Bösen einmal die Kapitalisten[27], im anderen Fall die Juden (die allerdings ebenfalls in der Gestalt der Kapitalisten auftreten können, primär jedoch in Gestalt der Marxisten).

Da nun der Heilsweg die Vernichtung des Bösen erfordert, ist es naheliegend, dies mittels der Vernichtung jener Kollektive zu befördern, in denen sich das Böse inkarniert hat. Hier könnte man zunächst einen grundlegenden Unterschied zwischen Marxismus und Nationalsozialismus vermuten: Der Marxismus setzt auf die Revolution und in deren Gefolge auf das Dahinschwinden aller Institutionen und Kräfte, in denen sich die unheilvolle Vorgeschichte manifestierte. Der Nationalsozialismus wartete hingegen nicht auf den geschichtlichen Verlauf, sondern betrieb eine aktive Vernichtungspolitik. Was in Russland und allen anderen sozialistischen Staaten an Mordtaten geschah, könnte man so als Abweichung von der reinen Lehre deuten.

Doch so einfach ist es nicht. Marx und Engels gingen davon aus, dass die Revolution blutig verlaufen würde.[28] Und wie könnte es auch anders sein? Schließlich wird sich niemand freiwillig enteignen lassen. Zudem sahen beide für die Zeit nach der Revolution explizit eine Diktatur vor, nämlich die Diktatur des Proletariats.[29] Und da nach marxistischer Lehre das Bewusstsein dem Sein immer hinterherhinkt, war davon auszugehen, dass die neuen Herren, also die bisher Unterprivilegierten, von derselben Habsucht und Unmenschlichkeit infiziert waren wie ihre ehemaligen Unterdrücker.

---

27 Die Tatsache, dass Marx/Engels im „Kommunistischen Manifest" die Leistungen der Bourgeoisie loben, weil sie in deren Schritt zur Globalisierung des Kapitalismus die Vorarbeit für die Weltrevolution sehen, ändert nichts daran, dass es sich bei den Kapitalisten um die bekämpfte Klasse handelt. Und die Auffassung, dass Marx die Kapitalisten ganz wertneutral als Agenten eines notwendigen Geschichtsprozesses sieht, widerlegt sich an seinem Vokabular: Wenn er von schmutzigem Eigennutz, Bereicherungssucht und allseitiger Ausbeutung redet (vgl. z. B. ders., Ökonomisch-philosophische Manuskripte, hrsg. von Barbara Zehnpfennig, Hamburg 2005, S. 51, 9, 46), gibt er deutlich zu erkennen, wer der Hassgegner ist.

28 Schon bei der 1848-er Revolution zeigte sich Marx überzeugt, „daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehn der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehn der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel – den revolutionären Terrorismus." Artikel in der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom 7. Nov. 1848, MEW, Bd. 5, Berlin 1959, S. 455.

29 „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*." Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW, Bd. 19, 4. Auflage, Berlin 1973, S. 28.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jetzt aber hatten sie die Möglichkeit, diese Unmenschlichkeit auszuleben.[30] Insofern war die nach-revolutionäre Zeit wohl als Purgatorium gedacht, als reinigendes Blutbad, durch das man gehen muss, um in die neue Welt zu gelangen. Wenn am Ende nicht einmal mehr die Erinnerung an das Privateigentum existieren darf, um wie viel weniger eine Klasse, die sich durch dessen Besitz definiert! Von daher ist es fraglich, ob die sozialistische Praxis tatsächlich so weit von der marxistischen Theorie entfernt war wie immer behauptet. Zu denken geben müsste bereits die Tatsache, dass noch jeder Versuch der Umsetzung, gleichgültig, auf welchem Kontinent unternommen, zu einem Gewaltsystem geführt hat.

Die vorangegangenen Ausführungen waren dem Versuch gewidmet zu erklären, was das Extreme in Marxismus und Nationalsozialismus ausmacht. Fasst man sie, wie vorgeschlagen, als säkulare Heilslehren, so erhebt sich die Frage, wie in dieses Erklärungsschema der zuvor erwähnte, aber zunächst ausgeblendete Islamismus passt. Der Vergleich mit Marxismus und Nationalsozialismus erscheint insofern etwas schief, als man es hier ja tatsächlich mit einer – wenn auch ideologisch verabsolutierten – Religion zu tun hat und nicht mit einer Pseudo-Religion. Die dennoch vorhandene Vergleichbarkeit liegt darin, dass es sich dabei explizit um eine politische Religion handelt, also eine Religion mit irdischem Herrschaftsanspruch. Auch hier werden absolute Zielsetzungen mit der Erwartung irdischer Realisierbarkeit verknüpft. So ist für den Islamisten das Haus des Friedens etabliert, wenn der Islam alles beherrscht und z. B. eine universelle Theokratie eingerichtet wird – dies die schiitische Variante [31]– oder alle weltliche Gesetzgebung der Scharia unterworfen ist; dies die Ideologie der Dschihadisten wie bspw. der sunnitischen Muslimbrüder.[32] Natürlich setzt das die Überwindung des Gegners (der Ungläubigen) voraus, und die Islamisten machen keinen Hehl daraus, dass dies gewaltsam vonstatten zu gehen hat.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Die Anwendung des religiösen Schemas auf die Welt führt zu deren Beurteilung mit ungeeigneten Kategorien. Letztlich hat es die Totalverwerfung der Wirklichkeit, wie wir sie kennen, zur Folge. Eigentlich wird dabei, abgesehen von einer idealisierten Vorgeschichte[33], die gesamte Geschichte verworfen. Sie erscheint nur in Gestalt einer Verfallsgeschichte. Interessanterweise fokussiert sich aber die Ablehnung aller drei Ideologien (Marxismus, Nationalsozialis-

30 Ders. (FN 27), S. 84 (Kursiv im Original): In der ersten Gestalt des Kommunismus, dem rohen Kommunismus „ist die Herrschaft des *sachlichen* Eigentums so groß ihm gegenüber, daß er *alles* vernichten will, was nicht fähig ist, als *Privateigentum* von allen besessen zu werden; er will auf *gewaltsame* Weise von Talent etc. abstrahieren […] Der allgemeine und als Macht sich konstituierende *Neid* ist die versteckte Form, in welcher die *Habsucht* sich herstellt und nur auf eine *andere* Weise befriedigt".

31 Ajatollah Chomeini, Der islamische Staat, in: Klaus Schwarz (Hrsg.), Islamkundliche Materialien, Bd. 9, Berlin 1983.

32 Vgl. deren Chef-Ideologen Sayyid Qutb, Milestones, Damaskus o. J., S. 87-92. Einen Kurzüberblick über den islamistischen Extremismus bieten Astrid Bötticher/Miroslav Mareš, Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen, München 2012, S. 243-274.

33 Diese bestand für Sayyid Qutb in der Zeit der „koranischen Generation", also der unmittelbaren und unverfälschten Nachfolge Mohammeds.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mus und Islamismus) auf einen bestimmten geschichtlichen Abschnitt bzw. ein bestimmtes geschichtliches Phänomen: das liberale System.

3. Der gemeinsame Feind

Ungeachtet ihrer Feindschaft untereinander sind die totalitären Ideologien sich doch einig in ihrer Verachtung und ihrem Hass auf das liberale (oder westliche) System[34], und das nicht nur, weil sie Gegner des Rechtsstaats sind, sondern weil sie den Liberalismus als Lebensform verachten. Wie kann das angesichts der unterschiedlichen Wert- und Zielvorstellungen, die sie verfolgen, überhaupt sein? Das zunächst Unverständliche wird verständlicher, wenn man an die eingangs angestellten Überlegungen zurückdenkt: an den Hass des extremen Denkens auf die Mitte, die als Halbheit empfunden wird. Hier sieht man den Zusammenhang: Das liberale System *ist* das System der Halbheit. Wieso?

Die liberale Demokratie steht für keinen bestimmten Inhalt – sie ist reine Form.[35] Bei Akzeptanz des zugrundegelegten Regelsystems ist es jedem freigestellt, in diesem System nach seiner Façon selig zu werden, das heißt die Werte, Ziele und Lebensweisen zu verfolgen, die ihm nach seiner subjektiven Einschätzung plausibel und wünschenswert erscheinen. Was für viele Menschen gerade den Vorzug der liberalen Demokratie ausmacht, nämlich inhaltlich fast nichts vorzugeben, sondern die inhaltliche Ausfüllung des staatlichen Rahmens in die individuelle Entscheidung und Verantwortung zu legen, ist für manche gerade Stein des Anstoßes. Sie sehen in der Liberalität nur Schwäche. Ihre Kritik können sie dabei auf drei zentrale Ansatzpunkte stützen, die jeweils das Selbstverständnis der liberalen Demokratie treffen.

1. Wenn man das Moment der *Freiheit* als das entscheidend liberale nimmt, ist das Fehlen einer klaren Ausrichtung und einer verbindlichen Wertentscheidung offensichtlich: Freiheit ist nur Bedingung der Möglichkeit von etwas; sie ist nicht selbst etwas. Obwohl Freiheit sehr oft als Wert an sich ausgegeben wird, ist sie das keineswegs. Freiheit kann zu guten und zu bösen Zwecken gebraucht werden. Wer von Freiheit als Wert spricht, hat sie immer schon als vernünftig gebrauchte vorausgesetzt.[36]

34 Zur linksextremen und islamistischen Feindschaft gegenüber dem Westen vgl. Thomas Meyer, Islamismus, Linksextremismus und der „Westen", in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 74-92.

35 Das ist sie jedenfalls der Idee nach. Das Grundgesetz ruht allerdings auf einem Werteverständnis, das sich in der christlich-abendländischen Tradition herausgebildet hat und als Fundament der Freiheit immer wieder bewusst angeeignet werden muss – was zum Problem wird, wenn die Freiheit als vollständige Autonomie begriffen wird. Vgl. dazu FN 43.

36 Zur Ambivalenz der Freiheit vgl. Johanna Falk, Freiheit als politisches Ziel. Grundmodelle liberalen Denkens bei Kant, Hayek und Böckenförde, Frankfurt a.M. 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eine Freiheit aber, die alles toleriert, solange es sich im Rahmen des Gesetzes bewegt, erzeugt leicht das Gefühl von Beliebigkeit: Es gibt keine verbindlichen Werte, sondern nur die Toleranz für die individuelle Wertsetzung. Wenn aber alles toleriert wird, was nicht das System selbst in Frage stellt, dann ist auch alles gleich gültig und insofern irgendwie auch gleichgültig. Aus dieser Perspektive stellt sich das liberale System als ein System der Entscheidungsschwäche, des ewigen Gesprächs, der Ziellosigkeit dar. Das war der Ansatzpunkt für die Liberalismuskritik von Carl Schmitt[37], und es ist nach wie vor Ansatzpunkt für die rechte Liberalismuskritik unterschiedlichster Couleur.

2. Wenn man die *Gleichheit* als entscheidenden Wert der liberalen Demokratie nimmt, dann sieht man das Gleichheitsversprechen überall torpediert: große Einkommensunterschiede, ungleiche Bildungschancen, ungleiche Chancen der Rechtsdurchsetzung, ungleiche politische Einflussmöglichkeiten scheinen dem demokratischen Versprechen auf Partizipation aller und auf weitgehende Angleichung der Lebensbedingungen Hohn zu sprechen. Bei entsprechender Wahrnehmung wirkt die westliche Demokratie wie ein System, das unter dem Deckmantel der Gleichheit die Privilegierung bestimmter Schichten betreibt – und dies natürlich zu Lasten der anderen Schichten oder Klassen. Darin findet die linke Liberalismuskritik ihren Ansatzpunkt.
3. Wenn man den *säkularen* Charakter als den entscheidenden Aspekt des Selbstverständnisses des liberalen Systems nimmt, dann kann man den Verlust der Transzendenz als Ursache für einen Werteverlust überhaupt deuten. Aus der Perspektive des an der Säkularisierung Leidenden wirkt das moderne Leben als vollständig diesseitig ausgerichtet, es geht um Lust und Spaß und oberflächliche Vergnügungen. Jeder lebt in Selbstbezogenheit und vernachlässigt die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft. So stellt sich die liberale Demokratie als ein System des sittlichen Verfalls, der Selbstsucht, des Materialismus dar. Dies ist der Ansatzpunkt für die islamistische Liberalismuskritik.

Für alle drei Richtungen des extremen Denkens liefern die vermeintlichen oder real vorhandenen Schwachstellen des liberalen Systems also Angriffsflächen, die sie als eine Bestätigung ihrer ideologisch verengten Wirklichkeitswahrnehmung nutzen können. Bei allen Unterschieden der drei Kritikansätze, die dem liberalen System eine leere Freiheit, ein uneingelöstes Gleichheitsversprechen oder eine hedonistische Weltlichkeit vorwerfen, gibt es doch auch ein Gemeinsames, das allen drei Richtungen verächtlich ist: der bürgerliche Ökonomismus, also das wirtschaftliche Erfolgsstreben als primäres und beherrschendes Ziel.

Nun scheint die Orientierung an der Ökonomie als Ausfüllung der individuellen Existenz in der Tat das dominante Verhaltensmuster in der liberalen Gesellschaft zu sein. Das hat zu einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche geführt, die sich auch theoretisch niedergeschlagen hat, etwa in der ökonomischen Theorie der Demokra-

37 Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 1923, Kap. II.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tie[38] oder der ökonomischen Ethik[39]. Auf der Suche nach dem Inhalt, mit dem die Leerstelle, die das liberale System lässt, gefüllt werden könnte, ist die Ausrichtung auf wirtschaftliche Zwecke allerdings der kleinste gemeinsame Nenner: Es ist eine einfache Art, seine Individualität zu zeigen – per Konsum, und es ist eine einfache Art, seine Freiheit auszuleben – durch Erfolgsstreben auf der einen Seite, durch Spaß-Haben auf der anderen Seite. Für die radikalen Gegner des liberalen Systems liegt darin etwas Kleines, Verächtliches, wobei diese Verachtung der Orientierung am Ökonomischen wiederum verschiedene, für die jeweilige Denkrichtung kennzeichnende Gründe hat.

Für die extreme Rechte ist es der darin liegende Anti-Heroismus. Wenn die Welt sich in „Händler und Helden“[40] aufteilt, möchte man doch auf der Seite der Helden stehen. Für die extreme Linke, die naturgemäß keine grundlegende Aversion gegen das Wichtig-Nehmen der Ökonomie haben kann, liegt das Verächtliche in der asozialen Wirkung des Erfolgstrebens: Die Gier der einen bedeutet die Armut der anderen. Und für die islamistischen Kritiker des ökonomischen Denkens und Lebens ist es der platte Materialismus, die weltimmanente Fixierung, die sie darin sehen und entsprechend geißeln.[41]

Gegen diese Kritiker kann man zwar wieder kritisch einwenden, dass ihr Hass auf das liberale System viel realer als das ist, was sie positiv zu bieten haben. Dies ist im Übrigen bereits in der Theorie so; man sehe sich nur die Hasstiraden von Marx, Hitler und Sayyid Qutb an und vergleiche sie mit den spärlichen Schilderungen dessen, was ihnen jeweils als positive Utopie vorschwebte. Aber eines lässt sich wohl kaum leugnen: Der westliche Liberalismus macht es seinen Kritikern zu leicht. Die Freigabe der Sinnsuche wird nicht zu Unrecht oft als Sinnverlust empfunden, was damit zusammenhängt, dass die Freiheit und der daraus erwachsende Meinungspluralismus kaum zur gemeinsamen Wahrheitssuche, sondern meist zum Wahrheitsverzicht verwandt werden.

Die Vielfalt der Meinungen erhält einen Sinn über sich hinaus, wenn sie die Basis liefert für einen freien Austausch von Argument und Gegenargument, um auf diese Weise zu neuen Einsichten zu gelangen – gemeinsam zu neuen Einsichten zu gelangen. Der Pluralismus als bloßer Meinungskampf ist hingegen nicht einmal systemerhaltend. Denn wenn man Meinungen und Interessen ungebremst aufeinanderprallen und um ihre Durchsetzung ringen ließe, wäre man sehr schnell beim Recht des Stärkeren. Das war auch der – berechtigte – Einwand gegen die Pluralismustheorie, dass sie in ihrer ursprünglichen Form nicht berücksichtigte, wie unterschiedlich die Durchsetzungschancen der verschiedenen Interessengruppen sind, und dass manche Interessen, etwa die künftiger Generationen, überhaupt nicht von den Betroffenen selbst artikuliert

38 Deren entscheidender Wegbereiter war bekanntlich Joseph Schumpeter (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 7. Aufl., Tübingen/Basel 1993), und deren bekanntester Vertreter ist Anthony Downs (Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968).

39 Vertreten z. B. von Karl Homann (Anreize und Moral, Münster 2003) und Ingo Pies (Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus, Tübingen 1993).

40 So das gleichnamige Buch von Werner Sombart (München/Leipzig 1915), in dem er das Deutschtum ganz klar auf der Seite der Helden verortete.

41 Darin könnten ihnen christliche Fundamentalisten vermutlich beistimmen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

werden können usw.[42] Der bloße Kompromiss zwischen den sich als artikulations- und kampffähig erweisenden Interessen reicht also nicht aus.[43] Es bedarf eines übergeordneten Standpunktes, der nach der Berechtigung von Interessen fragt, unbeachtete oder unterdrückte Interessen miteinbezieht und so insgesamt eine politische Zielsetzung verfolgt, die allen gerecht zu werden versucht. Darin liegt eine Rückkehr zur Wahrheitsfrage.

4. Fazit

Das System der Freiheit verstand und versteht sich nach wie vor als die bessere Alternative gegenüber dogmatisch abgeschlossenen Systemen wie den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts. Wenn aber, und dieser Eindruck drängt sich im Alltagsleben, in der Politik und sogar in der Wissenschaft auf, Wahrheit als Zielpunkt der intellektuellen Auseinandersetzung grundlegend ausgeschlossen wird, weil es sie angeblich nicht gibt oder sie nicht erkennbar sei, so erwächst aus der Vielfalt der Meinungen ein dogmatisch verfochtener Relativismus. Für den großen Staatsrechtler Gustav Radbruch ist der Relativismus in der Tat das Credo der Demokratie: „Denn der Relativismus ist die gedankliche Voraussetzung der Demokratie: sie lehnt es ab, sich mit einer bestimmten politischen Auffassung zu identifizieren, ist vielmehr bereit, jeder politischen Auffassung, die sich die Mehrheit verschaffen konnte, die Führung im Staate zu überlassen, weil sie ein eindeutiges Kriterium für die Richtigkeit politischer Anschauungen nicht kennt, die Möglichkeit eines Standpunkts über den Parteien nicht anerkennt.“[44]

Ein Relativismus, der sich selbst verabsolutiert, ist jedoch ein Widerspruch in sich. Ein konsequenter Relativismus muss sich selbst auch relativieren – er kann sich nicht dogmatisch setzen.[45] Damit ist seine Gültigkeit allerdings sehr beschränkt. Und auch wenn man darauf bestünde, den Relativismus als Theorie zu vertreten – unter Ein-

42 S. z. B. Frank Cunningham, Theories of Democracy. A critical introduction, London/New York 2002, S. 84 ff.

43 Einer der namhaftesten Vertreter der Pluralismustheorie, Ernst Fraenkel, konzedierte dies bereits mit dem Hinweis auf den „nicht-kontroversen Sektor“ als unverzichtbarer Basis des Meinungskampfes, also eines Konsens-Bereichs, der seinerseits nicht zur Diskussion steht. Wie dieser sich allerdings bewahren soll, wenn der Pluralismus sich selbst als Zweck ausgibt, beantwortet die Pluralismustheorie nicht. Hier ist man dann ganz schnell bei dem Böckenförde-Theorem, nach dem der liberale Verfassungsstaat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. (Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Kirche und christlicher Glaube in den Herausforderungen der Zeit. Beiträge zur politisch-theologischen Verfassungsgeschichte 1957-2002, Münster 2004, S. 213-230, hier: S. 229.).

44 Gustav Radbruch, Rechtsphilosophie, hrsg. von Ralf Dreier und Stanley L. Paulson, Heidelberg 2003, S. 4.

45 Anders offenbar Pfahl-Traughber (FN 16): „Die Auffassung, es sei kein sicheres Wissen möglich, lehnt notwendigerweise Absolutheitsansprüche und Dogmatismus von politischen Ideologien ab.“ (S. 11) Der Dogmatismus, der seinerseits in der Leugnung der Möglichkeit von Wahrheit liegt, wird hier nicht wahrgenommen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schluss des eben genannten Selbstwiderspruchs –, könnte man ihn doch keinesfalls leben. Denn niemand gibt in praxi der Gegenposition ebenso recht wie der eigenen; niemand zieht die Konsequenz aus der Leugnung der Möglichkeit von Wahrheit, nämlich dann auch die Existenz von Lüge und Irrtum zu bestreiten; niemand gibt seine Beschwerde über eine erlittene Ungerechtigkeit auf mit dem Argument, dass der Unrechttuende aus seiner Perspektive im Recht war und beides als gleichwertig zu betrachten ist.

Theoretischer Selbstwiderspruch und praktische Nicht-Lebbarkeit zeigen: Der Rückzug auf den Relativismus ist Ausdruck geistiger Bequemlichkeit. Relativismus als Grundlage der liberalen Demokratie ist ein geistig dürftiges System. Er ist auch nicht die Alternative zu einem Absolut-Setzen des Relativen, wie es seitens der Ideologien geschieht. Denn der dogmatische Relativismus tut faktisch dasselbe, nur dass er nicht bestimmte, bloß relativ geltende Inhalte verabsolutiert, sondern die Haltung des Relativierens selbst.

Was wäre dann aber tatsächlich die Alternative? Die Alternative wäre eine Erkenntnis- und Wahrheitssuche, die weder zu schnell glaubt, eine Antwort zu haben (das wäre Ideologie), noch auf eine Antwort verzichtet mit der Behauptung, es könne keine geben (das wäre der Relativismus als Ideologie). Solange aber in der liberalen Demokratie die Tendenz besteht, die Wahrheitsfrage zu suspendieren oder ganz aufzugeben, hinterlässt sie ein großes Desiderat in puncto Sinnfrage. Damit liefert sie *die* Angriffsfläche für ihre extremen Gegner; sie bleibt die Brutstätte für ein Denken, das mit der Generalabrechnung anfängt. In der Bekämpfung seiner extremen Gegner sollte das liberale System also nicht bei diesen ansetzen, sondern zuallererst bei sich selbst.

Der Extremismus der Tat speist sich aus dem Extremismus des Denkens. Dieses kann die liberale Demokratie dann in Erklärungsnot bringen, wenn sie sich ihrer eigentlichen Stärke besinnt: den Raum frei zu geben für die gemeinsame Suche nach Lösungen, die weder auf dogmatischen Oktroi beruhen noch auf einem faulen Kompromiss zwischen den durchsetzungsstärksten Interessen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte
Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zwischen verlorenem Posten und Regierungsbank: Parteiförmiger Linksextremismus in Europa

Von Tom Mannewitz

1. Extremistische Parteien im Licht der aktuellen Euro-Krise

Wer seit der griechischen Regierungsbildung im Herbst 2009 regelmäßig die Nachrichten verfolgt, bei dem muss sich der Eindruck verfestigen, nicht nur um die wirtschaftliche, sondern auch um die politische Stabilität Europas war es schon einmal besser bestellt: Unpopuläre Sparmaßnahmen haben so manche Regierung der jüngeren Vergangenheit verschlissen – etwa die Kabinette Prodi II und Berlusconi IV in Italien, Sócrates II in Portugal, Zapatero II in Spanien und Cowen in Irland. Die ungleich größere Gefahr stellen allerdings die Wahlerfolge rechtsextremistischer[1] und rechtspopulistischer Parteien dar, die in letzter Zeit einige Erfolge verbuchen konnten: „Richtung Rechtsaußen? Die neue Wende in Ungarn“[2] fragte etwa das Deutschlandradio angesichts des Wahlerfolgs von Jobbik bei den ungarischen Parlamentswahlen im April 2010. Die Süddeutsche Zeitung sprach mit Blick auf dieselbe Partei von „Radikale[n] in Lauerstellung“.[3] „Le Pen nutzt Stimmung gegen EU“[4], befand wiederum der österreichische Kurier, als die französischen Wahlen ins Haus standen. Die Südwestpresse witterte angesichts des Wahlerfolgs von Chrysi Avgi („Morgenröte“) zur griechischen Parlamentswahl im Frühjahr 2012 „Morgenluft für griechische

1 Die Begriffe „extrem“ und „extremistisch“ werden nachfolgend synonym verwendet. Darunter fallen Parteien, die sich gegen den Werte- und/oder Verfahrens- und/oder Ordnungskonsens des demokratischen Verfassungsstaates wenden: etwa gegen grundlegende Menschen-, bürgerliche Freiheits- und politische Partizipationsrechte, das Prinzip der Mehrheit und des Minderheitenschutzes sowie die Gewaltenteilung/-verschränkung. Davon eingeschlossen sind Organisationen, die sich gegen einzelne dieser Elemente richten, und solche, die keine vorbehaltlose Akzeptanz des demokratisch-konstitutionellen Minimalkonsenses erkennen lassen. Was die Intensität der Ablehnung dieser Minima angeht, so gibt es beträchtliche Unterschiede, je nachdem, ob es eine Großideologie gibt, ob eine Diktatur angestrebt wird, ob die Demokratie offensiv abgelehnt wird, ob es eine Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Kreisen gibt, ob der Extremismus in der Partei eine Mehrheitsposition ist, ob das Machtzentrum extremistisch ausgerichtet ist; vgl. Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: dies. (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 11-34, hier: 17-20; Rechtsextremismus soll jene Form des Extremismus bezeichnen, der aus der Unterschiedlichkeit der Menschen eine Ungleichwertigkeit schließt – etwa Rassismus und Nationalismus. Linksextremismus soll jenen Extremismus umfassen, der das Prinzip der politischen Gleichheit verabsolutiert und zugleich auf andere gesellschaftliche Sphären überträgt, damit jedoch grundlegende Freiheitsrechte verletzt – wie etwa der Kommunismus.

2 Andrea Mühlberger, Richtung Rechtsaußen? Die neue Wende in Ungarn, in: dradio.de v. 7. April 2010.

3 Cathrin Kahlweit, Radikale in Lauerstellung, in: Sueddeutsche.de v. 8. April 2010.

4 Danny Leder, Le Pen nutzt Stimmung gegen EU, in: Kurier v. 29. März 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rechtsextreme“.[5] Überraschend viele Zeitungen sehen Europas rechtsextreme Parteien derzeit im Aufwind.[6]

An diesem Befund irritieren zwei Dinge. Erstens: Brechen die Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei einer Wahl ein, kommt dies ebenso wenig zur Sprache wie die anhaltende Erfolglosigkeit dieses Spektrums in einem Land. Als etwa der belgische Vlaams Belang bei der Parlamentswahl 2010 3,3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2007 verlor, war von einem Einbruch des europäischen Rechtspopulismus nichts zu lesen; ebenso wenig, als die rechtspopulistischen Lega Nord aus Italien im Februar 2013 4,2 Prozentpunkte verlor. Bei Geert Wilders‘ Ein-Mann-Partei PVV waren es jüngst gar 5,4 Prozentpunkte. Angesichts von Wahlergebnissen, die innerhalb oder zumindest unweit des einstelligen Bereichs liegen, handelt es sich um empfindliche Einbußen am rechten Rand, von denen in den Medien allerdings wenig bis gar nichts zu lesen war. Von der andauernden Erfolglosigkeit anderer Rechtsaußenparteien bei nationalen Parlamentswahlen – siehe etwa Deutschland, Polen und Portugal – wird gleichfalls geschwiegen.

Zweitens: Die aktuelle Krise hat zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus geführt, nicht jedoch gegenüber dem Linksextremismus. Dabei steht jener seinem rechten Pendant in nichts nach, was die jüngere Wahlbilanz angeht. So fuhr die KPRF bei den russischen Parlamentswahlen 2011 ein Ergebnis von 19,2 Prozent ein (2007: 11,6 Prozent). Doch davon war in den Medien ebenso wenig zu hören oder zu lesen wie vom Wahlerfolg der dänischen Enhedslisten, die 2011 ihr bestes Ergebnis erzielte: 6,7 Prozent erhielt sie (2007: 2,2 Prozent). Im gleichen Jahr bescherte der Urnengang in Spanien der Izquierda Unida, die in Verbindung mit der linksgrünen Iniciativa per Catalunya Verds antrat, 6,9 Prozent der abgegebenen Stimmen (2008: 3,1 Prozent). Schließlich sorgten die Wahlen in der Ukraine bei einer linksextremistischen Partei für Freudentaumel: Die Kommunistische Partei der Ukraine reüssierte 2012 mit 13,2 Prozent der abgegebenen Stimmen (2007: 5,4 Prozent).

Die jüngsten Wahlerfolge linksextremistischer Parteien stellen den Beobachter einmal mehr vor ein Rätsel: Warum ziehen diese Parteien von Zeit zu Zeit einen beträchtlichen Wähleranteil an, während andere aus der Senke der Bedeutungslosigkeit nicht herauszukommen scheinen? Dass „linksextreme Parteien im Aufwind“ (wie eine Schlagzeile hätte lauten können) von den Medien nicht zur Kenntnis genommen werden, darf nicht dazu verleiten, das Phänomen als irrelevant abzutun. Die Parteien hadern mit einem Regimetyp, der unter den bisher erprobten für das höchste Maß an Verlässlichkeit, Freiheit und Wohlstand gesorgt und sich darüber hinaus als äußerst anpassungsfähig erwiesen hat.[7] Vor allem das machtteilende Element des demokratischen Verfassungsstaates, das in erster Linie den Fortbestand individueller Freiheits-

5 Gerd Höhler, Morgenluft für griechische Rechtsextreme, in: Südwest Presse v. 26. April 2012.
6 Vgl. o.A., Rechtsextreme in Europa im Aufwind, in: Stern.de v. 23. April 2012; o.A., Krise verschafft Rechtsextremisten Aufwind, in: Welt online v. 19. Oktober 2012; Michael Stabenow, Europas Rechte im Aufwind, in: Deutschlandfunk.de v. 25. September 2010.
7 Siehe anstatt vieler Manfred G. Schmidt, Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2010, S. 453-485.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rechte garantieren soll, fällt den politischen Entwürfen dieser Formationen zum Opfer. Bei hart-linksextremistischen Parteien geraten aufgrund der elaborierten kommunistischen Utopie zudem grundlegende Menschenrechte in Bedrängnis, denn sie würdigen die Menschen zum Erfüllungsgehilfen zur Einführung einer neuen Gesellschaftsform herab und instrumentalisieren sie dadurch. Die Frage nach den Erfolgsursachen dieser Parteien setzt darum bei den Bedingungen für die Instabilität politischer und gesellschaftlicher Freiheit an. Die Gegenfrage nach den Misserfolgsursachen wiederum lotet Demokratie begünstigende Konstellationen aus.

Was den Stand der Wissenschaft angeht, so bestehen zu den Erfolgsbedingungen rechtsextremer Parteien fundierte Kenntnisse – auf Ebene der deutschen Landtagswahlen[8] wie im europäischen Raum.[9] Beim Linksextremismus hingegen herrscht hingegen weitgehend Leere.[10] Darum stehen hier die Erfolgs- und Misserfolgsursachen linksextremistischer Parteien bei den nationalen Wahlen seit 1990 im Vordergrund. Ein kurzer Überblick über das bisherige Gefahrenpotential dieser Formationen wird zunächst die Unterschiedlichkeit dieses Spektrums – jenseits ideologischer, organisatorischer und strategischer Differenzen[11] – veranschaulichen: Es gibt dauerhaft starke und durchgehend erfolglose Parteien. Organisationen, die nach einer Glückssträhne wieder in der Bedeutungslosigkeit versinken, fehlen gleichfalls nicht. Was es für den demokratischen Verfassungsstaat in Europa bedeuten kann, wenn eine linksextreme Partei die Regierungsgeschäfte übernimmt, wird am Beispiel Moldawien zu beleuchten sein – der einzige europäische Flächenstaat, in dem es nach 1990 eine linksextreme Einparteienregierung gegeben hat. Das Beispiel unterstreicht die Bedeutung einer Ursachenanalyse, die, indem sie „Mini-Wahlerfolge" ins Visier nimmt, die Demokratie destabilisierende Momente frühzeitig identifizieren kann.

2. Das Potential linksextremistischer Parteien seit dem „Ende der Illusion"

Wenn vom Gefahrenpotential des parteiförmigen Linksextremismus für den demokratischen Verfassungsstaat die Rede ist, so sind Wahlergebnisse geeignete Gradmesser hierfür. Von einer Analyse sollten allerdings die unzähligen Klein- und Kleinst-

8 Siehe Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen 2010.

9 Siehe etwa David Art, Inside the Radical Right. The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Cambridge 2011; Elisabeth Carter, The Extreme Right in Western Europe. Success or Failure? New York 2005; Pippa Norris, Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market, Cambridge 2005.

10 Siehe die Ausnahme: Luke March/Charlotte Rommerskirchen, Explaining Electoral Success and Failure, in: Luke March (Hrsg.), Radical Left Parties in Europe, London 2011, S. 180-200. Die Autoren arbeiten – anders als hier – mit quantitativen Verfahren, um die Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen der Parteien auszuloten. Die Analyse beruht damit auf additiven, linearen Effekten.

11 Siehe aus der jüngeren Vergangenheit etwa Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), Communist and Post-Communist Parties in Europe, Göttingen 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

parteien ausgeschlossen werden, von denen es in einigen europäischen Parteiensystemen nur so wimmelt – etwa in Belgien, Dänemark und Frankreich. Anderenfalls könnte sich der trügerische Schein einstellen, Linksextremismus stelle eine Quantité négligeable dar, denn das durchschnittliche Wahlergebnis des Linksextremismus sinkt mit steigendem Fragmentierungsgrad: je mehr Parteien, umso niedriger das mittlere Wahlergebnis des Spektrums. Wer hingegen lediglich die „Platzhirsche" am linken Rand ins Visier nimmt, erhält belastbare Informationen über die Gefährdung, die von diesem Spektrum für die demokratischen Verfassungsstaaten nach 1990 ausging.

In den 44 europäischen Staaten, die im Großen und Ganzen demokratisch-konstitutionellen Minima genügen[12], stellt sich die Identifikation der jeweils dominierenden linksextremen Partei als hürdenreiches Unterfangen heraus, denn es herrscht ein heilloses Durcheinander: Einige Länder haben gar keine linksextremen Formationen vorzuweisen (Andorra, Island, Kosovo, Liechtenstein und Monaco). Andere kennen zwar Linksextremismus im eigenen Parteiensystem, jener ist aber praktisch bedeutungslos, weil er überhaupt nicht zu Wahlen antritt (Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Malta, Mazedonien und Montenegro). Wiederum anders stellt sich die Situation in Ländern dar, in denen die Parteien komplett oder zeitweilig nur in größeren, mehrheitlich demokratischen Wahlallianzen auftreten, sodass sich ihre Ergebnisse nicht herauslesen lassen (Bulgarien – BKP seit 2001 auf der Liste der Koalition für Bulgarien; Lettland – LSP im PCTVL-Bündnis und im Harmonie-Zentrum). Hinzu kommen Wahlbündnisse am linken Rand (etwa Front de Gauche in Frankreich 2012 und Rivoluzione Civile in Italien 2013).

Dort, wo es überlebensfähige, eigenständige linksextreme Formationen gibt, wird deren Identifikation durch Spaltungen, Fusionen, Übertritte, Namensänderungen und Wiedergründungen verkompliziert. In Estland etwa hat die bedeutendste Partei mehrere Namenswechsel hinter sich. Erst hieß sie EKP (1990-1992), dann EDTP (1992-1997), dann ESDTP (1997-2004), dann EVP (2004-2008) und schließlich EÜV (seit 2008). In Großbritannien sollten die Communist Party of Great Britain, die Communist Party of Britain und die Communist Party of Great Britain (PCC) keinesfalls miteinander vertauscht werden. Überdies sind einige vitale linksextreme Parteien nicht zu jeder Parlamentswahl anzutreten fähig und/oder gewillt. Manche nehmen sporadisch, manche regelmäßig teil. Beständigkeit ist kein Charakteristikum, das den parteiförmigen Linksextremismus in Europa kennzeichnet.

12 Vatikanstaat und Weißrussland sind ausgeschlossen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 1: Gefährdung durch linksextreme Parteien in Europa 1990-2013

Land	**dominierende linksextreme Partei**	**durchschnittliches Wahlergebnis**	**höchstes Wahlergebnis**
Albanien	PKSh	0,7	0,7
Andorra	---	---	---
Belgien	PvdA-PTB	0,6	1,6
Bosnien und Herzegowina	RKP-BiH	---	---
Bulgarien	BKP	1,2	1,2
Dänemark	Enhedslisten	3,2	6,7
Deutschland	Die Linke	6,1	11,9
Estland	EÜV	0,3	0,4
Finnland	SKP	0,7	0,8
Frankreich	PCF	7,0	9,9
Griechenland	KKE	6,5	8,5
Irland	SP	0,7	1,2
Island	---	---	---
Italien	PRC	5,1	8,6
Kosovo	---	---	---
Kroatien	NKPH	---	---
Lettland	LSP	5,6	5,6
Liechtenstein	---	---	---
Litauen	LSP	0,5	0,8
Luxemburg	Déi Lénk	2,8	3,3
Malta	PKM	---	---
Mazedonien	NCPM	---	---
Moldawien	PCRM	43,3	50,1
Monaco	---	---	---
Montenegro[13]	NKPCG	---	---
Niederlande	NCPN	0,1	0,1
Norwegen	RØDT	1,3	1,7
Österreich	KPÖ	0,6	1,0
Polen	SRP	4,4	11,4
Portugal	CDU	8,1	9,0
Rumänien	PAS	1,1	3,0
Russland	KPRF	17,1	24,3

13 Wahlergebnisse seit 2006.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Land	dominierende linksextreme Partei	durchschnittliches Wahlergebnis	höchstes Wahlergebnis
San Marino	SU	6,1	9,1
Schweden	Vänsterpartiet	7,1	12,0
Schweiz	PdA	0,8	1,2
Serbien[14]	SPS	9,2	14,5
Slowakei[15]	KSS	2,9	6,3
Slowenien	KPS	0,4	0,5
Spanien	IU	6,9	10,5
Tschechien[16]	KSČM	12,8	18,5
Ukraine	KPU	13,3	24,7
Ungarn	MP	2,3	4,0
Vatikanstaat		kein demokratischer Verfassungsstaat	
Vereinigtes Königreich	CPB	0,0	0,0
Weißrussland		kein demokratischer Verfassungsstaat	
Zypern	AKEL	32,4	34,7

Quelle: Eigene Zusammenstellung; Stichtag: 31. März 2013.

In 27 der 44 europäischen Staaten, die im Großen und Ganzen demokratischen Minimalkriterien entsprechen, spielt parteiförmiger Linksextremismus keine wesentliche Rolle – entweder weil er es erst gar nicht geschafft hat, sich in einer überlebensfähigen Organisation zu formieren, oder weil er aus der „Sonstige-Zone" nicht herauskommt (in der Tabelle weiß unterlegt). Auffallend ist die Konzentration auf einige wohlhabende, mittel- und nordeuropäische Länder (Irland, Finnland, Niederlande, Norwegen und die Schweiz), auf Kleinstaaten mit weniger als 1 Mio. Einwohnern (Andorra, Island, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco) und auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens (Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Slowenien). Das ist ein erfreulicher Befund. Schließlich heißt das, die meisten Demokratien sahen sich in den vergangenen zwei Dekaden keiner ernsthaften Gefahr durch linksextreme Parteien ausgesetzt. Etwa die Hälfte davon stammt aus dem postkommunistischen Raum.

Doch gibt dieses Ergebnis keineswegs Anlass zur Sorglosigkeit: In vielen Staaten Europas haben sich Parteien etabliert, die sich regelmäßig berechtigte Hoffnungen machen können, ihren Platz im Parlament bei den nationalen Urnengängen zu sichern, ja womöglich sogar eine gewisse Rolle bei der Regierungspolitik zu spielen – etwa als „Steigbügelhalter" von Koalitionen, deren Stimmen allein nicht für eine eigene Regierungsbildung/-arbeit ausreichen, oder als Juniorpartner einer Regierung (in der Ta-

14 Wahlergebnisse seit 2006.
15 Wahlergebnisse seit 1993.
16 Wahlergebnisse seit 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

belle hellgrau unterlegt). Sie erhalten in aller Regel Wahlergebnisse zwischen fünf und 15 Prozent und/oder ziehen regelmäßig ins Parlament ein. Derartige Parteien sind dies- und jenseits des früheren Eisernen Vorhangs beheimatet. Gleichwohl lässt sich die Konzentration besonders schlagkräftiger Parteien in Osteuropa nicht abstreiten: Russland, Tschechien und die Ukraine sind die Länder, in denen parteiförmiger Linksextremismus in aller Regel nicht unter zweistellige Wahlergebnisse sinkt.

Eine Ausnahme aufgrund ihrer fulminanten Resultate stellen die PCRM in Moldawien und die zypriotische AKEL dar. Dass eine linksextreme Partei über 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen kann, ist ungewöhnlich; ebenso, dass sie als Seniorpartner einer Koalition in Erscheinung tritt oder gar eine Einparteienregierung bildet (in der Tabelle dunkelgrau hinterlegt). Beides trifft jedoch auf die genannten Parteien zu. Die Geschicke der moldauischen Republik lagen rund zehn Jahre (2001-2009) in den Händen der Postkommunisten, mit Vladimir Voronin – einem gelernten Nahrungsmittelingenieur – an der Spitze. In Zypern leitete der AKEL-Generalsekretär Dimitris Christofias zwischen 2008 und 2011 die Geschäfte des Landes. Der promovierte Philosophiehistoriker befand sich während dieser Zeit in einer Koalition mit der Demokratischen Partei (DIKO).

Was die Gestaltungsrolle der übrigen linksextremen Parteien angeht, so beschränkt sie sich in der Mehrheit der Fälle auf (außer)parlamentarische Opposition. Nur hie und da gibt es Ausnahmen: Zu Duldungen von Minderheitsregierungen durch linksextreme Parteien reichte es etwa schon in Dänemark (1993-2001, seit 2011), in Schweden (1998-2002) und in Spanien (2004-2008). Hier fungierten die Parteien als Steigbügelhalter der „Großen“ und als blockierendes Element. Als Juniorpartner – ein Ritterschlag aus Sicht der Parteien – kam in der Vergangenheit der PCF in Frankreich (1997-2002) infrage; ebenso der PRC (2006-2008) und der PdCI (1998-2001 und 2006-2008) in Italien. Von dem kurzen Höhenflug der SRP in Polen (Regierungsbeteiligung 2006-2007) auf eine generelle Stärke zu schließen, wird der Situation nicht gerecht. Die Partei ist so schnell wieder in der Bedeutungslosigkeit versunken, wie sie ihr zuvor entstiegen war. Seit dem Tod ihres charismatischen Parteivorsitzenden Andrzej Lepper im Sommer 2011 ist es still um sie geworden.

Trotz ihrer starken parlamentarischen Präsenz haben es weder die KSČM in Tschechien noch die KPU in der Ukraine noch die russische KPRF nach 1990 zu größerem Einfluss über den einer Oppositionsfraktion hinaus gebracht. Angesichts der Stimmenanteile von rund einem Fünftel, der regelmäßig auf diese Formationen entfällt, überrascht die nachgeordnete politische Rolle auf den ersten Blick. Gesellschaftliche Legitimation und Machtfülle klaffen hier auseinander. Eine Erklärung bieten systemische und parteipolitische Faktoren: Das präsidentielle Regierungssystem in Russland und der Cordon sanitaire der übrigen tschechischen und ukrainischen Parteien gegenüber dem Kommunismus machen aus den eigentlich starken Parteien „zahnlose Tiger“.

Die Gesamtschau kommt zu einem durchwachsenen Ergebnis: Selbst wenn in den meisten Parteiensystemen Europas auf den Linksextremismus keine oder allenfalls die Statistenrolle entfällt, so konnte dieses Spektrum in einigen – vor allem postkommu-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nistischen – Staaten eine politische Präsenz aufbauen, die es ihr gestattete, destruktiv und konstruktiv in das aktuelle Geschehen einzugreifen. Entlang der aufsteigenden Bedeutung gibt es im parteiförmigen Linksextremismus Europas kleine Oppositionsparteien, große Oppositionsparteien, Juniorpartner von Regierungen, Seniorpartner von Regierungen und die alleinigen Regierungsparteien. Die oberen Stufen dieser Bedeutungsskala sind dünn, die unteren aber dicht von den Parteien besiedelt. Nur die wenigsten europäischen Demokratien haben also Erfahrungen mit starkem parteiförmigem Linksextremismus. Umso erhellender ist die Frage danach, was zu erwarten ist, wenn derartige Formationen Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen können – womöglich gar in einer Einparteienregierung.

3. Folgen einer starken linksextremen Partei für den demokratischen Verfassungsstaat – das Beispiel Moldawien

Die Argumentation, extremistische Parteien brächten die Grundfesten der Demokratie ins Wanken, wenn sie nur Gelegenheit dazu fänden, entbehrt weder der historischen (Sowjetunion) noch der aktuellen Evidenz (China, Kuba, Nordkorea, Vietnam). Sie dient den Verfechtern der wehrhaften Demokratie als Legitimationsgrundlage. Doch wie berechtigt sind Befürchtungen, ein legalistisch operierender Linksextremismus in Gestalt von Parteien könne die *europäische* Demokratie unterwandern? Eine Analyse der Folgen linksextremer Regierungen könnte aufschlussreiche Befunde zutage fördern – gerade was den Trend hin zum oder weg vom demokratischen Verfassungsstaat angeht. Indes: Die heutigen, durch linksextreme Parteien installierten Autokratien – etwa Nordkorea, Vietnam oder China –, sind zwar krassere und politisch bedeutendere Beispiele, waren aber Produkte einer anderen politischen Umwelt: Die Umformungen liegen häufig ein halbes bis ein Jahrhundert zurück und entstanden meist durch Revolutionen oder Besatzungen sowie im Umfeld internationaler Konflikte. Wer zudem heute nach einer kommunistischen Autokratie sucht, muss über die Grenzen Europas blicken. Diese Aspekte schmälern den Wert der Lehren, die aus den genannten Systemen für das heutige Europa zu ziehen sind.

Darum rückt der einzige Fall, in dem es eine linksextremistische Partei auf europäischem Boden nach 1990 zu allein verantwortlicher Gestaltungsmacht geschafft hat, ins Zentrum der Aufmerksamkeit: Moldawien. Das Land liegt auf dem europäischen Kontinent, unterhält enge Beziehungen zur EU und hat eine demokratisch-konstitutionelle Transformation hinter sich. Außerdem ist die linksextreme PCRM über einigermaßen freie und faire Wahlen und erst in der jüngeren Vergangenheit in die Regierung gekommen. Das macht diesen Fall wertvoll für die zeitgenössischen europäischen Demokratien. Die moldauischen Besonderheiten – slawische historische Prägungen, postkommunistische Transformationsprobleme, der Kleinstaatcharakter, eingeschränkte Staatlichkeit, ökonomisch-soziale Schwierigkeiten – lassen demgegenüber besondere Vorsicht vor voreiligen Schlüssen ratsam erscheinen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die demokratisch-konstitutionellen Qualitäten des politischen Regimes müssen nicht erst dann leiden, wenn eine extremistische Partei – wie in Moldawien – eine Einparteienregierung bildet. Institutionelle Einflussmöglichkeiten stehen derartigen Organisationen ebenfalls dann offen, wenn sie als Teil einer Regierungskoalition in Erscheinung treten oder wenn sie sich der parlamentarischen Opposition zurechnen; ja selbst wenn ihnen die Pforten des „Hohen Hauses" verschlossen bleiben, können sie Druck ausüben: dann nämlich, wenn die Medien ihnen Gehör schenken. Allerdings dürfte die politische Macht, die einer linksextremen Einparteienregierung zukommt, dazu beitragen, ihre Agenda am klarsten zu konturieren: Kompromisse sind weitgehend unnötig, die Verantwortlichkeiten klar. Wann, wenn nicht hier, lässt sich ablesen, was Linksextremisten wollen und was sie tatsächlich bewirken?

Die Kommunistische Partei der Republik Moldawien (PCRM) hielt das Heft des Handelns von 2001 bis 2009 allein in der Hand. Um die demokratisch-konstitutionelle Qualität des politischen Systems in Moldawien zu überprüfen, werden verschiedene quantitative Demokratieindizes herangezogen: der Freedom-in-the-World- und der Nations-in-Transit-Report sowie der Bertelsmann Transformationsindex.

Tabelle 2: Urteile ausgewählter Demokratieindizes über die Republik Moldawien 2000-2010

Berichtsjahr	Freedom in the World (FH)*	Nations in Transit (FH)**	BTI***
2000	3,0 (teilweise frei)	---	---
2001	3,0 (teilweise frei)	---	---
2002	3,5 (teilweise frei)	---	---
2003	3,5 (teilweise frei)	4,71 (Hybridregime)	---
2004	3,5 (teilweise frei)	4,88 (Hybrid Regime)	---
2005	3,5 (teilweise frei)	5,07 (teilkonsolidiertes autokratische Regime)	---
2006	3,5 (teilweise frei)	4,96 (Hybridregime)	5,4 (Highly defective Democracy)
2007	3,5 (teilweise frei)	4,96 (Hybridregime)	---
2008	4,0 (teilweise frei)	5,00 (teilkonsolidiertes autokratische Regime)	6,9 (Defective Democracy)
2009	3,5 (teilweise frei)	5,07 (teilkonsolidiertes autokratische Regime)	---
2010	3,0 (teilweise frei)	5,14 (teilkonsolidiertes autokratische Regime)	6,7 (Defective Democracy)

* Die Skala reicht von 1 (bester Wert) bis 7 (schlechtester Wert). Abstufungen sind in 0,5-Schritten möglich. Länder mit Skalenwerten zwischen 1 und 2,5 gelten als freie Regime, Länder mit Skalenwerten zwischen 3,0 und 5,0 als teilweise frei, Länder mit Werten höher als 5,0 (5,5-7,0) gelten als unfrei; vgl. Freedom House, Freedom in the World 2013, unter: http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world-2013/methodology (5. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

** Die Demokratieskala reicht von 1 (bester Wert) bis 7 (schlechtester Wert). Abstufungen sind in 0,25-Schritten möglich. Die Unterschiede bei den Hundertsteln entstehen durch Mittelwertbildung. Folgende Regimeunterscheidungen werden vorgenommen: konsolidierte Demokratie (1,00-2,99), teilkonsolidierte Demokratie (3,00-3,99), Übergangs- oder Hybridregime (4,00-4,99), teilkonsolidiertes autokratisches Regime (5,00-5,99), konsolidiertes autokratisches Regime (6,00-7,00); vgl. Freedom House, Nations in Transit 2012, unter: http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit-2012/methodology (5. März 2013).
*** Die Demokratieskala reicht von 1 (schlechtester Wert) bis 10 (bester Wert). Im BTI bildet dieser Teilindex gemeinsam mit dem Marktwirtschaftsindex den Status-Index eines Landes. Der BTI unterscheidet zwischen sich konsolidierenden (10,00-8,00), defekten (7,99-6,00) und stark defekten Demokratien (5,99-5,00) einerseits sowie moderaten (4,99-4,00) und harten (3,99-0,00) Autokratien andererseits.
Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen von Freedom House und der Bertelsmann-Stiftung.

Der Freedom-in-the-World-Index, herausgegeben vom US-amerikanischen Think Tank Freedom House, legt seinen Angaben zum Demokratie- (bzw. Freiheits-)gehalt eines politischen Regimes zwei Dimensionen zugrunde: die politischen Rechte einerseits und zivile Freiheitsrechte andererseits. Diesem Index zufolge galt Moldawien ab der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 2001 (aber auch schon davor) bis zu der Serie an Parlamentswahlen im Jahre 2009 und 2010 als „partly free". Es war folglich weder den freiheitlichen Regimen noch den Diktaturen zuzurechnen. Doch zeichnen sich feine Unterschiede ab: Stand das Land bis einschließlich 2000 an der Schwelle zu den freien Staaten, entwickelte es sich im Folgejahr und im Berichtsjahr 2008 hin zum Status eines geschlossenen Systems. Das Land zählte zwar zuvor gleichfalls nicht zu den freien Staaten. Die demokratischen Mängel änderten sich aber mit der Regierungsübernahme durch die Kommunisten: Zunächst ließ Voronin, 2001 neuer Präsident der Republik, keinen Zweifel an seiner prosowjetischen Haltung: „Under Voronin, the government reinstated Soviet-style territorial administration, restored the November 7 holiday commemorating the October Revolution, introduced measures to make Russian an official second language, and proposed regulations requiring mandatory Russian-language instruction in schools. […] At the same time, laws prohibit insults against the state and defamation of senior government officials. These provisions have allowed a multitude of lawsuits against journalists in the decade since independence."[17]

Weitere Beschneidungen demokratisch-konstitutioneller Prinzipien nahm die PCRM bei den Parlamentswahlen 2005 vor: „Monitoring groups highlighted a number of flaws during the election campaign, including police searches of opposition offices and harassment of opposition representatives. The PCRM was also accused of manipulating state-controlled media and using state funds to support its electoral prospects. Voter lists were not all accurate and campaign finance rules were not respected."[18] Im Vorfeld der nächsten Wahlen im Jahr 2009 sollten sich weitere Defizite einstellen: „The Moldovan government used politicized budget allocations and other tactics to

17 Freedom House, Freedom in the World 2003 (Country Report Moldova), unter: http://www.freedomhouse. org/report/freedom-world/2003/moldova (4. März 2013).
18 Ders., Freedom in the World 2006 (Country Report Moldova), unter: http://www.freedomhouse .org/report/ freedom-world/2006/moldova (4. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

undercut support for opposition parties, and the parliament passed legislation that threatened public access to information."[19] Im Wahljahr selbst wurde es nicht besser: „International monitors noted flaws in the voter lists, intimidation and harassment of opposition parties, and media bias, among other problems."[20]

Der Nations-in-Transit-Report, ein ebenfalls von Freedom House herausgegebener Index, der für die Demokratiemessung den Wahlprozess, die Zivilgesellschaftlichkeit, die Unabhängigkeit der Medien, Governance, Rechtsstaatlichkeit und Korruption in den Blick rückt, spricht in der Zeit der PCRM-Herrschaft von einem hybriden bis autoritären politischen Regime in der Republik Moldau.[21] Diesem Bericht zufolge hat sich der Regimestatus des Landes im Laufe der Zeit zum Negativen verändert: Hatte er im ersten Berichtsjahr (2003) noch 4,71 betragen, kam Moldawien 2009 auf nur noch 5,07 Punkte.

Der Bertelsmann Transformationsindex (BTI), eine zweijährlich erscheinende Messung der politisch-ökonomischen Transformationserfolge ausgewählter Staaten, kommt gleichfalls zu einem durchwachsenen Urteil über die Moldau-Republik. Großes Gewicht bei der Messung, welche die Staatlichkeit, die politische Partizipation, das Maß an Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität demokratischer Institutionen sowie die politische und soziale Integration berücksichtigt, erhalten – wie auch bei Freedom House – die Beeinträchtigungen des politischen Wettbewerbs seitens der PCRM: „The ruling Communist Party continues to exploit its privileged access to the voters via print and other media."[22] Die Vermengung wirtschaftlicher und politischer Macht kommt außerdem zur Sprache: „Democratic rule […] is qualified by a high degree of ‚state capture.' In the Moldovan case, state capture typically implies that the political elite has‚captured' the main economic activities in the country."[23] Entsprechend wertet der BTI Moldawien als defekte Demokratie.[24]

Insgesamt sprechen die Indizes eine eindeutige Sprache: Mit den demokratisch-konstitutionellen Qualitäten der Republik Moldau ist es nicht weit her. Keiner der drei Berichte wertet das Land während der PCRM-Herrschaft uneingeschränkt als Demokratie oder freien Staat. Dass das Land in den Berichten zuvor ebenfalls nicht als frei galt, ändert nichts an der Verantwortung der Kommunisten für die Zeit ihrer Regierungsverantwortung. Nicht allein die Schwere demokratischer Mängel ist bedeutsam, sondern auch die genauen Ursachen. In der Zeit der PCRM-Herrschaft sind sie unmittelbar bei der regierenden Partei zu suchen: Sie schüchtert Oppositionsparteien

19 Ders., Freedom in the World 2009 (Country Report Moldova), unter: http://www.freedomhouse .org/ report/freedom-world/2009/moldova (4. März 2013).
20 Ders., Freedom in the World 2010 (Country Report Moldova), unter: http://www.freedomhouse .org/report/freedom-world/2010/moldova (8. März 2013).
21 Ders., Nations in Transit 2012 (Country Report Moldova), unter: http://www.freedomhouse.org /report/nations-transit/2012/moldova (4. März 2013).
22 Bertelsmann Stiftung, BTI 2008. Moldova Country Report, unter: http://www.bti-project.de/ho me/ (4. März 2013).
23 Ebd.
24 Dies., Transformation Atlas. Moldova Country Report, unter: http://www.bti-project.de/laender gutachten/pse/mda (4. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

massiv ein und behindert sie in ihrer politischen Tätigkeit, sie finanziert Wahlkämpfe zum Teil mit öffentlichen Geldern, nimmt Einfluss auf die Darstellungen in den Medien und greift – zum eigenen Vorteil – in die Wirtschaft ein. Überraschenderweise beschränken sich die Übertretungen der PCRM nicht auf die konstitutionelle Sphäre. Sie betreffen offenkundig ebenso grundlegende demokratische Spielregeln.

Wenngleich die PCRM alles andere als ein demokratischer Musterschüler unter den europäischen Regierungsparteien ist, wäre es vermessen, andere Formationen aus dem linksextremen Spektrum für ihr Regierungshandeln in Sippenhaft zu nehmen – zumal es hier kaum eine Partei gibt, die der anderen gleicht. Der PCF in Frankreich und die AKEL in Zypern etwa veranschaulichen, bei der Integration linksextremer Parteien in Regierungsbündnisse naht nicht gleich das Ende des demokratischen Verfassungsstaates – selbst wenn der Vergleich zwischen einer Einparteienregierung in einem verarmten postkommunistischen Staat und einem Partner einer Mehrparteienkoalition in einem prosperierenden westlichen Land hinken mag. Für eine einigermaßen valide Gefahrenabschätzung muss die extremistische Intensität der Parteien berücksichtigt werden. Die Zwänge einer Koalition, institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen, die internationale Einbindung eines Landes, seine wirtschaftliche Entwicklung, aktuelle politische Probleme und die politische Kultur sind zusätzliche, von Land zu Land und Zeit zu Zeit schwankende Randbedingungen, die eine zuverlässige Prognose erschweren.

Dass die Mitglieder der Partei der Europäischen Linken – darunter Die Linke aus Deutschland, der PCF aus Frankreich und die Enhedslisten aus Dänemark – keine Scheu verspüren, eine Organisation wie die PCRM in ihre Reihen aufzunehmen, spricht indes Bände über deren demokratisches Verständnis. Vor diesem Hintergrund scheint es umso wichtiger, die Ursachen für die elektorale Stärke dieser und die Schwächer jener linksextremen Parteien zu identifizieren.

4. Parteiförmiger Linksextremismus und elektoraler Erfolg

Das Wahlergebnis ist ein valider Indikator für die Gefährdung der Demokratie durch den Linksextremismus, denn Parteien – auch linksextreme Parteien – können in demokratischen Verfassungsstaaten Gestaltungsmacht in der Regel nur über Wahlen erlangen.

Wer ausloten will, warum einige linksextreme Parteien an der Wahlurne reüssieren, andere aber kläglich scheitern, der muss sich zunächst darüber im Klaren werden, wann ein elektoraler Erfolg überhaupt vorliegt. Ein Schwellenwert muss die Minderheitenposition linksextremer Parteien in Politik und Gesellschaft berücksichtigen, die sie dort häufig einnehmen. Ein zu hoher Wert ließe kaum Unterscheidungen zu: Fast alle Parteien gälten als erfolglos. Außerdem müssen durch linksextreme Parteien entstehende Gefährdungen für den demokratischen Verfassungsstaat schon frühzeitig erkannt werden können. Durch einen zu hohen Grenzwert ließe sich jedoch in den meisten Ländern ein Bild zeichnen, wonach der parteiförmige Linksextremismus praktisch bedeutungs-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

los wäre. Man nähme ihn – etwa bei der Majoritäts- oder Pluralitätsschwelle – erst dann wahr, wenn das „Kind in den Brunnen gefallen" wäre. Schließlich muss der Schwellenwert inhaltlich begründbar sein: Idealiter stellt sein Überschreiten einen Bedeutungssprung für die Parteien dar.

Die Kompromisslösung für elektoralen Erfolg liegt in Europa bei fünf Prozent der abgegebenen Stimmen. Der Wert hat bei Parteien Unterscheidungskraft, weil es dies- und jenseits dieses Schwellenwertes Beispiele gibt. Er wird deshalb der Minderheitenposition der meisten Parteien gerecht. Außerdem lässt er sich in den meisten Fällen inhaltlich rechtfertigen, weil er mit dem Parlamentseinzug der Parteien zusammenfällt und sein Überschreiten durch linksextreme Parteien eine Alarmfunktion für die Demokratie erfüllt: Die Fünf-Prozent-Schwelle ist die häufigste Hürde für eine europäische Partei, um in das Parlament zu kommen. In Ländern, die jene Hürde gesetzlich verankert haben, kann der Parlamentseinzug von Extremisten als Warnsignal an die politische Elite verstanden werden. In Untersuchungsländern, die keine – respektive eine geringere juristisch verankerte oder faktische – Sperrklausel aufweisen (etwa die Niederlande), erfüllt der bloße Parlamentseinzug linksextremistischer Parteien diese Alarmfunktion nicht. Erst eine bestimmte parlamentarische Stärke ruft hier Besorgnis hervor. In den wenigen Ländern, die höhere Sperrklauseln aufweisen (Liechtenstein: acht Prozent; Russland: sieben Prozent), erfüllt der Parlamentseinzug keine Distinktionsfunktion. Vereinfacht gesagt: Einige bedeutsame Parteien (Wahlergebnis zwischen fünf und sieben/acht Prozent) werden hier von der parlamentarischen Arbeit ausgeschlossen. Die „Alarmglocke" läutet zu spät.

5. Erfolgs- und Misserfolgsursachen

Wer davon ausgeht, dass die Wahlerfolge und -misserfolge linksextremer Parteien durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren zustande kommen, ist mit einem konfigurationellen Analyseverfahren gut beraten.[25] Alle Parteien gleichermaßen zu berücksichtigen, ist allerdings unmöglich. Deshalb werden die parlamentsorientierten[26] Parteien aus Belgien (Parti Communiste, PvdA-PTB, POS-SAP, MAS, CAP, FdG), Dänemark (Enhedslisten), Deutschland (Die Linke, MLPD), Frankreich (PCF, LCR, LO), Italien (PRC, PdCI, La Sinistra), Österreich (KPÖ, Wahlbündnis Linke), Polen (SRP), der Schweiz (PdA), der Slowakei (KSS) und aus Tschechien (KSČM) stellvertretend herangezogen. Fünf parteiexterne (Arbeitslosigkeit, realsozialistische Erfahrung, Demokratiezufriedenheit, sozialdemokratische Krise, Konkurrenzsituation

25 Siehe Charles C. Ragin, The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies, Berkeley u.a. 1987; ders., Fuzzy-Set Social Science, Chicago/London 2002; Carsten Q. Schneider/Claudius Wagemann, Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen, Opladen/Farmington Hills 2007; dies., Set-Theoretic Methods for the Social Sciences. A Guide to Qualitative Comparative Analysis, New York u.a. 2012.

26 Wahlteilnahme an mindestens der Hälfte der Wahlen zwischen 1990 und 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

an den politischen Rändern) und fünf parteiinterne Faktoren (ideologische Reformierung, Aufnahme rechtsextremer Ideologeme, organisatorische Kohäsion, vorherige Regierungsbeteiligung, charismatische Führungspersönlichkeiten) fließen in die Analyse der 79 Fälle ein.[27]

5.1. Erfolg und Misserfolg im westlichen Europa

Ein präzises Bild über die Ursachen[28] linksextremistischer Wahlerfolge und -misserfolge lässt sich zeichnen, wenn die Erklärungsfaktoren mit Blick auf ihre kausale Rolle differenziert werden: Notwendige Bedingungen (synonym: Voraussetzungen) sind solche Faktoren, ohne die Erfolge (oder Misserfolge – je nach dem, was untersucht wird) schlechterdings nicht machbar sind. Ihre Präsenz garantiert noch kein bestimmtes Ergebnis, ist aber eine Conditio sine qua non. Hinreichende Bedingungen (synonym: Ursachen, Auslöser) hingegen verursachen ein bestimmtes Ergebnis. Das heißt, allein ihre Präsenz führt in jedem Falle zum Wahlerfolg (bzw. Misserfolg).

Ein Triumph an der Wahlurne ist für linksextremistische Parteien in Westeuropa vergleichsweise voraussetzungsreich. Notwendige Randbedingungen für ein Wahlergebnis, das über fünf Prozent hinausreicht, sind 1. eine wenigstens mäßig hohe Arbeitslosigkeit und 2. eine erhöhte Demokratieunzufriedenheit.[29] Die Notwendigkeit einer wenigstens leicht erhöhten Arbeitslosigkeit deutet auf die Abhängigkeit der Parteien von sozialer Verunsicherung – Stichwort: Prekarisierung. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen ihres politischen Systems schafft die Nachfrage nach extremistischem Angebot. Sie beruht allerdings – nicht nur, aber zum Großteil ($r = 0{,}702$) – auf dem gesellschaftlichen Missmut über die Arbeitsmarktsituation.

Bei den genannten Faktoren handelt es sich lediglich um Voraussetzungen für linksextreme Wahlsiege. Diese kommen dadurch aber noch nicht zustande. Hinreichend sind drei Faktoren, die allesamt gemeinsam auftreten müssen: hohe Erwerbslosenquoten[30], das Fehlen linksextremer Rivalen und die Präsenz starker rechtsextremer Parteien. Damit fußen die Erfolge der Linksextremen allem Anschein nach auf zwei Wählergruppen: auf den verunsicherten, (potentiell) von Arbeitslosigkeit Betroffenen, denen sie soziale Versprechungen machen können; und auf der dezidiert kommunistischen Klientel, die durch einen antifaschistischen Wahlkampf an die Wahlurnen getrieben wird, ohne sich entscheiden zu müssen, welcher kommunistischen Partei sie ihre Stimme geben will. Wer diese Erklärung auf eine einfachere For-

27 Die Analyse wurde mit der QCA-Software Tosmana durchgeführt.

28 Sonderfälle, die durch nur einen Erklärungspfad abgedeckt werden, sind bei der Erfolgs- und Misserfolgsanalyse im gesamten Untersuchungsgebiet nicht berücksichtigt. Dazu zählen der Wahlerfolg des italienischen PRC im Jahre 2006 und das Scheitern der PDS 1990, 1994 und 2002. Zur Erklärung dieser Einzelfälle vgl. Tom Mannewitz, Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge, Baden-Baden 2012, S. 386-388 und 426-428. Ausgeschlossen werden überdies triviale Erklärungspfade.

29 Erhöhte Arbeitslosigkeit: zehn Prozent und mehr; hohe Demokratieunzufriedenheit: 50 Prozent und mehr.

30 Mehr als zehn Prozent.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mel reduzieren will, kann lediglich die Arbeitslosigkeit als zentrale Ursache heranziehen: Einerseits treibt sie die Menschen direkt in die Arme der Linksaußenparteien (direkte Wirkung). Andererseits sorgt sie für Wählerzuspruch bei den Rechtsaußenparteien und mobilisiert auf diese Weise Sympathisanten des linken Randes (indirekte Wirkung).[31]

Dies zeigen die Wahlsiege des PCF in Frankreich und des PRC in Italien: Die ehemals eurokommunistischen Formationen konnten sich bei einigen Wahlen in den 1990er und den 2000er Jahren als Stimme derer inszenieren, „die der etablierten Politik aus Frust über die hohen Arbeitslosenzahlen einen Denkzettel verpassen“[32] wollten. Die „Brandmarkung des‚Ultraliberalismus‘“ und der „traditionelle Reflex des Antifaschismus“[33] waren die entscheidenden Momente für den Wahlsieg der Kommunisten in Frankreich. „Die Wahl [1993] wurde [überdies] durch ein‚Aufbegehren‘ der linken Anhänger angesichts eines drohenden rechten Sieges gewonnen.“[34] Jean-Marie Le Pen mobilisierte – am rechten wie am linken Rand. Das galt für die Parlamentswahl 1997 gleichfalls, als der PCF den Kampf gegen den Übervater des Front National noch intensiver betrieb – nämlich im Bündnis mit den sonst so verhassten Sozialisten.[35] Der Lohn dafür: nicht nur der gesicherte Parlamentseinzug, sondern auch fünf Jahre Regierungsbeteiligung, die allerdings zu empfindlichen Einbußen bei den sich anschließenden Wahlen im Jahre 2002 führen sollten. Bemühungen seitens der italienischen Rifondazione (1992, 1994 und 1996), den „antipopularistischen Kräfte[n] eine‚organisatorische Klassenantwort‘ entgegenzusetzen“[36] und arbeitsmarktrelevante Vorschläge gegenüber den Benachteiligten[37] vorzubringen, waren von ähnlichem Erfolg gekrönt. PRC wie PCF mussten als „Platzhirsche“ am linken Rand ihre Stimmen überdies nicht mit vitalen Wettbewerbern teilen.

Zwei jüngere Wahlen in Westeuropa unterstreichen die Erklärungskraft der Faktoren: Front de Gauche, ein heterogenes Bündnis von Kommunisten und Grünen zur französischen Parlamentswahl im Juni 2012, hat von einer erhöhten Arbeitslosigkeit und von den guten Aussichten des entdiabolisierten Front National profitiert. Zu dem derzeit überall recht populären und für die Kommunisten typischen Kampf gegen „Neoliberalismus“, „Kapitalismus“ und Sparmaßnahmen gesellte sich eine dezidierte Anti-FN-Politik: Front de Gauche „decided early on to go for Marine Le Pen, Jean-Marie's daughter who had transformed the Front National into a modern far-right par-

31 Siehe zu diesem Befund jüngst wieder Viola Neu, Das Wählerpotential von Rechts- und Linksaußenparteien. Unideologische Protestwahl?, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 397-418.

32 Mannewitz (FN 28), S. 384.

33 Stéphane Courtois, Das letzte Jahrzehnt des französischen Kommunismus – Agonie oder Mutation?, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, Landsberg a. Lech 1998, S. 23-93, hier: 68.

34 Ebd., S. 29.

35 Vgl. ebd., S. 68 f.

36 Carlo Baccetti, Die Transformation des Kommunismus in Italien: Die Partei der Rifondazione comunista, in: Moreau/Lazar/Hirscher (FN 33), S. 117.

37 Vgl. ebd., S. 118 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ty“[38]. Ein ähnlicher Befund beim SPIEGEL, der zudem auf die jüngst wieder aufgeblühte Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialisten verweist: Mélenchon „schlägt zu, hart, erbarmungslos und scheut keine Polemik. Die rechtsextreme Marine Le Pen vom Front National apostrophiert er als ‚Halbverrückte‘ […], den Sozialisten Hollande beschreibt er als ‚Kapitän eines Tretboots in stürmischer See‘“.[39]

Das zweite Beispiel der jüngeren Zeit stammt aus Griechenland, wo die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) bei der ersten Wahl 2012 stattliche 8,5 Prozent der Stimmen einfuhr. Sie verbesserte sich damit gegenüber früheren Resultaten, die zwischen vier und sieben Prozent gelegen hatten. Sie gebärdete sich angesichts von Entlassungswellen im öffentlichen Dienst und steigender Arbeitslosigkeit als Anwalt der „kleinen Leute“, kämpfte massiv gegen die von der EU-Troika aufgelegten Sparmaßnahmen und den aufziehenden Rechtsextremismus in Gestalt der „Morgenröte“-Partei.[40]

Die schiere Anzahl an notwendigen Voraussetzungen, die für einen Wahlerfolg vorliegen müssen, sowie lediglich ein einziges Bündel an hinreichenden Faktoren illustrieren, dass Wahlerfolge für linksextreme Parteien im Westen nicht ohne Weiteres zu haben sind. Gänzlich anders verhält es sich mit Wahlniederlagen: Hierfür gibt es keine einzige notwendige Bedingung. Hingegen gibt es zwei Wege, auf denen die Parteien im Westen bislang scheiterten: mangelnde Nachfrage nach gleichheits- und sicherheitsfixierten Politikangeboten aufgrund geringer Arbeitslosigkeit einerseits, ein intensiver Konkurrenzkampf am linken Rand andererseits. Die überwältigende Mehrheit der erfolglosen linksextremen Parteien versagt in Westeuropa, weil es den meisten Menschen, was ihre sozioökonomische Existenz angeht, erstaunlich gut geht. Erwerbslosenquoten, die unter zehn Prozent sinken, lassen das Wählerpotential für Linksaußenparteien zusammenschmelzen. In den wirtschaftlich stabilen Ländern – Dänemark, die Schweiz, Österreich, Belgien etc. – können sich die Parteien die Arbeitslosigkeit kaum zunutze machen. Wahlkämpfe gegen (vermeintlich) korrupte Wirtschaftseliten, gegen die „Ausverkäufer“ des eigenen Landes und gegen „Finanzjongleure“, die als Sündenböcke schlechter Wirtschaftslagen herhalten müssen, zünden nicht, wenn kaum jeder Zehnte von materieller Unsicherheit betroffen ist und damit sensibel gegenüber den Verlautbarungen der Linksextremisten wird. Das Angebot seitens der Parteien besteht. Nur: Es fehlt an Nachfrage.

Aufgrund der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, der Vernetzung der europäischen Volkswirtschaften und des Rückbaus des Sozialstaates hat das Thema Prekarisierung an Bedeutung gewonnen. Davon können die Parteien profitieren, wenn die Regierungen außer Stande sind, die materielle Sicherheit der Gesellschaft auf einem bestimmten

38 David Hearst, How the Front de Gauche has been winning the French working-class vote, in: The Guardian v. 12. April 2012.

39 Stefan Simons, Frankreichs Ultralinker Mélenchon: Roter Volkstribun spaltet das linke Lager, in: Der Spiegel v. 28. März 2012.

40 Vgl. Gewerkschaften rufen zu Streik auf, unter: http://www.zeit.de/news/2012-02/06/eu-gewerkschaften-rufen-zu-streik-auf-06142410 (6. März 2013); Streiks in Griechenland gehen weiter, unter: http://bazonline.ch/wirtschaft/agenturen-ticker/Streiks-in-Griechenland-gehen-weiter/story/16184709 (6. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Niveau zu halten. Solange sie jedoch Arbeitsmarktkrisen zu verhindern oder zumindest deren soziale Folgen abzufedern in der Lage sind – so wie in den meisten westeuropäischen Staaten –, dürfte damit auch zukünftig das Scheitern linksextremistischer Parteien einhergehen. Für anschauliche Beispiele der jüngeren Zeit genügt der Blick auf die Wahlen in den Niederlanden im September 2012 oder in der Schweiz im Oktober 2011. In keinem der Länder konnte eine linksextreme Partei reüssieren. In keinem der Länder kamen die Erwerbslosenquoten in den vergangenen Jahren auch nur in die Nähe der Zehn-Prozent-Marke.

Der zweite Faktor, der die Wahlchancen der linksextremen Parteien schmälert, ist die Konkurrenzsituation im eigenen Lager. Die Rechnung ist denkbar simpel: Je mehr Parteien ein ähnliches politisches Angebot zur Wahl unterbreiten, umso geringer ist der Stimmenanteil – ceteris paribus –, der auf jede einzelne von ihnen entfallen kann. Dem demokratischen Verfassungsstaat kommt insofern die aus der ideologischen Borniertheit des Spektrums erwachsende organisatorische Zersplitterung zugute: Die Formationen blockieren sich gegenseitig. Dabei handelt es sich nicht um eine Ursache elektoraler Erfolglosigkeit im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr um eine Störvariable, die selbst bei hoher Nachfrage und passendem Angebot eine Wahlniederlage unvermeidlich werden lässt. Unzähligen Parteien blieb auf diese Weise der Parlamentseinzug verwehrt: etwa der trotzkistischen Lutte Ouvrière in Frankreich (Konkurrent: PCF), der Enhedslisten in Dänemark (Konkurrent: SF) oder – um ein Beispiel jüngeren Datums anzuführen – der Rivoluzione Civile in Italien (Konkurrent: Sinistra Ecologica Libertà), die im Februar 2013 zur Parlamentswahl antrat.

Was die kausalen Logiken in Westeuropa angeht, so führen viele Wege zu an sich voraussetzungsarmen Wahlniederlagen, aber nur ein einziger zum – durch zwei notwendige Bedingungen erschwerten – Wahlsieg.[41] Dieses Ungleichgewicht ist verantwortlich für die weitgehende Erfolglosigkeit des parteiförmigen Linksextremismus in Westeuropa.

5.2. Erfolg und Misserfolg im postkommunistischen Europa

In vielerlei Hinsicht unterscheiden sich die Funktionslogiken im postkommunistischen Raum von denen im restlichen Europa: Im Gegensatz zum Westen sind linksextreme Wahlerfolge hier voraussetzungsfrei. Es müssen also keinerlei Bedingungen geschaffen werden, die einen Wahlsieg erst ermöglichen würden. Die Hürden sind hier niedrig. Überdies stehen den Formationen insgesamt vier Wege offen, um ihr Ziel zu erreichen: Sie profitieren etwa von massiven Arbeitsmarktkrisen[42], die angesichts der Transformationsprobleme in einigen Staaten keine Seltenheit waren – etwa in Polen 2001 und 2005. In beiden Fällen reüssierte die Partei Samoobrona. Sie profitierte davon,

41 Zu den von QCA ermittelten Kausalpfaden inklusive der Gütemaße vgl. Mannewitz (FN 28), S. 436 f.

42 Werte über 15 Prozent.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dass die Bevölkerung gegenüber Politikangeboten sensibilisiert war, die auf sozioökonomischer Sicherheit und Gleichheit basierten.

Ein zweiter Garant für Wahlerfolge im postkommunistischen Raum ist die Konkurrenzlosigkeit linksextremer Parteien. Hier reicht die gesellschaftliche Gesamtnachfrage offenbar aus, um wenigstens einer extremistischen Partei zu einem Parlamentseinzug zu verhelfen. Dies trifft etwa auf die tschechische KSČM zu, die seit jeher am linken – und rechten – Rand unangefochtene Dominanz ausübt. Bei ihr wie bei vielen anderen Parteien des postkommunistischen Raumes gehen links- und rechtsextreme Ideologeme eine auf gesellschaftlichen Zuspruch stoßende Liaison ein. Andere nennenswerte Parteien existieren in diesen Spektren entweder nicht oder sie sind zu sehr mit sich selbst beschäftigt (Flügelkämpfe, Personalrochaden, Abspaltungen etc.), um auch noch einen Wahlkampf zu führen.

Die dritte Erklärung für Jubelschreie unter linksextremen Parteien liegt in sozialdemokratischen und rechtsextremen Krisen, die beide zusammenfallen müssen. In dieser Situation läuft den Linksextremisten die Wählerschaft derer zu, mit denen sie konkurrieren: mit den demokratischen Linken, denen sie in ihren sozialen Gerechtigkeits- und Sicherheitsforderungen gleichen, und mit den rechtsextremen Parteien, mit denen sie in ihren nationalistischen Ressentiments übereinstimmen. Der slowakischen KSS etwa – ein Sammelbecken für orthodox-kommunistische Hardliner – nützte 2002 die missliche Lage, in die sich die regierende SDL gebracht hatte, als sie unliebsame Sparmaßnahmen (u.a. Miet- und Benzinpreiserhöhungen) durchzusetzen gezwungen war, um den OECD-Beitritt des Landes zu ermöglichen.[43] Damit verprellte sie jene, die vier Jahre zuvor das Kreuz bei den Sozialdemokraten gemacht hatten, weil sie sich von ihnen mehr Solidarität und Sicherheit in der Gesellschaft versprachen. Außerdem profitierten die Kommunisten – nur selten um ein nationalistisches Statement verlegen – von dem Dissoziationsprozess, der von der rechtsextremen SNS Besitz ergriffen hatte. Jene kämpfte mit auseinandergehenden Führungsansprüchen von Ján Slota und Anna Malíková.[44] Ähnlich sah es in Tschechien 2002 aus: Die regierende ČSSD untergrub das in sie gesteckte Wählervertrauen, indem sie mit der ODS einen „Oppositionsvertrag“ eingegangen war. Damit trug sie aus Sicht der Bevölkerung zu einer Verfestigung des verhassten Parteienkartells bei – überdies in Kooperation mit einer Partei, die sie im Wahlkampf von 2006 gar nicht genug anfeinden konnte. Steigende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung unter Federführung der Sozialdemokraten brachten dann zur Nationalwahl 2010 das Fass zum Überlaufen.[45] Die KSČM-Politiker rieben sich angesichts dieser Krise die Hände. Ihnen kam überdies die desolate Lage

43 Vgl. etwa Tim Haughton, „We’ll finish what we’ve started“: The 2002 Slovak Parliamentary Elections, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 19 (2003), Heft 4, S. 65-90, hier: 79-81.

44 Vgl. Tom Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Ostmitteleuropa. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007, S. 147.

45 Vgl. Kai-Olaf Lang, Postkommunistische Nachfolgeparteien im östlichen Mitteleuropa. Erfolgsvoraussetzungen und Entwicklungsdynamiken, Baden-Baden 2009, S. 98.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der rechtsextremen SPR-RSČ zugute, die allenfalls durch Steuerhinterziehung, Personalrochaden und Abspaltungen von sich reden machte.[46]

Die letzte von vier Chancen, die linksextreme Parteien ergreifen können, um ins Parlament einzurücken, beruht auf massiven sozioökonomischen Disparitäten im Land. Linksextreme Parteien profitieren von regional auseinanderdriftenden Lebensstandards. Dabei scheinen Angebot (radikale Forderungen nach Gleichheit, Gerechtigkeit) und Nachfrage (Bedürfnis nach mehr Gleichheit aufgrund sozioökonomischer Klüfte) wie Zahnräder ineinander zu greifen. So reüssiert die PDS/Die Linke vor allem im Osten Deutschlands, wo die Einkommen, Pensionen und Renten deutlich niedriger sind als in den „alten Bundesländern". Bei der Bundestagswahl 2005 kamen so auf einen Linke-Wähler im Westen 1,2 aus dem Osten[47] – bei einem Bevölkerungsverhältnis von vier zu eins! Und die Hochburgen der nationalistisch-kommunistischen KSČM sind seit jeher die brach liegenden Industrieregionen Nordböhmens und Nordmährens[48] – jene Regionen, die die marktwirtschaftliche Transformation der 1990er Jahre keineswegs unbeschadet überstanden haben. Auf den strukturschwachen Regionen fußen ebenfalls die Erfolge der KPU in der Ukraine[49], die der KSS in der Slowakei[50] und die der KPRF in Russland.[51] Gesellschaftliche Spannungen gereichen den Parteien zum Vorteil. Verantwortlich hierfür dürften die unterschiedlichen Geschwindigkeiten sein, in denen die marktwirtschaftlichen Transformationen vorangetrieben wurden. Die geringe Innovationsfähigkeit einzelner, auf bestimmte Regionen konzentrierter Wirtschaftszweige (v.a. Bergbau und Industrie) aus Sozialismuszeiten ist gleichfalls nicht unschuldig an der andauernden Strukturschwäche, die anfällig macht gegenüber Versprechungen sozialistischer Natur.

Linksextremistische Wahlsiege sind im postkommunistischen Raum voraussetzungsfrei und überdies über viele Wege zu erreichen. Wem – aus Sicht der Parteien – diese oder jene Chance entgeht, stehen noch drei andere offen. Als roter Faden bei den verschiedenen Erfolgspfaden zeichnet sich das Nachwirken der gesellschaftlichen (sozialistische Mentalitätsbestände, aufblühender Nationalismus), politischen (extremistische Angebote) und wirtschaftlichen (Einführung der freien Marktwirtschaft) Transformationen ab. Sie sind die tieferen Ursachen für Wahltriumphe der Linksextremisten. Aus dieser Sicht entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet der Untergang der kommunistischen Diktaturen den sie tragenden Parteien im Nachhinein einen gewissen Bestandsschutz verschafft hat.

---

46 Vgl. Thieme (FN 44), S. 136 f.

47 Vgl. Oskar Niedermayer, Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: Sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 523-538, hier: 527.

48 Vgl. Miroslav Mareš, Communist and Post-Communist Parties in the Czech Republic and in Slovakia, in: Backes/Moreau (FN 11), S. 285-310, hier: 302.

49 Vgl. Communist Party of the Ukraine, unter. http://en.wikipedia.org/wiki/File:Ukr_elections_2012_multiman date_oblasts_kpu.png (7. März 2013).

50 Vgl. Tim Haughton/Tim Rybář, The Communist Party of Slovakia (KSS): A Threat to Slovak Democracy? Paper prepared for the 2nd ECPR Conference Marburg 18-21 September 2003, S. 5.

51 Vgl. etwa Markus Mirschel, Der Kampf um die parteipolitische Macht in der Russländischen Föderation. Die KPRF 1991-1996, Hamburg 2009, S. 38.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wie auch im Westen Europas müssen keine notwendigen Randbedingungen erfüllt sein, damit die Parteien bei einer Wahl untergehen. Misserfolge sind damit überall auf dem Kontinent voraussetzungsärmer als Erfolge – was die generelle Erfolglosigkeit des Spektrums erklärt. Überdies kann den Organisationen vor allem eine ungünstige Konkurrenzsituation zum Verhängnis werden. Wie in den westlichen Staaten ist eine intensive Wettbewerbssituation im postkommunistischen Raum ein absolutes K.O.-Kriterium: Linksextreme Parteien scheitern bei Parlamentswahlen, wenn gleichzeitig übermächtige Rivalen am Start sind. Das Problem für die Parteien hier ist: Indem sie sich nach dem Untergang des Kommunismus aus der Delegitimationsfalle durch die Aufnahme nationalistischer Ressentiments zu befreien suchten, unterstellten sie sich höchstselbst einer intensiven Konkurrenzstruktur: Die Linksextremen vergrößerten zwar ihr inhaltliches Portfolio und damit die potentielle Wählerschaft, zugleich konkurrierten sie aber von nun an nicht nur mit den linken demokratischen Parteien um die Gunst von Wählern, sondern auch mit originär rechtsextremen Formationen. Wählerwanderungen folgen keiner Einbahnstraße. Dies illustriert das regelmäßige Scheitern der KSS in der Slowakei (Konkurrent: SNS), der MLPD in Deutschland (Konkurrent: Die Linke) und der KPS in Slowenien (Konkurrent: SNS).

6. It's the economy, stupid! … and the challengers

Durch die aktuelle Euro-Krise erhielten Europas rechts- und linksextreme Parteien gehörig Auftrieb: Davon legen etwa die dänischen, französischen, russischen und ukrainischen Wahlstatistiken der jüngeren Vergangenheit Zeugnis ab. Dennoch handelt es sich – aufs Ganze betrachtet – um einen relativ erfolglosen Parteityp. Daran ändert selbst die jüngste Erfolgssträhne einiger Parteien nichts. Die mit Abstand meisten linksextremen Formationen entkommen der „Null-Komma-Zone" Zeit ihres Lebens nicht. Nur einer kleinen Minderheit der Parteien war es bislang vergönnt, auf die große politische Bühne zu treten: Als Königsmacher mauserten sie sich etwa hin und wieder in Dänemark, in Spanien und in Schweden. Regulär eingebunden in Regierungskoalitionen waren sie bereits in Frankreich, Italien und in Polen. Dabei blieb ihre Macht jedoch stets eng umgrenzt, weil ihnen nur die politische Komparsenrolle zukam und sie daher zu inhaltlichen Zugeständnissen gezwungen waren.

Zwei Fragen hat der jüngste Erfolgszug in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt: Welche Folgen hat der demokratische Verfassungsstaat zu gewärtigen, wenn es so weitergeht wie bisher, wenn also die Parteien künftig größeren politischen Einfluss ausüben sollten? Und was sind die Ursachen für die gesteigerte Bedeutung der Parteien? Selbst wenn vor Pauschalisierungen, ja selbst vor moderaten Generalisierungen beim Linksextremismus gewarnt werden muss, weil es sich um ein in vielerlei Hinsicht höchst heterogenes Spektrum handelt: Die moldauische PCRM führt anschaulich vor Augen, dass die Argumente derer, die sich für einen Antiextremismus (anstelle eines Antirechtsextremismus) stark machen, plausibel sind. In der Zeit der PCRM-Alleinherrschaft gingen auf ihr Konto: die Einschüchterung von Oppositionsparteien, meh-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rere Einflussnahmen auf Medienberichte, Selbstbereicherung in der Wirtschaft, Verletzung von Menschenrechten, Wahlbetrug. Vor Ausgrenzung durch ihre europäischen Schwesterparteien scheint sie sich dennoch nicht fürchten zu müssen: Als Mitglied der Partei der Europäischen Linken ist sie international bestens vernetzt. Das sagt nicht nur etwas über sie, sondern auch über das Demokratieverständnis der anderen Mitglieder aus. Ob allerdings deswegen jede linksextreme Partei eine akute Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat darstellt, wenn sie an die Hebel der Macht gelangt, sei dahingestellt. Das scheint aufgrund der schwankenden Extremismusintensität der Parteien und den unterschiedlich stark wirkenden Zwängen, denen Regierungspolitik unterliegt, sogar unwahrscheinlich. Ob man sich darauf verlassen sollte, ist eine andere Frage.

Umso wichtiger erscheint es, die Gründe für die unterschiedlichen Wahlergebnisse der Parteien auszuleuchten. Im Osten und Westen Europas kommen verschiedene Ursachen zum Tragen: Im Westen Europas hängen die Parteien am seidenen Faden des Arbeitsmarktes: Je schlechter es um ihn bestellt ist, umso erfreulicher ist das für sie: Verunsicherung, Perspektivlosigkeit und Desorientierung treiben ihnen die Wähler zu – direkt und indirekt (über erstarkende rechtsextreme Parteien). Umgekehrt laufen ihnen die Anhänger weg, wenn das Bedürfnis nach Solidarität und Gleichheit fordernden Parteien wieder abebbt, weil die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Lohn und Brot steht. Was die westlichen Parteien mit denen im postkommunistischen Raum verbindet, ist ihre völlige Abhängigkeit von der Konkurrenzsituation und von sozioökonomischen Entwicklungen – die sich im Osten allerdings über soziale Disparitäten, massive Transformationsprobleme und nur teilweise in Arbeitsmarktkrisen äußern. Was den Wettbewerb mit anderen Parteien anbelangt, so handelt es sich um intervenierende Störfaktoren, die den Parteien trotz guter Gelegenheiten die „Tour vermasseln“ können. Der Unterschied: Im Westen rivalisieren die Formationen in erster Linie mit Parteien aus dem eigenen Lager, im postkommunistischen Raum besteht ein Wettbewerb mit links- und rechtsextremen Parteien, weil sich Ideologieelemente beider Ränder häufig in ein- und derselben Partei vermengen.

Es gibt keine Erfolgsformel, die linksextreme Parteien (er)finden müssen, damit sie auf alle Fälle erfolgreich sein werden, denn: Nirgendwo spielten die Parteieigenschaften bislang eine Rolle für die Erfolgsaussichten. Allerdings reüssierte weder im Westen noch im Osten je eine Partei, die sich zuvor in eine Koalition hatte einbinden lassen. Die Kommunistische Plattform trifft den Nagel auf den Kopf: „Regierungsbeteiligungen sind nicht umsonst zu haben. Sie entzaubern wirklich. Die Schere zwischen Wahlversprechen und politischem Handeln danach wird immer größer. Die eigenen Wurzeln werden zunehmend verleugnet.“[52]

Die zwei tragenden Säulen linksextremer Wahlerfolge sind sozioökonomische Miseren und die Wettbewerbsstruktur an den politischen Rändern. Das ist für den demo-

52 Kommunistische Plattform, Zu den bevorstehenden Bundestagswahlen am 22. September 2002, unter: http://archiv 2007.sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente/view_html?zid=4042&bs=61&n=65 (7. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kratischen Verfassungsstaat nicht die schlechteste Nachricht, heißt das doch, seine Zukunft liegt nicht in dem Vermögen linksextremer Parteien, sich gut darzustellen oder die richtigen Themen aufzugreifen. Vielmehr sind sie auf günstige Gelegenheiten angewiesen. Sie zu gestalten ist die Aufgabe der europäischen Regierungen. Dass diese – Stichwort Finanz- und Euro-Krise – hiermit noch Schwierigkeiten haben, lässt vermuten, dass die Luft für den parteiförmigen Linksextremismus noch lange nicht dünn wird. So lange es – aus subjektiver Sicht – materielle Not, wirtschaftliche Verunsicherung und Statusangst („Prekarisierung“) gibt, ist das Überleben linksextremer Parteien einigermaßen gesichert.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Wenn die Nationalisten vom revolutionären Mai sprechen, sagen sie: ‚wir'" – Henning Eichbergs Weg von der Rechten zur Linken über die 68er-Bewegung

Von Manuel Seitenbecher

1. Einleitung

Zur deutschen 68er-Bewegung existieren mittlerweile unzählige Publikationen.[1] Doch bis heute konzentriert sich die Forschung zu „1968" fast vollständig auf die Darstellung der damaligen Geschehnisse aus Sicht der bzw. mit Blick auf die Akteure der Bewegung. Der Frage, wie die Bewegung von außen wahrgenommen wurde, wird dagegen kaum nachgegangen.[2] Die Biographie Henning Eichbergs ist gleich aus mehreren Gründen geeignet, diesem Desiderat in ersten Ansätzen zu begegnen, galt er doch zeitgenössisch als „Dutschke von rechts" und damit als einer der wesentlichen Wortführer der jungen Rechten.[3] Zudem behaupten seit einigen Jahren gleich mehrere Alt-68er wie Bernd Rabehl und Horst Mahler eine nationalrevolutionäre Grundmotivation der damaligen Bewegung[4]; deren zeitgenössische Bewertung des damals national gesinnten Eichberg bietet auch hier mögliche Erkenntnisgewinne. Und zugleich ist Eichberg nicht nur das zeitgenössische Gegenbild der radikalen bis extremistischen Rechten zur studentischen Neuen Linken – er kann auch als Pendant zu jenen Wanderern von links nach rechts aus der 68er-Bewegung um Mahler betrachtet werden.[5] Denn Eichbergs Weg führte vom Rechtsradikalismus über die Neue Rechte und nationalrevolutionäre Gruppierungen bis hin zur Linken. Heute ist er politisch auf dem

1 Hartwig Singer (d. i. Henning Eichberg), Mai 1968. Die französischen Nationalisten und die Revolte gegen die Konsumgesellschaft, in: Junges Forum, Sonderausgabe Nr. 1/69, S. 14. Der Aufsatz basiert auf der Dissertation des Autors: Manuel Seitenbecher, Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung?, Paderborn 2013.

2 Ausnahmen sind z.B.: Klaus Weinhauer, Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre, Paderborn 2003; Manuel Seitenbecher, Revolution in verträglicher Dosis. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) während der 68er-Jahre an der FU Berlin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 58 (2010), S. 505-526.

3 Günter Bartsch, Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Freiburg i. Brsg. 1975, S. 130.

4 Horst Mahler/Günter Maschke/Reinhold Oberlercher, Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968, in: Staatsbriefe, Nr. 1/1999, S. 16. Siehe auch Bernd Rabehl, „Ein Volk ohne Kultur kann zu allem verleitet werden", in: Junge Freiheit v. 18. Dezember 1998.

5 Wenn in der Folge von der Rechten geschrieben wird, ist damit nicht die sich mit der Bundesrepublik identifizierende liberal-demokratische Rechte gemeint, sondern jenes Spektrum radikaler bis extremistischer Kreise, das sich wie die Neue Linke gegen die herrschende Ordnung stellte und sich nicht in den im Bundestag vertretenden Parteien repräsentiert fühlte.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

linken Flügel der ohnehin links von der Sozialdemokratie stehenden dänischen Socialistisk Folkeparti (SF) beheimatet.

Wie nahm Eichberg also die 68er-Bewegung wahr? Wie sah die zu erwartende Kritik aus, wo gab es potentielle Anschlusspunkte des Rechten an die Neue Linke? Lassen sich Ansatzpunkte seines langjährigen Wandels von rechts nach links vielleicht gar bis in die Zeit um 1968 zurückzuführen? Ein Wandel, der in Deutschland überwiegend negiert wird, weshalb dieser auf den zahlreichen zeitgenössischen Schriften Eichbergs basierende Aufsatz auch ein Versuch ist, das schiefe Bild von diesem zu richten. Denn während Eichberg heute weltweit als renommierter Forscher auf dem Gebiet von Körperkultur und Sportforschung gilt, tritt seine wissenschaftliche Reputation in Deutschland nach wie vor hinter seiner rechtsradikalen Vergangenheit zurück. Der seit den frühen 80er Jahren in Dänemark lebende Eichberg gilt hier zuweilen immer noch einzig als rechtsradikaler Chefideologe; sein Name scheint verbrannt, wenn er sich bis heute in Publikationen denunziatorischen Bezeichnungen wie die des „völkische[n] Beobachters“ ausgesetzt sehen muss.[6]

2. Eichbergs Weg in die Rechte

Wie bei vielen Angehörigen seiner Generation war Eichbergs Jugend durch die Wirren von Krieg und Nachkriegszeit und der daraus resultierenden geographischen Unruhe geprägt. Geboren am 1. Dezember 1942 in Schweidnitz/Schlesien, floh seine Familie noch vor Kriegsende 1945 nach Sachsen. Fünf Jahre später folgte der nächste Fortgang, diesmal zog man nach Hamburg. Der wiederholte Verlust der Heimat und die damit zusammenhängende Suche nach der eigenen Identität sollten zum bestimmenden Wesenszug der politischen Ideologie Eichbergs werden, wenn auch wohl zunächst noch unbewusst. In der Bundesrepublik orientierte er sich mit zunehmendem politischen Bewusstsein am Antikommunismus der Adenauer-Zeit, bot dieser ihm doch eine Erklärung für die Teilung und damit auch für den Verlust der ursprünglichen Heimat. Im Westen wollte er heimisch werden, wofür er zeitweise auch den deutschen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bejahte, Reserveoffizier der Bundeswehr wurde und der CDU beitrat. Durch den Eindruck der Aufgabe der deutschen Einheit seitens der Unionsparteien und einer wahrgenommenen Amerikanisierung der Bundesrepublik bewegte er sich Anfang der 60er Jahre rasch auf die radikale Rechte zu. Rückbli-

6 Clemens Heni, Salonfähigkeit der Neuen Rechten. „Nationale Identität“, Antisemitismus und Antiamerikanismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1970-2005. Henning Eichberg als Exempel, Marburg 2007, S. 217.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ckend bekannte er, in der Bundesrepublik wohl nie angekommen zu sein, was ihm aber erst nach dem Mauerfall 1989 bewusst geworden sei.[7]

Der alles bestimmende Ausgangspunkt in Eichbergs Denken war die nationale Frage, und so war der Schritt von der Selbstverortung im „nationalen Lager" zur Rechten naheliegend. Fortan publizierte er im breiten Spektrum rechter bis rechtsextremer Zeitungen und Zeitschriften, von *Actio* und den *Deutschen Studenten-Anzeiger (DSA)* über das *Junge Forum* und *Nation Europa* bis hin zu Gerhard Freys *Deutscher National-Zeitung und Soldatenzeitung (DNZ)*. Seine zahlreichen Artikel lassen sich unter dem Oberthema des Nationalen bis zur Eskalation der Bewegung um 1967 grob in drei inhaltliche Bereiche einteilen: für die Wiedervereinigung und gegen die Abtrennung der Ostgebiete; für die Existenz der Bundeswehr; gegen den Kommunismus und die Linke.[8] Hinzu kamen allmählich Artikel über „absurde Literatur" sowie eigene „kafkaeske" Gedichte. Innerhalb der Rechten stieß Eichberg damit jedoch auf wenig Begeisterung; Gerhard Frey zensierte seine Beiträge in der *DNZ* und forderte die Einstellung einer diesbezüglichen Artikelserie. Gleichzeitig markierte diese literarische Beschäftigung die erste Berührung mit der Neuen Linken.[9] In Hamburg fand er trotz seiner politischen Ausrichtung Anschluss an überwiegend linke Literatenzirkel wie den Club Lynx oder die Galerie Arie Gorals. Diese kulturelle Annäherung an ein neues Milieu sollte später einer der maßgeblichen Gründe der Abkehr Eichbergs von der Rechten werden: Zunächst weniger ideologisch bestimmt als durch eine Übereinstimmung eines verborgenen Habitus, wie Eichberg es selbst treffend analysiert. Eine habituelle Basis, die letztlich wichtiger als ideologische Überzeugungen und Feindschaften sein sollte.[10]

Zunächst herrschten jedoch noch typisch rechte Themen bei dem meist unter dem Pseudonym „Hartwig Singer" schreibendem Eichberg vor. Neben der ständigen Proklamation des Nationalismus – „Nationalismus ist Fortschritt", „Nationalismus ist geistige Revolte" – und dem Aufruf zum Kampf „gegen den Kommunismus sowjetischer Prägung" sowie der damit einhergehenden Forderung nach Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete – laut Eichberg die wahre revolutionäre Forderung – waren seine

7 Interview des Autors mit Henning Eichberg vom 27. April 2010. Neben dem Interview mit Eichberg beruhen die biographischen Angaben insbesondere auf: Eichberg, Volk, folk und Feind. Grenzüberschreitungen – und eine umstrittene politische Biographie, in: Wir selbst, Nr. 1/1998, S. 24-53; Ders., Venstre, Højre, Tredje? – om politiske konfigurationer, in: Carsten Fenger-Grøn (Hrsg.), Hojre eller venstre? 12 bud pa en retning for fremtidens politik, Kopenhagen 2002, S. 83-109. Dieses fehlende Identitätsgefühl hatte er mit Rudi Dutschke und Bernd Rabehl gemein, die beide um 1960 aus der DDR nach West-Berlin geflüchtet waren – und mit einem großen Teil der weiteren Flüchtlinge aus dieser Zeit. Siehe Volker Ackermann, Die nicht ausgebliebene Radikalisierung. Jugendliche DDR-Flüchtlinge nach dem Bau der Berliner Mauer und in der Studentenrevolte 1968, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hrsg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 329-348.

8 Siehe z.B.: Singer, Armee am Scheideweg, in: Nation Europa, Nr. 3/1964; ders., Für ein deutsches Reich und Europa, in: Nation Europa, Nr. 1/1965.

9 Henning Eichberg, Manuskript Raus aus dem Rechtsradikalismus – Muster und Übergänge der Empörung, 27. April 2010, in Besitz des Autors. Die Artikelserie in der DNZ erschien zwischen den Ausgaben 45/1967 und 5/1968 unter dem Pseudonym Jan Fiebig.

10 Insbesondere Wolfgang Beutin und Uwe Wandrey nahmen Eichberg in ihre Kreise auf.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schriften teils auch mit einem rassischen Duktus durchsetzt.[11] „Rassen" bildeten für Eichberg die „einzige reale, objektiv zu bestimmende Teileinheit" des Menschen. Sie sollten für ihn die „Ordnungseinheiten" sein, „an denen sich unser Nationalismus orientieren kann und muss." Wenn er die „Kooperation aller Rassen" als fernes Ziel bezeichnete, ging er zugleich von der „faktische[n] Überlegenheit der weißen Rasse" aus.[12] Den nationalsozialistischen Antisemitismus bezeichnete er hingegen als „törichte Entartung" – wie er generell von den „grotesken Fehlleistungen" des Nationalsozialismus schrieb.[13]

3. Die 68er-Bewegung – vom Feindbild zum Vorbild

Zu diesem Zeitpunkt bezeichnete Eichberg die NPD noch als „einzige […] parteipolitische […] Opposition" und entwarf Flugblätter für die Partei. Sein extremer Antikommunismus äußerte sich nicht nur in der Kritik an der „Naivität" der Neuen Linken gegenüber dem Kommunismus, sondern verhinderte auch eine Zusammenarbeit mit nationalneutralistischen Strömungen wie der Gruppierung um Wolf Schenkes *Neue Politik*; er befürchtete deren kommunistische Unterwanderung.[14] Doch mehr und mehr identifizierte er auch Positives an der 68er-Bewegung. Dies betraf insbesondere die gemeinsame Haltung gegen den Status quo und die Identifizierung eines Generationenaufstandes. Die „fehlgeleiteten Explosionen an deutschen Universitäten" könne man nur als „Revolte gegen das Establishment" verstehen, eine Beruhigung der Aufstände sei nicht im Interesse der Rechten: „Unruhe ist die erste Pflicht!"[15] Scharf kritisierte er unter dem Begriff des von ihm propagierten „Modernen Nationalismus" jene Rechte um die NPD, die nur gegen die Bewegung agitiere und keinen Einfluss auf die Revolte auszuüben versuche. In der Sprache der antiautoritären Bewegung übertrug er den Aufstand gegen Autoritäten in das nationale Lager: „Nichts ist uns ‚heilig'. Lasst die politisch Verkalkten, lasst die Alten brummen. Was haben sie noch über diese Welt

11 Nationalismus war für Eichberg „die politische Haltung, die sich primär (oder total) an der Nation orientiert." Der „Todfeind" des Nationalismus war wiederum die Spaltung Deutschlands. Singer, Nationalismus ist Fortschritt, in: Junges Forum, Sonderausgabe Nr. 1/1967, S. 1-17; ders., Provokation I. Was blieb von der politischen Moral? Vietnam, die tantenhafte Linke und der zersetzende Nationalismus, in: Ebd., Nr. 2/1967, S. 2; ders., Provokation II. Totale Nation. Europäischer Nationalismus und die Öffnung nach vorn, in: Ebd., Nr. 3/1967, S. 12; ders., Nationalismus und Demokratie, in: Junge Kritik 1. Nationalismus heute, Coburg 1970, S. 60 (zuerst in: DSA, Juli 1968).

12 Ders., Provokation II (FN 10), S. 5, 8; ders., „Modernismus" oder irrationale Hingabe?, in: Junge Kritik 1, S. 72 f. (zuerst in: Junges Forum, Nr. 3/1968).

13 Ebd., S. 7, 11. Die Ablehnung des Antisemitismus war ebenfalls rassisch geprägt. Durch den Ausschluss der Juden aus der weißen Rasse sei die deutsch-jüdische Symbiose zerstört worden und so ein wertvoller Teil der Nation verloren gegangen. Vgl. ders., Nationalismus ist Fortschritt. Zu Gast bei einem Arbeitslager französischer Studenten, DSA, Nr. 4/1966, November 1966, S. 5.

14 Ders., Droht eine politische Explosion? Thesen zur studentischen Lage nach Ohnesorg, in: DSA, November 1967, S. 3.

15 Ders., Provokation II (FN 11), S. 11f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zu sagen?“ Nationalismus sei schließlich nicht Reaktion, sondern eine „geistige Aggression“; man müsse sich also fragen, warum der Aufstand kein nationalistischer sei.[16] In der Bewegung fand er jenen Aktionismus gegen den Status quo, den er auf der Rechten vermisste. Deshalb wollte er die Revolte für die eigenen Zwecke zunächst instrumentalisieren, die von „Neomarxisten und Liberalisten emotional fehlgeleitet[e]“ Unruhe rationalisieren und auf nationale Ziele lenken.[17]

Ansatzpunkte fand er in der Gegnerschaft zur „verjährte[n] liberale[n] Staatsform“ und zur Konsumgesellschaft wie auch in der Stellung gegen den „Imperialismus“ der USA und der Sowjetunion. Die herrschenden Politiker galten ihm als Repräsentanten des „Systems“.[18] Eichberg zeigte auch keine Scheu vor dem Begriff des Sozialismus. Zwar lehnte er anfangs die Etikettierung als Sozialist wegen der vermeintlichen Inhaltsleere des Begriffs durch die Verwendung von Lenin über Hitler bis Brandt (!) noch ab, doch vertrat er bereits die Auffassung, Sozialismus werde wenn überhaupt nur innerhalb der nationalistischen Bewegung propagiert. Auch berief er sich bereits auf die nicht-marxistischen Sozialisten und auf die Pariser Kommune. Generell konstatierte er eine vorherrschende soziale Ungerechtigkeit, deren letztliche Perfektion er in der Großen Koalition erblickte; auch hier wusste er sich mit der 68er-Bewegung einig.[19] Bald übernahm er völlig die Kennzeichnung der eigenen Ideologie als Sozialismus. Aufgrund des sozialen Gemeinschaftsgedankens könne Nationalismus nur als Sozialismus verwirklicht werden. Eigens sprach er nun vom modernen Nationalismus als „europäischem Sozialismus“ bzw. als „Sozialismus von ‚rechts‘“.[20] Eichberg vertrat also eine Form des nationalen Sozialismus und rekurrierte auf den linken Flügel der NSDAP der zwanziger Jahre um die Strasser-Brüder.[21] 1970 schrieb er schließlich in Analogie zur Neuen Linken, dass „nationalistischer Sozialismus“ künftig durch die „Kontrolle über Management und Bürokratie durch die Basis“ sowie durch „Mitbestimmung der Produzenten“ geprägt sein müsse.[22]

Als Vorbild für seine eigene Ideologie diente Eichberg der französische Nationalismus – und dieser sollte ihn zugleich noch näher an die 68er-Bewegung heranführen. Schon 1966 hatte er an einem Sommerlager der Fédération des Étudiants Nationalistes

16 Ders., Provokation I (FN 11), S. 2; ders., Moderner Nationalismus. Diskussion, in: DSA, Nr. 40, Juli 1968, S. 2. Umgekehrt war insbesondere die ältere Generation der Rechten wenig angetan von Eichbergs Ausführungen. Mit Heft 1/1968 erschien eine ganze Ausgabe des Jungen Forum nur mit Reaktionen auf dessen vorangegangene Artikel.

17 Ders., Explosion (FN 14), S. 3.

18 Ders., Nationalismus und Demokratie (FN 11), S. 47; ders., Antwort: Bonzen weg!, in: DSA, Nr. 38, Februar 1968, S. 6.

19 Ders., Nationalismus ist Fortschritt (FN 13), S. 8-10. Vgl. auch: Ders., Explosion (FN 14), S. 3.

20 Ders., Konsumgesellschaft – Kulturrevolution – Neuer Nationalismus, in: Junges Forum, Nr. 2/1969; ders., Sozialismus von „rechts“, in: Ebd., Nr. 2/1970. Vgl. auch: Ders., Provokation II (FN 11), S. 3.

21 Dem Nationalsozialismus Hitlers sprach er zwar ab, eine wirkliche Verbindung von Nationalismus und Sozialismus erreicht zu haben. Dennoch seien mit „der nach 1945 einsetzenden Restauration […] die meisten sozialen Fortschritte des NS in Westdeutschland rückgängig gemacht“ worden und nationale bzw. rechte Sozialisten zu seinem Bedauern nahezu aus der Öffentlichkeit verschwunden. Ders., Sozialismus von „rechts“ (FN 20), S. 15-24, hier: S. 21.

22 Ebd., S. 24.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

in der Provence teilgenommen. Fortan galt ihm der sich auf sozialistisch-syndikalistische Traditionen berufende französische Nationalismus im Gegensatz zum vorherrschenden zerstrittenen und „reaktionären" deutschen als „der aller Europäer von morgen".[23] Europa war mittlerweile zum ideologischen Überbau Eichbergs geworden und zugleich oberstes Ziel, dem sich die Nationalismen der einzelnen Völker unterzuordnen hätten. Das Ideal hieß „Nation Europa" – für die gleichnamige Zeitschrift Arthur Ehrhardts schrieb Eichberg bereits seit Anfang der 1960er Jahre. Europa müsse sich zur Herrin der Erde aufschwingen. So könne auch die Unterdrückung von Minderheiten durch einen spezifischen Staatsnationalismus abgewehrt werden. Voraussetzung für das geeinte Europa blieb aber immer die deutsche Wiedervereinigung – und so war die „Nation Europa" vor allem auch eine klare Kampfansage an die Blockmächte, pointiert zum Ausdruck gebracht in der Parole „Europa den Europäern".[24]

Eichberg selbst bescheinigt sich rückblickend, nicht einfach von rechts nach links gewandert zu sein. Dazwischen habe noch die „faschistische Versuchung" gelegen – womit er vor allem seinen damaligen Primat Europa meint. Denn Europa könne man schließlich nur „rassistisch" klar definieren.[25] Tatsächlich lässt sich ein rassistischer Einschlag in seiner damaligen Europa-Verklärung finden. Die „Nation Europa" sollte das „Zentrum der weißen Völker und ihrer Weltkultur" sein, geschaffen „von einer progressiven Rasse".[26] Doch nicht nur die Exklusion der vermeintlich Fremden und Minderwertigen war Teil der Europaidentität Eichbergs (wenngleich er sich gegen einen Nationalchauvinismus, der keine anderen Nationen neben sich duldete, aussprach). Auch die Tradition, auf die er sich berief, offenbarte den latenten faschistischen Charakter: So sprach er vom „Internationalismus der europäischen SS", um gleich daran anschließend die Öffnung zum „modernen europäischen Nationalismus" zu fordern.[27] Europa war damals aber auch Teil der Identitätssuche Eichbergs, nachdem er sich in Jugendjahren zunächst prowestlich positioniert hatte und die gesamtdeutsche Identität um 1968 kaum Anlass für Hoffnung auf Erfüllung bot. Heute be-

23 Ders., Nationalismus ist Fortschritt (FN 13), S. 5.

24 Ebd., S. 5. Vgl. auch: Ders., Provokation II (FN 11), S. 1, 10 f. Neben Arthur Erhard, der als früher Förderer Eichbergs gelten kann, war vor allem Oswald Mosley, Hauptrepräsentant des britischen Faschismus, mit seinem Werk „Europe – A Nation" grundlegend für Eichbergs ideologische Hinwendung nach Europa.

25 Interview des Autors mit Henning Eichberg vom 27. April 2010. Teil seiner faschistischen Versuchung sei zudem die damalige doppelte Feindschaft gegen den Staat wie auch gegen die Linke gewesen sowie eine latente Faszination von Gewalt, die sich vor allem im Zuge der 68er-Bewegung verstärkte. Jedoch blieb es bei der ästhetischen Faszination; selbst gewalttätig wurde er nicht.

26 Singer, Antwort an einen Konservativen, in: Junge Kritik 1, S. 95 (zuerst in: DSA, Januar 1969). Ders., Provokation II (FN 11), S. 12 f.

27 Ders., Nationalismus und Demokratie (FN 11), S. 58.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wertet Eichberg die damalige europäische Identifikation als „Fliehen vor der deutschen Identität“, als „Flucht vor dem Volk“, was ihm aber nicht bewusst gewesen sei.[28]

Hatten ihm die französischen Nationalisten den Weg für den europäischen Nationalismus gewiesen, so brachten sie ihn auch allmählich weg von seiner Feindschaft gegenüber der Bewegung der Neuen Linken. Denn auch wenn Eichberg den Aufruhr der Bewegung grundsätzlich begrüßte und dessen Instrumentalisierung für die eigenen Zwecke forderte, änderte dies noch nichts an der Gegnerschaft zur Linken. Als zu wesentlich galten ihm noch die Unterschiede, insbesondere der fehlende Nationalismus: „Neue Linke – das ist: Verzweifeln am Volk.“[29] Als Beleg für eine nationalrevolutionäre Grundausrichtung der Bewegung auch auf Deutschland kann Eichberg nicht dienen, ganz im Gegenteil. Und dieses Empfinden teilte er mit der sonst so heterogenen Rechten: Ob radikale bis extremistische Organisationen wie der Republikanische Studentenbund (RSD) um Jürgen Rieger oder gemäßigte Gruppierungen wie jene um die Zeitschriften *Actio* und *Neue Politik*: Allen gemein war die Einschätzung, dass man in Bezug auf die Neue Linke nur vom „Elend der deutschen Frage“ sprechen könne.[30]

Für Eichberg frönten die Aktivisten der Bewegung einer Ersatzemotion, wenn sie für Mao oder Ho Tschi Minh anstatt für nationale deutsche Ziele demonstrierten. So lief er bei einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg mit, stieß mit seinen Schildern wie „Freiheit für das Volk in Nordvietnam“ jedoch auf wenig Verständnis. Der Versuch des Brückenschlags der Freiheitsforderung für die Völker Vietnams *und* Deutschlands scheiterte.[31] Auch die Feindschaft gegen die Herrschenden verband sich in der Stellung gegen die Linke. Mag dies zunächst auch kurios erscheinen, erklärt sich dies doch vor dem akademischen Hintergrund des rechtsradikalen Studenten Eichberg: Waren doch die studentischen Parlamente durchaus auch von gemäßigten bis radikalen Linken gefüllt, jedoch kaum von rechten Studenten fern konservativer Strömungen wie dem RCDS.[32] Und auch an der Forderung nach Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche stieß sich Eichberg. Zwar kritisierte er die Rechte für ihren fehlenden

28 In dieser rückblickenden Bewertung ist seine heutige politische Positionierung innerhalb der überwiegend gegen die EU gerichteten dänischen Socialistisk Folkeparti enthalten. Nach Eichberg gibt es eine „Affinität zwischen dem politischen Europa und dem Faschismus insofern, als beide nicht vom Volk, sondern von oben her gedacht sind.“ Deswegen sei er heute auch „Anti-Europäer, in Anführungszeichen“. Ders., Raus aus dem Rechtsradikalismus (FN 9); Interview des Autors mit Henning Eichberg vom 27. April 2010.

29 Singer, Nationalismus und Demokratie (FN 11), S. 50.

30 Frieder Fugau, Die „Neue Linke“ und das Elend der deutschen Frage, in: Actio, Nr. 6-7/1966, S. 4. Laut RSD propagierte die Bewegung die „zweite Kapitulation“ in Form der Anerkennung der DDR. RSD-Flugblatt, ca. 1967/68 (Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Bestand SDS/HH, Ordner 27). Schenke und die Neue Politik setzten große Hoffnungen in die Bewegung, warnten diese aber vor einer weiteren Missachtung „natürlicher Werte“ wie der Nation – später zeigte man sich deshalb enttäuscht von ihr. Vgl. Wolf Schenke, Außerparlamentarische Opposition – wohin?, in: Neue Politik, Nr. 3/1968, S. 6; ders., Denkt man an Deutschland …, in: Ebd., Nr. 51-52/1968, S. 3.

31 Vgl. Singer, Provokation II (FN 11), S. 2.

32 In seinen zeitgenössischen Schriften findet sich wiederholt eine Kritik am AStA wieder, so u.a. bei: Ders., Explosion (FN 14), S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

positiven Bezug zum Begriff Demokratie. Gleichzeitig forderte er aber eine Revolte gegen die Demokratisierung. Die „Realdemokratie" der Linken sei nichts weiter als der Versuch, dem Volk die Selbstbestimmung zu entziehen und mittels einer „Elitediktatur" zu herrschen. Demokratie sei nur dann zu befürworten, wenn sie den Gemeinschaftswillen fördere – in der Bundesrepublik herrsche jedoch ein „hochintelligentes Formalprinzip" vor.[33] In dieser Einschätzung traf er sich wieder mit der Bewegung. Eichbergs nationalistisches Demokratiemodell sah dagegen eine Mischung aus plebiszitären Elementen und dem „starken Staat" vor – und war damit selbst ein Regulativ gegenüber dem Volk. Was seinem Demokratieideal nahe kam, zeigt seine Kennzeichnung der „modernen totalitären Bewegungen" Lenins, Mussolinis und des Nationalsozialismus: Vom Denkansatz her seien sie alle demokratisch gewesen, wenn auch die Umsetzung zum Teil nicht erfolgt sei.[34] Eichberg selbst bescheinigt sich rückblickend, von der „Zentralität der Demokratiefrage" damals nichts begriffen zu haben.[35]

Erst die Schilderungen französischer Gesprächspartner aus der „Nouvelle Droite" lösten das Feindbild „links" zunehmend. Im Sommer 1968 war Eichberg in Straßburg zu Gast bei einigen Bekannten aus der Zeit des nationalen Sommerlagers von 1966. Zu seiner Verblüffung erzählten diese ihm, sie hätten gemeinsam mit Anarchisten und Trotzkisten an der französischen Revolte im Mai 1968 teilgenommen und die Universität von Straßburg besetzt. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland berichtete Eichberg ausführlich über das Gehörte. Er verschwieg nicht, dass in etlichen Teilen Frankreichs die Rechte vehement gegen die französische Bewegung vorgegangen war, allen voran die rechtsextremistische Organisation „Occident". Doch in Straßburg seien es die Nationalisten gewesen, die den Aufruhr an der Universität vorantrieben. Zunächst noch motiviert durch den Anspruch, die Unruhe im eigenen Sinne steuern zu können, habe sich aufgrund der harschen Vorgehensweise des Staates gegenüber den Demonstranten in Paris rasch eine über die ideologischen Fronten hinweggehende Solidarisierung ergeben: „Wenn die Nationalisten vom revolutionären Mai sprechen, sagen sie: ‚wir'." Zwischen der nichtkommunistischen Neuen Linken und den Nationalisten bestünde eine fast vollständige Übereinstimmung. Gerade im Anarchismus erblickten die französische Nouvelle Droite und nun auch Eichberg Anknüpfungspunkte. Die Konsequenz aus den Revolten in Frankreich wie auch in Deutschland laute „Aktion", schließlich sei erstmals das Volk wieder politisiert und die Alleinrepräsentativität der Parteien und Organisationen gebrochen. Jedoch kritisierte Eichberg auch, dass es in

33 Ders., Provokation II (FN 11), S. 4.
34 Ders., Nationalismus und Demokratie (FN 11), S. 44 f., 50; ders., Explosion (FN 14), S. 3.
35 Interview des Autors mit Henning Eichberg vom 27. April 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Straßburg nicht gelungen sei, dem Volk den Nationalismus als tragendes Element der Revolte zu vermitteln.[36]

Das Feindbild „links" war allmählich vollständig dem Feindbild „Staat" bzw. dem „System" gewichen. Deshalb sah er in den Kategorien „rechts" und „links" nicht länger eine hinreichende Beschreibung der politischen Realität. Jede Selbstverortung innerhalb dieses Koordinatensystems sei nur noch eine Aussage über „die eigene Musealität".[37] Einzig das Nationale und die Fokussierung auf das Volk zählten noch. Die bereits erwähnte kulturelle Basis, der Habitus, der letztlich einen wesentlichen Grund für Eichbergs Bruch mit der Rechten und seiner Hinwendung zur Linken in den folgenden Jahren darstellte, fand ebenfalls in Straßburg seinen Antrieb. Während Gesprächen mit Anarchisten und Trotzkisten bekam er ein Buch des Surrealisten André Breton geschenkt – die vom Surrealismus inspirierten Situationisten sollten ihn in der Folgezeit nicht mehr loslassen. Heute ist er vor allem ein kultureller Anhänger der Ideen Asger Jorns, der Führungsfigur der früheren Situationistischen Internationale.[38]

Eichberg trat in der Folge – der Höhepunkt der Revolte war bereits vorbei, die Bewegung im Zerfall begriffen – für die Anerkennung des SDS ein und sah sich „voll und ganz dem Ansatz des Denkens der Neuen Linken" verpflichtet.[39] Ursächlich hierfür war auch eine Demonstration von Studenten um den SDS an der Berliner Mauer, wo sie für die sowjetischen Dissidenten Juli Daniel und Andrei Sinjawski eintraten: „das war eine Demonstration, wie ich sie mir selbst jahrelang gewünscht […] hatte – aber die antikommunistische Rechte hatte das eben nicht fertiggebracht."[40] Zunehmend beherrschte der Topos der Entfremdung die Nähe von Eichbergs „modernen Nationalismus" zur Neuen Linken.[41] Entfremdung konnte beiderseits als Kernwort der Revolte angesehen werden – von links als gesellschaftliche Entfremdung durch Kapitalismus und moderne Industrie, von rechts in nationalistischer Lesart durch Fremdherrschaft und Mangel an Selbstbestimmung. Das diffuse Gefühl der eigenen Verlorenheit nahm in den 60er Jahren rechts wie links zu und war Ausdruck des Zeitgeists und der Ablehnung der Nachkriegsgesellschaft; die Suche nach Identität war derart ein

36 Ders., Mai 1968 (FN 1), S. 14, 19, 25. Eichberg sah auch Aspekte der Bewegung, von denen sich die Nationalisten distanzieren müssten. Er nannte sie die „utopisch-vorindustriellen Vorstellungen" bzw. „antimoderne Affekte": z.B. die Aufhebung der Arbeitsteilung und der Egalitarismus. Nationale Anarchisten, an die es für ihn anzuschließen galt, waren u.a. Ernst von Salomon und Ernst Jünger. Letzterer war auch von seinem Biographen Hans-Peter Schwarz ähnlich tituliert worden: Hans-Peter Schwarz, Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers, Freiburg im Brsg. 1962.

37 Singer, Nationalismus und Demokratie (FN 11), S. 59. Vgl. auch: Ders., Mai 1968 (FN 1), S. 24. Rückblickend betrachtet Eichberg die Negation von links und rechts als Irrtum. In einem materialistischen Sinne blieben diese Einteilungen aktuell, wie auch Körper- und Stimmungseinteilungen zeigten. Ders., Venstre (FN 7), S. 98-106.

38 Vgl. ders., Volk (FN 7), S. 49 f.; ders., Nordischer Anarchismus, in: Wolfgang Dreßen (Hrsg.), Nilpferd des höllischen Urwalds. Spuren in eine unbekannte Stadt. Situationisten, Gruppe SPUR, Kommune I, Berlin 1991, S. 92-105.

39 Ders., Notizen zum Verhältnis der Nationalrevolutionäre zu den Nationalbolschewisten und Nationalneutralisten der Vergangenheit (Arbeitspapier), zitiert nach: Bartsch (FN 3), S. 130.

40 Ders., Volk (FN 7), S. 34.

41 Vgl. Ders., Sozialismus von „rechts" (FN 20), S. 23 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bestimmender Zug der Zeit, „Entfremdung“ entsprach dem verlorenen Identitätsgefühl Eichbergs und war Teil seines Befreiungsnationalismus. Bei einigen wenigen 68ern wie Dutschke und Rabehl sollten beide Arten eine Rolle spielen – zugleich ist die rechte Lesart jene, auf welche die selbsternannten Nationalrevolutionäre der 68er-Bewegung heute rekurrieren. Das Engagement der deutschen Bewegung für nationale Befreiungsbewegungen anderer Länder wie jener Vietnams bot als „Inter-Nationalismus“ zumindest potentielle Anknüpfungspunkte für Eichberg.

Eichbergs Passage von rechts nach links dauerte jedoch noch an: Mittlerweile war er zu einem der führenden Protagonisten des nationalen Lagers aufgestiegen. In Anlehnung an die französische Nouvelle Droite und als Antwort auf die ideologischen Verschiebungen zwischen Alter Rechten und Neuer Linken war über die 60er Jahre hinweg allmählich die deutsche „Neue Rechte“ entstanden. Zwar blieb der Begriff immer etwas schwammig und bezeichnet, ähnlich seinem linken Pendant, eine sehr heterogene Sammlung. Eichberg galt aber als einer ihrer „einflussreichsten und anerkanntesten Wortführer“.[42] Als Gründungsmythos der Neuen Rechten firmierte eine Protestaktion gegen gemeinsame Gespräche zwischen Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph im Rahmen der Neuen Ostpolitik Brandts in Kassel 1970. Erstmals sei die „Außerparlamentarische Junge Rechte“ auf die Straße gegangen und zahlenmäßig überlegen gewesen. In Übernahme eines trotzkistischen Zitats wurde ein von Eichberg verfasstes Flugblatt mit dem Titel „Die Spaltung Deutschlands ist die Spaltung des deutschen Proletariats“ verteilt. Der Einwand August Haußleiters – als Führungsperson der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) selbst zwischen rechts und links beheimatet – hier sprächen doch Deutsche mit Deutschen, hat Eichberg nach dessen Aussage zum Nachdenken über die eigene Identität und seine Feindorientierung gegenüber dem Osten gebracht.[43]

4. Abschied von der Rechten

Als 1972 die „Aktion Neue Rechte“ (ANR) als Vorläuferin einer angestrebten Parteigründung fern der NPD geschaffen wurde, trat Eichberg dieser zwar nicht mehr bei, schrieb jedoch ihr Grundsatzprogramm. In nationalrevolutionärem Duktus propagierte er dort einen Befreiungsnationalismus der Völker in Ost wie West zur Überwindung

42 Bartsch (FN 3), S. 21. Neben Eichberg repräsentierten insbesondere Wolfgang Strauss und Sven Thomas Frank die Neue Rechte bzw. die Nationalrevolutionäre; wie Eichberg kamen sie von rechts und suchten zunehmend den Kontakt zur Neuen Linken. Für Bartsch war vor allem die „Neuvereinigung Gesamtdeutschlands auf den Grundlagen nationalistischer Solidarität und sozialistischer Leistungsgemeinschaft“ einendes Merkmal der Neuen Rechten der 60er und 70er Jahre. Zur Neuen Rechten gehörte deshalb nur, „wer Nationalist und Sozialist zugleich“ war. Ebd., S. 181.

43 Nachwort von Junges Forum, in: Junges Forum, Nr. 3-4/1970, S. 46. Dort ist auch das besagte Flugblatt abgedruckt. Siehe zu Haußleiter und der AUD: Richard Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Besatzung und Fremdherrschaft – und zugleich als Vorbild für die deutsche Situation. Nationalrevolutionär hieß für ihn Solidarität mit den Kämpfen aller Volksminoritäten bzw. mit den durch vermeintliche Besatzung um ihre Selbstbestimmung gebrachten Völkern und deren Rückwirkung auf die deutsche Frage; zugleich bestimmte dies nun sein Denken und ersetzte den für ihn in dieser Hinsicht nicht mehr ausreichenden Europa-Mythos. Durch diese Solidarität verstärkten sich die Kontakte zur Linken, zumal Eichberg die Neue Rechte aufgrund ihrer Zerstrittenheit und ihrer teilweisen Verwurzelung in alten Stereotypen – gegen den Osten, gegen die Linke – als gescheitert betrachtete; schon 1972 hatte er sich selbst nicht mehr auf der Rechten verortet, weshalb er auch der ANR nicht beigetreten war.

Mit Gesinnungsgenossen gründete er 1974 die „Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation“ (SdV/NRAO), welche u.a. innerhalb der Linken für die nationale Frage werben sollte. Dem nationalrevolutionären Selbstverständnis gemäß grenzte man sich explizit von der existierenden Rechten ab und sprach sich gegen jeglichen Rassismus und Antisemitismus aus – auch deshalb wurde Eichberg für die Linke allmählich anschlussfähig.[44] Auch Eichbergs zunehmendes ökologisches Engagement stärkte die Kontakte zur Linken während der Phase der Neuen Sozialen Bewegungen. In den Grünen sah er anfangs eine neue Volksbewegung im Sinne eines „Dritten Weges“ fern von rechts und links und beteiligte sich bei deren Gründung in Baden-Württemberg 1979 – jedoch revidierte er bald seine Hoffnungen auf eine vom Volk getragene grüne Organisation und betrachtete sie nur noch als weitere „bürgerliche Partei“.[45] Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre veröffentlichte Eichberg auch in linken Periodika wie *Pflasterstrand*, *das da* und *Ästhetik & Kommunikation*. Seine dadurch vollzogene „politische Expatriierung“ sorgte für Befremden auf der Rechten, doch auch für Argwohn auf der Linken.[46]

Neben den bereits skizzierten Annäherungen an die Linke spielten weitere greifbare Gründe eine Rolle für Eichbergs dortiges Ankommen: Orts- und damit verbundene Milieuwechsel, die Marginalisierung der K-Gruppen Ende der 1970er Jahre und damit die Anschlussfähigkeit an breitere Kreise der Linken sowie nicht zuletzt auch die Öffnung eines Teils der Linken zur nationalen Frage bzw. zu Fragen nationaler Selbstbestimmung.[47] Insbesondere Rudi Dutschke hatte im Verlauf der siebziger Jahre wiederholt auf die zentrale Bedeutung der nationalen Frage für die Linke verwiesen.[48] Für Eichberg hatte Dutschke damit „die nationalrevolutionäre Chance der deutschen Lin-

44 Siehe zur ANR und zur SdV/NRAO: Bartsch (FN 3), S. 145 f., 165-171.
45 Vgl. Eichberg, Venstre (FN 7), S. 97 f.
46 Ders., Volk (FN 7), S. 36.
47 Eichberg selbst verwies schlüssig auf die Milieuwechsel als Grund für den schrittweisen Wechsel von rechts nach links. So zog er 1968 von Hamburg nach Bochum, wodurch Beziehungen zur Alten Rechten und zum Konservativismus abrissen. In den 70ern zog er dann zunächst nach Stuttgart und dann nach Murrhardt – dort betätigte er sich vor allem im Umfeld der entstehenden grünen Bewegungen. In Dänemark schließlich stieß er vor allem auf das Milieu der folkelighed. Ders., Raus aus dem Rechtsradikalismus (FN 9).
48 Vgl. u.a.: Rudi Dutschke, Wer hat Angst vor der Wiedervereinigung, in: das da, Nr. 4/1978, S. 22 f.; ders., Zur nationalen Frage, in: avanti, Nr. 9-10/1978, S. 21-23.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ken“ aufgezeigt, nachdem die Bewegung von 1968 auch am fehlenden nationalen Bezug gescheitert sei.[49] Nationalrevolutionär bedeutete für ihn nun den Vorrang der Freiheit – sprich die Überwindung der vermeintlichen Besatzung – vor der Wiedervereinigung. Rudi Dutschke setzte sich jedoch nicht mit Eichberg auseinander; für ihn blieb bei diesem nichts mehr von seinem ursprünglichen „Sozialismus-Fundament“ übrig. Dabei gab es gerade in der Fokussierung auf die soziale Frage durchaus Übereinstimmungen. Ähnlich wie Dutschke forderte Eichberg die Linke dazu auf, endlich zu begreifen, dass „die nationale Frage und die soziale Frage ein und dasselbe sind.“[50] Bislang hätte die Linke mit ihrer Preisgabe der nationalen Identität Rechtsradikale gar erst hervorgebracht – ein Vorwurf, der auch vor dem Hintergrund der Biographie Eichbergs betrachtet werden muss: Die Linke trug so eine Mitschuld an seiner rechtsradikalen Vergangenheit, wodurch er zugleich seine politische Herkunft rechtfertigen konnte. Doch gleichzeitig thematisierte Eichberg zu diesem Zeitpunkt die deutsche Verantwortung für den Holocaust stärker als breite Teile der Linken: Für ihn war Auschwitz auch „die Niederlage eines linken Denkens, das an (mörderischen) Realitäten vorbeiging – und sie somit ermöglichte.“[51]

5. Vom Volk zur folkelighed – Eichberg im dänischen „Exil“

Nachdem ihm, wohl aufgrund seiner politischen Betätigung, Anfang der achtziger Jahre entgegen den Empfehlungen von Gutachtern und Fakultät eine Professur an der Universität Münster verwehrt worden war, folgte Eichberg 1982 einem Ruf als Gastprofessor an die dänische Universität Odense. Zuvor war er von der dänischen Sporthochschule Gerlev mit einem Preis für seine kritische Kulturtheorie ausgezeichnet worden. International ist Eichberg, der sich 1976 habilitiert hatte, bis heute ein hoch renommierter Forscher auf dem Gebiet von Körperkultur und Sportforschung, die er oft mit der Frage der Selbstbestimmung des Volkes verknüpft. Dänemark sollte dauerhaft seine neue Heimat werden, und über Erfahrungen in „folkehøjskoler“, einer speziellen Art von Heimvolkshochschulen, und der Aneignung des dänischen linken Volksbegriffs, der „folkelighed“, wurde er auch innerhalb der Linken endgültig politisch heimisch. 1993 trat er der eingangs erwähnten Socialistisk Folkeparti bei. Auf dem dortigen linken Flügel positioniert, vertritt er heute u.a. einen rigorosen Pazifismus, der einen eklatanten Bruch mit seiner selbst so bezeichneten Zeit als „rechtsradikaler Offizier“ darstellt. Die SF arbeitet lose mit Grünen und der Linken zusammen – letzteres ein weiterer deutlicher Bruch in Eichbergs Biographie, bedenkt man seinen

49 Henning Eichberg, National ist revolutionär! Was Rudi Dutschkes Thesen zur „Nationalen Frage“ für die Linken bedeuten, in: avanti, Nr. 11/1978, S. 16 f; Dutschke, Leserbrief „Nennings Thesen zur nationalen Frage“, in: avanti, Nr. 6-7/1979, S. 65.

50 Wir sind eben doch Deutsche. Gespräch über nationalrevolutionäre Perspektiven, in: Ästhetik & Kommunikation, Nr. 36/1979, S. 130.

51 Henning Eichberg, Brauchen wir einen neuen Nationalismus?, in: das da, Nr. 3/1981, S. 44-47, hier: S. 46.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

anfänglichen rigorosen Antikommunismus. Geblieben ist jedoch ein gewisser nationaler Impetus, der auch der SF eigen ist. Allerdings äußert sich dieser nicht mehr im Nationalismus und schon gar nicht in Fremdenfeindlichkeit, sondern in der Befürwortung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker – was sich u.a. in der Gegnerschaft Eichbergs zur EU und der Deklarierung der Wiedervereinigung als einer „schändlichen Besetzung der DDR durch Westdeutschland" ausdrückt.[52] Die Interessen des Volkes sah er missachtet.

Für ihn geht es im Zeitalter der Globalisierung darum, „dass kleine Länder und kleine Nationen überleben", etwa im Bezug auf die Vielfalt der Sprachen. Im Sinne einer „Balkanisierung für jedermann" plädiert er für einen deutschen Separatismus, der sich gerade gegen jegliches imperialistische Bestreben richten und für ein Nebeneinander der Völker eintreten soll: „Wer sein Volk liebt, kann keine ausländischen Asylsucher schlagen. […]Wer die anderen hasst, hasst sich selber." Von diesem Verständnis her tritt er auch für eine multikulturelle Gesellschaft ein.[53] „Nation" ist nur noch ein Bezugswert, soweit sie „von unten", vom Volk aus, gedacht ist; nicht der Staat, sondern der angeborene Habitus und die Kultur wie die eigene Sprache sind für ihn Werte an sich und damit Kernstück der nationalen und eigenen Identität. In großen Staaten wie dem wiedervereinigten Deutschland sieht er ein Problem der Umsetzung der demokratischen Selbstbestimmung – und in der daraus folgenden Forderung nach Dezentralisierung resultiert sein Beharren auf dem Credo „Wer von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen". Die Übernahme dieses Spruchs seitens der NPD darf nicht verschwiegen werden, ist aber ausdrücklich nicht im Sinne Eichbergs.[54] In der Sprache von 1968 kann man ihn heute als Radikaldemokraten bezeichnen, seine rechtsradikale Vergangenheit hat er hinter sich gelassen.

In Deutschland – anders als im Ausland – herrscht jedoch der Eindruck vor, Eichberg sei nach wie vor im rechtsradikalen oder gar rechtsextremen Milieu verankert. Immer wieder wird einseitig die rechte Vergangenheit Eichbergs betont oder werden seine jüngeren Aussagen vor der Folie seiner früheren Ideologie betrachtet. Demnach sei es Eichberg nur um die rechte Wortergreifung im linken Lager gegangen, auch heute vertrete er nur einen „positiv gewendete[n] […] Rassismus"– von dem ihm verliehenen und eingangs bereits erwähnten Attribut des „völkische[n] Beobachter[s]" ganz zu schweigen.[55] Dahinter steht teils eine völlige Ignoranz der notwendigen Aus-

52 Interview mit Henning Eichberg vom 27. April 2010.

53 Eichberg, Das „gute Volk". Über multikulturelles Miteinander, in: Ästhetik & Kommunikation, Nr. 84/1994, S. 80.

54 Eichberg steht zu seiner rechtsradikalen Vergangenheit und benennt diese, auch wenn er sie keineswegs mehr gutheißt. Statt vermeintliche ideologische Brücken zu konstruieren, weiß er um die Brüche in seiner Biographie – das ist eine große Seltenheit.

55 In Reihenfolge: Steven Heimlich, Rechte Leute von links. Die 68er-Bewegung im Fokus der „Neuen Rechten", Marburg 2009, S. 44 f.; Heni (FN 6), S. 217. Vgl. auch: Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1992, S. 180-182. Ein faires Eingehen auf Eichberg ist jüngst jedoch bei Mathias Brodkorb zu konstatieren: Dr. Henning Eichberg im Gespräch. Von rechts nach links. Über Habitus, Ideologie und Praxis, in: Mathias Brodkorb (Hrsg.), Extremistenjäger? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, Banzkow 2011, S. 49-64.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einandersetzung mit Eichbergs heutigen Überzeugungen und ein Festhalten an bequemen Stereotypen, teils auch die Gegnerschaft zu Eichbergs radikaldemokratischen Gedanken wie auch eine politisch motivierte Diffamierung. Man muss seinen damaligen und heutigen Überzeugungen nicht zustimmen, sollte aber gewisse wissenschaftliche Standards einhalten. Als Beleg für seine vermeintliche rechte Kontinuität wird meist auf sein Beharren auf Volk und „folk" verwiesen. Doch geht es ihm erstens um das Selbstbestimmungsrecht und die Vielfalt der Völker. Zweitens ist der dänische Begriff der „folkelighed", der Volklichkeit, ein überwiegend von links besetzter Begriff, der vor allem auf den Dichter und Theologen Nikolai Grundtvig zurückgeht. Auch Asger Jorn betonte wiederholt die Volklichkeit. Der Begriff der folkelighed umfasst alle, die sich selbst zum Volk zählen und geht von der Gleichheit aller aus – er ist damit im Gegensatz zum Begriff des Völkischen keineswegs eine auf Exklusion zielende Kategorie. Der Herkunftsgemeinschaft steht hier die Überzeugungsgemeinschaft gegenüber. Folkelighed ist zugleich Ausdruck der Selbstverwaltung des Volkes und damit Teil des radikaldemokratischen Denkens, der zivilen Gesellschaft, für die Eichberg eintritt. Zwar mögen Vorbehalte gegen verschiedene Formen des Begriffes „Volk" aufgrund der deutschen Vergangenheit verständlich sein. Doch sind deren internationale Ausdehnung eher Anzeichen mangelnder Kenntnis wie auch fehlenden Respekts gegenüber der skandinavischen Kultur.

6. Schlussbetrachtungen

Henning Eichbergs Biographie zeigt die in Teilen vorhandene Nähe der Neuen Rechten und der Neuen Linken auf. Er war und ist somit zugleich einer jener „Rechten Leute von links" wie auch einer jener „Linken Leute von rechts". Von der radikalen Rechten kommend, bewegte er sich vom Aufkommen der 68er-Bewegung an über die Jahrzehnte hinweg zur Linken hin. Die Bewegung galt ihm dabei durch seinen damaligen Antikommunismus vor allem noch als Feindbild. Einig war man sich zunächst in der Ablehnung des politischen Status quo, was jedoch noch keinen ideologischen Übergang von links und rechts bedeuten muss, sondern mehr Ausdruck radikalen Denkens ist – und bei Eichberg bis heute, wenn auch abgeschwächt und unter umgekehrten Vorzeichen, vorhanden ist. Doch gab es auch etliche Berührungspunkte: die Gegnerschaft zum Liberalismus und zur Konsumgesellschaft wie auch der empfundene Imperialismus der USA. Auch im sozialistischen Duktus und der Jugendbetonung inklusive der Befürwortung neuer provokativer Aktionsformen und vor allem im Begriff der Entfremdung – nationalbetont auf der Rechten, gesellschaftlich auf der Linken – sahen Eichberg und die Neue Rechte Möglichkeiten zum Anschluss. Die Neue Linke war für ihr rechtes Pendant Feind- und Vorbild zugleich. Die Entstehung der Neuen Rechten ist daher nur vor dem Hintergrund der Existenz der Neuen Linken zu erklären; der Zeitgeist von 1968 erreichte auch die rechte Jugend.

Gleichzeitig kann Eichberg als Repräsentant der Neuen Rechten um 1968 nicht als Kronzeuge für die von einigen früheren „68ern" wie Horst Mahler behauptete natio-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nalrevolutionäre Stoßrichtung der Bewegung dienen. Denn gerade die Stellung zur Nation galt Eichberg und seinen Gesinnungsleuten als wesentliche Differenz zur Neuen Linken: Ausdrücklich verstanden sie sich als Nationalisten und kritisierten die Bewegung für ihren fehlenden nationalen Impetus. Wäre die deutsche 68er-Bewegung tatsächlich im Sinne Mahlers oder Rabehls als nationalrevolutionäre Bewegung auch auf deutschem Boden aufgetreten, wäre die Zusammenarbeit von Teilen der jungen Rechten mit der Neuen Linken weit wahrscheinlicher gewesen. Doch Eichbergs Biographie und die erwähnten ideologischen Übereinstimmungen von rechts und links weisen auf Erklärungsansätze hin, warum 68er wie Bernd Rabehl Ende der 90er Jahre im Umfeld der Neuen Rechten auftauchten. Ideologische Brüche scheinen nicht zwingend nötig, zunächst kann die Überzeugung reichen, dass die eigenen Ziele von der Rechten nun besser vertreten werden als von der Linken – vorausgesetzt, man besitzt einen positiven Bezug zum Begriff der nationalen Identität, was bei Rabehl der Fall war.

Henning Eichbergs Weg von rechts nach links zeigt zugleich die Individualität ideologischer Konversionen auf. Nicht der rigorose Bruch mit seinen Anschauungen stand am Anfang, sondern ein allmähliches Übergleiten von rechts nach links, an dessen Anfang kulturelle Begegnungen in Literatenzirkeln und ein allgemeines habituelles Protestempfinden standen. Auf der Linken fand er nach eigenen Worten eine Kultur vor, an der er so am rechten Lager nicht teilhaben konnte, und die ihn letztlich „rüberzog“.[56] So stand am Anfang der Konversion eher die Abwendung von der Rechten als die Zuwendung zur Linken. Dieser im linken Milieu beheimatete Habitus Eichbergs – seit den 1980er Jahren besucht er regelmäßig an Hippietreffen erinnernde Sommerlager auf der Insel Livø – war für den Übergang Eichbergs mindestens ähnlich bedeutsam wie die Koordinatenverschiebung seiner Ideologie vom Nationalismus über das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur folkelighed. Gemeinsamer Hintergrund war und ist die Suche nach Identität durch den doppelt empfundenen Verlust der Heimat und der damit einhergehenden eigenen Verwurzelung; zunächst national, später sozial geprägt. Weitere Faktoren wie die Öffnung eines Teils der Linken zur nationalen Frage, Milieuveränderungen und die Erfahrung der andersartigen dänischen Kultur trugen ihren Teil zum Übergang von rechts nach links bei. Erst in diesem Zusammenspiel erklärt sich Eichbergs Werdegang.

56 So Eichberg im Gespräch mit dem Autor am 27. April 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte
Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Daten, Dokumente, Dossiers

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte
Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wahlen 2012

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

Das „Superwahljahr" 2011[1] mit sieben Landtagswahlen hatte der CDU/CSU insgesamt keine berauschenden Wahlergebnisse beschert – im Gegenteil. Die Partei verlor in Hamburg und in Baden-Württemberg das Amt des Regierungschefs; im Stadtstaat Bremen „landete" sie sogar hinter den „Grünen". Immerhin avancierte sie in Berlin zum Juniorpartner der SPD. Auch die FDP konnte mit ihren Resultaten, sie mussten fast durchweg Verluste hinnehmen, alles andere als zufrieden sein. Das ist ein bekanntes Phänomen: Regierungsparteien im Bund verlieren in den Bundesländern, zumal in der Mitte der Legislaturperiode, an Stimmen. Die Oppositionsparteien im Bund schnitten unterschiedlich ab. Während die Grünen, die zum ersten Mal mit Wilfried Kretschmann aus Baden-Württemberg in einem Bundesland den Ministerpräsidenten zu stellen vermochten, überall zulegten, fielen die Resultate für die SPD wechselhaft aus. Einem triumphalen Gewinn mit 14,3 Punkten in Hamburg stand ein Verlust von 9,9 Punkten in Rheinland-Pfalz gegenüber. Im Stadtstaat führte dies zur Alleinregierung der Partei, und im Flächenstaat schloss die bis dahin allein regierende SPD eine Koalition mit den „Grünen".

Die Partei *Die Linke* musste überwiegend Stimmenverluste verzeichnen (mit der Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, wo sie nicht mehr in der Regierung war), und in Berlin schied sie nach den dortigen Wahlen als Juniorpartner der SPD aus. Der Aufschwung im Westen wurde 2011 gestoppt. Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) übersprang zwar bis auf Hamburg die für die staatliche Teilfinanzierung maßgebende Marke von 1,0 Prozent, doch das Ziel, im strukturschwachen Sachsen-Anhalt in den Landtag einzuziehen, verfehlte sie knapp. Immerhin kehrte sie in den von Mecklenburg-Vorpommern zurück, wiewohl mit Verlusten. Beide Parteien schnitten im weniger konsolidierten Osten des Landes deutlich besser ab als im Westen, freilich auf einem unterschiedlich hohen Niveau.[2]

Ursprünglich sah es so aus, als gäbe es 2012 keine Landtagswahlen. Aus diversen Gründen wurden dann drei Neuwahlen fällig: im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Eine solche Ballung von vorgezogenen Wahlen war neu. Folgende Fragen stellten sich: Könnte die *Linke* erneut in alle drei Landesparlamente zurückkehren und dadurch ein herkömmliches Koalitionsmuster verhindern (wie im

1 Vgl. Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), „Superwahljahr" 2011 und die Folgen, Baden-Baden 2012.

2 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2011, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 105-126.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Saarland 2009)? Und würde die NPD überall die für die Parteienfinanzierung wichtige Hürde von 1,0 Prozent überspringen (ebenfalls wie im Saarland)? War an der anhaltenden Schwäche des „nationalen Lagers" kaum zu zweifeln[3], so musste das Urteil zu den Perspektiven der *Linken*[4] vorsichtiger ausfallen, haben sich in den letzten Jahrzehnten hier doch viele professionelle Beobachter getäuscht. Neben vielen anderen Unterschieden: Diese politische Kraft erwies sich als deutlich stabiler als die der NPD.[5]

2. Landtagswahl im Saarland

Die Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012 stand an, weil die erste – 2009 gebildete – „schwarze Ampel" vorzeitig gescheitert war. Die Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer von der CDU hatte die schwarz-gelb-grüne Koalition wegen mannigfacher Konflikte mit der als handlungsunfähig geltenden, weil intern zerstrittenen FDP aufgekündigt. Da Sondierungsgespräche zwischen der Union und der SPD zu keinen Ergebnissen führten, blieb nur der Ausweg einer Neuwahl. Im Wahlkampf ging es in erster Linie darum, ob sich die CDU oder die SPD als stärkste Kraft durchsetzen würde. Die CDU siegte (bei knappen Stimmengewinnen), und sie bildete wie erwartet eine Koalition mit der SPD, die deutlich dazugewann.[6] Ein rot-rot-grünes Bündnis, obwohl arithmetisch möglich, stand politisch nicht ernsthaft zur Debatte. Selbst von Rot-Rot nahm die SPD Abstand.

Die *Linke* hatte bei der Bundestagswahl 2009 und bei der Landtagswahl 2009 mit 21,2 Prozent und mit 21,3 Prozent ein sensationelles Wahlergebnis „eingefahren" – nicht zuletzt dank des Saarländers Oskar Lafontaine, seinerzeit Mit-Vorsitzender der Partei. „Als Symbolfigur der *Linken* führte Lafontaine auch diesmal die Linkspartei in den Wahlkampf, pries sie als einzige Opposition, verhöhnte die Grünen und die amtierende Ministerpräsidentin."[7] Allerdings hatte dieser durch seine heftige Bekämpfung der Grünen dazu beigetragen, dass diese 2009 mit der Union und der FDP eine „schwarze Ampel" eingegangen waren. Auch 2012 wollten die Grünen kein Bündnis mit der Linken. Lafontaine propagierte zwar ein rot-rotes Bündnis, doch die SPD reagierte auf diese Avancen reserviert – u.a. wegen der Ablehnung der „Schulden-Bremse" durch die Linke. Der SPD-Landesvorsitzende Heiko Maaß strebte vielmehr eine Große Koalition unter seiner Ägide an.

3 Vgl. Richard Stöss, Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 563-618; Marc Brandstetter, Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2012.

4 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Partei des Demokratischen Sozialismus, in: Niedermayer (FN 3), S. 541-562; Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München 2012.

5 Vgl. den Beitrag von Uwe Backes über „Organisationen 2012" in diesem Band.

6 Vgl. Jürgen R. Winkler, Die saarländische Landtagswahl vom 25. März 2012: Von Jamaika zur Großen Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 43 (2012), S. 507-524.

7 Ebd., S. 512.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

*Tabelle 1: Landtagswahl Saarland**

CDU	35,2	(+0,7)
SPD	30,6	(+6,0)
Die Linke	16,1	(-5,1)
Piraten	7,4	(+7,4)
Grüne	5,0	(-0,9)
Familie	1,7	(-0,3)
FDP	1,2	(-8,0)
NPD	1,2	(-0,3)
Freie Wähler	0,9	(+0,9)
Die Partei	0,5	(+0,5)
Direkte Demokratie	0,1	(+0,1)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2009 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Die *Linke* warb im Landtagswahlkampf vor allem mit dem Motto „Soziale Gerechtigkeit: Im Saarland jetzt nur noch mit uns!“ Alle Wahlplakate zeigten eine Person (nicht nur Lafontaine) und eine Parole. Die zwölf Hauptpunkte im Wahlprogramm lauteten: „Gegen gekaufte Politik“ – „Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung“ – „Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer“ – „Für eine Regulierung der Finanzmärkte – Im Saarland beginnen“ – „Für gute Arbeit – Bekämpfung prekärer Beschäftigung“ – „Gemeinschaftsschule festigen – Unterrichtsausfall bekämpfen“ – „Für lebenswerte Städte und Dörfer – Schutz kleiner Geschäfte“ – „Demokratie in der Wirtschaft – Belegschaftsbeteiligung“ – „Aktive Industriepolitik – Einrichtung eines Saarlandfonds“ – „Öffentlich-rechtliche Energieversorgung“ – „Cattenom endlich abschalten“ – „Krieg darf kein Mittel der Politik sein“.[8] Die meisten Punkte stellten einen Bezug zum Saarland her. Mit der allerersten Parole („Gegen gekaufte Politik“) spielte die Partei auf Großspenden an Parteien an, womit das Votum der Grünen im Jahr 2009 für Schwarz-Gelb erklärt werden sollte. „DIE LINKE verurteilt diese Beeinflussung politischer Entscheidungen. Politik muss unabhängig sein. Wahlen werden zur Farce, wenn die Gewählten sich ihr Handeln von Großunternehmen oder Vermögenden diktieren lassen. […] DIE LINKE fordert: Schluss mit den Bestechungsgeldern in der Politik!“[9] Oskar Lafontaine hatte im Wahlkampf seine Bereitschaft, ob er wieder für den Bundesvorsitz zur Verfügung stehe, offen gelassen.

Auf einem Wahlplakat war er mit dem Satz abgebildet: „Regieren will gelernt sein“.[10] Offenbar wollte die Partei von der Person profitieren; dabei störte sie nicht,

8 DIE LINKE im Saarland, Kurzwahlprogramm zur Landtagswahl 2012. Soziale Gerechtigkeit – Jetzt nur noch mit uns!
9 Ebd.
10 Vgl. Björn Hengst, Und ewig grüßt der Lafontaine, unter: SpiegelOnline vom 22. März 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dass Lafontaine einstmals Regierungschef des Saarlandes für die SPD war – 1999 warf er als SPD-Minister im Bund entnervt das Handtuch. Im Wahlkampf firmierte die Linke als „Die Oskar-Partei".[11] Obwohl Lafontaine der SPD immer wieder Avancen machte, sparte er nicht mit Kritik am SPD-Landesvorsitzenden: „Wenn der Lehrling dem Meister sagt, er hat das verlernt, ist das undankbar."[12] Auf einem originell gestalteten Plakat waren Kramp-Karrenbauer und Maaß als „Hochzeitspaar" abgebildet – mit dem Text: „… dann doch liewer de Oskar!"

Die *Linke* verlor bei der Landtagswahl zwar 5,2 Prozentpunkte, erreichte aber immerhin noch 16,1 Prozent. Bei den Arbeitslosen schnitt sie erneut – mit 41 Prozent – klar am besten von allen Parteien ab, nicht mehr jedoch – wie 2009 – bei der Arbeiterschaft.[13] Was das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht betrifft, bestätigten sich die bekannten Spezifika – überproportional hohe Zustimmung bei den Männern und bei den 45- bis 59-Jährigen.[14] Hatte Oskar Lafontaine die Verluste seiner Partei vor allem mit den Gewinnen für die „Piraten" erklärt, so sah dies Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in seiner Wahlanalyse anders: „Aus Sicht der Partei DIE LINKE sind nicht die Piraten das gewichtigste oder alleinige Problem. Gravierender sind im Saarland die Verluste an die Wahlenthaltung und die SPD gewesen."[15] Noch war das Debakel der Partei mit seinen strukturellen Ursachen bei den kommenden Wahlen nicht absehbar.

Die NPD, im Saarland im Vergleich zu anderen Landesverbänden etwas gemäßigter auftretend, votierte vor der Wahl dafür, deutsche Familien und Kinder zu unterstützen. Ein Wahlplakat zeigte eine attraktive junge Dame. Der Hinweis auf „verboten gut" spielte auf die Diskussion um einen Verbotsantrag an. Der Landesvorsitzende Frank Franz, der eine hohe Internet-Präsenz an den Tag legte, versuchte im Wahlkampf Unterschriften für die „Direktwahl des Bundespräsidenten" zu sammeln. Die wichtigsten Parolen der Partei lauteten wie folgt: „Mit uns nicht: Wir arbeiten" – „Brüssel kassiert. Deutsche Interessen wahren!"

Sie schnitt mit 1,2 Prozent der Stimmen schlechter ab als bei der vorherigen Landtagswahl (1,5 Prozent). Die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" sprach von einem Gleichstand „mit der Regierungspartei FDP".[16] Der NPD-Spitzenkandidat Frank Franz räumte hingegen ein, „unser primäres Wahlziel" nicht erreicht zu haben. Der Grund: „Ich übertreibe aber sicher nicht, wenn ich sage, wir hatten den mit Abstand größten Gegenwind. Seit Monaten wird in unerträglicher Weise gegen die NPD gehetzt. Ständig werden wir in der Öffentlichkeit in die Nähe von Verbrechern gestellt."[17]

---

11 Joachim Wille, Die Oskar-Partei, in: Frankfurter Rundschau vom 19. März 2012.
12 Zitiert nach ebd.
13 Vgl. Winkler (FN 6), S. 519 f.
14 Vgl. ebd., S. 516 f. – Allerdings beruhen die Angaben auf Umfragen, nicht auf der – genauen – repräsentativen Wahlstatistik.
15 Horst Kahrs, Wahlnachlese zur Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012, S. 1.
16 Der saarländische NPD-Spitzenkandidat Frank Franz in „DS Aktuell" – Kurz-Interview, unter: http://ds-aktuell.de/?p=1404 (10. April 2013).
17 Zitiert nach ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Franz hatte bereits wenige Tage vor der Wahl erklärt, er werde von seinem Amt als Vorsitzender wegen der vielen Verpflichtungen, so seine Lesart, zurücktreten – offenbar deshalb, weil das negative Wahlergebnis abzusehen war.[18] Vielleicht auch aus einem anderen Grund: „Es sei auffällig, das Franz gerade jetzt, da die V-Männer aus den Führungsgremien der rechtsextremistischen Partei abgezogen werden sollen, seinen Hut nimmt, erzählt man sich hinter vorgehaltener Hand. […] Ein Schelm, wer Böses dabei denkt."[19]

3. Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 wurde notwendig, weil das Landesverfassungsgericht 2010 das Wahlgesetz, das keine vollständige Verrechnung der Überhangmandate vorsah (nur dadurch war 2009 eine knappe schwarz-gelbe Mehrheit zustande gekommen)[20], als verfassungswidrig klassifiziert hatte. Bis spätestens zum 30. September 2012 müssten Neuwahlen stattfinden. CDU (Jost de Jager) und SPD (Torsten Albig) traten jeweils mit neuen Spitzenkandidaten an. Während die CDU einen „Koalitionswahlkampf" abgelehnt hatte (wegen der vermuteten Schwäche der FDP), propagierte die SPD ein Bündnis mit den Grünen (und gegebenenfalls mit dem Südschleswigschen Wählerverband). Obwohl die CDU knapp die stärkste Partei blieb und Liberale wie „Piraten" jeweils 8,2 Prozent erreichten, kam eine hauchdünne Mehrheit für eine „Dänen-Ampel" zustande.[21] Damit wurde das Ergebnis von 2009 umgekehrt.

Für die *Linke*, die 2009 in das Landesparlament eingezogen war, standen die Aussichten nicht gut.[22] Die SPD und die Grünen zogen keine Koalition mit ihr in Erwägung, und was die bundespolitische Wetterlage betraf, so wehte der *Linken*, die sich mit den „Piraten" einer neuen Konkurrenz ausgesetzt sah, starker Wind entgegen. Die anderen Parteien ignorierten sie mehr, als dass sie sie attackierten.[23] Der erste Abschnitt ihres Wahlprogramms wurde als so zentral angesehen, dass er zugleich auch der letzte war: „Die LINKE.Schleswig-Holstein streitet ohne Wenn und Aber für eine soziale Politik in unserem Land. Wir wollen die Armut abschaffen. Deshalb kämpft DIE LINKE für das Recht auf gut bezahlte Arbeit, das Recht auf bezahlbares Wohnen, das

18 Frank Franz, Für die Aufgaben der Zukunft wappnen, unter: http://www.frank-franz.de (10. April 2013).

19 Marc Brandstetter, Pleite an der Saar: NPD-Landeschef Frank Franz schmeißt hin, unter: http://www.endstation-rechts.de (10. April 2013).

20 Vgl. (noch vor dem Urteil des Gerichts) Eric Linhart/Harald Schoen, Überhangs- und Ausgleichsmandate in Schleswig-Holstein. Unklares Wahlrecht und Reformvorschläge, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010), S. 290-303.

21 Vgl. Patrick Horst, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 6. Mai 2012: SPD, Grüne und SSW bilden erste Dänen-Ampel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 43 (2013), S. 524-543.

22 Vgl. etwa den Artikel von Esther Geisslinger, Angezählte Anmahner, in: die tageszeitung vom 9. April 2012.

23 Vgl. Horst (FN 21), S. 531.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Recht auf qualifizierte und selbstbestimmte Bildung, das Recht auf soziale Sicherung, das Recht auf tatsächliche Gleichstellung und das Recht auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben – für ALLE.“[24]

*Tabelle 2: Landtagswahl Schleswig-Holstein**

CDU	30,8	(-0,7)
SPD	30,4	(+5,0)
Grüne	13,2	(+0,8)
FDP	8,2	(-6,7)
Piraten	8,2	(+6,4)
SSW	4,6	(+0,3)
Die Linke	2,3	(-3,7)
Familie	1,0	(+0,2)
NPD	0,7	(-0,2)
Freie Wähler	0,6	(-0,4)
MUD	0,1	(+0,1)
Rentner	0,0	(-0,6)
RRP	0,0	(-0,2)
IPD	0,0	(-0,1)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2009 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Im Programm, nicht auf Kooperation, sondern auf Konfrontation mit den anderen politischen Kräften angelegt, heißt es: „Eine starke LINKE trägt dazu bei, den anderen Parteien Beine zu machen, und ist Sand im Getriebe der Reichen und Mächtigen. Jede Stimme für DIE LINKE bei der Landtagswahl stärkt die parlamentarische und gesellschaftliche Opposition für eine soziale, friedliche und demokratische Politik.“[25] Die Ausgrenzung von Menschen müsse beendet werden. „DIE LINKE fordert eine repressionsfreie, sanktionsfreie und armutsfreie Mindestsicherung für alle Menschen. Soziale Gerechtigkeit, die Teilhabe der Menschen aus der Gesellschaft, ist ein Menschenrecht. Armut soll in unserer Gesellschaft endgültig beseitigt werden.“[26] Auch wenn die Wahlkampagne sich auf „soziale Gerechtigkeit“ konzentrierte, setzte die Partei, anders als etwa in Nordrhein-Westfalen, bei den Plakaten auf eine hohe – „freie“ –Themenvielfalt: „frei von Niedriglohn“ – „frei von Schulden“ – „Alter frei von Sorge“ – „frei leben. Ohne Vorurteile, ohne Überwachung und ohne Armut“ – „freie Fahrt für Schüler“ – „Unser Land frei von Vorurteilen“ – „Kita frei für alle“ – „Gesundheit frei

24 DIE LINKE.Schleswig-Holstein, Je stärker DIE LINKE, desto stärker das Land! Wahlprogramm zur Landtagswahl 2012, Kiel 2012, S. 4, S. 47.
25 Ebd., S. 5.
26 Ebd., S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

von Zuzahlung“. Das Plakat „Internet frei von Zensur“ resultierte offenbar aus einer Reaktion auf die Konkurrenz der „Piraten“.

Das Wahlergebnis (2,3 Prozent) war für die intern zerstrittene Partei ein Schlag ins Kontor. Nur im Bereich der Sozialpolitik sprachen ihr sechs Prozent der Wählerschaft eine Lösungskompetenz zu.[27] Die Alters- und Geschlechtsspezifika ließen sich wegen des Fehlens der repräsentativen Wahlstatistik nicht genau messen, zumal nicht bei einer kleinen politischen Kraft.[28] Cornelia Möhring, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der *Linken* im Bund, sah die eigenen Themen zwar als richtig an, nicht aber die Art ihrer Vermittlung. „Wenn es uns gelingt, die Idee einer sozial gerechten Gesellschaft inmitten der Alltagserfahrungen der Menschen zu erzählen, wenn wir mehr hinhören und analysieren, was jeden Tag schief läuft und was wir gemeinsam verändern können, dann unterscheiden wir uns wieder von anderen Parteien.“[29] In der Folge rechnete die Partei mit dem Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW ab[30], kaum jedoch mit dem eigenen nahezu desolaten Zustand.

„Wir setzen die Segel … für eine deutsche Zukunft“ – mit diesem Logo warb die NPD in Schleswig-Holstein. Sie stellte mehrere Slogans heraus: „Aus Liebe zur Heimat – NPD wählen“ – „Heimreise statt Einreise“ – „Wir arbeiten – Brüssel kassiert! Raus aus dem Euro!“ Auf einem Flugblatt standen vier Parolen im Vordergrund: „Unverantwortliche Überfremdung“ – „Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem“ – „Volksfeindlicher Sozialabbau“ – „Misswirtschaft bis zur totalen Pleite!“ Das Argument, die NPD sei „ausländerfeindlich“, wendete die Partei gegen die „Block-Politiker“: „Uns wirft man gerne Ausländerfeindlichkeit vor, aber ist es nicht wirklich ausländerfeindlich, wenn wir anderen Ländern qualifizierte Arbeitskräfte abwerben, die auch dort dringend gebraucht werden? Wir von der NPD lehnen es ab, aus Profitgier Menschen wie Schachfiguren auf dem Globus zu verschieben.“[31] Die Aussage, dass es sich um „qualifizierte Arbeitskräfte“ handele, fehlte allerdings bei der Kritik der NPD an der „Überfremdung“. Die Partei hatte dazu aufgerufen, „Wahlfälschern keine Chance [zu] geben“ und als „Wahlbeobachter“ tätig zu werden. „Nichts ist einfacher, als einen NPD-Stimmzettel auf den SPD-Haufen zu legen.“[32]

Das Ergebnis von 0,7 Prozent war noch schlechter als das von 2009. Damit konnte die Partei, die im Wahlkampf, von einigen „Werberundfahrten“ abgesehen, kaum Präsenz zeigte[33], nicht zufrieden sein. Ihr Landesvorsitzender Jens Lütke prangerte vor der Wahl die Wahlkampfbehinderung durch Polizei und Demonstranten an.[34] Nach

27 Vgl. Horst (FN 21), S. 534.
28 Vgl. ebd., S. 537.
29 ND-Interview: „Nach schneller Analyse fit fürs Wahljahr 2013“, in: Neues Deutschland vom 8. Mai 2012.
30 Vgl. LINKS-Debatte. Beiträge zur politischen Diskussion der LINKEN in Schleswig-Holstein, Kiel 2012.
31 Die NPD, Egal, CDU oder SPD regieren, ändern wird sich nichts!, Flugblatt.
32 So der NPD-Landessprecher von Schleswig-Holstein Jörn Lemke, Wahlfälschern keine Chance geben!, unter: http://www.npd-sh.de (12. April 2013).
33 Vgl. Horst Freires, NPD auf schwachen Beinen, in: blick nach rechts vom 7. April 2012.
34 Vgl. Jens Lütke, Polizeiwillkür und Wahlkampfbehinderung am 1. Mai in Neumünster, unter: http://www.npd-sh.de (13. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Wahl machte er Ingo Stawitz Platz, seit langem der „starke Mann“ in der schwachen Partei. Dieser hatte von 1992-1996 dem schleswig-holsteinischen Landtag angehört, zunächst für die DVU, später als Vorsitzender der Fraktion der *Deutschen Liga für Volk und Heimat*.

4. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 13. Mai 2012, also eine Woche nach der in Schleswig-Holstein, war unvermeidlich geworden, weil der Haushaltsentwurf der 2010 gebildeten rot-grünen Minderheitsregierung, die vornehmlich von der *Linken*, aber nicht nur von ihr toleriert wurde, im Landtag keine Mehrheit erhalten hatte. Alle Parteien votierten für die Selbstauflösung des Landtages. Allerdings hieß es bei der *Linken*, das eigene Desaster ahnend: „Die Minderheitsregierung hat diese 45 Millionen Euro teure Neuwahl provoziert.“[35] Obwohl die „Piraten“ und die Liberalen in den Landtag einzogen, reichte es für Rot-Grün nicht nur zu einer Mandats-, sondern auch zu einer Stimmenmehrheit.[36] Das Experiment einer rot-grünen Minderheitsregierung war damit keine zwei Jahre nach seiner Einführung zu Ende gegangen. Die alte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft blieb die neue. Oft kommt den Wahlen im größten Bundesland eine präjudizierende Bedeutung für die folgenden Bundestagswahlen zu.[37]

Die Partei trat mit der aus der WASG stammenden Spitzenkandidatin Katharina Schwabedissen an. Die beiden Vorsitzenden Wolfgang Zimmermann und Bärbel Beuermann rangierten auf dem zweiten und dritten Platz der Landesliste. Während Gregor Gysi einem rot-rot-grünen Bündnis etwas abgewinnen konnte, votierte die hiesige Parteiführung eher dagegen[38] – nicht nur wegen eines hohen Ausmaßes an Fundamentalismus, sondern wohl auch deswegen, weil die skeptisch-ablehnende Haltung der SPD und der Grünen bekannt war.

Die *Linke* stellte im Wahlkampf heraus, was „schon abgeschafft“ sei („Studiengebühren weg“, „Kopfnoten abgeschafft“, „Mindestlohn bei Vergabe öffentlicher Aufträge verankert“), als gehe dies (ausschließlich) auf die Partei zurück; und unter der Überschrift „Nach der Wahl gehts weiter“ nannte sie u.a. die folgenden Forderungen: „100.000 neue Kitaplätze – gebührenfrei“, „mehr Steuerpflichtigkeit: Millionäre besteuern“.[39] Die Partei warb mit den folgenden vier Plakaten, auf denen jeweils „Nur

35 DIE LINKE zur vorzeitigen Auflösung des Landtages von Nordrhein-Westfalen, unter: http://www.dielinke-nrw.de (14. April 2012).
36 Vgl. Stefan Bajohr, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 13. Mai 2012: Von der Minderheit zur Mehrheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 43 (2012), S. 543-563.
37 Vgl. Eckhard Jesse, Die Parteien nach der Bundestagswahl im September 2009 und vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 59 (2010), S. 19-27.
38 Vgl. Bajohr (FN 36), S. 547.
39 Vgl. http://www.dielinke-nrw.de (14. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mit uns!“ stand: „Millionärssteuer als Schuldenbremse!“ – „KITA für alle jetzt gebührenfrei!“ – „Löhne rauf – Ihr seid es wert“ – „Sozialticket für ganz NRW“.

*Tabelle 3: Landtagswahl Nordrhein-Westfalen**

SPD	39,1	(+4,6)
CDU	26,3	(-8,3)
Grüne	11,3	(-0,8)
FDP	8,6	(+1,9)
Piraten	7,8	(+6,2)
Die Linke	2,5	(-3,1)
pro NRW	1,5	(+0,1)
Tierschutzpartei	0,7	(+0,1)
NPD	0,5	(-0,2)
Familie	0,4	(-)
Die Partei	0,3	(+0,2)
Freie Wähler	0,2	(+0,2)
BIG	0,1	(-0,1)
AUF	0,1	(-)
FBI/Freie Wähler	0,1	(-)
ödp	0,1	(-)
Partei der Vernunft	0,1	(+0,1)
Volksabstimmung	0,0	(-0,1)
RRP	0,0	(-)
BüSo	0,0	(-)
LD	0,0	(-)
BGD	0,0	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2010 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Das extrem ausführliche Wahlprogramm der *Linken* (107 Seiten!) unter dem Titel „Original sozial – konsequent solidarisch“ umfasste neben einer Präambel zwölf Punkte: „Umverteilen – Schutzschirm für Menschen“ – „Es ist an der Zeit – linke Politik von und für Frauen“ – „Sozialer und ökologischer Umbau“ – „Alternativen von links – neue Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik“ – „Öffentlich statt privat – öffentliche Daseinsvorsorge stärken“ – „Gesundheit ist keine Ware – für ein solidarisches Gesundheitswesen“ – „Bildung ist keine Ware“ – „Kultur für alle“ – „Soziale und gleiche Rechte für alle – aktive Demokratie verwirklichen“ – „Linke Politik für Seniorinnen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und Senioren“ – „NRW stellt sich quer: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ – „Konsequent für Frieden und Entmilitarisierung“.[40]

Das Programm war durch fundamentalistische Grundzüge gekennzeichnet. Bereits der erste Satz lautete: „Die LINKE.NRW setzt sich für einen radikalen Kurswechsel ein: Für eine Politik, in der nicht die Profite der Konzerne, sondern die Menschen an erster Stelle stehen.“[41] In einem strikt antikapitalistischen Duktus heißt es etwa: „Die Ursachen der Krise liegen nicht in irgendwelchen Exzessen gieriger Manager, sondern im System selbst. Wie die Geschichte zeigt, bringt der Kapitalismus immer wieder Krisen hervor, die durch Vernichtung von überakkumuliertem Kapital sowie durch verschärfte Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen scheinbar ‚überwunden‘ werden – bis sich die Widersprüche zur nächsten Krise zuspitzen. Die Folgen dieses kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie rufen nicht nur zunehmende Armut und Missstände hervor, sondern gefährden das Überleben der Menschen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.“[42] An einer anderen Stelle – eingeschoben zwischen der Kritik an der als verfehlt geltenden „Liberalisierung der Finanzmärkte“ und der Forderung nach einer Gemeindefinanzreform – findet sich der markante Satz: „Ein System, das die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt, bringt massive Ungerechtigkeiten und soziale Verwerfungen, Umweltzerstörung und Krieg hervor.“[43] Die pauschale Kritik am „Kapitalismus“ überlagert konkrete Reformvorschläge für Nordrhein-Westfalen, so etwa ein eintrittsfreier Tag am Wochenende in allen Museen des Landes oder das kommunale Wahlrecht für alle. Die Partei lässt abschließend ihre Skepsis gegenüber einer Regierungsbeteiligung durchblicken. „DIE LINKE.NRW wird sich […] an keiner Regierung beteiligen oder diese tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebensbedingungen der Menschen verbessert.“[44] Im Wahlkampf propagierte sie besonders die Einführung eines Sozialtickets sowie die Erhöhung der Zahl der „Kitas“.

Die Partei konnte mit ihrem Abschneiden wahrlich nicht zufrieden sein, war doch ihre Pauschalkritik am „Kapitalismus“ nicht durchgeschlagen. Zwei Jahre nach ihrem Wahlerfolg erreichte sie nur 2,5 Prozent der Stimmen (statt 5,6 Prozent) – und damit nicht einmal den Anteil, den WASG (2,2) und PDS (0,9) bei der Landtagswahl 2005 zusammen erzielt hatten. SPD und „Piraten“ profitierten von den Verlusten der Partei. Was die Berufsgruppen betrifft, so kam sie nur bei den Arbeitslosen auf über 5,0 Prozent. Sie erzielte bei den Männern mit 3,0 Prozent deutlich mehr Stimmen als bei den Frauen (2,1 Prozent). Die Verteilung nach Altersgruppen wies ebenfalls krasse Un-

40 Vgl. Die Linke, Original sozial – konsequent solidarisch. Das Landeswahlprogramm 2012, Düsseldorf 2012.
41 Ebd., S. 3.
42 Ebd., S. 4.
43 Ebd., S. 33.
44 Ebd., S. 107.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

terschiede auf: Am besten schnitt die *Linke* bei den 45- bis 59-jährigen Männern ab (3,5 Prozent), am schlechtesten bei den über 60-jährigen Frauen (1,1 Prozent).[45]

Der Parteivorstand räumte die als „niederschmetternd" empfundene Niederlage ein, sah einen Grund in dem zurückhaltenden Auftreten der Partei. „Wir wurden eher als zu brav denn als zu frech gesehen und damit als eine normale Partei, von der sich unsere WählerInnen aber anderes versprochen haben." Die „politische Aktion" müsse zum „Prinzip der Partei" gemacht werden. Die Themen, mit denen die *Linke* geworben habe, seien allerdings die richtigen gewesen. „Die soziale Frage, verankert mit der stärkeren Beteiligung in den außerparlamentarischen Kämpfen, muss weiter gestellt werden."[46]

Eine parteieigene Analyse sah die starke Ausrichtung auf landespolitische Themen als verkehrt an, werde der Partei doch als neue Kraft noch keine spezifische Kompetenz zugeschrieben. Die Orientierung auf Nordrhein-Westfalen sei nicht zuletzt wegen des wenig überzeugenden Erscheinungsbildes der Bundespartei erfolgt. Ein weiterer Grund: „Ein schwammiges Bild von ‚Opposition' über ‚Gestaltungskraft' bis hin zu ‚Tolerierung' war nach außen entstanden. Das hat uns die strategische Abgrenzung von SPD und Grünen erheblich erschwert."[47] Hingegen sah die Kommunistische Plattform in Nordrhein-Westfalen die Ursachen für das schlechte Abschneiden der Partei weniger in eigenen Fehlern (und schon gar nicht in ihrem antikapitalistischen Profil) als vielmehr im Verhalten der „Mainstream-Medien". „Wenn DIE LINKE die nächsten Jahre überleben will, dann muss sie ihren Wählern und Sympathisanten vielmehr erklären, welche Rolle die Medienkonzerne spielen und sich mit deren massivem Einfluss auf politische Prozesse auseinandersetzen."[48]

Die NPD, die 2010 nur 0,7 Prozent der Stimmen erreicht hatte, verzichtete 2012 auf ein neues Wahlprogramm und berief sich auf das vor zwei Jahren erstellte. Ihr Landesvorsitzender Claus Cremer bekundete vor der Wahl, die „Sammlung der undemokratischen Unterstützungsunterschriften"[49] sei binnen kurzem gelungen. Als Schwerpunkte sah die Partei die Anti-EU/Euro-Kampagne, die Sozialpolitik und „das Überfremdungsproblem an Rhein und Ruhr".[50] Hier setzte sie einen Schwerpunkt. Unter den Schlagworten „Salafistische Gefahr stoppen – Deutschland uns Deutschen!" hatte die NPD in Flugblättern heftig den „Multikulti-Wahn der BRD-Machthaber" attackiert: „Rückführung aller kriminellen, kulturfremden und von Sozialleistung abhängigen Ausländer in ihre Heimat! Schluss mit der Rundum-Alimentation".[51] Cremer

45 Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik (Hrsg.), Landtagswahl 2012: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2012, S. 19.
46 DIE LINKE.NRW nach der Niederlage, unter: http://www.dielinke-nrw.de (14. April 2013).
47 Hubertus Zdebel/Irina Neszeri, Zusammenfassung der Kommunikation und ihrer Rahmenbedingungen im Landtagswahlkampf 2012, unter: http://www.dielinke-nrw.de (14. April 2013).
48 Stellungnahme des Sprecherrates der KPF in NRW. Es gibt keinen vernünftigen Grund, unser antikapitalistisches Profil aufzugeben, unter: http://www.dielinke-nrw.de (14. April 2013).
49 Der NRW-Landesvorsitzende Claus Cremer im DS Aktuell-Interview, unter: http://ds-aktuell.de/?p=1472 (12. April 2013).
50 Ebd.
51 Vgl. das Flugblatt „Salafistische Gefahr stoppen – Deutschland uns Deutschen!".

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hoffte, die Bürger würden „das NSU-Märchen“[52] nicht glauben. Was die eigenen Chancen betraf, so legte der Landesvorsitzende Realismus an den Tag. Gleichwohl sei „jede Stimme für die NPD ein Erfolg und ein Schlag ins Gesicht der etablierten Politversager“.[53] Hingegen hieß es beim NPD-Landessprecher Markus Pohl vollmundig: „Bis zum Wahlwochenende steigt täglich ein Flugzeug in den Himmel über Rhein und Ruhr, das Bannerwerbung mit der Losung ‚Wählt NPD‘ und einem illustrierten Wahlkreuz hinter sich herzieht. Das Flugzeug wird im Wahlkampfendspurt nochmals für große Aufmerksamkeitseffekte und viele Sichtkontakte sorgen.“[54]

Die Jungen Nationaldemokraten erklärten, „nationale und soziale Lösungsansätze zu bieten.“ Es liege an den Bürgern, den „etablierten Versagerparteien durch ihre Stimme für die wahre Opposition, der NPD, zu zeigen, was sie von sozialer Ungerechtigkeit, rasant steigender Überfremdung, überhöhten Abgeordnetendiäten bei gleichzeitiger Verarmung und Verödung ganzer Landstriche halten.“ Die NPD sei „eine Alternative zum Einheitsbrei der etablierten Blockparteien“.[55]

Die NPD bekam 2012 sogar nur 0,5 Prozent der Stimmen. Nach der Wahl erklärte Cremer: „Das Ergebnis muss nicht schön geredet werden, jedoch war mit keinem deutlich besseren Abschneiden zu rechnen. Die mediale Hetze gegen unsere Partei im Zusammenhang mit dem staatlich inszenierten ‚NSU-Terror‘ und das andauernde Gemeiere über ein NPD-Verbot haben auch im Rheinland und Westfalen Früchte getragen. Die Stimmung wurde in den letzten Monaten so dermaßen gegen die nationale Opposition angeheizt, dass mit einem Stimmenverlust zu rechnen war.“[56] Die NPD erklärte, gerade im Westen Deutschlands müsse sie „wieder als DIE Anti-Überfremdungs-/Islamisierungspartei wahrgenommen werden.“[57]

Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer „Anti-Islamisierungspartei“ hing offenkundig mit den – freilich bescheidenen – Erfolgen der Konkurrenz zusammen. Vor der Wahl hatte Cremer noch erklärt, die NPD sei im Gegensatz zu Pro NRW keine Ein-Punkt-Partei, ohne den „einen Punkt“ eigens anzusprechen.[58] Pro NRW – populistisch auftretend („Politiker quälen, PRO NRW wählen“) – stellte ein Kurzwahlprogramm mit einem Forderungskatalog aus zehn nicht immer trennscharf von einander abgrenzbaren Punkten auf: „Mehr Demokratie wagen“ (für wechselnde Mehrheiten im Parlament; gegen den Einfluss von Lobbyorganisationen auf die Politik im Landtag und gegen den Einfluss von Parteien auf die Medienberichterstattung) – „Demokratie verteidigen heißt Extremismus stoppen“ – „Keine Parallelgesellschaften“ – „Freiheit statt Islam“ – „Bekämpfung des Extremismus von links und von rechts“ – „Bekämpfung des EU-Extremismus“ – „Innere Sicherheit herstellen“ – „Wirtschaft und Soziales“ –

52 Ebd.
53 Ebd.
54 Markus Pohl, NPD erobert Luftraum über NRW, unter: www.npd-nrw.de (14. April 2013).
55 Am 13. Mai NPD wählen. Wahlaufruf der Jungen Nationaldemokraten an die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen, unter: www.npd-nrw.de (8. Mai 2012).
56 Claus Cremer, „Die Stimmung war nicht da.“ Erste Stellungnahme zur Landtagswahl in NRW, unter: www.npd-nrw.de (14. Mai 2012).
57 Ebd.
58 Vgl. DS Aktuell-Interview (FN 49).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Schule und Familie“ – „Einwanderungspolitik“.[59] Der zentrale Punkt: „Freiheit statt Islam“. Die nahezu monothematische Partei attackierte im Wahlkampf „den Islam“, nicht nur seine radikalisierte Variante („Islamismus“) – etwa bei ihrer „maximalen Provokation“, wie es hieß, gegen den Bau von Moscheen.[60] Der Islam lehne die Trennung von Staat und Kirche ab; die dortige Rolle der Frau sei nicht mit der Würde des Menschen vereinbar; archaische Familienstrukturen (wie „Ehrenmorde“) widersprächen freiheitlichen Grundsätzen. Der aus demokratietheoretischer Perspektive problematische Punkt: die Kritik am „EU-Extremismus“. Gemeint ist damit die Kritik an Politikern, die einen europäischen Einheitsstaat propagierten. Wenn dies als „Extremismus“ gilt, muss die Partei sich fragen lassen, worauf ihre Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus eigentlich hinausläuft.[61]

Als sie im Wahlkampf islamkritische Karikaturen eingesetzt hatte, waren Anfang Mai 2012 schwere Ausschreitungen von Salafisten gegen die Polizei die Folge. Pro NRW erreichte mit 1,5 Prozent der Stimmen gleichwohl nur 0,1 Punkte mehr als das letzte Mal. Ihr Vorsitzender Markus Beisicht zeigte sich zufrieden, „dass wir unser Ergebnis trotz des medialen Gegenwinds stabilisieren und unsere politische Arbeit mit noch größerer Intensität fortsetzen können.“ Er räumte die Fixierung auf Islamkritik ein: „Wir wollen keine Masseneinwanderung, sondern eine Einwanderungspolitik, die den eigenen Interessen folgt. Vor allem aber muss das eben auch transportiert werden, und wir müssen endlich einen Schulterschluss all derjenigen erreichen, die das auch wollen.“[62] Die Partei der Republikaner hatte zugunsten von Pro NRW auf eine Wahlteilnahme verzichtet.

5. Fazit und Ausblick

Die eigentlichen Gewinner der drei Landtagswahlen 2012 waren weder die Volksparteien CDU und SPD noch deren Koalitionspartner FDP und Grüne, sondern die „Piraten“. Galt deren Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus noch als „Ausreißer“ in einem Stadtstaat, so sorgten die Ergebnisse zwischen 7,4 und 8,2 Prozent in drei Flächenstaaten für eine große Überraschung. Freilich bedeutete das nicht, der Weg dieser Partei, deren Elektorat offenkundig ein hohes volatiles Protestwählerreservoir einschloss, in das Bundesparlament sei damit frei geworden.[63]

---

59 Vgl. Kurzwahlprogramm der Bürgerbewegung PRO NRW zur Landtagswahl 2012 („Wir lieben Heimat“), S. 1-4.

60 Vgl. etwa Stefan Laurin, So wollen Radikale Ängste schüren, in: Welt am Sonntag vom 1. April 2012.

61 Vgl. zu dieser Partei die – extremismustheoretische – Einschätzung von Uwe Backes in diesem Band.

62 Interview mit Markus Beisicht zum Ausgang der Landtagswahl, unter: www.freiheitlich.me (14. April 2013).

63 Vgl. Oskar Niedermayer, Die Piratenpartei in Deutschland, in: Ders. (FN 3), S. 619-646; ders. (Hrsg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Was die Parteien an den politischen Rändern betrifft, so konnten sie mit ihrem Abschneiden 2012 nicht zufrieden sein. Die *Linke*, die in allen drei Bundesländern parlamentarisch vertreten war, brach geradezu ein und schied aus zwei der drei Landtage aus. Sie verlor in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein mehr als jeden zweiten Wähler, im Saarland, ihrer westdeutschen Hochburg, mehr als jeden vierten. Nicht nur das: Mit dem Ausscheiden aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen vermochte sie ihre dortige strategische Schlüsselstellung als eine Art Tolerierungspartner von Rot-Grün nicht mehr zu behaupten. Diese Ergebnisse gingen offenkundig nicht auf Landesspezifika zurück, sondern hingen mit der generellen Ausrichtung der in sich zum Teil zerstrittenen Partei zusammen. Allerdings fanden alle drei Wahlen vor dem Göttinger Parteitag im Juni 2012 statt, auf dem mit Katja Kipping und Bernd Riexinger eine neue Führung gewählt wurde. Sie sorgte zwar für Ruhe in den eigenen Reihen, war jedoch nicht bereit, die in den Westverbänden vertretene Fundamentalopposition einzuschränken. Die Frage, ob die Partei nach dem Zusammenschluss von Linkspartei und WASG 2007 damit nur vorübergehend einen Höhenflug in den alten Bundesländern erlebt hat(te), liegt auf der Hand. Sie ist keineswegs eine rhetorische. Die *Linke* sah den Einbruch in der Wählerschaft nicht nur als eine Reaktion auf eine situationsbedingte Schwierigkeit an, sondern auch als eine solche prinzipieller Natur. In einer differenzierten Analyse heißt es, die *Linke* verkörpere einen politischen „Richtungswechsel". Voraussetzung für ihn seien einerseits gesellschaftliche Mehrheiten. Andererseits müssten diese sich (koalitions-)politisch niederschlagen. „Die strategische Aufgabe der LINKEN besteht darin, die sozial Schwachen wieder für die politische Partizipation zu gewinnen und dies mit den Anliegen und Sichtweisen einer solidarischen Mitte zu verbinden."[64] So setzte die Partei in der Folge stärker auf ein Bündnis mit der SPD und den Grünen, ohne deswegen ihre Positionen preiszugeben.

Die ohnehin schwache NPD verlor ebenfalls in allen drei Ländern. Nur im Saarland, ebenfalls ihrer Hochburg im Westen, vermochte sie die Marke von 1,0 Prozent zu erreichen. Hatte die Partei bei den Wahlen im Saarland und in Schleswig-Holstein den Kampf gegen den Euro in den Vordergrund gerückt, so wandte sie sich in Nordrhein-Westfalen vor allem gegen „Überfremdung" – dies war nicht zuletzt der Konkurrenz durch Pro NRW geschuldet. Unabhängig von einem möglichen Parteiverbot(santrag): Sie stellt angesichts ihrer massiven Defizite im organisatorischen, programmatischen und strategischen Sektor sowie der gesamtgesellschaftlichen Ablehnung keine Kraft mit Aussicht auf größere Wahlerfolge dar. Selbst der Wechsel von Udo Voigt zu Holger Apfel mit seiner „seriösen Radikalität" (so die Selbststilisierung) im Amt des Bundesvorsitzenden trug keine Früchte.

Zwar ist der Ausgang der Landtagswahlen stark von bundespolitischen Rahmenbedingungen bestimmt, aber der Ausgang der Bundestagswahl weniger von landespolitischen. Insofern sind die Wahlergebnisse in den Bundesländern nur ein schwacher Indikator für das Abschneiden der Parteien bei der Bundestagswahl. Die Kernfrage

64 Horst Kahrs/Harald Pätzold, Zurück zur Wählerschaft. Potentiale für DIE LINKE (Standpunkte Rosa-Luxemburg-Stiftung 9/2012), S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vor der Bundestagswahl 2013 war nicht die nach dem Regierungschef[65], sondern die nach der Regierungskonstellation: Könnte Schwarz-Gelb weiter die Koalition fortsetzen (für den Fall, dass die Liberalen die Fünfprozenthürde überwänden), oder gelänge es der *Linken* trotz des vermuteten schwachen Abschneidens in den alten Bundesländern, eine „bürgerliche" Regierung zu verhindern?[66] Und: Würde die neue Partei, die euroskeptische *Alternative für Deutschland*, die Fünfprozenthürde überwinden und eine schwarz-gelbe Mehrheit unmöglich machen? Der geächteten NPD war nach ihrem desaströsen Erscheinungsbild vermutlich klar, sie würde das ohnehin niedrige Resultat der letzten Bundestagswahl (1,5 Prozent) nicht erreichen – Verbotsdiskussion hin, Verbotsdiskussion her.

65 Da die SPD eine rot-dunkelrot-grüne Koalition – und die FDP ein rot-grün-gelbes Bündnis – glaubwürdig ausgeschlossen hatte, war sie angesichts der Schwäche von Rot-Grün der Chance beraubt, den Kanzler zu stellen. Vgl. Eckhard Jesse, Parteien, Parteiensystem und Koalitionsgefüge vor der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 11 (2013), S. 239-262.

66 Vgl. Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.), Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich, Baden-Baden 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Organisationen 2012

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Im Jahr 2011 schien der seit längerem wirksame Repolarisierungstrend im deutschen Parteiensystem zumindest zeitweilig unterbrochen. Das politische Gewicht der in ihrem Inneren von heftigen Auseinandersetzungen geprägten *Linken* hatte im Vergleich zu den Vorjahren merklich abgenommen. Dies galt weniger für das östliche Deutschland, wo die Partei ihre Bastionen weitgehend behaupten konnte. Im westlichen Landesteil dagegen wurde der Etablierungsprozess teilweise jäh gestoppt; neben dem zeitweiligen Höhenflug der „Grünen" machte sich die neue, nicht-extremistische Konkurrenz der „Piraten" beim Werben um Protestwähler bemerkbar. Die Partei erkaufte ihre Integrationserfolge an den Rändern teilweise mit mangelnder Anziehungskraft in Richtung „Mitte". In dieser Hinsicht ähnelten sich die Konstellationen am linken und rechten Ende des politischen Kontinuums: Auch für die rechtsextremistische und NS-affine *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) bedeutete der Erhalt der Bindungskraft rechtsaußen (mit gewaltaffinen Szenen) verminderte Mobilisierungs- und Bündnisfähigkeit im parteipolitischen Raum. An dieser Tatsache hatte der Zusammenschluss mit der „Phantompartei" *Deutsche Volksunion* (DVU) nichts geändert.

Mit Blick auf das Jahr 2012 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde es dem neuen NPD-Vorsitzenden Holger Apfel gelingen, seine Partei breiter aufzustellen, wahlpolitisch auf Erfolgskurs zu gehen und ein weiteres Erstarken der *Pro-Bewegung* zu verhindern? Oder war eine Fortsetzung des Niedergangs der organisatorisch geschwächten und finanziell ausgebluteten Partei angesichts der Enthüllungen um den rechtsterroristischen *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU), ihrer Verflochtenheit mit militanten Gruppierungen und der neu entfachten Verbotsdebatte vorgezeichnet? Würde die „politische Flaute" der *Linken* anhalten und das innerparteiliche Konfliktpotenzial weiter anwachsen lassen? War nach dem sich anbahnenden Misserfolg bei der „Westausdehnung" ebenso mit einer Schwächung der östlichen Hochburgen zu rechnen? Und welche Konsequenzen hätte dies für wahlpolitische Konkurrenten wie militante Ränder? Würde das Thema Konfrontationsgewalt (nicht nur rechts/links, sondern auch rechts/islamistisch) weiter an Bedeutung gewinnen? Und schließlich: Könnte sich die in Teilen abstrakte Bedrohung durch den internationalen Terrorismus konkretisieren und andere Herausforderungen für die innere Sicherheit in den Hintergrund drängen?

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Linksextremismus

Nachdem die Führungsspitze der *Linken* um Klaus Ernst und Gesine Lötzsch im „Superwahljahr“ 2011 fast pausenlos für Negativschlagzeilen gesorgt und die öffentliche Debatte um die Verfassungstreue der Partei angeheizt hatte (u.a. mit der Aufforderung zur Erkundung von „Wegen zum Kommunismus“)[1], erfolgte 2012 ein Führungswechsel, der zu einer gewissen Beruhigung beitrug, ohne dass davon indes kräftige Impulse in Richtung auf eine politische Öffnung und innerparteiliche Klärung ausgingen. Gesine Lötzsch war im April wegen einer schweren Erkrankung ihres 80-jährigen Ehemannes vom Bundesvorsitz zurückgetreten, während ihr Partner an der Parteispitze noch bis zum Göttinger Parteitag amtierte, wo Anfang Juni nach heftigem innerparteilichen Tauziehen und einem offenen Schlagabtausch zwischen den Kontrahenten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine ein neues Führungsduo bestimmt wurde: Für die „östliche Seite“ übernahm die keinem der Flügel zugeordnete Dresdenerin Katja Kipping das Amt, ein in dieser Funktion junges Nachwuchstalent (Jahrgang 1978). Für den „Westen“ setzte sich der von Lafontaine unterstützte, bis dahin auf Bundesebene weitgehend unbekannte Leonberger „ver.di“-Funktionär Bernd Riexinger (Jahrgang 1955) in einer Kampfkandidatur und mit knappem Abstimmungsergebnis gegen den praxiserprobten „Reformer“ Dietmar Bartsch durch. Der Machtkampf war von heftigen persönlichen Anfeindungen innerparteilicher Lager geprägt. Gysi bekannte in seiner Parteitagsrede offenherzig, er befinde sich seit Jahren „zwischen zwei Lokomotiven, die aufeinander zufahren“. Wenn das so weitergehe, sei es besser, „sich fair zu trennen als weiterhin unfair, mit Hass, Tricksereien, mit üblem Nachtreten eine in jeder Hinsicht verkorkste Ehe zu führen.“[2] Michael Brie mahnte nach der Wahl eine „demokratische Wende“ der Linkspartei an. In den letzten Jahren habe „kein offenes, dialogisches und transparentes strategisches Zentrum“ existiert. Strategische Fragen seien nicht offen erörtert und ideologische Unterschiede „im Programmprozess […] verbrämt“ worden, „um danach vehement auszubrechen“. Den Aufruf des neugewählten Spitzenduos, eine „breite Debatte in der Partei über den weiteren Kurs“[3] zu führen, wertete er als begrüßenswerten Neuanfang.

Im Vorfeld des Parteitages war auch die Repräsentantin des linken Flügels, Sahra Wagenknecht, als Parteivorsitzende gehandelt worden. In einem Interview mit der „Financial Times“ hatte sie die Notwendigkeit einer dezidiert linken Alternative unterstrichen und zugleich harte Kritik an wichtigen Funktionsträgern geübt, die lieber „innerparteilich Kämpfe“ austrügen als ein klares programmatisches Profil zu entwickeln. So sei „der Eindruck eines zerstrittenen Haufens“ entstanden, „der selbst nicht

1 Vgl. Uwe Backes, DIE LINKE in der Zerreißprobe – Das „Superwahljahr“ 2011 und seine Folgen, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 169-187.

2 Gregor Gysi, Die Linke ist wichtig für die Menschen in Deutschland (2. Juni 2012), unter: http://www.die-linke.de/index.php?id_9950&type=98&cHash= (5. Juni 2012).

3 Michael Brie, Die Linkspartei und ihre demokratische Wende, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 57 (2012), H. 7, S. 9-12, hier: S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

weiß, was er will".[4] Verstärktes Ringen um programmatische Profilierung mahnte nach dem Göttinger Parteitag auch der Bundessprecherrat der *Kommmunistischen Plattform* (KPF) an. Die innerparteilichen Querelen seien nicht Ergebnis des Agierens der viel kritisierten „Strömungen", sondern beruhten insbesondere darauf, dass die Partei von einer meist nicht klar benannten Konfliktlinie durchzogen sei, nämlich zwischen „den von antikapitalistischen Positionen getragenen Überzeugungen und somit Mehrheitsstimmungen an der Parteibasis und einem Teil der LINKEN-Führungskader in Vorständen und Parlamenten, die um der Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung willen auch zu unzulässigen Kompromissen neigen."[5] Namentlich genannt wurden die „Reformer" um Bartsch und das „Forum Demokratischer Sozialismus" (fdg). Wie um zu unterstreichen, aus welcher ideologischen Warte die Kritik an diesen allzu kompromissbereiten Funktionären formuliert wurde, enthielt die Nummer der „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform", in welcher der „Strömungsartikel" erschien, einen Artikel zum 100. Geburtstag Erich Honeckers mit Auszügen aus den „Letzten Aufzeichnungen", dessen geharnischter Kritik am „Schuft" Gorbatschow und einer Laudatio Fidel Castros: „Der revolutionärste Deutsche, den ich je getroffen habe, war Erich Honecker".[6]

Die im Oktober 2011 veröffentlichten, alarmierenden Befunde der „Projektgruppe LINKE 2020" zur mangelnden Attraktivität der Partei für junge Mitglieder[7] wurden von der organisatorischen Entwicklung bestätigt. Ende 2012 waren bundesweit noch rund 63.800 Mitglieder registriert. Damit hatte sich der Rückgang gegenüber dem Vorjahr sogar noch beschleunigt. Nicht nur die östlichen Landesverbände mit ihrer strukturellen Überalterung, sondern auch einige westliche wie Bayern, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg wiesen einen überdurchschnittlichen, gegenüber dem Vergleichsjahr 2010 zum Teil mehr als 20 Prozent betragenden Mitgliederschwund auf.[8]

4 Sahra Wagenknecht, Deutschland braucht die Linke, in: Financial Times vom 24. Mai 2012.

5 Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform, Zur „Strömungsdebatte" in der LINKEN, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform vom August 2012, unter: http://www.dielinke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/dokumente/zurstroemungsdebatteinderlinken/ (12. September 2012).

6 „Zu Erich Honeckers 100. Geburtstag", in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform vom August 2012, unter: http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/mitteilungenderkommunistischenplattform/detail/archiv/2012/august/zurueck/archiv-2/artikel/zu-erich-honeckers-100-geburtstag/ (12. September 2012).

7 Für eine zukunftsfähige LINKE. Abschlussbericht der Projektgruppe LINKE 2020 (Oktober 2011), unter: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2010/111119_beschluss_linke2020_anlage.pdf?PHPSESSID=cf4807ff88b8a7a45fc568a348f57f97 (12. Februar 2012).

8 Vgl. die offiziellen Zahlen der Landesverbände auf der Homepage des Bundesverbandes unter: http://www.die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen/mitgliederzahlen20072011/druckversion.html (20. Juli 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE – Mitgliederentwicklung, 1989-2012

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 2001	77.800
Jan. 1990	700.000	Dez. 2002	70.800
Dez. 1990	281.000	Dez. 2003	65.800
Dez. 1991	172.600	Dez. 2004	61.400
Dez. 1992	146.700	Dez. 2005	61.300
Dez. 1993	131.400	Dez. 2006	60.200
Dez. 1994	123.800	Dez. 2007	71.700
Dez. 1995	114.900	Dez. 2008	76.000
Dez. 1996	105.000	Dez. 2009	78.000
Dez. 1997	98.600	Dez. 2010	73.700
Dez. 1998	94.600	Dez. 2011	69.500
Dez. 1999	88.600	Dez. 2012	63.800
Dez. 2000	83.500		

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2011/12 durchgeführte Befragungen an der Parteibasis zeigten die außerordentliche soziale und mentale Heterogenität der Landesverbände. Die vergleichsweise organisationsschwachen, aber ideologisch streitlustigen Westverbände zeichneten sich durch eine schwache Beitragsmoral aus und würden vom Osten alimentiert. Selbst beim Kernthema „soziale Frage“ sei eine Verständigung zwischen den Generationen und sozialkulturellen Milieus schwer: „Der eine ist frustrierter Sozialdemokrat, der andere ein routinierter, marxistisch geschulter Funktionär, der Nächste fühlt sich als Arbeitsloser an den Rand gedrängt, wiederum andere kommen frisch politisiert von der Uni.“[9]

Bei den innerparteilichen Hardlinern von der KPF war der Mitgliederrückgang nach eigenen Angaben geringer als bei der Gesamtpartei. Die Zahl der Registrierten sank von etwa 1.250 Ende 2011 auf 1.210 Ende 2012.[10] Die „Mitteilungen“ wurden nach Angaben des Bundessprecherrates monatlich an 1.900 Empfänger versandt. Wichtigster Bündnispartner der KPF außerhalb der Linken blieb die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP), deren Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr abermals zurückging – auf rund 3.500 Aktive Ende 2012. Die organisatorische Situation ähnelte jener der östlichen Parteiverbände der *Linken*, wenn auch auf weitaus bescheidenerem Niveau: Das Durchschnittsalter der Aktiven lag in allen Bezirken über 50 Jahre. Die Mitgliederverluste durch Tod konnten durch Neuzugänge – vor allem aus der *Sozia-*

9 Mechthild Küpper, Studie, Studie an der Wand. Die Linkspartei untersucht ihre eigene Mitgliederstruktur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 2013, S. 4.

10 Vgl. Thomas Hecker, Bericht des Bundessprecherrates vom 27. April 2013, unter: http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/dokumente/3tagungder16bundeskonferenz/berichtdesbundessprecherrates/ (17. Juli 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

listischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) – nicht ausgeglichen werden. So mangelte es vielerorts an Personal, um „aktiv in die Kämpfe eingreifen“ zu können, als „verlässlicher Bündnispartner“ zu fungieren und ein „interessantes und lebendiges, anspruchsvolles Gruppenleben“[11] zu bieten. Auch die Finanzsituation der Partei war weiter angespannt. Zudem hielt der ideologisch und strategisch begründete innerparteiliche Richtungsstreit an. Der Wortführer der „linken Parteiopposition“, Patrik Köbele (Jahrgang 1962), mahnte die Rückkehr zu ideologischer Grundsatztreue an. Die Mitgliedschaft in der DKP habe zur Voraussetzung die „Anerkennung der Erkennbarkeit der Welt und des Instruments der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus als der einzigen Weltanschauung, die dazu in der Lage ist“.[12] Wenn die Partei in diesem Bewusstsein als revolutionäre Avantgarde handele, müsse dies in ihrem Verhältnis zur *Linken* wie zum europaweiten, von „Reformkommunisten“ und Sozialisten dominierten Zusammenschluss *Europäische Linke* (EL) klar zum Ausdruck kommen.

Tabelle 2: Mitglieder linksextremistischer Organisationen, 2010-2012

	2010	2011	2012
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kern- und Nebenorganisationen	25.800	25.000	22.600
hiervon DKP	4.000	4.000	3.500
MLPD	2.000	2.000	2.000
RH	5.400	5.600	6.000
Gewaltbereite Linksextremisten	6.800	7.100	7.100

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2011 und 2012.

Die von Köbele für seine Partei geforderte größere Eigenständigkeit praktizierte die maoistische *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) seit langem. Am 3. November feierte sie ihr 30-jähriges Bestehen in der Dortmunder Westfalenhalle. Auf einem Flugblatt verbreitete die Partei revolutionären Optimismus: Das „internationale Finanzkapital“ mit seinen „Allmachtsfantasien“ erlebe derzeit seine „Götterdämmerung“. Am Horizont zeichne sich „die Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“ ab. Die Leser wurden um Unterstützung der Wahlzulassung der Partei gebeten, denn „nur der Kampf der Massen“ könne „zu einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse führen“.[13] Wie im Vorjahr profitierte die Partei von einer großzügigen Spende: Ein vor revolutionärem Idealismus glühendes

11 Wera Richter, Kampagne zur Stärkung der DKP, in: DKP-Information, Nr. 4 vom 15. Mai 2013, S. 3-8, hier: S. 5.
12 Patrik Köbele, Zur Organisationspolitik der DKP, in: DKP-Information, Nr. 4 vom 19. September 2012, S. 3-10, hier: S. 4.
13 Zentralkomitee der MLPD, 30 Jahre MLPD, Flugblatt, Gelsenkirchen, November 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ehepaar aus Wilhelmshaven leitete Ende Oktober 2012 115.000 Euro aus einer Erbschaft an die Partei weiter.[14]

Die Mitgliederzahl der *Roten Hilfe* (RH) stieg 2012 wie in den Vorjahren erneut an (Jahresende: 6.000[15]). Die Vereinigung wirkte aufgrund ihres parteiunabhängigen und „strömungsübergreifenden" Charakters in der Szene integrierend. Sie verband ihre Verteidigung auch gewalttätiger Linker regelmäßig mit Pauschalangriffen gegen die Sicherheits- und Justizbehörden. So wurde das Urteil des Landgerichts Nürnberg gegen „den Antifaschisten Denzi K." wegen „versuchter gefährlicher Körperverletzung", „Landfriedensbruch" und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" als „Versuch systematischer Abschreckung junger, politisch engagierter Menschen" gewertet. Es habe sich um „einen politischen Schauprozess"[16] gehandelt.

Durch außerordentliche strategische Flexibilität zeichneten sich die organisatorisch hochgradig zersplitterten Trotzkisten mit ihren rund 20 internationalen Dachverbänden aus. Einige der besonders aktiven Vereinigungen (wie die *Sozialistische Alternative* [SAV] oder das Netzwerk *marx21*) praktizierten „Entrismus" bei der *Linken* und wirkten dort bis auf Vorstandsebene mit[17], andere zogen Bündnisse mit eindeutig „revolutionären" Vereinigungen vor. Dies galt etwa für den *Revolutionären Sozialistischen Bund/IV. Internationale* (RSB), dessen 87 Mitglieder[18] sich mit anderen Vereinigungen um eine *Neue antikapitalistische Organisation* (NAO) bemühten, um „strategieloser Kampagnen-Rödelei" zu entfliehen und eine gewisse „organisatorische Verbindlichkeit" zu erreichen. Einerseits solle die neue Organisation die Erfahrungen aller revolutionären Strömungen („Autonome, Gleichheitsfeministinnen, Antiimps, Dekonstruktivist_innen, TrotzkistInnen, Differenzfeministinnen, MaoistInnen, LinkssozialistInnen, ParteikommunistInnen und AnarchistInnen" [!]) aufnehmen, sich andererseits aber auf einen tragfähigen Minimalkonsens verständigen. Dieser müsse die Befürwortung eines „revolutionären Bruchs", die Ablehnung einer „Mitverwaltung der kapitalistischen Krise", „Klassenorientierung" und „Einheitsfront-Methode"[19] umfassen.

Richtete sich die Betonung des „revolutionären Bruchs" ausdrücklich gegen die Strategie einer reformerischen „Überwindung des Kapitalismus", enthielt die Kritik an der „Kampagnen-Rödelei" zugleich eine Spitze gegen die Vielzahl an Gruppierun-

14 Vgl. Veröffentlichung von Spenden an Parteien, die im Einzelfall 50.000 Euro übersteigen, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/11467 vom 14. November 2012; „Ehepaar spendet ganzes Erbe an Marxisten", in: NDR 1 Niedersachsen, Meldung vom 4. Januar 2013.

15 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin 2013, S. 190.

16 „Skandalöses Urteil im politischen Schauprozess gegen Deniz K.", Pressemitteilung des RH-Bundesvorstandes vom 17. November 2012, unter: http://www.rote-hilfe.de/presse/bundesvorstand/422-skandaloeses-urteil-im-politischen-schauprozess-gegen-deniz-k (10. Januar 2013).

17 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 181.

18 Für Ende 2011 ausgewiesen im Rechenschaftsbericht für den Deutschen Bundestag: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2011 (3. Teil – Sonstige Parteien), Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/12475, S. 127.

19 Selbstdarstellungs-Flugblatt vom Mai 2012. Neue antikapitalistische Organisation – Muss das wirklich sein?!, unter: http://nao-prozess.de/gemeinsame-texte/selbstdarstellungs-flugblatt-vom-mai-2012/ (17. August 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gen des *autonomen* Spektrums, deren Aktive im „Straßenkampf“ die Konfrontation mit der „Staatsmacht“ und „faschistischen“ Kontrahenten suchten. Wie in den Vorjahren bildeten Ausschreitungen am Rande des Demonstrationsgeschehens das Gros der im Rahmen des Erfassungssystems „Politisch Motivierte Kriminalität“ registrierten Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund. Und so dürfte der Rückgang der Gewaltdelikte gegenüber dem Vorjahr (siehe Tab. 3) vor allem mit einer geringeren Zahl überregional attraktiver Demonstrationsereignisse und einer Erlahmung der Kampagne gegen Transporte mit atomarem Abfall („Castor schottern“) zu erklären sein. Auch der Anteil der Gewalttaten von Linksextremisten gegen (angebliche) Rechtsextremisten ging mit etwa 46 Prozent leicht zurück. Dennoch blieb diese Zielgruppe nach den Angriffen auf Angehörige der Sicherheitsbehörden von zentraler Bedeutung.

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2010-2012

	2010	2011	2012
Tötungsdelikte	4	3	8
Sprengstoffanschläge	5	6	2
Brandanschläge	81	82	56
Körperverletzungen	541	583	471
Raubüberfälle	15	13	16
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	260	407	297
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	34	59	22
Freiheitsberaubung	0	1	0
Erpressung	4	3	4
Gewalttaten insgesamt	944	1.157	876

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2011 und 2012.

Ein herausragendes Szeneereignis von überregionaler Bedeutung war der „Europaweite Aktionstag gegen den Kapitalismus“, zu dem ein internationales Bündnis anarchistischer, autonomer und ökolibertärer Gruppierungen für den 31. März 2012 (daher der Kampagnenname „M31“) aufgerufen hatte. Die meisten der Teilnehmer wollten friedlich gegen „den Kapitalismus“ demonstrieren, doch nutzte eine Minderheit gewaltgeneigter Linksextremisten den Aktionstag zum Ausleben von Aggressionen und suchte die Auseinandersetzung mit der Polizei. In der Bankenmetropole Frankfurt am Main beteiligten sich an dem Aufzug des Bündnisses „mehrere Hundert gewaltbereite Linksextremisten, die sich massive Auseinandersetzungen mit Polizeikräften lieferten und diese mit Steinen und Flaschen sowie Molotow-Cocktails angriffen. 15 Polizei-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

beamte wurden teilweise schwer verletzt.“[20] Einem von ihnen wurde „ein mit Säure versetztes Reizgas ins Gesicht gesprüht“.[21] Demonstranten „setzten Müll- und Baucontainer in Brand und beschädigten mehrere Gebäude.“[22] Die Polizei nahm als 450 Personen fest.

Der 31. März sollte den Auftakt für „Aktionstage“ (16. bis 19. Mai) bilden, zu denen u.a. das „postautonome“ Bündnis *Interventionistische Linke* (IL) aufrief. Der Protest richtete sich gegen die „Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds“: „An diesen Tagen gilt: Rien ne va plus! Denn wir werden mit Tausenden zusammen einen der bedeutendsten europäischen Finanzplätze blockieren und dichtmachen und damit ein deutliches Zeichen globaler Solidarität setzen – gegen Krise, Krieg und Kapital.“[23] Das Bündnis sah sich als Teil der weltweit agierenden „Occupy“-Bewegung und wollte an die Proteste in den arabischen Staaten, Griechenland und Spanien anknüpfen. Wegen der Ausschreitungen am 31. März erwirkte die Stadt Frankfurt am Main ein Veranstaltungsverbot. Am 19. Mai lief eine genehmigte Demonstration aus dem Ruder: Unter den etwa 20.000 Demonstranten befanden sich „etwa 1.000 in zwei ‚schwarzen Blöcken‘ formierte Angehörige des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums. Aus dem Aufzug heraus kam es zu Angriffen auf Polizeibeamte sowie zum Abbrennen von Bengalischen Feuern, Rauchbomben und Leuchtmunition.“[24]

Mit einem weiteren Beitrag zur „Militanzdebatte“ meldete sich die „Zelle Grams“ der *Revolutionären Aktionszellen* (RAZ) im Oktober 2012 zu Wort. Sie lobte die Sabotageakte gegen die Bahn in Berlin, weil sie gezeigt hätten, wie angreifbar der „Apparat“ sei. Es genüge, einige der „vielen feinen Fäden“ zu durchschneiden, um ihn lahmzulegen. Daher werde die weitere Taktik in „einem offensiven Angriff auf Logistik, Kommunikation und Transportwege des kapitalistischen Verwertungssystems“ bestehen: „Wir wollen einen Bruch mit der Logik von Schnelligkeit und Effektivität der autoritären Machtstruktur. Die Störung des Alltags und der Ausbruch aus dem Normalzustand werden für uns wichtige Mittel sein, um einen revolutionären Gegenwind herbei zu führen. Selbstverständlich möchten wir auch arbeitsfreie Tage schaffen.“ Zudem müsse das sabotierende Vorgehen in einen internationalen Zusammenhang gestellt und an die weltweite Solidarität appelliert werden. „Das Ziel wäre hier Europaweit und schließlich Weltweit Unruheherde zu schaffen, neue zu entfachen, alte wieder aufleben zu lassen, denn wenn uns eines die Erfahrung mit organisierten, de-

20 Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 140.
21 „Polizei befürchtet mehr linksextreme Gewalt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. April 2012, S. 1.
22 Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 140.
23 „Take the Square!“, in: Dazwischengehen. Zeitung für eine Interventionistische Linke, Mai 2012, S. 1. Die Zeitschrift wurde laut Impressum „gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung“.
24 Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 141.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zentralen Aktionen gezeigt hat dann das die Repressionsorgane nicht auf das organisierte Chaos vorbereitet sind."[25]

3. Rechtsextremismus

Nur aufgrund der Schwäche ihrer Kontrahenten konnte die NPD 2012 ihre Position als stärkste Formation am rechten Rand des politischen Spektrums mit Ach und Krach behaupten. Allerdings erhielt sie bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen weniger Stimmen als die Konkurrenzpartei „Pro NRW", musste bei allen drei Landtagswahlen sinkende Stimmenanteile hinnehmen und kam nur im Saarland knapp über die – für die Erstattung von Wahlkampfkosten entscheidende – Einprozentmarke.[26] Das Damoklesschwert der Strafzahlungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro, das wegen fehlerhafter Rechenschaftslegung über der Partei schwebte, verlor etwas an Schärfe, traf die NPD aber dennoch; das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verminderte die Strafe im Dezember 2012 auf rund 1,27 Mio. Euro, hob sie aber nicht auf.[27] Auch verzeichnete die NPD sinkende Einnahmen aus Beiträgen, da die Zahl der Mitglieder weiter sank – auf rund 6.000 Ende 2012 nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden.[28] Die Vereinigung mit der DVU, deren fusionsunwillige Restbestände im Mai 2012 die formelle Auflösung erklärten, hatte – wie nicht anders zu erwarten – keine Trendumkehr eingeleitet.[29]

Der seit November 2011 amtierende neue Bundesvorsitzende Holger Apfel hielt an dem von ihm propagierten „sächsischen Weg" fest und bemühte sich um „seriöse Radikalität" ohne enge Anknüpfung an die NS-Tradition und mit mehr Offenheit für aktuelle Streitfragen und Protestthemen. Dieser Kurs wurde allerdings nur von Teilen der Partei mitgetragen. Der starke mecklenburg-vorpommersche Landesverband führte ein Eigenleben und trat auf Demonstrationen in engem Schulterschluss mit „freien Kräften" aus NS-affinen Gruppierungen auf.[30] Im bayerischen Landesverband regte sich offener Widerstand. Die der Kameradschaftsszene nahestehenden und im *Freien Netz Süd* (FNS) organisierten oberpfälzischen NPD-Funktionäre Daniel Weigl, Robin Siener und Simon Preisinger verbanden ihren Parteiaustritt mit heftiger Kritik am am-

25 Zelle Wolfgang Grams, Kommunique der Revolutionären Aktionszellen (RAZ), verfasst am 1. Oktober 2012, unter: https://linksunten.indymedia.org/node/68245 (12. Dezember 2012; Fehler im Original).
26 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2012, in diesem Band.
27 Vgl. Christina Hebel/Johannes Korge/Alwin Schröder, Millionenstrafe für die NPD, in: Spiegel Online vom 12. Dezember 2012; Bundesverwaltungsgericht Leipzig, Az: 6 C 32/11.
28 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 47.
29 Vgl. „Das Ende der DVU", unter: http://www.dvu-berlin.info/aktuelles.html (12. Januar 2013); Lars Normann, Vorstandswechsel, Fusion und Ende der „Phantompartei" DVU, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 23, Baden-Baden 2012, S. 165-184.
30 Vgl. Marc Brandstetter, Kinderfeste hinter Stacheldraht: Die Entwicklung der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2011, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 44 (2013), S. 146-157, hier: S. 153.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tierenden Landesvorsitzenden Ralf Ollert, der „Kleinkriege gegen freie Kräfte führe“ und für Parteiveranstaltungen ein „Auftrittsverbot“ gegen den ehemaligen Wehrsportgruppenchef Karl-Heinz Hoffmann und den wegen des geplanten Anschlags auf den Neubau des Jüdischen Kulturzentrums in München verurteilten (und nach Haftentlassung wieder aktiven, im Mai 2012 erneut zu einer Haftstrafe verurteilten) Neonationalsozialisten Martin Wiese erlassen habe. Die NPD befinde sich längst auf dem Weg zur „Systempartei“.[31]

Diese Meinung wurde naturgemäß von den Innenministern des Bundes und der Länder nicht geteilt, die auf einer Konferenz im März eine Materialsammlung für ein mögliches NPD-Verbotsverfahren in Auftrag gaben. Sie bildete die Grundlage für die Entscheidung des Bundesrates vom 14. Dezember, ein Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. NPD-Chef Apfel sah in dem Antrag einen Anschlag auf die Meinungsfreiheit, betonte in einem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ die Verfassungstreue seiner Partei und distanzierte sich von politisch motivierter Gewalt. Die NPD werde das Verbotsverfahren im Wahlkampf „nutzen, um zu zeigen, dass es unseren Gegnern nicht in erster Linie um ein NPD-Verbot, sondern um die weitere Stigmatisierung der gesamten nationalen Opposition geht. Es geht um nicht weniger als um die Ausschaltung der Meinungs- und Gedankenfreiheit für alle national denkenden Menschen in unserem Land!“[32]

Tabelle 4: Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, 2010-2012

	2010	2011	2012
„Subkulturelle“	8.300	7.600	7.500
Neonationalsozialisten	5.600	6.000	6.000
NPD	6.600	6.300	6.000
DVU	3.000	1.000	-
Pro NRW	-	-	1.000
Sonstige	2.500	2.500	2.650

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2011 und 2012.

Während die NPD ihre Hochburgen im östlichen Deutschland teilweise erfolgreich verteidigen konnte und auf lokaler Ebene – meist in strukturell benachteiligten ländlichen Regionen – von der relativen Schwäche der demokratischen Bürgergesellschaft profitierte, mancherorts sogar Bürgerbüros eröffnete und Kinderfeste organisierte[33], mehrten sich im westlichen Landesteil die Anzeichen, dass sie auf kurz oder lang ihre

31 Zitiert nach Rüdiger Löster, NPD verliert Funktionäre an das „Freie Netz Süd“, in: Endstation Rechts vom 7. Mai 2012. Siehe auch ders., Neonazi Martin Wiese zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt, in: Endstation Rechts vom 9. Mai 2012.

32 NPD-Pressemitteilung vom 14. Dezember 2012, unter: http://www.npd-presse.de/2012/12/14/es-geht-um-die-ausschaltung-der-meinungs-und-gedankenfreiheit-fur-alle-national-denkenden-menschen-in-unserem-land/ (15. Dezember 2012).

33 Vgl. Brandstetter (FN 30).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dominierende Stellung am rechten Flügel des Parteiensystems einbüßen werde. So unterlag sie der Partei *Pro NRW* bei den Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland in einem „Provokationswettlauf".[34] Allerdings war *Pro NRW* von einem politischen Durchbruch weit entfernt. Auch auf der Mitgliederebene schien die Partei zu stagnieren. Wies sie im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011 einen Mitgliederstand von mehr als 1.100 Personen aus[35], sprachen die Verfassungsschutzbehörden für das Jahresende 2012 von rund 1.000 Mitgliedern.[36] Offenbar zog die Partei keinen nachhaltigen Vorteil aus den Krawallen, die sie im Landtagswahlkampf mit muslimfeindlichen Reden, Parolen und Transparenten provoziert hatte.[37]

Die *Republikaner* (REP) zeigten sich angesichts der „Salafisten-Krawalle" mit *Pro NRW* solidarisch und forderten den Rücktritt des nordrhein-westfälischen Innenministers, der versucht habe, „das Zeigen von rechtlich nicht zu beanstandenden Mohammed-Karikaturen zu verbieten".[38] Sie suchten den Schulterschluss mit erfolgreichen europäischen Rechtsaußenparteien und gratulierten der Vorsitzenden des französischen *Front National* (FN), Marine Le Pen, zu ihrem Ergebnis im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen. Sie habe ihre Partei „erfolgreich modernisiert und mit ihrer klaren Kritik an Euro-Rettung und Islamisierung die Themen angesprochen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen".[39] Ähnliche Erfolge schienen jedoch in Deutschland in weiter Ferne. Anfang 2012 hatten die REP rund 5.500 Mitglieder – fast zehn Prozent weniger als ein Jahr zuvor.[40]

Während die REP für die Europawahl 2014 weiterhin auf ein strategisches Zusammenwirken mit der Pro-Bewegung setzten und so die NPD mittelfristig zu beerben suchten, erwuchs ihnen bei diesem Vorhaben eine neue Konkurrenz in Gestalt der im Mai 2012 gegründeten Partei *Die Rechte* des langjährigen „Bewegungsunternehmers" der „Freien Nationalisten" und ehemaligen Kühnen-Vertrauten Christian Worch.[41] In ihrem Programm bekannte sie sich „vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist"[42], äußerte Bedauern über „nationalsozialistisches und kommunistisches Unrecht"[43], knüpfte im Übrigen aber an die DVU- und NPD-Pro-

34 Marc Brandstetter, Wahl in NRW: NPD im freien Fall, Pro NRW stabil, in: Endstation Rechts vom 13. Mai 2012.
35 Vgl. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2011 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien), Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/12341, S. 193.
36 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 47.
37 Vgl. die Beiträge von Eckhard Jesse, Wahlen 2012, und Uwe Backes, Pro-NRW, in diesem Band.
38 „Salafisten-Krawalle. Innenminister Jäger ist fällig für den Rücktritt", in: REP-Pressemitteilung vom 8. Mai 2012.
39 „Republikaner gratulieren Marine Le Pen", in: REP-Pressemitteilung vom 24. April 2012.
40 Vgl. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2011 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien), Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/12341, S. 135.
41 Vgl. zur Person: Martin Thein, Biographisches Porträt: Christian Worch, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 204-214.
42 Die Rechte, Programm der Partei DIE RECHTE, o.O., o.J. (2012), Präambel, S. 1.
43 Ebd., S. 4 (Punkt 3.).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

grammatik an, wenn sie etwa für ein Ende der „Duldung von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern“[44] und die Aufhebung der „Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße“[45] plädierte.

Die *Rechte* ließ sich in ihrer Namensgebung von der *Linken* inspirieren und wollte wie diese ein Signal der Diskontinuität aussenden. Doch ihre personelle Zusammensetzung bezeugte vor allem die engen biografischen Verbindungen zur DVU einerseits, der NS-affinen Kameradschaftsszene andererseits. Das Erbe der DVU kam in der Zusammensetzung des Gründungsvorstands zum Ausdruck, dem u.a. die ehemaligen DVU-Funktionäre aus Schleswig-Holstein Ingeborg Lobocki und Martin Ziegler angehörten. Die Nähe zu NS-affinen Gruppierungen zeigte sich in der Personalpolitik Worchs beim Aufbau regionaler Parteistrukturen. So wirkten Aktivisten mehrerer gewaltgeneigerter Vereinigungen, die der nordrhein-westfälische Innenminister im Sommer 2012 verboten hatte (*Kameradschaft Walter Spangenberg, Kameradschaft Aachener Land, Nationaler Widerstand Dortmund, Kameradschaft Hamm*), beim Aufbau des nordrhein-westfälischen Landesverbandes mit.[46] Zudem übernahm der ehemalige Gründer der „Borussenfront“ und FAP-Funktionär Siegfried Borchardt („SS-Siggi“) im Oktober den Vorsitz des Dormunder Kreisverbandes.

Tabelle 5: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2010-2012

	2010	2011	2012
Tötungsdelikte	6	5	6
Sprengstoffanschläge	2	0	1
Brandanschläge	29	20	21
Körperverletzungen	638	640	690
Raubüberfälle	7	12	9
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	72	66	61
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	4	6	6
Freiheitsberaubung	3	2	0
Erpressung	5	4	8
Gewalttaten insgesamt	891	755	802

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2011 und 2012.

Für das Jahr 2012 registrierte die Kriminalpolizei im Rahmen des Erfassungssystems Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) insgesamt 802 Gewalttaten mit rechtsextre-

44 Ebd., S. 2 (Punkt 1.).
45 Ebd., S. 3 (Punkt 2.).
46 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2012, Düsseldorf 2013, S. 42-44; Marc Brandstetter, „Die Rechte“ in Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 58 (2013), S. 13-17.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mistischem Hintergrund.[47] Den bei weitem größten Anteil nahmen wie in den Vorjahren die Körperverletzungsdelikte ein, die in der Regel ohne Planung, mehr oder weniger spontan, oft unter Alkoholeinfluss emotional-hassgeladen verübt wurden. Meist ließen sich die Täter nur losen Cliquen-Strukturen zuordnen. Musikveranstaltungen mit bevorzugten Stilrichtungen wie Rap, Black Metal, Hatecore kam unverändert hohe identitätsstiftende Bedeutung zu. Die Zahl der Konzerte mit rechtsextremistischen Bezügen (82) ging gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Die Verfassungsschutzbehörden führten dies u.a. auf die zahlreichen Organisationsverbote und Exekutivmaßnahmen gegen Szeneeinrichtungen und -medien zurück.[48] Überregionale Aufmerksamkeit erregte der Prozess gegen Daniel Giese, den Sänger der rechtsextremistischen Band „Gigi und die braunen Stadtmusikanten". In dem Lied „Döner-Killer" hatte die Musikgruppe die Mordserie des *Nationalsozialistischen Untergrundes* (NSU) bejubelt. Das Amtsgericht Meppen verurteilte Giese wegen Volksverhetzung und Billigung einer Straftat zu einer Bewährungsstrafe.[49]

Die Anhängerzahl der behördlicherseits als „subkulturell" eingeordneten Personenkreise („Skinheads", „Hooligans", „NS-Hatecore"-Fans etc.) ging wie schon im Vorjahr (auf ca. 7.500 Personen) zurück, während die der „Neonazis" auf hohem Niveau (bei ca. 6.000 Aktiven) stagnierte. Stilbildend wirkten hier die *Autonomen Nationalisten* mit ihren vielfältigen formellen Anleihen (schwarze Kleidung, Kapuzenjacken, Palästinensertücher etc.) bei den ideologischen Antipoden. Provokatives und aggressives Verhalten gegenüber politischen Kontrahenten nahm weiter zu.[50] Auch spektakuläre Kundgebungen wie die nächtlichen Fackelmärsche der *Volkstod-Bewegung* gewannen an Bedeutung. Im Juni verbot das brandenburgische Innenministerium die *Widerstandsbewegung in Südbrandenburg*, die in der Lausitz als sogenannte „Spreelichter" schwarzgekleidet und mit weißen Masken ihr rassistisches Menschenbild propagiert hatten.[51]

Gemischt waren die Reaktionen aus der NS-affinen Szene auf die Facebook-Gemeinschaft *Identitäre Bewegung Deutschland* (IBD), die in Anlehnung an französische Vorbilder im Oktober 2012 gegründet worden war und sich im Netz rasch verbreitete. Misstrauen und Ablehnung erregte vor allem die Distanzierung der *Identitären* vom „Rassismus" und die Berufung auf eine schwammige „ethnokulturelle Identität", die an die Stelle von „Volk" als „Genbestand und biologische Schicksalsgemein-

47 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 29.
48 Vgl. ebd., S. 111.
49 Vgl. Julia Jüttner/Hendrik Ternieden, Rechtsrocker bekommt Bewährungsstrafe, in: Spiegel Online vom 15. Oktober 2012.
50 Vgl. nur Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Lagebild Aktionsorientierter Rechtsextremismus. „Netzwerk Freie Kräfte" dominiert Berliner Rechtsextremismus, Berlin 2013.
51 Vgl. Thomas Heise, Razzia bei „unsterblichen" Neonazis, in: Spiegel Online vom 19. Juni 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schaft“[52] trete. Unklar blieb, welche Personenkreise sich hinter der virtuellen Präsentation der *Identitären* verbargen.

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Politisch-religiöser Fundamentalismus war wie in den Jahren zuvor in erster Linie bei den nach einem Gottesstaat strebenden Islamisten verbreitet. Sie bildeten unter den Muslimen in Deutschland eine kleine, wenn auch überaus aktive, Minderheit. Sie waren zudem untereinander vielfach heftig zerstritten und meist auf die Konfliktherde ihrer Heimatländer fixiert. Allerdings nahm insbesondere unter Immigranten der zweiten und dritten Einwanderergeneration wie auch unter zum Islam konvertierten Deutschstämmigen die Zahl derer rasch zu, die Deutschland als Missions- und Kampfgebiet ansahen, also auf eine Veränderung der inneren Kräftekonstellation zielten.

Dies galt vor allem für einen beträchtlichen Teil der von den Behörden so genannten „Salafisten“, eine nicht zuletzt vom saudi-arabischen Wahhabismus beeinflusste radikale Strömung, deren Anhängerzahl im Laufe des Jahres 2012 auf rund 4.500 Personen anstieg.[53] Sie wurde in der Öffentlichkeit oft mit Gewaltorientierung und Terrorismus identifiziert, bildete jedoch in strategischer Hinsicht keine Einheit. Anhänger jihadistischer Gruppierungen standen neben politischen Salafisten, die ihre Ziele vor allem durch Wort und Schrift verfolgten – wie etwa mittels Verteilung kostenloser Koran-Exemplare in städtischen Fußgängerzonen.[54] Ein in Deutschland neues Phänomen waren die gewaltsamen salafistischen Ausschreitungen, die rechtspopulistische Muslimfeinde im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf durch Provokationen wie das Zeigen von Mohammed-Karikaturen vor Moscheen anstachelten. In Solingen und Bonn griffen Salafisten Polizeibeamte an, die für Ordnung im Demonstrationsgeschehen zu sorgen hatten. Das Landgericht Bonn verhängte gegen den Salafisten Murat K., den „Prototyp des Fanatikers“[55], der zwei Polizisten mit einem Messer schwer verletzt hatte, eine sechsjährige Haftstrafe.

Die salafistische Konfrontationsgewalt ähnelte den seit langem bekannten Formen der Links-Rechts-Auseinandersetzung und ließ sich insofern als Folge einer Anpassung der Szene an bekannte Formen politisch motivierter Straßenmilitanz deuten.[56] Doch waren die Übergänge zu jihadistischen Kreisen fließend, wie etwa das Verbot der Vereinigung *Millatu Ibrahim* durch den Bundesminister des Innern im Mai ver-

52 „Reaktionen sächsischer Rechtsextremisten auf die Gründung der ‚Identitären Bewegung Deutschlands‘ (IBD)“, unter: http://www.verfassungsschutz.sachsen.de1372.htm (16. Januar 2013).

53 Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 203.

54 Vgl. Christoph Ehrhardt, Hammerfett wird es erst im Paradies, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. April 2012, S. 3.

55 Zitiert nach: Jörg Diehl, Prototyp eines Fanatikers. Urteil gegen Salafisten Murat K., in: Spiegel Online vom 19. Oktober 2012.

56 Vgl. Behnam Said, Salafismus – ein deutscher Extremismus, in: SIAK-Journal. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis 19 (2013), H. 1, S. 19-32, hier: S. 23 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deutlichte. Sie habe die Ausschreitungen in Solingen und Bonn in „Kampfvideos" gerechtfertigt und zu weiteren Gewalttaten aufgerufen.[57] Nach Einschätzung professioneller Beobachter war das von Mohamed Mahmoud geführte Netzwerk bestrebt, „in Deutschland einsitzende muslimische Gefangene zu betreuen, sie zu radikalisieren und in dschihadistisch-salafistische Netzwerke einzubinden".[58] Gegen zwei weitere salafistische Gruppierungen (*DawaFFM* und *Die wahre Religion*) wurden vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Im Unterschied zu diesen Vereinigungen agierten salafistische Unterstützer terroristischer Gruppierungen meist streng konspirativ. Das galt etwa für die bereits im Jahr 2011 festgenommenen Mitglieder der sogenannten *Düsseldorfer Zelle* der internationalen Terrororganisation *Al Qaida*, gegen welche die Bundesanwaltschaft im April 2012 Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf erhob. Ihnen wurde u.a. die Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen in Deutschland zur Last gelegt.[59] Wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erging im April und September Haftbefehl gegen mutmaßliche Unterstützer der im Ausland aktiven *Islamischen Bewegung Usbekistans* (IBU). Zu den Aufgaben des 20-jährigen deutschen und afghanischen Staatsangehörigen Mohammed Salim A. habe es u.a. gehört, „Informationsmaterial über die aktuelle politische Situation in Deutschland zu sammeln und an die Medienstelle der ‚IBU' in Waziristan zu übermitteln. Zudem soll er dafür zuständig gewesen sein, in Deutschland Kämpfer für den militanten Jihad der ‚IBU' zu rekrutieren und Gelder für die Organisation zu beschaffen. Zuletzt soll er beabsichtigt haben, aus Deutschland auszureisen und sich der terroristischen Vereinigung vor Ort in Waziristan anzuschließen."[60] Die Sicherheitsbehörden warnten eindringlich vor der Gefahr der Rückkehr deutscher Jihadisten aus ausländischen terroristischen Ausbildungslagern und (Bürger-)Kriegsgebieten.[61]

Unterstützer internationaler Jihadisten und sonstiger gewaltorientierter Gruppierungen bildeten unter den von den Verfassungsschutzbehörden erfassten islamischen Extremisten eine kleine Minderheit. Die Ende 2012 auf 42.550 (Ende 2010: 38.080) geschätzten Mitglieder extremistischer islamistischer Vereinigungen agierten in ihrer großen Mehrheit gewaltfrei.[62] Dabei überwogen Islamisten türkischer Herkunft bei weitem.

Das Gros der von den Verfassungsschutzbehörden erfassten Islamisten entfiel auf die in der Türkei verbotene, in Deutschland gewaltfrei agierende Vereinigung *Millî Görüş* (IGMG), der rund 31.000 Mitglieder in mehr als 323 Moschee- und Kulturvereinen zugerechnet wurden.[63] Trotz erkennbarer Bestrebungen in der Organisations-

57 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 201, 204 f.
58 Anna Reimann, Islamismus in Deutschland: Innenminister Friedrich verbietet Salafistenverein, in: Spiegel Online vom 14. Juni 2012.
59 Vgl. Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 10 vom 3. Mai 2012.
60 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichthof, Pressemitteilung Nr. 24 vom 18. September 2012. Siehe auch ders., Pressemitteilung Nr. 7 vom 17. April 2012.
61 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 15), S. 209.
62 Vgl. ebd., S. 202.
63 Vgl. ebd., S. 262.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

leitung, die Aktivitäten stärker religiös auszurichten und die Verbindungen zur türkischen *Saadet Partei* (SP) zu lockern, hielten die Behörden ihre Einstufung als „extremistisch“ aufrecht.

Tabelle 6: Mitglieder islamistischer Organisationen, 2010-2012

	2010	2011	2012
IGMG	30.000	31.000	31.000
MB	1.300	1.300	1.300
Hizb Allah	900	950	950
Türkische Hizbullah	350	350	350
HAMAS	300	300	300
Tablighi Jama’at	700	700	700
Nordkaukasische Separatistenbewegung	500	500	500
Salafisten	?	3.800	4.500
Gesamtmitgliederzahl	37.470	38.080	42.550

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2011 und 2012.

Die rund 1.300 Anhänger der *Muslimbruderschaft* (MB) in Deutschland schöpften angesichts des Bedeutungsgewinns ihrer ägyptischen Mutterorganisation infolge der Präsidentschaft Mohammed Mursis Hoffnung auf eine Vergrößerung ihres gesellschaftlichen Einflusses. Sie scharten sich wie in den Vorjahren um die Vereinigungen *Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.* (IGD) und *Muslimische Jugend in Deutschland e.V.* (MJD). Entsprechende Islamische Zentren existierten neben der Kölner Zentrale in Braunschweig, Frankfurt am Main, Marburg, München, Münster, Nürnberg und Stuttgart.[64] Deren Aktivitäten waren strategisch darauf gerichtet, Freiräume für ein nach den Regeln islamischen Recht geführtes Leben zu erkämpfen. Dies schloss eine untergeordnete Rolle der Frau mit ein.

Die unverändert auf ca. 300 Personen geschätzten Anhänger der „Islamischen Widerstandsbewegung“ *HAMAS* in Deutschland widmeten sich der Unterstützung der Organisation im Gaza-Streifen. Infolge der militärischen Eskalation vom November 2012 zwischen den israelischen Streitkräften und der Militärorganisation in Gaza, die erstmals technisch in der Lage war, israelische Großstädte mit Raketen anzugreifen, kam es zu antiisraelischen Demonstrationen.[65]

Die rund 900 Anhänger der schiitisch-islamistischen *Hizb Allah* bemühten sich weiterhin um die Unterstützung der schiitisch-fundamentalistischen, aggressiv-antiisraelisch agierenden Mutterorganisation im Libanon. Bei ihren Demonstrationen – etwa gegen den islamfeindlichen Film „The Innocence of Muslims“ im September – konnte

64 Vgl. ebd., S. 260.
65 Vgl. ebd., S. 246.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Organisation aufgrund der Umbrüche im Nahen Osten gewisse Mobilisierungserfolge erzielen, ohne dass sich dies aber in der Mitgliederzahl niederschlug.

Als *Türkische Hizbullah* beobachteten die Behörden im „Rückzugsraum“[66] Deutschland lebende Funktionäre einer in Nordkurdistan teilweise gewaltsam operierenden Organisation überwiegend sunnitischer Kurden, die auf die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in der Türkei hinarbeiteten. Die Anhänger (Ende 2012 rund 350 Personen) sammelten Spenden, verteilten Publikationen und veranstalteten Zusammenkünfte zur Unterstützung ihrer Gesinnungsgenossen in der Heimat.

Gegen die Vereinigung *Hizb ut-Tahrir* (unverändert rund 300 Anhänger Ende 2012) bestand weiterhin ein Betätigungsverbot in Deutschland. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wies die Klage der Organisation im Juni 2012 zurück. Ihre Ziele stünden „in klarem Gegensatz zu den Werten der [Menschenrechts-]Konvention, namentlich dem Bekenntnis zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte und der Unantastbarkeit menschlichen Lebens.“[67]

Die Zahl der Anhänger der 1926 in Indien entstandenen, den Lehren der islamistischen Deoband-Schule verpflichteten Missionierungsbewegung *Tablighi Jama'at* (TJ) staginierte.[68] TJ-Stützpunkte existierten in Berlin, Bochum, Friedrichsdorf (Hessen), Hamburg, Hannover, Köln, München und Pappenheim (Bayern).

Die *Nordkaukasische Separatistenbewegung* (NKSB) blieb in die *Tschetschenische Republik Itschkeria* (CRI) und das *Kaukasische Emirat* gespalten. Die Zahl der in Deutschland gewaltfrei agierenden Unterstützer veranschlagten die Verfassungsschutzbehörden auf insgesamt rund 500.[69]

5. Vergleich und Ausblick

Die öffentliche Wahrnehmung im Themenfeld „innere Sicherheit“ wurde 2012 überwiegend von den NSU-Ermittlungen beherrscht. Wesentlichen Anteil daran hatten die vier Untersuchungsausschüsse, die sich in Berlin, Dresden, Erfurt und München um eine Aufklärung des Jahre zurückliegenden Geschehens bemühten. Der gewalttätige Rechtsextremismus und sein organisiertes Umfeld geriet damit zwangsläufig in den Mittelpunkt, zumal die Sicherheitsbehörden durch zahlreiche Exekutivmaßnahmen ihre Entschlossenheit bei seiner Bekämpfung zu dokumentieren suchten. Andere Formen politischer Militanz (vor allem die von links, weniger die islamistische) gerieten dadurch etwas in den Hintergrund. Doch war ihnen allen die marginale Stellung im politischen Kräftefeld gemeinsam. Denn die Flügel des politischen Spektrums wurden wie eh und je von wahlpolitisch-legalistischen Formationen beherrscht.

66 Vgl. ebd., S. 251.
67 Zitiert nach ebd., S. 253.
68 Ebd., S. 254.
69 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die *Linke* bemühte sich angesichts des im Jahr 2011 vor allem im westlichen Deutschland offenbar gewordenen Einflussverlusts durch einen Führungswechsel um Konsolidierung, konnte dabei jedoch keine durchschlagenden Erfolge erzielen, zumal neue Protestformationen wie die (nicht-extremistischen) „Piraten" die Wettbewerbssituation verschärften. Doch war die Lage der Partei ungleich komfortabler als die der Rechtsaußenformation NPD, die auf weit niedrigerem Niveau und mit wenig Erfolg um Konsolidierung rang. Sie drohte, von anderen Wettbewerbern überrundet zu werden. Die schwierige Finanzlage, das sich konkretisierende Verbotsverfahren und die Unglaubwürdigkeit des Kurses „seriöser Radikalität" für gemäßigtere wie radikaler Kräfte verdüsterten die Zukunftsaussichten der Parteianhänger.

Mit Blick auf das Jahr 2013 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die NPD am politischen Abgrund vorbeisteuern, oder war mit dem offenen Ausbruch schwerer innerparteilicher Konflikte zu rechnen? Würde es der *Linken* mit ihrer neuen Parteiführung gelingen, die politische Talsohle wieder zu verlassen und im westlichen Deutschland in den Genuss größerer Wählergunst zu gelangen? Oder war im Gegenteil mit einer Schwächung auch der östlichen Hochburgen zu rechnen? Und welche Konsequenzen hätte dies für wahlpolitische Konkurrenten wie militante Ränder? Würde die im Jahr 2012 in Erscheinung getretene neue Konfrontationslinie zwischen militanten Islamisten und Muslimfeinden weiter an Bedeutung gewinnen und die altbekannte Rechts-Links-Auseinandersetzung überlagern? Und schließlich: Könnte sich die in Teilen abstrakte Bedrohung durch den internationalen Terrorismus konkretisieren und andere Herausforderungen für die innere Sicherheit in den Hintergrund drängen?

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dokumentation 2012: Was will Die Rechte? Zur Gründung einer neuen rechtsextremen Partei

Von Alexander Gallus

1. Präsentation

Ende Mai 2012 traf die Partei Die Rechte unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu ihrem Gründungsparteitag in Hamburg zusammen. Zum Bundesvorsitzenden wurde ihr Hauptinitiator gewählt: Christian Worch, zuvor bekannt als Aktivist in der neonationalsozialistischen Szene bereits ab den 1970er Jahren und als Organisator zahlreicher rechtsextremer Kundgebungen.[1] In den Vorstand wurden mit Ingeborg Lobocki und Martin Ziegler zwei ehemalige Mitglieder der Deutschen Volksunion (DVU) gewählt, gefolgt von Dennis Giemsch und Sascha Krolzig aus dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten"[2] auf dem zweiten Bundesparteitag im Oktober 2012. Die zwei hatten zuvor im Nationalen Widerstand Dortmund (NWDO) bzw. der Kameradschaft Hamm (KS Hamm), beide im Jahr 2012 durch den nordrhein-westfälischen Innenminister verbotene neonationalsozialistische Vereine, führend mitgewirkt. Damit ist bereits das doppelte Reservoir benannt, aus dem sich Die Rechte speist: aus Restbeständen der DVU sowie aus den Zerfallsprodukten verbotener rechtsextremer Vereinigungen, die – eingehegt in einer Partei – vom Parteienprivileg profitieren und vor weiterer Verbannung in die Illegalität geschützt sind. Darüber hinaus betrachtet sich Die Rechte als Alternative zu den Rechtsaußen-Parteien der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Republikaner (REP) – beide in den Augen der Rechten im Abwärtstrend – sowie von PRO Deutschland.

Davon handelt auch in großen Teilen der hier dokumentierte Text: Die Rechte sei radikaler als REP und PRO-Bewegungen, hingegen „weniger radikal" als die NPD, unabhängig davon, ob diese „ihre Radikalität nun für seriös erklärt oder nicht". Alle drei Gruppierungen kennzeichnen laut Die Rechte „Verkrustungen personeller wie organisatorischer Natur". Es liege an diesem Mangel an Transparenz, dass ein großer Teil „patriotisch bis nationalistisch gesinnte Aktivisten lieber außerhalb von Parteien bleiben". Das soll sich mit Die Rechte ändern, die dieses ungenutzte Potenzial für und durch die neue Partei politisch zu kanalisieren wie zu mobilisieren beabsichtigt.

1 Zur Person siehe: Martin Thein, Biographisches Porträt: Christian Worch, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 204-214.

2 Vgl. zum Hintergrund Marc Brandstetter, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Ebd., S. 185-203.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ihren „selbsterklärenden“ Namen habe Die Rechte bewusst gewählt; sie nennt ihn sogar den „größten Aktivposten“ der Partei. Er sei nicht so „verbrannt“ wie jener der NPD, nicht so „belanglos-beliebig“ wie jener der REP und auch nicht so „allerweltsmäßig-mißverständlich“ wie derjenige der PRO-Bewegung. Die „Assoziation zu DIE LINKE“, heißt es, ist „bewußt“ gewählt und „gewollt“. Schließlich sei es der SED-Nachfolgepartei gelungen, „aus der Schusslinie der Belastung durch ihre Vergangenheit“ zu gelangen und „in ihrem politischen Segment nicht nur marktführend, sondern geradezu marktbeherrschend“ zu werden. Vergleichbares strebe unter gewandelten politischen Richtungsvorzeichen auch Die Rechte an. In Anlehnung an die Partei Die Linke hat sie sogar das Fähnchen (rotes Dreieck) auf dem „i“, allerdings nun nach rechts wehend, in ihrem Logo übernommen. Wie Die Linke ziele auch Die Rechte auf gesellschaftliche Akzeptanz. Es gelte die „Normalbürger“ anzusprechen, allein schon mit Hilfe der „höchst einfachen Argumentation“: „Wenn es eine Linke gibt, sollte es folgerichtig auch eine Rechte geben“.

Bislang liegt der Schwerpunkt der Rechten in Nordrhein-Westfalen (insbesondere: Dortmund), wenngleich der Sitz der Partei Worchs Wohnort Parchim in Mecklenburg-Vorpommern ist. Bis August 2013 gelang die Gründung vier weiterer Landesverbände: in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Niedersachsen. Dabei profitierte die Partei von je unterschiedlichen Gruppen: neben ehemaligen Mitgliedern der DVU und verbotener „Kameradschaften“ in Hessen beispielsweise von enttäuschten NPD-Anhängern – darunter Pierre Levien, der in der Folge zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden von Die Rechte avancierte. Weitere Landesverbände sollen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ins Leben gerufen werden.[3] Der Verfassungsschutzbericht für 2012 verzeichnet eine Mitgliederzahl von 150.[4] Andere Angaben sprechen von 213 und 360 Parteimitgliedern.[5] An der Bundestagswahl 2013 ist Die Rechte nur mit einer Landesliste in Nordrhein-Westfalen beteiligt. Eigenen Angaben zufolge konzentriert sie sich auf eine erfolgreiche Teilnahme an den Europawahlen 2014. Einen Stimmenanteil von mehr als 0,5 Prozent zu erringen, hieße zu reüssieren, weil sie dann von der staatlichen Parteienfinanzierung profitierte. Dies würde zugleich den Status von Die Rechte als Partei festigen. Denn als Auffangbecken für Mitglieder verbotener Vereine könnte sie Gefahr laufen, selbst entsprechend als Vereinigung und nicht als Partei gewertet zu werden und so möglicherweise einem Verbot durch die Verwaltungsbehörden anheimzufallen.

3 Vgl. ts, Worch-Partei breitet sich aus, in: blick nach rechts vom 5. August 2013 (unter: http://www.bnr.de).

4 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin 2013, S. 106. Darin, S. 106-109, findet sich eine kompakte Darstellung zur bisherigen Entwicklung von Die Rechte; siehe zudem Philipp Wittrock/Florian Diekmann/Christina Hebel, Neue Rechtspartei will NPD ersetzen, in: Spiegel Online vom 27. Juli 2012; Felix M. Steiner, Kaum Erfolgschancen für neue Neonazi-Partei, in: Zeit Online vom 14. August 2012; Marc Brandstetter, „Die Rechte“ in Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 58 (2013), H. 2, S. 13-16.

5 Vgl. Stefan Schölermann, „Die Rechte“ aus dem Internet verschwunden, Stand: 17. Januar 2013, unter: http://www.ndr.de/regional/dossiers/der_norden_schaut_hin/internet/dierechte109.html (15. September 2013); ts, Worch-Partei zur Bundestagswahl, in: blick nach rechts vom 16. Juli 2013 (unter: http://www.bnr.de).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Insgesamt präsentiert Die Rechte, die ihr Parteiprogramm – nur „sprachlich wie inhaltlich modernisiert", wie es heißt – von der DVU übernommen hat und darin ein obligatorisches Bekenntnis zur Ordnung des Grundgesetzes mit nationalistischen Tönen verbindet[6], ein unklares Bild. Einerseits gibt sie selbst an, „nicht unwesentlich auf den Trümmern der DVU" aufzubauen und hinter der Radikalität der NPD zurückbleiben zu wollen, andererseits steht ihr Begründer Christian Worch – betrachtet man seinen Werdegang – für Aktionismus neonationalsozialistischer Couleur. Die bislang größten Mobilisierungseffekte rund um Dortmund beruhten auf dem Zulauf von Angehörigen aus den Reihen der „freien Kräfte", nun illegaler rechtsextremer Vereinigungen. Dies deutet darauf hin, dass Worchs Partei in jenem Milieu am meisten Erfolge erzielt und erhoffen kann, in dem sich ihr Protagonist über Jahrzehnte hinweg gleichsam als Anti-Parteien-Mann einen entsprechenden Ruf erarbeitet hat: im neonationalsozialistischen Kampf um die Straße. Eine darüber hinaus weisende Integrationswirkung innerhalb des diversifizierten rechtsextremen Spektrums erscheint dagegen fraglich.

2. Dokumentation

Warum DIE RECHTE?[7]
Veröffentlicht am 8. Juni 2012 von Redaktion

Zuerst einmal müßte man die Gegenfrage stellen: Was denn sonst? – Und um diese Frage zu beantworten, muß man sich mal anschauen, was es in der Parteienlandschaft rechts der Unionsparteien denn so alles gibt.

Da hätten wir zunächst einmal die NPD, die für sich selbst „Marktführerschaft" innerhalb dieses allerdings nicht wirklich großen „Marktsegments" beansprucht. Was sachlich insofern richtig ist, als sie seit knapp drei Jahren die einzige Rechtspartei ist, die zumindest auf Landesebene parlamentarisch vertreten ist. Das allein bringt es aber auch nicht. Denn seit Jahren ist die Mitgliederentwicklung der NPD rückläufig. Seit der Amtsübernahme durch Holger Apfel sind auch die Wahlergebnisse (in bisher drei West-Ländern) rückläufig. Insbesondere aber hat Holger Apfel auch ein gutes halbes Jahr nach der Ablösung von Udo Voigt nicht klarmachen können, was er sich unter „seriöser Radikalität" denn nun genau vorstellt. Während die NPD unter Udo Voigts Führung in den letzten Jahren stagnierte, begibt sie sich unter der Führung von Holger Apfel noch erkennbarer in den Sinkflug.

6 Programm der Partei DIE RECHTE, unter: http://worch.info/die-rechte/pdf/Parteiprogramm.pdf (15. September 2013).

7 Der Text ist der Internetseite www.die-rechte.com unverändert entnommen: http://worch.info/die-rechte/?p=499 (14. September 2013); in eckigen Klammern finden sich lediglich kleinere Rechtschreibfehler korrigiert, Kursivsetzungen waren im Original Unterstreichungen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Des weiteren hätten wir die Republikaner, die an reiner Zahl der Mitglieder sehr wohl mit der NPD konkurrieren könnte, wenn man davon absieht, daß diese Mitglieder weitgehendst passiv sind. Denn obwohl das Finanzvolumen der REPs sich mit dem der NPD sehr wohl messen kann (rund drei Millionen Euro im Jahr), ist von der Partei herzlich wenig zu sehen oder zu hören. Vielleicht liegt es am Dauervorsitzenden Dr. Rolf Schlierer, unter dessen Führung die einstmals bedeutsamste und perspektivischste Rechtspartei sich in den Westländern langsam den Null-Komma-Ergebnissen der NPD annähert und in den Ost-Bundesländern irgendwie nicht einmal mehr richtig wahrnehmbar ist. Aber egal, wie erfolglos die REPs unter Dr. Schlierer sind; jemand, der ihn ablösen wollte und könnte, ist offenbar nicht in Sicht (oder schon frühzeitig von ihm aus der Partei „herausgebissen" worden), so daß die Abwärtsentwicklung der REPs sich mutmaßlich fortsetzen wird.

Und dann gibt es da noch die PRO-Bewegung. Die ist immerhin ein bißchen pe[r]spektivisch. Ausreichen wird das aber wohl kaum. Denn wir haben es hier nicht mit einer bund[e]sweiten, insofern nach außen hin einheitlichen Partei zu tun, sondern mit einem Konglomerat von Organisationen. Da wäre erst einmal die „Keimzelle" von PRO, der Verein „PRO Köln e.V.", der es immerhin geschafft hat, in einer Millionenstadt auf über 5 Prozent der Wählerstimmen zu kommen. Aber dafür halt auf diese Millionenstadt beschränkt ist. Dann haben wir gleich zwei Parteien: die Landespartei PRO NRW, die es nur im Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt, und die Partei PRO Deutschland, die allerdings bisher nur einen einzigen Landesverband (in Berlin) hat. Und dann gibt es noch ein bißchen von dem, was man im Mittelalter „Streubesitz" genannt hätte, PRO Bayern, PRO Heilbronn, PRO Sachsen und so weiter und so fort. Alles in allem nach Eigenangaben mit rund zweieinhalbtausend Mitgliedern halb soviel, wie NPD und REPs jeweils in ihren Mitgliederlisten stehen haben. Wobei man die Eigenangaben von PRO immer mit einiger Skepsis betrachten sollte.

Nun hat mit der bewußten, möglicherweise sogar böswilligen Zerschlagung der DVU die NPD vorgemacht, wie man (erfolglos) „aus zwei eins macht". Schon seit etwa zwei Jahren reden PRO und REPs darüber, das nachzumachen, wobei sie natürlich hoffen, mit einem Projekt „REPRO" erfolgreicher zu sein als die NPD mit der DVU. (Wobei der Name „REPRO" natürlich einen gewissen Charme hätte. Ob der allein es rausreißt, ist eine andere Frage.) Das Projekt kommt aber bestenfalls schleppend voran. Im Hintergrund wird gemunkelt, daß das nicht zuletzt auf die etwas mangelhafte „Chemie" zwischen Markus Beisicht (Chef von PRO NRW) und Manfred Rouhs (Chef von PRO Deutschland) zurückzuführen sein könnte. Vielleicht müssen die beiden sich erst einmal einigen, wer in der „PRO-Bewegung" das erste Alphatier ist und wer das zweite, bevor es mit dem netten republikanischen Nachbarn dann auch klappt. …

Ein paar kleinere Parteien bleiben bei der Betrachtung einfach mal außen vor; sonst kommt man vom Hundertsten ins Tausendste. Bringt ja auch nicht viel.

Fazit: Auf absehbare Zeit ist mit den derzeit bestehenden Parteien rechts der Unions-Schwestern nicht wirklich viel anzufangen. Mit keiner alleine, und auch nicht mit allen gemeinsam, weil die sich einfach nicht grün genug sind.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Damit ist nach dem endgültigen Untergang der DVU die Zeit reif für ein neues Projekt.

Der größte Aktivposten der Partei DIE RECHTE ist ihr Name.

Er ist das aus zwei Gründen.

Zum einen ist dieser Name selbsterklärend. Er ist nicht so verbrannt wie der der NPD, an dem sie krampfhaft festhält. (Immerhin hätte im Zuge der NPD-DVU-Fusion die NPD ja die historische Chance gehabt, ihren Namen zu ändern. Sie hat das nicht gewollt. Pech gehabt.) Er ist nicht so belanglos-beliebig wie der der REPUBLIKANER, der in Amerika ziehen mag, aber nicht hierzulande. Und auch nicht so allerweltsmäßig-mißverständlich wie der der verschiedenen „PROs".

Zum anderen ist die Assoziation zu DIE LINKE bewußt und gewollt.

Die mauermörderische SED hat es geschafft, sich durch zweimaligen Namenswechsel aus der Schußlinie der Belastung durch ihre Vergangenheit zu nehmen. Sie ist daher in ihrem politischen Segment nicht nur martkführend, sondern geradezu marktbeherrschend. Und sie schafft damit einen bemerkenswerten Spagat: Von einstmals ministeriablen Sozen wie Oskar Lafontaine bis hin zu der vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich beobachteten „Kommunistischen Plattform" innerhalb der Partei DIE LINKE.

Und dieser Assoziation wegen kann man auch mit höchst einfacher Argumentation den Normalbürger ansprechen: Wenn es eine Linke gibt, sollte es folgerichtig auch eine Rechte geben; auf einem Bein steht es sich schlecht, und dann kann auch die ganze angebliche oder tatsächliche Mitte mit auf den Bauch fallen.

Nun werden wir gefragt, wie wir uns eigentlich strategisch positionieren wollen.

Eigentlich liegt diese Frage auf der Hand. Das Parteiprogramm von DIE RECHTE ist von der alten DVU übernommen, in etlichen Punkten allerdings sprachlich wie inhaltlich modernisiert und ergänzt. Die strategische Positionierung einer Partei ergibt sich zuallererst aus ihrem Programm.

Manchen Leuten wird das nicht reichen. (Oder sie haben keine Lust, ein Programm zu lesen, das dreizehn relativ eng bedruckte Seiten umfaßt.) Für die können wir es auch auf eine einfache Formel bringen. DIE RECHTE ist weniger radikal als die NPD, gleichviel, ob die NPD ihre Radikalität nun für seriös erlärt oder nicht. Und sie ist radikaler als die REPs und die „PRO-Bewegung" oder ein theoretisch möglicher, aber eher unwahrscheinlicher Zusammenschluß von beiden als „REPRO".

Und auch Verkrustungen personeller wie organisatorischer Natur, wie es sie in extremem Maße bei der NPD gibt und in immerhin noch erkennbar starkem Maße bei REPs und PRO, wollen wir auf jeden Fall vermeiden. Diese Verkrustungen und mangelnde Transparenz sehen wir als einen wesentlichen Grund, warum deutlich mehr patriotisch bis nationalistisch gesinnte Aktivisten lieber außerhalb von Parteien bleiben als sich einer Partei anzuschließen und in ihr mitzubestimmen.

Freiheit beginnt bekanntlich von innen. Wenn die innere Freiheit einer Partei nicht gewährleistet ist, wenn sie nicht bereit und imstande ist, ein breites Spektrum von im Einzelfall sogar gegensätzlichen Meinungen auszuhalten, dann kann sie sich nach außen hin auch nicht freiheitlich nennen. Da aber die Partei DIE RECHTE nicht unwe-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sentlich auf den Trümmern der DVU aufbaut und da die DVU sich (ob nun zu Recht oder nicht) immer als freiheitlich definiert hat, liegt auf der Hand, daß wir auch DIE RECHTE so sehen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Linksextremistische Musik in Deutschland

Von Ulrike Madest

1. Einleitung

Linksextremistische Musik ist in Deutschland grundsätzlich kein neues Phänomen. Parolen, die Hass gegen den Staat schüren und Gewalt gegen Polizeibeamte verherrlichen, finden sich bereits in verschiedenen Musiktexten der 1980er Jahre. In dem Song „Bullenschweine" der Punk-Band „Slime" heißt es etwa: „Wir wollen keine Bullenschweine. Dies ist ein Aufruf zur Revolte, dies ist ein Aufruf zur Gewalt. Bomben baun, Waffen klauen, den Bullen auf die Fresse hauen: Haut die Bullen platt wie Stullen. Stampft die Polizei zu Brei. Haut den Pigs die Fresse ein, nur ein totes ist ein gutes Schwein."[1] Dass solche Texte die Hemmschwelle für Gewaltanwendung sinken lassen können, zeigten Straßenkrawalle und Randale in Berlin. Nach einem „Slime" Konzert im Dezember 2010 attackierten etwa hundert Vermummte Polizeibeamte mit Steinen, Flaschen und Eisklumpen und zertrümmerten Schaufensterscheiben sowie einen Geldautomaten.[2] Im Februar 2011 kam es nach einem „Slime"-Auftritt im Berliner Grand Hotel Esplanade erneuert zu schweren Ausschreitungen mit einer Schadenshöhe von 10.000 Euro.[3] Mit Blick auf diese Fälle lässt sich zwar kein kausaler, sehr wohl aber ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Musik mit linksextremistischen Bezügen und Gewaltanwendungen herstellen.

Obwohl linksextremistische Musik bis in die 1980er Jahre zurückreicht, sind bisher kaum strafrechtliche und zivilgesellschaftliche Konsequenzen auf diesem Gebiet gezogen worden. Die bislang eher zögerliche Beschäftigung lässt sich auf eine erst in den vergangenen Jahren wachsende Problemwahrnehmung sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in den Sicherheitsbehörden zurückführen. Das Problembewusstsein schlägt sich unter anderem in der Aufnahme des Themenfeldes in die Verfassungsschutzberichte nieder. Während sich im Jahr 2008 noch keine Verfassungsschutzbehörde mit linksextremistischer Musik befasste, nehmen sich die Länder Niedersachsen, Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz in ihren Jahresberichten für 2011 der Thematik an. Ebenso spiegeln mehrere Indizierungsentscheidungen die Problematik von linksextremistischer Hassmusik wider. Im Oktober 2010 wurde beispielsweise die CD „Anti"

1 „Slime", „Bullenschweine", auf: „Slime I", 1981, Lied-Nr. 14.

2 Vgl. Hannes Heine/Johannes Süßmann, „Slime-Konzerte: Polizei am zweiten Abend besser vorbereitet", unter: http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/nach-krawall-in-kreuzberg-slime-konzerte-polizei-am-zweiten-abend-besser-vorbereitet/3626924.html vom 17. Dezember 2010 (29. April 2013).

3 Vgl. o. V., „Chaoten wüten bei Filmpremiere", unter: http://www.bz-berlin.de/tatorte/chaoten-wueten-bei-film-premiere-article1119844.html vom 16. Februar 2011 (29. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

von der brandenburgischen Gruppe „DieVisitor“ auf den Index der jugendgefährdenden Medien gesetzt.[4] Ausschlaggebend war das zu Gewalt aufrufende Lied „Copkiller“, in dem es heißt: „Du brichst zusammen wie ein nasser Sack. All Cops are bastards. Scheiß Bullenpack. Dein Blut fließt über den Asphalt. Deine Kollegen mach ich auch noch kalt.“[5]

Im Vergleich zu rechtsextremistischer Musik finden sich in den Medien kaum Presseartikel zu linksextremistischer Musik. Und wenn doch, tragen die Artikel nicht immer zur Steigerung des Problembewusstseins gegenüber dieser Form der Hassmusik bei. So zitiert Arno Frank in der Tageszeitung „taz“ einen Liedtext der Band „Normahl“, in dem es unter anderem heißt: „Haut die Bullen platt wie Stullen / Haut ihnen ins Gesicht […] / Bis dass der Schädel bricht“[6] und bezeichnet ihn als „rührende[s] Artefakt der kämpferischen Achtzigerjahre“.[7] Solche Einschätzungen verharmlosen die zur Gewalt aufrufenden Musiktexte.

Während über rechtsextremistische Musik eine Reihe von Publikationen vorliegt[8], mangelt es an Arbeiten zur Musik im linksextremistischen Bereich. Eckhard Jesse fasste dieses asymmetrische Verhältnis prägnant zusammen: „Alle Welt redet über rechtsextremistische Musik, doch ist zu wenig das Pendant Linksaußen bekannt.“[9] Die Abhandlung soll daher das Phänomen linksextremistischer Musik in den Blick nehmen. Ziel der Arbeit ist es, zum einen den Begriff „linksextremistische Musik“ zu klären und zum anderen ausgewählte Beispiele hinsichtlich ihrer Texte zu analysieren. Denn die Bezeichnung „linksextremistisch“ kann bei Musik nur an den Texten, nicht am Musikstil festgemacht werden.[10] Daher stehen die Musiktexte im Mittelpunkt der Abhandlung. Der zugrundeliegende Textkorpus setzt sich aus 40 Musiktexten mit Bezügen zum Linksextremismus zusammen. Da die überwiegenden Musikbeispiele von brandenburgischen Bands stammen[11], erhebt die Studie keinen Anspruch auf Repräsentativität.

---

4 Vgl. BPjM, Entscheidung Nr. 9506 (V) vom 11. Oktober 2010.

5 „DieVisitor“, „Copkiller“, auf: „Anti“, 2008, Lied-Nr. 7.

6 „Normahl“, „Bullenschweine“, zit. n. Arno Frank, „Polizei entdeckt Punk-Klassiker“, unter: http://www.taz.de/!110583/ vom 7. Februar 2013 (11. April 2013).

7 Ebd.

8 Vgl. beispielsweise Christian Dornbusch/Jan Raabe, RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Hamburg/Münster 2002; Mahmut Kural, Rechtsrock. Einstiegsdroge in rechtsextremes Gedankengut? Saarbrücken 2007; Georg Schuppener (Hrsg.), Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik, Leipzig 2008; Gabi Elverich/Michaela Glaser/Tabea Schlimbach (Hrsg.), Rechtsextreme Musik. Ihre Funktionen für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis, Halle 2009.

9 Eckhard Jesse, „Haut die Bullen platt wie Stullen“, unter: http://www.welt.de/kultur/literarische welt/ article13829112/Haut-die-Bullen-platt-wie-Stullen.html vom 27. Januar 2012 (16. April 2013).

10 Vgl. zur rechtsextremistischen Bezeichnung bei Musik: „Die Bezeichnung ‚rechtsextremistisch’ bezieht sich bei der Musik offensichtlich auf die Texte, nicht auf den Musikstil als solchen. Jede Musik kann – zumindest theoretisch – mit rechtsextremistischen Texten versehen werden.“ Verfassungsschutz Berlin (Hrsg.), Rechtsextremistische Musik, in: Rechtsextremistische Skinheads, Berlin 2003, S. 56-70, hier: S. 57.

11 Die Studie wurde ursprünglich als Auftragsarbeit für den Verfassungsschutz Brandenburg erstellt.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Abhandlung bietet zunächst eine Definition des Begriffs „linksextremistische Musik“. Dieser Begriff bedarf einer Präzisierung, da es sich keineswegs nur um im Rahmen der Kunstfreiheit politisch provozierende Texte handelt, sondern linksextremistische Ideologieelemente unübersehbar sind. Danach geht es um die Analyse linksextremistischer Musiktexte anhand des synchronen Textbeschreibungsmodells von Doreen Löffler.[12] Das Modell wurde insofern leicht modifiziert, als die sogenannte Ikonizitätsdimension (Interaktion von Text und Bild)[13] keinen Eingang in die Analyse findet. Die Analyse der Musiktexte erfolgt anhand der Situations- und Sozialdimension (textexterne Kriterien) sowie anhand der Sach-, Struktur- und Funktionsdimension (textinterne Kriterien). Die abschließenden Thesen haben teils zusammenfassenden, teils weiterführenden Charakter.

2. Definition von linksextremistischer Musik

Eine Definition von linksextremistischer Musik setzt eine Klärung der Begriffe Extremismus und Linksextremismus voraus. Extremismus ist im politikwissenschaftlichen Verständnis eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Bestrebungen und Einstellungen, die sich gegen die Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates richten.[14] Dazu zählen Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Die Ablehnung der Grundprinzipien und -werte der modernen Demokratie ist folglich das verbindende Element der verschiedenen Varianten des politischen Extremismus. Diese Negativdefinition ähnelt dem juristischen bzw. verfassungsschützerischen Verständnis von Extremismus, da in diesem Sinne politische Bestrebungen als extremistisch gelten, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung[15] wenden. Die Unterschiede zwischen den Extremismusdefinitionen fasst Armin Pfahl-Traughber in zwei Punkten zusammen: Erstens, das juristische Verständnis von Extremismus ist enger gefasst, da es sich

12 Vgl. Doreen Löffler, Ratgebertexte und Öffentlichkeit im Spannungsfeld der sozialen Systeme Erziehung, Familie und Massenmedien, in: Christina Gansel (Hrsg.), Textsorten und Systemtheorie, Göttingen 2008, S. 251-272.

13 Vgl. ebd., S. 258. Die Dimension eignet sich grundsätzlich zur Auswertung von entsprechendem Musikvideomaterial. Da jedoch nur wenige Beispiele aus dem Korpus ein offizielles Musikvideo aufweisen, wird sie in diesem Beitrag nicht betrachtet.

14 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33.

15 Das Bundesverfassungsgericht hat die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Jahre 1952 wie folgt definiert: die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Regierung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit aller politischen Parteien und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Vgl. BVerfGE, 1 BvB 1/51 vom 23. Oktober 1952, Absatz-Nr. 38.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

an der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland orientiert. Zweitens, der politikwissenschaftliche Extremismusbegriff umfasst im Gegensatz zum juristischen nicht nur politische Bestrebungen im Sinne von Personenzusammenschlüssen, sondern auch Einstellungen und Ideologien.[16] Da die verschiedenen Spielarten des Extremismus Gemeinsamkeiten in wesentlichen Strukturmerkmalen aufweisen, lässt sich ergänzend eine Positivdefinition von Extremismus formulieren. So sind Dogmatismus, Fanatismus, Aktionismus, identitäre Gesellschaftskonzeption, Verschwörungstheorien und Freund-Feind-Denken für alle extremistischen Doktrinen kennzeichnend.[17]

Neben Rechtsextremismus und religiösem Fundamentalismus bildet der Linksextremismus eine Variante des politischen Extremismus. Obgleich Linksextremismus keine homogene Größe darstellt, besteht seine zentrale Position in der Absolutsetzung des Gleichheitsprinzips, welches das Freiheitsprinzip überlagert. Anhand der Einstellung zum Staat lassen sich zwei wesentliche Ideologieströmungen innerhalb des Linksextremismus unterscheiden: die revolutionär-marxistische und die anarchistische. Während die erstgenannte die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zugunsten eines sozialistischen Staates abschaffen will, lehnt die letztgenannte den Staat als institutionelles Gefüge gänzlich ab und tritt für die Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ein. Als Subgruppen des revolutionären Marxismus können Marxisten-Leninisten, Trotzkisten und Stalinisten voneinander abgegrenzt werden, während zur anarchistischen Ideologieströmung traditionelle Anarchisten und Autonome zählen.[18]

Der Begriff „linksextremistische Musik“ wird hier als eine Sammelbezeichnung für die Kombination von Texten mit linksextremistischen Ideologiefragmenten und unterschiedlichen Musikstilen definiert. Musiktexte mit gewaltpropagierenden Inhalten gegen Personen weisen zudem einen höheren Grad an Extremismusintensität auf als solche Texte, die Hass gegen den Staat und die freiheitliche demokratische Grundordnung schüren. Selbstaussagen der Band auf der offiziellen Internetseite, in Interviews oder bei Auftritten können als weiteres Indiz für die linksextremistische Einordnung der Musik dienen. Sollte zum Beispiel eine nicht-linksextremistische Band mit einem Song auf einem Sampler für die „Rote Hilfe e.V.“ vertreten sein, kann von „Musik mit linksextremistischen Bezügen“ gesprochen werden.

Abgrenzungsprobleme ergeben sich insofern generell für linksextremistische Bestrebungen, als Linksextremisten sich zum einen hinter teils positiv besetzten Begriffen wie Antifaschismus verstecken und so ihre wahren Absichten verschleiern. Dieses Problem kann ebenso auf musikalischer Ebene auftreten. Zum anderen gibt es Grenzfälle bei der Zuordnung von Musik als demokratisch oder linksextremistisch. Im Spannungsfeld zwischen politischer Provokation im Rahmen der Kunstfreiheit[19] und Ver-

16 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite, Brühl 2010, S. 4.

17 Vgl. Backes (FN 14), S. 298-318; Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

18 Vgl. Pfahl-Traughber (FN 16), S. 4 f.

19 „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“, Art. 5 Abs. 3 GG.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mittlung linksextremistischer Ideologie stellt sich grundsätzlich die Frage: Welchen Grad an Extremismusintensität müssen Musiktexte erreichen, um nicht mehr unter den Schutzschirm der künstlerischen Freiheit zu fallen? Nicht jede politisch provozierende Musik kann und soll als linksextremistisch bezeichnet werden. Kritik ist nicht nur ein legitimer, sondern auch notwendiger Bestandteil einer freien, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft. Um drastische Kritik sowie überspitzte Ironie von linksextremistischen Inhalten zu unterscheiden, ist eine präzise Analyse der Musiktexte erforderlich. Hierfür ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu dem Song „Deutschland muss sterben“[20] von „Slime“ aus dem Jahre 2000 maßgebend: „Das Lied […] ist Kunst im Sinne dieses Grundrechts. […] Bei dem Lied […] handelt es sich erkennbar um eine plakative, drastische Kritik mit satirischem Einschlag an gesellschaftlichen und politischen Zuständen in Deutschland.“[21] Anders sind jedoch die Musiktexte mit Aufrufen zur Gewalt gegen Personen zu bewerten, wie sie von der Band „Slime“ ebenso bekannt sind.

3. Analyse

3.1. Situationsdimension

Die Situationsdimension beschreibt den situativen Kontext, in welchem linksextremistische Musik produziert und rezipiert wird. Die Verbreitung von Musik aus dem linksextremistischen Spektrum erfolgt hauptsächlich über CDs durch Musikvertriebe sowie über Internetplattformen, auf Konzerten, im Freizeit- und Alkoholkonsumkontext, bei Demonstrationen und auf Schulhöfen. Konzerte, Demonstrationen und Freizeitveranstaltungen können durch das gemeinsame Erleben und Handeln wichtige Anknüpfungspunkte zur linksextremistischen Szene herstellen. Dieser Sachverhalt gilt ebenso für den rechtsextremistischen Bereich. Ein wesentlicher Unterschied zur rechtsextremistischen Musikszene besteht jedoch in dem Auftrittsverhalten von Gruppen mit linksextremistischen Bezügen. Während Rechtsextremisten nur mit anderen rechtsextremistischen Bands auftreten, findet sich im linksextremistischen Musikbereich eine bunte Mischung: Linksextremisten treten sowohl mit gleich- und ähnlichgesinnten Musikgruppen als auch mit unpolitischen auf.[22]

---

20 „Wo Faschisten und Multis das Land regiern, wo Leben und Umwelt keinen interessieren, wo alle Menschen ihr Recht verliern, da kann eigentlich nur noch eins passieren: Deutschland muß sterben, damit wir leben können […] Wo Raketen und Panzer den Frieden sichern, AK‘s und Computer das Leben verbessern, bewaffnete Roboter überall, doch Deutschland, wir bringen Dich zu Fall.“ „Slime“, „Deutschland“, auf: „Slime I“, 1981, Lied-Nr. 12.

21 BVerfGE, 1 BvR 581/00 vom 3. November 2000, Absatz-Nr. 1-33.

22 Vgl. Gordian Meyer-Plath, Lagebild zur rechts- und linksextremistischen Musik in Brandenburg, in: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.), Kultur des Hasses. Extremisten und Musik. Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes am 16. Juni 2011 in Potsdam, Potsdam 2011, S. 18-35, hier: S. 31.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Verbreitung linksextremistischer Musiktexte durch Schulhof-CDs stellt insofern eine gefährliche Entwicklung dar, als Jugendliche dadurch direkt mit linksextremistischer Propaganda in Kontakt kommen können. Im Jahr 2007 vertrieb die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) eine sogenannte „Rote Schulhof-CD“[23] als Gegenreaktion auf das Schulhof-CD Projekt der NPD.[24] Unter dem Titel „Gemeinsam gegen Rechts“ unterstrich der Sampler die marxistisch-leninistische Ausrichtung der Organisation. Neben Liedern der kommunistischen Arbeiterbewegung der 1930er Jahre und der Hymne der Freien Deutschen Jugend in der DDR fanden sich Liedtexte, welche die Oktoberrevolution als ein positives historisches Ereignis herausstellten.[25] Tobias Höfler, damaliger Landesvorsitzender der SDAJ in Bayern, stellte die Botschaft der Schulhof-CD wie folgt dar: „Unsere CD steht dafür […], solidarisch zu handeln, sich zu organisieren und gemeinsam für eine andere Gesellschaft – den Sozialismus – einzutreten.“[26] Die Sampler „Bundeswehrfreie Zone“[27], „Küsst die Faschisten. Antifaschistische Schulhof-CD“[28] und „Bundeswehr raus aus den Schulen“[29] können als weitere Schulhof-CDs aus dem linksextremistischen Spektrum angeführt werden.

Neben der Produktion von CDs greifen Musikgruppen aus dem linksextremistischen Bereich zunehmend auf das Medium Internet zurück, um ihre Songs auf den Plattformen Facebook, Myspace oder YouTube kostenlos für ein breites Publikum bereitzustellen. Zugleich können die Hörer durch Kommentar- bzw. Gästebuchfunktionen mit den Gruppen in Kontakt treten. Musiker mit linksextremistischen Bezügen nutzen solche Internetplattformen auch für politische Botschaften. So veröffentlichte der Sänger Torsun Burkhardt der Band „Egotronic“ eine Büttenrede auf seinem Blog, in der er die deutschen Opfer der Bombardierung Dresdens im Frühjahr 1945 verhöhnt: „des worn kei mensche, des warn fiescher. zum glück kame dann noch die fliescher. der dresdner war ein schlimmer finger. darum verlor er seinen zwinger […]. die bombe kam man musst sich ducken. dafür konnt man danach weit gucken […]. sir arthur harris sagte keck. jetzt bombe mer die oper weg […]. ein dach, ein fenster, eine wand. am ende nur noch flaches land. des war, ich hab da so ne ahnung. die alliierte landschafts-

23 Vgl. SDAJ, „Gemeinsam gegen Rechts. Die Rote Schulhof CD”, 2007, unter: http://sdaj-owl.de/archives/47-Rote-Schulhof-CD-der-SDAJ.html vom 25. Juni 2007 (2. Mai 2013).

24 „Um die kulturelle Hegemonie auf deutschen Schulhöfen nicht den Rechten zu überlassen, produziert die SDAJ die ‚Rote Schulhof-CD – gemeinsam gegen Rechts’. Interessierte Jugendliche können die unbedacht angenommene NPD-Scheibe gegen die Scheibe der SDAJ eintauschen.“ SDAJ Ostwestfalen Lippe, „Rote Schulhof-CD der SDAJ“, unter: http://sdaj-owl.de/archives/47-Rote-Schulhof-CD-der-SDAJ.html vom 25. Juni 2007 (22. April 2013).

25 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2007, S. 160.

26 Markus Bernhardt, „Wir wollen die Schüler für linke Politik begeistern“. SDAJ verteilt rote Schulhof-CD um gegen rechts zu protestieren. Schwerpunkt ist Bayern. Ein Gespräch mit Tobias Höfler, in: junge welt vom 24. September 2007, S. 8.

27 Vgl. SDAJ/Junge Welt, „Bundeswehrfreie Zone“, ohne Jahr, unter: http://bwfrei.blogsport.de/der-cd-sampler/ (29. April 2013).

28 Vgl. Antifaschistisches Jugendbündnis Trier, „Küsst die Faschisten. Antifaschistische Schulhof-CD“, 2011, unter: http://antifajugendtrier.blogsport.de/ (28. April 2013).

29 Vgl. SDAJ/Linksjugend Solid, „Bundeswehr raus aus den Schulen“, 2013, unter: http://www.sdaj-netz.de/blog/2013/01/bundeswehr-raus-aus-den-schulen-gemeinsamer-sampler-mit-linksjugend-solid/ (28. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

planung. […] so war die dresdner bombenacht. humor is wenn man trotzdem lacht. […] ich muss die aliierten loben. denn alles gute kam von oben. passt auf jetzt kommt ein schenkelklopfer. die deutsche ware auch nur opfer. darauf wird herzlich ein gesoffe. hier hats die rischtische getroffe".[30] Die Auszüge veranschaulichen die ideologische Nähe des Sängers zur antideutschen Ideologie.[31] An Gedenktagen zur Bombardierung Dresdens im Jahre 1945 vertreten antideutsche Autonome ebenfalls Losungen wie „Keine Träne für Dresden", „Deutsche Täter sind keine Opfer" oder „Bomber-Harris – do it again!".[32]

3.2. Sozialdimension

Die Sozialdimension erfasst die Handlungsrollen der Kommunikationsteilnehmer.[33] Wer Musik als Kommunikation betrachtet, erkennt zwei relevante Rollen: die Musikgruppen respektive der Musiker und die Hörer. Erstgenannte sind in der Rolle der Emittenten: Sie selektieren die Information und die Art der Mitteilung für die Musikkonsumenten.

Aufgrund des dürftigen Forschungsstandes lassen sich weder auf Musiker- noch auf Hörerseite stichhaltige Aussagen über soziale Charakteristika – wie Geschlecht, Alter oder Bildungsniveau – treffen. Mit Berücksichtigung der Genderperspektive scheint Musik mit linksextremistischen Bezügen jedoch eine männliche Domäne zu sein, da nur wenige Frauen als Bandmitglieder aktiv sind. Stilistisch dominieren Punk und Hip-Hop die linksextremistische Musikszene, während Elektronik, Ska oder Kampflieder im klassischen Stil eher selten in diesem Bereich anzutreffen sind. Die seit 1979 existierende Punk-Band Slime gilt als „Klassiker" im linksextremistischen Musikspektrum. In den 1980er Jahren wurde sie bundesweit bekannt aufgrund ihrer Hass-Songs wie „A.C.A.B.", „Bullenschweine" oder „Deutschland muß sterben", die „im ganzen Land den ‚Soundtrack' zu militanten Demos abgaben".[34] Ihr Selbstverständnis gibt Slime auf ihrer offiziellen Internetseite wie folgt wieder: „Die Band war und blieb

30 Torsun Burkhardt, „dresden lacht zur fastnacht", unter: http://torsun.blogsport.de/2010/02/14/dresden-lacht-zur-fassenacht/ vom 14. Februar 2010 (6. März 2013).

31 „Hauptbestandteil antideutscher Ideologie ist die bedingungslose Solidarität mit der Politik des Staates Israels und dem jüdischen Volk. Antideutsche sprechen sich – in Befürchtung eines neuerlichen, von Deutschland ausgehenden Holocaust – für eine massive Unterstützung des Staates Israels und des Judentums aus und stehen oft positiv zu den USA als deren Schutzmacht. Antideutsche befürchten ein Erstarken des deutschen Nationalismus und ein großdeutsches ‚Viertes Reich', sie lehnen daher einen deutschen Nationalstaat insgesamt ab. Im linksextremistischen Umfeld treten Antideutsche verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor." Bundesamt für Verfassungsschutz, unter: http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar, ohne Datum (29. April 2013).

32 Vgl. Rudolf van Hüllen, „Antiimperialistische" und „antideutsche" Strömungen im deutschen Linksextremismus, unter: http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33626/antideutsche-und-antiimperialisten?p=all vom 16. April 2008 (29. April 2013).

33 Vgl. Löffler (FN 12), S. 260.

34 Vgl. „Slime", „Bandgeschichte 1979-1982", unter: http://www.slime.de/bandgeschichte/1979-bis-1982/ (23. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sinnbild des musikalischen Widerstandes gegen Staat und Faschisten, Polizeiterror und Unrecht, Träger vieler Hoffnungen auf eine Utopie: ein Leben ohne Unterdrückung durch den Staat.“[35] Diese Aussage bringt die ablehnende Haltung gegen den Staat als „Repressionsapparat“ zum Ausdruck.

Die Unterscheidung zwischen der Text- und der Musikdimension liefert Anhaltspunkte, um Musikhörer voneinander zu unterscheiden. Analog zu den rechtsextremistischen Musikhörern lassen sich drei idealtypische Gruppen bilden.[36] Die erste Gruppe hört linksextremistische Musik aufgrund ihrer politischen Gesinnung. Der musikalische Stil sowie die Qualität der Musik spielen gegenüber den Texten eine untergeordnete Rolle. Die zweite Gruppe umfasst solche Hörer, die losgelöst von politischen Positionen ausschließlich an der Musik interessiert sind. Die politische Gesinnung der Band ist entweder nicht von Bedeutung oder zweitrangig. Die dritte Gruppe nimmt eine Zwischenstellung zwischen der ersten und der zweiten Gruppe ein: Die Musikkonsumenten interessieren sich zwar für die Texte, sind aber nicht unbedingt linksextremistisch orientiert. Die Authentizität der Band spielt hier eine wesentliche Rolle: „Die Musiker kommen aus den gleichen Verhältnissen wie ihre Fans, leben wie sie, trinken mit ihnen, beantworten ihre Briefe, verschicken oft ihre Platten und Konzertdaten selbst. Es sind Stars zum Anfassen, Idole mit Bodenhaftung.“[37]

3.3. Sachdimension

Die Sachdimension bezieht sich auf die Themenfelder der Texte. In den Texten der untersuchten Bands mit linksextremistischen Bezügen liegt der Schwerpunkt auf den Themenfeldern Antirepression, Antifaschismus und Antistaatlichkeit/Antisystem. Antimilitarismus, Antikapitalismus, Antiglobalisierung und Antirassismus spielen hingegen eine untergeordnete bzw. gar keine Rolle. Texte im Bereich Antistaatlichkeit/Antisystem gehen zumeist mit dem Ziel einher, den Staat oder das System auf revolutionärem oder gewalttätigem Weg zu beseitigen. So singt die Band „Wicked World“ von „Bomben auf den Staat“[38], während die Punkgruppe „WIZO“ eine Revolution für die Anarchie herbeisehnt: „Strommast sägen Bomben legen. Ab und zu ein Attentat. Sprengt die Knäste. Sprengt Paläste. Sprengt die Schweine in die Luft […]. Viel zu lang gabs Unterdrückung. Steinigt diesen Staat. Eine Revolution für den Frieden und für Freiheit. Eine Revolution für die Anarchie. Einen Kampf der Unterdrückung einen Kampf dem System. Einen Kampf für die Anarchie“[39].

---

35 Vgl. „Slime“, „Bandgeschichte 1983-1989“, unter: http://www.slime.de/bandgeschichte/1983-bis-1989/ (23. April 2013).

36 Vgl. Klaus Farin, Rechtsrock – Eine Bestandsaufnahme, in: PopScriptum 5. Rechte Musik, hrsg. vom Forschungszentrum Populäre Musik der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1995, unter: http://www2.hu-berlin.de/fpm/popscrip/themen/pst04/pst04_farin.pdf (25. April 2013), S. 3.

37 Ebd.

38 „Wicked World“, „Ich will Deutschland brennen sehen“, unter: http://www.myspace.com/video/wicked-world-drummer-gesucht/ich-will-deutschland-brennen-sehen-live-im-twh-am-11-9-09/63144993 vom 14. September 2009 (25. April 2013).

39 „WIZO“, „Kein Gerede“, auf: „Bleib Tapfer“, 1994, Lied-Nr. 19.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Bereich Antirepression werden Polizeibeamte als primärer Gegner wahrgenommen. Das Kürzel „A.C.A.B." („All cops are bastards") findet sich häufig in linksextremistischen Musiktexten wieder und drückt die Verachtung gegenüber den Beamten aus. Die Verunglimpfung geht zudem häufig mit Aufrufen zur Gewaltanwendung gegen Polizisten einher: „Die Polizei dein Freund und Helfer knall sie ab und hilf dir selber"[40]; „Bullenmord und Anarchie. Fuck off German history. Mollis und Dynamit nehm ich in meinem Beutel mit. Und mach mich damit auf zum Revier. Bullen brennen lichterloh. Alle feiern und sind froh. Bis das letzte Schwein verreckt bleiben wir"[41]; „Schüsse, Scherben, Kampf und Revolte. Hängt die Bullen auf und röstet ihre Schwänze. Schlagt sie tot, macht sie kalt".[42] Die Texte sind Ausdruck eines ideologisch motivierten Hasses gegen Polizeibeamte, die hier entwürdigt und entrechtet werden.

Im Themenfeld Antifaschismus werden nicht nur tatsächliche, sondern auch vermeintliche Rechtsextremisten als politische Gegner ausgemacht. Die Feindschaft reicht von Hass bis zur Propagierung von Gewalt. Als Beispiel für die gewalttätige Variante kann der Song „Selbstjustiz" von „Pestpocken" dienen. Darin heißt es: „Rottet euch zusammen und tretet ihnen die Fressen breit, verjagt die braunen Schatten der Vergangenheit. Selbstjustiz, Selbstjustiz. Schlagt zu und genießt, wie das Blut der Faschoschweine in den Rinnstein fließt."[43] Neben Polizisten bilden ebenso Rechtsextremisten eine Personengruppe, gegen die Musiker mit linksextremistischen Bezügen Gewalt propagieren. Obgleich sich ihre Aggression aus der menschenverachtenden Ideologie der Rechtsextremisten speisen mag, übertreten sie mit solchen gewaltaufFordernden Texten eindeutig eine Grenze, die als Kunst im Sinne des Grundrechts schwer zu rechtfertigen ist.

Als „Faschisten" bezeichnen Musiker mit Bezügen zum Linksextremismus jedoch nicht nur tatsächliche Rechtsextremisten, sondern auch Politiker und Polizisten. Als Beispiele können folgende Musiktexte dienen: „Staat, Politiker, Bullen. Die braune Fahne weht voran"[44]; „Den Faschos in die Fresse haun'. Uns ein neues Deutschland baun'. Dann ham' wir unsern eigenen Staat. Kein Kanzler und kein Bundesrat"[45] und „Früher waren es die Juden, du hast sie gejagt im KZ. Damals warst du bei der SS. Heute bist du Polizist. […] Fascho Bulle. Fuck off".[46] In diesen Texten glauben die Musiker einen vermeintlichen Faschismus in den staatlichen Strukturen zu erkennen sowie den Angehörigen der SS als Polizisten in der Bundesrepublik Deutschland zu identifizieren.

40 „Krachakne", „Schieß doch Bulle", zit. n. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2010, Potsdam 2011, S. 116.
41 „SPN-X", „B & A", auf: „Nachrichten aus Arschland", 1997, Lied-Nr. 6.
42 „The Buttocks", „BGS GSG", auf: „The Buttocks", 1979, Lied-Nr. 1.
43 „Pestpocken", „Selbstjustiz", auf: „Pestpocken/Bad Nasty (Split)", 2003, Lied-Nr. 14.
44 „1. Mai '87", „Freund und Helfer", auf: „Wurzel", 1998, Lied-Nr. 5.
45 „BTM", „Time to Fight", unter: http://www.btmmusic.de/btm%20songtexte/time%20to%20fight.htm, ohne Datum (15. April 2013).
46 „Dödelhaie", „Fascho Bulle", auf: „Die beschissenen Jahre", 1997, Lied-Nr. 20.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3.4. Strukturdimension

Dieser Abschnitt behandelt die Struktur und die Stilistik der Texte. Hierfür werden das Schwarz-Weiß-Denken anhand der Freund-Feind-Stereotype und die Metaphorik zur Feindbildkonstruktion beleuchtet. Extremistische Doktrinen sind durch ein Freund-Feind-Denken strukturiert: „Das absolut Gute steht gegen das absolut Böse".[47] Darüber hinaus sind Feindbilder für das Denken von Extremisten konstitutiv, da sie ohne solche nicht auskommen.[48]

In Musiktexten mit linksextremistischen Bezügen sind die Feindbilder „Polizei" und „Rechtsextremismus" markant. In den Texten wird der Polizist als gewalttätiges, skrupelloses und vertrauensunwürdiges Subjekt charakterisiert: „Ohne Skrupel macht ihr Menschen kalt. Knüppel raus – Gewaltbereit […]. Bullenterror Tag und Nacht"[49]; „Argumente hat er nicht, führt den Knüppel ins Gesicht. Ja das ist der Mann in grün, der böse Polizist […] ist böse, schrecklich und gemein"[50]; „Wenn sich ein deutscher Polizist vor Freude in die Windel pisst, weil er grade irgendeinen quält"[51]; „Die Knüppelgarde legte los und spielte Knüppelwalzer auf unsren Köpfen wie famos. Die Bullen kommen nie im Frack, sondern mit dem Knüppel aus dem Sack und dann kriegst du 'ne Prügelkur, die sich gewaschen hat"[52] und „Grün weiße Schlägertrupps missbrauchen ihre Macht".[53] In den Beispielen werden die Polizisten zum Verbrecher umgedeutet: Sie stehen nicht länger als „Freund und Helfer" für den Schutz des Einzelnen ein, sondern verursachen „Bullenterror". Die Angst und Wut gegenüber Polizeibeamten scheint sich aus den polizeilichen Zwangsmitteln sowie aus Überreaktionen von Polizisten bei Demonstrationen zu speisen. Mit Blick auf Erstgenanntes vergessen Musiker mit Bezügen zum Linksextremismus jedoch, dass diese an Gesetze und Recht gebunden sind und daher ihre Zwangsmittel nicht willkürlich einsetzen. Obgleich Zweitgenanntes berechtigte Kritik und Einwände bei Bürgern hervorruft, versuchen die Musiker dies zu nutzen, um ein undifferenziertes und verzerrtes Bild von „dem gewalttätigen Polizisten" zu zeichnen.

Rechtsextremisten werden in den Texten mit linksextremistischen Bezügen häufig als „Nazis" oder „Faschoschweine" bezeichnet und als geistig unterentwickelt sowie gewalttätig dargestellt. Im Gegensatz zum Feindbild „Polizeibeamte" wird die Begründung für die Antizipation mit dem Negativen zwar fragmentarisch genannt, jedoch nicht weiter ausgeführt. Dies mag daran liegen, dass die Verachtung von Rechtsex-

47 Eckhard Jesse, Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2006, S. 5-22, hier: S. 7.
48 Vgl. ebd.
49 „BTM", „A.C.A.B.", unter: http://www.btmmusic.de/btm%20songtexte/acab.htm, ohne Datum (25. April 2013).
50 „Klartext", „Mann in grün", auf: „Kalte Stadt", 2006, Lied-Nr. 10.
51 „SPN-X", „B & A", auf: „Nachrichten aus Arschland", 1997, Lied-Nr. 6.
52 „Die Zusamm-Rottung", „Die Bullen kommen nie im Frack", auf: „Jetzt Erst Recht", 1989, Lied-Nr. 11.
53 „Pestpocken", „Freiheit oder Tod", auf: „Freiheit oder Tod", 1998, Lied-Nr. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tremismus als gesellschaftlicher Konsens gelten kann und es daher kaum der Begründung für den Widerstand gegen Rechtsextremismus bedarf.

Das Feindbild „Politiker" spielt in den Musiktexten eine untergeordnete Rolle. Politiker werden häufig abwertend als „Bonzen" oder „Faschisten" bezeichnet, die sich durch Egoismus auszeichnen und nur an Geld und Macht interessiert sind. Zugleich geht mit diesem Feindbild eine Dichotomie zwischen „denen da oben" und „wir hier unten" einher: „Von unbändiger Habgier der Herrschenden drangsaliert. Niedertracht und Egoismus wird durch Politiker forciert. Mit dem Rücken an der Wand gibt's kein Entrinnen mehr, von Repressionen geknechtet setzen wir uns jetzt zur Wehr. […] Dieser Staat muss sterben. Das Ende der Tyrannei!"[54] und „Den Bonzen ist egal, was mit dir [Polizist] passiert. Die sind nur interessiert an Macht und Profit".[55]

Im Gegensatz zu den Feindbildern spielen die Freundbilder kaum eine Rolle und bleiben meist im Verborgenen. Mit Blick auf die Erzählperspektive neigen die untersuchten Musiktexte eher zur Wir- als zur Ich-Form. Das „Wir" bleibt in der Regel jedoch unbestimmt und kann sich daher auf die Band oder auf Gleichgesinnte beziehen. In wenigen Texten aus dem Korpus finden sich dagegen konkrete Anhaltspunkte für Freundbilder: „der kleine Mann", „Punker" und „Zecken".

Mit Blick auf die Metaphorik zur Feindbildkonstruktion finden sich in linksextremistischen Musiktexten hauptsächlich Tier- und Kampfmetaphern. „Bullen", „Bullenschweine", „Bonzenschweine", „Nazischweine" oder „Faschoschweine" sind prototypische Beispiele für Tiermetaphern. Durch den Entzug zentraler menschlicher Eigenschaften und die Herabstufung auf die Tierebene wird der Feind dehumanisiert.[56] Die bildliche Sprache vom Schwein impliziert zudem ein gemeines, brutales und dreckiges Subjekt.[57] Die Verwendung von Kampfmetaphern bezieht sich auf die Konstruktion eines faktischen Kriegszustandes mit dem Feind. Darüber hinaus eignet sich die Metaphorik für die Betonung des Aggressionspotenzials des Feindes, um daraus Maßnahmen des Widerstandes und der Gegenwehr abzuleiten[58]: „Deine Front ist jetzt die Straße. Alle werden von dir erbarmungslos gehetzt. […] Bei jeder Straßenschlacht bist du dabei. Du bist der rechte Arm der Polizei. Aus Demonstranten werden feindliche Soldaten, und du wirst sie mit der Waffe erwarten."[59] Und „Wenn die Faschos wieder aufmarschieren, dann ist es Zeit zu reagieren. An die Waffen in die Schlacht jetzt wird den Faschos Gang gemacht".[60] Im ersten Beispiel wird die Aggressivität des Polizisten verbildlicht. Dessen „Front" sei die Straße, welche er im Szenario einer „Straßenschlacht" mit Waffen gegen „feindliche Soldaten" (Demonstranten) verteidigt. Im

54 „Pestpocken", „Die Schonzeit ist vorbei", auf: „Kein Ausweg", 2007, Lied-Nr. 7.
55 „Die Zusamm-Rottung", „Hey, Bulle", auf: „Das Reich der wilden Tiere", 1998, Lied-Nr. 3.
56 Vgl. Bernhard Pörksen, Die Metapher als Mittel der Feindbildkonstruktion, in: Ders., Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch neonazistischer Medien, Wiesbaden 2000, S. 169-202, hier: S. 185.
57 Ebd., S. 186.
58 Ebd., S. 201.
59 „Dödelhaie", „Fascho Bulle", auf: „Die beschissenen Jahre", 1997, Lied-Nr. 20.
60 „Vergänglich", „In die Schlacht", unter: http://www.youtube.com/watch?v=wicwz20tDOg vom 15. Juli 2012 (25. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zweiten Beispiel wird auf den Aufmarsch von Neonationalsozialisten reagiert, indem mit Waffen in die „Schlacht“ gegen „Faschos“ gezogen wird. So tritt der Text nicht für einen friedlichen Widerstand gegen Rechtsextremismus ein, sondern wirbt für einen gewalttätigen Antifaschismus.

3.5. Funktionsdimension

Welche Funktionen erfüllt Musik in der linksextremistischen Szene? Neben der Unterhaltungs- und Provokationsfunktion bildet vor allem der Ideologietransport durch das Musikmedium eine wichtige Funktion für die Gewinnung neuer Anhänger im linksextremistischen Bereich (Rekrutierungsfunktion). „Holger Burner“, der seinen Hip-Hop als „Propagandarap“[61] bezeichnet und Texte wie „Ich will Uzis verteilen von Hamburg bis München mit dem Aufruf die Chefs aller Banken zu lynchen“[62] in seinem Repertoire hat, betont die ideologische Vermittlung durch seine Musik: „Etwas Besseres, als Kämpfe mit meiner Musik zu unterstützen, kann es nicht geben“.[63] Neben der Ideologievermittlung lässt sich mit dem Verkauf von Musik auch Geld für linksextremistische Organisationen und Projekte sammeln (Finanzierungsfunktion). Im Jahr 2011 geschah dies zum Beispiel für die linksextremistische Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe e.V.: „[Der Rote Hilfe CD Sampler] kostet 15€ und der Erlös kommt natürlich zu 100% der Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe zugute.“[64] Wenn keine konkreten Organisationen und Projekte mit dem Erlös durch den Musikverkauf unterstützt werden sollen, lehnen Musiker mit Bezügen zum Linksextremismus in der Regel den kommerziellen Handel ab. Aufgrund ihrer antikapitalistischen Haltung stellen sie ihre Musik zumeist kostenlos im Internet zur Verfügung, oder sie bieten den Erwerb ihrer CD für einen geringen Preis an.

Die in den Musiktexten aufgegriffenen Feindbilder „Polizei“ und „Rechtsextremismus“ erfüllen vielfältige Funktionen für die linksextremistische Musikszene. Im Wesentlichen dienen sie dazu, sich nach außen abzugrenzen und ihr Selbstverständnis zu generieren (Identitätsfunktion). Die identitätsstiftende Funktion trägt zur Inszenierung einer Gruppenzugehörigkeit bei, die Personen mit gleichen politischen Positionen oder ähnlichem Erfahrungskontext – wie beispielsweise gegenüber der Polizei oder gegenüber Rechtsextremisten – vereint. Darüber hinaus steigern Feindbilder Bedrohungsgefühle und stärken dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe (Integrationsfunktion). Während mit der Beschreibung des Polizisten als gewalttätige, skrupellose und vertrauensunwürdige Person ein Angstobjekt geschaffen wird, lässt die

61 Vgl. „Holger Burner“, „About“, unter: http://www.holger-burner.de/about.html, ohne Datum (28. April 2013).
62 „Holger Burner“, „Ketten zerreißen“, auf: „Cypherpropaganda“, ohne Jahr, Lied-Nr. 1.
63 „Holger Burner“, zit. n. Maik Söhler, „Der Agit-Rapper“, in: ver.di PUBLIK, Heft-Nr. 4, Berlin 2007, S. 24.
64 Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Greifswald, „Rote Hilfe – Der Sampler!“, unter: http://rotehilfegreifswald.blogsport.de/category/zeitschriften-und-andere-publikationen/ vom 24. Juni 2011 (28. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dehumanisierende Etikettierung „Bullenschwein“ die Hemmschwelle für die Gewaltanwendung gegen dieses Angstobjekt stark sinken. Die Feindbilder dienen zudem dazu, die komplexe Wirklichkeit in einem dualistischen Rigorismus zwischen Gut und Böse stark zu vereinfachen (Pauschalisierungsfunktion). Schließlich kommt Feindbildern die Funktion zu, Anhänger zu mobilisieren (Mobilisierungsfunktion). Denn schließlich ist es im Namen des Antifaschismus leichter, für die „gute Sache“ zu werben als durch das Eintreten für eine anarchistische Gesellschaft.[65]

Aus sprachwissenschaftlicher Perspektive wird die Mobilisierungsfunktion durch Imperativsätze realisiert. Die folgenden Textauszüge dienen als Beispiele:

> „Macht endlich Schluss mit was Euch quält, auf dieser Welt. Stellt die Regierung an die Wand. Räumt auf! Räumt auf! Räumt endlich auf in diesem Land“[66]; „Wer keinen Mut zu kämpfen hat ist in der falschen Szene, denn wir haben Blut geleckt und zeigen dem Staat die Zähne. Selbstjustiz, Selbstjustiz. Streift die Opferrolle ab, damit aus Tätern Opfer werden wie einst in Stalingrad. Rottet euch zusammen und tretet ihnen die Fressen breit, verjagt die braunen Schatten der Vergangenheit. Selbstjustiz, Selbstjustiz. Schlagt zu und genießt, wie das Blut der Faschoschweine in den Rinnstein fließt“[67] und „Knall, diese Nazis und Faschoschweine […] Ich knall sie ab, knall sie ab, knall sie endlich ab! Ich knall sie ab! Knall sie ab! Knall sie endlich ab!“.[68]

Sätze mit appellativem Charakter sollen den Hörer zu einer bestimmten Handlung bewegen, die in linksextremistischen Musiktexten zumeist mit dem Aufruf zur Gewaltanwendung gegen Polizisten und Rechtsextremisten einhergeht. Zugleich wirken Gewalt und Militanz identitätsstiftend („Wer keinen Mut zu kämpfen hat, ist in der falschen Szene“).

4. Abschlussthesen

Erstens: Der Begriff „linksextremistische Musik“ meint eine Sammelbezeichnung für linksextremistische Texte mit unterschiedlichen Musikstilen. Die Musiktexte weisen unterschiedliche Grade an Extremismusintensität auf. Gewaltauffordernde Texte gegen Personen und Sachen besitzen einen höheren Grad an Extremismusintensität als Texte, die Hass gegen den demokratischen Verfassungsstaat schüren.

Zweitens: In den linksextremistischen Musiktexten finden sich die Kernprinzipien des autonomen Selbstverständnisses fragmentarisch wieder. So orientieren sich die Themenfelder der Texte an den wichtigsten Aktionsfeldern der Autonomen: Antirepression und Antifaschismus sowie Antistaatlichkeit/Antisystem als übergeordnetes Ziel. Diese Einschätzung lässt sich durch die häufigen Aufrufe zur Gewalt in den Mu-

65 Vgl. zu den Funktionen von Feindbildern Jesse (FN 47), S. 13-17.
66 „BUMS“, „Räumt auf“, auf „Räumt auf!“, 1998, Lied-Nr. 1.
67 „Pestpocken“, „Selbstjustiz“, auf: „Pestpocken/Bad Nasty (Split)“, 2003, Lied-Nr. 14.
68 „Anarchist Academy“, „Knall sie ab!“, auf: „Am Rande des Abgrunds“, 1993, Lied-Nr. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

siktexten stützen, da Gewaltanwendung ebenso für Autonome ein legitimer und normaler Handlungsstil darstellt.

Drittens: Feindbildkonstruktionen spielen bei linksextremistischer Musik eine wichtige Rolle. Sie dienen unter anderem dazu, Identität zu stiften, Anhänger zu mobilisieren und den Feind als „das Böse" schlechthin zu stigmatisieren. Die Feindbilder „Polizeibeamte" und (tatsächliche sowie vermeintliche) „Rechtsextremisten" dominieren in linksextremistischen Musiktexten. Die Verwendung von Tiermetaphern wie „Bullenschweine" oder „Nazischweine" tragen zudem dazu bei, den Feind zu entmenschlichen und die Hemmschwelle für Gewaltanwendung stark zu senken.

Viertens: Wie gut eignet sich Musik, um linksextremistische Inhalte zu transportieren? Der Weg über Musik kann ein effektives Mittel zur Ideologievermittlung insbesondere bei Jugendlichen sein, da sie Musik eine große Bedeutung zumessen. Dennoch ist die Wirkung von linksextremistischer Musik stark kontextabhängig. So scheint der Zugang zur linksextremistischen Szene durch Musik auf Konzerten oder auf Feiern wahrscheinlicher, wenn direkter Kontakt zu Szenemitgliedern besteht.

Fünftens: Obgleich linksextremistische Musik einen Zugang zur Szene ermöglicht, stellt sie keine Einstiegsdroge dar. Diese oft vertretene These scheint nicht haltbar. Der Begriff ist aufgrund seines Suchtkontextes zu stark, um die Funktion von Musik für den Einstieg in die Szene adäquat zu erfassen. Der Hörer von linksextremistischer Musik fällt weder in eine Art Rauschzustand, noch übernimmt er sofort linksextremistisches Gedankengut. Nur für sehr leichtgläubige Personen kann linksextremistische Musik eine Art Einstiegsdroge sein.

Sechstens: Im Internetzeitalter sind Indizierungen von linkextremistischer Musik wenig wirkungsvoll, da viele Lieder weiterhin auf Videoplattformen wie YouTube abrufbar sind. Dennoch stellen Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien noch immer ein sinnvolles Instrument dar, um solche Musik in ihrer Verbreitung einzudämmen sowie die Musiker finanziell zu schwächen. Letztgenanntes kann insbesondere für kleinere Bands ein K.O.-Kriterium für ihre Existenz bedeuten. Zugleich setzen Indizierungen ein wichtiges Signal gegenüber Musikern und Vertreibern, da sie ihnen aufzeigen, wann Inhalte gegen gesellschaftliche Grundwerte verstoßen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Muslimfeindlicher Rechtsextremismus? Pro-Bewegung als Teil eines internationalen Netzwerks

Von Uwe Backes

1. Muslimfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Xenophobie und Antisemitismus sind und waren in Deutschland – wie in anderen europäischen Ländern – auf der extremen Rechten des politischen Spektrums häufig anzutreffen, ohne dass sie zu notwendigen Bestandteilen einer zugleich antiliberalen und antiegalitären Position (wie die Kurzformel für „Rechtsextremismus" lauten könnte[1]) zu zählen wären. Bei der Muslimfeindschaft, also der pauschal-negativen Attribuierung des Kollektivs „Muslime"[2], scheint dies umso mehr zu gelten, führt man sich die Geschichte des „nationalen Lagers" nach 1945 vor Augen.[3] So war das Verhältnis zur muslimischen Welt in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in erster Linie von den Frontlinien des Nahostkonflikts geprägt. Nationalsozialistisch-arabisch-muslimische Allianzen der letzten Kriegsjahre wirkten nach und speisten romantisierende Geschichtsbilder deutsch-arabischer Affinitäten und Symbiosen.[4] Erst der an Breite gewinnende türkische Immigrationsstrom in die Bundesrepublik und die neue Problemwahrnehmung einer „Islamisierung" im Zuge der islamischen Revolution im Iran und ihrer Folgen führten zu einer antimuslimischen Frontenbildung. Allerdings verlief die Konfrontationslinie nie gerade. Unterschiede in den ideologischen Grundpositionen und strategischen Optionen verschiedener Strömungen der extremen Rechten erwiesen

1 Vgl. Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994, S. 83-85. Siehe dazu und zur Definitionsproblematik: Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006, S. 226-228.

2 Mit dem Terminus „Muslimfeindschaft" (statt „Islamophobie") folge ich leicht abweichend der terminologischen Empfehlung von: Armin Pfahl-Traughber, Die fehlende Trennschärfe des „Islamophobie"-Konzepts für die Vorurteilsforschung, in: Gideon Botsch/Olaf Glöckner/Christoph Kopke/Michael Spieker (Hrsg.), Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich, Berlin/Boston 2012, S. 11-28. Siehe zur Kritik am Islamophobiebegriff auch: Luzie H. Kahlweiß/Samuel Salzborn, „Islamophobie". Zur konzeptionellen und empirischen Fragwürdigkeit einer umstrittenen Kategorie, in: Ebd., S. 51-64.

3 Siehe für Einzelnachweise: Uwe Backes, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland und die muslimische Welt – eine Entwicklungsskizze, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 393-408.

4 Siehe auch Volker Weiss, Das Reich und der Islam. Kontinuitäten und Wandel aus historischer Perspektive, in: Claudia Globisch/Agnieszka Pufelska/ders. (Hrsg.), Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011, S. 227-243; Stefan Meining, Eine Moschee in Deutschland. Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Islam im Westen, München 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sich als unüberbrückbar. Während stärker in der Tradition des Deutschnationalismus stehende Gruppierungen mit ihren populistischen und nativistischen Ideologemen das „christliche Abendland" – mit einer Dramaturgie der Fortsetzung der historischen Reconquista und der Abwehr des „Türkensturms" – gegen die „heidnischen Muselmanen" und „Sarazenen" verteidigten, entdeckten Teile der nationalrevolutionären und völkischen Rechten in den „Angreifern" Bruchstücke ihres Spiegelbildes, ihrer Suche nach dem Eigenen, sahen die Gemeinsamkeiten auch in der Verteidigung gegen mächtige Feinde, zu denen sie nicht zuletzt das „Judäochristentum" in seiner Verflochtenheit mit dem Westen und dessen Hauptmacht in der Gegenwart, den USA, zählten.

Vor allem mit den Anschlägen des 11. September 2001 in New York und Washington ist das Thema „Islamisierung" zu einer Obsession der extremen Rechten in nahezu allen ihren Varianten geworden – selbst für diejenigen, die in Verschwörungstheorien über die Hintergründe von 9/11 schwelgen. Jedoch leben hinter der fast einheitlichen Antiislamisierungsrhetorik und -propaganda alte Trennungslinien im Verhältnis zu den Muslimen und der muslimischen Kultur fort. Eine Art Lackmustest erlaubt die Frage nach dem Zusammenspiel der Antiislamisierungspolitik mit dem Verhältnis zum Judentum und zum Staat Israel. Während das eine Lager den Kampf gegen die „Islamisierung" mit traditioneller, rassistisch gefärbter Antipathie gegenüber Juden und Israelis verbindet, sucht das andere den Schulterschluss mit „den Juden" im Kampf gegen „den Islam".

2. Pro-Bewegung und Muslimfeindlichkeit

Die neue Abwehrfront hat sich am rechten Flügel des deutschen und europäischen politischen Spektrums in einem sich über Jahre hinziehenden Prozess herausgebildet.[5] Dabei waren traditionelle Positionen zu überwinden und alte Gefolgsleute von der Notwendigkeit der folgenreichen Reorientierung zu überzeugen. Die Authentizität und Glaubwürdigkeit des neuen ideologisch-programmatischen Syndroms dürfte von Organisation zu Organisation unterschiedlich zu beurteilen sein. Auch ist davon auszugehen, dass im Inneren der muslimfeindlichen Parteien unter der Oberfläche Konflikte schwelen, die im Falle schwerer und anhaltender politischer Misserfolge unweigerlich zutage träten.

Der Kampf gegen die angebliche „Islamisierung" Deutschlands (und Europas) bildete von Anfang an einen Schwerpunkt der sogenannten Pro-Bewegung. Die Gründer der 1996 ins Leben gerufenen „Bürgerbewegung Pro Köln", der 1963 geborene Rechtsanwalt Markus Beisicht und der 1965 geborene Publizist Manfred Rouhs, ge-

5 Vgl. Yves Patrick Pallade, Proisraelismus und Philosemitismus in rechtspopulistischen und rechtsextremen europäischen Parteien der Gegenwart, in: Irene A. Diekmann/Elke-Vera Kotowski (Hrsg.), Geliebter Feind, gehasster Freund – Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Julius H. Schoeps, Berlin 2009, S. 409-436; Todd H. Green, The Resistance to Minarets in Europe, in: Journal of Church and State 52 (2011), S. 619-643.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hörten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre der von ehemaligen Funktionären der Republikaner (REP) gegründeten Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) an, die sich um eine Sammlung des parteipolitisch zersplitterten „nationalen Lagers" bemühte. Die Liga brachte ihre Verachtung für den Islam in Deutschland auf einem Flugblatt auf drastische Weise zum Ausdruck: Ein Foto mit betenden Muslimen war mit den Schriftzügen „Gute Nacht, Europa!" und „Asylbetrüger raus"[6] betitelt.

Diese pauschal-ablehnende Haltung wurde jedoch zumindest in den frühen Jahren der Pro-Bewegung von anders gearteten Wahrnehmungsmustern durchbrochen und überlagert, wie sie in Teilen des rechtsextremen Spektrums bis heute anzutreffen sind. Als Herausgeber der in Köln erscheinenden Zeitschrift „Europa Vorn" sah Manfred Rouhs im Jahr der Gründung von Pro-Köln die gläubigen Muslime noch als potentielle Verbündete im Kampf gegen die multikulturelle Gesellschaft: „Es sind religiös und ethisch entwurzelte Ausländer, die mit Rauschgift handeln, ‚Integration' anstreben, Tankstellen überfallen, das Wahlrecht in Deutschland einfordern und alte Leute auf der Straße ausrauben, nicht die gläubigen Moslems!"[7] Allerdings galt diese Einschätzung nur so lange, wie die traditionstreuen Muslime nicht den Versuch unternähmen, ihren Einfluss über den Bosporus hinaus nach Europa auszudehnen. In dieser Bedingung lag der Ansatzpunkt für die argumentative „Frontbegradigung", die in der Pro-Bewegung unter dem Einfluss weit erfolgreicherer Vorbilder in anderen europäischen Ländern allmählich vonstatten ging.

Wichtigste Bündnispartner von Pro-Köln und des 2006 aus dem Zusammenschluss mehrerer lokaler Gruppierungen entstandenen Vereins „Pro NRW", der sich 2007 als Partei konstituierte[8], waren der flämisch-separatistische Vlaams Belang (VB) in Belgien und die erneut radikalisierte Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter der charismatischen Führung des populistisch begabten Haider-Nachfolgers Heinz-Christian Strache. Strache und Filip Dewinter vom VB gelten als Architekten des europaweiten Bündnisses „Städte gegen Islamisierung", das sich 2008 mit einer auch von der Pro-Bewegung mitgetragenen Charta an die Öffentlichkeit wandte. Darin wurde einem Europa, das „seit der Renaissance die religiösen Dogmen abgeworfen" habe und sich u.a. auf „jüdisch-christliche Werte" beziehe, „der Islam" entgegengesetzt, da dieser nicht nur eine Religion vertrete, sondern „eine Gesellschaftsordnung", die mit den europäischen Werten „nicht zu vereinbaren" sei. Moscheen wirkten „als Katalisatoren [!] für die Islamisierung der Stadtviertel." Man setze sich „zur Wehr gegen die Insti-

6 Abbildung in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1994, Düsseldorf 1995, S. 57.

7 Zitiert nach: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1996, Düsseldorf 1997, S. 142.

8 „Pro D", gegründet 2005 mit Sitz in Berlin, umfasst mehrere, nach dem Vorbild von „Pro Köln" entstandene, lokale und regionale Strukturen in anderen Bundesländern. Vgl. Alexander Häusler, unter Mitarbeit von Jürgen Peters und Tomas Sager, Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung". Struktur und politische Methodik von Pro NRW und Pro Deutschland, Neufassung, Düsseldorf 2010, S. 12-22; ders., Antiislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten – die „PRO"-Bewegung als neue Kraft?, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 130-147.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tutionalisierung des Islams, die Anerkennung von Moscheen, die Subventionierung islamischer Vereine, der Koranschule und der Moscheen, die Bezuschussung der Imams“[9], weil all dies die Islamisierung Europas fördere.

Neben VB, FPÖ und Pro-Bewegung schlossen sich dem Städtebündnis Josep Angladas Plataforma per Catalunya und der 1999 von dem ehemaligen Front National-„Generaldelegierten“ Bruno Mégret gegründete französische Mouvement National Républicain (MNR) an. Ein von Pro-Köln für Mai 2011 organisierter „Marsch für die Freiheit“ fand weitere Unterstützer – etwa die elsässische Regionalistenpartei Alsace d’Abord und Robert Spielers „identitäre“ Kleinpartei Nouvelle Droite Populaire (NDP).[10]

Die Bündnispartner überboten teilweise den muslimfeindlichen Brachialismus der Pro-Bewegung. Zu den besonders drastischen Beiträgen im Kampf des Städtebündnisses „gegen die Islamisierung“ zählte im Juni 2012 der Aufruf Dewinters zur Jagd auf Burkaträgerinnen: „Wer in den kommenden Tagen etwas Zeit hat und sich etwas dazuverdienen möchte, kann sich an Filip Dewinter wenden. Der zahlt nämlich eine Prämie von 250 Euro an jeden, der eine Burkaträgerin aufspürt, eine noch nie dagewesene Aktion, die wieder genügend Staub aufwirbeln wird.“[11]

Waren in der Antiislamisierungsrhetorik die jüdisch-christlichen Werte anfänglich ein Bestandteil der europäischen Kultur neben anderen (wie „Humanismus“, „Nationalismus“, „Liberalismus“[12]), gewann die Identitätskonstruktion des „jüdisch-christlichen Abendlandes“ in späteren Verlautbarungen an Gewicht. Einen Meilenstein auf dem Weg zur heutigen Antiislamisierungslinie stellte die „Jerusalemer Erklärung“ dar, die Repräsentanten der FPÖ, der deutschen Kleinpartei „Die Freiheit“, des VB und der „Schwedendemokraten“ (Sverigedemokraterna, SD) im Dezember 2010 auf einer Israel-Reise verabschiedeten. Sie stellte sich auf die Grundlage „der jüdisch-christlichen kulturellen Werte“ und übte Kritik am „Islam als ein totalitäres System mit dem Ziel der Unterwerfung der Welt“.[13] Zwar war die Pro-Bewegung nicht an der Erklärung beteiligt. Manfred Beisicht bekundete jedoch ebenso wie der Bundesvorsitzende der REP, Rolf Schlierer, sein Einverständnis.[14]

Auf einer weiteren Israel-Reise von Repräsentanten europäischer Rechtsaußenparteien im Februar 2011 war auch Pro-NRW mit dem damaligen „internationalen Sekretär“ Patrick Brinkmann vertreten, einem vermögenden deutsch-schwedischen Unternehmer, der sich nach diversen Kooperationsversuchen bei NPD und DVU nun auch

9 „Charter Städte gegen Islamisierung“, unter: http://www.stedentengenislamisering.be/De/2/ (22. Februar 2009).

10 Vgl. Alexander Gallus, Internationale der Islamgegner? Pro NRW und der „Marsch für die Freiheit“, in: Uwe Backes/ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 151-156.

11 Aktuelle Meldung vom 5. Juni 2012, unter: http://www.stedentegenislamisering.be/De/1/182 (10. September 2012).

12 Charter (FN 9).

13 Heinz Christian Strache/René Stadtkewitz/Filip Dewinter/Kent Ekeroth, Jerusalemer Erklärung (7. Dezember 2010), unter: http://www.diefreiheit.org/jerusalemer-erklaerung/ (31. März 2011).

14 „Verrückte Extremisten. NPD freut sich über eigene Isolation“ (15. Dezember 2010), unter: http://www.freiheitlich.me/?p=1401 (31. März 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

in der Pro-Bewegung um die grenzüberschreitende Vernetzung antimuslimischer Organisationen im Schulterschluss mit jüdischen Vereinigungen bemühte.[15] Nach Deutschland zurückgekehrt, beteiligte sich Brinkmann im April 2011 an der Organisation einer „deutsch-israelischen Konferenz" auf Schloss Horst in Gelsenkirchen, an der neben Vertretern der REP führende Repräsentanten der Pro-Bewegung teilnahmen.[16]

Die israelischen Gäste repräsentierten den äußersten rechten Flügel der Knesseth. Der Siedleraktivist David Ha'ivri, „Außenbeauftragter" eines Bezirks im Westjordanland, war in jungen Jahren in der später in Israel verbotenen Kach-Partei engagiert[17] und kam wiederholt mit der israelischen Justiz in Konflikt – u.a. im Zusammenhang mit befürwortenden Stellungnahmen zur Ermordung von Premierminister Yitzak Rabin (November 1995) und der Schändung einer Moschee.[18] Auch der Literaturwissenschaftler Hillel Weiss ist für sein Großisrael-Engagement bekannt. Ein weiterer prominenter Gast, Rabbi Shalom Dov Wolpo, gründete im November 2008 mit Baruch Marzel die rechtsextreme Partei Eretz Jisra'el Shelanu, die jede Landabgabe an die Palästinenser aus ideologischen Gründen strikt zurückweist.[19]

Die „deutsch-israelische" Kampffront gegen „den Islam" fand im Jahr 2012 keine organisatorische, wohl aber eine propagandistische Fortsetzung. Dazu bot die vorgezogene Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen einen willkommenen Anlass.[20] Der Vorsitzende von Pro-NRW, Markus Beisicht, hatte bereits im Vorfeld angekündigt, seine Partei werde auf „maximale Provokation" setzen: „Wir werden bis an die Schmerzgrenze gehen, um unsere Anliegen zu verdeutlichen. Damit werden wir unsere mehrheitsfähigen Positionen – von einer Ablehnung der Islamisierung bis zur Forderung nach einer starken D-Mark – transportieren."[21] Das Reizthema „Islamisierung" stand so im Mittelpunkt.

Der Provokationswahlkampf wurde mit einem „Karikaturenwettbewerb" eröffnet.[22] Die besten islamkritischen Entwürfe sollten mit einem nach dem dänischen Mohammed-Karikaturisten Kurt Westergaard benannten „Ehrenpreis" ausgezeichnet werden. Ende April 2012 präsentierte Beisicht die prämierten Entwürfe vor Moscheen

15 Vgl. Heiko Klare/Bernhard Steinke/Michael Sturm, Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus"? Kritische Betrachtung einer „deutsch-israelischen Konferenz" in Gelsenkirchen und der damit verbundenen Strategie von „Pro NRW", in: mobim-analysen, Nr. 5/2011, S. 1-7.

16 Vgl. das Filmdokument unter: http://www.freiheitlich.me/?p=2992 (12. Mai 2011).

17 Vgl. zu den Hintergründen vor allem: Ehud Sprinzak, Brother against Brother. Violence and Extremism in Israeli Politics from Altalena to the Rabin Assassination, New York 1999.

18 Vgl. Heiko Klare/Bernhard Steinke/Michael Sturm, Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus"?, unter: http://www.hagalil.com/archiv/2011/04/27/pro-nrw/print/ (10. November 2011).

19 Vgl. Harriet Sherwood, Israel plan to demolish unauthorised West Bank outposts condemned, in: The Guardian vom 8. März 2011.

20 Vgl. dazu auch den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2012, in diesem Band.

21 „Gemeinsam anpacken in NRW" (14. März 2012). Interview mit Markus Beisicht, unter: http://www.freiheitlich.me/?p=7217 (12. August 2012).

22 Vgl. Landesintegrationsrat NRW (Hrsg.), „Maximale Provokation". Zum Umgang mit rechtspopulistischen Wahlkampfinszenierungen im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen 2012, Düsseldorf 2012, S. 8-11.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

in Essen und Gelsenkirchen. Der erste Preis ging an eine Karikatur, die Überfremdungsängste schürte: Sie zeigte eine von Minaretten „umzingelte" christliche Kirche. Auf einer Sprechblase lobten die Minarette die Kirche für ihre Integrationsbereitschaft. Die für Platz zwei nominierte Karikatur brachte die Kernbotschaft von Pro-NRW zum Ausdruck: „der Islam" sei gewalttätig. Auf einer Prachtausgabe des Koran hatte der Zeichner scharfe Munition arrangiert.[23]

Pro-NRW kündigte an, die Karikaturen im Laufe der folgenden Wochen vor 23 weiteren Moscheen präsentieren zu wollen. Als der nordrhein-westfälische Innenminister gegen das Zeigen der bekannten Westergaard-Karikaturen eine Verbotsverfügung erließ, wertete Pro-NRW dies als illiberalen Akt. Der Innenminister habe auch „die Polizei zu maximaler Repression angehalten, um die mächtige Islamlobby zu besänftigen". Kundgebungsteilnehmer seien „grundlos"[24] durchsucht worden. Wenig später hob das Verwaltungsgericht Düsseldorf das Verbot auf. So konnte Pro-NRW die folgenden Veranstaltungen in Solingen, Remscheid und Bonn wie geplant durchführen.[25] Die Strategie „maximaler Provokation" ging auf: Pro-NRW rief Gegendemonstranten und die salafistische Szene auf den Plan, die gewaltsam gegen die Verunglimpfung ihrer Religion vorging – und von der Polizei nur mit großem Einsatz gestoppt werden konnte; zahlreiche Polizeibeamte erlitten teils schwere Verletzungen.

Obwohl die Landtagswahl nicht den erhofften Wahlerfolg gebracht hatte, führte die Pro-Bewegung die Karikaturen-Kampagne fort. Pro-Deutschland organisierte u.a. mehrere Kundgebungen vor Berliner Moscheen. Die Ausschreitungen der Salafisten in Deutschland und Exzesse von Jihadisten im syrischen Bürgerkrieg dienten als willkommene „Beweise" für die Gewalttätigkeit „des Islam". Ein typisches Beispiel für diese Art muslimfeindlicher Propaganda bot die Rede des Bundesgeschäftsführers der „Bürgerbewegung pro Deutschland", Lars Seidensticker, vor einer Moschee im Wedding am 18. August 2012: „Der Vorsitzende des Vlaams Belang Filip Dewinter hat auf unserem Parteitag 2010 gesagt, ich zitiere: ‚Der Koran ist die Lizenz zum Töten.' Zitatende. Meine Damen und Herren, wenn das stimmt, und wenn Filip Dewinter da Recht hat, dann ist jeder Moslem in Deutschland eine tickende Zeitbombe! Deshalb fordern wir das Verbot aller salafistischen Organisationen und die Abschiebung aller Moslem-Extremisten. Da helfen keine guten Worte mehr, da hilft nur noch eins: abschieben, abschieben, abschieben!"[26]

Bezeichnenderweise wurden die Referenten der Berliner Kundgebungen (Susanne Winter, Hilde De Lobel, Markus Beisicht, Manfred Rouhs, Lars Seidensticker, Nick Zwart und Jörg Uckermann) auf der Homepage von Pro-Deutschland unter der Über-

23 Vgl. „Sieger des Pro NRW Karikaturenwettbewerbs", unter: http://www.pi-news.net/2012/04/sieger-des-pro-nrw-karikaturenwettbewerbs/ (20. August 2012).

24 Pro-NRW-Tourauftakt mit riesigem Medieninteresse, unter: http://www.freiheitlich.me/?p=7512 (29. August 2012).

25 Vgl. Verwaltungsgericht: Pro NRW darf Mohammed-Karikaturen zeigen, in: Junge Freiheit vom 30. April 2012.

26 Dokumentation der Rede unter: http://www.youtube.com/watch?v=dNFMgJQ4usA (17. September 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schrift „Der Islam gehört nicht zu Europa. Islamisierung stoppen!“[27] präsentiert. Die Namen verdeutlichen die internationale Vernetzung der Antiislamisierungskampagne. Die langjährige Zusammenarbeit mit der FPÖ und dem VB wurde fortgeführt. Die „wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren“[28] verurteilte Grazer FPÖ-Nationalrätin Susanne Winter unterstützte Pro-NRW mit mehreren Gastredner-Einsätzen im Landtagswahlkampf, trat aber vergleichsweise zurückhaltend auf, begrüßte die „anwesenden Verfassungsschützer“ ostentativ und betonte den Unterschied zwischen „Islam“ und „Islamismus“.[29] Wenige Wochen darauf vereinbarte Markus Wiener, der Geschäftsführer der Fraktion Pro-Köln, „eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit, gerade auch im Jugendbereich“. Die in Österreich wettbewerbsstarke und entsprechend selbstbewusste FPÖ kündigte an, sie werde auch im Europawahlkampf 2014 „in Deutschland eine gewichtige Rolle spielen“ und dazu beitragen, dass „endlich wieder freiheitliche Abgeordnete aus Deutschland in das EU-Parlament“[30] einzögen.

Ähnlich eng war die Zusammenarbeit der Pro-Bewegung mit dem in Belgien erfolgreichen VB (letzte nationale Parlamentswahl: 7,7 Prozent). Mehrfach sprach Hilde De Lobel auf Kundgebungen. Im September 2011 hatten sich Repräsentanten des VB mit Filip Dewinter, Fraktionsvorsitzender im flämischen Parlament, an der Spitze auf einer Deutschlandreise mit Vertretern der Pro-Bewegung auf dem Bonner Petersberg getroffen, um über die Fortsetzung der Kooperation zu beraten. Dewinter bekräftigte, für seine Partei sei die Pro-Bewegung der bevorzugte Bündnispartner in Deutschland. Eine Zusammenarbeit könne es nur mit „islamkritischen und identitären“ Organisationen geben, die „authentisch und gefestigt“[31] seien.

Ob dies auch für die German Defence League (GDL), eine nach dem Vorbild der English Defence League (EDL) gebildete Gruppierung[32] mit dezidiert muslimfeindlicher Ausrichtung, galt, musste dahingestellt bleiben. Und die südafrikanische Burenpartei Vryheidsfront Plus, für die Nick Zwart auf Kundgebungen der Pro-Bewegung auftrat[33], konnte auf europäischer Ebene kaum als Bundesgenosse in Frage kommen. Auffallend war das Fehlen von Vertretern anderer einflussreicher Antiislamisierungsparteien auf den Kundgebungen der Pro-Bewegung. So hielt die Partij voor de Vrijheid (PVV) des niederländischen Islamkritikers Geert Wilders zur Pro-Bewegung Distanz, während sie – gemeinsam mit der Schweizerischen Volkspartei (SVP) – die neugegründete Formation Die Freiheit von René Stadtkewitz unterstützte, der wegen

27 Vgl. unter: http://www.berlin-pro-deutschland.de/?page_id=8 (10. Oktober 2012).
28 „Susanne Winter wird wieder ins Parlament einziehen“, in: Der Standard vom 1. Oktober 2013.
29 Vgl. Susanne Winter bei der Freiheit-statt-Islam-Tour am 28. April 2012, unter: http://www.youtube.com/watch?v=mDnJiSO0EwA (20. August 2012).
30 „Pro-Bewegung baut Kooperation mit der FPÖ aus“ (12. Juni 2012), unter: http://www.freiheitlich.me/?p=8162 (18. August 2012).
31 „Deutsch-flämische Konsultationen auf dem Petersberg“ (16. September 2011), unter: http://www.freiheitlich.me/?p=5322 (12. Dezember 2011).
32 Vgl. zur EDL: Nigel Copsey, The English Defence League. Challenging our Country and our Values of Social Inclusion, Fairness and Equality, o.O., 2010; Matthew Goodwin, The Roots of Extremism: The English Defence League and the Counter-Jihad Challenge, Chatham House briefing paper, London, März 2013.
33 Vgl. http://www.berlin-pro-deutschland.de/?page_id=16 (17. August 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einer Einladung an Wilders im September 2010 aus der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ausgeschlossen worden war und sich politisch selbständig zu machen versucht hatte.[34] Äußerungen von Wilders und Oskar Freysinger (SVP) aus dem Jahr 2011 zeugten vom Misstrauen gegenüber den deutschen Formationen und der Furcht, in den Ruch des Antisemitismus zu geraten.[35] Der französische Front National (FN) hielt unter der um politische Öffnung bemühten Tochter des Parteigründers, Marine Le Pen, nicht nur Distanz zur NPD (dies war auch schon unter ihrem Vater Parteilinie), sondern auch zur Pro-Bewegung. Gast auf Kundgebungen in Nordrhein-Westfalen war wiederholt der Regionalist Jacques Cordonnier, der wegen seines Engagements im Elsass (Alsace d'abord) ebenso wenig Partner des betont national orientierten FN sein konnte wie der „Bloc identitaire".[36] Immerhin kam Bewegung in das europäische Antiislamisierungsnetzwerk, als Marine Le Pen angesichts der herannahenden Europawahl 2014 ihre Vorbehalte gegenüber den erfolgreichen islamkritischen Populisten Geert Wilders und Heinz-Christian Strache zurückstellte und Sondierungsgespräche aufnahm.[37]

3. Das neue muslimfeindliche Syndrom

Die politischen Reorientierungen und Klärungsprozesse bei den flexibleren, nicht auf Vorbilder der Zwischenkriegszeit fixierten Formationen der europäischen (extremen) Rechten haben zur Herausbildung eines neuen muslimfeindlichen Ideologiesyndroms geführt, das eine Grundlage für grenzüberschreitende Kooperationen legt. Folgende Elemente bilden die Hauptbestandteile des neuen Syndroms:

1. „Der Islam" ist der Hauptfeind, der in einem „Kampf der Kulturen" besiegt werden muss. „Islam" und „Islamismus" sind identisch. Islamismus und Jihadismus stellen die einzigen authentischen Ausdrucksformen „des Islam" dar.
2. Die Werte des „christlichen Abendlandes" müssen in einem neuen Kreuzzug gegen „den Islam" verteidigt werden. „Der Islam" ist kein legitimer Bestandteil der europäischen Kultur. Als Fremdkörper muss er aus ihr möglichst restlos entfernt werden.

34 Vgl. Ulrich Zawatka-Gerlach, CDU schließt Stadtkewitz aus, in: Der Tagesspiegel vom 7. September 2010.

35 Vgl. „Wilders, Freysinger vs. Le Pen, Strache, Dewinter" (17. Juni 2011), unter: http://www.pi-news.net/2011/06/wilders-und-freysinger-gegen-le-pen-strache-dewinter/ (20. August 2011). Siehe zur SVP auch: Hans-Georg Betz, Mosques, Minarets, Burqas and Other Essential Threats: The Populist Right's Campaign against Islam in Western Europe, in: Ruth Wodak/Majid Khosravinik/Brigitte Mral (Hrsg.), Right-Wing Populism in Europe, London u.a. 2013, S. 71-87, hier: S. 72-74.

36 Vgl. „Nationalistische ‚Identitäten'", in: Endstation Rechts vom 22. November 2012.

37 Vgl. „Geert Wilders setzt politische Neuorientierung fort" (1. Mai 2013), unter: http://www.freiheitlich.me/?p=10046 (2. August 2013). Siehe zu den Annäherungsversuchen des FN an jüdische/israelische Kreise auch: Betz (FN 35), S. 76-79.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3. Die Juden und der Staat Israel sind Bündnispartner im Kampf gegen „den Islam". Der gemeinsam errungene Sieg gegen die Heerscharen „des Islam" verspricht eine Lösung im europäischen „Kulturkampf" wie im Nahost-Konflikt.

Dieses neue ideologisch-programmatische Syndrom bricht mit einigen Traditionslinien der extremen Rechten und ist dazu angetan, Akzeptanz in Bevölkerungsschichten zu gewinnen, die älteren Varianten des Rechtsextremismus verschlossen blieben. Das neue ideologisch-programmatische Syndrom hat insbesondere folgende strategische, in Wahlkämpfen wirksam einsetzbare Vorzüge:

1. Prozionismus hebelt den Antisemitismusvorwurf aus. Wer an der Seite „der Juden" und Israels einen Kampf gegen „den Islam" führt, kann kein Judenhasser sein.
2. „Der Islam" wird als „faschistisch", „totalitär", „frauenfeindlich" und „homophob" entlarvt. Auf diese Weise lassen sich Faschismus-, Extremismus, Misogynie- und Homophobie-Vorwürfe gegen die eigene Partei aushebeln.
3. Mit der Verteidigung des „christlichen Abendlandes" wird der Antiuniversalismus-Vorwurf entkräftet und Anschluss an – im weitesten Sinne – christlich orientierte Mehrheitsströmungen in der Bevölkerung hergestellt. Auf diese Weise laufen auch der Nationalismus- und Ethnozentrismus-Vorwurf ins Leere, denn es werden ja nicht „deutsche", sondern „europäische Werte" gegen „kulturfremde" Aggressoren verteidigt.

Wenn aber so bedeutende ideologische Bastionen der extremen Rechten geräumt werden, was erlaubt dann überhaupt noch, die muslimfeindlichen Parteien und Vereinigungen als „rechts" und „extrem" zu verorten? Zunächst ist zu fragen, wie glaubwürdig die programmatische Umorientierung ist. Handelt es sich in erster Linie um einen politischen Schachzug, der die Wettbewerbsbedingungen der betreffenden Organisationen verbessern soll, ohne seit langem besetztes Terrain freizugeben? Oder ist der Schulterschluss mit jüdischen Organisationen ein Beleg für einen echten, tiefreichenden Gesinnungswandel? Die Frage dürfte kaum pauschal zu beantworten sein. Geert Wilders, der nach seinem Studium mehrere Monate in einem Moschaw in Israel arbeitete, danach zahlreiche Reisen an den Jordan unternahm und wiederholt seine „Liebe zu Israel"[38] erklärte, dürfte in seiner proisraelischen Orientierung ernst zu nehmen sein. Ob dies für Hans-Christian Strache in gleicher Weise gilt, ist jedoch zweifelhaft. Als er auf der erwähnten Reise nach Jerusalem gemeinsam mit dem EU-Abgeordneten Andreas Mölzer und dem Wiener Landtagsabgeordneten David Lazar die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem besuchte, trug er statt der dort üblichen Kippa ein „Biertönnchen", eine Kappe „schlagender, deutschnationaler Burschenschaften, versehen mit dem ‚Vandalia' -Zirkel, bei dem Strache seit seinem 15. Lebensjahr Mitglied ist."

38 Door Theo Koelé/Michiel Kruijt, Verliefd op Israël, in: Volkskrant vom 10. April 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Nach Berichten „rechter Burschenschafter“ wurde der Auftritt in Österreich als „Schenkelklopfer“[39] gefeiert.

Straches Verhalten legt die Vermutung nahe, dass der Brückenschlag zu jüdischen Organisationen für Teile des Antiislamisierungsnetzwerks vor allem instrumentellen Charakter hat. Zudem sind die ultrazionistischen Kooperationspartner ein Indiz für einen gewissen nationalistischen oder ethnozentrischen Konsens des Bündnisses, mögen dabei auch kulturelle Gemeinschaftskonstruktionen mit ethnopluralistischer Grundierung überwiegen. Dies dürfte selbst für Geerts Wilders gelten, der sich in seiner politischen Entwicklung immer mehr von liberal-konservativen Positionen wegentwickelt und dem politischen Profil der „nationalpopulistischen“ Parteien angenähert hat.[40]

Dabei sollten die ideologisch-programmatischen Unterschiede, die das neue Antiislamisierungsnetzwerk von harten rechtsextremistischen Parteien vom Schlage der deutschen NPD trennen, nicht als rein taktisch oder strategisch interpretiert werden. Bezeichnend war die Reaktion der NPD auf die „Jerusalemer Erklärung“. Das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ hetzte gegen die „jüdischen Landräuber“: „Wer sich gegen die Landnahme fremder Völkerschaften in Europa“ ausspreche, könne „nicht gleichzeitig die Vertreibung anderer Völker aus ihrer angestammten Heimat befürworten.“[41] Schon zuvor hatte der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel vor der falschen Logik des Satzes „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ gewarnt: „der Jude ist nicht plötzlich mein Freund, weil ich innenpolitisch gegen Moslems bin, und der Moslem ist nicht mein Freund, weil ich außenpolitisch gegen USrael [!] bin.“[42]

Im neuen „master frame“, den das Antiislamisierungsnetzwerk seiner Programmatik und Wahlpropaganda zugrunde legt, ist hingegen für Antisemitismus kein Platz (wie glaubwürdig auch immer die Reorientierung im Einzelfall sein mag). Die Pro-Bewegung verbindet ihre zur Schau gestellte israelfreundliche Haltung mit ostentativen Bekundungen ihrer Verfassungstreue und demokratischen Gesinnung – so wie der Kampf gegen „den Islam“ im Namen der Verteidigung von Freiheit, Toleranz und Pluralismus geführt wird. In den Programmen der Pro-Bewegung wird man vergeblich nach verfassungsfeindlichen Tendenzen suchen; versierte Juristen haben die Texte geprüft und mögliche Angriffspunkte beseitigt.[43] Kritiker der Pro-Bewegung versuchen daher oft, ihren rechtsextremistischen Charakter in erster Linie durch biografische Verbindungen zur NPD und NS-affinen Szenen nachzuweisen. In der Tat liegen die Ursprünge der Pro-Bewegung im „nationalen Lager“ von NPD, DVU und DLVH, und nicht wenige Amtsinhaber waren in früheren Jahren Mitglieder von Organisatio-

39 Saskia Jungnikl/Harald Fidler/Julia Herrnböck, Strache, Biertonnen und das Heilige Land, in: Der Standard vom 23. Dezember 2010.

40 Vgl. den überzeugenden Beitrag von Koen Vossen, Classifying Wilders. The Ideological Development of Geert Wilders and His Party for Freedom, in: Politics 31 (2011), H. 3, S. 179-189.

41 Linus Torfhaus, Die Reise nach Jerusalem, in: Deutsche Stimme vom 4. Januar 2011.

42 Jürgen W. Gansel, Mit Islam-Kritik zum Erfolg!, in: Deutsche Stimme vom 30. November 2010.

43 Vgl. Florian Hartleb, PRO Deutschland. Auf dem Ticket eines Schmähvideos zur islamfeindlichen Bürgerbewegung?, Konrad-Adenauer-Stiftung, Parteienmonitor Aktuell, Berlin, September 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nen, die in den Berichten der Verfassungsschutzbehörden mit gutem Grund als rechtsextremistische Vereinigungen geführt wurden (bzw. noch werden). Diese Argumentation hat jedoch einen wesentlichen Schwachpunkt: Sie unterstellt, Menschen blieben ihren Überzeugungen ein Leben lang treu. Diese Annahme geht jedoch offenkundig in die Irre, selbst wenn sich nachweisen ließe, dass einmal entwickelte Grundmuster der politischen Orientierung oftmals ein hohes Maß an Beharrungskraft zeigen.

Das Grundmuster, das NPD und Pro-Bewegung verbindet, besteht aber offenkundig nicht in einer gemeinsamen Haltung gegenüber der jüdisch-christlichen Tradition. Sie ist bei der NPD Anathema[44], während sie der neuen Antiislamisierungsfront als wirksames Mittel der Ab- und Ausgrenzung dient. Dies setzt ein Minimum an Identifikationsbereitschaft voraus. Bei Gralshütern des Germanentums und Anhängern des „nordischen" Götterglaubens wird damit jedoch nicht zu rechnen sein. Das Verbindende zum NS-affinen Rechtsextremismus muss auf höherer Abstraktionsebene gesucht werden. Es liegt vor allem in der Art der Gegenüberstellung von „wir" und „die anderen". Die Fremdgruppencharakterisierung erfüllt alle Merkmale eines klassischen Feindbildes, bei dem das Gegenüber pauschal negativ attribuiert und dämonisiert wird.[45] Die Gleichsetzung von Islam, Islamismus, Salafismus, Jihadismus, wie sie etwa in der generalisierenden Abwertung des Koran als „faschistisch" zum Ausdruck kommt, ist dazu angetan, alle gläubigen Anhänger ins Zwielicht zu rücken. Auf diese Weise werden Misstrauen und Ressentiments gegenüber einer Bevölkerungsgruppe geschürt, die als kulturell abweichende Minderheit unter Assimilierungsdruck steht und in der Mehrheitsbevölkerung vielfach nicht auf das für ein gedeihliches Miteinander notwendige Maß an Empathie zählen kann. Die pauschal-negative Charakterisierung „des Islam" überschreitet die Grenzen einer – in der offenen Gesellschaft grundsätzlich legitimen – Kritik an Wertvorstellungen und Lebensformen muslimischer Bevölkerungsgruppen und ist dazu angetan, diskriminierende, die Menschenrechte von Muslimen verletzende, Verhaltensweisen zu ermutigen. Nicht zuletzt die Verfassungsschutzbehörden haben in ihren Veröffentlichungen immer wieder auf den menschenrechtsverletzenden, Vorurteile schürenden Charakter der Pro-NRW-Kampagnen hingewiesen. Die angerufenen Verwaltungsgerichte haben die Legitimität der Beobachtung – ungeachtet mancher Kritik an der konkreten Berichtspraxis – durch den Inlandsnachrichtendienst wiederholt bestätigt.[46]

Die Feindbild-Konstruktion der Antiislamisierungskampagnen korrespondiert mit einer homogenisierenden Definition der Wir-Gruppe. Ihr liegt, anders als im Falle der NPD, jedoch keine erkennbare biologisch-rassistische Ideologie zugrunde. Sie ist eher ethnokulturell ausgerichtet und bleibt in ihren Inhalten vage. Das „jüdisch-christliche

44 Vgl. Uwe Backes, Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im europäischen Vergleich, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 301-316.

45 Vgl. Eckhard Jesse, Feindbilder im Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 23, Baden-Baden 2011, S. 13-36.

46 Vgl. zuletzt Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2012, Düsseldorf 2013, S. 27 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Abendland“ lässt vielfältige Interpretationen zu und ist bei keiner der erwähnten Gruppierungen mit einer spezifischen Glaubenspraxis, Religions- oder Kirchennähe verbunden, dient mithin in erster Linie zur Exklusion all dessen, was als traditionsfremd erscheint. Die Ausgrenzungspraxis wiederum widerspricht im Kern jüdisch-christlichen Kardinaltugenden, zu denen neben der Gerechtigkeit die Mäßigung zählt. Insofern erscheint es zweifelhaft, ob die selbsternannten Verteidiger des „jüdisch-christlichen Abendlandes“ die Werte, auf die sie sich berufen, wirklich ernst nehmen.

4. Fazit

Die programmatische Orientierung an den Faschismen der Zwischenkriegszeit gilt europaweit als politische Misserfolgsgarantie.[47] Viele Parteien am rechten Flügel des politischen Spektrums versuchen daher seit Jahren, sich „freizuschwimmen“, die „Last der Vergangenheit“ abzuschütteln und Akzeptanz bei breiteren Wählergruppen zu finden. Dieses Bemühen wird durch den Generationenwechsel an der Spitze der Rechtsaußenparteien (wie die Ablösung des alten Volkstribunen Jean-Marie Le Pen in Frankreich durch die Tochter Marine Le Pen) ebenso unterstützt wie durch „buntere“ Biografien, die der „multi-kulturellen“ Realität der europäischen Gesellschaften Rechnung tragen. Der mit einer Ungarin verheiratete, „Israel liebende“ Geert Wilders mit seinen niederländisch-indischen Wurzeln, der in die Fußstapfen seines homosexuellen Vorgängers Pim Fortuyn trat[48], ist dafür derzeit das eindrucksvollste Beispiel. Seine gelehrigsten Schüler in Deutschland finden sich in der (weniger unfreiwillig-multikulturellen) Pro-Bewegung, die das neue ideologisch-programmatische Syndrom propagiert, wie es sich europaweit in einem längeren Prozess herausgebildet hat. Es kombiniert die demonstrative Absage an den Antisemitismus mit einem neuen „Feindbild Islam“, gegen dessen Gläubige in Europa ein politischer Kreuzzug zur Rettung des „jüdisch-christlichen Abendlandes“ geführt wird. Auch wenn vom neuen Syndrom in Deutschland noch keine ernste Gefahr auf elektoraler Ebene ausgeht, könnte es doch aufgrund der „Anschlussfähigkeit“ an Mentalitäten und Werthaltungen der Mehrheitsbevölkerung auf längere Sicht eine weit größere Herausforderung darstellen als der NS-affine Rechtsextremismus.

47 Vgl. Uwe Backes, The Unsuccessful Parties – Ideologies, Strategies, and Conditions of Failure, in: Ders./Patrick Moreau (Hrsg.), The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives, Göttingen 2012, S. 149-169.

48 Vgl. Stijn van Kessel, Explaining the Electoral Performance of Populist Parties: The Netherlands as a Case Study, in: Perspectives on European Politics and Society, 12 (2011), H. 1, S. 68-88.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das Kaukasus-Emirat als pankaukasische Dschihadfront

Von Michail Logvinov

1. Einleitung

Die Anschläge auf den Boston-Marathon vom April 2013, eine Verhaftungswelle in Europa in den Jahren 2010/11, die nachgewiesene Terrorismusfinanzierung durch die tschetschenische Diaspora in Österreich wie Deutschland und schließlich Aufrufe tschetschenischer Prediger aus der Bundesrepublik, zu Selbstmordanschlägen bereit zu sein – immer mehr sicherheitsrelevante Entwicklungen hängen mit der von Krieg und Terror gebeutelten nordkaukasischen Region zusammen. Zudem sollen vom 7. bis 23. Februar 2014 in der russischen Stadt Sotschi die 22. Olympischen Winterspiele stattfinden. Die Stadt, die zahlreiche inländische und ausländische Gäste begrüßen wird, liegt zwischen 700 und 1.000 km von der Problemzone Russlands entfernt. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB will nach eigenen Angaben bereits Pläne für einen Anschlag aufgedeckt haben. Bei Razzien in der abtrünnigen georgischen Republik Abchasien am 4. und 5. Mai 2012 seien Waffen sichergestellt worden, so zahlreiche Medienberichte. Sind olympische und weitere zivile Ziele gefährdet? Verfolgen die regionalen Akteure auch weiterhin das Ziel, möglichst viele Zivilisten in Mitleidenschaft zu ziehen? Wie kam es dazu, dass aus „Freiheitskämpfern" und „Separatisten" hartgesottene Dschihadisten mit überregionalen Ambitionen geworden sind? Welche Gefahren drohen Russland und Europa durch die Ausbreitung des Netzwerks über die regionalen Grenzen hinweg?

2. Nordkaukasischer Aufstand auf dem Weg zum Kaukasus-Emirat

Seit über einer Dekade kämpft Moskau gegen einen zunächst separatistischen, inzwischen ausgeprägt islamistischen Aufstand im Nordkaukasus, der immer wieder terroristische Formen annimmt. Obwohl die groß angelegte „kontraterroristische Operation" in Tschetschenien, die 1999 einsetzte und 2009 für beendet erklärt wurde, zahlreiche Opfer auf beiden Seiten des Konflikts gefordert hat, ist das Ende des Terrorismus im Nordkaukasus noch nicht in Sicht. Zahlreiche Sonderoperationen der Polizei und der regionalen Inlandsgeheimdienste, Überfälle von Aufständischen und Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften sowie die jüngsten Anschläge in Kernrussland zeugen von weiterer Gewaltdiffusion in der Region. Über die sicherheitspolitische Dimension hinaus lässt sich zudem eine kulturelle Kluft zwischen dem Nordkaukasus und dem übrigen Russland beobachten: Die voranschreitende Islamisierung der Gesellschaft sowie die Sympathien der jüngeren Generation mit der fundamentalistischen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Spielart des „reinen" Islam (Salafismus) bereiten Moskau Kopfzerbrechen. Der Nordkaukasus gilt inzwischen als Russlands inneres Ausland.

Obwohl das von Doku Umarow alias Abu Usman 2007 proklamierte Kaukasus-Emirat (KE) spätestens nach einem Selbstmordanschlag am Flughafen Domodedowo am 24. Januar 2011 zu einem breit diskutierten Thema geworden ist, sucht man in Deutschland vergebens nach einer wissenschaftlichen Abhandlung über diesen regionalen Akteur. Das liegt unter anderem darin begründet, dass sich in der Literatur zum Nordkaukasus Erklärungsschablonen etabliert haben, „die dazu dienen, islamistischen Akteuren oder staatlichen Sicherheitsorganen einseitig Schuld zuzuweisen oder einzelne Faktoren [...] zu verabsolutieren".[1] Während die russische Politik und Politologie bis vor kurzem ausschließlich transnationale terroristische Netzwerke der Destabilisierung im Nordkaukasus bezichtigte, hebt die deutsche akademische Forschung – mit nur wenigen Ausnahmen – vor allem den so genannten Co-Terrorismus in Russland hervor. Die islamistischen Akteure sowie ihre Ideologien und Motivationen finden dabei selten Erwähnung. Die Einschätzung Regina Hellers, der politische Islam – „geschweige denn seine radikale Form" – bzw. Islam als politisches Ziel hätte im tschetschenischen Unabhängigkeitskampf „lange Zeit keine herausgehobene Rolle" gespielt, ist symptomatisch. Ein weiterer Kommentar der Autorin sorgt ebenfalls für mehr Fragen als er Antworten liefert: „Ihr [der nationalistischen Warlords] Ziel ist jedoch nicht, einen ‚echten', islamistisch inspirierten Religionskrieg im Nordkaukasus zu führen, sondern vielmehr, den heimischen Konflikt auf die benachbarten Republiken auszuweiten".[2] Es ist daher im Folgenden zu eruieren, welche Rolle dem Islamismus im Allgemeinen und der Ideologie des KE im Besonderen im nordkaukasischen Aufstand gegen die russischen Akteure zukommt. Im Zentrum stehen dabei die Einflussnahme des KE auf dschihadistische Radikalisierungsprozesse sowie seine Etablierung als Identitätsplattform für die junge islamische Anhängerschaft.

Bekanntlich diente der Islam – wie so oft in der Geschichte des nordkaukasischen Aufstandes gegen die russischen Truppen – bereits im sogenannten ersten Tschetschenien-Krieg als Mobilisierungsmechanismus für den Unabhängigkeitskampf. Dem damaligen tschetschenischen Präsidenten Dschohar Dudajew und seinem islamistischen Tandempartner Schamil Basajew gelang die Quadratur des Kreises. In seinem Mobilisierungsframe – im Sinne der Theorie der sozialen Bewegungen – bediente Dudajew den nationalistischen Diskurs, während Basajew sich für die islamische Agenda einsetzte.[3] Beide komplementären Frames harmonierten und entwickelten einen starken Mobilisierungseffekt. Weder die nationalistischen Akteure noch die islamistischen „Wölfe" kamen sich gegenseitig in die Quere – ein Zustand, der im sogenannten zwei-

1 Uwe Halbach, Russlands inneres Ausland. Der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas, SWP-Analyse, Berlin 2010, S. 6.

2 Regina Heller, „Droht ein Flächenbrand im Nordkaukasus?", in: Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler (Hrsg.), Friedensgutachten 2010, Münster 2010, S. 249-263, hier: S. 258.

3 Auch Dudajew war nicht abgeneigt, die Mobilisierungskraft des Gazawat (des heiligen Krieges) für seine Ziele zu nutzen. So setzte er den Mufti Magomed Chusejn Alsabekov unter Druck, damit er den Dschihad gegen Russland ausrufe.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ten Tschetschenien-Krieg nicht mehr vorzufinden war. Denn in der Zwischenkriegszeit entbrannte ein Wettbewerb zwischen dem nationalistischen Frame von Präsident Aslan Maschadow und der salafistischen Ideologie von Basajew mit dessen arabischen Mitstreitern. Eine Kooperation im Kampf für nationale Unabhängigkeit eines islamischen Itschkeriens war daher nur unter Vorbehalt möglich. Beide Lager konkurrierten um Macht und Deutungshoheit.[4]

Dass die arabischen Kämpfer mit der Ausbildung tschetschenischer Truppen beauftragt und in die Scharia-Gerichte integriert waren, verschaffte Dschihadisten einen enormen Vorteil. Am Ende des Kampfes gelang es dem dschihadistisch-salafistischen Flügel, die Säkularisten um Maschadow zu isolieren, so dass das ethno-nationalistische Mobilisierungsframe allmählich an Gewicht einbüßte. Der Versuch des Präsidenten und Muftis Achmad Kadyrow, die ausländischen Kämpfer zu delegitimieren und des Landes zu verweisen, scheiterte am Obersten Scharia-Gericht, das Maschadow des Gesetzesverstoßes bezichtigte und die Auflösung des Parlaments anordnete. Als er 1999 die Scharia für allgemeingültig erklärt hatte, hoffte er, den ausländischen islamistischen Akteuren den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Doch dadurch erreichte der Präsident nur das Gegenteil und stärkte die islamistische Agenda von Chattab, Basajew, Udugow und Jandarbijew. 2002 billigte das Verteidigungskomitee Itschkeriens eine Verfassungsänderung, der zufolge Tschetschenien zu einem islamischen Staat erklärt wurde, der seine Gesetzgebung vom Koran und Sunna ableitete. Das war eine Notlösung, die beide Parteien des Aufstandes akzeptierten. Islamisten hegten dabei laut Selbstbekenntnissen die Hoffnung auf einen Friedensvertrag mit Moskau, weshalb sie das Präsidenteninstitut tolerierten.

Der Nachfolger des Präsidenten Maschadow, Abdul Chalim Sadulajew, suchte den Aufstand über die Grenzen der Republik auszubreiten und den Kampf gegen den nahen Feind im Nordkaukasus zu intensivieren. Die im Frühling 2005 geschaffene „Kaukasus-Front“ diente jenen Anliegen und fungierte zugleich als Vorstufe auf dem Weg zum KE. In diesem Jahr gelang es den Aufständischen, die inneren Konflikte vorerst zu schlichten und sich auf ein gemeinsames Ziel zu einigen. Der Tod von Sadulajew im Jahr 2006 hinderte Basajew und andere Emirat-Ideologen allerdings daran, ihn zum Emir eines pankaukasischen Gebildes zu erklären.

3. Entstehungsgeschichte

Inzwischen liegt eine Reihe von Statements vor, welche die Umstände und Ziele der KE-Gründung beleuchten. Autobiographische Darstellungen von Abu Usman und dem „Emir von Kabarda“ Sejfullah (Anzor Astemirow) haben dabei einen besonderen Wert. Denn sie bringen Licht in das umstrittene Thema der ideologischen Ausrichtung dieses Netzwerkes.

4 Vgl. Keely M. Fahoum, To Tame a Chechen Wolf: Shedding the Failing Frame of Salafism, Monterey 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3.1. „Schamil fragte mich: Rufst du das Emirat aus, wenn du Emir wirst?“

Am 30. August 2011 veröffentlichten verschiedene Internetauftritte des KE einen Artikel[5] von Doku Abu Usman, in dem der selbst ernannte Emir auf die Motivationen der islamistischen Akteure eingeht, welche die KE-Gründung mit Nachdruck vorangetrieben haben. Im Text lässt Umarow keinen Raum für Zweifel an der dschihadistischen Orientierung des Aufstandes: Er selbst ginge in den Dschihad, damit Allahs Wort das höchste sei. Der entscheidende Grund für die islamistische Wende von 2007 sei die islamische Jugend gewesen, die inzwischen für die Gesetze Allahs und die Eroberung des Paradieses sterbe. Zugleich schildert er interne Konflikte (Fitna) zwischen den tschetschenischen Akteuren vor dem Ausrufen des Emirats. Demnach gab es Anfang der 2000er Jahre Auseinandersetzungen rund um die Frage, ob der Kampf gegen Moskau Dschihad sei. So hat sich eine Gruppe von Arabern und Tschetschenen um Chamzat (Ruslan) Gelajew geweigert, Maschadow und Basajew ihr Bajat (Eid) auszusprechen, weil dem Kampf gegen Russland keine religiöse Motivation zu Grunde läge. Daraufhin wollte Gelajew Tschetschenien verlassen und im Irak kämpfen. Es war angeblich Basajew, der auf eine Einigung trotz Kontroversen mit dem tschetschenischen Präsidenten drängte, den Kampf als Dschihad apostrophierte und eine Entscheidung herbeiführte, der zufolge ein islamischer Staat sukzessive ins Leben gerufen werden sollte. Der Grund: Anführer befürchteten die Spaltung des Aufstandes und personelle Verluste in den nationalistischen Reihen.

Doch es kam anders: Laut Umarow waren es Salafisten wie Emir Sejfullah, die ihn dazu drängten, ein Emirat auszurufen. Zwei Faktoren hätten dabei eine besondere Rolle gespielt: Zum einen teilte Astemirow Umarow mit, er sei selbst bereit, das Emirat zu proklamieren, was einer Spaltung der Kaukasus-Front und der Isolierung des tschetschenischen Aufstandes gleichgekommen wäre. Zum anderen habe er selbst festgestellt, „dass die Jugend, die kaum etwas über Itschkerien gehört hat, nicht mehr bereit war, unter der Flagge Itschkeriens den Dschihad zu führen“. „Daher waren es die Zeit selbst und die neue Generation der islamischen Jugend, die uns zwangen, das Emirat zu gründen“, schlussfolgert Abu Usman.

In der „Offiziellen Erklärung über die Ausrufung des Kaukasus-Emirates“ aus dem Jahr 2007 lehnt Umarow alles ab, was mit dem *Taghut* (Götzendienst) in Verbindung steht: „Ich lehne alle *Kafir*-Gesetze ab, die in der Welt installiert sind. Ich lehne alle Gesetze und Systeme ab, die die Ungläubigen im Kaukasus installiert haben“. Alle kaukasischen Republiken, in denen Mudschaheddin, die ihm einen Eid geleistet hätten, den Dschihad führten, seien *Velajate* des Emirates – Dagestan, Itschkerien (*Nachchijcho*), Inguschetien (*Galgajcho*), Ossetien (*Iriston*), Noghaier-Steppe, vereinigte Gebiete von Kabarda, Balkarien und Karatschaj. Die Grenzen des Emirates seien dabei offen. Denn es gelte, „die Ungläubigen aus dem Kaukasus zu vertreiben“ und das Territorium in das Haus des Friedens zu verwandeln. Danach „müssen wir alle histo-

5 Schamil sprosil menja: "Kogda ty stanesch Amirom, ty objewisch Imarat?", http://www.kavkazcenter.com/russ/content/2011/08/30/84755.shtml (30. August 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rischen islamischen Gebiete außerhalb des Nordkaukasus zurückerobern", heißt es weiter. Abu Usman erklärte sich zudem für die einzig legitime Macht, während er Ungläubige und ihre Helfershelfer als „Vernichtungsobjekte" zum Abschuss freigab. „Alle Ungläubigen sind eine Nation", so der kaukasische Emir. Anfang Februar 2012 erschien im Internet ein Videostreifen, in dem Abu Usman den „Status" der russischen Zivilbevölkerung änderte und befahl, von Anschlägen abzusehen, falls diese hätte Schaden nehmen können. Denn in jüngsten Protesten gegen Wahlfälschungen sah Umarow ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung das „tschekistische Regime Putins" nicht unterstütze und „Geisel desselben Regimes ist, das einen brutalen Krieg gegen den Islam im Kaukasus" führe. Daher erklärte er Sicherheitsbehörden, Regionalbeamte und „National-Verräter" zu primären Zielen des Emirates.[6]

Anfang Juli 2013 hob der Emir allerdings sein Verbot auf, „Operationen auf dem russischen Territorium durchzuführen". Denn die Ungläubigen hätten die „Güte der Mudschaheddin" als Zeichen der Schwäche missinterpretiert. Zugleich gingen sie „barbarisch" gegen die Zivilbevölkerung und in den Orten vor, wo sich die Kämpfer aufhielten. Deshalb sei eine entsprechende Antwort notwendig. Man müsse dem Kreml vor Augen führen, dass die Gutherzigkeit keine Schwäche sei, so der Emir. Er rief die „Mudschaheddin" auf, die Olympischen Winterspiele in Sotschi – „satanische Spiele" – auf dem „Gebein unserer Vorfahren" zu sabotieren und nicht zuzulassen. Somit geraten die Nichtkombattanten wieder durch mögliche Anschläge auf zivile Infrastrukturen in Gefahr. Denn eine saubere Trennung zwischen den anvisierten Zielen bzw. Opfergruppen scheint nicht mehr gewährleistet zu sein.

3.2. „Die Ablehnung des Taghut ist der größte Sieg der kaukasischen Mudschaheddin"

Am 11. November 2007, kurz nachdem das KE entstanden war, meldete sich einer der führenden nordkaukasischen *Tauhid*-Ideologen zu Wort und schilderte den Vorbereitungsprozess in einem Artikel, welchen der KE-Internetauftritt unter dem Titel „Emir Sejfullah über die Vorbereitung auf das Ausrufen des Kaukasus-Emirates" veröffentlichte.[7]

Als größte Errungenschaft deutet Astemirow die Ablehnung des auf Volkssouveränität fußenden Regierungssystems, das die tschetschenische Verfassung von 1992 formell gewährleistete. „*Tauhid* [Glaube an die Einheit und Einzigkeit Gottes] – das ist das Ziel unseres Lebens, für das wir kämpfen und bereit sind zu sterben", heißt es lapidar. Die einzige Quelle der Macht sei nicht das Volk, sondern Allah als Souverän: „Menschenrechte, internationales Recht, Referendum, Meinungs- und Religionsfreiheit, Volkswille – all diese mit unserer Religion unvereinbaren Begriffe haben mit den kaukasischen *Mudschaheddin* nichts zu tun". Dem Text ist zu entnehmen, dass Sej-

6 Vgl. Michail Logvinov, „Doka Umarov: Oberegat' i ne trogat' mirnoje naselenije!", https://caucasusjihad.wordpress.com/2012/02/03/doka-oberegat-ne-trogat/ (3. Februar 2012).

7 Vgl. „Emir Seifulla o podgotowke k prowozglaschenii Emirata Kavkaz", http://www.kavkazcenter.com/russ/content/2007/11/20/54479.shtml (20. November 2007).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fullah Umarow nahe gelegt hatte, das Emirat ohne Abstimmung mit anderen Feldkommandeuren auszurufen. Denn eine Abstimmung sei als „demokratische Neuerung unzulässig". Dieses unilaterale Vorgehen wird bei der erneuten Spaltung des Aufstandes 2010 eine wichtige Rolle spielen.

Laut Astemirow stand der nordkaukasische Aufstand Mitte der 2000er Jahre vor einem Dilemma – entweder den Dschihad einzustellen, weil das tschetschenische Volk „nicht mehr durch Vernichtung bedroht war", oder die „wahren Ziele" des Kampfes zu offenbaren. Das Schreiben bezeugt einen strategischen Charakter der Entscheidung, das KE zu proklamieren. Denn die Ablehnung des *Taghut* immunisierte den dschihadistischen Flügel des Aufstandes gegen jene Akteure, die dazu aufgerufen haben, sich mit nicht-militanten Mitteln für mehr Souveränität einzusetzen. Tatsächlich treiben die systemischen Separatisten seit Jahren die Unabhängigkeit und Theokratisierung Tschetscheniens voran. De facto haben sie das erreicht, wovon die Aufständischen nur träumen könnten, weshalb dem islamistischen Aufstand zwar nicht der Garaus, jedoch zumindst deutliche Rekrutierungsprobleme drohten. Mit Hilfe der salafistischen und *takfiristischen* Argumentationsmuster vermochten es die Dschihad-Ideologen, den Aufstand neu zu formieren und die jüngere Generation der Muslime anzusprechen. Denn das *Tauhid*-Konzept delegitimiert alle islamischen Halblösungen. Allmähliche Scharia-Einführung ergebe demnach ohne *Tauhid* keinen Sinn. Zunächst gelte es, „nein dem *Kufr*" (Unglaube) zu sagen, und erst dann ja zur Scharia. Was nütze die allmähliche Scharia-Einführung in einer Gesellschaft, in der es erlaubt sei, zum Unglauben („Religionsfreiheit gleiche der Freiheit des Unglaubens") aufzurufen und „sich über Allahs Religion lustig zu machen" usf.

Dschihad-Ideologen waren sich darüber im Klaren, dass sie durch ihre Entscheidung zwar „die Unterstützung des Westens", „die Staatlichkeit und ihre Legitimität" und „die Unterstützung mancher ausländischer Vertreter" verloren hätten. Doch ihr Gewinn – „die Hilfe Allahs", „die Legitimität durch die Allahs Scharia", „ein klares Ziel" – würde die vermeintlichen Verluste aufwiegen. Denn die Demokratiespiele hätten beinahe zur Einstellung des Dschihad im Nordkaukasus geführt. Der salafistische Dschihadismus birgt solche Risiken nicht.

3.3. Risse im Emirat: Nationalisten vs. Transnationalisten?

Ein Jahr – von Anfang August 2010 bis Ende Juli 2011 – dauerte eine Fitna (Rebellion) im KE, die mit einem angeblichen, per Video-Botschaft angekündigten und einen Tag später widerrufenen Rücktritt von Doku Umarow begann. Unter welchen Umständen und für welche Zwecke das am 1. August 2010 online gestellte Video gedreht und publik gemacht wurde, ist ebenso umstritten wie die Frage, ob Umarow eventuell seinen Rücktritt rückgängig machen musste, weil sein designierter Nachfolger Aslanbek Wadalow keine Unterstützung unter den pankaukasischen und transnationalen Dschihadisten fand. Plausibel erscheint zudem, dass der angebliche Machtwechsel Verfahrensfehler aufwies, die mit der Scharia unvereinbar waren.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Um jene viel diskutierten Geschehnisse zu verstehen, gilt es, auf den Wortlaut der Botschaft zu achten. Umarow sagte nämlich, er, Wadalow und ein weiterer tschetschenischer Frontkommandeur seien zu dem Entschluss gekommen, dass er heute sein Amt als Emir niederlege und Wadalow als Nachfolger bestimme. Seit Ende Juli 2010 fungierte Emir Aslanbek (Wadalow) als sein designierter Nachfolger, und Emir Chusejn (Chusejn Gakajew) wurde am 24. Juli zum tschetschenischen „Oberhaupt" (*Velajat Nachchijcho*) ernannt. Doch zugleich wende er sich „aus Respekt" an die Emire Dagestans, Inguschetiens und Kabardino-Balkariens mit der Bitte, ihre Meinung zu dieser Entscheidung zu überbringen. Als Begründung für den Rücktritt wies Umarow darauf hin, dass Wadalow „jünger und energischer" sei und „bessere Ergebnisse" erzielen werde. Bereits ein Tag später meldete sich Abu Usman erneut zu Wort und erklärte seinen Rücktritt unter den momentanen Umständen für unmöglich und das Video für eine Fälschung. Daraufhin widerriefen drei Feldkommandeure – Aslanbek Wadalow, Chusejn Gakajew und Tarchan Gazijew – ihren Eid auf den kaukasischen Emir.

Die *Fitna* war durch mehrere Anschuldigungen und widersprüchliche Erklärungen geprägt. Mal behauptete Abu Usman, der Rücktritt sei eine Folge der Kritik an seiner Strategie gewesen. Mal warf er dem Ideologen Mowladi Udugow vor, das Video für den internen Gebrauch missbraucht zu haben. Mal beschuldigte er drei Feldkommandeure des Verrats an Zielen des KE. Später bezichtigte Umarow die Emire Chusejn (Gakajew), Tarchan (Tarchan Gazijew) und Muchannad eines „gesetzwidrigen" Vorgehens und suspendierte den KE-Ideologen und Medienchef Udugow wegen Verletzung der „Dienstdisziplin". Was davon wahr ist, erscheint unklar. Doch es spricht viel dafür, dass es tatsächlich um ein internes Memorandum ging. Nicht auszuschließen ist, dass die angesprochenen Emire den Entschluss nicht unterstützt haben. Zudem scheint auf den ersten Blick plausibel, dass die Kritik an Umarow tatsächlich etwas mit der tschetschenischen Agenda zu tun hatte. Denn kurze Zeit nach der *Fitna* ereigneten sich in Tschetschenien zwei symptomatische Übergriffe auf Ziele des nahen Feindes, die Wadalow & Co. orchestrierten. Zum einen fiel in der Nacht zum 30. August 2010 eine bewaffnete Gruppe in das Heimatdorf von Ramsan Kadyrow, Centoroj, ein. Zum anderen griff am 19. Oktober 2010 ein Selbstmordkommando das tschetschenische Parlament an. Zudem richtete sich die Kritik offenbar gegen Selbstmordanschläge wie in der Moskauer Metro bzw. am Flughafen Domodedowo, bei dem die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wurde.[8]

Die Exil-Regierung der Tschetschenischen Republik Itschkerien um Achmed Sakajew begrüßte „die Vernunft der Brüder", die erkannt hätten, dass der von Umarow gewählte Weg eine Sackgasse sei. Doch zugleich bestätigte ein Regierungsbeschluss, dass „die Vereinigung des ganzen Kaukasus außerhalb der Hoheit des Russischen Reiches der Traum eines jeden Kaukasiers ist".[9] Ungeachtet dessen sei die Zielsetzung

8 Vgl. „Fatwa Scheicha At-Tartusi ob Amire Emirata Kawkas Dokku Abu Usmane i fitne wokrug nego", http://www.kavkazcenter.com/russ/content/2010/09/05/75043.shtml (5. September 2010).

9 „Postanowlenije Kabineta Minictrow CRI Nr. A-133", http://www.chechenews.com (10. Oktober 2010).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des KE ein Versuch, die Grundlagen der tschetschenischen Staatlichkeit zu untergraben. Sakajew hat sich bereits 2007 gegen das KE ausgesprochen und bezeichnete dessen Proklamation als Projekt russischer Nachrichtendienste. Damals begrüßten jedoch Wadalow und andere tschetschenische Aufständische die Gründung des Emirats. Die Spaltung als Konflikt zwischen den ethnisch-nationalistischen und transnationalistischen Akteuren deutend, trat die Exil-Regierung am 10. Oktober 2010 zurück und bestätigte die Ernennung von Gakajew zum Befehlshaber des Heeres der Tschetschenischen Republik Itschkerien.

Wichtig sind allerdings nicht nur die Stellungnahmen der Exil-Regierung, sondern auch die Selbstbekenntnisse der Abtrünnigen, die sich mit einer Video-Ansprache an ihre „Mitbürger im Ausland“[10] wandten. Erklärungen von Wadalow, Gakajew und Gazijew nähren Zweifel an der Itschkerien-zuerst-Version. Denn alle drei nennen die Person Umarows und seinen Führungsstil als Konfliktgrund – nämlich seine Alleinherrschaft und fehlende Konsultationsmechanismen und -gremien (*Medschlis*) in Tschetschenien. Als Beweis gilt dabei die Weigerung Abu Usmans zurückzutreten. In einer Videoansprache nannte Gakajew selbst die klaren Ziele der tschetschenischen Kämpfer: den Nordkaukasus zu befreien und die Scharia einzuführen.

Bezeichnenderweise äußert sich die alte Garde nicht gegen den pankaukasischen Dschihad, sondern trauert gewissermaßen Zeiten hinterher, in denen jeder Anführer im *Medschlis* mitreden durfte und Emire abgewählt werden konnten. Den Kampf für die Religion Allahs als Kampf für die Unabhängigkeit Tschetscheniens wie des gesamten Kaukasus stellten sie dagegen gar nicht in Abrede. Zugleich weigerten sie sich, sich dem Emirat unterzuordnen, solange Doku Umarow als Emir an seiner Spitze stehe. Symptomatisch ist, dass sich sowohl die ausländischen Islamisten als auch die jüngere Generation der nordkaukasischen Dschihadisten, die sich für die Ideologien von Abu Musab al-Suri oder Abu Muhammad al-Makdisi begeistern, hinter Abu Usman gestellt und die unter anderem im Internet ausgetragene Diskussion wesentlich geprägt haben. So wurde eine Reihe von Fatwas arabischer Scheichs veröffentlicht, die sich für Umarow eingesetzt haben. Zugleich machten der Anführer des dagestanischen *Dschama'at Schariat*, Emir Salich (Ibragimchalil Daudow), der Emir Inguschetiens Adam sowie der Emir Seifullah deutlich, dass die Absetzung Umarows nicht zur Disposition stehe. Als Lösungsweg käme für Seifullah lediglich eine Schura-Tagung aller Emire und islamischer Gelehrten des KE in Frage. Konsequenterweise wurde die *Fitna* nicht in einem quasi-demokratischen tschetschenischen Beratungsgremium, sondern vor einem Scharia-Gericht des KE verhandelt, das zu dem Entschluss kam, das Prozedere sei islamisch unkorrekt. Der Kadij des Kaukasus-Emirates (der Richter des Scharia-Gerichtes), Scheich Abu Muchammad, war von Anfang an auf der Seite Umarows. Daraufhin hatten Gakajew und Wadalow ihren Eid auf Umarow erneut ausgesprochen. Zum damaligen Zeitpunkt war der Araber Mohammad bereits durch die russischen

10 „Obraschenije rukowodstwa Vilajata Nachcijcjo (Itschkerija) Imarata Kawkas“, http://www.chechenews.com/world-news/breaking/1291-1.html (7. September 2010).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sicherheitsbehörden getötet. In der Folge kündigte Umarow eine Umgestaltung des tschetschenischen Widerstandes an.

Die tschetschenische Exil-Regierung musste ihre Fehlinterpretation einräumen, erklärte ihren Rücktrittsbeschluss im Mai 2011 für ungültig und nahm ihre Arbeit wieder auf.

4. Ideologische Ausrichtung

In den westlichen Diskussionen um die Ideologie des KE werden oft Argumente ohne kritische Reflexion vorgetragen. Dabei mangelt es kaum an einschlägigen Informationen, die eine unaufgeregte Wahrheitssuche ermöglichen. Zahlreiche Internetauftritte und Foren des KE legen Zeugnis davon ab, an welche Ideologie der kaukasische Dschihad sich anlehnt. Meldungen über grenzüberschreitende Bewegungen der nordkaukasischen und zentralasiatischen Kämpfer sind ebenfalls allzu gut bekannt.[11] So lassen sich in transnationalen Dschihad-Foren Video-Ansprachen der nordkaukasischen Kämpfer aus dem *Chorasan* finden, die ihrem *Emir* Unterstützung im Kampf für einen islamischen Staat aussprechen. Auch die in Deutschland nicht unbekannte Islamische Dschihad-Union (die Auftraggeberin der Sauerland-Bomber) solidarisierte sich mit dem KE. Pressemitteilungen und Kampfberichte aus dem Nordkaukasus werden regelmäßig in transnationalen dschihadistischen Internetforen veröffentlicht. Im Dezember 2010 startete das Forum *Ansar al-Mudschaheddin* eine Kampagne zur Unterstützung des KE. Auch umgekehrt gilt: Inzwischen gibt es keinen nennenswerten Dschihad-Ideologen, dessen Texte in russischer Sprache online nicht verfügbar wären.

Einer der führenden Dschihad-Verfechter, al-Makdisi, berichtete gar über seine ideologische Unterstützung der nordkaukasischen Kämpfer. Über den erwähnten KE-Ideologen Emir Sejfulla heißt es in einem Text: „it is my great pleasure to express my alignment with, patronage for, and support to the Mujahedeen of the Caucasus and their united Emirate […]. Moreover, I express my glory and pride in those men […]. It is an honor to state this position before an article by our dear brethren the Emir, the Islamic magistrate 'Saifullah abu-imran anzour bin Eldar Astmer' may Allah protect him. My aim in this is to identify the wonderful level of his words, his views, his papers, and his replies. No doubt he is an example for his followers among the Mujahedeen, may Allah honor them and render religion victorious with them".[12] Auch andere islamistische Ideologen wie der inzwischen getötete Anwar al-Awlaki solidarisierten sich mit dem nordkaukasischen Dschihadismus.[13]

11 Vgl. Gordon M. Hahn, Getting the Caucasus Emirate Right, Washington, D.C. 2011.
12 Abu Muhammad Al-Maqdese, „An Announcement of Patronage and Pride in the Mujahedeen and Emirate of the Caucasus", http://www.tawhed.net/pr.php?i=34 (21. Oktober 2011).
13 Vgl. Hahn (FN 11).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Dschihad in Tschetschenien ist bekanntlich seit Jahren „ein Dauerthema von Qaida-Größen".[14] Spätestens 2001 erfolgte eine Umkehrung der klassischen Logik, die den Dschihad „zu einer zentralen Säule des Islam" machte und „das Herz der muslimischen Welt"[15] in die Frontstaaten verlagerte. Infolgedessen nahm Tschetschenien neben Afghanistan einen prominenten Platz in der Propaganda der internationalen Dschihadbewegung ein. Als Beispiel kann ein Text von Ayman al-Zawahiri, dem Veteranen des afghanischen Dschihad, gelten: Im „Ritter unter dem Banner des Propheten" (2001) lässt sich al-Zawahiri über angebliche Hauptverbrecher aus, zu denen er auch Russland zählt, und ruft die internationale Dschihadallianz dazu auf, „sich um die kämpfenden Staaten herum zu scharen und diese zu unterstützen". „Unsere islamische Bewegung und ihre Avantgarde der Dschihad-Kämpfer sowie die gesamte Umma müssen die Hauptverbrecher […] in einen Kampf zwingen […]. Sie müssen bezahlen, und zwar teuer".[16] Afghanistan und Tschetschenien seien „dieser Tage das wahre Kapital des Islam", daher bestehe „die höchste aller Pflichten" darin, beide Länder „durch das Wort, die Aktion und Konsultation zu verteidigen".[17] Nur wenige wissen überdies, dass Tschetschenien das Ziel des Todespiloten Mohammed Atta war, bevor er nach Deutschland umgeleitet wurde.

Die Verneinung der (transnationalen) dschihadistischen Zielsetzung im Nordkaukasus grenzt somit an Realitätsverweigerung.[18] Denn Doku Umarow hat die angeblichen Feinde des Islam (darunter die USA und Europa) als Feinde des KE identifiziert und sich mit den *Mudschaheddin* außerhalb Russlands solidarisiert. Zudem veröffentlichen die Internetauftritte des *Velajats* Dagestan (*Dschamaat Shariat*), Inguschetien (*Hunafa*) und des vereinigten *Velajats* von Kabarda, Balkarien und Karatschaj (*IslamDin*) sowie des Kaukasus-Emirates selbst (*Kavkaz Center*) in regelmäßigen Abständen Aufrufe zum transnationalen Dschihad und salafistische Stellungnahmen mit dem symptomatischen Vokabular wie *tauhid*, *kufr*, *takfir* u.a. Auch in den erwähnten Statements von Wadalow, Gakajew und Gazijew kam der *Takfirismus* im Emirat mit negativen Vorzeichen zur Sprache.

---

14 Yassin Musharbash, „Suche nach Terror-Drahtziehern. Russlands Städte im Visier", http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,686133,00.html (29. März 2010).

15 Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2005, S. 369.

16 Ebd., S. 363.

17 Al-Zawahiri führt weiter aus: „Ein einziger Blick auf die Geschichte der Mudschaheddin in Afghanistan, Palästina und Tschetschenien zeigt, dass die Dschihad-Bewegung in jenem Moment eine zentrale Stellung im Zentrum der Umma erlangt hat, als sie die nationale Befreiung von ihren ausländischen Feinden zur Parole gemacht und dieser Befreiung das Profil eines Kampfes des Islam gegen die Gottlosigkeit und die Ungläubigen gegeben hat. […] eine wachsende Streitmacht versammelt sich unter dem Banner des Dschihad gegen das Gesetz der neuen Weltordnung. Frei von jeder Knechtschaft gegenüber dem herrschenden westlichen Imperialismus, birgt sie die Verheißung, den neuen Kreuzzug gegen die Gebiete des Islam vernichtend zu schlagen. Sie dürstet danach an den Anführern der Bande der internationalen Gottlosigkeit (den USA, Russland und Israel) Rache zu nehmen". Ebd., S. 363 f.

18 Allerdings greift auch das andere Extrem, nämlich die Ausblendung der Multikausalität, zu kurz. Als Auslöser für die islamistische Radikalisierung und die gruppendynamischen Prozesse im tschetschenischen Aufstand fungierte der Waffengang Moskaus im Jahr 1994.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eine ausführliche Stellungnahme von Mowladi Udugow zum ideologischen Unterbau des Emirats aus dem Jahr 2007 erlaubt tiefere Einblicke in die Trägerideologie des nordkaukasischen Dschihad. Der islamistische Ideologe hebt ebenfalls die Rolle der muslimischen Jugend bei der Neuausrichtung des bewaffneten Kampfes hervor. „Unsere Westler-Nationaldemokraten sagen, zuerst kommt die Unabhängigkeit und dann der islamische Staat. Das Fundament sei angeblich die Unabhängigkeit. [...] Die muslimische Jugend Tschetscheniens und des Nordkaukasus ist unsere Stütze. Das ist die allerwichtigste Priorität in der Politik, denn sie ist heutzutage unsere einzige Grundlage, die den Widerstand ermöglicht. […] Nur der Islam hilft uns, auf Beinen stehen zu bleiben. Hätten wir listige Politikspielchen gespielt, hätten wir den Zweig, auf dem wir sitzen, abgesägt. [...] Wie brauchen Menschen, die bereit sind, heute und jetzt zu kämpfen, und kein Geschwätz in Europa sowie aberkluge Überlegungen über die „Sprache der Diplomatie" und die Notwendigkeit, auf die zynische Welt, in der wir leben, Rücksicht zu nehmen."[19] Als „listige Politik" bzw. „Politikspielchen" bezeichnet Udugow die Argumentationslinie der „Eurotschetschenen", also der itschkerischen Exildiaspora, der er Doppelzüngigkeit vorwirft. Denn einerseits riefe man die Muslime Tschetscheniens und des Nordkaukasus zum Dschihad auf. Andererseits agiere man mit Vorsicht und betreibe listige Politik, um Unterstützer in Europa zu gewinnen. Eine solche Politik setze voraus, dass entweder der Westen aus Schwachköpfen bestehe oder umgekehrt die *Mudschaheddin* die Realität über die Visiere ihrer Maschinenpistolen hinaus nicht sehen. „Doch die Ankündigung Umarows hat gezeigt, dass die *Mudschaheddin* nicht nur schießen können."[20]

Vorwürfen der itschkerischen Exil-Regierung, die Proklamation des Emirates hätte die tschetschenische Staatlichkeit untergraben, begegnet der KE-Ideologe, indem er auf den wieder erlangten „hohen Status" des Staates wie zu Zeiten des Scheichs Mansur, Imam Schamils und des Scheichs Usun Hadschi hinweist. Udugow spricht hier die historischen Vorbilder eines pankaukasischen Gebildes (*Imamate* bzw. *Emirate*) an, denen Mansur Uschurma im 18. Jahrhundert, Schamil zwischen 1832 und 1859 sowie der Scheich Hadschi in den Jahren 1919 bis 1920 vorgestanden hatten. Die Geschichte des nordkaukasischen Dschihad gegen das Zarenreich und sowjetische Imperium gilt den KE-Ideologen somit als soziokulturelles Modell, während der Islam als das dominante Mobilisierungsmedium fungiert. Ähnlich wie der Emir Seifullah argumentiert Udugow in seinem Kommentar: „Das Scharia-Prinzip lautet: Es gibt keine Religionsvielfalt, es gibt nur zwei Religionen – der Islam und das Heidentum. Ebenso gibt es keine Vielfalt von Staatsformen, sondern lediglich zwei Typen – ein auf der Gottesmacht beruhender Staat und ein Staat, der auf der Macht des Taghut fußt."[21]

19 Mowladi Udugow, „Vojna idet za obraz zhizni", unter: http://kavkazcenter.com/russ/content/2007/11/28/54654.shtml (28. November 2007).
20 Ebd.
21 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die postsowjetischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Nordkaukasus haben für solche Argumentationsmuster anscheinend ein offenes Ohr.[22] Denn es war und bleibt tatsächlich die neue Generation der islamischen Jugend, welche „die staatliche Last auf sich genommen hat" und für welche die Begriffe *Aqida* (Glaube), *Schariat*, Islam „keine Werkzeuge der politischen Spiele, sondern die Quintessenz ihres Lebens darstellen; des Lebens, das sie täglich opfert, um diese Begriffe mit Leben zu füllen."[23] Einer repräsentativen Umfrage zufolge halten 12 Prozent der Schüler und Studenten in dagestanischen Großstädten den militanten Dschihad für legitim, während 20 Prozent der Befragten sich zu den Salafisten zählen und für die Scharia aussprechen.[24] In ländlichen Gebieten dürften die Zahlen etwas höher ausfallen.

5. Gefahreneinschätzung

5.1. Gefahren im Inneren

Trotz entgegengesetzter Meinungen[25] ging die Strategie der Dschihadisten auf, und nach verhältnismäßig kurzer Umstellungszeit zeigte das KE seine Durchschlagskraft nicht nur im Nordkaukasus. Durch Sprengung eines stark frequentierten Zuges, des Newskij Express (27. November 2009), sowie mit einem Doppel-Selbstmordanschlag auf die Moskauer Metro (29. März 2010) und einem Selbstmordattentat am Flughafen Domodedowo (24. Januar 2011) konnten die Terroristen Russland ins Mark treffen. Doch auch in den nordkaukasischen Republiken hat sich der Dschihad gegen den nahen Feind intensiviert. Wiederholt widerlegten zwei Selbstmordanschläge am 31. August 2011 in Tschetschenien die Schilderungen dieser Republik als Stabilitätshafen. Insgesamt wurden 2010 1710 Menschen Opfer der Terroranschläge und Übergriffe auf die Sicherheitskräfte (754 Tote und 956 Verwundete). In elf Monaten des Jahres 2011 betrug die Zahl der Opfer im Nordkaukasus 1.205 Personen (683 tot und 522 verletzt).[26] Jährlich töten die Sicherheitsbehörden im Durchschnitt 300 Kämpfer und nehmen eine ähnliche Zahl an Verdächtigen fest, obwohl die Spitzenrepräsentanten den nordkaukasischen Aufstand gebetsmühlenartig auf 300 bis 500 Personen schätzen. Die Anzahl der Terroranschläge im Nordkaukasus schwankt von Jahr zu Jahr. Während sich 2010 die Zahl der Terrorismusdelikte verdoppelt hat, meldeten die russischen Sicherheitsdienste einen dreifachen Rückgang im Jahr 2011. Zugleich ist die Verhin-

22 Vgl. den Leserbrief mit dem Titel „Est' tol'ko dve partii" [„Es gibt nur zwei Parteien"], unter: http://www.kavkazcenter.com/russ/content/2012/01/17/88190.shtml (17. Januar 2012).
23 „V kavkazskoje bandpodpolje uchodjat deti cinovnikov: ekspert", unter: http://www.magas.ru/content/v-kavkazskoe-bandpodpole-ukhodyat-deti-chinovnikov-ekspert (17. Oktober 2011).
24 Vgl. „V Dagestane 12% ucashijsja molodezhi podderzhivajet bojevikov", unter: http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/197318/ (9. Dezember 2011).
25 Vgl. Fahoum (FN 4).
26 Hier und weiter nach Angaben des Informationsportals Kavkazskij Uzel, http://www.kavkaz-uzel.ru/rubric/1103 (21. Dezember 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

derungsrate um das Zweifache gesunken, d.h. der Rückgang ist wohl kaum auf die Effizienz der Nachrichtendienste und Ermittlungsbehörden zurückzuführen. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt, Iwan Sydoruk, erklärte demgegenüber, die Zahl der politisch motivierten Delikte sei 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 29 Prozent gestiegen.[27] Die Dateninkonsistenz in verschiedenen Statistiken der Sicherheitsbehörden hat in Russland Tradition. Anfang Februar 2012 erschien im Internet ein Videostreifen, in dem Abu Usman den „Status" der russischen Zivilbevölkerung änderte und befahl, von Anschlägen abzusehen, falls diese hätte Schaden nehmen können. Denn in jüngsten Protesten gegen Wahlfälschungen sah Umarow ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung das „tschekistische Regime Putins" nicht unterstütze und „Geisel des selben Regimes ist, das einen brutalen Krieg gegen den Islam im Kaukasus" führe. Daher erklärte er Sicherheitsbehörden, Regionalbeamte und „National-Verräter" zu primären Zielen des Emirates.[28]

An der Opferstatistik unter den Polizei-, Militär- und Nachrichtendienstangehörigen ist sichtbar, dass der Kampf gegen den nahen Feind sich nach Dagestan (392 Opfer 2010 im Vergleich zu 202 Toten wie Verwundeten im Jahr 2009) und Kabardino-Balkarien (jeweils 72 und 11) verlagert hat. In Tschetschenien (192 im Vergleich zu 285) und Inguschetien (jeweils 172 und 323) sind die Opferzahlen dagegen gesunken. Nichtsdestotrotz sind diese Republiken von einer Problemlösung weit entfernt. Obwohl die Sicherheitsbehörden 2007 den militanten Dschama'at in Karatschajewo-Tscherkessien zerschlagen haben, gilt die Situation hier ebenfalls als angespannt.

Trotz Erfolgsmeldungen des Nationalen Antiterroristischen Komitees über die ausgeschalteten Aufstandsideologen wie Sejfullah (Anzor Astemirow) und Said Burjatskij bzw. Said abu Saad al-Burjati (Aleksandr Tichomirow) sowie Sektoren-Emire des KE fällt auf, dass die Köpfe der nordkaukasischen Dschihad-Hydra schnell nachwachsen, der Aufstand sich deutlich verjüngt und anscheinend keine personellen Engpässe hat. Vom Ernst der Lage zeugen Hunderte von kontraterroristischen Operationen, die in manchen Fällen in (tagelange) Gefechte zwischen den Sicherheitskräften und Aufständischen münden. Da die (russischen) Behörden sich kaum mit der ideologischen Grundlage des Aufstandes beschäftigen, ist nicht zu erwarten, dass die religiös motivierte Gewalt im Nordkaukasus auf absehbare Zeit endet.

5.2. Gefahren für Europa

Die Gefahren und Risiken für Europa wie Deutschland hängen vor allem mit möglichen Radikalisierungsprozessen in der tschetschenischen Diaspora und – aus normativer Sicht – mit der logistischen wie finanziellen Unterstützung des KE zusammen. In der erwähnten Ansprache an die Mitbürger im Ausland forderten die abtrünnigen Feld-

27 Vgl. auch: Mairbek Vatchagaev, "What Russian Statistics On Militant Attacks In the North Caucasus Reveal", http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=38760&tx_ttnews[backPid]=512 (9. November 2011).

28 Vgl. Logvinov (FN 6).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kommandeure ihre Landsleute ausdrücklich auf, den tschetschenischen Kampf zu unterstützen. Deutsche Nachrichtendienste registrieren entsprechende Aktivitäten und steigende Anhängerschaft des KE unter den in Deutschland wohnhaften Tschetschenen.

Mit Blick auf die Radikalisierungsprozesse sowie die Verhängung und/oder Durchsetzung der Ausreiseverbote tragen deutsche Ermittlungsbehörden ebenfalls eine große Verantwortung. Denn die „Sauerlandbomber" wie die in Pakistan aktiven Bonner Islamisten Choukas hatten ursprünglich unter anderem vor, in Tschetschenien zu kämpfen, und sie sind nur zufällig nach Pakistan gelangt.

Aktivitäten tschetschenischer oder allgemein russländischer KE-Unterstützer in Europa sind im vergangenen Jahr mehrmals gemeldet worden. So verletzte sich im September 2010 ein belgischer Staatsbürger tschetschenischer Herkunft in Kopenhagen bei dem Versuch, eine Bombe zu präparieren, die an die dänische Zeitung „Jyllands-Posten" geschickt werden sollte. Am 23. November 2010 haben die Sicherheitsbehörden der Niederlande, Deutschlands und Belgiens Mitglieder des *Sharia4Belgium*-Netzwerkes und eine „tschetschenische" Zelle festgenommen. Festgehaltene waren verdächtig, Anschläge in Belgien zu planen sowie das KE finanziell zu unterstützen und Dschihadisten für den Nordkaukasus zu rekrutieren. Ein weiterer tschetschenischer Verdächtiger, Aslambek I., ging den österreichischen Ermittlern auf dem Flughafen Wien-Schwechat ins Netz. Er gilt als Anhänger von Doku Umarow und soll geplante Anschläge auf NATO-Ziele in Belgien logistisch unterstützt haben.

Darüber hinaus berichtete die tschechische Polizei Anfang Mai 2011 von einer Zelle, die in Verbindung mit dem dagestanischen *Dschamaat Schariat* gestanden haben soll.[29] Ihre Mitglieder, die sich auf Waffenschmuggel und Fälschung von Reisedokumenten spezialisierten, sowie diejenige Personen, die über sie an falsche Identitäten gelangt seien, hätten eine terroristische Ausbildung im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet durchlaufen. Brisant waren Meldungen, denen zufolge die Zelle ihre Aktivitäten aus Berlin nach Prag verlagert habe und im Moment der Verhaftung einige Verdächtige in Berlin unterwegs gewesen seien. Auch in Berlin wurde ein mutmaßlicher Terrorhelfer im Juni festgenommen.[30] Die Verhaftung von zwei vermutlichen Al-Qaida-Mitgliedern tschetschenischer Abstammung in Spanien reiht sich ebenfalls in die Kette beunruhigender Entwicklungen ein.

Österreichischen Sicherheitsbehörden zufolge nutzt das Kaukasus-Emirat Europa als Logistik- und Rekrutierungsraum für Terroranschläge in Russland. So wurde etwa der Anschlag auf den Moskauer Flughafen Domodedowo mit Geld finanziert, das in Europa eingetrieben wurde. Im aktualisierten Verfassungsschutzbericht heißt es unter

29 Vgl. Chris Johnstone, "Czech Police pounce on Islamic 'terrorist' gang", Czech Position, in: http://www.ceskapozice.cz/en/news/society/czech-police-pounce-islamic-%E2%80%98terrorist%E2%80%99-gang [8. Februar 2012]; "Daghestan Jamaat Support Personnel Arrested in Czech Republic", Radio Free Europe, 3. Mai 2011, in: http://www.rferl.org/content/daghestan_jamaat_czech_republic/24090349.html (8. Februar 2012).

30 „Mutmaßlicher Terrorhelfer festgenommen", http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/marzahn-mutmasslicher-terrorhelfer-festgenommen/4317682.html (23. Juni 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

anderem: „Aufgrund von aktuellen Ermittlungen ist jedoch bekannt, dass in Österreich lebende Tschetschenen die Auseinandersetzungen im Kaukasus bzw. den globalen Dschihad der El Kaida aktiv unterstützen bzw. teilweise auch aktiv daran teilnehmen."[31] Junge Männer aus der tschetschenischen Diaspora schließen sich zudem verschiedenen Kampfgruppen an, um sich am Dschihad zu beteiligen. Eine in Syrien aktive dschihadistische Gruppierung, welche von einem Veteranen der Kriege im Nordkaukasus, „Abu Omar al-Schischani", angeführt wird, schließt zahlreiche „Migranten und Unterstützer" – auch aus dem Nordkaukasus – ein. Auch dem KE-Anführer fielen die Ausreisen nach Syrien negativ auf: In einer Videoansprache rief er die angehenden Gotteskrieger dazu auf, sich dem Dschihad im Nordkaukasus gegen Russland zu widmen.

Eine weitere Gefahr für Deutschland als demokratischer Verfassungsstaat resultiert aus den Aktivitäten russischer und/oder tschetschenischer Nachrichtendienste, welche die tschetschenische Diaspora im Bundesgebiet beobachten. Tötungen vermutlicher Terroristen bzw. Regimegegner im Ausland gehören laut Kritikern seit Jahren zu den Antiterror-Strategien Grosnys. Europa (und Deutschland) sind kaum vor solchen Zugriffen gefeit – diese Vermutung legt das Beispiel des in Österreich getöteten Umar Israilow nach. Von 300 Agenten Kadyrows ist inzwischen in den österreichischen Medien die Rede.[32] Sollten sich die Medienberichte bestätigen, denen zufolge die Ende September 2011 in Istanbul verübten Morde an Rustam Altemirow, Zaurbek Amrijew und Berg-Chazh Musajew von einer „Berliner Gruppe" vorbereitet worden seien, wäre das eine Besorgnis erregende Entwicklung.

6. Fazit

Spätestens von 1999 an enthielten die nordkaukasischen Separatismusbestrebungen eine gehörige Portion Islamismus. Die Motivlage der Kämpfer aus den Reihen des Kongresses der Völker Tschetscheniens und Dagestans, die sich dem Dschihad gegen Russland verschrieben hatten, war nach wie vor separatistisch. Das sogenannte Friedenscorps des Kongresses hat eine Art unabhängigen Staat nach dem Vorbild des Imamats von Schamil auf dem Territorium der nicht anerkannten Republik Itschkerien und Dagestans durchsetzen wollen. Doch zum Gründungsprogramm gehörte ebenfalls eine ausgeprägte islamistische Agenda, die aus den Statements der Anführer nicht mehr wegzudenken war. So wandte sich Schamil Basajew am 15. August 1999 an das dagestanische Volk mit den Worten: „Einhundertvierzig Jahre war das islamische Dagestan von den russischen Kafiren besetzt. Einhundertvierzig Jahre wurde das islami-

31 Islamisten suchen Kämpfer in Österreich, unter: http://kurier.at/politik/weltchronik/tschetschenen-einzelne-radikale-unterstuetzen-el-kaida-islamisten-suchen-kaempfer-in-oesterreich/10.204.712 (25. April 2013).

32 Andreas Wetz, „Chefagent Tschetscheniens ausgewiesen", http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/729518/Chefagent-Tschetscheniens-ausgewiesen?_vl_backlink=/home/panorama/oesterreich/index.do (3. Februar 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sche Dagestan von satanischem Recht und seinen Dienern regiert. Wir wollen Sieg oder Paradies! Und, so Gott will, wir werden Dagestan von Kafiren befreien. Vertreibt die russischen Aggressoren und ihre Helfershelfer aus euren Dörfern und Städten. Etabliert Allahs Scharia und ihr werdet womöglich gerettet".[33]

Neben dem Regionalismus kam in den Erklärungen der Aufständischen auch die internationale Komponente zum Tragen. So fand der Aufruf von Basajew, „Dagestan von zionistischen Einflüssen zu befreien", beim Ideologen Mowladi Udugow, der in der „Befreiung" Israels das Endziel der *Mudschaheddin* sah, eine rege Unterstützung. Zudem gab es bereits 1997 die ersten Kontakte zwischen Bin Laden und dagestanischen wie tschetschenischen Salafisten. Bekanntlich hatten die ersten sogenannten Afghan-Araber (Internationale Islamische Brigade) Tschetschenien bereits 1995 erreicht. Erwähnenswert ist auch, dass al-Zawahiri 1996 das Land besucht hatte, um dort ein Hauptquartier des Islamischen Dschihad aufzubauen. „Die Bedingungen dort waren hervorragend"[34], so seine Einschätzung.

Die Verbindungslinie zwischen den dschihadistisch-salafistischen Akteuren, ihrer Motivation in den 1990er Jahren und der ideologischen Ausrichtung des KE ist somit unbestreitbar, wobei deren Ausblenden nicht nur als epistemisch fragwürdig, sondern auch als sicherheitspolitisch bedenklich erscheint. Denn das KE ist nicht nur eine Gefahr für Russland. Auch in Europa sind Radikalisierungsprozesse bereits im Gange.

33 Paul Murphy, The Wolves of Islam: Russia and the Faces of Chechen Terror, Dulles 2006, S. 101.

34 Lawrence Wright, „Der Mann hinter Bin Laden. Die islamistische Karriere des Dr. al-Zawahiri aus Ägypten", http://www.lettre.de/archiv/59_wright.html [17. Februar 2002]. Siehe auch den ins Russische übersetzten Text von al-Zawahiri Dagestan – Befreiung nach der Verzweiflung. Eine erste Begegnung mit dem islamischen Kaukasus" auf einer der nordkaukasischen Propagandaseiten, Dagestan – oswoboschdenije posle otschajanija. Perwoje znakomstwo s Islamskim Kawkasom, unter http://ummanews.com/mi nbar/359--l-r.html (20. Januar 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Biografisches Porträt

Von Eckhard Jesse

1. Lebenslauf

Geboren am 17. August 1941 im hinterpommerschen Zollbrück/Kreis Rummelsberg, wuchs Lothar Bisky in Brekendorf bei Schleswig (Schleswig-Holstein) als Flüchtlingskind in ärmlichen Verhältnissen auf.[1] Die Ehe der Eltern – der Vater arbeitete als Molkereigehilfe, die Mutter lange Zeit als Putzfrau – zerbrach sehr früh. Der wissbegierige Lothar Bisky, der unter der Trennung der Eltern gelitten hatte, ging zwar aufs Gymnasium, fühlte sich im Internat aber nicht wohl. Das Mitglied der verbotenen Freien Deutschen Jugend (FDJ), das den „Freiheitssender 904" und den „Deutschen Soldatensender" hörte, „wollte abhauen, in die DDR. Dort sollte es eine Menge Probleme geben, die Bildung aber hing wenigstens nicht davon ab, ob die Eltern es sich leisten konnten"[2] – so Biskys spätere Einschätzung. Im Dezember 1959 verließ er aus politischen Gründen die als kalt und miefig empfundene Bundesrepublik Deutschland, ohne die Eltern davon zu informieren.

Die DDR, wo er das Abitur im sächsischen Windischleuba 1961 nachholte, wurde zu seiner auch ideologischen Heimat. Nach einem Jahr Bewährungszeit in der „Produktion", einem Blechverformungswerk bei Leipzig, begann 1962 sein Philosophiestudium an der Berliner Humboldt-Universität. Der überzeugte Kommunist, von 1963 an Mitglied der SED, studierte danach Kulturwissenschaft in Leipzig.[3] Dem Diplom im Fach Kulturwissenschaft an der Leipziger Karl-Marx-Universität (1965) folgten die Dissertation A über „Massenkommunikation und Jugend" (1969) und die Dissertation B über die „Kritik der bürgerlichen Kommunikationsforschung" (1975) – jeweils mit einer klar marxistisch-leninistischen Perspektive. War Bisky zunächst am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung unter Walter Friedrich tätig (erst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, später als Leiter der Forschungsgemeinschaft „Freizeitgestaltung der Jugend" und als Verantwortlicher für den Bereich „Massenkommunikation/Kunst"), so erhielt er – nach einer Honorarprofessur an der Humboldt Universität zu Berlin – 1980 eine Dozentur für Kulturtheorie an der Berliner Akademie für Ge-

1 Der Verfasser orientiert sich bei den Fakten stark an den Angaben im Internationalen (Munzinger) Biographischen Archiv 12/2010 vom 23. März 2010, ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis KW 33/2013; vgl. ferner den Eintrag von Andreas Herbst/Helmut Müller-Enbergs, „Bisky, Lothar", in: Helmut Müller-Enbergs u.a. (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 5. Aufl., Berlin 2010, S. 132.

2 Lothar Bisky, So viele Träume. Mein Leben, Berlin 2005, S. 36.

3 Wegen Hans Mayer, des bekannten Literaturwissenschaftlers, nach Leipzig gewechselt, musste er 1963 zur Kenntnis nehmen, dass dieser von einem Besuch in der Bundesrepublik nicht mehr zurückgekehrt war. Vgl. ebd., S. 57.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Das bedeutete eine Hinwendung zu einem weithin neuen Forschungszweig. 1986 folgte eine Professur an der Hochschule für Film und Fernsehen in Babelsberg, wo er bis 1990 – als Nachfolger von Konrad Schwalbe – zugleich Rektor war. Bisky hatte am Rande zu den Personen gezählt, die auf DDR-Seite für das 1987 verabschiedete SPD-SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" die Verantwortung trugen.

Im turbulenten Herbst 1989 stand er nicht mehr auf der Seite der SED-Orthodoxie. Zum ersten Mal wurde Bisky einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als er am 4. November 1989 bei der berühmten Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz – wie Gregor Gysi – in einer Rede die Erneuerung der DDR propagiert hatte. Schnell gelangte Bisky im Dezember 1989 in das Präsidium der SED/PDS. Ihm oblag die Leitung der Kommissionen Bildungs- und Schulpolitik, Presse und Medien. Dort musste er das SED-Medienmonopol entflechten. Das Mitglied der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer, das wegen seines politischen Engagements das Amt des Rektors aufgegeben hatte, kandidierte 1990 für den brandenburgischen Landtag und gehörte ihm bis 2005 an. Von 1990 bis 2004 amtierte er als Fraktionschef. Sein Engagement galt u.a. der Akzeptanz der Landesverfassung durch die eigene Partei.[4] Mit dem maßgeblich von ihm herbeigeführten positiven Ergebnis bei der brandenburgischen Kommunalwahl im Dezember 1993 (21,3 Prozent) setzte der elektorale Aufschwung der PDS ein, den so wohl kein Beobachter für möglich erachtet hatte.

Der Vorsitzende des Landtags-Untersuchungsausschusses zur Klärung der IM-Tätigkeit gegen Manfred Stolpe (von 1992 bis 1994)[5] gewann durch seine souveräne Leitung Respekt bei Andersdenkenden, nicht zuletzt bei Repräsentanten der SPD (am Ende stand ein Freispruch für Stolpe), stabilisierte so auch seine Partei. Dabei musste Politik nicht sein Lebensinhalt bleiben. Anfang der neunziger Jahre spekulierte Bisky nach eigenen Angaben mit dem Gedanken, beim Medienmogul Robert Maxwell „anzuheuern", doch riet Gregor Gysi ihm davon ab.[6] Nach dem brandenburgischen Landesvorsitz (1991 bis 1993) übernahm Bisky im Januar 1993 den der gesamten Partei vom amtsmüde gewordenen Gysi. Immer wieder mit innerparteilichen Auseinandersetzungen konfrontiert, konnte er, kein Freund der Kommunistischen Plattform, der allerdings nie für ihren Ausschluss aus der Partei plädiert hatte[7], die widerstreitenden Gruppen einigermaßen besänftigen. Selbst mit dem politischen Gegner ließen sich

4 Die Verfassung wurde im April 1992 mit einer Mehrheit von 94,0 Prozent durch die Bevölkerung angenommen.

5 Bisky legte den Vorsitz kurz vor dem Abschlussbericht des Ausschusses wegen der öffentlichen Emotionalisierung und der Vorverurteilung Stolpes nieder.

6 Vgl. Bisky (FN 2), S. 189.

7 Im Gegenteil, ließ er doch 1993, kurz nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, verlauten: „Ich bin froh, dass es die Kommunistische Plattform gibt. Sie ist, scheint mir, sehr aktiv und eine wichtige Kraft. Ich bin auch ständig im Gespräch mit ihr. Ich selber gehöre ihr nicht an. Aber dass es sie gibt, ist ungeheuer wichtig für die PDS. In der Programmdiskussion – so ist mein Eindruck – hat sie uns zu einer Reihe von Gedanken verholfen. Ich habe überhaupt keine Lust, mich von der Kommunistischen Plattform in der PDS in irgendeiner Weise abzugrenzen." Gespräch von Lothar Bisky mit Günter Labudda, Was sich die Linke selbst schuldig ist …, in: Unsere Zeit vom 5. Februar 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

manche Streitigkeiten beilegen, so in der heiklen Frage nach dem Verbleib des SED-Parteivermögens. 1995 wurde der massive Konflikt mit der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ durch einen Kompromiss geschlichtet. Die Partei gab zwar den Anspruch auf den Großteil des SED-Vermögens auf, erhielt im Gegenzug aber vier Immobilien im Wert von 30 Millionen D-Mark.

Unter Bisky erlebte die PDS einen nicht für möglich gehaltenen Aufschwung. Bei den fünf Landtagswahlen 1994 im Osten konnte sie sich überall stark verbessern (in einer Größenordnung von 5,3 Punkten wie in Brandenburg bis zu 7,9 Punkten wie in Sachsen-Anhalt), und bei der dritten Serie der Landtagswahlen 1998/99 blieb dieser Höhenflug ungebremst. Die PDS steigerte sich in Brandenburg von 18,7 auf 23,3 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern von 22,7 auf 24,4 Prozent, in Sachsen von 16,5 Prozent auf 22,2 Prozent, in Thüringen von 16,6 auf 21,3 Prozent.[8] In Mecklenburg-Vorpommern bildete die Partei als Juniorpartner der SPD 1998 sogar eine Koalition. Bisky arbeitete auf eine solche Regierungsbeteiligung hin.

Auch auf der bundespolitischen Bühne kam die Partei unter ihm in einem Maße vorwärts, wie das wohl nicht einmal die größten Optimisten in den eigenen Reihen gehofft hatten. 1994 zog sie dank des Gewinns von vier Direktmandaten im Osten Berlins (durch Gregor Gysi, Stefan Heym, Christa Luft, Manfred Müller) zwar mit 4,4 Prozent wieder in den Bundestag ein, vermochte aber die erneute Mehrheit für eine schwarz-gelbe Regierung nicht aufzuhalten. Und 1998 gelang der PDS unter dem Vorsitz von Lothar Bisky mit 5,1 Prozent der Stimmen das erste Mal die Überwindung der Fünfprozentklausel im Bundestag, ohne dass sie aber den (bisher einzigen) ungefilterten Regierungswechsel zu Rot-Grün verhindern konnte. Bisky selber hatte seinen Wahlkreis Treptow/Köpenick nicht gewonnen. Da er auf der Landesliste bewusst nicht abgesichert war, blieb ihm weiterhin der Fraktionsvorsitz der PDS in Brandenburg. War die Partei bei den Europawahlen 1994 mit 4,7 Prozent an der Fünfprozentklausel gescheitert, zog sie 1999 (5,8 Prozent) in das Europaparlament ein.

Obwohl mit seinem besten Ergebnis als Vorsitzender auf dem Berliner Parteitag im Januar 1999 wiedergewählt (89 Prozent), ließ Bisky nicht zuletzt angesichts der vielen Streitereien etwa mit Kräften aus der Kommunistischen Plattform um Sahra Wagenknecht Amtsmüdigkeit erkennen. Er gab auf dem Parteitag im April 2000, der zum ersten Mal im Westen des Landes stattfand, ebenso seinen Rücktritt bekannt wie Gysi den vom Amt des Fraktionsvorsitzenden. Gabriele Zimmer und Roland Claus avancierten im Oktober 2000 zu den – wenig charismatischen – Nachfolgern. Im Januar 2001 legte Bisky auch den Vorsitz in der Programmkommission nieder. Bisky und Gysi führten die Partei wider Willen in eine schwere Krise, wie das Ergebnis bei der Bundestagswahl 2002 mit lediglich zwei Direktmandaten und 4,0 Prozent nachdrücklich zeigte.[9]

8 Der winzige Stimmenrückgang in Sachsen-Anhalt von 19,9 auf 19,6 Prozent erklärt sich wesentlich damit, dass die Partei Rot-Grün toleriert hatte („Magdeburger Modell“).

9 Zu den vielfältigen Gründen vgl. Eckhard Jesse, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002, in: Zeitschrift für Politik 50 (2003), S. 17-36.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Nach der Bundestagswahl 2002 und einer Initiative des brandenburgischen Landesvorsitzenden Ralf Christoffers suchten die „Reformer“ einen „Retter in der Not“. Ihn sah die Partei in Lothar Bisky, zumal die Vorsitzende Zimmer, die mit Hardlinern wie ihrem Stellvertreter Dieter Dehm und dem Bundesgeschäftsführer Uwe Hiksch nicht gut zusammenarbeiten konnte, zu einem Amtsverzicht bereit war. Auf dem Berliner Sonderparteitag im Juni 2003 wurde Lothar Bisky mit 78,2 Prozent zum neuen Vorsitzenden gewählt und auf dem Chemnitzer Parteitag im Oktober 2003 das neue Programm verabschiedet, das stark die Handschrift des Vorsitzenden trug. So wurde nicht eigens eine Absage an Militärinterventionen mit UN-Mandat fixiert, freilich auch nicht ihre Unterstützung. Bisky verhalf der Partei aus der Bredouille und erhöhte nicht zuletzt dank seiner Personalpolitik ihre Handlungsfähigkeit – beispielsweise förderte er die betont pragmatische Dagmar Enkelmann, die spätere Fraktionsvorsitzende der PDS im brandenburgischen Landtag (2004-2005). Das Amt des Landtagsvizepräsidenten fiel ihm dann zu.

Die Wahlerfolge der Partei unter seiner abermaligen Ägide konnten sich zumal im Osten sehen lassen. Sie erreichte in Brandenburg 2004 28,0 und 2009 27,2 Prozent, in Sachsen 2004 23,6 und 2009 20,6 Prozent, in Thüringen 2004 26,1 und 2009 27,4 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern steigerte sie sich 2006, obwohl in der dortigen Landesregierung, leicht auf 16,8 Prozent, in Sachsen-Anhalt als Oppositionskraft 2006 deutlich auf 24,1 Prozent. Die Regierungsbeteiligung in Brandenburg 2009 entschädigte für die geringfügigen Stimmeneinbußen. Auch im Westen durfte Bisky über das Abschneiden „seiner“ Partei zufrieden sein, zumal nach der Vereinigung mit der WASG 2007. In Bremen (2007: 5,6 Prozent), Hamburg (2008: 6,4 Prozent), Hessen (2008: 5,1 Prozent; 2009: 5,5 Prozent), Niedersachsen (2008: 7,1 Prozent), und Schleswig-Holstein (2009: 6,0 Prozent) überwand sie die Fünfprozenthürde. Den größten Erfolg im Westen erzielte die Partei bei der Landtagswahl 2009 im Saarland mit 21,3 Prozent. Dies war allerdings weniger Biskys als vor allem Lafontaines Verdienst. Wenige Tage vor Biskys Abschied als Vorsitzender kam seine Partei bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010 auf 5,6 Prozent.[10]

Diese Ergebnisse wurden im Bund noch übertroffen. 2005 erzielte die Linkspartei 8,7 Prozent. Das überraschende Resultat ging vor allem auf den Westen zurück, wo die Partei 4,9 Prozent erreicht hatte (2002: 1,1 Prozent), aber auch im ohnehin starken Osten konnte sie sich mit einem Stimmenanteil von 25,3 Prozent deutlich steigern (2002: 16,9 Prozent). Nach der Bildung der Großen Koalition 2005 – der Realist Bisky unternahm nichts, um SPD und Grüne zu einem „Linksbündnis“ zu überreden – sprach vieles für eine weitere Hausse der Partei (zumal nach der Vereinigung mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, WASG). Doch das Ausmaß der Gewinne fiel dank des Reüssierens im Westen erneut überraschend hoch aus. Sie erzielte bei der Bundestagswahl 2009 11,9 Prozent (und damit fünfmal mehr als bei der ersten ge-

10 Nur in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern konnte die Partei unter dem Vorsitz Biskys nicht in den Landtag einziehen. Die massiven Verluste bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 in Berlin (von 22,6 auf 13,4 Prozent) gehen vor allem auf die dortige Regierungsbeteiligung der Partei zurück.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

samtdeutschen Wahl 1990) – 8,3 Prozent im Westen, 28,5 Prozent im Osten. Die Resultate bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigten ebenso weiter nach oben. Die Partei steigerte sich 2004 auf 6,1 Prozent und 2009 „bloß“ auf 7,5 Prozent.

2005 überschlugen sich nicht nur für Bisky die Ereignisse. Im Westen war die WASG entstanden, eine Art Linksabspaltung von der SPD; Gerhard Schröder trat nach der von Peer Steinbrück im Mai verlorenen nordrhein-westfälischen Landtagswahl die Flucht nach vorne an und stellte Neuwahlen in Aussicht; auf der Liste der auf einem Sonderparteitag im Juli in „Linkspartei“ umbenannten PDS kandidierten bei der Bundestagswahl im September auch Mitglieder der WASG, darunter Oskar Lafontaine. Bisky, Spitzenkandidat „seines“ Brandenburger Landesverbandes, zog 2005 erstmals in den Deutschen Bundestag ein.

Gemeinsam mit Klaus Ernst von der WASG trieb er die Vereinigung der beiden Parteien – ungeachtet der massiven Vorbehalte bei den WASG-Landesverbänden in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern (in beiden Bundesländern agierte die PDS als Juniorpartner der SPD) – geschickt voran. Nach der erfolgreichen Fusion der Linkspartei mit der WASG zur Linken war Bisky – mit Oskar Lafontaine – vom 16. Juni 2007 bis zum 15. Mai 2010 Vorsitzender der Partei, oft im Schatten des charismatischen früheren SPD-Vorsitzenden stehend. Die Zusammenarbeit mit ihm verlief nicht immer gedeihlich, zumal das gute Verhältnis zwischen Bisky und Bartsch bekannt war, für Lafontaine der größte Gegner innerhalb der Reihen der Linken. Bisky wollte schon aus Altersgründen nicht wieder kandidieren – und wohl auch aus Frust über Querelen in der eigenen Partei.

Von November 2007 bis Mai 2010 Chef der Europäischen Linken (Vorgänger: Fausto Bertinotti; Nachfolger: Pierre Laurent), einem 2004 in die Wege geleiteten Zusammenschluss vornehmlich kommunistischer Parteien, hatte Bisky sein Interesse für Europa erkennen lassen. Seine Position: Die Linke sei europakritisch, nicht europafeindlich. 2009 gelangte er als Spitzenkandidat ins Europäische Parlament, wo er den Fraktionsvorsitz der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Liste übernahm (bis März 2012). Seinen Rücktritt als Vorsitzender im Mai 2012 führte er u.a. auf gesundheitliche Gründe wie auf interne Streitigkeiten zurück. Diesmal war es umgekehrt: Gabriele Zimmer folgte ihm.

Bisky strebte zunehmend eine Zusammenarbeit mit der SPD und den Grünen an.[11] Im Dezember 2009 erklärte er gegenüber dem „Spiegel“, langfristig gesehen sei ein Zusammenschluss der Linken mit der SPD möglich. „Der ist vielleicht ein Projekt der nächsten Generation.“[12] Noch in einem seiner letzten Interviews hatte er vehement für eine Kooperation, ja für eine Koalition mit der SPD geworben. „Das wäre eine Chance für Die Linke, aus ihrer Enge herauszukommen.“[13] Nicht diese Feststellung wurde ihm parteiintern verübelt, wohl aber sein Hinweis darauf, eigene Positionen,

11 Vgl. beispielsweise den Artikel von Markus Decker, Lothar Bisky ist seines Amtes müde, in: Frankfurter Rundschau vom 8. März 2012.
12 Linken-Chef Bisky schließt Fusion mit SPD nicht aus, in: Spiegel Online vom 5. Dezember 2009.
13 So Lothar Bisky im Interview mit Tina Hildebrandt und Mariam Lau: „Ich vertraue Gysi“, in: Die Zeit vom 21. Februar 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

etwa in der Außenpolitik (Austritt aus der NATO), zu räumen. Das sei „glatt die Empfehlung zur Selbstaufgabe“.[14]

Obwohl Bisky sich innerhalb der eigenen Bundestagsfraktion gegen seine Konkurrentin Gesine Lötzsch bei der Bewerbung für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten 2005 klar durchgesetzt hatte und die Konkurrenz gemäß parlamentarischem Comment einer Partei den ihr zustehenden Sitz prinzipiell nicht verwehrt, blieb ihm dieser versagt. Erreichte er bei der konstituierenden Sitzung in drei Abstimmungen nicht die Mehrheit, so kam sie bei einem weiteren Wahlgang im November 2005 ebenfalls nicht zustande.[15] Daraufhin gab der Postkommunist resigniert auf, sein Interesse zielte im Bundestag hinfort auf Medienpolitik. Die heftig protestierende Partei ließ diesen Posten zunächst vakant, ehe sie Petra Pau vorschlug, die der Bundestag im April 2006 zu wählen bereit war. Zum einen störte viele Abgeordnete die Kandidatur eines Parteivorsitzenden für das Amt, zum anderen – vor allem – die Verstrickung Biskys in Machenschaften der Staatssicherheit. 1995 und 2003 waren trotz der Vernichtung der Akten Materialien aufgetaucht, die eine verdeckte MfS-Mitarbeit nahe legten. Bisky räumte zwar als unumgänglich empfundene Kontakte zum MfS ein (schon in den siebziger Jahren fuhr er als „Reisekader“ regelmäßig ins westliche Ausland), nicht jedoch, eine Verpflichtungserklärung unterzeichnet zu haben. Was unstrittig ist: Die Staatssicherheit führte ihn unter verschiedenen Decknamen: von 1966-1970 als IM „Bienert“ und von 1987-1989 als Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (GMS) „Klaus Heine“ für die Hauptverwaltung Aufklärung.

Beim Streit zwischen Bartsch und Lafontaine Anfang 2010 stand Bisky – anders als seinerzeit Gysi – auf der Seite des Ostdeutschen, wenn auch eher verdeckt.[16] Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen dem Bartsch- und dem Lafontaine-Lager vor dem Göttinger Parteitag im Juni 2012 sprach Lothar Bisky, im April des Jahres dem Forum Demokratischer Sozialismus (fds) beigetreten, von einer „Horror-Show“[17], wobei seine Sympathien wie 2010 Dietmar Bartsch galten, diesmal ganz offen.[18]

Gesundheitlich wohl angeschlagen, zog sich Bisky in sein Haus in der nordsächsischen Gneisenaustadt Schilda zurück. Dort stürzte er auf der Treppe, und wenige Tage später, ausgerechnet am 13. August 2013, dem 100. Todestag von August Bebel, dem 52. Jahrestag des Mauerbaus und dem Geburtstag seines Sohnes Jens, kurz vor seinem 72. Geburtstag, erlag er in einem Leipziger Krankenhaus den erlittenen Verletzungen. Er war mit seiner Frau Almuth, einer Kultursoziologin, fast 50 Jahre verheiratet. Drei Kinder sind aus ihrer Ehe hervorgegangen: der Journalist Jens (geb. 1966), der Maler

14 Uwe Kalbe, Härtetest für LINKE, in: Neues Deutschland vom 21. Februar 2013; siehe auch ders., Steinbrück, warum denn nicht?, in: Neues Deutschland vom 21. Februar 2013.

15 Am Tage der Wahl erschien ein Artikel von Jochen Staadt, „Ein zuverlässiger Genosse“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 2005. In diesem Artikel kamen Informationen des MfS über Bisky zur Sprache.

16 Lothar Bisky: „Ich habe einen Wutausbruch bekommen, wie ich ihn alle fünf Jahre habe“, in: Der Tagesspiegel vom 24. Februar 2010.

17 Zitiert nach: Linke bietet „Super-Horror-Show“, in: Spiegel Online vom 26. Mai 2012.

18 Lothar Bisky: „Ich würde Bartsch wählen“, unter: http://www.sueddeutsche.de (25. Mai 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Norbert (geb. 1970) und der Hirnforscher Stephan (geb. 1985), der 2008 plötzlich verstorben war.

2. Würdigung

„Menschen wie Lothar Bisky – kulturvoll, am Zuhören mehr interessiert als am Agitieren, nicht frei von Zweifeln und Selbstzweifeln, aufs Miteinander hinarbeitend und nicht auf die Machtsicherung mit Charakter statt Ellenbogen – kommen nicht in Karrierenetzwerken nach oben. Sie geraten vielleicht nur dann in die Politik, wenn alles im Umbruch begriffen ist; wenn die alte Nomenklatur abgewirtschaftet und eine neue Elite sich noch nicht aufgeschwungen hat."[19] Diese Sätze aus einem Nachruf des „Neuen Deutschland" über Lothar Bisky, dem Herausgeber des Organs von 2007 bis 2009, enthalten eine Teilwahrheit. Bisky gerierte sich nicht als klamaukhafter Agitator. Und derselbe Autor hatte ebenso Recht, als er in einem Artikel zu seinem 70. Geburtstag schrieb: „Wahrscheinlich ist dieser Antitypus eines Politikers am Ende doch ein treuer Parteisoldat."[20] Das war er bereits in der Diktatur.

Lothar Bisky, nach Gysi lange der wichtigste Repräsentant der PDS, fühlte sich zunächst „als ein in der Politik vagabundierender Wissenschaftler".[21] Seine Fähigkeit zur Integration trug oft zum Zusammenhalt der Partei bei. Vor allem in der Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 ist maßgeblich ihm die Wiedererlangung der Stabilität der PDS zu verdanken, ebenso der Zusammenschluss zur „Linken" und ihr anfänglicher Erfolg. Fast 15 Jahre oblag ihm die Führung der Partei.

Bisky hat in mindestens drei schwierigen Situationen „seiner" Partei geholfen, einer politischen Kraft, die schwerlich als „demokratisch" zu klassifizieren ist[22]: erstens mit der Übernahme des Parteivorsitzes 1993, als Gregor Gysi „ausgebrannt" erschien; zweitens mit der erneuten Übernahme des Parteivorsitzes 2003, als die PDS zuvor an der Fünfprozentklausel gescheitert war; und drittens mit der weithin reibungslosen Fusion von PDS und WASG 2007, als die Zukunft einer gesamtdeutschen Links(außen)partei auf dem Spiel stand. In allen drei Fällen vermochte er seinen Ruf als Krisenmanager unter Beweis zu stellen. Allerdings sind zwei Einschränkungen angebracht: Zum einen hatte Bisky 2000 die Krise durch seinen Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden indirekt provoziert (und Gysi durch den vom Amt des Fraktionsvorsitzenden im selben Jahr), zum anderen hing der Erfolg des Zusammenschlusses

19 So Wolfgang Hübner, Charakter statt Ellenbogen, in: Neues Deutschland vom 15. August 2013.
20 Ders., „Nehmen wir doch die Fäuste herunter". Lothar Bisky, der langjährige Vorsitzende der PDS und der LINKEN, wird heute 70 Jahre alt, in: Neues Deutschland vom 17. August 2011.
21 Bisky (FN 2), S. 241.
22 Vgl. Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003; Eckhard Jesse/ders., DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München 2012; Andreas Vollmer, Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

von Linkspartei und WASG mindestens so sehr von Oskar Lafontaine ab wie von Bisky.

Nicht immer war Bisky Erfolg beschieden. Manche bittere Niederlage firmiert im Nachhinein als Triumph, so seine gescheiterte Wahl für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten: „Für mich war das der Durchbruch: In Ostdeutschland ist das prima angekommen. Leute sprachen mich auf der Straße an: ‚Die Schweine, das können die doch nicht machen.' In der Partei war ich danach viel gefestigter als je zuvor."[23] In den „Brandenburger Jahren" blieb ihm eine Koalition der SPD mit seiner Partei versagt. Matthias Platzeck vollzog diesen Schritt, welcher der „Entzauberung" dienen soll, erst 2009 – wohl auch deshalb, weil die Linke nicht zuletzt dank Biskys Hartnäckigkeit zur großen Konkurrenz herangewachsen war. Und Bisky gelang es 2010 gegen Gysi und Lafontaine nicht, den eher Pragmatismus verkörpernden Dietmar Bartsch, der als Wahlkampfleiter großen Anteil an dem exzellenten Bundestagswahlergebnis 2009 hatte, als seinen Nachfolger durchzusetzen. Dieser musste sogar das Amt des Bundesgeschäftsführers räumen.

Aufsehen erregten Lothar Biskys Worte auf der 3. Tagung des 10. Parteitages einen Tag vor dem Vereinigungsparteitag mit der WASG im Juni 2007: „Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben. Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage. Das tun wir nicht in der Plattheit, wie es unsere Gegner gern darstellen – zurück zum gescheiterten Realsozialismus, so wie er war – und in dem wir alles verstaatlichen wollten oder keinen Plan für erfolgreiche ökologisch und familienorientierte Unternehmen in unserem Denken hatten."[24] Diese radikalen, mit dem demokratischen Verfassungsstaat nicht in Übereinstimmung zu bringenden Worte aus dem Mund Biskys fielen überraschend. Lag ihnen eine taktische Dimension zugrunde, oder drückten sie seine grundsätzliche Position aus? Wollte Bisky nicht hinter den Machtanspruch der WASG zurückfallen, oder sprach er in dieser Situation aus, was er schon immer gedacht hatte?

Von der 68er-Bewegung im Westen will Bisky fasziniert gewesen sein (von ihrem „Revoluzzertum" oder von ihrer Liberalität?), doch Konsequenzen für sein eigenes Handeln zog er daraus offenbar nicht. Als die Truppen des Warschauer Paktes 1968 intervenierten, will er zwar zeitweilig an einen Parteiaustritt gedacht haben, aber Anpassung dominierte, ungeachtet des Ärgers über die Kleingeistigkeit der Funktionäre. Der Reisekader besaß zahlreiche Privilegien, wozu etwa das Studium der westlichen Presse gehörte.

Lothar Biskys Geltungsbedürfnis war deutlich geringer als das Gregor Gysis ausgeprägt, seine Bodenhaftung stärker. Er drängte nie nach dem Vorsitz, sondern wurde

23 „Ich vertraue Gysi" (FN 13).

24 So Lothar Bisky, Wir sind gekommen, um zu bleiben, unter: www.lothar-bisky.de (1. April 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gedrängt. Die Partei wusste: Mit seiner verlässlichen, zupackenden, vertrauenswürdigen und kompromissbereiten Art konnte er, dem Lagermentalität fern lag, die PDS stabilisieren, auch dank großer Helfer wie Thomas Falkner im Hintergrund. So trat Bisky Anfang Dezember 1994 mit einigen Getreuen wie Gregor Gysi und Dietmar Bartsch wegen einer angedrohten Zahlung von 70 Millionen DM an das Berliner Finanzamt in einen spektakulären Hungerstreik. Die höchst kritische Causa ging für die PDS nach einem Prozess glimpflich aus. Mit Gysi verband Bisky stets eine sehr gute Beziehung, die ihre professionelle Kooperation überstieg.

Mit seinem Plädoyer für den nicht nur von ihm, sondern etwa auch von Manfred Stolpe, dem langjährigen SPD-Ministerpräsidenten, vertretenen „Brandenburger Weg“[25] setzte er auf einen konsensorientierten Politikstil. Über die ostdeutschen CDU-Politiker Peter-Michael Diestel und Lothar de Maizière, mit denen ihn ein hohes Maß an Konsens verband, hieß es: „Was wäre aus der politischen Kultur des Ostens geworden, wenn sie sich selbständig hätte entwickeln können?“[26] Offenbar fiel ihm die Akzeptanz konkurrenzdemokratischer Mechanismen schwer. Allerdings war sein Denken stark von Ost-West-Kategorien geprägt.

Biskys Lavieren wird auch an einem anderen Punkt deutlich. Vor der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März war er nicht bereit, mit Egon Krenz am Tisch zu sitzen. Seine Begründung der Weigerung ist verräterisch: „Denn ich hätte mit ihm [Krenz] streiten müssen. Das hätten viele Zuschauer sicher nicht verstanden. Hätte ich mit ihm aber keinen Streit gehabt, hätten das viele andere missverstanden.“[27] Augenscheinlich fürchtete er den Konflikt: Eine öffentliche Kritik an Krenz – so seine Vermutung – könne seiner Partei schaden; tatsächlich wäre sie seiner Glaubwürdigkeit förderlich gewesen.

Der kultiviert-bürgerliche Habitus und der tolerante Umgang mit Andersdenkenden täuschen über die Unzweideutigkeit seiner politischen Haltung hinweg, wenn er etwa die Schüsse an der Mauer zwar nicht rechtfertigte, aber in dialektischer Manier den Schießbefehl mehr oder weniger leugnete.[28] In einem Grußschreiben an den kubanischen Diktator Fidel Castro zum 80. Geburtstag hieß es bei ihm: „Mit Hochachtung und Sympathie blicken wir auf Deinen Lebensweg, der den unermüdlichen Einsatz für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft und die Verteidigung der nationalen Würde Kubas symbolisiert.“[29] Die Begeisterung für das kommunistische Kuba und für Fidel Castro waren dem Kapitel „Varadero“ (ein kubanischer Ort) in den Memoiren

25 Vgl. Lothar Bisky: Der „Brandenburger Weg“. Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen, Potsdam 1999.
26 Vgl. ders. (FN 2), S. 205.
27 Ebd., S. 232.
28 Vgl. den Artikel: DDR-Aufarbeitung: Bisky zieht Schießbefehl in Zweifel, unter: http://www.spiegel.de (26. August 2007). Bisky kenne „eine Reihe von jungen Männern, die an der Grenze Dienst getan haben und die nicht geschossen haben. Der kürzlich verstorbene Schauspieler Ulrich Mühe war einer von ihnen. Man musste nicht schießen.“ Gut, dass Mühe diese Zeilen nicht mehr lesen musste.
29 Zitiert nach: Die Linke.PDS-Pressedienst vom 18. August 2006, S. 4. Die Parallelen zum Glückwunschschreiben von Ernst und Lötzsch fünf Jahre später, das hohe Wellen schlug, sind auffallend.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zu entnehmen. „Ich habe mir Bewunderung und Respekt für eine standhafte Persönlichkeit bewahrt, bei aller Kritik, die man an der praktizierten Politik in Kuba üben kann oder muss. Niemand sonst hat so viele Attentate überstanden und einer Weltmacht getrotzt. Die meisten Achtundsechziger haben längst ihren Frieden mit dieser Macht geschlossen. Einige Opportunisten würden heute am liebsten vergessen machen, welch unerhörte Wirkung Castro und Che im Kampf für eine bessere Welt einst hatten.“[30] Worin die nötige Kritik an der kubanischen Politik bestehen soll, lässt Bisky wohlweislich offen.

Solche Bekenntnisse – die von ihm in den letzten Lebensjahren ebenso wenig länger zu hören waren wie Dementis dazu – relativieren seine Diagnose mit Blick auf die deutsche Einheit: „Es wurde viel erreicht: Freiheit und Demokratie, Wohlstand für viele, eine moderne Infrastruktur, eine stabile Versorgung – vieles, was die Ostdeutschen entbehren mussten.“ Bisky fährt einschränkend fort: „Doch mit dem Ende des Realsozialismus à la DDR endete nicht der Traum vieler Ostdeutscher von einer sozial gerechten, demokratischen Gesellschaft. Das Modell Bonner Republik hat mit seinen Versprechungen und seinen Realitäten diesen Traum nicht verwirklichen können.“[31] Er spielte damit westdeutsche Realität gegen ostdeutschen Traum aus. Allerdings hat er später seine Sicht relativiert. „Ich habe mich 1990 geirrt. […] Ich habe gefürchtet, die Einheit Deutschlands sei eine Gefahr für Europa, ich habe gedacht, ein neuer Einheitsstaat der Deutschen wird automatisch rechtsextrem.“[32] Bisky gehörte folglich zu den Politikern der Partei, die Fehler einräumen konnten. Allerdings ist sein Übertritt von einer Demokratie in die Diktatur niemals als Fehler angesehen worden.

Nach der Bundestagswahl 2009 ließ der Einfluss von Bisky, der sich in das Europaparlament zurückgezogen hatte, innerhalb der eigenen Reihen rapide nach. Offenbar galt das auch für seine Neigung, die Linke um jeden Preis zu verteidigen. So wirkte seine Haltung bei dem zweifachen Streit zwischen Bartsch und Lafontaine (zuerst 2009/10, dann 2012) zum Teil resignativ, zum Teil sarkastisch. Ähnlich fiel eine andere Reaktion aus: Als die Linke Anfang 2013 ein Spitzenteam mit Gregor Gysi und sieben Personen aus dem Osten und dem Westen bildete, hieß es bei ihm: „Ich kritisiere das hart. Ich finde, sie hätten elf nehmen sollen, dann könnten sie wenigstens Fußball spielen!“[33]

Die im Kern illiberale politische Haltung steht in einem gewissen Kontrast zu einer bisweilen libertären Lebensart. Gegenüber Schmeicheleien hatte sich Bisky früh gewappnet. Das galt für Lob vom Osten, der es den „Westlern“ heimzahle, ebenso für anbiedernde Reden von Politikern aus dem Westen, die davon sprachen, „man“ hätte als DDR-Bürger selber „mitgemacht“. Bisky irritierte diese Haltung zu Recht: „Wäre ich ein Affe gewesen, wäre ich auch auf Palmen herumgeklettert! Es sind diese Subtexte der Missverständnisse, welche die Bibliotheken der gescheiterten ‚inneren Ein-

30 Bisky (FN 2), S. 276.
31 Ebd., S. 294.
32 Bisky räumt falsche Sicht zur Wiedervereinigung ein, in: Spiegel Online vom 23. Dezember 2010.
33 „Ich vertraue Gysi“ (FN 13).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

heit' füllen."[34] Zudem war er ja als „freier Mann" in ein unfreies Land gegangen. Wer ihn als eine ausgesprochen widersprüchliche Person ansieht, wird ihm vielleicht am ehesten gerecht.

3. Literatur

Seine wissenschaftlichen Publikationen (Schwerpunkt: Massenkommunikation) vor der friedlichen Revolution sind durch Linientreue gekennzeichnet.[35] Das mindert stark ihre Qualität, wenngleich der Ausstoß recht hoch gewesen ist.[36] Bisky schrieb in der DDR viel in Zeitungen und Zeitschriften. Seine bekannteste Schrift *The show must go on* aus dem Jahre 1984, die u.a. die Oberflächlichkeit der westlichen „Dallas"-Serie attackierte, ohne ihr die Attraktivität abzusprechen, erreichte wohl dank vieler Abbildungen eine Auflage von über 110.000.[37] Wer die Texte sichtet, findet marxistisch-leninistische Sichtweisen in Hülle und Fülle – selbst in plumper Form. Ein Beispiel: Es sei für das „Monopolkapital" immer schwieriger, „die bürgerliche Ideologie" zu sichern. „Deshalb wird im staatsmonopolkapitalistischen Kapitalismus die Staatsmacht (als konsequenter Vertreter der Interessen des Monopolkapitals) immer stärker eingeschaltet, um die ideologische Manipulation der Bevölkerung in den Ländern des Kapitals zu gewährleisten und durch ideographische Diversion gegen den Sozialismus den wachsenden Einfluss der sozialistischen Ideologie einzudämmen. Die Entwicklung des internationalen Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, zwischen Sozialismus und Imperialismus hat die herrschende Monopolbourgeoisie auch dazu gezwungen, den unmittelbaren Einfluss der Staatsmacht auf die Massenmedien zu erhöhen."[38] Es handelt sich bei diesen Äußerungen nicht um verbale Pflichtübungen.

Auch in seiner Dissertation B (der Habilitationsschrift) wird mit den „imperialistischen Massenmedien"[39] abgerechnet. Während der Autor im ersten Teil bei der Kritik

34 Bisky (FN 2), S. 243.

35 Vgl. u.a.: Ders., Massenkommunikation und Jugend (mit Walter Friedrich), Berlin 1971; ders., Massenmedien und ideologische Erziehung der Jugend, Berlin 1976; ders., Die Funktion der Massenmedien bei der Herausbildung der sozialistischen Kultur. Zu ausgewählten Fragestellungen, Berlin 1981; ders., Geheime Verführer. „Geschäft mit Shows, Stars, Reklame, Horror, Sex, 3. Aufl., Berlin 1982.

36 Siehe Jochen Staadt, Alle Jugendlichen kommunistisch erziehen. Lothar Biskys wissenschaftliche Arbeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. August 2003.

37 Vgl. Lothar Bisky, The show must go on. Unterhaltung am Konzernkabel. Film, Rock, Fernsehen, neue Medien, Berlin 1984 (3. Aufl. 1997). Im Nachwort zur dritten Auflage erwähnt Bisky zwei neuere Tendenzen, die sich herauskristallisieren: zum einen die Zunahme der Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Mediengesellschaft, zum anderen die gesteigerte Kritik in den kapitalistischen Ländern an der Unterhaltungsindustrie. „Nicht das Fernsehen als technisches Medium und nicht die Unterhaltung als solche führen zu den verhängnisvollen Wirkungen, die Postman beklagt, sondern die imperialistischen Verhältnisse sind an dem Kulturverfall schuld" (ebd., S. 152).

38 Ders., Die Funktion (FN 35), S. 20.

39 Ders., Zur Kritik der bürgerlichen Kommunikationsforschung, Berlin (Ost) 1976, S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der „bürgerlichen“ Konzeptionen auf die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie abstellt, geht es im zweiten Teil darum, die empirischen Untersuchungen „bürgerlicher“ Wissenschaftler zur Wirkung der Massenkommunikation darzustellen und kritisch zu würdigen. Diese Passagen sind weniger ideologisch und fallen differenzierter aus. Gleichwohl heißt es: „Die demokratisch-sozialistische Transformation, wie sie sich nennt, läuft praktisch auf eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie hinaus, auf ein blindes Vertrauen auf die Vernunft der Herrschenden. Der objektive Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie soll durch Vernunft oder andere Mittel ‚demokratisch-sozialistisch‘ in eine Gemeinsamkeit der Klassen transformiert werden.“[40]

In seiner flott formulierten Autobiografie[41], wie die Gysis in einem „bürgerlichen“ Verlag publiziert[42], tritt er im Nachhinein weniger konformistisch auf, als dies in der DDR offenkundig der Fall war. Kritik an den eigenen Schriften findet sich leider nicht. Immerhin fehlt es ihm an plakativer Selbstgerechtigkeit. Der Titel *So viele Träume* bezieht sich auf den Titel eines Films von Heiner Carow aus dem Jahre 1986. Er schien für sein Leben passend zu sein, wiewohl Bisky keinesfalls jeden Traum als Illusion ansah. Die Memoiren fangen sein bewegtes Leben – vom „Abhauer“ in den Osten bis zum (zweimaligen) Vorsitzenden der PDS, der Linkspartei und der Linken – recht geschickt ein, ohne in Selbstbespiegelung zu münden.

Wesentliche Stationen seines Lebens kommen – zwar anschaulich geschildert – zur Sprache. Bisky gibt sich nicht als Gegner des SED-Systems aus, wohl aber als dessen Reformer. Was seine Tätigkeit für die Staatssicherheit betrifft, so dominiert Lavieren. Er habe nach Auslandsbesuchen Reiseberichte an die übergeordneten Dienststellen verfassen müssen. „Ich weiß nicht, ob und an wen sie weitergeleitet worden sind. Ich hätte gegen eine Weiterleitung auch nichts einzuwenden gehabt, denn in ihnen stand nichts, was man hätte geheim halten müssen.“ Immerhin heißt es: „Ich gestehe: Hätte die HVA mich in den sechziger Jahren nach Tokio geschickt, ich hätte von dort gefunkt. Hätte man mich zu Che nach Bolivien gelassen, ich wäre glatt gefahren.“ Allerdings: „Nur, man hat es nicht.“[43] Von der inoffiziellen Tätigkeit seiner Frau für das MfS – u.a. mit Berichten über den Schriftsteller Erich Loest – distanzierte sich Bisky, der davon 1992 erfahren haben will, in den Memoiren.

Manches fällt populistisch und verräterisch aus, wenn etwa vom „parlamentarischen Schrei- und Brülltheater“[44] die Rede ist. Wer davon spricht, ein „antifaschistisch-demokratischer Neuanfang“ sei nach 1945 „voll legitimiert“[45], „eine demokratische Erneuerung der DDR und der Partei“ „schon Ende der achtziger Jahre unausweichlich“[46] gewesen, lässt Verhaftetsein in „altem Denken“ erkennen. Die in der DDR genossenen Privilegien kommen dagegen kaum zur Sprache, die guten Beziehungen

40 Ebd., S. 173.
41 Vgl. Bisky (FN 2).
42 Vgl. Gregor Gysi, Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001. Diese Memoiren erschienen im Hoffmann und Campe Verlag, die von Bisky im Berlin Verlag.
43 Bisky (FN 2), S. 225.
44 Ebd., S. 218.
45 Ebd., S. 293.
46 Ebd., S. 260.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zu Gysi ständig. Es stimmt, jedenfalls für die Zeit des Parteivorsitzes der beiden: „Nie wurde in der Öffentlichkeit eine politische Differenz zwischen Gysi und Bisky deutlich."[47]

Die Schrift *Der „Brandenburger Weg"* enthält neben einem Anhang (vor allem Reden und Briefe) Texte Biskys, die sich auf die Politik in Brandenburg beziehen. Es sind naturgemäß eher politische als wissenschaftliche Beiträge, mehr oder weniger chronologisch geordnet. Auch wenn Bisky von Konsensdenken geprägt ist, heißt es bei ihm zu Recht: „Konsensdemokratische Ansätze kennzeichnen den Politikstil, nicht zwingend die einzelne politische Entscheidung."[48] Bisky versteht seine Schrift als „eine Reflexion über Wege, bei denen die Kompass-Nadel nach links zeigt, also eine linkslastige Verkehrskarte".[49]

Andere von ihm (mit)herausgegebene Bücher befassen sich mit der Rolle der PDS.[50] Hier hat Bisky vielleicht nur seinen Namen hergegeben. Wie alle Repräsentanten der Partei lehnt er den auf die DDR gemünzten Begriff „Unrechtsstaat" ab.[51] Dass der Politiker nicht mehr zum wissenschaftlichen Arbeiten kam, liegt in der Natur der Sache, nicht an seinem mangelnden intellektuellen Vermögen.

Obwohl er der Partei von Anfang 1993 bis Mitte 2000 und dann wieder von Juni 2003 bis Mai 2010 vorstand, gibt es kaum Arbeiten über ihn. Sein eher zurückhaltendes Wesen zieht Autoren weniger an als das von Gysi, dem Vorgänger im Amt, wenngleich Biskys Leben stärker von Brüchen gekennzeichnet ist als das Gysis. Ein Porträt charakterisiert Bisky zu Recht als „den Moderator"[52], ein anderes als „Herbergsvater einer heimatlosen Partei".[53] Biskys Vergangenheit hat Jochen Staadt unnachsichtig beschrieben.[54] Jens Bisky, Journalist zunächst bei der *Berliner Zeitung*, später bei der *Süddeutschen Zeitung*, schilderte sein Leben und das der vom kommunistischen System überzeugten Eltern in der DDR, keineswegs unkritisch.[55]

47 Ebd., S. 282.
48 Bisky (FN 25), S. 5.
49 Ebd., S. 5.
50 Vgl. u.a.: Ders., Wut im Bauch. Kampf um die PDS, 29. November bis 7. Dezember 1994. Erlebnisse, Dokumente, Chronologie, Berlin 1995; ders. u.a. (Hrsg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996.
51 Vgl. ders. u.a. (Hrsg.), „Unrechtsstaat"? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1996.
52 So Robert Lorenz, Techniker der „Kalten Fusion". Das Führungspersonal der Linkspartei, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 282-288.
53 So Matthias Micus, Tribunen, Solisten, Visionäre. Politische Führung in der Bundesrepublik, Göttingen 2011, S. 50-62. Siehe auch ebd., S. 74-84 („Unverhoffte Comebacks: Lothar Bisky redivivus").
54 Vgl. Staadt (FN 15) und ders. (FN 36).
55 Vgl. Jens Bisky, Geboren am 13. August. Der Sozialismus und ich, Berlin 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Länderporträt: Norwegen

Von Nicola Karcher

1. Darstellung

1.1. Einführung

Bis zu den Terroranschlägen des 22. Juli 2011, die 77 Menschenleben kosteten und weite Teile des Regierungsviertels sowie angrenzende Gebäude im Zentrum Oslos zerstörten, galt der gewalttätige Rechtsextremismus in Norwegen bestenfalls als Randproblem. Im Unterschied zum Nachbarland Schweden, wo nicht nur seit Jahrzehnten eine gewaltbereit-militante rechtsextreme Szene existiert[1], sondern sich in einzelnen Regionen eine generationenübergreifende nazistische Tradition bis in die Zwischenkriegszeit nachweisen lässt[2], war mit der Okkupation Norwegens während des Zweiten Weltkrieges und der Kollaboration der Partei Nasjonal Samling (Nationale Vereinigung, NS) der Nationalsozialismus endgültig diskreditiert. Während in Schweden eine rechtsextreme Organisations- und Infrastruktur noch aus den Vorkriegsjahren existierte, befanden sich norwegische Nationalsozialisten 1945 parteiorganisatorisch am Nullpunkt. Auch gesellschaftlich und sozial waren ehemalige NS-Mitglieder, ihre Familienangehörigen sowie Kinder deutscher Wehrmachtssoldaten aus der norwegischen Konsenskultur ausgegrenzt – eine Problematik, der erst in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.[3]

Wie auch in den anderen skandinavischen Ländern ist die politische Kultur Norwegens bei gleichzeitiger Blockstellung zwischen den sozialistischen und nichtsozialistischen Parteien vor allem von Konsens und Kompromiss gekennzeichnet.[4] Seit 1973 konnten ausschließlich Koalitions- und Minderheitsregierungen gebildet werden, was ein hohes Maß an politischer Zusammenarbeit erfordert. Zuvor nahm die sozialdemokratische norwegische Arbeiterpartei (Det norske Arbeiderparti, DNA) eine He-

1 Zum Rechtsextremismus in Schweden vgl. unter anderem Jan Freitag/Tom Thieme, Länderporträt Schweden, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 228-247.

2 Siehe hierzu vor allem die Arbeiten von Heléne Lööw, Nazismen i Sverige 1924-1979. Pionjärerna, partierna, propagandan, Stockholm 2004; dies., Nazismen i Sverige 1980-1997. Den rasistiska undergroundrörelsen: Musiken, myterna, riterna, Stockholm 1998; dies., Hakkorset och Wasakärven. En studie av nationalsocialismen i Sverige 1924-1950, Göteborg 1990.

3 Vgl. etwa Baard H. Borge/Lars Borgersrud/Per Haave, Fiendens barn?, Oslo 1999; Baard H. Borge, NS-barn sine skoleerfaringer 1940-1960, in: Årbok for norsk utdanningshistorie, Jg. 27, Bergen 2010, S. 109-127; Lars Borgersrud, Vi ville ikke ha dem. Statens behandling av de norske krigsbarna, Oslo 2005.

4 Vgl. unter anderem Knut Heidar, Norge, in: Knut Heidar/Einar Berntzen/Elisabeth Bakke (Hrsg.), Politikk i Europa. Partier – Rejeringsmakt – Styreform, Oslo 2008, S. 42-57.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gemoniestellung ein und dominierte von 1935 bis 1965 die norwegische Politik. Zwischen 1945 und 1965 war der Sozialdemokrat Einar Gerhardsen 17 Jahre lang Ministerpräsident; in seine Regierungszeit fiel auch der umfassende Ausbau des norwegischen Wohlfahrtsstaates. Zwar konnte die DNA seit 1961 keine parlamentarische Mehrheit mehr erreichen, das traditionelle Parteienmuster blieb jedoch bis auf wenige Ausnahmen zunächst erhalten. Dies änderte sich erst mit der sogenannten Erdbebenwahl von 1973, die das bisherige Parteiensystem radikal veränderte. Seitdem sind auch die sozialistische Linke, anfänglich unter dem Namen Sosialistisk Valgforbund (Sozialistischer Wahlverbund), dann Sosialistisk Venstreparti (Sozialistische Linkspartei, SV), und die rechtspopulistische Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei, FrP, bis 1977 Anders Langes Parti) im norwegischen Parlament, dem Storting, vertreten.[5]

Für das politische Selbstverständnis und Selbstbewusstsein in Norwegen bis heute relevant ist die 1814 in Eidsvoll verabschiedete und noch immer gültige älteste Verfassung Westeuropas, die auch während der Union mit Schweden vollständige innere Souveränität garantierte. Trotz des zentralistischen Aufbaus ist die Regional- und Kommunalpolitik elementarer Bestandteil der norwegischen Demokratie, und ein Großteil der wohlfahrtsstaatlichen Mittel wird durch die Kommunen verwaltet, die auch für die sozialen Aufgabenbereiche zuständig sind. Norwegen ist zudem traditionell durch ein hohes Maß an sozialen Bewegungen sowie durch politische Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung geprägt. Die Wahlbeteiligung der letzten Jahrzehnte lag im Durchschnitt bei 80 Prozent, ist aber im Rückgang begriffen.[6] Während bei der Stortingswahl 2009 76,4 Prozent der Wahlberechtigten den Weg zu den Urnen fanden, stieg die Wahlbeteiligung 2013 allerdings auf 78,3 Prozent an.[7] Auch das ideologische Wahlverhalten, das Wahlverhalten nach Klassenzugehörigkeit, nimmt zunehmend ab, obgleich die traditionellen Parteien immer noch eine starke Stellung haben. So lag die durchschnittliche Wählerunterstützung für die sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945 bis 2007 bei rund 40 Prozent.[8] Bei der Stortingswahl vom September 2013 erhielt sie 30,8 Prozent und blieb damit stärkste Partei. Der bürgerliche Block erlangte jedoch insgesamt die Mehrheit der Stimmen und bildete daher eine Regierung, bestehend aus der Konservativen Partei Høyre (Rechts), die auch die Staatsministerin Erna Solberg stellt, und der rechtspopulistischen FrP, die damit zum ersten Mal an der norwegischen Regierung beteiligt ist.[9] Die Zusammenarbeit zwischen Høyre und der FrP

5 Siehe unter anderem Hermann Groß/Walter Rotholz, Das politische System Norwegens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen 1997, S. 125-157, hier: S. 135 f.; Jan-Erik Lane/Svante Ersson, The Nordic Countries. Compromise and Corporatism in the Welfare State, in: Josep M. Colomer (Hrsg.), Comparative European Politics, London/New York 2008, S. 246-279, hier: S. 257; Finn Olstad, Einar Gerhardsen. En politisk biografi, Oslo 1999.

6 Siehe Groß/Rotholz (FN 5), S. 126, 150, 152 f.; Lane/Ersson (FN 5), S. 251.

7 Siehe http://www.regjeringen.no/krd/html/valg2009/bs5.html (Stand: 8. Oktober 2009); http://www.valgresultat.no/bs5.html (Stand: 26. September 2013).

8 Siehe Groß/Rotholz (FN 5), S. 255 f., 259.

9 Siehe http://www.valgresultat.no/bs5.html (FN 7); Aftenposten, http://www.aftenposten.no/nyheter/iriks/politikk/Hoyre-og-Frp-gar-i-forhandlinger-7324381.html#.UkxktL_v 5O0 (Stand: 30. September 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auf Regierungsebene stellt eine historische Zäsur und einen Wendepunkt in der norwegischen Politik dar, dessen langfristige Folgen noch nicht absehbar sind.

Sowohl Rechts- und Linksextremismus als auch Rechts- und Linksradikalismus spielen auf Parlamentsebene kaum eine Rolle.[10] Die nationalistische, rechtsradikale Partei Demokratene i Norge (die Demokraten in Norwegen) hat lediglich im kommunalen Bereich geringfügigen Einfluss. Das Gleiche gilt für die Partei Rødt (Rot, R), die als linksradikal charakterisiert werden kann.

Die beiden Volksabstimmungen über eine EG- beziehungsweise EU-Mitgliedschaft 1972 und 1994 haben zu einer verstärkten Polarisierung in der norwegischen Bevölkerung, vorrangig zwischen den ländlichen Regionen und den städtischen Großräumen, geführt. Die zunehmende Einwanderung nach Norwegen seit den 1970er Jahren, insbesondere aus nichteuropäischen Ländern, wird als politisches Thema von der FrP populistisch ausgenutzt; sie konnte so ihren Durchbruch bei den Wählern erzielen.[11] Allerdings hat sich die Partei in den letzten Jahren um ein moderateres Auftreten bemüht.

Während linksextreme Gewaltausübung in Norwegen praktisch nicht existent ist, hat die rechtsextreme Gewalt, auch wenn längst nicht mit der Situation in Schweden oder anderen europäischen Ländern wie Deutschland vergleichbar, seit den 1980er Jahren zugenommen. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte sie 2001 mit der Ermordung des norwegisch-ghanaischen Jugendlichen Benjamin Hermansen durch Mitglieder der rechtsextremen Gruppe Boot Boys am Rande Oslos. Dessen gewaltsamer Tod löste eine nationale Schockwelle aus; landesweit wurden Gedenkkundgebungen und Fackelzüge organisiert. Seit 2002 wird jährlich der Benjaminpreis an Schulen verlie-

10 In Norwegen existiert kein mit dem deutschen Modell der streitbaren Demokratie vergleichbares Konzept, demzufolge Parteien und Organisationen von amtlicher Seite als extremistisch definiert werden, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen und bekämpfen – wobei nur letztgenanntes eine strafrechtliche Rolle spielt. Diese Begriffsdefinition ist innerhalb der Politikwissenschaften nach wie vor stark umstritten und es kann diskutiert werden, inwieweit sie auf Norwegen anwendbar ist. Der norwegische Historiker Øystein Sørensen schreibt in seinem jüngsten Beitrag zum Extremismus: „Norwegen im Jahr 2013 ist eine politische Demokratie mit entsprechend befestigten übergeordneten politischen Ideen und Institutionen […]. Will man das politische System in Norwegen durch etwas völlig anderes ersetzen, ist man Extremist im politischen und ideologischen Sinne“ (Übersetzung der Autorin). Legt man diese Kategorisierung zugrunde, dann bewegen sich radikale Organisationen im Unterschied zu extremistischen innerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Auch wenn die Autorin dieses Artikels diesem Modell skeptisch gegenüber steht, soll es hier zum besseren Verständnis verwendet werden. Siehe Øystein Sørensen, Venstreekstremismen og dens omland, in: ders./Bernt Hagtvet/Nik Brandal (Hrsg.), Venstreekstremisme. Ideer og bevegelser, Oslo 2013, S. 7-33, hier: S. 9. Vgl. auch unter anderem Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2007; Hans-Gerd Jaschke, Politischer Extremismus. Ein Lehrbuch, Wiesbaden 2006; Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006; ders./Eckhard Jesse, Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005.

11 Vgl. Tore Bjørgo, Terroristisk vold mot innvandrere og flyktninger i Skandinavia. Mønstre og motiver, in: Ders./Rob Witte (Hrsg.), Rasistisk vold i Europa, Oslo 1993, S. 43-62, hier: S. 53; ders., Vold mot innvandrere og asylsøkere, NUPI-Rapport, Oslo 1989, S. 43 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hen, die sich gegen Rassismus und rechte Gewalt engagieren.[12] Der 77-fache rechtsextremistisch motivierte Mord durch Anders Behring Breivik stellt nicht nur das größte Verbrechen im Norwegen der Nachkriegszeit dar, sondern hat zugleich auch eine zutiefst verstörte und traumatisierte Nation hinterlassen. In einem beispiellosen Akt von Solidarität hat die norwegische Bevölkerung der Opfer gedacht und in Kundgebungen und sogenannten Rosenzügen zu mehr Toleranz und Demokratie aufgerufen. Zwar kam man in dem Prozess gegen Breivik zu dem Ergebnis, dass es sich bei ihm um einen Einzeltäter handelte, es besteht jedoch eine weitverbreitete Furcht vor Nachahmungstätern. Zudem muss sich das norwegische Sicherheitssystem den Vorwurf gefallen lassen, dass es nicht ausreichend Präventivmaßnahmen gegen den politischen Extremismus von rechts entwickelt habe. Das Versagen von Polizei und Geheimdienst ist auch zentrales Thema in dem Rapport, der von der 22.-Juli-Kommission erarbeitet wurde.[13] Die Entwicklung von Schutzvorkehrungen gegen den Extremismus stellt daher eine der wesentlichen Herausforderungen der norwegischen Demokratie dar.

1.2. Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus

1.2.1. Parteien

Wie auch in den anderen skandinavischen Ländern spielt die Zuwanderung aus Osteuropa und aus nicht-europäischen Ländern eine entscheidende Rolle als Mobilisierungsfaktor rechtsradikaler und rechtsextremer Parteien und Organisationen. Dies täuscht darüber hinweg, dass beispielsweise im Jahr 2011 64 Prozent der Einwanderer nach Norwegen aus EU-Ländern kamen. Lediglich 4.750 Einwanderer bei insgesamt 70.750 ausländischen Immigranten stammten aus den typischen Flüchtlingsländern Eritrea, Somalia und Afghanistan.[14] Dennoch findet der Widerstand gegen Einwanderung in Teilen der Bevölkerung wachsende Unterstützung und schlägt sich auch in der Gründung rechtsextremer und rechtsradikaler Organisationen nieder.

Der auf Parteiebene organisierte Rechtsextremismus in Norwegen ist allerdings nach wie vor ein Randphänomen mit nur geringem Einfluss. Keine rechtsextreme oder rechtsradikale Partei hat bisher den Sprung ins Storting geschafft. Derzeit sind lediglich die rechtsradikalen Demokratene als Partei registriert.[15] Bei der Stortingswahl 2009 erhielten sie nur 0,1 Prozent der Wählerstimmen und waren damit weit davon entfernt, die in Norwegen gültige Vierprozentklausel zu überwinden. Den höchsten Stimmenanteil erlangten sie mit 0,5 Prozent in dem Verwaltungsdistrikt (norwegisch Fylke)

12 Siehe unter anderem ebd. S. 14; Aftenposten, Ti år siden Benjamin ble drept, 26. Januar 2011; http://www.hlsenteret.no/undervisning/benjaminpris/ (Stand: 6. März 2013).

13 Siehe Rapport der 22.-Juli-Kommission, http://www.22julikommisjonen.no/Rapport (publiziert 13. August 2012).

14 Siehe Statistisches Zentralbüro für Norwegen, http://www.ssb.no/innvutv/ (Stand: März 2013). Die traditionell größte Einwanderergruppe, die in den 1960er und 1970er Jahren nach Norwegen kam, stammte aus Pakistan.

15 Siehe norwegisches Parteiregister, http://w2.brreg.no/partireg/ (Stand: 7. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Vest-Agder.[16] Bei der Kommunal- und Fylkeswahl 2011 erzielten sie allerdings geringfügige Erfolge. Zwar erhielten sie insgesamt nicht mehr als 0,3 Prozent der Wählerstimmen, konnten aber einen Repräsentanten in das Fylkesting in Vest-Agder und insgesamt acht Repräsentanten in fünf Gemeinderäte entsenden.[17] Die im August 2002 gegründete Partei entstand unter anderem als eine Art Sammelbecken für ehemalige Mitglieder der rechtspopulistischen FrP. Hinzu kamen Anhänger mehrerer einwandererfeindlicher Organisationen auf der äußersten Rechten wie Folkebevegelsen mot innvandring (die Volksbewegung gegen Einwanderung, FMI), Stopp innvandringen (Stoppt die Einwanderung, SI), Fedrelandspartiet (die Vaterlandspartei), Hvit Valgallianse (Weiße Wahlallianz, HV) und Norgespatriotene (die Norwegenpatrioten). Die Demokratene vereinen ideologisch einen extremen Nationalismus mit Fremden- und Islamfeindlichkeit. Zu ihren politischen Forderungen gehören die Schließung aller Moscheen in Norwegen sowie das Verbot von Minaretten und des Korans. Parteichef ist der frühere Stortingspolitiker und ehemalige Vizeparteivorsitzende der FrP, Vidar Kleppe.[18]

Erstmals größere öffentliche Aufmerksamkeit erlangten in Norwegen die 1975 gegründete Norsk Front (Norwegische Front, NF) und ihre Nachfolgepartei Nasjonalt Folkeparti (Nationale Volkspartei). Beide traten allerdings zu keiner Wahl an. Die NF ging aus der 1968 etablierten rechtsextremen Organisation Nasjonal Ungdomsfylking (Nationaler Jugendverband, NUF) hervor, die eng mit ehemaligen Mitgliedern der Nasjonal Samling und deren Institutt for Okkupasjonshistorie (Institut für Besatzungsgeschichte) zusammenarbeitete und sich sowohl am traditionellen norwegischen Nationalsozialismus orientierte als auch neuere „nationale" Standpunkte vertrat.[19] Zu den Initiatoren zählte Erik Blücher, der über einen größeren Bekanntheitsgrad in der rechtsextremen Szene verfügte und den Parteivorsitz übernahm. Die NF war landesweit aktiv und unterhielt Kontakte zu verwandten Organisationen im Ausland. 1979 löste sie sich auf, nachdem eines ihrer führenden Mitglieder einen Bombenanschlag auf eine 1. Mai-Kundgebung verübt hatte.[20] Bereits im Januar 1980 gründete Blücher jedoch die Nasjonalt Folkeparti, die ab 1983 von Jan Ødegaard geleitet wurde. Die Partei machte sich einen Namen durch eine Reihe von Bombendrohungen und mehrere rassistisch motivierte Gewaltanschläge. Nachdem zunächst die Arbeiterbewegung in Norwegen das wichtigste Feindbild dargestellt hatte, wurden Einwandererinstitutionen

16 Siehe http://www.regjeringen.no/krd/html/valg2009/bs5.html (Stand: 7. März 2013).
17 Siehe http://www.regjeringen.no/krd/html/valg2011/bf4_10.html (Stand: 7. März 2013).
18 Vgl. Shoaib Sultan/Rune Berlund Steen, Høyreekstremisme i Norge, Rapport Antirasistisk Senter, Oslo 2012, S. 14 f.
19 Hierzu zählten der Kampf gegen die Auflösung der Familie, Einwanderung aus nicht-europäischen Ländern, norwegische Entwicklungshilfe sowie gegen die Gleichstellung von Homosexuellen und Frauen. Siehe unter anderem Per Bangsund, Arvtakerne. Nazisme i Norge etter krigen, Oslo 1984, S. 118 ff.
20 Siehe ebd., S. 156, 159-196; Bjørgo (FN 11), S. 33 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zur Hauptzielgruppe. Aufgrund des polizeilichen und rechtsstaatlichen Drucks löste sich die Partei 1991 auf.[21]

Seit Ende der 1980er Jahre wurde in Norwegen eine Reihe von weiteren rechtsextremen und einwandererfeindlichen Parteien gegründet, die aber nur minimalen politischen Einfluss hatten und bei Wahlen keinen nennenswerten Erfolg verzeichnen konnten. Bei der Stortingswahl 1989 trat zum ersten Mal die Partei Stopp innvandringen an und erhielt ca. 9.000 Wählerstimmen. Bei der Kommunalwahl zwei Jahre später reduzierten sich ihre Stimmen auf 3.514, die Partei konnte aber immerhin einen Abgeordneten in das Stadtparlament von Drammen entsenden, der 1995 wiedergewählt wurde. Parteivorsitzender war Jack Erik Kjuus. Bereits 1993 hatte Stopp innvandringen mit der Mikropartei Hjelp de fremmedkulturelle hjem – ellers mister vi landet vårt (Hilft den fremdkulturellen [zurück] nach Hause – ansonsten verlieren wir unser Land), die ebenfalls von Kjuus geleitet wurde, eine gemeinsame Liste unter dem Namen Felleslisten mot fremmedinnvandring (Gemeinsame Liste gegen Fremdeinwanderung) bei der Stortingswahl gestellt, die 0,1 Prozent der Wählerstimmen erhielt.[22] Die aus diesen beiden Parteien entstandene Hvit Valgallianse, die 1995 von Kjuus gegründet wurde, forderte wie ihre beiden Vorgängerparteien einen allgemeinen Einwandererstopp nach Norwegen. Neben einem Verbot von Adoptivkindern aus nicht-westlichen Ländern und der Ausweisung von Immigranten, die nach 1975 nach Norwegen gekommen waren, sollte dieses auch die Zwangsterilisation aller Einwanderer umfassen, die nicht abgeschoben werden könnten. Bei der Stortingswahl 1997 stellte die Partei Wahllisten in drei Verwaltungsdistrikten und erhielt insgesamt 463 Wählerstimmen. Aufgrund des rassistischen Parteiprogramms wurde Kjuus 1996 vom Osloer Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 20.000 NOK und 60 Tagen Haft auf Bewährung verurteilt.[23] Urteilsgrundlage war der Verstoß gegen Paragraf 135a des norwegischen Strafgesetzbuches, der sogenannte Rassismus-Paragraf, der Vergehen wie diskriminierende Äußerungen und die Verwendung von Symbolen ahndet, die sich gegen Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Hautfarbe, Nationalität, Ethnizität oder Religion richten.[24] 1997 wurde das Urteil vom Obersten Gerichtshof in Norwegen bestätigt. Kjuus zog sich in der Folgezeit aus der Politik zurück, Hvit Valgallianse kam praktisch zum Erliegen.[25]

Andere einwandererfeindliche Parteien, die im Verlauf der 1990er Jahre etabliert wurden, waren die Nasjonaldemokratene (die Nationaldemokraten), die das Ergebnis einer internen Zersplitterung der Partei Stopp innvandringen waren. 1991 traten sie zur

21 Siehe Øyvind Strømmen, Den sorte tråden. Europeisk høyreradikalisme fra 1920 til i dag, Oslo 2013, S. 214.

22 Vgl. Henrik Lunde, Aller Ytterst. De rasistiske grupperinger i dagens Norge, Oslo 1993, S. 33 f. (Internetausgabe http://www.vepsen.no/historisk/aller-ytterst/ (Stand: 27. Februar 2013); ders., Høyreekstremisme i Norge, Rapport Antirasistisk Senter, Oslo 1995, S. 3; Strømmen (FN 21), S. 226.

23 Vgl. Henrik Lunde, Høyreekstremisme i Norge, Rapport Antirasistisk Senter, Oslo 1997, S. 3; Strømmen (FN 21), S. 226.

24 Siehe http://www.lovdata.no/all/tl-19020522-010-017.html (Stand: 8. März 2013).

25 Siehe Strømmen (FN 21), S. 226.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wahl in Oslo an und erhielten 655 Stimmen. Ihr Parteivorsitzender war der Einwanderungsgegner Hege Søfteland, der mittlerweile den Demokratene angehört. Die zeitweise existierende Norges Patriotiske Enhetsparti (Norwegens Patriotische Einheitspartei, NPE) beteiligte sich an keiner Wahl und ging 1999 in der Partei Nasjonalalliansen (die Nationallianz) auf. Vorsitzender der NPE war Knut Westland, der zuvor der FMI angehört hatte.[26] Die Nasjonalalliansen wurde 1999 gegründet und setzte sich vor allem aus ehemaligen Mitgliedern der Hvit Valgallianse und der Norsk Folkeparti (Norwegische Volkspartei) zusammen. Seit 2006 ist sie nicht mehr im norwegischen Parteiregister verzeichnet.[27] Im gleichen Jahr wurde erneut unter dem Namen Nasjonaldemokratene (ND) eine rechtsextreme Partei gegründet, die Verbindungen zu verwandten Milieus in Schweden unterhielt und für ein ethnisch „reines" Norwegen eintrat. 2007 wurde sie Teil der neugründeten Norgespatriotene, die von dem früheren Mitglied der rechtsextremen Organisation Vigrid, Øyvind Heian, etabliert wurden. Erklärtes Ziel der Partei war ein Einwanderungsstopp für Immigranten aus nicht-westlichen Ländern und der Kampf gegen den Islam in Norwegen. Zur Stortingswahl 2009 traten sowohl Vigrid als auch die Norgespatriotene an und erhielten 179 beziehungsweise 183 Wählerstimmen.[28] Die 1990 am norwegischen Nationalfeiertag, dem 17. Mai, gegründete Fedrelandspartiet (die Vaterlandspartei, FLP), ging auf die Initiative mehrerer profilierter FrP-Politiker zurück und war zu Beginn der 1990er Jahre die bestorganisierte und größte einwanderungsfeindliche Partei Norwegens. Der Parteivorsitzende Harald Trefall war zudem in der FMI aktiv. Die FLP erhielt bei der Kommunalwahl 1991 unter 4.000 Stimmen, konnte allerdings einen Abgeordneten in das Fylkesting von Hordaland und einen weiteren in den Gemeinderat von Karmøy entsenden. Bei der Stortingswahl zwei Jahre später stellte sie Listen in sämtlichen Verwaltungsbezirken und erlangte 0,5 Prozent der Wählerstimmen. Die Partei blieb während der 1990er Jahre aktiv, konnte aber keine politischen Erfolge erzielen. Allerdings unterhielt sie Verbindungen zu programmatisch ähnlich ausgerichteten Parteien in den anderen nordischen Ländern, wie zu den Sverigedemokraterna, der Nationalpartiet Danmark und der Vaterländischen Bewegung in Finnland, Isänmaallinen Kansanliike.[29]

Eine Sonderstellung im norwegischen Parteienmodell nimmt die rechtspopulistische FrP ein, die eine Reihe von Parallelen zu gleichgesinnten Parteien Westeuropas aufweist.[30] Der direkte Vorläufer der Fremskrittspartiet war die 1973 von Anders Lange gegründete gleichnamige Partei. Deren vollständiger Name – Anders Langes parti

26 Vgl. Lunde, Rapport Antirasistisk Senter, Oslo 1995, S. 5; ders., Høyreekstremisme i Norge, Rapport Antirasistisk Senter, Oslo 1996, S. 11 f.; Strømmen (FN 21), S. 216.
27 Siehe unter anderem Store Norske Leksikon, http://snl.no/nynazisme (Stand: 8. März 2013).
28 Vgl. Strømmen (FN 21), S. 227 f.
29 Vgl. ebd., S. 225; Lunde, Rapport Antirasistisk Senter, Oslo 1996, S. 10; ders. (FN 23), S. 4.
30 Für eine Übersicht siehe Terri E. Givens, Voting Radical Right in Western Europe, Cambridge 2005; Peter H. Merkl/Leonard Weinberg (Hrsg.), Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century, London 2003; Cas Mudde, Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007; Christina Schori Liang (Hrsg.), Europe for the Europeans. The Foreign and Security Policy of the Populist Radical Right, Hampshire/England 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

til sterk nedsettelse av skatter, avgifter og offentlige inngrep (Anders Langes Partei für die starke Herabsetzung von Steuern, Ausgaben und öffentlichen Eingriffen) – enthielt bereits im Wesentlichen das Programm der neuen Partei. Nur fünf Monate nach ihrer Gründung erlangte sie bei der Stortingswahl fünf Prozent der Wählerstimmen und konnte vier Repräsentanten ins Parlament entsenden.[31] Ausschlaggebend für den Erfolg war ihre Rolle als Protestpartei, die sich als Sprachrohr des Volkes verstand und das politisch gereizte Klima im Anschluss an die norwegische Volksabstimmung über die EG-Mitgliedschaft 1972 populistisch aufheizte. Hinzu kam das charismatische und teilweise groteske Auftreten des Parteiführers Lange, der die Wirkung des Mediums Fernsehen im Wahlkampf zu nutzen verstand.[32] Lange verstarb im darauffolgenden Jahr, und die von interner Zersplitterung geprägte Partei konnte im Verlauf der 1970er Jahre nicht mehr an ihren Erfolg von 1973 anschließen. 1977 wurde sie in Fremskrittspartiet umbenannt, um sich von dem politischen Erbe Langes zu emanzipieren. Bei der Stortingswahl im gleichen Jahr erhielt sie jedoch nur 1,9 Prozent der Wählerstimmen.[33] 1978 übernahm Carl I. Hagen den Parteivorsitz, der einen langfristigen Neuaufbau der FrP einleitete und sie in den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten zur Volkspartei aufbaute.[34] 1981 erlangte sie bei der Stortingswahl 4,5 Prozent der Stimmen und vier Abgeordnetensitze. Zwar sackte sie bei der Stortingswahl 1985 auf 3,7 Prozent und damit unter die Sperrklausel ab, konnte aber dennoch zwei Repräsentanten ins Storting entsenden. 1989 erzielte sie mit 13 Prozent und 22 Stortingsabgeordneten ihr bis dahin bestes Ergebnis bei einer Parlamentswahl.[35] Neben der Kritik am norwegischen Steuersystem machte die FrP ideologisch-programmatisch die zunehmende Immigration nach Norwegen zum Hauptthema und setzte vor allem auf eine restriktive

31 Siehe unter anderem Tor Bjørklund, Om Anders Lange og idéen om et nytt parti, in: Historisk Tidsskrift 79 (2000), H. 4, S. 435-456, hier: S. 436.

32 Siehe ebd., S. 437-456. Vgl außerdem ders., Anders Lange og Fremskrittspartiet: Norges svar på glistrupianismen, in: Institutt for samfunnsforskning (Hrsg.), Arbeidsnotat, H. 1, Oslo 1981, S. 1-60.

33 Vgl. unter anderem Anders Ravik Jupskås, Høyrepopulisme på norsk. Historien om Anders Langes Parti og Fremskrittspartiet, in: Anders Granås Kjøstvedt/ Tor Espen Simonsen/Katrine Randin (Hrsg.), Høyrepopulisme i Vest-Europa, Oslo 2009, S. 29-80, hier: S. 43 ff.; Store Norske Leksikon, http://snl.no/Stortingsvalg_i_Norge_1882-2009 (Stand: 10. März 2013).

34 Zur Parteientwicklung der FrP vgl. unter anderem Tor Bjørklund, Norsk populisme fra Ottar Brox til Carl I. Hagen, in: Nytt Norsk Tidsskrift 21 (2004), H. 3-4, S. 410-420; ders., Fremskrittspartiet gjennom 30 år, in: Nytt Norsk Tidsskrift 20 (2003), H. 2, S. 129-154; ders., Fremskrittspartiets suksess og kulturell standardisering, in: Nytt Norsk Tidsskrift 24 (2007), H. 1, S. 151-168; Tor Espen Simonsen, Høyrepopulismens politiske metamorfose på 1990-tallet. En komparativ studie av tre nordiske partier: Fremskridtspartiet, Dansk Folkeparti og Fremskrittspartiet, Masterarbeit, Universität Oslo 2007; Anders Ravik Jupskås, Populisme på norsk. En typologi med belegg fra partilederdebatter 1973-2005, Masterarbeit, Universität Oslo 2008; ders. (FN 33), S. 45-78.

35 Siehe Store Norske Leksikon (FN 33).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, mit der sie bei den Wählern punkten konnte.[36] In den letzten Jahren hat die Partei ihre diesbezügliche Rhetorik etwas gedämpft und ist in den Kreis der Parteien der bürgerlichen Mitte aufgenommen worden. Siv Jensen zufolge, die seit 2006 den Vorsitz innehat, ist die FrP eine Partei für „das gemeine Volk" (so auch der Parteislogan). Dies spiegeln auch die Wahlerfolge bei den Parlamentswahlen 2005 und 2009 wider. Aus der Stortingswahl 2005 ging die FrP mit 22,1 Prozent der Wählerstimmen und 38 Abgeordnetensitzen als zweitstärkste Kraft nach der Arbeiterpartei (32,7 Prozent) hervor. Bei der Parlamentswahl 2009 wurde sie erneut zweistärkste Kraft und konnte ihren Stimmenanteil um 0,8 Prozent steigern (22,9 Prozent, Arbeiterpartei 35,4 Prozent).[37] Nachdem die bürgerlichen Parteien eine Zusammenarbeit mit der FrP lange Zeit abgelehnt hatten, schloss der Parteivorsitzende der Kristelig Folkeparti (Christliche Volkspartei, KrF), Knut Arild Hareide, seit 2012 eine eventuelle Koalition mit der Fremskrittspartiet nach der Parlamentswahl 2013 nicht mehr aus.[38] Damit folgte Hareide der Konservativen Partei Høyre, die sich bereits zuvor für eine Zusammenarbeit mit der FrP geöffnet hatte. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der Fremskrittspartiet nach wie vor um eine rechtspopulistische Partei handelt. Zwar ist ihr Stimmenanteil bei der letzten Kommunal- und Fylkestingwahl 2011, unter anderem infolge der Terroranschläge des 22. Juli, auf 11,4 Prozent zurückgegangen (2007 Stimmenanteil 17,5 Prozent)[39], und bei der Stortingswahl 2013 erhielt sie mit 16,3 Prozent der Wählerstimmen 6,6 Prozent weniger als vier Jahre zuvor, doch stellte sie gemeinsam mit der Partei Høyre die folgende norwegische Regierung. Sowohl die KrF als auch die liberale Partei Venstre (Links) lehnten entgegen anfänglicher Überlegungen und gegen den ausdrücklichen Willen von Høyre eine Zusammenarbeit mit der FrP auf Regierungsebene ab und schieden Ende September 2013 aus den Koalitionsverhandlungen aus.[40]

---

36 So wurde beispielsweise im Zuge des sogenannten Godlia-Treffens 1995, an dem neben einer Reihe von einwandererfeindlichen und rechtsextremen Organisationen auch das profilierte FrP-Mitglied und Stortingsrepräsentant Øystein Hedstrøm teilnahm, bekannt, dass mehrere FrP-Mitglieder Verbindungen zum einwandererfeindlichen Milieu unterhielten. Der anschließende politische Skandal wirkte sich für die FrP aber positiv aus und führte dazu, dass sie bei der Kommunal- und Fylkestingwahl 1995 in Oslo 21,1 Prozent der Wählerstimmen erzielte. Siehe hierzu unter anderem Statistisches Zentralbüro für Norwegen, http://www.ssb.no/a/kortnavn/kommvalg/valg95/akh.txt (Stand: 25. März 2013); Dagbladet, 5. September 1997; Antirasistisk Senter, http://www.antirasistisk-senter.no/et-pussig-sammentreff-om-frp-og-samarbeid-med-det-ekstreme-hoeyre-.4518087-109501.html (Stand: 25. März 2013). Vgl. außerdem Lunde (FN 29), S. 12; Mirjana Gazica, Fornunft og følelser. En analyse av Arbeiderpartiets og Fremskrittpartiets argumentasjon i innvandrings- og integreringsdiskursen på stortingsdebatter fra 1990 til i dag, Masterarbeit, Universität Oslo 2010.

37 Siehe Store Norske Leksikon (FN 33).

38 Siehe unter anderem NRK-Nachrichten, http://nrk.no/nyheter/norge/1.8321866 (Stand: 10. März 2013).

39 Siehe Statistisches Zentralbüro für Norwegen, http://www.ssb.no/a/kortnavn/kommvalg/tab-2011-11-04-02.html (Stand: 10. März 2013).

40 Siehe Aftenposten (FN 9); NRK, http://www.nrk.no/valg2013/solberg_-_-krf-og-venstre-ikke-med-1.11271707 (Stand: 30. September 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

1.2.2. Nichtparteiförmiger Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus

Auch nichtparteiförmiger Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus spielten bisher in Norwegen eine geringe Rolle, womit sich das Land von anderen europäischen Staaten und insbesondere von seinem Nachbarn Schweden klar unterscheidet.[41] Sowohl der Organisationsgrad als auch der Aktivismus rechtsextremer Gruppen sind eher schwach ausgebildet. Bei den meisten Vereinigungen scheint es sich eher um lose Zusammenschlüsse zu handeln, die keine klare Struktur aufweisen. Dennoch hat sich das rechtsextreme Milieu auch vor dem 22. Juli 2011 mit gewalttätigen Übergriffen bemerkbar gemacht.[42] Gegen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre wurde rassistische Gewalt gegen Immigranten vor allem von Jugendgruppen ausgeübt, die in den meisten Fällen nicht mit einwandererfeindlichen Organisationen verbunden waren, oftmals aber deren Rhetorik übernahmen. Die Mehrzahl der Übergriffe fand in Kleinstädten und Ortsgemeinden statt, obwohl der Großteil der Einwanderer in größeren Städten und insbesondere im Ballungsraum Oslo angesiedelt ist. Dies hing mit der zunehmenden Anzahl von Asylbewerbern und Problemen bei deren Einquartierung zusammen. Das Jahr 1987 stellte mit 8.613 Asylbewerbern einen ersten Höhepunkt hinsichtlich der Anzahl neuer Asylsuchender dar. Die sich daraus ergebenden Unterbringungsschwierigkeiten versuchte der norwegische Staat zu lösen, indem man Asylbewerberheime in den norwegischen Distrikten einrichtete oder Asylsuchende in teilweise isoliert liegende Gebirgshotels einquartierte. Damit entstanden in erster Linie zwei Probleme. In den ländlich geprägten Gemeinden stellten die Zuwanderer eine sichtbare und abgesonderte Minderheit dar, während ihre Unterbringung in abseits gelegenen Hotels ihre gesellschaftliche Integration deutlich erschwerte und zu dem Vorwurf führte, die Asylbewerber würden zu luxuriös behandelt.[43]

Im Zuge der verstärkten Immigration nach Norwegen etablierten sich mehrere einwandererfeindliche Organisationen, von denen die 1987 gegründete Folkebevegelsen mot innvandring und insbesondere ihr Vorsitzender Arne Myrdal zu den profiliertesten und umstrittensten zählten. Die FMI trat vor allem durch eine aggressiv-rassistische Propaganda- und Pressearbeit hervor. Myrdal, der aufgrund seiner Aktivitäten zweimal zu Gefängnisstrafen verurteilt wurde[44], zog landesweit die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, als er mit seinen Anhängern am 31. August 1991 in Brumunddal eine einwanderfeindliche Kundgebung veranstaltete, die in eine Massenausschreitung mit einer Reihe von Verletzten mündete. Von den hunderten Gegendemonstranten musste ein erheblicher Teil von der Polizei aus dem Ort eskortiert werden. Bereits in den Jahren zuvor hatte sich Brumunddal einen Namen als Zentrum rechtsextremer Übergriffe und Gewalt gemacht, die zur Vertreibung eines ortansässigen pakistanischen Ladenbesit-

41 Siehe Freitag/Thieme (FN 1), S. 236.
42 Siehe Sultan/Steen (FN 18), S. 12.
43 Von 1985 auf 1986 hatte sich die Asylbewerberzahl von 829 auf 2.711 erhöht. Siehe http://www.regjeringen.no/nb/dep/jd/dok/nouer/2011/nou-2011-10/7.html?id=645265 (Stand: 13. März 2013). Vg. außerdem Bjørgo (FN 11), S. 44.
44 Vgl. unter anderem Lunde (http://www.vepsen.no/historisk/aller-ytterst/), S. 23-31.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zers geführt hatten.[45] Die FMI existiert zwar noch heute, ist aber nicht nennenswert aktiv.[46]

Das überwiegend in den 1990er Jahren auffällige rechtsextreme Milieu Norwegens löste sich nach dem rassistisch motivierten Mord an Benjamin Hermansen durch Mitglieder der Gruppe Boot Boys weitgehend auf, auch wenn das Antirassistische Zentrum (Antirasistisk Senter) darauf hinweist, dass in der jüngeren Zeit wieder Bewegung ins Milieu gekommen sei.[47] Derzeit aktiv ist unter anderem die rechtsextreme Organisation Vigrid, die von einem aggressiven Antisemitismus und Rassismus gekennzeichnet ist und sich für den Erhalt der „nordischen Rasse" stark macht. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass sie in absehbarer Zeit ein größeres Rekrutierungspotenzial entwickeln wird.[48] Die russische rechtsextreme Gruppe Slawische Union (Slavisk Union) versucht ebenfalls in Norwegen Fuß zu fassen, bisher jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Eine langfristige Entwicklung ist noch nicht absehbar.[49] Von den islamfeindlichen Organisationen sind insbesondere die Norwegian Defence League (NDL), bei der es sich um die norwegische Variante der English Defence League handelt, und Stopp islamiseringen av Norge (Stoppt die Islamisierung von Norwegen, SIAN) hervorzuheben.[50] Über die Mitgliederzahlen der verschiedenen rechtsextremen und islamfeindlichen Organisationen können bisher keine genauen Angaben gemacht werden, zumal eine Reihe von Doppelmitgliedschaften besteht. Auch die Übergänge zum parteiförmigen Rechtsextremismus sind fließend. Sieht man von den Terroranschlägen des 22. Juli 2011 ab, ist Norwegen allerdings größtenteils von rechtsextremistisch motivierten Morden verschont geblieben.

Breivik kann ebenfalls dem islamfeindlichen Milieu zugeordnet werden und soll zeitweise der NDL angehört haben. Sein sogenanntes Manifest „2083 – A European Declaration of Independence" setzt sich allerdings aus diversen ideologischen, teilweise plagiierten Versatzstücken zusammen. Zentral ist die Vorstellung, eine kulturmarxistische Elite begehe Genozid an den eigenen Völkern, indem sie in Zusammenarbeit mit muslimischen Führern durch die systematische Massenzuwanderung von Muslimen die nationalstaatlichen Kulturen in Europa gezielt zerstöre. Dies sei nur durch eine bewaffnete Revolte, die in einen Bürgerkrieg münden, langfristig aber zu

45 In diesem Zusammenhang ist vor allem die rechtsextreme Gruppe Hvit Arisk Motstand (Weißer Arischer Widerstand, HAM) zu nennen, ein Ableger der gleichnamigen schwedischen Gruppe Vitt Arisk Motstånd (VAM). Siehe Tore Bjørgo, Neo-Nazism and fascism – a Threat to Scandinavia?, NUPI-Rapport, Oslo 1992, S. 6. Siehe zudem ders., Terroristisk vold mot innvandrere og flyktninger, S. 54-58; NRK, http://www.nrk.no/nyheter/distrikt/hedmark_og_oppland/1.7770506 (Stand 14. März 2013); „Brumunddal – stedet gud glemte", in: Aftenposten vom 20. April 1991.

46 Siehe Strømmen (FN 21), S. 223.

47 Siehe Sultan/Steen (FN 18), S. 12 f.

48 Ebd.

49 Ebd., S. 13.

50 Siehe ebd., S. 18-20. Vgl. zudem die offiziellen Internetseiten der beiden Organisationen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einem Sieg der Revolutionäre führen werde, zu verhindern.[51] Wesentliche Inspirationsquelle für Breivik ist der norwegische Blogger Peder Are Nøstvold Jensen, bekannt unter dem Pseudonym Fjordman, dessen Texte Breivik zu großen Teilen in seinem Manifest übernahm. Jensen, der neben zahlreichen Internetseiten insbesondere auf dem Blog Gates of Vienna veröffentlicht, versteht sich als Antijihadist. Sein ideologischer Einfluss auf Breivik verdeutlicht, dass die Radikalisierung des norwegischen Rechtsextremismus und Antiislamismus heute wesentlich durch das Internet stattfindet.[52]

1.3. Linksextremismus und Linksradikalismus

1.3.1. Parteiförmiger Linksextremismus und Linksradikalismus

Linksextremismus und Linksradikalismus haben in der politischen Kultur Norwegens eine bemerkenswerte Rolle gespielt, stellten aber zu keinem Zeitpunkt eine Bedrohung für das etablierte politische System dar. Die einzige Partei links der Sozialdemokratie, die politischen Erfolg auf Parlamentsebene hat, ist derzeit die sozialistische Linkspartei (SV), die gemeinsam mit der Arbeiterpartei und der Zentrumspartei (Senterpartiet, SP – ursprünglich die norwegische Agrarpartei) von 2005 (Wiederwahl 2009) bis 2013 die Regierung bildete. Die Wählerzustimmung für die SV ist allerdings in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Bei der letzten Kommunalwahl kam sie mit 4,1 Prozent der Wählerstimmen nur knapp über die Vierprozenthürde.[53] Bei der Stortingswahl 2009 erhielt sie 6,2 Prozent und verlor damit 2,6 Prozent der Wählerstimmen im Vergleich zur Stortingswahl 2005.[54] Wie schon bei der Kommunalwahl zwei Jahre zuvor, musste sie bei der Stortingswahl 2013 um ihren Einzug ins Parlament fürchten

51 Eine Analyse des Manifestes von Breivik kann an dieser Stelle nicht vorgenommen werden. Eine Untersuchung der Kerngedanken Breiviks wird unter anderem von dem norwegischen Historiker Øystein Sørensen vorgenommen, der Breiviks Mentalität als totalitär charakterisiert. Siehe Ideologi og galskap. Anders Behring Breiviks totalitære mentalitet, in: Øystein Sørensen/Bernt Hagtvet/Bjørn Arne Steine (Hrsg.), Høyreekstremisme. Ideer og bevegelser i Europa, Oslo 2012, S. 14-44.

52 Die Publikationen Jensens, dessen Radikalisierungsprozess sowie sein Einfluss als Blogger werden ausführlich von dem norwegischen Historiker Vidar Enebakk in seinem Artikel, Fjordmans radikalisering, in: Ebd. S. 45-100, untersucht. Im Juni 2013 wurde bekannt, dass die norwegische Stiftung Fritt Ord (Freedom of Expression Foundation) Jensen ein Stipendium in Höhe von 75.000 NOK für dessen geplantes Buch über Breivik mit dem Projekttitel „Witness to Madness" bewilligt hat. Die Stipendiumsvergabe rief scharfe Kritik hervor und wurde in der norwegischen Öffentlichkeit heftig diskutiert. Siehe unter anderem NRK, http://www.nrk.no/nyheter/norge/1.11081193 (Stand 27. Juni 2013); Morgenbladet, http://morgenbladet.no/anbefalinger/2013/jeg_steilet_da_jeg_horte_at_fritt_ord_deler_ut_penger_til_fjordman (Stand: 21. Juni 2013); Aftenposten, http://www.aftenposten.no/meninger/Det-handler-ikke-om-ytringsfrihet-7230749.html (Stand: 14. Juni 2013); VG, http://www.vg.no/nyheter/innenriks/22-juli/artikkel.php?artid=10104406 (Stand: 14. Juni 2013).

53 Siehe Statistisches Zentralbüro für Norwegen, http://www.ssb.no/a/kortnavn/kommvalg/tab-2011-11-04-02.html (Stand 18. März 2013).

54 Siehe http://www.regjeringen.no/krd/html/valg2009/bs5.html (Stand: 18. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und erlangte nur 4,1 Prozent.[55] Die SV als Gesamtpartei kann weder als linksextrem, linksradikal oder linkspopulistisch bezeichnet werden. Sie selbst versteht sich unter anderem als sozialistische, pazifistische und feministische Partei,[56] die ihre Anhänger zu großen Teilen aus der akademisch-gebildeten Mittelschicht rekrutiert. Der Vorläufer der SV war der Sosialistisk Valgforbund, eine Wahlallianz bestehend aus den Parteien Sosialistisk Folkeparti (Sozialistische Volkspartei, SF), Demokratiske Sosialister (Demokratische Sozialisten, AIK) und Norges Kommunistiske Parti (Norwegens Kommunistische Partei, NKP), dem 1973 erstmals der Sprung ins Storting gelang. Während die beiden erstgenannten Parteien in der 1975 formell gegründeten SV aufgingen, existiert die NKP nach wie vor als eigenständige Partei, allerdings mit verschwindend geringem politischen Einfluss. Bei der Kommunalwahl 2011 wie auch bei der Stortingswahl 2013 erzielte sie weniger als 0,1 Prozent der Wählerstimmen.[57]

Innerhalb des linken norwegischen Parteienspektrums stellte die Partei Arbeidernes Kommunistparti (marxist-leninistene) – die Kommunistische Partei der Arbeiter, AKP (ml) – ein Phänomen dar.[58] Eine Reihe von bekannten norwegischen Kulturpersönlichkeiten wie die Schriftsteller Dag Solstad und Jon Michelet gehörten der Partei an und beeinflussten deren programmatische Ausrichtung. Die offizielle Gründung der AKP 1973 war das Ergebnis der Zusammenlegung des Sosialistisk Ungdomsforbund (Sozialistischer Jugendverband, SUF), der bis 1969 die Jugendorganisation der SF gewesen war, mit weiteren marxistisch-leninistischen Gruppen, die sich von der SF abgewendet hatten. Die neue Partei, die wesentlich von Mao Tse-tungs Kulturrevolution in China inspiriert war, setzte sich vor allem aus Studenten und Anhängern der maoistisch-leninistischen (ml) Bewegung sowie teilweise aus Repräsentanten der norwegischen Arbeiterschaft zusammen.[59] 1973 und 1977 trat sie unter dem Namen Rød Valgallianse (Rote Wahlallianz) bei der Stortingswahl an, erzielte aber nur 0,4 beziehungsweise 0,6 Prozent der Wählerstimmen.[60] Das schwache Abschneiden bei den Parlamentswahlen stand im scharfen Kontrast zum kulturellen und gesellschaftlichen Einfluss, den die AKP von den 1970er bis in die Mitte der 1980er Jahre hinein ausübte. Der Historiker und Journalist Hans Petter Sjøli geht davon aus, dass die sogenannte ML-Bewegung in Norwegen im Vergleich zu den anderen skandinavischen Ländern größer, langanhaltender, sichtbarer und einflussreicher war. Die AKP nahm die führende Rolle innerhalb des norwegischen Maoismus ein und prägte das norwegische

55 Siehe http://www.valgresultat.no/bs5.html (FN 7).
56 Siehe das Arbeitsprogramm der SV für die Periode 2009 bis 2013, S. 3 (http://sv.no/Politikken/Arbeidsprogram-2009-2013, Stand: 18. März 2013).
57 Siehe Statistisches Zentralbüro für Norwegen, http://www.ssb.no/a/kortnavn/kommvalg/tab-2011-11-04-02.html (Stand: 18 März 2013); http://www.valgresultat.no/bs5.html (FN 7).
58 Zur Parteigeschichte der AKP siehe unter anderem Hans Petter Sjøli, Mao, min Mao. Historien om AKPs vekst og fall, Oslo 2005; Håkon Kolmannskog, Ideologisk leiarskap i den norske ml-rørsla. Det umogleges kunst 1965-1980, Hovedfagsaufgabe, Universität Oslo, 2006.
59 Siehe unter anderem Hans Petter Sjøli, Maoism in Norway. And how the AKP (m-l) made Norway more Norwegian, in: Scandinavian Journal of History 33 (2008), H. 4, S. 478-490, hier: S. 478 ff.
60 Siehe Nikolai Brandal/Hans Petter Sjøli, Rød Ungdom. Ungdommens ungdomsorganisasjon, in: Arbeiderhistorie. Årbok for arbeiderbevegelsens arkiv og bibliotek, Oslo 2011, S. 105-125, hier: S. 112.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kulturleben nachhaltig. Ein Höhepunkt ihrer Aktivitäten war die Umstrukturierung der Parteizeitung Klassekampen zur Tageszeitung.[61] Klassekampen erscheint nach wie vor täglich, seit 1991 allerdings als unabhängiges Organ und in der politischen Ausrichtung deutlich moderater.

Die Parteikultur der AKP war durch einen autoritären Stil, Disziplin und die Forderung nach absoluter Loyalität gegenüber dem Zentralkomitee gekennzeichnet.[62] Einen zentralen Platz innerhalb der Parteiideologie nahm die Propagierung der Notwendigkeit einer Revolution ein.[63] In den von dem Parteiideologen Tron Øgrim verfassten „Teser om høyreavviket" (Thesen zur Rechtsabweichung), die das Zentralkomitee im Mai 1975 annahm, wurde außerdem das vermeintliche Abdriften von Parteimitgliedern nach rechts scharf angegriffen. In der Folge musste der Parteichef Sigurd Allern den AKP-Vorsitz abgegeben und wurde im gleichen Jahr durch Pål Steigan ersetzt.[64] Ab Mitte der 1970er Jahre wandelte sich die AKP in Richtung einer von Konspirationsdenken geprägten politischen Sekte, die sich zunehmend nach außen abriegelte. Zu der zunehmenden Paranoia trug zwar auch die umfassende und zum Teil gesetzeswidrige Überwachung durch die Polizei bei[65], auschlaggebend war jedoch die Vorstellung, Norwegen müsse jederzeit mit einer feindlichen Invasion durch die Sowjetunion rechnen. Weitreichende Sicherheitsmaßnahmen waren daher für die interne AKP-Politik von zentraler Bedeutung. Mitglieder wurden offiziell von den Listen gestrichen, damit sie im Ernstfall den Kampf im Untergrund weiterführen könnten, Decknamen verwendet und Mao Tse-tungs militärtheoretische Schriften in Vorbereitung einer möglichen Guerillakriegsführung mit Plastikumschlag gedruckt. Im Unterschied zur RAF in Deutschland war für die AKP der Kampf gegen den äußeren Feind in Form der Sowjetunion entscheidend. Die Vorstellung von einem geeinten Volkskrieg zur Verteidigung Norwegens schloss daher terroristische Angriffe im eigenen Land aus.[66]

Seit Ende der 1980er Jahre und mit Beginn der 1990er Jahre durchlief die AKP einen Umwandlungsprozess. Nach dem Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens 1989 distanzierte die Partei sich endgültig vom kommunistischen China. 1990 wurde der Zusatz ML aus dem Parteinamen gestrichen. Im Jahr darauf wurde die Rød Valgallianse zu einer eigenständigen Partei umstrukturiert, wenn auch mit einer Reihe von ehemaligen AKP-Repräsentanten im Vorstand.[67] Bei der Stortingswahl 1993 erhielt die RV 1,1 Prozent der Wählerstimmen und konnte einen Repräsentanten ins

61 Siehe Sjøli (FN 59), S. 478 f.
62 Vgl. ebd., S. 479, 483.
63 Vgl. unter anderem Bjørn Westlie, AKPs ekstremisme, S. 67-92, hier: S. 68 f., sowie Hans Petter Sjøli, Den svarte tradisjonen, S. 320-338, hier: S. 321 f., beide in: Sørensen/Hagtvet/Brandal (FN 10).
64 Vgl. Brandal/Sjøli (FN 60), S. 112.
65 Sjøli zufolge sind bis zum Ende der 1990er Jahre ca. 20.000 Anhänger der ML-Bewegung vom Polizeilichen Überwachungsdienst (POT) in Norwegen registriert worden. Siehe Sjøli (FN 59), S. 479.
66 Vgl. unter anderem Westlie (FN 63), S. 77 ff., 88; Sjøli (FN 63), S. 323 f.
67 Vgl. unter anderem Sjøli (FN 63), S. 320 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parlament entsenden.[68] 2003 stand die AKP erneut im öffentlichen Fokus, nachdem der profilierte norwegische Staatswissenschaftler Bernt Hagtvet in der norwegischen Tageszeitung Dagbladet die Nähe der Partei zu totalitären Regimen und ihre mangelnde Vergangenheitsaufarbeitung scharf kritisiert hatte. Die AKP hatte unter anderem Verbindungen zur albanischen Kommunistischen Partei Enver Hoxhas und zu den Roten Khmer in Kambodscha unterhalten. 1978 unternahm der Parteivorsitzende Pål Steigan mit einer Delegation von AKP-Repräsentanten eine Studienreise nach Kambodscha und wurde von Pol Pot persönlich empfangen.[69]

2007 wurden die AKP und die RV mit Rød Ungdom (Rote Jugend, RU) als Jugendorganisation zur neugegründeten Partei Rødt zusammengeschlossen. In ihrem Programm von 2010 fordert Rødt unter anderem die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung des Sozialismus. Auch wenn die Partei davon ausgeht, dass zur gesellschaftlichen Umstrukturierung eine Revolution notwendig ist, will sie ihr Ziel mit friedlichen und demokratischen Mitteln erreichen.[70] Innerhalb der norwegischen Politik hat sie nur minimalen Einfluss. Bei der Stortingswahl 2009 erlangte Rødt 1,3 Prozent der Wählerstimmen. Bei der Kommunal- und Fylkestingwahl 2011 erhielt sie 1,5 beziehungsweise 1,7 Prozent und ist derzeit in vier Fylkesting und 33 Gemeinderäten vertreten. 2013 sank ihr Stimmenanteil bei der Stortingswahl auf 1,1 Prozent.[71] Parteivorsitzender ist seit 2012 Bjørnar Moxnes.[72]

1.3.2. Nichtparteiförmiger Linksextremismus und Linksradikalismus

In Norwegen existiert eine Reihe von mikroskopischen linksradikalen Gruppen, die jedoch nicht einer gewaltbereiten oder militanten Szene zugeordnet werden können. Auch wenn sie sich teilweise in der Tradition der maoistisch-leninistischen Bewegung in Norwegen sehen und revolutionäre Forderungen in ihren Programmen proklamiert werden, sind sie weit davon entfernt, die demokratische Kultur Norwegens ernsthaft herauszufordern.

Insbesondere die Vereinigung Tjen Folket – kommunistisk forbund (Diene dem Volk – kommunistischer Verband, TF) hat in den letzten Jahren das Interesse der Öffentlichkeit auf sich gezogen. TF wurde als marxistisch-leninistisch-maoistische Grup-

68 Siehe Statistisches Zentralbüro für Norwegen, Stortingsvalget 1993, Oslo/Kongsvinger 1994, S. 23.

69 Vgl. unter anderem Sjøli (FN 63), S. 322; Bernt Hagtvet, Kronikk, in: Dagbladet, 16. und 17. Juli 2003; Pål Steigans Kommentar vom 31. Juli 2003 in Dagbladet (http://www.dagbladet.no/kultur/2003/07/31/374865.html, Stand: 21. März 2013); Pål Steigan, På den himmelske freds plass. Om ml-bevegelsen i Norge, Oslo 1985.

70 Siehe das Prinzipien-Programm von Rødt, http://rødt.no/politikk/prinsipprogram/ (Stand: 21. März 2013).

71 Siehe http://www.valgresultat.no/bs5.html (FN 7).

72 Siehe http://www.regjeringen.no/krd/html/valg2009/bs5.html (Stand: 21. März 2013); Statistisches Zentralbüro für Norwegen, http://www.ssb.no/a/kortnavn/kommvalg/tab-2011-11-04-02.html (Stand: 21. März 2013); Statistisches Zentralbüro für Norwegen, http://www.ssb.no/a/kortnavn/kommvalg/tab-2011-11-04-03.html (Stand: 21. März 2013); Liste der gewählten Volksvertreter von Rødt, http://rødt.no/om-rødt/folkevalgte/ (Stand: 21. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

pe 1998 etabliert, mit dem Ziel, langfristig eine neue kommunistisch-maoistische Partei in Norwegen aufzubauen, die den revolutionären Aufstand gegen das bestehende System führen und den Kapitalismus stürzen soll. Im Parteiprogramm von 2008 heißt es, wichtigstes Ziel sei es, das Volk kommunistisch zu organisieren.[73] Eine Reihe von Mitgliedern stammt aus dem politischen Umfeld von Rødt, wurde aber aus der Partei ausgeschlossen. 2006 erlangte die Vereinigung größere Medienaufmerksamkeit, als bekannt wurde, dass sie systematisch die bekannte antirassistische Organisation SOS Rasisme infiltriert und mehrere Führungspositionen übernommen hatte. 2011 wurde SOS Rasisme und deren Geschäftsführer, das ehemalige AKP-Mitglied und zentrale Führungsfigur in Tjen Folket, Kjell Gunnar Larsen, wegen Betruges und des Missbrauchs öffentlicher Gelder verurteilt.[74] Unter dem Namen Nye (Neues) SOS Rasisme wurde die Organisation 2012 neu gegründet, wird allerdings nach wie vor von TF-Mitgliedern und Aktivisten der Gruppe Revolusjonær kommunistisk ungdom (Revolutionäre kommunistische Jugend), der Jugendorganisation von Tjen Folket, dominiert. Über die Mitgliederzahl macht TF keine genauen Angaben.[75]

Weitere derzeit aktive Gruppen sind unter anderem die Vereinigung Bevegelsen for sosialisme (die Bewegung für Sozialismus, BfS), die Kommunistisk Plattform – Kommunistische Plattform, KP (ml) – und die Organisation Internasjonale Sosialister (Internationale Sozialisten, IS). Die 2002 gegründete Organisation BfS sieht ihr übergeordnetes Ziel in der Errichtung eines demokratischen Sozialismus, der allerdings friedlich und mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung erreicht werden soll.[76] Damit unterscheidet sie sich von der KP (ml), die eine Revolution als einziges Mittel ansieht, um den Kapitalismus überwinden zu können. Erklärtes Ziel ist es, die Kommunisten in Norwegen in einer neu zu gründenden kommunistischen Partei zu vereinen, die auf Grundlage des „wissenschaftlichen Sozialismus" Führer für die Arbeiterklasse entwickeln will, um die Revolution vorzubereiten.[77] Die Vereinigung besteht unter anderem aus ehemaligen AKP- und RV-Mitgliedern, die sich der Gründung der Partei Rødt widersetzten, und Anhängern der ML-gruppa Revolusjon (die ML-Gruppe Revolution).[78] Letztgenannte hat ihren Ursprung im 1972 gegründeten und 2006 aufgelösten marxistisch-leninistischen Kommunistisk Arbeiderforbund (Kommunistischer Arbeiterverband, KA), der in den 1970er Jahren mit dem Kommunistisk Universitetslag (Kommunistischer Universitätsverband, KUL) zusammenarbeitete. Beide Gruppen bildeten eine Linksopposition zur AKP.[79] 1981 wurde die trotzkistische Vereinigung

73 Siehe das 2008 verabschiedete Programm von Tjen folket, http://tjen-folket.no/sentralt/view/10422 (Stand: 22. März 2008).
74 Vgl. unter anderem Sjøli (FN 63), S. 327 ff; Dagens Næringsliv vom 14. Januar 2006; Dagbladet vom 5. März 2010, 11. Mai 2010, 24. Dezember 2010.
75 Siehe http://nyesos.no/sentralt/view/311 (Stand: 24. März 2013); http://www.dagbladet.no/2012/03/01/nyheter/sos_rasisme/innenriks/tjen_folket/politikk/20476550/ (Stand: 24. März 2013). Vgl. zudem Sjøli (FN 63), S. 329 f.
76 Zur Politik der BfS siehe http://www.bevegelsen.no/?kategori=Politikk (Stand: 24. März 2013).
77 Zu den Zielen der Kp (ml) siehe http://kpml.no/kpml/organisasjon/53-grunndokumenter/205-kommunistisk-plattform-politisk-grunnlag (Stand: 24. März 2013).
78 Siehe Sjøli (FN 63), S. 331.
79 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

IS nach einer internen Zersplitterung in der Sosialistisk Ungdom (Sozialistische Jugend, SU), der Jugendorganisation von SV, gegründet. Die IS bezeichnet sich als revolutionäre sozialistische Organisation und bildet seit 2008 eine Fraktion in Rødt.[80] Im Februar 2013 wurde bekannt, dass die IS von einem Informanten des Polizeilichen Sicherheitsdienstes (PST) infiltriert wurde.[81]

Trotz der teilweise revolutionären Rhetorik kann bestenfalls die Organisation Tjen Folket dem Linksextremismus zugerechnet werden. Keine der derzeit aktiven Gruppen arbeitet ernsthaft an einer gewaltsamen Umwälzung der norwegischen Gesellschaft. Zu den Mitgliederzahlen gibt es keine genauen Angaben. Doppelmitgliedschaften dürften häufig der Fall sein. Auch das autonome Milieu um das Jugendhaus Blitz in Oslo, dass sich vor allem in den 1980er und 1990er Jahren einen Namen aufgrund von gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei und rechtsextremen Gruppen machte, kann nicht mit linksextremen Bewegungen wie der in Schweden verglichen werden.[82] Auf ihrer Internetseite bezeichnen die sogenannten Blitzer ihr Haus als Zentrum für einen linksradikalen, außerparlamentarischen Aktivismus in Oslo.[83] Insgesamt kann es als Besonderheit der politischen Tradition Norwegens angesehen werden, dass innerhalb des Linksextremismus Gewalt zwar theoretisch als legitimes Mittel verstanden wird, diesen jedoch in der Praxis nicht kennzeichnet.

2. Würdigung

Der parteiförmige Extremismus, sowohl rechter als auch linker Ausprägung, ist in Norwegen auf Parlamentsebene praktisch bedeutungslos. Auch auf kommunaler Ebene spielt er eine nur geringfügige Rolle. In der politischen Kultur Norwegens, die auf einem zutiefst verinnerlichten demokratischen Grundverständnis sowie auf einer Tradition von Kooperation und Konsens basiert, findet sich kein Platz für einen Extremismus, der die Systemfrage stellt. Die verfassungsgebende Versammlung von Eidsvoll 1814 wie auch die Unabhängigkeitserklärung von Schweden 1905, in deren Zuge sich das norwegische Volk sein Königshaus sozusagen selbst wählte, haben wesentlich zur Verankerung dieses Demokratieverständnisses beigetragen. Im Unterschied zu den anderen konstitutionellen Monarchien Europas ist das norwegische Königshaus Symbolträger der Demokratie.[84] Die Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht während des Zweiten Weltkrieges, die vor allem als Kollaboration „von oben“ ver-

80 Vgl. ebd., S. 332 ff. Siehe zudem die Internetseite von IS, http://intsos.no/?id=2 (Stand: 24. März 2013).
81 Dies berichtete der norwegische Fernsehsender NRK am 19. Februar 2013 in seiner Sendung Brennpunkt: Infiltratøren. Siehe http://tv.nrk.no/serie/brennpunkt/mdup11000213/19-02-2013 (Stand: 24. März 2013).
82 Vgl. unter anderem Freitag/Thieme (FN 1), S. 242 f.
83 Siehe http://www.blitz.no/om-blitz (Stand: 24. März 2013).
84 Zur Nationsbildung in Norwegen und zum nationalen Selbstverständnis siehe unter anderem Jan Eivind Myhre, Norsk historie 1814-1905. Å byggje ein stat og skape ein nasjon, Oslo 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

standen wird, der sich die breite Bevölkerung widersetzte[85], hat das Demokratieverständnis zusätzlich gefestigt und gegen totalitäre Ideen immunisiert. Zwar scheinen der kulturpolitische Einfluss der AKP in den 1970er Jahren im Widerspruch hierzu zu stehen, letztlich existierten und existieren linksextreme, revolutionäre Ideen aber nur auf dem Papier. Festzuhalten ist, dass der Linksextremismus in Norwegen sich bisher nicht durch die Ausübung von Gewalt hervorgetan hat und damit in absehbarer Zeit auch nicht zu rechnen ist.

Hierin besteht ein signifikanter Unterschied zum norwegischen Rechtsextremismus. Obwohl nicht mit einer gewalttätig-militanten neonationalsozialistischen Szene wie im Nachbarland Schweden vergleichbar, wurden seit den 1980er Jahren vermehrt einwandererfeindliche und rassistische Übergriffe registriert. Aufgrund des schwachen Organisationsgrades und der mikroskopischen Größe des Milieus – auch wenn zur Mitgliederzahl keine genauen Angaben vorliegen – galt der Rechtsextremismus in Norwegen bis zu den Terroranschlägen des 22. Juli 2011 nicht als nennenswertes Problem, sondern lediglich als Randerscheinung. Sowohl der Polizeiliche Sicherheitsdienst als auch die politischen Entscheidungsträger haben seit dem 11. September 2001 ihre Aufmerksamkeit größtenteils auf die Terrorgefahr aus dem Bereich des Islamismus gerichtet.[86] Der politische Extremismus in Norwegen stellt nach wie vor keine Herausforderung für das politische System selbst dar, wohl aber ein ernstzunehmendes Sicherheitsproblem – wie seit dem 77-fachen Mord durch Breivik schmerzhaft bewusst geworden ist.

Trotz der marginalen Bedeutung des Extremismus für das parlamentarische System hat der Rechtspopulismus in Norwegen in Form der FrP in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte geschrieben. Die Fremskrittspartiet hat sich als ursprünglich einwandererfeindliche Protestpartei immer mehr der bürgerlichen Mitte angenähert und ist seit der Stortingswahl 2013 an der Regierung beteiligt. Ihr ambivalentes Verhältnis zu einwanderer- und islamfeindlichen Organisationen zeigt sich unter anderem darin, dass diese ihr Führungspersonal in einer Reihe von Fällen aus den Reihen der FrP rekrutieren konnten. Gleichzeitig bezieht die Partei einen Teil ihrer Wählerzustimmung vom rechten Rand der Gesellschaft, und es ist davon auszugehen, dass sie eine nicht unerhebliche Rolle als Auffangbecken für rechtsextreme Gesinnungen spielt.[87] Ihre Rolle in der norwegischen Parteienlandschaft ist umso bemerkenswerter angesichts des Umstandes, dass der norwegische Wohlfahrtsstaat im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern weder eine wach-

85 Eine wesentliche Rolle spielten hier vor allem die frühen Forschungsarbeiten aus den 1940er und 1950er Jahren. Siehe unter anderem die dreibändige Reihe Norge i krig 1940-1945, hrsg. von Sverre Steen, Oslo 1947-1950.

86 Dieser weitverbreitete Vorwurf wird dem PST auch vom Antirasistisk Senter in seinem jüngsten Rapport von 2012 gemacht. Siehe FN 18, S. 7, 25-30.

87 So gehörte beispielsweise Breivik von 1997 bis 2007 der Jugendorganisation der FrP, FpU, und von 1999 bis 2006 der FrP an. Von Januar bis Oktober 2002 war er Vorsitzender und von Oktober des gleichen Jahres bis November 2004 Vorstandsmitglied des Lokalverbandes Oslo Vest der FpU. Siehe unter anderem Aftenposten, http://www.aftenposten.no/nyheter/iriks/Frp-Breivik-har-vart-medlem-og-har-hatt-verv-i-ungdomspartiet-5014741.html (Stand: 28. März 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sende Arbeitslosigkeit noch größere Einschnitte ins Sozialsystem verkraften musste. Auch die Einwanderung nach Norwegen – obwohl von der FrP behauptet – hat hierauf keine Auswirkungen gehabt. Die derzeitige Finanzkrise hat Norwegen ebenfalls weitgehend unbeschadet verkraftet.[88] Dass die FrP dennoch so hoch in der Wählergunst liegt, kann als Indikator für eine Rechtsverschiebung der norwegischen Gesellschaft gedeutet werden. Traditionell eine Hochburg der Sozialdemokratie, scheint sich Norwegen derzeit zu einem Land der bürgerlichen Mitte zu wandeln.

3. Literatur

Das Feld der vergleichenden Extremismusforschung ist in Norwegen bisher kaum erschlossen. Auch im internationalen Kontext wird Norwegen lediglich am Rande und in erster Linie im Rahmen von Untersuchungen zum parteiförmigen Rechtspopulismus dargestellt.[89] Zwar existiert eine Reihe von Veröffentlichungen zur linken ML-Bewegung in Norwegen[90], das derzeitige linksradiale Milieu ist aber ein Forschungsdesiderat. Im internationalen Vergleich zum Linksextremismus findet Norwegen kaum Berücksichtigung.

Während zur Okkupations- und Kollaborationszeit und mittlerweile auch zu deren Vorgeschichte eine Reihe von Forschungsarbeiten vorliegt[91], finden sich bisher keine wissenschaftlichen Studien zum Rechtsextremismus nach 1945, die beispielsweise mit den Untersuchungen von Heléne Lööw zum Neonationalsozialismus in Schweden vergleichbar wären.[92] Abgesehen von vereinzelten journalistischen Arbeiten[93], sind die Berichte des Norwegischen Außenpolitischen Instituts (NUPI) von Tore Bjørgo aus den 1990er Jahren zu nennen, in denen er rassistische Gewalt gegenüber Einwanderern und Asylbewerbern dokumentiert.[94] Das Antirasitisk Senter in Norwegen informiert regelmäßig über mögliche Bewegungen im rechtsextremen und islamfeind-

88 Siehe die aktuellen OECD-Rapporte zum Lebensstandard und zur Ökonomie in Norwegen, http://www.oecdbetterlifeindex.org/countries/norway/ (Stand: 28. März 2013), http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/oecd-economic-surveys-norway-2012_eco_surveys-nor-2012-en (Stand: 28. März 2013).

89 Vgl. unter anderem Mudde (FN 30); Kjøstvedt/Simonsen/Randin (FN 33).

90 Neben der bereits genannten Fachliteratur findet sich auch Sachliteratur zu dem Thema, wie beispielsweise Jon Rognlien/Nikolai Brandal, Den store ml-boka. Norsk maoisme sett nedenfra, Oslo 2009.

91 Eine Gesamtübersicht kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Zu den Standardwerken zählen vor allem die Arbeiten von Magne Skodvin, Hans Fredrik Dahl, Øystein Sørensen und Ole Kristian Grimnes. Der Rechtsextremismus in Norwegen vor 1940 abseits der Nasjonal Samling wird untersucht in Terje Emberland, Religion og rase. Nyhedenskap og nazisme i Norge 1933-1945, Oslo 2003, sowie in Nicola Karcher, Zwischen Nationalsozialismus und nordischer Gesinnung. Eine Studie zu den rechtsgerichteten Verbindungen norwegisch-deutscher Milieus in der Zwischenkriegszeit, Dissertation, Universität Oslo 2012.

92 Siehe Lööw, Nazismen i Sverige 1980-1997.

93 Siehe Bangsund (FN 19); Strømmen (FN 21); Lunde (FN 22).

94 Siehe Bjørgo (FN 11); ders. (FN 45).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lichen Milieu[95], wissenschaftliche Analysen zur Entwicklung und insbesondere zum Potenzial des Rechtsextremismus existieren derzeit aber noch nicht.

Dies wird sich nach den Terroranschlägen des 22. Juli voraussichtlich langfristig ändern. Neben Veröffentlichungen zu Breivik und den Anschlägen selbst[96] sind seit 2011 mehrere norwegische Studien erschienen, die verschiedene Aspekte wie die Verbreitung und Anziehungskraft totalitärer Ideen sowie die Programmatik rechtsextremer Verbände in Relation zueinander setzen und die auch den Versuch unternehmen, Norwegen in einem internationalen Zusammenhang zu verorten.[97] Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen, und es ist davon auszugehen, dass nicht nur in der nationalen, sondern auch in der internationalen Forschung dem norwegischen Rechtsextremismus deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden wird.

95 Siehe zuletzt den Rapport von 2012 (FN 18).

96 Siehe Aage Storm Borchgrevink, En norsk tragedie: Anders Behring Breivik og veiene til Utøya, Oslo 2012; Kjetil Stormark, Massemorderens private eposter, Oslo 2012.

97 Siehe Sigve Indregard (Hrsg.), Motgift. Akademisk respons på den nye høyreekstremismen, Oslo 2012; Anders Ravik Jupskås (Hrsg.), Akademiske perspektiver på 22. Juli, Oslo 2012; ders., Ekstreme Europa. Ideologi, årsaker og konsekvenser, Oslo 2012; Øystein Sørensen/Bernt Hagtvet/Bjørn Arne Steine (Hrsg.), Ideologi og terror. Totalitære ideer og regimer, Oslo 2011; dies. (Hrsg.), Politikk og religion. En farlig kombinasjon?, Oslo 2012; dies. (FN 51); Nicola Karcher/Anders G. Kjøstvedt (Hrsg.), Movements and Ideas of the Extreme Right in Europe. Positions and Continuities, Frankfurt a. M. 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zeitschriftenporträt: ZUERST!

Von Elmar Vieregge

1. Darstellung

Als Ende 2009 die bereits 1951 gegründete Zeitschrift Nation & Europa (N&E)[1] ihr Erscheinen überraschend einstellte, war dies ein Einschnitt für die rechtsextremistische Publizistik, denn es war das Ende ihres wichtigsten Theorieorgans. Den Grund dafür bildete keine Verringerung der einschlägigen Aktivitäten, sondern der Versuch, diese auszuweiten, denn die Zeitschrift ging in einem neuen Projekt auf, das ihren Abonnentenstamm übernahm.[2] Bei diesem handelt es sich um die Publikation *ZUERST!*, deren Erstausgabe im Januar 2010 erschien.[3] Die von ihrem Verlag als „deutsches Nachrichtenmagazin" beschriebene Schrift wird seitdem monatlich im Format DIN A4 und mit einem Umfang von 84 Seiten erstellt. Auffallend sind neben ihrer aufwändigen, durchgehend in Farbe gehaltenen Ausstattung mit Karten, Fotografien und Grafiken auch ihr hoher Preis von 6,50 Euro sowie der Umstand, dass sie bundesweit im allgemeinen Zeitschriftenhandel erhältlich ist. *ZUERST!* verfügt über zwei Kontaktadressen in den bei Kiel gelegenen Orten Selent und Martensrade.[4] Diese nutzt der Kieler Buchhändler und Verleger Dietmar Munier bereits seit Jahren für seine als Verlagsgruppe und Versand agierende „Lesen und Schenken GmbH". Dementsprechend wird die Zeitschrift als Unternehmen dieser Verlagsgruppe präsentiert.[5]

---

1 Zur Bedeutung von N&E siehe: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 453-455.

2 Vgl. ohne Autorennennung, Jetzt amtlich: Verleger Munier lässt NATION&EUROPA in neuem Monatsmagazin ZUERST! aufgehen, in: www.gesamtrechts.wordpress.com/2009/10/24/jetzt-amtlich-verleger-munier-laesst-nationeuropa-in-neuem-monatsmagazin-zuerst-aufgehen/, 24. Oktober 2009 (Stand: 6. Januar 2010). Den Abonnenten der N&E wurden zur gleichen Zeit „aus gegebenen Anlass" anstehende Veränderungen der Kontoverbindungen angekündigt. Vgl. Verlag & Redaktion, Liebe Abonnentin, Lieber Abonnent!, in: Nation & Europa 59 (2009), H. 10 (Oktober), S. 2.

3 Der Verleger Munier gab anlässlich der Markteinführung an, das Magazin habe über eine Startauflage von 86.000 Exemplaren verfügt. Bei dieser nicht nachprüfbaren Behauptung ist jedoch zu beachten, dass der wirtschaftlich denkende Verleger aus kaufmännischen Gründen ein Interesse daran haben musste, sein Projekt durch eine hohe Auflagenzahl besonders bedeutend erscheinen zu lassen. Zudem dürfte die Anzahl der angebotenen Hefte nicht der Anzahl der verkauften Hefte entsprochen haben. Vgl. Dietmar Munier, „Linke Machenschaften ans Licht zerren", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners (1), 13. Dezember 2009, elektronisch veröffentlicht unter: gesamtrechts.wordpress.com/2009/12/13/exklusiv-interview-mit-dietmar-munier-%e2%80%9clinke-machenschaften-ans-licht-zerren%e2%8o%9d, 13. Dezember 2009 (4. Januar 2010).

4 Vgl. ZUERST! 1 (2010), H. 1 (Januar), Impressum, S. 81.

5 Vgl. ZUERST!, www.zuerst.de/impressum/ (19. Februar 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der hinter dem neuen Projekt stehende Munier ist aufgrund eines über Jahrzehnte entwickelten erfolgreichen Engagements einer der einflussreichsten Akteure der rechtsextremistischen Publizistik. Bereits Anfang der 1980er Jahre hatte er seine „Lesen und Schenken GmbH“ mit dem von ihm übernommenen Arndt-Verlag zusammengeführt.[6] Dadurch ist er in der Lage, über seine Lesen & Schenken-Versandkataloge ein umfangreiches Angebot an Büchern, Postern oder Filmen zu unterbreiten, die sich sowohl an Rechtsextremisten als auch an nicht extremistisch eingestellte Konservative richten. Dazu gehören sowohl das „Dritte Reich“ beschönigende Bildbände des Arndt-Verlages als auch Veröffentlichungen des ebenfalls von ihm betriebenen Pour le Mérite-Verlages. Munier war damit derart erfolgreich, dass er nach der Jahrtausendwende expandieren konnte. 2004 übernahm er zunächst die Deutsche Militärzeitschrift (DMZ)[7], die sich sowohl an Personen mit einem Interesse am gegenwärtigen Militärwesen als auch an den Streitkräften des „Dritten Reichs“ richtet. 2011 gliederte Munier seinem Unternehmen auch die Wochenzeitung Der Schlesier an, die sich auf eine einseitige Darstellung der Jahre vor 1945 und der Westverschiebung der polnischen Grenzen konzentriert.[8] 2012 setzte er seinen Expansionskurs fort, indem er mit „Zeitgeschichte“ einen Ableger der DMZ auf den Zeitschriftenmarkt brachte, in der die Waffen-SS verherrlicht wird.

Für die Ausrichtung von *ZUERST!* ist die Grundhaltung ihres Verlegers Munier von entscheidender Bedeutung. Dieser äußerte anlässlich der Erstausgabe in einem Interview: „Deutschland befindet sich in höchster Gefahr. Unser Volk steht durch massenhafte Einwanderung und rekordverdächtige Fortpflanzung der Fremden vor dem Verlust seiner ethnischen Identität.“[9] Dementsprechend hieß es später in der Selbstbeschreibung des Internetauftritts des Magazins, dass es sich „ausschließlich den Lebens- und Überlebensinteressen des deutschen Volkes und dem wertvollen Erbe unserer europäischen Kultur [verpflichtet fühlt]“.[10] Mit seiner Äußerung über die „ethnische Identität“ offenbarte Munier eine der wichtigsten Grundhaltungen der rechtsextremistischen Szene, die aus einer Verbindung von Fremdenfeindlichkeit mit der Überzeugung besteht, Deutschland vor einer tödlichen Bedrohung verteidigen zu müssen. Auf welche Weise sich *ZUERST!* gegen diese Bedrohung stellen wollte, zeigte eine Aus-

6 Vgl. Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 94; Grumke/Wagner (FN 1), S. 446 f.

7 Vgl. Elmar Vieregge, Deutsche Militärzeitschrift (DMZ). Eine Analyse zur Rolle eines militärorientierten Magazins der rechtsextremistischen Publizistik, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl/Rheinland 2010, S. 151-190, hier: S. 153-156.

8 Vgl. Der Schlesier, Facebookprofil, Allgemeine Informationen, www.facebook.com/Der.Schlesier/info (19. Februar 2013).

9 Dietmar Munier, „Politischer Kurs der JF und der ihrer Unterstützer klafft weit auseinander“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners (2), 14. Dezember 2009, veröffentlicht unter: http://gesamtrechts.wordpress.com/2009/12/14/exklusiv-interview-mit-zuerst-verleger-dietmar-munier-2-politischer-kurs-der-jf-und-der-ihrer-unterstuetzer-klafft-weit-auseinander/ (4. Januar 2010).

10 Manuel Ochsenreiter, ZUERST! Über uns, undatiert, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.zuerst.de/eine-seite/ (19. Februar 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sage des ersten Chefredakteurs Günther Deschner. Der im Vergleich zu seinem Verleger politisch moderatere Deschner beschrieb den Charakter der Zeitschrift in ihrer Erstausgabe dahingehend, sie sei als ein Gegenstück zum führenden Nachrichtenmagazin Der Spiegel gedacht. Diesem schrieb er eine „über weite Strecken […] zersetzend[e]" Wirkung zu und erachtete ihn als prägend für „den Umbau der politischen Kultur in Westdeutschland", indem er einen „Bruch mit der […] deutschen Geschichte" und eine „Kulturvernichtung durch die 68er" unterstützt habe. Der Chefredakteur sah zudem eine gegenwärtige „Meinungsdiktatur der politischen Korrektheit" und kündigte an, die Zeitschrift werde aus dem „klaren Blickwinkel […] deutsche[r] Interessen"[11] berichten. Anhand dieser Aussagen zeigte sich, dass *ZUERST!* als rechtes Gegenstück zum „Spiegel" konzipiert ist, auf eine Veränderung der Gesellschaft zielt und sich insbesondere gegen den Zuzug von Ausländern richtet. Vor diesem Hintergrund überraschte es nicht, dass einflussreiche rechtsextremistische Medien das neue Magazin trotz des Endes der Traditionsschrift N&E begrüßten. So hoffte mit der Deutschen Stimme (DS) das zentrale Organ der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf die Etablierung eines „publizistische[n] Sturmgeschütz[es]", das als ein „Anti-Spiegel" Stellung gegen die etablierte Medienlandschaft beziehen werde.[12] Ebenso hoffnungsvoll kündigte die neonazistische Internetplattform Altermedia die neue Zeitschrift als „nationale(s) Medienereignis des Jahres"[13] an.

Die Mitarbeiterschaft von *ZUERST!* ist größtenteils unauffällig. Zwar stammen nach Angaben des Verlegers einige freie Mitarbeiter aus dem Autorenstamm der gemäßigten DMZ[14], doch sind die Namen der großen Mehrheit der Autoren nicht durch rechtsextremistische Tätigkeiten bekannt geworden. Aus ihrem Kreis stechen hingegen drei Personen hervor. Zu diesen gehört zunächst der erste Chefredakteur Günther Deschner. Mit ihm konnte Munier einen ehemaligen Ressortleiter der angesehenen konservativen Zeitung Die Welt gewinnen, der nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten bekannt und damit vorbelastet war. Er verband sein Engagement mit der Auffassung, dass sich das etablierte „Parteiensystem und die Medienlandschaft […] nach

11 Günther Deschner, Verehrte Leser, in: ZUERST! 1 (2010), H. 1, S. 3.

12 Vgl. Anton Rheinberger, Ein publizistisches Sturmgeschütz?, in: Deutsche Stimme, Januar 2010, S. 22.

13 Ohne Autorennennung, Morgen zuerst ZUERST. Das nationale Medienereignis des Jahres 2009 (17. Dezember 2009, elektronisch veröffentlicht unter: http://de.altermedia.info/general/morgen-zuerst-zuerst-das-nationale-medienereignis-des-jahres-2009-17-12-09_38220.html (30. Dezember 2009). Der Arndt-Verlag pflegte vier Jahre später die Beziehung zu diesem Portal, indem er dessen mittlerweile inhaftierten Betreiber Axel Möller ein Abonnement zur Verfügung stellte, vgl. Axel Möller, Interview mit Gefangenenhilfe.info, zweitveröffentlicht unter: http://altermedia.-deutschland.info/content.php/3591-Interview-mit-Axel-Moeller, 18. März 2013 (24. März 2013).

14 Vgl. Dietmar Munier, „Wer gerade wen aus welcher Partei ausgeschlossen hat, das ist für uns kein Thema!", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners (3), veröffentlicht unter: http://gesamtrechts.wordpress.com/2009/12/16/exklusiv-interview-mit-zuerst-verleger-dietmar-munier-3-wer-gerade-wen-aus-welcher-partei-geworfen-hat-das-ist-fuer-uns-kein-thema/, 16. Dezember 2009 (30. Dezember 2009).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

links bewegt“[15] hätten. Deschner brachte seine journalistische Erfahrung in den kritischen Entstehungsprozess des Heftes ein und übergab danach seinen Posten mit der Ausgabe vom März 2011 an Manuel Ochsenreiter. Dieser hatte zuvor als Redakteur der sowohl von konservativen Demokraten als auch von Rechtsextremisten gelesenen Jungen Freiheit (JF)[16] Erfahrungen gesammelt und war 2005 Chefredakteur der im Jahr zuvor von Munier übernommenen DMZ geworden.[17] Zu Ochsenreiters Aufgaben gehören unter anderem das Führen der Interviews und die Abfassung von begleitenden Artikeln, in denen er seine Gesprächspartner vorstellt. Diese Beiträge nutzt er auch zur Selbstdarstellung, indem er sich permanent durch Fotos mit seinen Gesprächspartnern präsentiert.[18] Der dritte auffallende Mitarbeiter, Harald Neubauer, betreibt im Magazin eine Kolumne und kann auf eine sich über mehrere Jahrzehnte ersteckende Funktionärskarriere im rechtsextremistischen Parteien- und Verlagswesen zurückblicken. Er gehörte bereits 1969 der NPD an und wechselte in den 1970er Jahren zwischen ihr und der Deutschen Volksunion (DVU). Im folgenden Jahrzehnt trat er der Partei Die Republikaner (REP) bei, in der er als Generalsekretär arbeitete und für die er 1989 in das Europaparlament einzog. Neubauer verließ auch diese wieder, um in der ersten Hälfte der 1990er Jahre den erfolglos gebliebenen Sammlungsversuch Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) zu gründen.[19] Publizistisch engagierte er sich vor allem bei der N&E, deren Mitherausgeber er von 1992[20] bis zu ihrer Einstellung Ende 2009 war.[21]

Die verantwortlichen Personen standen bereits bei der Gründung vor dem Problem, dass *ZUERST!* aufgrund des Verlegers Munier in der öffentlichen Berichterstattung sofort als Projekt mit einem rechtsextremistischen Hintergrund wahrgenommen wurde.[22] Da aber Publikationen aus der rechtsextremistischen Szene erfahrungsgemäß nur wenige Anzeigenkunden gewinnen können, startete das Magazin mit einem wirtschaftlichen Handicap. Das zeigte sich bereits anhand der Erstausgabe, denn die Wer-

15 Zitiert nach: Rainer Fromm, Das neue Magazin „Zuerst“, in: Norddeutscher Rundfunk, 10. Februar 2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien_politik/zuerst1.html (16. Februar 2010).

16 Vgl. Manuel Ochsenreiter, Tribunale von Nürnberg und Bagdad als blanke Siegerjustiz. Interview mit Arne Schimmer, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2008, S. 3.

17 Vgl. Vieregge (FN 7), S. 155.

18 Vgl. beispielhaft für die große Zahl derartiger Abbildungen: Manuel Ochsenreiter, Trommler für das Alte Europa, in: ZUERST! 1 (2010); H. 2 (Februar), S. 74-77, hier: S. 76; Osama Hamdan, „Frage der Selbstbestimmung“, Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: ZUERST! 1 (2010), H. 10 (Oktober), S. 40-42, hier S. 42; Osama Hamdan, „Unser Recht auf Heimat!“, Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: ZUERST! 2 (2011), H. 6 (Juni), S. 48-49, hier S. 49; Manuel Ochsenreiter, Fels in der Brandung, in: ZUERST! 3 (2012), H. 12 (Dezember), S. 74-77, hier S. 77; ders., Enfant Terrible, in: ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 75-77, hier S. 77; ders., Der Visionär, in: ZUERST! 4 (2013), H. 2 (Februar), S. 74-77, hier S. 77.

19 Vgl. Grumke/Wagner (FN 1), S. 290 f.

20 Vgl. Harald Neubauer, „Geld alleine reicht nicht“. Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: Junge Freiheit vom 17. September 1999, elektronisch veröffentlicht unter: www.jungefreiheit.de (16. Februar 2013).

21 Vgl. Nation & Europa, Nr. 11/12 vom November/Dezember 2009, S. 2.

22 Vgl. Fromm (FN 15).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bebotschaften von Fremdfirmen stammten ausschließlich von kleineren deutschen und österreichischen Verlagen sowie Buchvertriebsdiensten, deren Produkte sowohl für konservative Leser als auch für gemäßigte Rechtsextremisten interessant sind. Daneben fanden sich lediglich Anzeigen für Erzeugnisse der von Munier betriebenen Verlage. Diese Situation verbesserte sich auch nach drei Jahren des Erscheinens nicht. So enthielt die Januar-Ausgabe 2013 lediglich im Umfang von anderthalb Heftseiten Anzeigen fremder Verlage und Buchvertreiber.[23] Dem standen im Umfang sechs Seiten entgegen, die für den Arndt-Verlag, den Schlesier, die DMZ oder den Vertrieb Lesen & Schenken warben.[24] Dadurch ergab sich für Munier zumindest ein Werbeeffekt für seine eigenen Produkte. Dieser steigerte sich durch eine redaktionell begleitende Berichterstattung, indem Artikel zu historischen Themen präsentiert wurden, zu denen bereits Bücher in Munier-Verlagen veröffentlicht worden waren. So waren beispielsweise zwei Anzeigen für Pour le Mérite-Bücher, die ausländische Freiwillige der Waffen-SS und 1945 an Deutschen verübte Verbrechen thematisierten, neben Interviews mit ihrem Verfasser Franz W. Seidler abgedruckt.[25] Ein weiteres Beispiel war ein Artikel über den kanadischen Autor James Bacque neben einer Anzeige, die sein im Pour le Mérite-Verlag erschienenes Buch über den angeblich „geplante[n] Tod" tausender deutscher Kriegsgefangener in US-amerikanischen und französischen Lagern bewarb.[26] Mit gleicher Intention wurde auch ein Artikel über den Spanischen Bürgerkrieg abgedruckt, in Verbindung mit einer Anzeige für ein entsprechendes Buch über die in ihm eingesetzte Legion Condor.[27]

Der inhaltliche Aufbau des Magazins zeigt eine klare Struktur. Den unter dem Schlagwort „Politik" zusammengefassten Kurzmeldungen folgt die jeweilige Titelgeschichte. Daran knüpft die wichtigste politische Rubrik „Deutschland" an, die auch die Kolumne Neubauers umfasst und eine großdeutsche Ausrichtung hat. Passend dazu folgt die feste Rubrik „Österreich". Das inhaltliche Spektrum wird durch die Rubrik „International" sowie einige kleinere Rubriken abgerundet. Diese sind nach Kategorien wie „Wirtschaft", „Kultur", „Gesellschaft" oder „Geschichte" unterteilt und behandeln hauptsächlich Themen mit einem Bezug zu Deutschland. Betrachtet werden etwa herausragende Leistungen der deutschen Industrie, insbesondere des Automo-

23 Vgl. ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 23, 32, 41, 82.
24 Vgl. ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 26, 54, 64, 69, 74, 79, 81, 83, 84.
25 Vgl. Franz W. Seidler, „Vergewaltigungen und Plünderungen", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 1 (2010), H. 10 (November), S. 57 f.; ders., „Meer von Untaten", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 53 f.
26 Vgl. Manuel Ochsenreiter, Der Bestsellerautor, in: ZUERST! 1 (2010), H. 5 (Mai), S. 74-77.
27 Vgl. Horst-Xaver Warnke, Europäisches Vorspiel, in: ZUERST! 2 (2011), H. 10 (Oktober), S. 58-61.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bilbaus[28], oder historische Personen des politischen und kulturellen Lebens, etwa der preußische König Friedrich Wilhelm I.[29], der Heeresreformer Graf von Gneisenau[30] oder der Philosoph Arthur Schopenhauer.[31] Das Heft hat damit tatsächlich die Bandbreite eines Nachrichtenmagazins, wobei es sich auf einige inhaltliche Bereiche konzentriert, die eine besondere Bedeutung für Rechtsextremisten haben. Dies sind 1.) etablierte Parteien, 2.) USA, 3.) Einwanderung, 4.) Gesellschaftspolitik, 5.) Linksextremismus, 6.) Rechtsextremismus, 7.) Geschichte.

1. *Etablierte Parteien:* Die etablierten Parteien lehnt *ZUERST!* durchgehend ab. Dabei erfolgt keine ausgewogene Kritik, sondern eine grundsätzliche Zurückweisung der das politische Leben der Bundesrepublik Deutschland prägenden Kräfte. Die redaktionelle Ausrichtung wendet sich gegen Die Linke, die Grünen, die FDP und die SPD. Das Magazin wirft ihnen eine Vernachlässigung deutscher Interessen, einen Werteverfall durch eine Begünstigung Homosexueller und anderer Minderheiten sowie eine Deutschland in seinem Bestand bedrohende Masseneinwanderung vor.[32] Den Schwesterparteien CDU und CSU schlägt zwar ein geringerer Grad an Ablehnung entgegen, doch ist dieser ebenfalls fundamental. *ZUERST!* beklagt, dass das konservative Lager deutlich in die politische Mitte gerückt sei und damit zu einer Verschiebung der gesamten politischen Landschaft nach links beigetragen habe. So wird die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel als Mitverantwortliche für eine Politik der „Auflösung des herkömmlichen Familienbilds und […] Verwischung der natürlichen Geschlechterrollen" abgelehnt[33], dem CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe ein „Linksdrall" vorgeworfen[34] und der Familienministerin Kristina Schröder attestiert, keine den „deutschen Interessen verpflichtete Politik" zu verfolgen.[35] Nach Ansicht von *ZUERST!* habe sich aufgrund dieser Entwicklung ein Spielraum für die Gründung einer „neuen Partei, rechts der CDU"[36] ergeben.

28 Vgl. beispielsweise: Pascal Neumann, Deutschland dominiert, in: ZUERST! 2 (2011), H. 4 (April), S. 62-65; ders., Auto-Nation Deutschland, in: ZUERST! 2 (2012), H. 8-9 (August/September), S. 78-81; ders., Der Käfer der Zukunft, in: ZUERST! 2 (2011), H. 12 (Dezember), S. 62-64; ders. Die Meßlatte, in: ZUERST! 3 (2012), H. 1 (Januar), S. 60 f.; ders., Gute Besserung, in: ZUERST! 3 (2012), H. 6 (Juni), 52 f.; ders., Schönes Stück Deutschland, in: ZUERST! 4 (2013), H. 2 (Februar), S. 60 f.

29 Vgl. Horst-Xaver Warnke, Der Soldatenkönig, in: ZUERST! 4 (2013), H. 2 (Februar), S. 50 f.

30 Vgl. Horst-Xaver Warnke, Rebell und Reformer, in: ZUERST! 1 (2010), H. 10 (Oktober), S. 56.

31 Vgl. Karsten Neuber, Pessimist und Buddhist, in: ZUERST! 1 (2010), H. 9 (September), S. 60-62.

32 Vgl. stellvertretend für eine umfangreiche Zahl derart ausgerichteter Artikel: Bernhard Radtke, Der Zorn des Zausels, in: ZUERST! 1 (2010), H. 10 (Oktober), S. 28 f.; ders., Multikulti mit Gender-Check, in: ZUERST! 1 (2010), H. 11 (November), S. 18-21; Dorian Rehwaldt/Hans Peter Martens/Markus Schwerdtfeger/Dirk Reinartz, Vorsicht! Grüne Republik. Die Deutschland-Abschaffer, in: ZUERST! 2 (2011), H. 6 (Juni), S. 8-14; Dirk Reinartz/Katharina Pröll/Markus Schwerdtfeger, Die neue Mitte, in: ZUERST! 3 (2012), H. 3 (März), S. 8-16.

33 Vgl. Günther Deschner/Jörg Kasper/Heike Brandt, Die Große Vorsitzende unter Beschuss, in: ZUERST! 1 (2010), H. 4 (April), S. 8-15, hier: S. 8.

34 Vgl. Manuel Ochsenreiter, Steuermann mit Linksdrall, in: ZUERST! 1 (2010), H. 3 (März), S. 19.

35 Vgl. Bernhard Radtke, Frau Klartext?, in: ZUERST! 2 (2011), H. 1 (Januar), S. 30-32, hier: S. 32.

36 Günther Deschner, Verehrte Leser, in: ZUERST! 1 (2010), H. 9 (September), S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. *USA:* Den etablierten Parteien wirft *ZUERST!* eine unterwürfige Politik gegenüber den USA vor. Diese werden innerhalb der rechtsextremistischen Szene aufgrund ihrer Rolle bei der Niederwerfung des „Dritten Reichs", ihrer weltweiten Unterstützung demokratischer Bewegungen und ihrer die globale Kultur prägenden liberalen Bürgergesellschaft grundsätzlich abgelehnt. *ZUERST!* entspricht dieser antiamerikanischen Ausrichtung und lässt die Weltmacht in einer Redaktionslinie als Unterdrücker Deutschlands erscheinen, der sich der etablierten deutschen Politiker bedient. So sah der Kolumnist Harald Neubauer in der weltweiten Unterstützung demokratischer Bewegungen durch die USA lediglich ein Mittel einer „Hegemonialpolitik" und bezeichnete die mit ihnen kooperierenden Europäer pauschal als „US-Vasallen."[37] Diese Haltung taucht in verschiedenen Beiträgen auf, wobei sich Günter Maschke besonders deutlich ausdrückte. In einem Interview erklärte er, dass die Bundesrepublik „kein souveräner Staat" sei, das Grundgesetz den Deutschen „oktroyiert"[38] wurde und das demokratische System im Sinn der Alliierten auf die Schwächung Deutschlands ziele, um dessen Entwicklung zu einem internationalen Machtfaktor zu verhindern. Andere Autoren beklagten auf einer gemeinsamen Linie die „Westbindung" Deutschlands, da diese nach deren Ansicht eine außenpolitische Durchsetzung „deutsche[r] Interessen"[39] sowie die Einnahme einer „historische[n] Rolle" als „europäische Mittelmacht"[40] verhindere. Dazu werde gegen „jede noch so winzige Regung einer eigenständigen deutschen Politik" mit einem „Psycho-Gift" vorgegangen, das „unmittelbar auf die Restbestände" der „nationalen Selbstbehauptungskräfte"[41] ziele. Die antiamerikanische Haltung des Magazins drückt sich auch in der Betrachtung der internationalen Politik aus. Während es in den USA einen Aggressor in einem gegen Russland und China gerichteten „neuen Kalten Krieg"[42] sieht, stellt es sich publizistisch auf die Seite ihrer Gegenspieler. Das betraf auch die palästinensische Terrororganisation Hamas sowie die Diktaturen Irans, Syriens oder Libyens, die ihre eigenen Bevölkerungen unter Einsatz von Folter unterdrückten oder sich außenpolitisch aggressiv verhielten. Dennoch veröffentlichte *ZUERST!* diverse Artikel, die sich gegen die Erhebung in Syrien[43] aussprachen. Vor diesem Hintergrund reiste Manuel Ochsenreiter persönlich nach Syrien, um später zu berichten, dass er durch ein ruhiges Land gefahren sei, in dem nichts

37 Harald Neubauer, „Licht der Welt", in: ZUERST! 2 (2011), H. 3 (März), S. 35.
38 Günter Maschke, „Schwächung", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 2 (2011), H. 10 (Oktober), S. 19 f.
39 Georg Kutowski, Guidodämmerung, in: ZUERST! 2 (2011), H. 5 (Mai), S. 21 f.
40 Bernhard Radtke/Falk Tiedemann/Robert Diehl, Lügen über die Einheit, in: ZUERST! 2 (2011), H. 8-9 (August/September), S. 8-17, hier: S. 13.
41 Malte Bischoff/Katharina Pröll/Thomas Dahmke, Bestellter Terror?, in: ZUERST! 3 (2012), H. 1 (Januar), S. 8-16, hier: S. 16.
42 Manual Ochsenreiter/Dirk Reinartz/Katharina Pröll, Kampfziel Moskau, in: ZUERST! 3 (2012), H. 10 (Oktober), S. 8-15, hier: S. 15.
43 Vgl. beispielsweise: Georg Kutowski, Fels in der Brandung. in: ZUERST! 2 (2011), H. 5 (Mai), S. 44-46; Manuel Ochsenreiter, Kriegstrommeln, in: ZUERST! 3 (2012), H. 6 (Juni), S. 34-37.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auf eine brutale Unterdrückung der Bevölkerung hinweise.[44] In mehreren Interviews konnten sich herausgehobene Funktionäre präsentieren, wobei ihr Gesprächspartner auf kritische Nachfragen verzichtete. Diese Möglichkeit nutzten etwa der iranische Botschafter,[45] der Sprecher der Hamas[46] sowie ein ehemaliger Führungskader der irakischen Baath-Partei und Kämpfer gegen die US-amerikanischen Besatzungstruppen.[47] Zudem äußerten sich auch weniger hoch gestellte Personen, darunter ein syrischer Hochschuldozent, der im Sinne des Regimes verbreitete, hinter den gegen Baschar al-Assad gerichteten Demonstrationen stünden westliche Organisationen mit ihrem Stützpunkt in Tel Aviv, und „Washington und die NATO" gäben die öffentliche Meinung vor.[48] Ochsenreiter wiederholte die in Syrien gezeigte Vorgehensweise auch im Zusammenhang mit dem Iran. Dazu stellte er in einem Beitrag zunächst die von ihm besichtigte iranische Botschaft in Berlin vor[49] und besuchte dann den Iran, um ihn als ein nach außen friedliches Land vorzustellen, auf dessen Straßen man weniger Polizei sehe als in „London, Paris und New York".[50]

3. *Einwanderung:* Im innenpolitischen Bereich thematisiert *ZUERST!* insbesondere die Einwanderung von Menschen aus aller Welt. Das Thema hat einen derart großen Stellenwert für die Redaktion, dass es keine Ausgabe gibt, die sich nicht damit beschäftigt. Dabei besteht als redaktionelle Linie eine fundamentale Ablehnung von Zuwanderern und von Politikern, die angeblich „die Bevölkerung mittels Masseneinwanderung austauschen"[51] wollen. Diese Position zeigt sich in den unter dem Schlagwort „Politik" die Hefte einleitenden Zusammenstellungen kleinerer Artikel über misslungene Integrationsprozesse und anhaltende Masseneinwanderung. Mit diesem Tenor erfolgt die Berichterstattung zum Thema Zuwanderung sowohl in einzelnen Artikeln[52] als auch in dem festen, zur Rubrik „Deutschland" gehörenden Bereich „Innere Sicherheit". Der zuletzt genannte Part

44 Vgl. Manuel Ochsenreiter, Krieg der Medien, in: ZUERST! 2 (2011), H. 10 (Oktober), S. 48-53.
45 Vgl. Ali Reza Sheikh Attar, „Gute Beziehungen", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 1 (2010), H. 4 (April), S. 50 f.
46 Vgl. Osama Hamdan, „Frage der Selbstbestimmung" (FN 18), S. 40-42; Osama Hamdan, „Unser Rechts auf Heimat!" (FN 18), S. 48 f.
47 Vgl. Khodeyr Al Mourchidi, „Vereinigtes Volk", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 1 (2010), H. 12 (Dezember), S. 52-54.
48 Vgl. Iyad Khuder, „Lügen über Lügen", Gespräch mit Manuel Ochsenreiter, in: ZUERST! 2 (2011), H. 11 (November), S. 43-46. Zu weiteren derartiger Interviews gehörten: Elias Zahlawi, Der Sündenfall des Westens, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 3 (2012), H. 1 (Januar), S. 43-45; Bassam al-Kadi, „Ende der Bürgerrechte", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 46 f.; Abdalla Abdul-Wahab, „Drohungen und Anschläge", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 4 (2013), H. 2 (Februar), S. 44 f.
49 Vgl. Manuel Ochsenreiter, Seine Exzellenz, in: ZUERST! 2 (2011), H. 12 (Dezember), S. 72-76.
50 Manuel Ochsenreiter, Nicht ohne meine Bombe, in: ZUERST! 3 (2012), H. 3 (März), S. 36-41.
51 Manuel Ochsenreiter, Verehrte Leser, in: ZUERST! 3 (2012), H. 8-9 (August/September), S. 3.
52 Vgl. beispielhaft: Bernhard Radtke, Hausrecht im Revier, in: ZUERST! 1 (2010), H. 5 (Mai), S. 23-25; ders., Im Visier der Clans, in: ZUERST! 1 (2010), H. 6 (Juni), S. 25 f.; Manuel Ochsenreiter, Wut im Bauch, in: ZUERST! 1 (2010), H. 8 (August), S. 18 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

präsentiert in der Regel auf einer Heftseite mehrere Kurzberichte über von Ausländern verübte Straftaten und einem Migranten entgegenkommenden Verhalten deutscher Behörden. Bereits im Januar 2010 bestand die entsprechende Seite der Erstausgabe aus vier Artikeln, von denen sich drei diesem Thema widmeten, während der einzige weitere Beitrag Aktivitäten von Linksextremisten behandelte.[53] Diese Vorgehensweise ist fester Bestandteil aller Ausgaben. So thematisierte etwa drei Jahre später die Ausgabe vom Januar 2013 in diesem Bereich in vier von fünf Beiträgen einen somalischen Vergewaltiger, eine libanesische Drogenhändlerbande, einen türkischstämmigen Totschläger und einen Schleuserring, während sich der fünfte Artikel mit „linksextreme[n] Hausbesetzer[n]" beschäftigte.[54] Sowohl in den Kurzberichten als auch in den längeren Artikeln vermeiden die Autoren zwar direkte rassistische Zurücksetzungen, doch die Gesamtberichterstattung stellt Einwanderer als staatlich geförderte Bedrohung dar, während, wie es eine Titelgeschichte behauptete, „der dumme Deutsche" einer „Inländer-Diskriminierung"[55] unterliege. Dabei richtet sich das Magazin vor allem gegen Türken und eine in den etablierten Parteien ausgemachte „Türken-Lobby".[56] In diesem Sinne fanden sich auf den Rückseiten mehrerer Ausgaben Anzeigen für das im Arndt-Verlag erschienene, von Peter Winkelvoß verfasste Buch „Getürktes Deutschland", die wiederum unter der Überschrift standen „Ziel: Berliner Türkenrepublik".[57]

4. *Gesellschaftspolitik: ZUERST!* verbindet das Thema Einwanderung mit der allgemeinen Gesellschaftspolitik, in der das Magazin in ihrer gegenwärtigen Ausformung einen Weg in den Untergang sieht. Die Autoren prangern einerseits von großen Teilen der Bevölkerung mit Sorgen betrachtete Probleme wie Jugendkriminalität oder Bildungsarmut an und wenden sich andererseits gegen die Stärkung der rechtlichen Stellung Homosexueller oder die Frauenförderung.[58] Vor dieser Grundausrichtung wendet sich das Magazin durchgehend gegen die etablierten Medien, insbesondere die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender, die es als Mitbetreiber dieser Entwicklungen ausmacht[59] und die nach Ansicht ihres Kolum-

53 Vgl. ZUERST! 1 (2010), H. 1 (Januar), S. 31.
54 Vgl. ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 33.
55 ZUERST! 1 (2010), H. 2 (Februar), S. 1, 8-18, hier: S. 1.
56 Dirk Reinartz, Einflussnahme aus Ankara, in: ZUERST! 1 (2010), H. 12 (Dezember), S. 28-31; Günther Deschner/Bernhard Radtke, Ankaras Angriff, in: ZUERST! 2 (2011), H. 1 (Januar), S. 8-14.
57 ZUERST! 1 (2010), H. 9 (September), S. 84; 2 (2011), H. 4 (April), S. 84; 2 (2011), H. 6 (Juni), S. 84; 2 (2011), H. 7 (Juli), S. 84; 3 (2012), H. 3 (März), S. 84.
58 Vgl. Manuel Ochsenreiter/Friedrich Kocher/Paul Kranz, Das letzte Bollwerk, in: ZUERST! 1 (2010), H. 5 (Mai), S. 8-14, hier: S. 12.
59 Vgl. beispielsweise aus einer größeren Anzahl gleichgerichteter Artikel: Volker Hartmann, „Immis" für die Mattscheibe, in: ZUERST! 1 (2010), H. 11 (November), S. 70-73; ders., Schwule und Schmalzbacken, in: ZUERST! 2 (2011), H. 2 (Februar), S. 70-73; ders., Toleranz bis der Arzt kommt, in: ZUERST! 2 (2011), H. 5 (Mai), S. 68-71; ders., Frauchen-TV, in: ZUERST! 3 (2012), H. 11 (November), S. 70-73.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nisten dem „herrschenden Parteien-Oligopol“[60] dienen. Dabei erfolgt die Kritik auch in diesem Themenfeld nicht im Rahmen einer ausgewogenen Betrachtung aus verschiedenen Blickwinkeln, sondern mit der festen Ausrichtung, dass sich die Gesellschaft der Bundesrepublik in einem Prozess der Selbstauflösung befinde, der Deutschland als Ganzes gefährde.

5. *Linksextremismus:* Innenpolitisch sieht *ZUERST!* im Linksextremismus ein von der Gesellschaftspolitik der etablierten Parteien gefördertes Gefahrenpotenzial. Dessen Angehörige werden als Mitverantwortliche und gleichzeitig als Profiteure des gesellschaftlichen Niedergangs dargestellt. Die Autoren berichten regelmäßig über tatsächlich von diesen verübte Straftaten und nutzen dazu – analog zur Berichterstattung über Migranten – den zur Rubrik „Deutschland“ gehörenden Bereich „Innere Sicherheit“. Da in diesem Bereich keine Thematisierung der Verbrechen von Rechtsextremisten und kaum eine der Straftaten unpolitischer Deutscher erfolgt, erscheinen Einwanderer und Linksextremisten als Hauptgefährder der inneren Sicherheit Deutschlands. Dazu kommt eine permanente Berichterstattung durch Artikel, in denen nicht nur linksextremistische Gewalttäter, sondern auch Linksradikale und Linksalternative vor allem als Unruhestifter und Traditionsgegner erscheinen. So enthielt die Erstausgabe Artikel über „Linke Gewalt“ in Berlin, während beispielsweise das drei Jahre später erschienene Heft sich unter der Überschrift „Anarchos, Junkies, Sadomasochisten“ generell gegen die „Förderung der linken Subkultur“[61] wandte. Die Bedeutung dieses Themas zeigte sich auch darin, dass bereits das dritte Heft mit der Titelgeschichte „Linke Gewalt“ aufmachte.[62]
6. *Rechtsextremismus:* Rechtsextremisten erscheinen im Kontrast zu den als Gefährdern der inneren Sicherheit beschriebenen Linksextremisten durchgehend als Opfer staatlicher Repression und Ziel linksextremistischer Gewalttäter. Während die Redaktion die von Antifaschisten an Rechtsextremisten verübten Verbrechen herausstellt, reflektiert sie nicht die große Zahl regelmäßig von Rechtsextremisten begangener Verbrechen als Taten rassistischer Antidemokraten. Dementsprechend nutzen die Autoren im Rahmen dieser Gegenüberstellung zwar den Begriff Linksextremisten, beschreiben aber NPD-Angehörige oder neonazistisch ausgerichtete Freie Nationalisten nicht als Rechtsextremisten. Diese erscheinen stattdessen lediglich allgemein als Patrioten. Ein Beispiel für diese Beschönigung bot ein Bericht über eine im Februar 2010 in Dresden abgehaltenen Demonstration. Diese gehörte in eine Reihe von Aufmärschen, mit denen jährlich der im Februar 1945 durchgeführten anglo-amerikanischen Luftangriffe gedacht wird, um damit von den Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur abzulenken. Obwohl sich das Magazin des extremistischen Hintergrundes der daran beteiligten Organisationen bewusst war, beschrieb es diese 2010 lediglich als „patriotische Grup-

60 Harald Neubauer, „Marktwert“, in: ZUERST! 2 (2011), H. 4 (April), S. 45.
61 Harald Kersten, Anarchos, Junkies, Sadomasochisten, in: ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 40 f.
62 Vgl. ZUERST! 1 (2010), H. 3 (März), S. 1, 8-18.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

pierungen aus allen deutschen Ländern".[63] Diese Unterschlagung erfolgte auch in den folgenden Jahren, als über die demokratischen Proteste gegen und die linksextremistischen Angriffe auf die jeweilige Demonstration berichtet wurde,[64] nicht jedoch über den Hintergrund der als „rechtsstehende Gruppen"[65] oder „nationale[s] Lager"[66] verharmlosten Rechtsextremisten. Mit der gleichen Methode wurden die jährlich im niedersächsischen Bad Nenndorf veranstalteten Demonstrationen zum Gedenken an dort in der Nachkriegszeit von britischen Soldaten verübte Folterungen thematisiert. Während bewusst übergangen wurde, dass es sich um hauptsächlich von Neonazis getragene Veranstaltungen handelt, mit denen, wie im Fall Dresden, von den NS-Verbrechen abgelenkt werden soll, beschrieb das Magazin die Marschierer lediglich allgemein als „zunehmende Zahl vornehmlich junger Deutsche[r]".[67]

Die Beschönigungen bei der Betrachtung des Rechtsextremismus erfolgen nicht nur in allgemeiner Form, sondern auch im Hinblick auf konkret benannte Organisationen und Aktivisten. In diesem Sinn wurde das Internetangebot „altermedia.info" lediglich als verfolgte Plattform[68] charakterisiert, obwohl es sich bei ihr um das bekannteste elektronische Medium mit neonazistischem Hintergrund handelt. Die klare Beschönigung von deutlich als solche erkennbaren Rechtsextremisten betraf auch den Holocaustleugner und Antisemiten Horst Mahler. Nach einer einschlägigen Verurteilung des Wiederholungstäters setzte *ZUERST!* Mahler mit dem in China inhaftierten Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo gleich und stellte ihn dadurch als unrechtmäßig Verfolgten dar.[69] Auf die gleiche Weise berichtete die Zeitschrift über die 2010 erfolgte Inhaftierung des spanischen Holocaust-Leugners Pedro Varela. Dabei wurde dessen rechtsextremistischer Hintergrund ausnahmsweise nicht verschwiegen, sondern sogar erwähnt, dass Varela nicht bestreitet, „dass er dem Nationalsozialismus weltanschaulich nahesteht".[70] Dennoch beschrieb ihn das Heft als „Dissident", der seine „politisch unkorrekten Botschaften […] mit dem Charme eines spanischen Womanizers [verkündet]", und verglich ihn ebenfalls mit Liu Xiaobo.[71] Mit dem Deutsch-

63 Roger Szrenec, Angriff auf den Rechtsstaat, in: ZUERST! 1 (2010), H. 3 (März), S. 22-25, hier: S. 22.
64 Vgl. ohne Autorennennung, „Ausgrenzende Parteilichkeit", in: ZUERST! 2 (2011), H. 3 (März), S. 5.
65 Markus Schwerdtfeger, Ausnahmezustand, in: ZUERST! 2 (2011), H. 4 (April), S. 24 f., hier: S. 24.
66 Volker Hartmann, „Stadt der Täter", in: ZUERST! 3 (2012), H. 4 (April), S. 23-25, hier: S. 25.
67 Ohne Autorennennung, Britisches Folterlager. Opfer zweiter Klasse, in: ZUERST! 1 (2010), H. 9 (September), S. 7. Eine ähnliche Berichterstattung erfolgte auch anlässlich des 2012 durchgeführten Marsches durch: Robert Diehl, „Lebende Skelette", in: ZUERST! 3 (2012), H. 10 (Oktober), S. 32 f.
68 Vgl. Bernhard Radtke, Rechte Gegenkraft im Netz, in: ZUERST! 2 (2011), H. 10 (Oktober), S. 34-37.
69 Vgl. ohne Autorennennung, Nobelpreis-Skandal, in: ZUERST! 1 (2010), H. 11 (November), S. 6.
70 Manuel Ochsenreiter/Hans-Peter Martens, Der Dissident, in: ZUERST! 2 (2011), H. 11 (November), S. 74-77, hier: S. 76.
71 Ebd., S. 74 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kanadier Ernst Zündel thematisierte das Magazin einen weiteren Revisionisten und stellte ihn einseitig als von der Justiz verfolgten Menschen dar.[72] Der wohlwollenden Haltung des Magazins zur Szene der Holocaust-Leugner entsprach auch ein Interview mit dem Briten David Irving, der in den 1970er Jahren durch militärgeschichtliche Veröffentlichungen über den Zweiten Weltkrieg Aufmerksamkeit erregt und sich später zu einem bekannten Holocaust-Leugner entwickelt hatte.[73] Das Magazin stellte ihn jedoch positiv als „weltweit bekannte[n] britische[n] Historiker“[74] vor. Der durch derartige Beiträge gezeigten Verbundenheit des Magazins mit rechtsextremistischen Protagonisten entsprachen auch ein wohlwollendes Interview mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel zur Entwicklung seiner Partei[75] sowie ein entsprechendes Interview mit dessen Parteifreund Arne Schimmer über dessen Tätigkeiten im Untersuchungsausschuss des sächsischen Parlaments zu den Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).[76] Wie grundsätzlich die positive Präsentation von Rechtsextremisten war, manifestierte sich in der Vorstellung zweier für jüngere Aktivisten interessanter Bereiche. Es betraf die Einflussnahmeversuche auf die an sich unpolitische Subkultur des Dark Wave sowie die Auftritte der „Unsterblichen“. Dazu stellte *ZUERST!* den sich faschistisch gebenden Musiker Josef Maria Klumb in einem auf der Basis eines Gesprächs mit Manuel Ochsenreiter verfassten Artikel als „Trommler für das Alte Europa“[77] vor. Ebenso positiv präsentierte das Magazin die „Unsterblichen“, die unangekündigte nächtliche Fackelmärsche veranstalteten, sich dabei mit weißen Masken unkenntlich machten und ihre Aktionen danach im Internet präsentierten. Dabei verzichtete das Magazin auf die Darlegung des extremistischen Hintergrundes dieser positiv als „radikal, verstörend, faszinierend“ beschriebenen Aktionsform[78] und gab einem Aktivisten die Möglichkeit, sich in einem Interview zu präsentieren. Er nutzte diese, um die Demokratie als System zu bezeichnen, dass „den Tod unseres Volkes herbei[führt].“[79] Die Rechtsextremisten verharmlosende Grundhaltung der *ZUERST!* schloss auch eine Berichterstattung über die im November 2011 bekannt gewordenen Morde

72 Vgl. Peer Krusen, Über sieben Brücken mußt Du gehen, in: ZUERST! 1 (2010), H. 3 (März), S. 28 f.

73 Zum rechtsextremistischen Hintergrund Irvings siehe: Richard J. Evans, Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess, Frankfurt am Main 2001; Don D. Guttenplan, Der Holocaust-Prozess. Die Hintergründe der „Auschwitz-Lüge“, München 2001.

74 Vgl. David Irving, „Regelrecht ausgeplündert“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 3 (2012), H. 12 (Dezember), S. 40 f.

75 Vgl. Holger Apfel, „Anti-Euro-Partei“, in: Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: ZUERST! 2 (2011), H. 10 (Oktober), S. 38-40.

76 Vgl. Arne Schimmer, „Hohe Erwartungen“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 3 (2012), H. 5 (Mai), S. 7.

77 Manuel Ochsenreiter, Trommler für das Alte Europa, in: ZUERST! 1 (2010), H. 2 (Februar), S. 74-77.

78 Vgl. Dorian Rehwaldt, Mit weißen Masken, in: ZUERST! 3 (2012), H. 3 (März), S. 28-30, hier: S. 29.

79 Robert S., „Propaganda ist alles“, Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 3 (2012), H. 3 (März), S. 31 f., hier: S. 32.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ein. Während dabei das Leid der Opfer ebenso wenig Beachtung erfuhr wie die grundsätzliche Gewaltneigung und Fremdenfeindlichkeit der rechtsextremistischen Szene, konzentrierte sich die Darstellung auf die durch die Medien bekannt gewordenen Fehler der Sicherheitsbehörden sowie die Rolle der vom Verfassungsschutz eingesetzten V-Männer. Dabei verzichtete die Zeitschrift auch in dieser Angelegenheit auf eine ausgewogene Berichterstattung und stellte den Komplex stattdessen sofort als „Schmuddelkrimi“[80] dar. Dazu nutzte das Magazin die über Monate öffentlich gewordenen Versäumnisse der Verfassungsschutzeinrichtungen, um von der Szene abzulenken, die die Täter hervorgebracht hatte. Es verbreitete in mehreren Beiträgen verschwörungstheoretische Vorstellungen, nach denen die Geheimdienste in der Lage seien, ein von ihnen erst produziertes „rechtes Gefahrenpotential [zu] instrumentalisieren“. Dies wiederum habe „systemstabilisierende Funktionen“, da es der „Diskreditierung von rechtem Personal“ und damit der Blockierung „einer seriösen rechten Partei-Alternative“ diene. Zudem werde von Linksextremismus, „Migrantengewalt gegen Deutsche“[81] oder „galoppierende[r] Überfremdung“[82] abgelenkt.

7. *Geschichte:* Eine besondere Bedeutung hat für die in *ZUERST!* positiv dargestellten Rechtsextremisten die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte, insbesondere der des „Dritten Reichs“, sehen sie sich doch als Wahrer des historischen Erbes Deutschlands, das nach ihrer Auffassung 1945 abgebrochen und von einer vermeintlich geschichtslosen Bundesrepublik verworfen wurde. Dementsprechend machen Bücher über die Jahre zwischen 1933 und 1945 einen bedeutenden Teil der Produktpalette der von Munier betriebenen Verlage aus. Dieses historische Interesse spiegelt sich in *ZUERST!* wider, wobei das Magazin zwar auf eine direkte Verherrlichung des NS-Staates verzichtet, diesen jedoch durch die selektive Herausstellung einzelner Aspekte positiv darstellt. So veröffentlichte es etwa einen Artikel, der die gegenwärtigen Gewerkschaften ablehnte und gleichzeitig bezüglich des „Arbeitsleben[s] im Dritten Reich“ eine „Verbesserung der Lage der Arbeiter ohne Gewerkschaften“[83] sah. In anderen Artikeln stellte es dessen technische oder sportliche Erfolge vor, etwa die Zeppelin-Flüge[84], den Autorennsport[85] oder die Olympiade 1936[86], während die Verbrechen generell

80 Markus Schwerdtfeger, Der Sumpf, in: ZUERST! 2 (2011), H. 12 (Dezember), S. 22-24, hier: S. 22.
81 Malte Bischoff/Katharina Pröll/Thomas Dahmke, Bestellter Terror?, in: ZUERST! 3 (2012), H. 1 (Januar), S. 8-16, hier: S. 10.
82 Bernhard Radtke/Robert Diehl/Dorian Rehwaldt, Heilige Kuh, in: ZUERST! 3 (2012), H. 11 (November), S. 8-17, hier: S. 8.
83 Bernhard Radtke/Falk Tiedemann/Robert Diehl, Ohne Lobby, in: ZUERST! 3 (2012), H. 6 (Juni), S. 8-15, hier: S. 11.
84 Vgl. Franz Poulsen, Könige der Lüfte, in: ZUERST! 1 (2010), H. 3 (März), S. 62.
85 Vgl. Markus Schwerdtfeger, Draufgänger im Silberpfeil, in: ZUERST! 1 (2010), H. 6 (Juni), S. 50.
86 Vgl. Xaver Warnke, Sommermärchen 1936, in: ZUERST! 2 (2011), H. 8-9 (August/September), S. 76 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht betrachtet wurden. Stattdessen fanden sich Beiträge über das Deutschen durch die Siegerkoalition des Zweiten Weltkrieges zugefügte Leid[87] oder Klagen über die Erinnerungsarbeit gegenwärtiger Institutionen. Dazu gehörte ein Artikel, der den Einsatz deutscher Steuergelder zum Unterhalt der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau beklagte, ohne auf die an dieser Stelle millionenfach verübten Verbrechen einzugehen.[88] Dem Ziel der Verharmlosung des „Dritten Reiches" diente auch die Behauptung, es habe 1941 einen „Präventivschlag" gegen die UdSSR geführt,[89] die sogar ein Titelthema ausführlich unter der Überschrift „Die Legende vom Überfall"[90] behandelte.
Entsprechend der Verharmlosung des „Dritten Reichs" und dem Verzicht auf eine Betrachtung der NS-Verbrechen, positionierte sich *ZUERST!* auch zu einem Strafverfahren, das gegen einen nationalsozialistischen Kriegsverbrecher geführt worden war. Betroffen war der ehemalige KZ-Wachmann John Demjanjuk, der sich in München einem Verfahren wegen der Beteiligung am Holocaust stellen musste.[91] Es erschien in einem Artikel nicht als rechtsstaatliches Verfahren einer unabhängigen Justiz, sondern als Prozess gegen einen vorverurteilten „kranken Greis", bei dem es nicht um dessen „individuelle Schuld", sondern um „Geschichtspolitik"[92] gehe.

2. Würdigung

Mit *ZUERST!* hat der Verleger Dietmar Munier eine Monatsschrift geschaffen, die an die Stelle von N&E getreten ist, jedoch auf eine mit ihr vergleichbare offene rechtsextremistische Agitation verzichtet. Stattdessen wendet sie sich mit einer gemäßigten Agitation an ehemalige N&E-Bezieher und gleichzeitig an Konservative, die sich nicht mehr durch die CDU/CSU vertreten sehen. Die Mäßigung im Ton bedeutet jedoch keine Mäßigung in der Sache, denn die Zeitschrift lehnt sowohl das Parteienspektrum als auch die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich ab. Ihre Ziele sind die Bildung einer rechten Sammlungsbewegung sowie die Veränderung der Gesellschaft. Da *ZUERST!* etablierte Medien – wie das führende Nachrichtenmagazin

87 Vgl. ohne Autorennennung, Hölle von Dresden, in: ZUERST! 1 (2010), H. 2 (Februar), S. 50; Stefan Scheil, „Deutsche ausrotten", Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 1 (2010), H. 4 (April), S. 54-56; Xaver Mader, Hunger in Deutschland, in: ZUERST! 2 (2011), H. 2 (Februar), S. 58 f.; Xaver Warncke, „Operation Millennium", in: ZUERST! 3 (2012), H. 6 (Juni), S. 60 f.; Franz W. Seidler, „Meer von Untaten". Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 53 f.
88 Vgl. Karsten Neuber, Seid umschlungen, Millionen, in: ZUERST! 1 (2010), H. 2 (Februar), S. 19.
89 Vgl. Xaver Mader, Die Pistole auf der Brust, in: ZUERST! 1 (2010), H. 12 (Dezember), S. 58 f.
90 Dorian Rehwaldt/Falk Tiedemann/Hans Peter Martens/Dirk Reinartz, Die Legende vom Überfall, in: ZUERST! 2 (2011), H. 5 (Mai), S. 8-13.
91 Demjanjuk wurde 2011 wegen der Beteiligung an Morden in mehr als 28.000 Fällen erstinstanzlich zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt und verstarb 2012 vor dem Abschluss eines Revisionsverfahrens.
92 Rene Lobek, Der Schuldige, in: ZUERST! 1 (2010), H. 1 (Januar), S. 26 f.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Spiegel – für die abgelehnten Zustände mitverantwortlich macht, will sie eine die Gesellschaft verändernde Wirkung als ein Anti-Spiegel entfalten. Gleichzeitig will sie offenbar der Entstehung einer Partei rechts der CDU/CSU auf publizistische Weise den Weg bereiten.

Um dabei nicht als rechtsextremistisch wahrgenommen zu werden, verzichtet *ZUERST!* auf eine direkte Diffamierung der Demokratie oder eine Verherrlichung des Nationalsozialismus. Stattdessen besteht eine Redaktionslinie, die das Interesse von Rechtsextremisten bedient, ohne dabei offen rechtsextremistisch zu agitieren. Dies erfolgt durch eine Konzentration auf deren Interessensgebiete und eine einseitige Berichterstattung. Mit dem Verzicht auf eine ausgewogene Betrachtung verfolgen die Autoren eine durchgehende Linie, die durch eine gemäßigte Agitation in kleinen Portionen den Auffassungen von Rechtsextremisten entspricht, zugleich aber Konservative nicht sofort abschrecken muss.

Die das politische Leben der Bundesrepublik Deutschland prägenden Parteien sind Ziel einer Fundamentalkritik. Ihnen wird generell vorgeworfen, innenpolitisch durch ihre Gesellschaftspolitik den Weg in den Untergang zu beschreiten und außenpolitisch durch eine Unterwerfung unter die USA auf eine kraftvolle Interessenswahrung zu verzichten. Am deutlichsten zeigt sich die Ausrichtung anhand einer intensiven Beschäftigung mit Migranten und Linksextremisten. Diese Personenkreise erachtet *ZUERST!* publizistisch als zentrale Gegner, womit sie der Gesamtausrichtung der rechtsextremistischen Szene entspricht. Mit einer massiven Berichterstattung, in der Einwanderer kollektiv als Gewalttäter und Gesetzesbrecher erscheinen, während Integrationsleistungen oder kulturelle und wirtschaftliche Beiträge von Zuwanderern und deren Nachkommen keine Würdigung erfahren, betreibt *ZUERST!* eine fremdenfeindliche Agitation. Die Wichtigkeit dieses Themas zeigt sich daran, dass es der ständigen Berichterstattung der Zeitschrift unterliegt, die ansonsten aufgrund ihrer Selbstbeschreibung als Nachrichtenmagazin ein breites Spektrum behandelt. Dass daneben auch die personell begrenzte linksextremistische Szene intensiv betrachtet wird, entspricht weniger deren geringer Bedeutung für ein allgemeines Publikum, sondern deren großer Bedeutung für rechtsextremistische Leser. Die intensive Betrachtung bedient zugleich deren Leseinteresse und lenkt durch die Herausstellung „antifaschistischer" Gewalttaten von rechtsextremistischen Verbrechen ab. Diese Vorgehensweise entspricht der konsequenten Verharmlosung der rechtsextremistischen Szene durch *ZUERST!*, was wiederum die Einbindung des Magazins in diese bestätigt. Der grundsätzliche Charakter dieser Haltung zeigt sich daran, dass sogar von den NSU-Morden abgelenkt wird. Durch die Kombination aus dieser Verharmlosung mit einer positiven Darstellung bekannter Rechtsextremisten erscheint deren Szene als Gegenpart zu gewalttätigen Linksextremisten und für den vermeintlichen Niedergang des Landes verantwortlichen Demokraten. Damit richtet sich die Zeitschrift an rechtsextremistische Interessenten, die auch die einseitig positive Betrachtung des „Dritten Reichs" schätzen dürften.

Indem *ZUERST!* zwar eine Fundamentalkritik an den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland äußert, dabei jedoch auf ag-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gressive Äußerungen verzichtet, macht sie sich für eine Leserschaft interessant, deren Bandbreite von konservativen Demokraten über radikale Gegner des Multikulturalismus bis hin zu gemäßigten Rechtsextremisten reicht. Mit der Hoffnung auf das Entstehen einer Partei rechts der CDU/CSU bemüht sie sich publizistisch um einen kleinsten gemeinsamen Nenner und sieht in der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), deren Entwicklung sie beständig begleitet, offenbar ein Vorbild.[93] Dabei hat die Zeitschrift einen europäischen Blick und berichtet positiv über bereits erfolgreiche rechtspopulistische Bewegungen mehrerer Länder[94], die ihr als Hoffnungsträger für eine Veränderung der Verhältnisse in Deutschland im Rahmen eines europäischen „Völkerfrühlings"[95] erscheinen. Auch in diesem Bereich zeigt sich die Bandbreite der Zeitschrift, denn sie beschreibt nicht nur rechtspopulistische Parteien sehr positiv, sondern nimmt auch eine wohlwollende Haltung zu deutlich rechtsextremistischen Parteien ein. Diese zeigte sich etwa anhand der positiven Beschreibung der griechischen „Goldenen Morgendämmerung".[96] Zudem ermöglichte es *ZUERST!* auch einem führenden Politiker der ungarischen Partei „Jobbik", deren Politik vorzustellen.[97] Er konnte Pressevorwürfe dementieren, nach denen er zuvor angeblich eine „Liste von Juden" gefordert habe, ohne dass ihn sein Interviewer kritisch zur generellen Haltung seiner Partei zum Judentum befragte.[98]

Nach den ersten drei Jahrgängen ist die entgegenkommende Art der Interviewführung mit Rechtsextremisten ebenso vorhersehbar wie die Ausrichtung der überwiegenden Zahl an Artikeln. Die strikte innere Struktur sowie die feste redaktionelle Linie helfen Munier dabei, die Zeitschrift mit seinen verschiedenen Unternehmungen zusammenzuführen. Sie verursachen jedoch auch eine inhaltliche Eintönigkeit, denn nach den ersten drei Jahrgängen fällt auf, dass wenig auffällt. Die einzelnen Ausgaben ähneln einander, so dass sich bei der vergleichenden Lektüre ein Gewöhnungseffekt einstellt und Überraschungen nicht erwartet werden können. Bedenkt man die von rechtextremistischen Medien anlässlich der Erstausgabe geäußerten hoffnungsvollen Erwartungen an das neue Projekt, so wirkt es nach nur drei Jahrgängen alles andere als frisch.

93 Vgl. beispielsweise: Franz Hofer, Die glorreichen Sieben, in: ZUERST! 1 (2010), H. 6 (Juni), S. 30 f.; ders., Blaues Wunder, in: ZUERST! 1 (2010), H. 11 (November), S. 34 f.; Harald Kersten, Knallharte Opposition, in: ZUERST! 1 (2010), H. 12 (Dezember), S. 44 f., ohne Autorennennung, „Keine Demutsgesten", in: ZUERST! 2 (2011), H. 1 (Januar), S. 7; Harald Kersten, „Eine Zeitenwende steht bevor", in: ZUERST! 2 (2011), H. 8-9 (August/September), S. 47-49; Markus Schwerdtfeger, „Kraft der Liebe", in: ZUERST! 3 (2012), H. 3 (März), S. 33 f.

94 Vgl. beispielsweise: Günther Deschner, Abschied der Etablierten, in: ZUERST! 1 (2010), H. 5 (Mai), S. 35 f.; Manuel Ochsenreiter, Europäische Rechtsrevolution, in: ebd., S. 37; ohne Autorennennung, Neue eurorechte Allianz?, in: ZUERST! 2 (2011), H. 6 (Juni), S. 5.

95 Bernhard Radtke/Uschi Follasch/Robert Diehl, Europäischer Frühling, in: ZUERST! 2 (2011), H. 7 (Juli), S. 8-19, hier: S. 19.

96 Vgl. Dorian Rehwaldt, Die Rechten kommen, in: ZUERST! 3 (2012), H. 6 (Juni), S. 40-42.

97 Vgl. Marton Gyöngyösi, „Ungarn zuerst!", Interview mit Manuel Ochsenreiter, in: ZUERST! 2 (2011), H. 11 (November), S. 36-40.

98 Vgl. Marton Gyöngyösi, Was war da los, Herr Gyöngyösi? Interview ohne Nennung des Gesprächspartners, in: ZUERST! 4 (2013), H. 1 (Januar), S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Verleger Munier ist mit *ZUERST!* ein Risiko eingegangen, denn die Neugründung erfolgte auf Kosten der traditionsreichen N&E, die beinahe ebenso alt war wie die von ihr bekämpfte Bundesrepublik und damit eine Konstante des deutschen Rechtsextremismus nach dem Ende des „Dritten Reichs" darstellte. Unterstützt wird er insbesondere von dem auf eine jahrzehntelange rechtsextremistische Funktionärslaufbahn blickenden Kolumnisten Harald Neubauer sowie von seinem wichtigsten Mitarbeiter, dem zur Selbstdarstellung neigenden Chefredakteur Manuel Ochsenreiter mit seiner Erfahrung in der gemäßigten rechtsextremistischen Publizistik. Von großem Wert für die Entstehung des Magazins war die Tätigkeit Günther Deschners als erster Chefredakteur, da er als erfahrener Journalist seine Fachkenntnisse in das Projekt einbrachte und als nicht extremistisch vorbelasteter Konservativer die Aufmerksamkeit entsprechender Zeitungskäufer gewinnen konnte. Die Kombination aus dem Leserstamm der N&E, den bekannten Szene-Publizisten Ochsenreiter und Neubauer, dem unbelasteten Fachmann Deschner sowie dem Verkauf über den allgemeinen Zeitschriftenhandel ermöglicht an sich den Zugang zu Leserkreisen mit unterschiedlichen politischen Grundüberzeugungen. Dabei steckt Munier jedoch in einer Zwickmühle, denn falls sich seine Autoren zu radikal äußern, dürfte dies konservative Leser abschrecken, während sich im Fall einer zu gemäßigten Ausrichtung Rechtsextremisten gelangweilt abwenden könnten. Zudem unterliegt der Verleger einem wirtschaftlichen Risiko, denn er muss genügend Kunden finden, die bereit sind, für das aufwändig gestaltete und damit gesteigerten Produktionskosten unterliegende Magazin den hohen Einzelpreis von 6,50 Euro zu entrichten. Das längerfristige Erscheinen hängt somit – aufgrund der nicht zu erwartenden Erlöse aus dem Anzeigengeschäft – davon ab, ob genug Exemplare für den hohen Preis verkauft werden können. Entscheidend wird sein, ob es den Autoren gelingen wird, eine ausreichend große Zahl an Lesern langfristig zu binden. Allerdings könnte Munier das Heft auch bis zu einem gewissen Grad defizitär betreiben, denn es ist ein einziger Werbeträger für seine sonstigen Projekte und kann ihm dadurch neue Abonnenten für den „Schlesier", die DMZ und die „Zeitgeschichte" sowie Kunden für seinen Versandhandel zuführen.

3. Literatur

Gegenwärtig liegt so gut wie keine Literatur zur *ZUERST!* vor. Dies verwundert nicht bei einem Magazin, das erst seit 2010 besteht. Da es sich zudem inhaltlich gemäßigt gibt und dadurch relativ unauffällig erscheint, dürfte es wenig Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Eine solche hätte zumindest das Betriebsgeflecht um Muniers „Lesen & Schenken GmbH" mit dem damit verbundenen Arndt-Verlag verdient, insbesondere aufgrund der langjährigen Existenz beider Objekte und ihrer Bedeutung für den Rechtsextremismus. Zwar beschäftigten sich Thomas Grumke und Bernd Wagner mit der Vertriebsgesellschaft und dem Verlag, doch blieb es bei einer kurzen Beschrei-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bung.[99] Dies dürfte im Sinne Muniers sein, der seine Projekte unter verschiedenen Namen auftreten lässt und dadurch seine bedeutende, sich in den letzten Jahren zudem noch verstärkende Stellung in der rechtsextremistischen Publizistik nicht hervortreten lässt. Mit den wirtschaftlichen Aktivitäten Muniers hatte sich allerdings bereits Mitte der 1990er Jahre die Journalistin Franziska Hundseder beschäftigt.[100]

99 Vgl. Grumke/Wagner (FN 1), S. 446 f.
100 Franziska Hundseder, Rechte machen Kasse. Gelder und Finanziers der braunen Szene, München 1995, S. 136-152.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte
Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literaturbericht:

Demokratie in Theorie und Praxis

Von Lazaros Miliopoulos

Christoph Braunschweig, Die demokratische Krankheit. Der fatale Teufelskreis aus Politikerversprechen und Wähleranspruch, München 2012 (*Olzog*), 206 S.

Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012 (*C. H. Beck*), 512 S.

Miguel Abensour, Demokratie gegen den Staat, Berlin 2012 (*Suhrkamp*), 269 S.

Samuel Salzborn, Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 153 S.

Heinrich Oberreuter, Republikanische Demokratie. Der Verfassungsstaat im Wandel, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 516 S.

Juli Zeh, Die Diktatur der Demokraten. Warum ohne Recht kein Staat zu machen ist, Hamburg 2012 (*Edition Körber-Stiftung*), 198 S.

Birgit Enzmann, Der Demokratische Verfassungsstaat. Entstehung, Elemente, Herausforderungen, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 253 S.

Oliver W. Lembcke/Claudia Ritzi/Gary S. Schaal (Hrsg.), Zeitgenössische Demokratie. Band 1: Normative Demokratietheorien, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 481 S.

Tobias Mörschel/Christian Krell (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 432 S.

Stephan Braun/Alexander Geisler (Hrsg.), Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 330 S.

Robert Menasse, Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas, Wien 2012 (*Paul Zsolnay Verlag*), 111 S.

Claudio Franzius/Ulrich K. Preuß (Hrsg.), Die Zukunft der europäischen Demokratie, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 181 S.

Jürgen Nordmann/Katrin Hirte/Walter Otto Ötsch (Hrsg.), Demokratie! Welche Demokratie?, Marburg 2012 (*Metropolis*), 275 S.

David Salomon, Demokratie, Köln 2012 (*PapyRossa Verlag*), 131 S.

Björn Thies, Co-Gruppen-Demokratie. Vorüberlegungen und Skizze zu einer institutionellen Demokratisierung moderner Gesellschaften, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 328 S.

Giorgio Agamben u. a., Demokratie? Eine Debatte, Berlin 2012 (*Suhrkamp*), 137 S.

Matthias Lemke, Wandel durch Demokratie. Liberaler Sozialismus und die Ermöglichung des Politischen, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 103 S.

1. Liberale Demokratiekritik

Mit der Euro- und Finanzkrise sind tiefer liegende Probleme der heutigen Demokratie zum Vorschein gekommen. Die Liberalen beklagen, dass eklatante Marktpreisverzer-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rungen zur Demokratie gehören, die Linken glauben, es sei vielmehr der Markt, welcher die Demokratie nun endgültig überrolle. Dabei lassen sich generell zwei Tendenzen je Perspektive beobachten: Im liberalen Spektrum kommt es einerseits zu einer pessimistischen Verschärfung der klassischen Demokratie- und Wohlfahrtsstaatskritik, andererseits mangelt es nicht an Versuchen, Wege zu suchen, liberale Regelungsmechanismen innerhalb der Demokratien neu zu aktivieren. Im „linken" Spektrum wiederum lassen sich einerseits Tendenzen einer wieder auflebenden Marx-Rezeption beobachten. Andererseits wird im Zuge einer ausgiebig geführten Debatte zum Begriff der „Postdemokratie" fieberhaft nach Wegen gesucht, die vermeintlichen „Aushöhlungen" der Demokratie wieder rückgängig zu machen.

Die These, dass eklatante Marktpreisverzerrungen zur Demokratie gehören, was zugleich eines ihrer größten Probleme darstellt, kommt am deutlichsten in der populärwissenschaftlichen Streitschrift des Wirtschaftswissenschaftlers Christoph Braunschweig (*Die demokratische Krankheit*) zum Ausdruck. In kompakter und allgemeinverständlicher Form wird hier ausgesprochen, das Grundübel der Demokratie in heutiger Zeit bestehe darin, dass der Wähler einen staatlich gepumpten Konsum inzwischen auch dort für sich beansprucht, wo es schlicht an ökonomischer Produktivität dafür mangelt, und zugleich Politiker durch Versprechen diesen Anspruch bedienen; womit die Demokratie selbst in ein schiefes Licht gerät.

Braunschweig teilt zudem die unter Ökonomen weitverbreitete Kritik, beim Euroverbund handele es sich um ein im Grunde hochgefährliches, weil im Endeffekt völlig künstliches Unterfangen (nämlich die Stabilitätskultur Deutschlands in die Südländer exportieren zu wollen). Eine fehlkonstruierte Währungsunion führe mit ziemlicher Sicherheit zu einer weiteren Aufweichung der Geldpolitik auf dem gesamten Kontinent – unter Einschluss der ehemaligen Hartwährungsländer. Auf dieser Grundlage zeige sich inzwischen relativ offen, wie sehr sich die Demokratien zunehmend selbst gefährden. Vor dem Hintergrund der Eurokrise betrifft dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt insbesondere den Süden Europas. In seiner Zusammenfassung indes reiht Braunschweig Zahlen aneinander, die sich auf Deutschland beziehen und zeigen, wie sehr die Herzkammer Europas ebenfalls betroffen ist: Bei historisch niedrigen Zinsen erreichen Schuldendienst und soziale Transferleistungen „fast zwei Drittel der Ausgaben des Bundeshaushaltes. Allein für die Zinsen müssen Jahr für Jahr neue Schulden aufgenommen werden. Die Abgabenquote [Steuerquote plus Sozialausgaben] ist auf rund 50 Prozent gestiegen" (S. 177).

Den „fatalen Teufelskreis aus Politikerversprechen und Wähleranspruch", der den Verschuldungspolitiken vorausgeht, bezeichnet Braunschweig als „demokratische Krankheit". In seinem Erklärungsansatz knüpft er an die ökonomische Politiktheorie in der Tradition von Anthony Downs und Philipp Herder-Dorneich an. Es wird also das Modell des Unternehmerverhaltens auf den Politiker angewandt. Der Politiker verhält sich „in einer ähnlichen Art und Weise gewinnmaximierend wie der Kaufmann; er versucht sich der Stimmen möglichst vieler Wähler zu versichern, was ihm das Wohlwollen der großen Gruppen einträgt" (S. 42). Das Spezifikum an Braunschweigs Ansatz besteht nun darin, dass er ihn mit der klassischen Position seines akademischen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lehrers Friedrich August Hayek verknüpft, nach welcher das „infantile Wechselspiel zwischen Politikern und Wählern“ (S. 42) überhaupt erst ermöglicht wird durch ungedecktes Papiergeld in Verbindung mit dem staatlichen Währungsmonopol.

Eine weitere These lautet: Sobald Politiker in Demokratien Versprechungen machen, aus denen sich Schulden ergeben, können sie darauf vertrauen, dass ihnen die Banken als „finanztechnisches Werkzeug“ gerne zur Verfügung stehen, da diesen wiederum „die Finanzierung der Staatsverschuldung hohe Renditen einbringt“ (S. 42). So wäre es wohl präziser, nicht nur von einem Teufelskreis zwischen Politikerversprechen und Wähleransprüchen auszugehen, sondern Bankeninteressen als Drittes im Bunde zu berücksichtigen.

Im Gefolge dieser „kollektiven Unvernunft“ (S. 44) sind inzwischen viele westliche Demokratien immer immobiler, bürokratisierter und defizitärer geworden: Entstanden ist eine Kombination aus Demokratie und Wohlfahrtsstaat, vor der schon frühzeitig bereits Ökonomen und Liberale wie Schumpeter und Hayek gewarnt hatten. Wie für Hayek besteht für Braunschweig dabei zumindest in *theoretischer* Hinsicht die Möglichkeit, diesen Teufelskreis langfristig zu durchbrechen, indem die Deckungspflicht der Banknoten wieder eingeführt und in einem zweiten Schritt das staatliche Währungsmonopol abgeschafft würde. Das Geld soll also entstaatlicht werden. Allerdings bleibt Braunschweig Realist genug, um zu sehen, „dass sich die politische Klasse niemals freiwillig vom Geldmonopol lösen wird“ (S. 45). Daher rechnet er schlussendlich mit einer zunehmenden Verschärfung der ökonomischen Krisen in Demokratien und einer wachsenden Problemlage in dieser Hinsicht.

Politiktheoretisch spiegelt sich in Braunschweigs Ansatz die Überzeugung der Public-Choice-Theorie wieder, wonach sich alle diejenigen Theoretiker täuschen, die in ihrer Demokratiedefinition davon ausgehen, dass in freiheitlichen Gesellschaften normative Verständigungsprozesse oder Diskursverfahren einen rationalen und konsistenten Rahmen dafür bieten, individuelle Nutzenpräferenzen zu einer Art „interessentranszendierenden“ (d. h. allgemeinwohlrationalen, kollektiven, „durchschnittlichen“) Nutzenpräferenz zu transformieren und über diesen Weg auch den Markt auf eine „rationale Weise“ zu kontrollieren. In Schumpeters Denktradition führte die Skepsis bekanntlich sogar soweit, dass Individuen überhaupt als unfähig angesehen wurden, in *politischen* Dingen „rationale Nutzenpräferenzen“ zu artikulieren. Braunschweig begnügt sich mit der Aussage, dass sich die Menschen leicht darin überschätzen, zu meinen, das Ganze der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik überblicken zu können. Und gesetzt den Fall, eine Transformation individueller Nutzenpräferenzen wäre *doch* möglich, müsste sie auch in *politische Entscheidungen* umgesetzt werden können. Da sich aber keine stabilen Aggregationsmechanismen und -regeln auf institutioneller Ebene finden lassen, kann der demokratische Prozess auch auf diesem Wege nicht ohne weiteres – in seiner Gesamtheit – auf die Präferenzen der Individuen zurückgeführt werden, zumal aufgrund systematischer Informationsdefizite in hochkomplexen, modernen Demokratien am Ende nicht einmal eine effektive Kontrolle des Regierungshandelns seitens der Bürger erfolgen kann. Der institutionelle Entscheidungsprozess funktioniert also nach einer *ganz eigenen Logik*. Weder stellt eine durch-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schnittliche noch eine gleichmäßige Berücksichtigung der Politikpräferenz einen eigenständigen Wert dar, nur weil dies als „demokratisch" gilt.

Wird wie bei Braunschweig der Public-Choice-Ansatz mit dem Liberalismus verbunden, so lassen sich also die Qualitätsmaßstäbe von Demokratien keineswegs mehr aus der Leitvorstellung einer „kollektiven Selbstregierung der Bürger" ableiten, sondern allein aus einem abwehrrechtlich zu verstehenden „freiheitlichen Nutzen" für die Individuen, also von der Frage, bis zu welchem Grad Vor- oder Nachteile für die individuelle, inklusive unternehmerische Freiheit eines jeden Bürgers aus Demokratien erwachsen können – was bei Hayek wie bei Braunschweig z. B. stets mit der Frage zusammenhängt, welche ökonomische Dynamik und Prosperitätschance in einem System jeweils zugelassen wird. Erkenntnisleitend ist die im weitesten Sinne „ökonomische" Rationalität (genauer: Nutzenrationalität) eines demokratischen Systems mit seinen jeweils spezifischen Regelmechanismen, ausgehend von der Sicht der Individuen. Die daraus abgeleiteten – sowohl individuellen wie kollektiven – Nutzen-Kosten-Rechnungen im Lichte des methodologischen Individualismus führen je nach institutionellen Spielregeln bzw. Rahmenbedingungen zu einer ganz unterschiedlichen Performanz und divergierenden Beurteilungen.

Auch Demokratien, welche bloß die Minimalbedingungen erfüllen – formal gleichmäßige Berücksichtigung der Politikpräferenzen, nach Robert Dahls klassischer Theorie folglich faktische Zählwertgleichheit der Wählerstimmen, langfristige Akzeptanz der Mehrheitsregeln, faktische Achtung des Prinzips der Volkssouveränität, Gewährung politischer Freiheiten und Grundsatz der Inklusivität – müssen aus der Sicht Hayeks auf einer ganz anderen Ebene beurteilt werden als bei normativen Demokratietheoretikern (wie Dahl selbst einer war). Nicht nur die Vorstellung vom „Gemeinwillen" im Lichte eines idealen Demokratiemodells ist also ein Problem (weil kontrafaktisch), noch allein Konsensmodelle auf der Basis einer Einstimmigkeitsregel (weil zu kostenintensiv), sondern auch die Mehrheitsregel ist anfällig (fehlender Minderheitenschutz). Eine Wahldemokratie kann so z. B. durchaus ebenso wie radikaldemokratische Regime zu Nationalismus führen, „schlimmstenfalls sogar zu Völkermord", also zu einer Form der „Pöbelherrschaft" (S. 131).

Mit dem letztgenannten Begriff reiht sich der Autor in die Tradition der antiken Demokratiekritik ein, obwohl die antiken Kritiker – anders als bei Braunschweig – nicht die „Wahldemokratie" (die damals weitgehend als „oligarchisch" galt), sondern die „direkte Demokratie" im Blick hatten. Doch möchte Braunschweig betonen, dass seiner Meinung nach auch der Mehrheitsdemokratie die Neigung zur Ochlokratie innewohne. Die anthropologische Kritik dabei besagt: In der Mehrheit eines Volkes ist die Neigung, die Knechtschaft zu wählen, wenn dies die Lebensführung entlastet, stark ausgeprägt, der Drang zu freier Selbstbestimmung nur wenigen Gesellschaftsmitgliedern eingegeben. Und die normative Folgerung lautet: Überindividuelle Ordnungen können und sollten nur dann als „freiheitlich" wahrgenommen werden, wenn sie ausschließlich aus freiwilligen individuellen Willensbildungen und Schöpfungsprozessen kreativer und unternehmerischer Akteure heraus *spontan* entstehen. Das entscheidende bei Braunschweig ist nun, dass sich die grundsätzliche Problematik der Mehrheitsregel

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deutlich *verschärft* habe, seitdem sich in den Demokratien sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite, gedeckt durch das staatliche Währungsmonopol, eine Kultur des wohlfahrtsstaatlichen Versorgungs- und Anspruchsdenkens durchgefressen habe.

Am Ende stellt sich die Frage, ob Braunschweig angesichts der vielen Makel und Krankheitssymptome heutiger Demokratien eigentlich eine Alternative in systemischer Hinsicht in die Debatte einbringt. Doch viel weiter als Winston Churchill kommt auch er nicht: Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, *mit Ausnahme aller anderen*. Da er aber die Erhaltung des Systems in Zeiten der offenen Krise von der Abschaffung des staatlichen Geldmonopols abhängig macht, ihm jedoch zugleich bewusst ist, dass sein Vorschlag unrealistisch ist, muss er im Grunde eine pessimistische Haltung einnehmen. Braunschweig meint, dass die Erwartung, Marktpreisverzerrungen ohne die Abschaffung des staatlichen Geldmonopols verhindern zu können, trügerisch sei. Beherzte ordnungsliberale Reformmaßnahmen bzw. Regeländerungen, wie sie andere Marktliberale fordern, z. B. die „Verschärfung der Finanzaufsicht" oder das „Begrenzen der Risikogeschäfte", sieht er nur als „kosmetische Änderungen" (S. 44). Auch wenn er in einem Fall eine Ausnahme macht und die Wirtschafts- und Finanzpolitik eines demokratisch immerhin mehrmals gewählten Ausnahmepolitikers, des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, lobt, bleibt am Ende doch die Diagnose, dass es „in gewissen Zeitabständen automatisch immer wieder zu einer zwangsweisen Rückführung überbordender Geldmengen auf das tatsächliche Niveau der realen Wirtschaft kommen" wird – „Währungsschnitt, Umschuldung, Währungsreform, Staatsbankrott oder welchen Begriff auch immer man dafür benützt" (S. 45).

Dies kann aus liberaler Perspektive aber auch anders gesehen werden: Das Gros des Rechtsliberalismus erkennt, dass kein moderner Staat mehr komplett auf Verteilungsentscheidungen verzichten kann. Auch wenn es wünschenswert wäre, Staaten auf verteilungspolitische Abstinenz festzulegen und diese sich nur noch um die Beschaffung kollektiver Güter bemühten, muss sich die Politik auf Fragen der *Intensität* der Umverteilungen und auf die *größtmögliche* Begrenzung der unvermeidbaren Folgekosten konzentrieren. Wenn dies erfolgreich betrieben würde, ließen sich auch die Selbstgefährdungstendenzen der freiheitlichen Demokratien wirksam und merklich wieder einhegen.

2. „Multiple Demokratie" und republikanische Marx-Rezeption

Im Unterschied zu Braunschweig zeigt das Beispiel des Berliner Historikers und Publizisten Paul Nolte, wie aus einer „nicht-linken" Perspektive heraus (so ließe sich der politische Blickwinkel des Autors wohl am besten treffen) die Demokratie emphatisch bejaht werden kann. Nolte, der sich in anderen Zusammenhängen bekanntlich als „moderner Konservativer" positioniert und gerne schwarz-grüne Optionen auslotet, möchte in seinem Buch *Was ist Demokratie?* die Geschichte der Demokratie „nach der Phase der klassischen westlichen Nachkriegsordnung" nicht nur über Schumpeter,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sondern auch über Dahl hinaus, „weitererzählen“ (S. 473). Er selbst bietet für diese Erzählung in seinem Buch, das weniger theoretisch denn historisch und publizistisch ausgerichtet ist, den Begriff der neuen „multiplen Demokratie“ an. Dabei begreift er Demokratie nicht als institutionelles „System“ im engeren Sinne des Wortes und damit nicht als etwas Festes, sondern im Grunde als eine Art individuelle „Lebens- oder Bewusstseinsform“. Obwohl Nolte sein Buch mit der Frage „Was ist Demokratie?“ übertitelt, beantwortet er sie nur an versteckter Stelle. Diese Antwort ist zudem nicht frei von Unklarheit: Demnach mache das Gefühl der Bürger, „selber etwas zu sagen zu haben“, einen Wesenskern von Demokratie aus.

Auf der Ebene des Freiheitsverständnisses weiß sich Nolte dabei – zumindest graduell – mit allen Liberalen einig: dass die Verwirklichung eines perfekten kollektiven „Gemeinwillens“ nicht ohne die Untergrabung der „politischen Freiheiten“ denkbar sei und daher abzulehnen ist; nur eben, dass für Nolte dieses Schreckensszenario nicht als „demokratisch“ zu bezeichnen wäre. Wie der Mainstream der heutigen Demokratietheorie vertritt Nolte die Ansicht, dass „Demokratie“ und „individuelle Freiheit“ aufeinander bezogen sind. Ohne Demokratie im Sinne von „Selbstregierung“ – die als „gefühlte“ verstanden wird – und „politischer Freiheit“ sei es überhaupt nicht denkbar, individuelle Freiheit zu erreichen, zumal letztere mit einem Modell von universaler Gleichheit verkoppelt wird. Damit geht Nolte begrifflich diffuser vor als das demokratieskeptische liberale Schrifttum im Gefolge Tocquevilles, wo stärker das Spannungsfeld zwischen kollektiven Beschlüssen als Grundlage der Demokratie einerseits (also im Sinne einer Minderheiten benachteiligenden Mehrheitsherrschaft oder eines kostenintensiven Konsensverfahrens) und individuellen Freiheiten bzw. freiheitlichen Nützlichkeiten andererseits unterschieden wird.

Da Demokratie als eine Lebens- und Bewusstseinsform verstanden wird, äußert sich Demokratie*geschichte* stets als Erfüllungsgeschichte, Suchbewegung und Krisengeschichte. Als *Regierungssystem* ist sie dabei auch im liberalen Rahmen grundsätzlich *wandelbar*. So kann sie sich als „bescheidenes“ repräsentativ-parlamentarisches System zu einem System „weiterentwickeln“, welches die klassisch-repräsentativen Grundkomponenten mit neuen Partizipationselementen anreichert. Neue Formen von „Demokratie“ können also dazu beitragen, die demokratische „Lebensform“ an die Zeit bzw. an das jeweilige gesellschaftliche Umfeld anzupassen. So habe sich die repräsentative, parlamentarische Demokratie heute zu einer „multiplen Demokratie“ erweitert, was bedeutet: Das Parlament ist zwar immer noch ihr wichtigster Ort, aber nicht mehr ihr einziger. Zur Demokratie tragen in positiver, sie stärkender und erhaltender Weise Bürgerproteste, soziale Bewegungen, deliberative Verfahren, Volksabstimmungen, digitale Medien und zivilgesellschaftliches Engagement bei. Freilich geht Nolte nie über die Überzeugung hinaus, dass die „repräsentative Demokratie“ den „Hauptstrang“ einer jeden modernen Demokratie abbilden müsse und alle weiteren Elemente nicht dazu beitragen dürften, die repräsentativen Institutionen und ihre Kernlegitimation zu schwächen.

Ist es vorstellbar, Demokratie auch radikal zu denken, ohne sich mit einer revolutionären Theorie zu identifizieren? Oder wird nicht in jedem radikalen Demokratie-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

modell im Grunde einer „identitären“ Demokratie und ihrer revolutionären Verwirklichung das Wort geredet, wie dies z. B. im kompakten Lehrbuch *Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen* von Samuel Salzborn problematisiert wird?

Einen alternativen Versuch unternimmt Miguel Abensour in seinem 2004 erschienenen Buch *La Démocracie contre l'État*, das jetzt ins Deutsche übersetzt wurde. Für den emeritierten Professor für politische Philosophie an der Universität Paris VII (Paris-Diderot) und Herausgeber der Reihe *Critique de la politique* ist Demokratie als eine Art *dauerhafte Auseinandersetzung* um einen „Gemeinwillen“ zu verstehen, wobei der Prozess nie zu einem Ende kommt. Demokratie sei demnach stets und unaufhörlich „rebellierende Demokratie“.

Abensour orientiert sich dabei einerseits an der republikanischen Theorie John Pococks, ausgehend vom „machiavellischen Moment“ im Sinne einer Reaktivierung der *vita activa* und des *bios politikos* an der Schwelle zwischen Spätmittelalter und Neuzeit, wonach der Staat vom Politischen „in Dienst genommen wird“, das Politische selbst aber nicht vom Staat abhängt; andererseits übernimmt Abensour die Demokratiedefinition des jungen Marx, wonach „wahre Demokratie“ die Selbstkonstituierung und Selbstermächtigung des Demos sei – wobei der Autor recht eigenwillig den jungen Marx primär in der Tradition des „machiavellischen Moments“ verortet. War dieses Moment bei Marx in den journalistischen Schriften bis 1842/43 noch überlagert von einer hegelianischen „Utopie des vernünftigen Staates“ (S. 62-91), nach welcher der säkularisierte *Staat* die „Autonomie des Politischen“ voranbringen könne, so vollzog Marx 1843 mit der Schrift *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* eine Wende. Und auch beim Spätwerk sei eine „verborgene“ oder „untergründige Dimension“ des machiavellischen Moments erkennbar, was im Besonderen in der Zeit der Pariser Kommune von 1871 zum Vorschein gekommen sei. Die „wahre Demokratie“, die Marx in diesem Kontext vertrat, war im Grunde die direkte Demokratie, das „aufgelöste Rätsel aller Verfassungen“, wo der Demos sich seiner selbst nicht fremd ist, Regierte und Regierende identisch seien und so ein Gemeinwille abgebildet werde. Je näher die Demokratie dieser Wahrheit komme, desto mehr nehme dabei, so Abensour, der Staat ab bzw. unterliege einem Prozess des Verschwindens.

Abensour fragt jedoch zugleich, ob eine politische Gemeinschaft jemals ihre „Wahrheit“ auf endgültige Weise erlangen kann. Entscheidend ist am Ende natürlich, dass Abensour – anders als Marx – diese Frage verneint und sich einer spezifischen republikanischen Demokratietradition zuordnen lässt. Auch wenn er am Begriff der „wahren Demokratie“ festhält, redet er also dem Übergang in eine harmonische Gemeinschaft qua revolutionärer Überwindung des Staates nicht das Wort, sondern spricht von einem „fortwährenden Impuls“, einem „permanenten Aufbegehren“ – durchaus gegen den hegelianisch überhöhten „verselbständigen Staat“, aber ohne dessen überbordenden Machtanspruch je überwinden zu können. Es liege in der Natur des Staates, sich gegen die Gesellschaft, aus der er heraus eigentlich als ein gesellschaftsdienendes Element bzw. gesellschaftliches Moment unter vielen entstanden sei, immer wieder so zu *verselbständigen*, dass er nie endgültig besiegbar ist, gerade auch im Gefolge von Revolutionen, die ursprünglich demokratisch motiviert sind. Hier orientiert sich der

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autor demnach nicht mehr an Marx, sondern nur noch an Machiavelli, wonach – und das ist das Spezifische daran – die Gesellschaft immer nur als gespalten gedacht wird: Es wird also immer Herrscher geben, die autonom entscheiden wollen, und das Volk, das stets gegen diese Herrschergestalten um seine Selbstbestimmung und politische Handlungsautonomie kämpft.

3. Republikanisches Demokratieverständnis und Bedeutung des Rechtsstaates

Indem das „republikanische" Verständnis bei Abensour trotz aller Relativierungen eine hochidealisierte Vorstellung von direkter Demokratie zum normativen Zentrum hat und sich auf recht eigenwillige Weise mit einer ausgeprägt linksorientierten Staatsskepsis in der Tradition des frühen Marx verknüpft, verschärft sich bei ihm umso mehr das Spannungsverhältnis zwischen republikanischem, auf Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement bezogenem Denken und Überzeugungen, die von einer Elitenverantwortung in der Frage des Schutzes individueller Freiheiten, d. h. von einem mal mehr, mal weniger ausgeprägten, aber stets normativ gebundenen Repräsentationsmodell ausgehen.

Den letztgenannten Ansatz geradezu exemplarisch vertritt der Passauer Doyen der Politikwissenschaft Heinrich Oberreuter, der seine Aufsätze zwischen 1976 und 2012 in einer Sammlung unter dem Titel *Republikanische Demokratie* kompiliert hat. Oberreuter geht zum einen davon aus, dass der Republikanismus immer zugleich als eine Frage der liberalen Selbsterhaltung betrachtet werden muss, zum anderen, dass die repräsentative Demokratie auch demokratisch-materiell zu verstehen sei, wonach sie einen Prozess beschreibt, der bereits „plebiszitäre" Elemente enthält, die lediglich von den Repräsentanten als politische Akteure mit Leben gefüllt werden müssen.

Dies kann aber nur dann funktionieren, wenn – so die alles überwölbende Grundhaltung – der Republikanismus auf mehreren Ebenen (Verfassungstheorie, Verfassungspraxis, politische Akteure, politische Kultur und gesellschaftliche Werteinstellungen) in einem *wertegebundenen Verständnis* eingebettet ist. Immer wieder wird in den Aufsätzen deutlich, wie eine den republikanischen Grundsätzen verpflichtete Demokratie nicht zu denken ist ohne bestimmte Grundwerte und deren Erhaltung und Stärkung im Sinne eines republikanischen Konservativismus. Wichtig sind also stabile Einstellungen und Verhaltensorientierungen in der Gesellschaft. An einer für die Aufgabenzuschreibung der heutigen Politik- und Demokratiewissenschaft zentralen Stelle im Buch gibt sich Oberreuter daher völlig zu Recht besorgt, dass „eine Destabilisierung des Normensystems" die „wertgebundene Ordnung" in ihrem Kern treffe. Um dies zu verhindern, sei die Gesellschaft eigentlich auf die „Unterstützung der Medien und Journalisten" (S. 294) angewiesen. Doch gerade in diesem Zusammenhang bestünden seit Ende der 1960er Jahre zunehmend Zweifel: Es steht die Hypothese im Raum, dass der Medienrezipient „irritiert und wankend" werde, wenn in einer stimmungsabhängigen Mediendemokratie einerseits die Veränderung, andererseits „das von der Norm abweichende ständig größere Chancen öffentlicher Aufmerksamkeit besitze"

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

(S. 293 f.). Aufgabe einer politikwissenschaftlich motivierten Medienanalyse müsse es sein, diese Hypothese mit den Mitteln der empirischen Forschung zu überprüfen, die „Zweifel zu zerstreuen oder zu bekräftigen“ (S. 295) und womöglich Gegenstrategien zu entwickeln.

Nicht also das Volk unmittelbar füllt die „republikanische Funktion“ aus, sondern Medien und Institutionen. Auch die grundlegende Rolle des Staates wird im Republikanismus Oberreuters gänzlich anders beurteilt als bei Abensour. Die „dienende Funktion“ des Staates, die an sich auch Abensour vorschwebt, macht Oberreuter nicht von einer Selbstermächtigung des Volkes abhängig, sondern von der Voraussetzung, dass der Staat von den Grundwerten, welche den Republikanismus überhaupt ermöglichen (bzw. die kulturellen Voraussetzungen, von denen der Republikanismus lebt) „angeleitet“ wird, mit anderen Worten davon, ob der Staat ein „ethisches Programm“ (S. 18) besitzt und die Grundwerte erhält, verkörpert und symbolisiert, sodass er einer verantwortlichen Persönlichkeit ähnlich sei. Was Oberreuter insofern von Abensour unterscheidet, ist eine transpersonale Komponente: „Wichtig ist die Erkenntnis, dass Person und Institution sich nicht antinomisch gegenüberstehen, sondern aufeinander bezogen sind“ (S. 18).

In einem weiteren Gegensatz zu Oberreuter konstruiert Abensour einen Gegensatz von „Demokratie“ und „Rechtsstaat“ (S. 171). Der „Rechtsstaat“ wird als ein System begriffen, dessen Funktion sich darin erschöpfe, das Bürgertum *in den Staat* zu integrieren. Adäquat abgebildet wird der Rechtsstaat damit keineswegs, denn Rechtsstaaten können auch als Träger *materieller* Werte und folglich über eine normative Funktion definiert werden. Ihre Bedeutung besteht demnach gerade darin, staatliche Gewalt zu hemmen, zu binden und zu begrenzen, und zwar nicht nur – wie die Eichstätter Politikwissenschaftlerin Birgit Enzmann in ihrem sehr empfehlenswerten Lehrbuch *Der Demokratische Verfassungsstaat* betont – „zu bestimmten Staatszwecken“, sondern eben auch – ganz dem Verständnis Oberreuters entsprechend – orientiert „an gesellschaftlichen Grundwerten und Gerechtigkeitsvorstellungen, Grund- und Menschenrechten“ (S. 3).

Wie wichtig der Rechtsstaat auch beim *Aufbau von Demokratien* ist, zeigt sich wiederum im Buch *Die Diktatur der Demokraten* aus der Feder der bekannten Schriftstellerin Juli Zeh. Als Juristin hatte sich Zeh in ihrer Dissertation mit den Übergangsverwaltungen in Bosnien und Kosovo beschäftigt. Die Arbeit wurde angeregt durch ihren Besuch der Region als Referendarin im Jahr 2003. Nun hat Zeh die Doktorarbeit als politisches Sachbuch verlegen lassen. Dies stellt sich als eine gute Entscheidung heraus, da sie gravierende Missstände kenntlich macht, die Aufmerksamkeit verdienen. Es ist schon bemerkenswert, wie – trotz aller Demokratiebekundungen der „internationalen Gemeinschaft“ – die Bürger in Kosovo und Bosnien keine Möglichkeit haben, sich auf dem Rechtsweg gegen Willkürakte der internationalen Verwaltung zu wehren. Die Begründung, dass es unter den gegebenen Umständen keine selbsttragenden demokratischen Strukturen geben kann, greift aus Zehs Sicht zu kurz. Die Autorin plädiert stattdessen dafür, zunächst rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen, um überhaupt die Voraussetzungen für eine Demokratisierung zu schaffen, auch wenn

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dies mehr Geduld, Toleranz gegenüber Strömungen, die sich oppositionell zur Übergangsverwaltung verhalten, sowie Kreativität und Anstrengung erfordert. Konkret tritt die Autorin dafür ein, die Erlässe einer Übergangsverwaltung supranationalem Recht zuzuordnen, womit es als Übergangsrecht zur selben Kategorie wie das EU-Recht gehören würde. Es entstünde damit mehr Rechtssicherheit, vor allem wäre es überprüfbar. Alternativ zu Zeh ließe sich freilich ebenso gut argumentieren, dass es ein praktischerer Weg wäre, in einem Gesamtpaket, unter Beteiligung aller Akteure, die Veränderung der künstlichen Grenzziehungen in der Region auszuloten. Aus binnenregionaler Sicht, die nun mal ethnisch konnotiert ist, wäre dies wohl ebenfalls „demokratischer".

4. Demokratie als nachgeordnetes Attribut des Verfassungsstaates?

Das von einem positiven Rechtsstaatsverständnis ausgehende, thematisch ganz anders gelagerte Buch von Enzmann behandelt die Erörterung der Herausforderungen des Rechtsstaates in heutiger Zeit wie Sicherheitsgesetze, Datenschutz, Europäisierung und Universalisierung. Von größerer Wichtigkeit bleibt der theoretische Teil, in dem Enzmann an Ansätze von Heidrun Abromeit und Peter Graf Kielmansegg anknüpft, um sie weiterzuentwickeln: Da demnach heute in nahezu allen europäischen Staaten ein „verfassungsstaatliches" System besteht, das den Rechtsstaat gleichsam einschließt, schlägt Enzmann vor, den Begriff des „Verfassungsstaates" für diejenigen Systeme zu reservieren, in welchen „jeder Bürger seine in der Verfassung garantierten Rechte notfalls auch gegen den Gesetzgeber gerichtlich durchsetzen kann und insofern ein ‚justiziabler Vorrang' oder ein ‚Letztentscheidungsrecht' der Verfassung vor dem Gesetz bzw. dem Gesetzgeber vorliegt" (S. 5). Mit den daraus entwickelten Abgrenzungskriterien lassen sich politische Systeme im Lichte des „demokratischen Verfassungsstaates" eindeutig klassifizieren.

Enzmanns darüber hinausgehendes Anliegen, die politikwissenschaftliche Angewohnheit, „von einer großen Familie der demokratischen Regierungsformen" zu sprechen durch eine Perspektive zu ergänzen, in der von einer Ordnungsfamilie „der Herrschaft des Rechts" gesprochen wird, ist aus ideengeschichtlicher Sicht berechtigt. Die Verbindung des Verfassungsstaates mit Demokratie, wie sie sich heute durchgesetzt hat, ist ideenhistorisch betrachtet tatsächlich „keine zwingende Kombination" (S. 131). Zudem werde Enzmanns Sicht durch die vergleichende Demokratieforschung implizit bestätigt, indem diese ja nur rechts- und verfassungsstaatlich „eingebettete Demokratien" (Wolfgang Merkel) als vollwertig demokratische Systeme akzeptiert. Im Umkehrschluss bringe die vergleichende Demokratieforschung jedoch nicht klar genug zum Ausdruck, dass „verfassungsstaatliche Demokratien" theoretisch durchaus „mit anderen Formen der Demokratie" (S. 227) konkurrieren können, denn der Begriff der Demokratie lasse sich normativ eben nicht eindeutig definieren, weil es ganz unterschiedliche Demokratietraditionen gibt.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Einen systematischen Überblick über diese Traditionen gibt die kompakte und gut verständliche Einführung von Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi und Gary S. Schaal mit vielen empfehlenswerten Einzelbeiträgen. Entlang einer Rechte- und Präferenzdimension differenzieren die Herausgeber teilweise etwas unscharf zwischen 14 verschiedenen Theorierichtungen. Übersichtlicher, aber wiederum zu grob aufgeteilt, fällt Enzmanns Differenzierung aus. Wer beide Ansätze zusammennimmt, kann idealtypisch unterscheiden zwischen einem liberal-pluralistischen Verständnis (Demokratie als zusätzliches Element der Herrschaftskontrolle), einem neopluralistischen (Demokratie als Mittel des Interessenausgleichs), einem prozedural konfliktorientierten (Demokratie als Mittel sachgerechter und alternierender Entscheidungen), einem deliberativen (Demokratie als Mittel einer normativen Verständigung), einem republikanischen (Demokratie als politisch-anthropologisch sinnerfüllende Form des gemeinsamen Handelns), einem sozialdemokratischen (Demokratie als redistributive Erweiterung staatlichen Handelns) und einem radikaldemokratischen (Demokratie als Möglichkeit eines jeden Einzelnen nur dem eigenen Willen statt fremder „Herrschaft" unterworfen zu sein). Der republikanische Demokratiebegriff ließe sich zudem noch einmal auffächern zwischen einem grundwertekonservativ bis kommunitarisch und einem zivilgesellschaftlich bis partizipatorisch ausgeprägtem Modell.

5. Demokratie und direktdemokratische Elemente im Verfassungsstaat

Indem sich Enzmann auf die Minimalbedingungen der heutigen Wahldemokratien beschränkt (vom Volk ausgehende Legitimationskette, regelmäßige freie und faire Wahlen, gleiche Berücksichtigung der Wählerstimmen), kommt sie zum Schluss, dass sich Verfassungsstaatlichkeit und Demokratie heute *ideal ergänzten* – und ein gutes Beispiel gebe Deutschland nach 1945. Demokratie und Verfassungsstaat bildeten „eine Symbiose zum wechselseitigen Vorteil" (S. 137-140) in puncto Legitimation (Mehrheitsprinzip und Grundkonsens), Entscheidungsfindung (Richtigkeitsgewähr durch das Verfahren und Verfahrensschutz), Kontrolle (alternierendes Prinzip und Verfassungsgerichtsbarkeit) und Artikulation („empirischer Volkswille" und „historischer Volkswille"). „Vereinbarkeitsprobleme" hingegen hielten sich in Grenzen. Verfassungsschranken, die z. B. „die Demokratie daran hindern, sich selbst abzuschaffen" seien „weitgehend anerkannt" (S. 144 f.). Für problematischer hält Enzmann verfassungsrechtliche „Ewigkeitsklauseln", was aber eine Reihe von Fragen zum Kulturrelativismus aufwirft. Zudem übersieht diese Sichtweise, dass Ewigkeitsklauseln wichtige symbolische Funktionen aufweisen, dabei sowohl als Verstärkungen des Republikschutzes als auch als historisch-kulturelle Selbstartikulationen eines Gemeinwesens zu verstehen sind.

Auch direktdemokratische Elemente hält Enzmann aus der Sicht des demokratischen Verfassungsstaates nur für den unwahrscheinlichen Fall für problematisch, dass diese in der Lage wären, die Kompetenzen des Verfassungsgerichts einzuschränken. Obligatorische Referenden im Falle von Verfassungsänderungen und fakultative Re-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ferenden (also Vetoinitiativen) sind demnach relativ problemlos. Im Falle einer direkten Volksgesetzgebung „von unten“ indes müsste sichergestellt sein, dass Volksentscheide vom Verfassungsgericht präventiv überprüft werden können.

In Deutschland hätte eine direkte Volksgesetzgebung zudem den Nachteil, dass sie systemunverträglicher wäre als Vetoinitiativen. Dies liegt am spezifisch deutschen Bundesrats- und Föderalismusmodell, das gekennzeichnet ist durch die Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung, eine relativ unitarische Prägung des Föderalismus, den Bundesdurchgriff bei der Regelung der Verwaltungsverfahren und bei der Steuergesetzgebung sowie die Überwälzung von Finanzierungslasten. Auf diesen Umstand macht der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker in seinem Beitrag im Sammelband *Demokratie in Deutschland* aufmerksam. Die Befürworter direktdemokratischer Verfahren kaprizierten sich fälschlicherweise auf die Volksgesetzgebung oder versuchten, das föderale Modell der Schweiz auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, obwohl beide Modelle einer jeweils unterschiedlichen Funktionslogik gehorchen. Decker schilt insbesondere die SPD dafür, dass sie bei ihren Gesetzesvorschlägen am „untauglichen“ Modell der Volksgesetzgebung auf Bundesebene festhält.

Die Positionierung Deckers setzt einen besonderen Akzent in dem Sammelband, der auf eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni 2011 zurückgeht und an dem u. a. namhafte SPD-Politiker (z. B. Sigmar Gabriel) für z. T. genau diejenigen Positionen Werbung machen, die Decker kritisiert. Ansonsten ähnelt *Demokratie in Deutschland* vom Ansatz und der Ausrichtung her dem Band *Die verstimmte Demokratie*, der vom SPD-Politiker Stephan Braun und seinem Kompagnon Alexander Geisler herausgegeben wird. Anliegen beider Bände ist es, die Herausforderungen der deutschen Demokratie in Zeiten der Vertrauenskrise unter Beteiligung von Wissenschaftlern und SPD-Politikern sowie Verbesserungsvorschläge zu thematisieren. Nimmt man beide Bände zusammen, kommen z. B. Herausforderungen durch ein verändertes Bürgerbewusstsein (u. a. Bettina Westle), zunehmende Politik(er)-Verachtung (Werner J. Patzelt), der Rückgang der Wahlbeteiligung und der Verfall der Mitgliederparteien (Wolfgang Merkel, Elmar Wiesendahl, Theo Schiller), dynamische Veränderungen des Mediensystems (Ulrich Sarcinelli) sowie Rechtsextremismus und Rechtspopulismus (u.a. Thomas Grumke) zur Sprache. Der Band von Braun und Geisler ist dabei eher durch ein wildes, willkürliches Anhäufen von Beiträgen gekennzeichnet, in der Hoffnung, einen irgendwie „kritisch-engagierten“ Demokratiediskurs anzustoßen. Qualität und Themen der Beiträge variieren außerordentlich stark, und die Beurteilungen decken so ziemlich alles ab, von düsteren kapitalismuskritischen Schreckensszenarien (z. B. bei Oliver Nachtwey) bis hin zu entspannt klingenden Formulierungen (z. B. bei Karl-Rudolf Korte).

6. Europäische Fragen

Eine der Herausforderungen, die in den Sammelbänden nur am Rande zur Sprache kommt, betrifft den Umstand, dass nationalstaatliche Demokratien durch Souveräni-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tätsverluste gleichsam zu „versickern“ drohen. Diesem Problem widmen sich zwei „europafreundliche“ Schriften, die jedoch in Form und Inhalt kaum unterschiedlicher sein können.

Da ist zum einen das von diversen Kulturmedien mit Lob überhäufte, ansonsten eher umstrittene Pamphlet *Der europäische Landbote* des österreichischen Literaten Robert Menasse, in welchem die Idee einer „postnationalen Demokratie“ wieder aufgewärmt wird. Diese müsse nach Menasses Ansicht in einem „Europa der Regionen“ verwirklicht werden, wobei die EU gemeinsame Rahmenbedingungen zu schaffen habe. Der „Nationalstaat“ und die kulturelle Konstruktion einer „Nation“ versteht er bloß als störende „dazwischengeschaltete Instanz“. Im Grunde träumt Menasse von einem zentral geführten multikulturellen Staat auf europäischem Boden. Die gegenwärtige Europakrise sieht er als „Chance“ (S. 94), die alte nationale Demokratie zu entsorgen.

Unabhängig von der ganzen Vernarrtheit, die darin zum Ausdruck kommt, steuerpolitische Umverteilungen zugunsten von Gläubigern als „Chance“ anzusehen, um nationale Demokratien in ein europäisches Etwas münden zu lassen, macht es sich Menasse insbesondere mit dem Nationalstaat und der Nation zu einfach: Die Ansicht, dass die „Nation“ bloß als Keim eines zerstörerischen Nationalismus und ansonsten als historisch abgeschlossenes Konstrukt der Demokratisierungsgeschichte des 19. Jahrhunderts begriffen werden kann, das zudem die regionalen und multiplen Identitäten der Menschen im Grunde nicht berühre, übersieht mehreres:

- Erstens, dass die nationalen Identitäten eine besondere Aggregations- und Artikulationsform kulturell tradierter Sprach- und Kommunikationsgemeinschaften und in diesem Kontext eine zwingende Voraussetzung einer „demokratischen Öffentlichkeit“ darstellen, die nur unter der Inkaufnahme sprachkultureller Selbstverluste europäisiert werden könnte. Die schlichte Wahrheit lautet: Man kann im Nationalstaat Öffentlichkeit schaffen, auf europäischer Ebene nicht. Und dies hat nicht nur strukturelle, sondern auch kulturelle Gründe.
- Zweitens übersieht Menasse, dass sich nationale Identitäten heute im Vergleich zum 20. Jahrhundert stärker gegen Übertreibungen immunisieren lassen, indem sie sich mit antitotalitären Erinnerungsorten verbinden. Dort, wo Übertreibungen heute auftreten, die Menasse völlig zurecht große Sorgen machen (insbesondere die in Deutschland und Griechenland medial aufgeblasene „Nationalisierung“ europäischer Krisensymptome), rühren sie nicht von nationalen Kultureigenheiten, sondern von einem fehlkonstruierten europäischen System her – und zwar nicht, weil das System nicht zentralistisch genug wäre, wie Menasse vermutet, sondern umgekehrt, weil das europäische Projekt und im Besonderen die Währungsunion schlicht überdehnt wurde.
- Drittens, dass die von Menasse suggerierte Möglichkeit zwischen politisch-nationalen und kulturlandschaftlich-regionalen Identitäten trennen zu können, auf Deutschland, Frankreich oder Spanien zutreffen mag, sich aber bei einer Vielzahl *kleinerer* europäischer Nationen mit einheitlicher und völlig eigenständiger Sprachkultur (also ausgenommen Österreich, das von Menasse entsprechend als

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deutschsprachiges Provinznest mit glorreicher Habsburger Vergangenheit karikiert wird) sehr künstlich ausnimmt, also „Nation“ und „Heimat“ in den kleineren Nationen gar nicht zu trennen sind.

- Viertens decken Nationalstaaten nicht ganz so unwichtige politische Rahmensetzungen weitgehend selbst ab wie Verfassungsstaat, Arbeitsbeziehungen, Sozialversicherungssysteme, Steuerhoheit und Steuerverwaltung, Bildungs- und Gesundheitssysteme, Familienpolitik, Verbändestruktur, Staat-Kirche-Verhältnisse, Feiertagsregelungen, Rechensysteme, Sport, Mietrecht, Verkehrs- und Energiewesen, Militär, Polizei, Gerichts- und Gefängniswesen. Und *fünftens* weisen nationale Bewusstseinswerte rein demoskopisch weiterhin die stärksten Zugehörigkeits-, Kulturstolz-, Kohäsions- und Solidaritätswerte auf.

Mit seinem Buch hat Menasse der Sache Europa keinen Dienst erwiesen. Allerdings ist es erfrischend zu lesen, wie er die EU-Bürokratie verteidigt, die immer wieder gerne für alles Mögliche den Prügelknaben abgeben muss. Menasse, der für seine Recherche zu seinem neuen Buch einige Monate in Brüssel verbracht hat, verliebte sich nicht nur in die Stadt, er lernte dort zugleich – wider alle Vorurteile – eine Bürokratie kennen, die ihn geradewegs zu Lobeshymnen veranlasste: Professionell, schlank, effizient, offen und transparent sei der EU-Apparat. Hätte Menasse die polyglotte Geschmeidigkeit und postnationale Grundhaltung der EU-Bürokraten nicht geradezu glorifiziert, wäre ihm vielleicht sogar die Ehrenrettung gelungen.

Konkretere und hilfreichere Vorschläge als Menasse zur Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene haben die Juristen Claudio Franzius und Ulrich K. Preuß im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung herausgearbeitet. Die Studie wurde unter dem Titel *Die Zukunft der europäischen Demokratie* nachgedruckt. Der Wert der Abhandlung liegt darin, dass die beiden Wissenschaftler keine grundlegenden Vertragsänderungen einfordern, sondern das beachtliche Potential für demokratische Neuerungen, dass der Lissabon-Vertrag bietet, nutzen wollen und sich überdies nicht wie Menasse für eine Demokratievorstellung jenseits des Nationalstaates stark machen, weil sie einsehen, dass „das auf den Nationalstaat zugeschnittene Erfordernis eines vorhandenen vorpolitischen Konsenses“ nur bis zu einem gewissen Grad „zurückgeschraubt“ (S. 168) werden könne. Zudem setzen sie mit ihren Vorschlägen nicht bloß auf der supranationalen Ebene an, sondern fordern zugleich, dass einer „verbesserten Einbindung der nationalen Parlamente […] mehr als nur symbolische Bedeutung zukommen müsse“ (S. 161). Konkret monieren sie, dass Art. 12 EUV eine „beliebig wirkende“ (S. 159) Auswahl an Mitwirkungsrechten der nationalen Parlamente auf EU-Ebene trifft.

Neben einer Vielzahl von weiteren Vorschlägen zur Stärkung der nationalen Parlamente wird auf der supranationalen Ebene u. a. die Einführung einer rechtlichen Bindungswirkung der Europäischen Bürgerinitiative, die Ermöglichung eines formellen Initiativrechts des EU-Parlamentes, die Benennung der Kommissionsspitze durch das Europäische Parlament, die Vereinheitlichung des Wahlrechts, die Ermöglichung transnationaler Wahllisten verbunden mit der Einführung einer europäischen Zweitstimme sowie die Einführung eines eigenen Rechtsstatus für europäische Parteien vor-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

geschlagen. Für die nationale Ebene bedenkenswert ist schließlich der Vorschlag, ein neues System zur Parteienfinanzierung einzuführen, wonach jeder Wahlberechtigte neben der Wahlstimme einen Gutschein mit einem bestimmten Wert erhielte, den er unabhängig von der Wahlstimme keiner, einer oder – in aufgeteilter Form – mehreren Parteien zuwenden könnte.

7. Allgemeine Rede von der „Postdemokratie“ und liberale Gegenkritik

Unabhängig von Europa wird das Grundgefühl, Demokratien befänden sich in einer tiefen Krise, immer wieder genährt durch den Versuch, sie auf diese oder jene Weise mit allen möglichen Leitvorstellungen zu füllen. Je anspruchsvoller dies geschieht, desto mehr muss dies zum Eindruck führen, eine Demokratie *falle hinter ihre Ansprüche zurück*. Dies gilt erst recht im Zuge zunehmender Wahlabstinenz und medialer Neuinszenierung von Politik.

Zahlreiche Beispiele dafür, wie Demokratie als „entkernt“ wahrgenommen wird, finden sich in der fünften Ausgabe der linksorientierten, vom Linzer Ökonomen Walter Otto Ötsch herausgegebenen Schriftenreihe *Kritische Studien zu Markt und Gesellschaft* mit dem Titel *Demokratie! Welche Demokratie?* Alle Sammelbandbeiträger beziehen sich dabei auf den Begriff „Postdemokratie“, wie er vom britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch geprägt wurde. Für die Entkernung von Demokratie verantwortlich gemacht wird demnach eine „fabrizierte“ Meinungsbildung, die erkennbar „von oben“ gesteuert sei, und eine erfolgreiche Beeinflussung des demokratischen Willensbildungsprozesses durch konkurrierende PR-Teams, so dass die Mehrheit der Bürger in „eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ gedrängt werde und nur noch auf „Signale, die man ihnen gibt“ (S. 36), reagiere.

Im Eröffnungsaufsatz, der leider nur lückenhaft redigiert wurde, kommt Crouch selbst zu Wort und macht seine bekannten Thesen noch einmal stark. Er sieht, wie in Demokratien eine Verschiebung von der Input- zur Output-Legitimation stattfindet. Politisch entscheidend dabei ist, dass er darin nicht bloß eine „Veränderung“ von Demokratie erkennt, sondern eine Selbstentfremdung. Der „Neoliberalismus“ als vermeintliche Ursache des Problems dient dabei als Chiffre für die Vorstellung, die vornehmliche Funktion der „Postdemokratie“ bestehe darin, die exklusiven Privilegien ökonomischer Eliten und das Fortbestehen erheblicher materieller Ungleichheiten zu kaschieren. Zudem werde die zunehmende Verquickung von Staats- und Wirtschaftsmacht in den Hintergrund der Aufmerksamkeit gedrängt. Die Entwicklung sei also im Interesse der herrschenden Eliten und werde bewusst von oben vorangetrieben.

Die weiteren Analysen im Sammelband nehmen diesen Faden auf und erfolgen fast durchgängig aus „linker“ Perspektive. Aus dem Rahmen fällt allein der – sehr lesenswerte – Aufsatz der Theologin Marie-Christine Kajewski, die das Problem nicht herrschaftstheoretisch, sondern – stärker auf der Input-Seite – individualisierungstheoretisch, aber auch im weitesten Sinne „ordnungswissenschaftlich“ begründet. Kajewski zieht dabei den für Politikwissenschaftler ungewöhnlichen Schluss, dass sich die De-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mokratietheorie doch verstärkt mit der *Leidenschaft* und ihrer Bedeutung für demokratische Vitalität befassen müsse. Dabei wäre man gut beraten, auch mal bei der phänomenologischen Persönlichkeitspsychologie eines Philipp Lersch nachzuschlagen, der sich den Formen des seelischen Erlebens widmet, oder sich stärker mit Eric Voegelin (Mensch als religiöses Lebewesen), Émile Durkheim (Begriff der kollektiven Effervescenz), Robert Bellah (Komplex von Riten und Praktiken der amerikanischen Zivilreligion) und dem Parlamentarischen Rat (historisches Beispiel eines passionierten Dialogs) zu befassen. Am Ende konstatiert Kajewski, dass Leidenschaft Demokratien in der Tat „beseelen" könnte; und zwar am stärksten und instruktivsten, wenn sie *anamnetische* Momente aufwiese, denn „es sind weniger gemeinsame Ziele als der gemeinsame Ursprung, der identitätsbildend, werterschließend und handlungsanregend wirkt" (S. 106).

Kajewski bildet mit ihrer kultursoziologischen und politisch-anthropologischen Akzentsetzung eine Ausnahme in dem Sammelband, vielleicht noch zusammen mit Ingolfur Blühdorn, der aus einer betont poststrukturalistischen Sicht versucht, das, was Dahl als „demokratisches Paradox" gefasst hat, also den „Widerspruch zwischen der erodierenden Unterstützung für demokratische Institutionen einerseits und dem weiter wachsenden Zuspruch für demokratische Werte andererseits" (S. 85), als spezifisch *post*demokratisches Paradox neu und positiv zu bestimmen. Ansonsten kommt neben gewöhnlicheren demokratietheoretischen Ansätzen eine Reihe explizit „linker" Stimmen zu Wort – bezeichnend sind etwa eine Polemik des Ökonomen Wolfgang Elsner oder die marxistischen Beiträge von Luciano Canfora und Bob Jessop. So werden dann Positionen formuliert wie die des Letztgenannten, der die „Postdemokratien" für ein Symptom dafür hält, dass demokratische Republiken von der „herrschenden Klasse" nicht mehr als „die beste politische Hülle für das Kapital" (S. 57) angesehen würden.

Freilich zwingt der Marxismus die Dinge so sehr in das Prokrustesbett des historischen Materialismus, dass im Grunde nur Dogmatismus übrigbleibt. Die Vielzahl der Beiträge stellt indes klar, „Demokratie" – so z. B. der Siegener Politikwissenschaftler David Salomon – könne „nicht in erster Linie aus einem Kanon von Verfahren bestehen" (S. 126). Wenn auch Salomon nicht bestreitet, institutionalisierte Verfahren seien eine notwendige Bedingung für demokratische Verhältnisse, so bemesse sich der „wirkliche" Grad an „Demokratisierung" (somit doch wohl erst recht so etwas wie „wirkliche Demokratie") „am realen Einfluss politisch konstituierter und einem egalitären Interesse verpflichteter *Unterklassen* auf die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse" (S. 126). Entsprechend teilt Salomon die Auffassung von Crouch, der demokratische Zustand der bürgerlichen Gesellschaft sei heute „unvollkommen" (S. 128). Näher erläutert wird diese Position vom gleichen Verfasser im zeitgleich erschienen Büchlein *Demokratie*, das für die Buchreihe *Basiswissen* des „linken" PapyRossa Verlages verlegt wurde.

Das Problem am Begriff der „Postdemokratie" aus liberaler Sicht liegt indes darin, dass der Demokratiegehalt eines Systems, in dem trotz aller möglichen Defizite (z. B. in Italien unter Berlusconi) weiterhin formal kompetitive Wahlen stattfinden und das institutionelle Gewaltensystem fortbesteht, grundsätzlich in Frage gestellt wird. Ein

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Demokratieverständnis, das sich mit der formal *gleichmäßigen* Berücksichtigung der Politikpräferenz eines jeden Bürgers als Minimalbedingung zufriedengibt, verträgt sich nicht mit einem Begriff wie „Postdemokratie" – auch dann nicht, wenn ein solches Verständnis in einem zweiten Schritt die Systeme qualitativ gewichtet, wie dies z. B. im klassischen Ansatz von Robert Dahl geschieht: Systeme, die vielleicht keine hohe demokratische Qualität aufweisen, aber die prozeduralen Minimalstandards erfüllen, werden in Dahls Ansatz trotzdem voll als moderne Demokratien („Realdemokratien") akzeptiert.

Crouchs Präfix *post* hingegen stiftet Verwirrung. Paul Nolte entgegnet den Anhängern Crouchs dementsprechend, dass nicht die „Demokratie" als Ganze in heutiger Zeit verabschiedet werde, sondern ihr „Aggregatzustand" sich auf eine Weise verändere, die ihre „Weiterentwicklung" erforderlich macht. Eine solche Weiterentwicklung indes setze, so Nolte, Zuversicht voraus, der Begriff „Postdemokratie" jedoch suggeriere Niedergang und sei deshalb sogar „gefährlich" (S. 471). Zudem macht er glauben, es gebe gegenwärtig so etwas wie ein „Jenseits der Demokratie". Doch in historischer Perspektive zeichne sich die Gegenwart gerade durch das „Novum" aus, so Nolte weiter, dass „jede ernsthafte Alternative zur Demokratie, als politischer Verfassung wie als freier Lebensform im weiteren Sinne, verlorengegangen" (S. 468) sei. Es mute deshalb „höchst paradox" an, Sichtweisen, welche die Demokratie im Niedergang sähen, hätten gerade in diesem historischen Moment Konjunktur. Auf einem zweiten Blick meint Nolte hierin eine Folge der „diskursiven Zentralität von Demokratie" (S. 472) in heutiger Zeit zu erkennen. Indem „in allen Tonlagen und in allen Teilen der Welt" über Demokratie gesprochen werde – „emphatisch, kritisch, klagend, fordernd" –, werde bestätigt, „dass ihre Geschichte noch nicht zu Ende ist". Bloß „die Unsicherheit ist größer geworden, wie diese Geschichte zu erzählen sei" (S. 472 f.).

Was hingegen das „linke" Spektrum am Begriff der „Postdemokratie" stört, ist etwas gänzlich anderes als bei Nolte: dass mit dem Präfix im Begriff „Postdemokratie" eine Vorstellung einhergeht, es habe einstmals irgendwie wahrhaftig und vollkommen ein etabliertes demokratisches System im Sinne des Sozialismus gegeben. So betonen z. B. Jessop und Salomon, dass dies selbstverständlich nie der Fall war. Allerdings sieht der Sozialdemokrat Salomon naturgemäß viel stärker als der Marxist Jessop, die Verfallserscheinung sei zwar sicher nicht aus einem einstmals etablierten demokratischen System heraus zu verstehen, aber doch aus der „Erosion einer sozialen Kampfstruktur", die es den Kräften der Bourgeoisie – vor dem Hintergrund eines bipolaren Ideologiewettbewerbs im internationalen Kontext – „unmöglich machte, ohne Zugeständnisse ihre Hegemonie zu behaupten" (S. 131). „Zugespitzt ließe sich sagen: Postdemokratie ist liberale Demokratie ohne einen sie grundsätzlich infrage stellenden, organisierten Gegenspieler: Sie ist der *vereinsamte* Liberalismus" (S. 131, Hervorhebung im Original).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

8. Neujustierung der Demokratiekonzepte von links(außen)

Im Lichte des „linken“ Diskurses über „Postdemokratie“ ist es üblich, dass auf neue Alternativen abseits der traditionellen Wahldemokratien gesetzt wird. Der Politikwissenschaftler Dirk Jörke arbeitet drei idealtypische Varianten heraus: den zivilgesellschaftlichen, den deliberativen und den „expertokratischen“ Weg. Dass ihn sodann – ausgehend vom Ideal der „politischen Gleichheit“ – das letztgenannte Modell nicht überzeugt, überrascht kaum. Es fußt auf unparteilichen Regulierungsbehörden, die aus der unmittelbaren Verfügungsgewalt des Gesetzgebers entlassen wurden sowie auf Verfassungsgerichten als institutionelle Hauptträger eines neuen Bürgervertretungsgedankens, und es bezieht seine Legitimität über inszenierte Bürgerempathie. Doch auch die beiden anderen Modelle – das zivilgesellschaftliche und das deliberative – bieten keine gute Alternative, so Jörke, denn sie seien ebenfalls „wesentlich exklusiver“ (S. 143) als Wahldemokratien. Beide Methoden entsprächen „im besonderen Umfang den Kompetenzen akademisch gebildeter Menschen“ (S. 148). Zudem öffne die deliberative Methode durch ihre „epistemische Schlagseite“ Tür und Tor „für die Rechtfertigung expertokratischer Regierungsstile“ (S. 148 f.) und die „Verwissenschaftlichung der Politik“ (S. 149), womit die „Rolle von Macht und Interessen verdeckt“ werde, „denen sich auch Experten nicht entziehen können“ (S. 149).

Jörke trifft sich in seiner ernüchternden Diagnose mit Wolfgang Merkel, der im Sammelband von Mörschel und Krell zu gleichen Ergebnissen gelangt. Und wie Salzborn in seinem Lehrbuch eindrücklich betont, verschärft sich das Problem noch einmal im Kontext einer „internationalen Demokratisierung“, in deren Rahmen zunehmend „kosmopolitische Eliten“ politische Präferenzen setzen, was allerdings nicht dazu beiträgt, dass sich die sozioökonomischen Basisvoraussetzungen in den armen Ländern wirksam verbessern – worauf es eigentlich ankommen müsste. Was also tun, z. B. im nationalen Rahmen? Jörke plädiert im Falle von „grundlegenden Reformvorhaben im Bereich der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik“ für *aufschiebende* Vetorechte für „nicht-privilegierte“ Schichten – d. h. Bürgern, „deren Einkommen sich unter einer bestimmten Schwelle (etwa das mittlere Nettoeinkommen) befindet“ (S. 155). Einen weiteren interessanten Vorschlag macht Björn Thies in seiner Dissertationsschrift *Co-Gruppen-Demokratie*. Die grundlegende Idee besteht darin, „dass vorhandenen, formal zuständigen Entscheidungsgremien“ eine Co-Gruppe zugeteilt wird, „die per Zufallsauswahl zusammengestellt wird“ und „möglichst einen repräsentativen Querschnitt der jeweils zu berücksichtigenden Gruppe darstellen“ soll. Der Gruppe wird dabei „ein begrenzter Anteil der Entscheidungsmacht“ übertragen. Mithilfe einer Begrenzung ihres Entscheidungsgewichts wird zugleich vermieden, dass Parallelstrukturen entstehen. Der Charme des Vorschlags liegt darin, dass er keine allzu großen Veränderungen bestehender Einrichtungen in einer repräsentativen Demokratie erfordert. Die Vertretungskörperschaften werden – lediglich um einen kleinen Anteil – in vollrepräsentativer Weise ergänzt.

Radikal in Frage gestellt wird hingegen die liberale Demokratie von vielen Beiträgern im Suhrkamp-Bändchen *Demokratie? Eine Debatte*, das auf eine Publikation des

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kleinen Pariser Verlags La Fabrique aus dem Jahr 2009 zurückgeht. Während Daniel Bensaïd noch daran erinnert, dass Marx „keinerlei Geringschätzung für die demokratischen Freiheiten [empfand], die er als formal charakterisierte“ (S. 53), ist für den französischen Philosophen Alain Badiou die Demokratie westlichen Zuschnitts zu einem gänzlich „leeren Formalismus“ verkommen. Indem Badiou die platonische Demokratiekritik (belanglose Lebensweise) auf die Gesellschaften in den heutigen Demokratien überträgt, identifiziert er „echte Demokratie“, in welcher der leere Formalismus gleichsam hegelianisch „aufgehoben“ wird, direkt mit dem Kommunismus, hier verstanden als „Aristokratie für alle“ (S. 22). Auf die Spitze treibt es Slavoj Žižek, der es (mal wieder) nicht lassen kann, eine Dichotomie zwischen „dem authentischen demokratischen Ausbruch des revolutionären Terrors“ – Thomas Jeffersons Rede von „blutigen Freiheitsdünger“ zitierend – und der „Gewalt totalitärer Regime“ zu konstruieren; wenngleich Žižek dazu zu tendieren scheint, „obsessive Aktivitäten“ des „Widerstandes“ durch einen Weg der Gewaltlosigkeit und Verweigerung durchbrechen zu wollen, die er für einzig *wirksam* hält, „rechtsvernichtenden“, revolutionären Wandel auch tatsächlich herbeizuführen.

Letztgenanntes ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Žižek den Zusammenhang zwischen Destruktivität des „authentisch demokratischen Terrors“ und totalitärer Gewaltlegitimation nicht reflektiert, seinen Begriff von „Authentizität“ somit nicht einmal wirkungstheoretisch in Frage stellt. Er lässt das Ganze zu allem Überfluss darin münden, jede (noch so brutale) Form der Gewalt des (seiner Ansicht nach völlig zu Recht rechenschaftslosen) Pöbels, etwa Lynchjustiz, solange sie dem Gedankenzusammenhang nach in irgendeiner Form auf – letztlich beliebige – Formen staatlicher Gewalt reagiert, als „verzweifelte Akte der gewaltsamen Selbstverteidigung“ (S. 126) zu stilisieren. Žižek ist sich ferner nicht zu schade, „uns“ Mitmenschen überhaupt das Recht abzusprechen, Tötungsakte, die „nach dem normalen Moralbewusstsein unmoralisch“ sind, zu verurteilen, wenn sie „eine Reaktion auf Jahre, ja Jahrhunderte der systematischen staatlichen und ökonomischen Gewalt und Ausbeutung darstellen“ (S. 126). Der Autor bringt nicht einmal die Sensibilität auf, seinen Gewaltkontext mit einer Art Kasuistik zu verknüpfen, die es ermöglichen würde, einigermaßen trennscharfe Grenzen in der Frage zu ziehen, unter welchen konkreten Prämissen und bis zu welchem Umfang Gewalt, die einem „gerechten Zorn“ entspringt, als „demokratische Gewalt“ (resp. „demokratischer Terror“) wirklich „authentisch“ (S. 126 f.) ist. Und am Ende findet sich nicht einmal ein Zweck, zu welchem sich – unabhängig vom Befreiungsakt selbst – „radikale Veränderung“ rechtfertigen ließe. Die anderen Autoren im Sammelbändchen geben sich da mehr Mühe. Und einige von ihnen sind weise genug, sich von revolutionären Heilsvorstellungen zu lösen. Nancy Brown etwa kommt zum Schluss, Demokratie als vollendete Freiheit und Gleichheit lasse sich „stets nur als Protest verwirklichen“ (S. 70). Auch Bensaïd und Jacques Rancière verstehen Demokratie als „unabgeschlossenes Projekt“, hier ganz im Sinne Abensours.

Von hier aus ist es nicht mehr weit zu sozialdemokratischen Vorstellungen, wie sie z.B. Matthias Lemke im Buch *Wandel durch Demokratie* im Sinne eines „liberalen Sozialismus“ ausgearbeitet hat, wonach der gesellschaftliche Wandel bewusst *antite-*

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

leologisch zu konzipieren sei, die demokratische Linke sich also nicht auf Welterklärungsfragen einlassen und „im Rahmen des Protestes die permanente Ermöglichung von Teilhabe“ im Auge behalten sollte (vgl. S. 88, 90). Anders als die Radikaldemokraten versteht Lemke Demokratie nicht als „Selbstermächtigung des Demos“ *gegen den Staat*, sondern „als politische Mitbestimmung“ im Sinne einer Mitwirkung *am Staat* sowie die Republik als „strukturellen Rahmen“. „Staatlichkeit als binnenpluralistischer Handlungszusammenhang kann also gelingen, wenn zwischen den staatlichen Institutionen und dem Bürger eine permanente Wechselbeziehung etabliert und fortgeführt wird“ (S. 88).

Die Linkssozialisten hingegen betonen, dass der Staat aus einem herrschaftslogischen Mechanismus heraus, der tatsächlich in ihm selbst verankert ist, der Bürgerschaft in regelmäßigen Abständen aus ihrem Einflussbereich entgleitet und ihr als verselbständigte, fremde Macht gegenübertritt. Beträfe dies heute wirklich lediglich die Linke? Je stärker z. B. die Expansion des Umverteilungsstaates – und sei es über den Umweg einer europäischen Rettungspolitik – Leistungsträger der Gesellschaft oder den Mittelstand tangiert oder je heftiger kulturell geprägte Leitbilder und Grundwerte des bürgerlichen Konservativismus durch gesetzgeberische und administrative Akte des Staates infrage gestellt werden, desto häufiger wird man sich an das Bild gewöhnen müssen, dass nicht nur „linke“ Aktivisten, Gewerkschaftsangehörige, jugendliche Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Migranten in größerer Zahl (mal organsiert, mal anarchisch) auf die Straße strömen, um den verselbständigten Staat wieder stärker für die eigenen Belange dienstbar zu machen, sondern auch Gewerbetreibende, Selbständige, Mittelständler, Familien mit Kindern, Libertäre und Konservative – siehe Tea-Party-Bewegung in den USA oder die Bewegung „La Manif Pour Tous“ in Frankreich. Ernsthafte demokratietheoretische Analysen, die sich speziell mit diesen neuen Bewegungen auseinandersetzen, stehen noch aus.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sammelrezension:

Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft: Politik, Wissenschaft und Journalismus tun sich schwer

Von Hans-Gerd Jaschke

Christian Fuchs/John Goetz, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland. Vorwort von Hans Leyendecker, Reinbek bei Hamburg 2012 (*Rowohlt*), 267 S.

Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012 (*Das Neue Berlin*), 256 S.

Markus Bernhardt, Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer, Köln 2012 (*PapyRossa*), 118 S.

Olaf Sundermeyer, Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt, München 2012 (*C. H. Beck)*, 271 S.

Patrick Gensing, Terror von rechts. Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik, Berlin 2012 (*Rotbuch Verlag*), 236 S.

Thomas Kuban, Blut muss fließen. Undercover unter Nazis, Frankfurt a. M./New York 2012 (*Campus*), 316 S.

Amadeu Antonio Stiftung, Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren, Berlin 2012 (*bild1druck*), 32 S.

Manuel Bauer, Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene, München 2012 (*riva Verlag*), 192 S.

Toralf Staud/Johannes Radke, Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts, Köln 2012 (*Kiepenheuer & Witsch*), 272 S.

Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012, 2 Bde., Brühl/Rheinland 2012 (*FH Bund für Öffentliche Verwaltung*), 309, 307 S.

Udo Wittmoser, Die Landesämter für Verfassungsschutz. Geschichte, Struktur, Aufgaben, Neuorganisations- und Reformbedarf, Föderalismus und Zusammenarbeit im Verfassungsschutz sowie Analyse der Aufgaben und Rechte in Bund und Ländern bei der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden, Hamburg 2012 (*Verlag Dr. Kovač*), 185 S.

Claus Leggewie/Horst Meier, Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik, Berlin 2012 (*Archiv der Jugendkulturen Verlag*), 210 S.

Bodo Ramelow (Hrsg.), Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal, Hamburg 2012 (*VSA*), 222 S.

Im November 2011 wurde die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes" (NSU) bekannt. Die rechtsextremistische Gruppe wird beschuldigt, zwischen 2000 und 2007 zehn Morde und weitere Straftaten aus rassistischen Motiven begangen zu haben. Bereits wenige Monate nach dem November 2011, im Verlaufe von 2012, erscheint eine Reihe von Büchern, die mehr oder weniger stark auf diese Gruppe, ihre Taten und die politischen Reaktionen eingehen. In diesem kurzen zeitlichen Abstand

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sind empirisch gehaltvolle und reflektierte wissenschaftliche Auseinandersetzungen kaum möglich. Die vier Untersuchungsausschüsse zum NSU in den Landtagen von Sachsen, Thüringen, Bayern und im Bundestag hatten 2012 ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen. Hier ist Näheres zu erwarten über die Versäumnisse der Sicherheitsbehörden. Der Münchener Strafprozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte aus der rechtsextremistischen Szene begann erst im Mai 2013. Sowohl die Untersuchungsausschüsse als auch der Zschäpe-Prozess dürften wichtige Informationen geben, die bisherige Deutungen relativieren oder auch neue ermöglichen.

Die Publikation zahlreicher Bücher so kurz nach der Entdeckung der NSU-Morddtaten zeigt die große öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Gewalt von rechtsaußen. Sie wirft zugleich die Frage auf, wie es unter dem Druck der Aktualität um die empirische Validität bestellt ist. Eine Sammelbesprechung über Bücher zum Rechtsextremismus, aus dem Jahr 2012 und vielfach mit Bezügen auf die Taten des NSU, muss daher auch eine kritische Auseinandersetzung sein mit dem politischen Journalismus in Deutschland und seinem Verantwortungsbewusstsein. Was kann er beitragen zu wichtigen politischen und auch sozialwissenschaftlichen Fragen: Was sind die Motive der Täter? Handelt es sich um eine neue, terroristische Form rechtsextremer Gewalt? Welches sind die Merkmale des gewaltbereiten rechtsextremistischen Milieus? Welche Erkenntnisse liefern erste sozialwissenschaftliche Deutungen des NSU?

Neben Fragen nach Ursachen, Hintergründen und der Typologie des NSU selbst stehen Probleme des Umgangs mit dem Rechtsextremismus im Allgemeinen und mit dem NSU im Besonderen im Mittelpunkt der politischen wie der wissenschaftlichen Debatte: Was sind die Ausmaße, Hintergründe, Ursachen des Versagens von Polizei und Verfassungsschutz? Was lernen wir aus neueren Studien über den Verfassungsschutz? Sind Forderungen nach Auflösung des Verfassungsschutzes und nach einer neuen Sicherheitsarchitektur gut begründet? Ergeben sich aus alldem neue und weiterführende Hinweise für das sozialwissenschaftliche Verständnis von Rechtsextremismus einschließlich des Umgangs mit ihm?

Christian Fuchs und John Goetz legen mit ihrem lesenswerten Buch *Die Zelle* eine erste Geschichte der Zwickauer Terrorzelle vor. Sie beginnt in den 1980er Jahren in der DDR, als die Jugendlichen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe sich politisieren und radikalisieren, und sie endet mit dem Selbstmord von Mundlos und Böhnhardt und der Festnahme Zschäpes Ende 2011. Fuchs und Goetz benutzen einen journalistischen Zugang, der bekannt ist von Stefan Austs 1985 erschienenem und später verfilmten Buch *Der Baader Meinhof Komplex*: Ermittlungsakten, Gespräche mit Angehörigen und anderen Zeitzeugen und investigativ beschaffte Zahlen, Daten, Fakten sind das Gerüst für eine Geschichte, die nüchtern erzählt wird: kaum Wertungen, Analysen, moralischer Aufschrei, dafür faktenreiche Reportage. Ebendies macht die Darstellung authentisch, zu einem Stück Zeitgeschichtsschreibung.

Beate Zschäpes Kindheit ist geprägt von der Trennung der Eltern, häufige Umzüge und Armut. Das Verhältnis zu ihrer Mutter ist schlecht, kleinkriminelles Verhalten stellt sich früh ein: Schwarzfahren, Ladendiebstähle, schließlich Anschluss an ähnlich strukturierte peer-groups. Sie absolviert eine Lehre als Gärtnerin, doch den Einstieg in

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

eine feste Berufsbiographie schafft sie ebenso wenig wie Mundlos und Böhnhardt. Dieser wird mehrfach wegen Verhaltensauffälligkeiten der Schule verwiesen, er ist polizeibekannt wegen Körperverletzung, Erpressung, Diebstahl, Einbruch, Fahren ohne Führerschein. 1992/93 bricht er in die Schule ein, entwendet einen Computer und wird daraufhin wieder einmal der Schule verwiesen – ohne Abschluss. Auch Mundlos war in der Schule und außerhalb wegen ständiger Provokationen aufgefallen. Kurz nach der „Wende" 1990/91 verliert er seine Lehrstelle. 1994/95 geht er für zwölf Monate zur Bundeswehr. Dort knüpft er Kontakte zum Blood & Honour-Netzwerk und zu anderen gewaltbereiten neonationalsozialistischen Gruppen. Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt bilden ein freundschaftlich verbundenes Trio, das eine vergleichbare biographische Vorgeschichte verbindet und einen scheinbar schwer aufhaltbaren Weg in die Gewalt. Die Liebesbeziehungen Zschäpes zu beiden, Mundlos und Böhnhardt, ist bekannt, doch die Bedeutung dieser Konstellationen für den Prozess der politischen und kriminellen Radikalisierung bleibt hier wie bei den anderen zu besprechenden Büchern im Dunkeln.

Fuchs und Goetz schildern sehr eindrucksvoll die weiteren Stationen in die Gewalt: Kontakt zu Skinhead-Gruppen, zum Thüringer „Heimatschutz", Politisierung und Radikalisierung, Begehung politischer motivierter Provokationen – zum Beispiel das Auftreten in SA-Uniform im KZ Buchenwald – und Straftaten, schließlich Abtauchen in den Untergrund mithilfe von Unterstützern aus der Rechtsaußen-Szene. Ab 1999 erfolgen mehrere Überfälle auf Banken zur Sicherung des Lebensunterhaltes. In der Zeit nach 1998 begeht die Gruppe zehn Morde, zwei Bombenanschläge und neun Banküberfälle, bei denen sie eine halbe Million Euro erbeutet.

Wäre der Weg der drei in die Schwerkriminalität aufhaltbar gewesen? Es drängt sich der Eindruck auf, dass die sozialen Voraussetzungen für schwere Delinquenz bei allen dreien gegeben waren und sie sich gleichzeitig gegenseitig und mithilfe eines politischen Sympathisantenumfeldes radikalisierten bis zum point of no return. „Auf jeder Entwicklungsstufe der Organisation", schreibt Hans Leyendecker im Vorwort, „tauchten Leute vom rechten Rand auf, die den Mördern Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos behilflich waren. Da sind die Geldsammler, die Spender, die Beschaffer von Ausweispapieren, die Vermittler von Verstecken – und auch die Lieferanten von Waffen. Die Zelle hätte ohne die breite Unterstützung nicht leben können" (S. 9). Elternhaus, Schule, Jugendtreffs, Polizei, Verfassungsschutz, Arbeitsstellen, Strafvollzug – keine dieser gesellschaftlichen Institutionen hat in der Geschichte des NSU genug Bindekräfte entfalten können, um die drei aufzuhalten und sie aus dem Unterstützer-Umfeld zu lösen.

Zu ähnlichen Befunden gelangen Maik Baumgärtner und Marcus Böttcher. Auch ihre journalistische Methodik steht in der Tradition von Aust: Nüchtern dargestellte Fakten und erzählte Ereignisse bilden den Kern dieser Studie. Die Autoren bevorzugen einen chronologischen Ansatz: Den Jahren 1995 bis 2012 werden jeweils Kapitel-Überschriften mit Schwerpunktthemen zugeordnet. Zwei Beispiele: „1995: Die Thüringer Szene im Aufwind" und „2007: Hinrichtung einer Polizistin". Auf diese Weise gelingt eine zeitliche Verdichtung und Strukturierung des Materials, das wie bei Fuchs

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und Goetz aus Ermittlungsakten und Experten-Gesprächen besteht. Die jeweiligen Kapitel sind untergliedert in wichtige kalendarische Daten und damit verbundene Ereignisse. Baumgärtners und Böttchers verdienstvolle Arbeit geht in einem Punkt über Fuchs und Goetz hinaus. Die Autoren begnügen sich nicht mit einer sachbezogenen Darstellung von Fakten, sondern sie wollen auch interpretieren. Der Deutungsteil ist jedoch getrennt von der Reportage der Fakten. Er besteht in einem ausführlichen Vorwort von Hajo Funke und einem resümierenden Schlussteil. Hier werden wichtige Fragen begründet aufgeworfen: Wie kommt es zu Akten-Vernichtungen in Verfassungsschutzbehörden, wie kommt es zu Fehlern und Pannen in der polizeilichen Strafverfolgung der NSU-Taten? Was sind Hintergründe für die jahrelange Verharmlosung des NSU durch die Sicherheitsbehörden?

Der Ertrag dieser beiden Studien ist beeindruckend. Es gelingt den Darstellungen, eine „innere Geschichte" des NSU für die Handlungsweisen und -optionen der Beteiligten plausibel vorzulegen. Selbst die moralischen Verfehlungen schwerer Straftaten auf der einen Seite wie des Versagens von Polizei und Verfassungsschutz auf der anderen werden in gewisser Weise nachvollziehbar durch die Einbettung in Geschehensabläufe. Insofern leisten die Studien einen wichtigen Beitrag zur Rekonstruktion der NSU-Geschichte.

Einige der nachfolgend zu besprechenden Arbeiten stehen in der Tradition der „antifaschistischen" Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Fragestellungen, Ausgangsannahmen und methodische Ansatzpunkte werden von vornherein durch ein Raster betrachtet, das eine reflektierte, sachliche Sicht und Analyse erschwert: Darstellung, Analyse und moralische Wertungen sind geprägt von der strikten Unterscheidung zwischen Gut (Antifaschisten) und Böse (Rechtsextremisten), Erfolgreichen (zivilgesellschaftliche Akteure gegen rechtsaußen) und Versagern (Polizei, Verfassungsschutz). Auf diese Weise wird zwar das „Juste Milieu" bedient, aber weiterführende Beiträge zur Aufarbeitung des NSU-Terrors sind so kaum möglich. Auch die zwangsläufige Vorläufigkeit von Wertungen, in die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und des Zschäpe-Prozesses Eingang finden müssen, wird so ausgeblendet.

Typisch für diesen linksdogmatischen, argumentativ und sprachlich erstarrten „antifaschistischen" journalistischen Ansatz ist der von Markus Bernhardt. Da ist gleich auf der ersten Seite die Rede von „Kumpanei der bundesdeutschen Geheimdienste", einer „neofaschistischen Terrortruppe" und „Faschisten", aus denen der NSU bestanden habe. Der ganze Band ist durchzogen von Brachial-Rhetorik und verquerem Denken. Neugier, Offenheit, reflexives Denken und Argumentieren, all das scheint dem „linken" Antifa-Ansatz von vornherein fremd zu bleiben. Stattdessen finden wir Polit-Ladenhüter: Die DDR habe einen sinnvollen gesellschaftspolitischen Gegenentwurf zum Kapitalismus entworfen und den Antifaschismus in ihrer Verfassung verankert, das hätten „die Meinungsmacher" (S. 10) ihr bis heute nicht verziehen. Es ist müßig, von einem solchen Ansatz weiterführende Deutungsvorschläge zum Rechtsextremismus zu erwarten. Bemerkenswert hier ist vielmehr, dass die dogmatische Variante des antifaschistischen journalistischen Ansatzes von vorgestern in der Rechtsextremis-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mus-Debatte von heute allen fachlichen Erkenntnissen zum Trotz im Umfeld der DKP und darüber hinaus fortlebt.

Setzen die Verbrechen des Zwickauer Terror-Trios eine Gewaltspirale fort, die schon in den 1970er Jahren eingesetzt hatte? Eine „Geschichte der Gewalt" verspricht Olaf Sundermeyers Band *Rechter Terror in Deutschland*. Der Autor arbeitet jedoch nicht mit den Mitteln einer modernen Geschichtsschreibung, sondern überwiegend deskriptiv mit Fall-Beschreibungen und chronologischen Aufzählungen. Der Stil ist nicht abwägend und analytisch, sondern moralisierend, häufig ungenau. Ein wortgewaltiger Klappentext („erschütternde Chronik") und reißerische Kapitelüberschriften im Stil der Boulevard-Presse wie „Taten statt Worte – warum Neonazis töten", „Demokratie in Flammen", „Orte der Gewalt" und „Das Erbe des NSU" versprechen nichts Gutes. Die Botschaften dieses Buches lauten: Der Rechtsterrorismus ist gefährlich, er wird unterschätzt und verharmlost. „Der hilflose Staat" (S. 253) kann und will ihn nicht effektiv bekämpfen, er ist „nicht in der Lage, Bürger wirksam zu schützen" (S. 12 f.). Der Verfassungsschutz muss wegen Versagens abgeschafft werden. „Die größte Quelle der Aufklärung" ist ohnehin „die Antifa" (S. 255). Sundermeyer hält sie bundesweit, „ja europaweit" für „die größte Informationsquelle über den Rechtsextremismus" (S. 256).

Sind derartige Fehleinschätzungen noch zu übertreffen? Es scheint so. Der NSU-Komplex, heißt es, offenbare „das völlige Versagen der Geheimdienste", diese seien „in einer Demokratie überflüssig". Es gebe ja den polizeilichen Staatsschutz, der „für die Aufklärung und Verfolgung politisch motivierter Straftaten zuständig ist" (S. 254). Aber: Welche vernünftigen Gründe gibt es dafür, die Bekämpfung des Rechtsextremismus dem Staatsschutz zu überlassen und seinen verdeckten Ermittlern? Bislang ist, und dies scheint Sundermeyer gar nicht bekannt zu sein, die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden sehr viel transparenter und öffentlicher als die Arbeit der Staatsschutzbehörden! Über die historischen Hintergründe der Gewalt kommt der Autor zu bemerkenswerten Einsichten wie die: „Viele rechtsextreme Gewalttäter [sind] bis heute vom Mythos der RAF gebannt" (S. 21). Wehrsportgruppen-Chef Karl-Heinz Hoffmann gilt dem Autor als der „Vater des Terrors" (S. 28 ff.). An vielen Stellen dieses wenig erhellenden Buches fehlt es an argumentativer Tiefe: Was unterscheidet „fremdenfeindliche Einstellungen" (S. 10) von „menschenfeindlichen" (S. 86)? Wieso und inwieweit ist „Rechtsterrorismus" „eine Weiterentwicklung dieses Rechtsextremismus der 90er Jahre" (S. 258)?

Patrick Gensing „rechnet ab" (Klappentext) mit Politikern, die bei den rechtsextremen Gewalttaten wegsehen. Glücklicherweise setzt sich die Boulevard-Rhetorik des Klappentextes im Buch selber nicht fort. Es besteht im Kern aus zwei Teilen: Der *Terror von rechts* selbst wird untersucht und in einem weiteren Teil der politische und gesellschaftliche Umgang damit. Die Tat selbst sei die Botschaft, so lautet eine der Hauptthesen dieses Buches. Sie verweigere den Dialog, sei sich selbst genug und der „mörderische Kern der rechtsextremistischen Ideologie" (S. 23) – eingebunden in einen Rechtsextremismus, der viele Züge einer sozialen Bewegung angenommen habe und auf ein breites und stabiles Netz zurückgreifen könne. Unklar bleibt, warum es

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sich hier um „Terrorismus“ handelt, ebenso wie die These der zumindest teilweisen gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit. Im Schlussteil beschäftigt sich der Autor mit Gegenstrategien. Er greift die Willy-Brandt-These „Mehr Demokratie wagen!“ auf unter Verweis auf den Umgang der norwegischen Gesellschaft mit den Breivik-Morden. Mehr Offenheit, mehr Toleranz seien wichtige Werte, auch Investitionen in Bildung und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Diese Empfehlungen sind allerdings weder sonderlich neu noch originell.

„Thomas Kuban“ ist das Pseudonym eines freien Journalisten, der investigativ über ein Jahrzehnt die rechtsextreme Szene beobachtet und gefilmt hat. Schwerpunkt dabei ist die konspirativ organisierte Rechtsrock-Szene. Überraschend ist die Selbstgewissheit des Autors, der Beobachtungen zu schildern vorgibt, „die kein anderer Journalist und offensichtlich auch kein staatlicher Ermittler gewonnen hat“ (S. 7). Diese These ist nicht überprüfbar, plausibel erscheint hingegen die Annahme, Aussteiger aus der Szene hätten ihr Wissen staatlichen Behörden und Journalisten offenbart. Warum es unter solchen Vorzeichen überhaupt investigativer Methoden bedarf und worin ihr Nutzen, Mehrwert und Mehr-Wissen besteht, bleibt unklar.

Dieses Buch ist ein Erlebnisbericht in der Ich-Form, in dem es um das Verhalten von Neonationalsozialisten geht, aber auch des Autors selbst. Sein langfristiges und entbehrungsreiches, nicht ungefährliches Engagement zur Aufdeckung von Verhaltensweisen der rechtsextremen Szene aus erster Hand bedarf großer Anerkennung. Es muss allerdings kritisch gesehen werden, dass nicht alle auf diese Weise gewonnenen Informationen weiterführend sind. Auf einer sehr kleinteiligen Ebene ist dieser Bericht streckenweise wenig erhellend nach dem Muster: Welcher Aktivist hat an welchem Abend um wie viel Uhr an welchem Ort „Heil Hitler“ gebrüllt? Ergebnisse dieser Art, bisher in der Tat unbekannt, durchziehen dieses Buch. Auch die große Bedeutung der Rechtsrock-Musik für die rechten Aktivisten wird authentisch dargelegt. Neue Einsichten über Strategien, Programmatiken, das Wechselspiel von Aktion und Reaktion der Sicherheitsbehörden finden sich jedoch viel zu wenig. Insofern wirft Kuban ungewollt eine bisher kaum diskutierte wissenssoziologische Frage auf: Welche Informationen und welches Wissen über Rechtsextremismus von welcher legitimierten und legitimen Autorität braucht eine demokratische Gesellschaft? Was gilt es noch zu entdecken, und auf welche Informationen kann verzichtet werden?

Der politische Journalismus, ob investigativ oder als Reportage, hat gewiss mancherlei Verdienste um die Aufklärung über Rechtsextremismus in Deutschland. Aber er hat ebenso gravierende Schwächen. Wenn Mengen- und Trendangaben wie „viele“, „unzählige“, „häufig“, „allzu oft“ oder „zunehmend“ mit simplen Feindbildern und Gut/Böse-Unterscheidungen und unbewiesenen Behauptungen vermengt werden, dann ergeben sich daraus bedenkliche Formen des Journalismus. Ein Beispiel dieser Art ist *Das Kartell der Verharmloser*, von der ansonsten so verdienstvollen Amadeo Antonio Stiftung herausgegeben und von Marion Kraske verfasst. Sie liefert eine Reportage über alltäglichen Rechtsextremismus in Deutschland. Am Beispiel eines alternativen Zentrums in Wismar, einer Opferberatungsstelle in Sachsen, eines Restaurants in Chemnitz und einiger weiterer Fallbeispiele kommt sie zu weitreichenden,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht belegten Bewertungen und falschen Verallgemeinerungen: „In Deutschlands Nordosten prägen junge und alte Nazis die öffentliche Kultur“ (S. 8). „Die“ öffentliche Kultur? Es fehle in „vielen“ Bundesländern eine „klare Positionierung gegen rechtsextreme Gesinnung“, „Polizei und Strafverfolgungsbehörden negieren nur allzu oft die politischen Motive von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (ebd). Was heißt „allzu oft“, gibt es darüber verlässliche Daten? Beklagt wird „die fehlende Sensibilisierung bei Polizei und Ermittlungsbehörden im Hinblick auf rechtsextreme Straftaten – sie zieht sich wie ein roter Faden durch die Republik“ (S. 11). Existieren darüber aussagekräftige empirische Belege?

Das alles sind eben keine wissenschaftlich gesicherten Befunde, sondern Bestandteile eines moralisierenden „antifaschistischen“ Weltbildes, das Ergebnisse von Kriminalstatistiken oder qualitativen Befragungen nicht zur Kenntnis nimmt. Das im Titel anvisierte „Kartell der Verharmloser“ setzt Absprachen unter den Akteuren voraus – wo sind die Belege dafür? Wie ist das „Kartell“ entstanden, wie ist es strukturiert? Ebenfalls im Titel findet sich die Behauptung einer „systematischen“ Bagatellisierung des rechtsextremistischen „Alltagsterrors“: Worin besteht die Systematik über die Beispiele hinaus? Hier bleibt die Autorin vieles schuldig. Die ehrenwerte Amadeo Antonio Stiftung hat sich mit der Herausgabe dieser Publikation keinen Gefallen getan.

Die subjektive Seite des Rechtsextremismus ist und bleibt weiterhin von großer Bedeutung für die Erklärung von Gewaltbereitschaft wie für alle Formen und Ansätze der Prävention: Warum geraten zumeist männliche Kinder und Jugendliche in die Szene? Was hält sie dort? Wie stabilisiert sich diese Aktivität? Was trägt dazu bei, sich aus diesem Milieu zu lösen? Das sind Fragen, die seit der Zunahme des Rechtsextremismus unter Jugendlichen in den 1970er Jahren zu Recht immer wieder aufgeworfen worden sind. Manuel Bauer, Jahrgang 1979, wurde in Torgau an der Elbe geboren, verlebt eine „harmonische Kindheit […], die von einer ruhigen, friedvolle Atmosphäre in meinem Dorf wie auch in meinem Elternhaus geprägt war“ (S. 15 f.). Die „Wende“ 1989/90 ist ein Einschnitt, den der Elfjährige als große Belastung erlebt: Eltern und Großvater verlieren ihre Arbeit, Dorfgeschäfte und der Kindergarten schließen, Alt-Eigentümer aus Westdeutschland erheben Besitzansprüche auf das Elternhaus, die schulischen Leistungen lassen nach. Bauer gehört zur Gruppe der „Wende-Verlierer“. „Für mich“, notiert er über seine Orientierung Anfang der 1990er Jahre, „war mit der Wiedervereinigung im Grunde alles schlechter geworden“ (S. 23).

Mehr und mehr rechte Skinheads bevölkern den Ort, die Schule, Freizeiteinrichtungen. Bauer schließt sich ihnen an, verstrickt sich immer tiefer in diese Szene und radikalisiert sich zunehmend. Er gehört keineswegs zu einer Minderheit, in der sechsten Klasse sei die Hälfte der Klasse rechts eingestellt gewesen. Er genießt das einfache und klare Weltbild, das Gefühl der Macht, wenn er im Outfit eines Neonationalsozialisten auf der Straße Angst und Schrecken verbreitet ohne jedes Unrechtsbewusstsein, und er verliert schrittweise den Respekt vor anderen: „Wenn wir irgendwo zusammen auftauchten – im Bahnhofslokal oder an der Imbissbude –, verstummten die Gespräche der anwesenden Gäste. Es wurde still, nur weil eine Gruppe Jugendlicher den Raum betrat. Von den 17- bis 18-Jährigen abgesehen, waren die meisten von uns im Grunde

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

noch Kinder. Man kann sich kaum vorstellen, wie dieses Machtgefühl auf unsere naiven Seelen wirkte“ (S. 30). Begleitet wird die politische Radikalisierung durch wachsende kriminelle Energien. Diebstähle, Einbrüche, Schlägereien und Gerichtstermine gehören zum Alltag. Mit sechzehn verlässt er ohne Abschluss die Schule: „Ich sah mein Zuhause und meine Zukunft im Kreis meiner Kameraden und im Kampf gegen alle, die in irgendeiner Form gegen uns waren: Ausländer, Linke, Demokraten, Intellektuelle – und natürlich der Staat“ (S. 45).

Bauer berichtet über die terroristisch motivierte „Strategie des Schweigens“, von der die Gruppe beherrscht gewesen sei: konspiratives Vorgehen, keine Bekennerschreiben, möglichst wenige einweihen in das Geschehen, um die Strafverfolgung zu erschweren. Hier sieht er eine Parallele zur Terror-Gruppe um Beate Zschäpe – und er betont, diese „Strategie des Schweigens“ sei durchaus ein Merkmal der Gewalt von rechts: „Dieses Verhalten brachte zwar keinen Ruhm und keine Anerkennung durch Gleichgesinnte ein, es befreite jedoch vom Fahndungsdruck“ (S. 48). Diese simpel anmutende, aber bedenkenswerte Erklärung des rechten Terrors ohne öffentliche Kommunikation sollte im Übrigen bei künftigen sozialwissenschaftlichen Diskussionen aufgegriffen werden, wenn weitere Fakten über den NSU bekannt sind. Schließlich begeht Bauer Delikte wie Erpressung und schwere Körperverletzung – eine Haftstrafe folgt. Danach gelingt ihm mit Hilfe von EXIT-Deutschland der Ausstieg aus der Szene.

Bauers Aussteiger-Autobiographie ist nicht die erste und nicht die letzte ihrer Art. Sie ist authentisch und reflektiert geschrieben, sie dokumentiert eine zeithistorische Besonderheit, die den NSU-Fall insgesamt überlagert: Das Phänomen der „Wende-Verlierer“ und die Folgen für die Einstellungen, die Orientierungen wie die Verhaltensmuster der Betroffenen. Bauers Überlegungen dokumentieren einmal mehr die große Bedeutung der rechtsextremen peer-groups, Szenen und Milieus für die Radikalisierungsprozesse von Jugendlichen. Die gewaltbereite rechtsextreme „Szene“ wird seit einigen Jahren mehr und mehr geprägt von den Autonomen Nationalisten, deren Stil dem Auftreten der „linken“ Autonomen ähnelt. Thoralf Staud und Johannes Radke gelingt der Nachweis dafür in überzeugender Weise. Die Entwicklung militanter Gruppen sei jedoch nur die eine Seite: Die Autoren vertreten die These, der Rechtsextremismus in Deutschland sei in den zurückliegenden Jahren zugleich bürgerlicher und militanter geworden. „Bürgerlicher“, weil rechtspopulistische Gruppierungen wie Pro Köln, Pro Deutschland und andere in der Lage seien, das öffentliche Klima mit ihrer Islam-Hetze zu vergiften. Hier versäumen es Staud/Radke, der Frage nachzugehen, warum rechtspopulistische Bewegungen in Deutschland gerade keine nennenswerten Wahlerfolge vorzuweisen haben, während sie im Gegensatz dazu in vielen europäischen Nachbarländern feste Größen des politischen Betriebes geworden sind. Auf der anderen Seite sind die Autonomen Nationalisten zum Zentrum der militanten Szene geworden. Staud/Radke sehen sie als militante Jugendbewegung, die zwar „alte“ Inhalte vertritt, sie aber modern verpackt: „Sprachlich (sie sind nah am üblichen Jugendslang) und technisch (die Medien Internet und Video beherrschen sie virtuos), akustisch (ihre NS-Hardcore-Musik rockt wirklich) und optisch (sie haben Streetart und Comics adaptiert)“ (S. 10). Staud/Radke schildern am Beispiel des Dortmunder

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Stadtteils Dorstfeld sehr anschaulich, wie diese Gruppierung in der Lage ist, vor Ort Politik zu betreiben. Sie ist öffentlich präsent, organisiert Veranstaltungen, verbreitet ein Klima der Angst und terrorisiert politische Gegner. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit einer Beschreibung der Autonomen Nationalisten als Jugendkultur, ihrer Geschichte seit den 1990er Jahren, einem Bericht eines Aussteigers über seine Karriere bei den Autonomen Nationalisten und schließlich Tipps für den Umgang mit Neonationalsozialisten. Dieses beachtenswerte Buch ist ein gutes Beispiel für einen politischen sowie wissenschaftlichen Journalismus, der frei von jeglicher Dramatisierung wichtigen Trends auf der Spur ist.

Die sozialwissenschaftliche Aufarbeitung der NSU-Gewalttaten beginnt mit zwei bemerkenswerten Beiträgen in dem von Armin Pfahl-Traughber herausgegebenen *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 2011/12 (Bd. II). Pfahl-Traughber geht der Frage nach, ob es sich um eine neue Form des Rechtsterrorismus handelte oder ob die Taten als Ergebnis kontinuierlicher Entwicklungen im Bereich der Gewalt von rechts zu betrachten sind. Er nähert sich dieser schwierigen Frage durch systematisches Vorgehen. „Terrorismus" und „Rechtsterrorismus" werden zu Beginn definiert, wobei der Autor zu Recht „Rechtsterrorismus" als eine besondere Spielart des „Rechtsextremismus" auffasst. Typisch seien bestimmte Opfergruppen (wie „Fremde" oder „politische Gegner"), Gewalthandlungen nicht spontan, sondern geplant.

Nach diesen systematischen Vorbemerkungen rekonstruiert Pfahl-Traughbar die Entstehung und Entwicklung „rechtsterroristischer" Gruppen in Deutschland seit Ende der 1960er Jahre. Dies ist schon für sich genommen ein beachtlicher, komprimierter Beitrag zur Geschichte der organisierten Gewalt von rechtsaußen in Deutschland zwischen etwa 1970 und der Gegenwart. Allerdings schießt Pfahl-Traughber über das Ziel hinaus, indem er den Terrorismus-Begriff sehr weit ausdehnt: Nicht jede Kleingruppe, die mit Waffen hantierte, Wehrsport-Übungen abhielt und Drohungen mit militanten Sprüchen verpackte, gehört zum Bereich „Rechtsterrorismus". Dieser Terrorismus-Begriff sollte vorsichtig verwendet werden – in der von Peter Waldmann und anderen vorgeschlagenen definitorischen Enge. Richtig ist dennoch, dass organisierte Gewaltbereitschaft von rechtsaußen kein neues Phänomen ist, sondern sich nach 1970 kontinuierlich entwickelt hat. An dieser Stelle fehlt eine analysierende Einschätzung: War die rechte Militanz vor dem NSU Teil eines politischen Milieus, einer Subkultur, einer Szene? Wer war der Adressat? Wie reagierte die Gesellschaft, war die Gewalt eine „Kommunikationsstrategie" (Waldmann)? Solche Fragen verweisen auf fortwährende Forschungsdefizite, die künftigen Analysen vorbehalten sind.

Der Autor rekonstruiert nun folgerichtig die Taten des NSU im Kontext des ostdeutschen Rechtsextremismus nach der „Wende". Er sieht sie als Teil einer Kontinuität rechtsextremer Militanz seit den 1960er Jahren und zugleich als Teil des originär ostdeutschen Rechtsextremismus. Die grundlegende Besonderheit der NSU-Taten bestehe in der Gewalt-Intensität: Serien-Morde und geplante, gezielte Tötungen von Angesicht zu Angesicht seien neu und: „Gerade die Praxis der Serien-Morde erklärt nicht allein, aber mit, warum die Sicherheitsbehörden den tatsächlichen Hintergründen die-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ser Taten nicht auf die Spur kamen“ (S. 101). Eine weitere Besonderheit sieht Pfahl-Traughber im Fehlen öffentlicher Bekenntnisse zu den Taten in „einer durch Geschwätzigkeit und Prahlerei geprägten Szene“ (ebd.).

Jonas Grutzpalk konzentriert sich auf diese Frage des „kommunikationslosen Terrorismus“: Warum hat der NSU die eigenen Taten beschwiegen, keine Öffentlichkeitsarbeit betrieben, nicht versucht, öffentlich Angst und Schrecken zu verbreiten? Der Autor prüft mehrere Thesen, wie etwa die Annahme der Täter, die Taten erklärten sich selbst, oder auch die Vermutung, die Täter seien zu Öffentlichkeitsarbeit gar nicht in der Lage gewesen. Gerade die vorsichtige Argumentation macht die Überlegungen Grutzpalks plausibel. „Das Schweigen des NSU bleibt ein Rätsel“ (S. 119), konstatiert er am Schluss. Die eigene politische Herkunftsfamilie, die Community der Neonationalsozialisten, sei der Adressat der Taten gewesen. Es habe damit gerechnet werden können, dass in diesen Kreisen sehr wohl verstanden wurde, wer hinter den Taten steckte. Grutzpalk hält es für am wahrscheinlichsten, „dass der NSU als gewalttätiges Sprachrohr einer Parallelgesellschaft auftrat, die sich aufgrund eines religioiden Sprachcodes und durch weitestgehende Isolierung von der restlichen Welt einen eigenen Sinnkosmos geschaffen hatte, in dem die Terroranschläge logisch erscheinen, ohne dass weiter darüber gesprochen werden müsste“ (ebd.). Würde man dieser These weiter nachgehen, dann wäre der NSU als eine Vereinigung zu betrachten im Bereich von politisch-religiösen Sekten. Ist das der theoretische und methodische Schlüssel? Sollte man den NSU analysieren als eine von der Welt abgeschottete Sekte?

Im Zuge der politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der NSU-Mordserie geriet der Verfassungsschutz in starke Bedrängnis. Eine Serie von Pannen und Versäumnissen wird ihm von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und von Medien vorgeworfen, Rücktritte von Verantwortlichen bekräftigen die Anschuldigungen. Dabei wird von allen Seiten, von politischer, journalistischer wie wissenschaftlicher, zu klären sein, ob eine Kette von Unzulänglichkeiten und menschlichem Versagen oder strukturelle Defizite dafür verantwortlich sind. Einige Publikationen aus dem Jahr 2012 beschäftigen sich in unterschiedlicher Weise mit solchen Fragen.

Die Absicht von Udo Wittmosers juristischer Dissertation ist es, „sich mit einigen verfassungsrechtlich und verwaltungswissenschaftlich interessanten offenen Fragestellungen im Bereich der Landesämter für Verfassungsschutz zu befassen und dazu Lösungsvorschläge zu diskutieren“ (S. 1). Geschichte, Struktur und Aufgaben, Neuorganisation und Fragen der parlamentarischen Kontrolle stehen im Mittelpunkt. Besonders beeindruckend ist der im ersten Teil komprimiert dargestellte historische Abriss. Wittmoser schildert die Anfänge der politischen Polizei im 18. Jahrhundert, als die Obrigkeit spezielle polizeiliche Organisationseinheiten zur Bekämpfung politischer Gegner einsetzte. Diese Linie setzt sich fort. Sie wird im Dritten Reich im Reichssicherheitshauptamt verdichtet zu einer zentralistischen und mächtigen Vermischung von Polizei und Geheimdienst. Es folgt eine Darstellung der Geschichte des Verfassungsschutzes und der Landesämter für Verfassungsschutz in der Bundesrepublik. Viele heutige Problemstellungen seien historisch gewachsen und könnten nur vor diesem Hintergrund verstanden werden.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Abschnitt über die Neuorganisationsdebatte vertritt Wittmoser die These, Landesverfassungsschutzbehörden ließen sich durch Staatsvertrag zusammenlegen, um ihre Aufgabenwahrnehmung zu verbessern. Darüber hinaus sei die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz verbesserungsbedürftig. Wittmoser argumentiert mit der Annahme, das Trennungsgebot sei liberal zu handhaben: „Ein strenges informationelles Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei ist, soweit ersichtlich, nirgends ausdrücklich geregelt […]. Das Trennungsgebot stellt damit kein absolutes Zusammenarbeitsverbot dar" (S. 161 f.). Allerdings: Wie sollte das auf dem Polizeibrief der Alliierten von 1949 und den Verfassungsschutz-Gesetzen basierende Trennungsgebot künftig behandelt und was muss dann überhaupt noch „getrennt" werden? Hier bleiben die Ausführungen blass, denn auch die organisatorische Trennung bedarf der Relativierung, da eine Reihe von Länder-Verfassungsschutzämter ebenso wie die Polizei bei den Länder-Innenministern unter einem Dach angesiedelt sind. Wittmosers Arbeit schließt mit einem kurzen vergleichenden Überblick über die parlamentarische Kontrolle der Landesämter. Ergebnis: Die Regelungen sind sehr unterschiedlich, der Autor sieht „deutlichen Modernisierungsbedarf" (S. 162).

Weitaus entschlossener zu Werke gehen Claus Leggewie und Horst Meier. Die an Annahmen der Bürgerrechtsbewegung orientierten Autoren konstatieren „weit verbreitetes Unbehagen am Verfassungsschutz" (S. 10), „immer weniger Leute" seien von der Notwendigkeit einer geheimdienstlichen „Vorfeldüberwachung" „überzeugt", und sie sehen eine „tiefe Vertrauenskrise" (Klappentext). Nun gelte es, „die strukturellen Probleme zu diskutieren, das heißt, über Konsequenzen nachzudenken, die sich auf die Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik als Ganzes beziehen" (S. 8 f.). Im Ergebnis steht die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes. Wenn politisch motivierte Gewalt im Spiel sei, könne die „politische Polizei" die Aufgabe der Kriminalitätsbekämpfung übernehmen. Begründet wird diese weitreichende These durch Beispiele für das Versagen der Verfassungsschutzbehörden, die bedenkliche Rolle der V-Leute und eine Skizze der „Skandalchronik" des Verfassungsschutzes von 1950 bis heute. Leggewie/Meier entwickeln einen „Fünfjahresplan zur Abwicklung des Verfassungsschutzes" (S. 155 ff.).

An die Stelle des Verfassungsschutzes rückt nun die „politische Polizei", die allerdings nicht an Meinungen und Gesinnungen orientiert sei, sondern am Kriterium von Gewalttaten. Was Leggewie und Meier über die Polizei, besonders die „politische Polizei" schreiben, ist hanebüchen. Ihre Idealisierung der Staatsschutzbehörden basiert auf Unkenntnis polizeilicher Praktiken und polizeilicher Ausbildung. Erstens: Es trifft nicht zu, dass hier kriminelle, nicht extremistische Dissidenz bekämpft wird. Die Staatsschutzbehörden unterteilen in die Raster „Politische Kriminalität rechts" (PMK rechts) und „Politische Kriminalität links" (PMK links). Sie arbeiten mit demselben Extremismus-Begriff wie die Verfassungsschutzämter. Zweitens: Auch der Staatsschutz benutzt geheimdienstliche Methoden wie Telefonüberwachung, Zusammenarbeit mit „Informanten" und „Vertrauenspersonen" oder Einsatz „verdeckter Ermittler", wobei diese viel mehr am Rande der Legalität agieren als die V-Leute des Verfassungsschutzes. Über die Aktionen verdeckter Ermittler ist öffentlich weitaus weniger

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bekannt als über die V-Leute des Verfassungsschutzes. Drittens: Die Autoren behaupten „Im Gegensatz zum flächendeckenden und in der Tendenz uferlosen Verfassungsschutz […] wirken Polizeieinsätze stets gefahrenbezogen und punktuell, eben am Tatort“ (S. 146 f.). Dies ist falsch. Der polizeiliche Staatsschutz entwirft analytisch aufbereitete Lagebilder. Die Aufbereitung von Dateien und die polizeiliche Mitarbeit in Gremien wie dem Ende 2011 gegründeten Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus oder dem „Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus“ beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen unterstreicht dies. Die im April 2013 vom Bundesverfassungsgericht für rechtens erklärte „Anti-Terror-Datei“ und die darauf aufbauende „Rechtsextremismus-Datei“ umfasst Datensammlungen, -aufbereitungen und -interpretationen von vielen Sicherheitsbehörden, an denen auch Polizei und Verfassungsschutz beteiligt sind. Vor diesem Hintergrund anzunehmen, Polizeieinsätze im Bereich politisch motivierte Kriminalität (PMK) seien überwiegend tatortbezogen, ist naiv. Dies verkennt die aktuellen Entwicklungen. Viertens: Den seit den Kommunisten-Verfolgungen im 19. Jahrhundert historisch belasteten Begriff der „politischen Polizei“ sollte man in Deutschland aus guten Gründen nicht verwenden. Schließlich: Die Binnenstrukturen, die Arbeitsweise und -ergebnisse des polizeilichen Staatsschutzes sind bis heute deutlich weniger transparent als die des Verfassungsschutzes; der Staatsschutz ist weitaus weniger ein „Frühwarnsystem“ als der Verfassungsschutz. Über die Internetseiten der Verfassungsschutzbehörden können sich Bürger ein umfassendes Bild über die Arbeitsergebnisse dieser Behörden verschaffen, Internetseiten der Staatsschutzbehörden gibt es nicht.

Die Autoren plädieren „für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik“ (Untertitel). Die neuen Entwicklungen in diesem Bereich sind ihnen offenbar entgangen: die Ausweitung der Akteure im Sicherheitsbereich – Polizei, Verfassungsschutz, Katastrophenschutz, Private Sicherheitswirtschaft – zu einem kooperativen Verbund zum Schutz kritischer Infrastrukturen und zur Bekämpfung organisierter Kriminalität unter politischer Federführung der Innenministerkonferenz (IMK) unter Einbeziehung internationaler Akteure wie Europol, Eurojust, Frontex und andere. In diesem Rahmen würde die Abschaffung des Verfassungsschutzes keineswegs zu einer „neuen“ Sicherheitsarchitektur führen, sondern bloß zu einer Verlagerung von Zuständigkeiten überwiegend hin zum polizeilichen Staatsschutz. Wollen wir das? Weitere Fragen bleiben unbeantwortet: Ist polizeilicher Staatsschutz transparenter als Verfassungsschutz? Werden Bürgerrechte dadurch besser geschützt? Und: Was ist mit Spionageabwehr und Geheimschutz – sollen diese Bereiche gleich mit abgewickelt werden? Was ist mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD)? Schließlich: Ist der Staatsschutz in der Lage, Vorbereitungshandlungen für terroristische Anschläge auf sensible Infrastrukturen im Vorfeld zu erkennen, oder bedarf es dazu nicht auch Methoden, die der Verfassungsschutz anbietet?

Leggewies und Meiers Verdienst besteht darin, dass strukturelle Probleme des Verfassungsschutzes pointiert aufgeworfen werden. Doch ist ihre Argumentation insgesamt naiv und fehlerhaft, zudem mit unnötigen Polemiken versehen. So heißt es zum Beispiel: „Vor Jahr und Tag, als die deutsche Behördensprache die Dinge noch schnör-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kellos beim Namen nannte, hießen diese Dienststellen treffend ‚Politische Polizei' – heute dagegen ‚Polizeilicher Staatsschutz', der sich zudem schamhaft hinter Kürzeln wie ‚FD 7' (Hamburg) oder ‚14. K.' (Nordrhein-Westfalen) verbirgt" (S. 147). Hier handelt es sich um behördliche Organigramme und Organisationseinheiten mit üblichen Kürzeln, niemand „verbirgt" irgendetwas „schamhaft". Staatsschutzabteilungen beim BKA und bei den Landeskriminalämtern sind anerkannte polizeiliche Dienststellen, sie haben nichts „schamhaft" zu „verbergen". Schade, dass solche Polemiken dieses Buch durchziehen.

Forderungen nach Abschaffung des Verfassungsschutzes kommen auch aus dem Umfeld der Partei Die Linke. Der von Bodo Ramelow herausgegebene Sammelband *Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal* versammelt Beiträge von 24 Autoren. Sieben davon sind Mitarbeiter von Fraktionen der Partei, fünf sind Mandatsträger, zwei arbeiten mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen. Daher liefert der Band auch eine Momentaufnahme über die Deutung der NSU-Morde und der Sicherheitsdebatte in der Linken und ihres Umfeldes. Viele der Beiträge reproduzieren die Dogmen und die Rhetorik des „Antifaschismus", Überschriften wie „Roewers Gesellen" signalisieren, dass sachliche und reflektierte Überlegungen hintanstehen. Dieser Band und andere Schriften in der „antifaschistischen" Tradition tragen altbekannte Rituale und Bekenntnisse vor sich her (z. B. Ramelow: „Antifaschismus muss Staatsziel werden" [S. 11]), wodurch tiefer gehende Erkenntnisse und Reflexionen eher verhindert werden. Bemerkenswert sind einige kurze, aber informative Regional- und Lokalanalysen: Rechtsextremismus in Sachsen, Thüringen, in Jena und Saalfeld-Rudolstadt. Diese Beiträge zeigen nachdrücklich, was „Vernetzung" des Rechtsextremismus vor Ort heißt, wie sie vorangetrieben wurde und vor welchen Herausforderungen Staat und Zivilgesellschaft standen und stehen.

Welche Erkenntnisse gibt es über den neueren militanten Rechtsextremismus und den Umgang mit ihm durch Polizei und Verfassungsschutz? Auf die Haben-Seite gehören eindrucksvolle biographische Annäherungen an die Aktivisten des NSU und der Autonomen Nationalisten wie die Autobiographie von Manual Bauer. Misslungene oder erschwerte soziale Integration im Kindes- und Jugendalter, Hineinwachsen in rechtsextreme peer-groups und das Faszinosum von Kraft, Männlichkeit, Durchsetzungsfähigkeit in einer Welt, die als abweisend empfunden wird, sind wichtige Kennzeichen der politischen Sozialisation nach rechtsaußen. Solche Erkenntnisse sind nicht wirklich neu, aber derartige Muster existieren weiter. Die politischen und gesellschaftlichen Institutionen sind offenbar nicht in der Lage, sie zurückzudrängen.

Zur Haben-Seite gehören ferner Informationen über die Gruppendynamiken beim NSU und bei den Autonomen Nationalisten. Kenntnisse und Analysen darüber sind unerlässlich, um die Entstehung, den Verlauf und möglicherweise das Ende militanter Orientierungsmuster zu begreifen und präventive Interventionen zu entwickeln. Hier liefert die neuere Literatur bemerkenswerte Hinweise, vor allem auf regionaler und lokaler Ebene. Vieles spricht dafür, dass die engeren sozialen Umfelder militanter Gruppen eine herausragende Rolle spielen für die Richtung und die Intensität von Gewaltbereitschaft. Der Übergang von Meinen in Handeln, von rechtsextremer Ori-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

entierung zu tatsächlicher Militanz, erfolgt in rechtsextremen Zusammenhängen offenbar in den engen, verdichteten Beziehungsstrukturen von Szenen und Milieus. Individuelle Radikalisierungsprozesse außerhalb oder am Rande sind die Ausnahme. Offen bleibt weiterhin, wie ein „Rechtsterrorismus" entstehen konnte, der eine zentrale Voraussetzung aller Formen des Terrorismus nicht erfüllt: öffentliche Kommunikation. Dieses Manko bleibt weiter eine Herausforderung für Journalismus und Wissenschaft, zumal vor dem Hintergrund der Hinweise von Bauer, diese Form „schweigender" Militanz sei in der rechtsextremen Szene verbreitet.

Eher enttäuschend sind die hier besprochenen Arbeiten über den Verfassungsschutz. Eine kritische Diskussion der Sicherheitsbehörden steht auf der Tagesordnung – deshalb ist es nicht mit moralischer Empörung und Forderungen nach Abwicklung getan. Es fehlt weiterhin an einer empirisch gut begründeten Studie über systematische Defizite der Sicherheitsbehörden im Rahmen der neuen Sicherheitsarchitektur, auch an Hinweisen zu einer Reform, die über das simple Abschaffungsparadigma hinausgeht.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

»Kontrovers besprochen«:

„Vorwärts und nicht vergessen"?

Christian Lannert, „Vorwärts und nicht vergessen"? Die Vergangenheitspolitik der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 292 S.

Von André Brie (1)

„Wenn Geschichte, von welcher Seite auch immer, zur Rechtfertigung einer bestimmten politischen Agenda instrumentalisiert wird, führt dies in der Regel zu unzulässigen und bisweilen unseriösen Vereinfachungen historischer Abläufe und zur Konstruktion von Geschichtsmythen", schreibt Christian Lannert in der Einleitung seiner Studie zur Vergangenheitspolitik der Partei Die Linke und ihrer Vorgängerin PDS. Von einer Instrumentalisierung und Vereinfachung bleibt er frei. Das trifft auch auf seine theoretischen Begründungen von Erinnerungs- und Vergangenheitsbewältigung weit über die Fragen der PDS und der Linken hinaus zu. Er legt eine empirisch differenzierte, detaillierte und aussagenreiche Untersuchung zu einer immer noch umstrittenen und in der Tat widersprüchlichen Entwicklung vor. Streit und Widersprüche betreffen bei weitem nicht nur die Analysen und Veröffentlichungen von Historikern, zeitgeschichtlichen Instituten und politischen Kontrahenten der Linken und der früheren PDS oder noch fortwirkende innerdeutsche Debatten, sondern auch die Äußerungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Partei selbst, wenngleich deren Intensität nach dem Zusammengehen von PDS und WASG und der Bildung der Linken deutlich nachgelassen hat.

Angesichts der Verantwortung nicht nur der PDS, sondern auch der neuen Partei, sich mit den gravierendenden Defiziten und den Verbrechen der SED weiter auseinander zu setzen, und des wahrlich immer noch nicht leichten Anspruches, linke und sozialistische Politik politisch, theoretisch und praktisch zu erneuern und wiederzugewinnen, wäre ein solches Nachlassen weniger für die Gesellschaft als für die Partei selbst riskant. In dieser Hinsicht möchte ich dem Autor kritisch entgegentreten. Eben die geschichtliche Verantwortung und der aktuelle politische Anspruch sind nach meiner Überzeugung die „besondere Bedeutung" für „die Aufarbeitung der Geschichte und die Selbstverortung in historischen Kontexten" und nicht das Selbstverständnis, wie Lannert schreibt: „Als Partei mit marxistisch-leninistischer Denktradition ist der historische Materialismus Teil ihres Geschichtsverständnisses." Abgesehen davon, dass sich allenfalls einzelne Mitglieder auf dieses Selbstverständnis berufen, wird in Lannerts Quellen, Darstellungen und Einschätzungen deutlich, dass sich die PDS gerade in den historisch-politischen Äußerungen strikt von jenem ideologischen Wissenschaftsanspruch befreite, der die Positionen der SED, der staatskommunistischen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Positionen und den „historischen Materialismus“ nicht zuletzt und mit besonderem ideologischen Nachdruck in der Geschichtspolitik prägten. Dass diese Veränderung gegenüber der SED in der ersten Zeit nicht selten innerhalb der PDS orthodox bekämpft wurde, vermag nicht zu überraschen. Axiome des Marxismus-Leninismus und seines wissenschaftlichen Wahrheitsanspruchs waren tief verwurzelt. Vergangenheits- und Geschichtsbeurteilungen bestimmen zudem nicht nur zwischen- und innerparteiliche sowie gesellschaftliche Auseinandersetzungen, grundsätzliche Deutungshoheiten und politische Orientierungen, sondern in elementarer Weise auch eigenes Leben, Selbstbewusstsein und Selbstdefinition von Lebensläufen.

Der Umgang mit der Vergangenheit in der jüngeren Geschichte ist nicht neu. Er lässt sich über viele Jahrhunderte zeigen. Wolfgang von Goethe wies auf zwei der Widersprüche in *Wilhelm Meisters Wanderjahre* hin, wenn er meinte: „Über Geschichte kann niemand urteilen, als wer an sich selbst Geschichte erlebt hat“; an anderer Stelle heißt es: „Besieht man es genauer, so findet sich, dass dem Geschichtsschreiber selbst die Geschichte nicht leicht historisch wird.“ Historiker, Wissenschaftler mögen und müssen sich darüber erhöhen oder entfernen, den so persönlich betroffenen Menschen, die Subjekt wie Objekt eben dieser Geschichte waren, gelingt das oft nicht.

Leider schließt der Autor einige der entscheidenden, intensivsten und charakteristischsten Kontroversen aus seiner Analyse und seinen Quellen aus, so die heftige Diskussion um den Brief Gysis und Biskys an den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (1998) oder den Beschluss des PDS-Vorstandes zur Menschenrechtspolitik (beziehungsweise zur entsprechenden Haltung gegenüber Kuba). So umfassend Lannerts Quellen politologischer und geschichtswissenschaftlicher Literatur über die Politik der PDS bzw. der Linken (jedenfalls bis etwa 2009) sind, Primärliteratur wäre aus meiner Sicht erweiterungsfähig und notwendig gewesen. Wer immer einmal eine solche Untersuchung fortsetzen möchte, wäre gut beraten, einmal eine Analyse der jeweiligen Leserbriefveröffentlichungen im *Neuen Deutschland* (bis heute) vorzunehmen.

Wahrscheinlich hätte Lannert dann nicht von „der Vergangenheitspolitik“ der Partei geschrieben. Seine Beschreibungen und Einschätzungen lassen eher den Schluss zu, es sei von „Vergangenheitspolitiken“ der Partei zu sprechen. Ob der von ihm stereotyp verwandte, von unterschiedlichen Kreisen, Persönlichkeiten oder Politiken in der PDS und der Linken mit dem Begriff „marxistisch“ oder „Marxisten“ traditionell und aktuell den Realitäten zutrifft, scheint mir ebenso fraglich zu sein, wie seine enge Begrenzung der ideologischen Gegensätze zwischen PDS und WASG in der Fusion beider Parteien. Wenn ausgerechnet dem früheren Vorsitzenden der Partei, Lothar Bisky, seine ausgesprochen allgemeine Aussage „Wir stellen die Systemfrage“ als eine Absage gegen das parlamentarisch-demokratische System der Bundesrepublik“ unterstellt wird (schon in der Einleitung), verlässt Lannert den eigenen realistischen und gründlichen Anspruch, bevor er ihn in der Folge nahezu konsequent betritt. Der Sorgfalt, durch die sich Lannerts Buch und seine Auseinandersetzung mit der PDS und der Linken ansonsten auszeichnen, hätte gerade Lothar Biskys langjähriges Ringen um diese Parteien, neue linke Politik und seine eigene Position sehr wohl verdient. Das

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Scheitern und der Untergang der SED und der DDR hat gerade er als jene Aufgabe gesehen und genutzt, „Impulse daraus zu bewahren und umzusetzen“, wie sie Lannert zurecht als Erfordernis der Partei in dem Transformationsprozess nach 1989 und das Ringen um ihre Geschichtsbilder sieht. – Trotz solcher Einschränkungen ist dem Autor eine lesbare, nachdenkliche und wohltuend differenzierte Arbeit gelungen, die nicht nur der bundesdeutschen Linken, sondern besonders auch der kritischen Diskussion in ihr gut tut.

Von Stephan Hilsberg (2)

„Wenn die ‚Geschichtswissenschaft als Kampffeld von Politik und Ideologie‘ Gefahr läuft, gegen die Demokratie verwendet zu werden, ist es die Aufgabe des Historikers, zu ihrer Verteidigung beizutragen, indem er geschichtsklitternden Argumenten durch Aufklärung ihre Wirkung nimmt.“ Dieser Satz des Autors auf der letzten Seite beschreibt Ethos und Grenze von *Vorwärts und nicht vergessen*. Der Gewinn seiner Lektüre besteht im profund belegten Nachweis der geschichtspolitischen Kontinuität von alter PDS zur heutigen Linken. Das bedeutet nichts weniger als, salopp gesagt, dass die Partei Die Linke die alte PDS ist. Die wiederum war die alte SED. Und damit ist Die Linke schlicht die alte, die Diktatur in der DDR schaffende und tragende Staatspartei SED, bzw. das, was von ihr heute weiterlebt. Die Haltungen, Werte und Selbstverständnisse innerhalb dieser Partei, die unmittelbar zu den geschichtsklitternden Argumenten führen, beschreibt er hingegen nicht.

Das erste große Kapitel seines Buches widmet Lannert den verschiedenen geschichtspolitischen innerparteilichen Akteuren der Partei, der Historischen Kommission, der Kommunistischen Plattform, dem Marxistischen Forum, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Ältestenrat, den sogenannten Reformern und dem orthodoxen Block der alten kommunistischen Kader. Diese agieren zwar selbständig, insofern agiert die Linke innerparteilich pluralistisch, doch weist Lannert nach, dass insbesondere die kommunistische Plattform über so etwas wie eine Vetomacht im parteiinternen Kampf um die Geschichtspolitik verfügt. Und die Parteiführung weiß genau, was sie an den alten Kadern hat, die diese Partei erst stark machen. Schon die Umbenennung der alten SED 1989/90 in die Nachfolgepartei PDS stand unter dem Vorzeichen der Mitnahme der alten Kader, um die sich Gregor Gysi explizit bemühte. Diese alten Kader waren zwar bereit, den Stalinismus zu verdammen, doch eine weitergehende kritische Debatte zum Versagen der DDR und damit der SED ließen sie nicht zu. Weder wurde der Sozialismus als legitimer Versuch aufgegeben noch die Überwindung des Kapitalismus, und damit in ideologischer Kontinuität die bundesdeutsche Demokratie.

Geschichtspolitik hat in der Partei allerobersten Rang. Noch immer ist es so, dass die Parteiführung über die geschichtspolitische Linie entscheidet, wie schon in der ehemaligen SED. Unter Voraussetzung der Geltungsansprüche der systematischen Überwindung des Kapitalismus, durch den die Partei sich bis heute legitimiert sieht, entwickelt sie ihre Strategie und politischen Ziele weiter. Und jede Debatte, die die Folgen dieser Geltungsansprüche bis hin zum Kalten Krieg, den verlogenen Seiten des

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Antifaschismus der SED, ihren antidemokratischen und menschenrechtsverletzenden Zügen, ja letztlich dem Scheitern des DDR-Sozialismus aus ihren innerkommunistischen Gründen heraus beginnt kritisch zu durchleuchten, wird zu einer Gefahr für ihre heutige Strategie. Die Linke ist eben nicht einfach eine Interessenpartei modernen Typs, etwa für die Ostdeutschen, oder des Prekariats. Vielmehr werden deren Interessen instrumentalisiert, um in der alltäglichen realpolitischen Auseinandersetzung Vorteile für sich zu erzielen.

Und so weist Lannert nach, dass diese Partei nicht einmal einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit oder des Rechtsextremismus in Ostdeutschland leistet. Sie blendet die „Selbstbetroffenheit" (Lannert) aus und meint damit das Denken und Fühlen der Menschen selbst, die zu Rechtsextremismus und Rassismus neigen. Damit können diese Haltungen selbst nicht aufgearbeitet werden. Der Kampf gegen rechts trägt in der Linken auch antidemokratische Züge. Lannert zitiert Bisky („Wir stellen die Systemfrage!"), oder Lafontaine, der stolz darauf ist, dass seine Partei diese „Systemfrage" stellt. Ein Bekenntnis zur Demokratie sieht anders aus. Für Lannert ist die Demokratie das Maß aller Dinge, für die Linke aber vor allem Ausdruck eines modernisierten Kapitalismus, der nach wie vor überwunden werden muss. Und das macht diese Partei so unangenehm und widerlich. Was soll ich mir für einen Reim darauf machen, dass die Linke sich weigert, das Versagen der SED, der kommunistischen Ideologie, ja ihrer Sozialismus-Vorstellungen einzuräumen, und gleichzeitig in unserer Demokratie die eigentlichen Gründe der aktuellen, innergesellschaftlichen Probleme sieht?

Lannert weist sehr gut nach, dass die Linke nicht einmal auf einem ihrer Hauptfelder einen nennenswerten politischen Beitrag geleistet hat, nämlich der Überwindung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auf Grund der über 40-jährigen Teilung und ihrer Überwindung im Rahmen der deutschen Einheit. Vielmehr sieht er in ihr eine der Quellen der antidemokratischen Ressentiments, die in Ostdeutschland, weit über die westdeutschen Erscheinungen hinaus, gang und gäbe sind. Lannert öffnet jedem, der an einer fundierten, sachlichen, persönlich nicht verletzenden Auseinandersetzung mit der Linken gelegen ist, einen großen Karteikasten mit Argumenten. Doch diese Auseinandersetzung findet nicht statt. Das ist ein eigenes Thema, auf das der Autor nicht eingeht. Seine Hinweise auf die Reflexe bei SPD und Grünen greifen zu kurz, weil sie das Versagen der „bürgerlichen" Kräfte in der demokratischen Auseinandersetzung mit der Linken nicht mal ansatzweise thematisieren. Aber im Grunde ist das auch nicht Lannerts Thema.

Und doch ist sein Hinweis auf die taktische Nutzung der Linken vom „Unrechtsstaat" ausgesprochen wertvoll. Im Abschnitt „Argumentationsmuster und sprachliche Taktiken", zeigt der Autor, wie die Partei Kampfbegriffe entwickelt, mit denen sie Gefühle der Menschen zwar aufnimmt, nicht um ihnen eine adäquate Antwort zu geben, sondern um sie in ihre Geschichtsideologie einzubauen. Damit werden für die Linke positive Begriffe erzeugt, wie beispielsweise Sozialismus, ebenso negative Begriffe wie „Kolonialismus", „Fremdbestimmung", „Siegerjustiz" oder eben „Unrechtsstaat". Und beim Unrechtsstaat geht es um das untergründige Gefühl vieler Ost-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deutscher, die die Rechtsprechung in der DDR eben nur z. T. als Exekution von Unrecht wahrgenommen haben und die sich deshalb mit dem Begriff vom Unrechtsstaat diffus diskreditiert sehen. Das kann man noch nachvollziehen. Doch damit ist die Existenz des politischen Strafrechts der DDR, ihrer Morde an der Mauer nicht bestritten. Und wahr ist eben auch, dass es keinen Rechtsstaat und keine Gewaltenteilung in der DDR gab, und dass, wenn es drauf ankam, die SED jederzeit in der Lage war, Richtersprüche zu dekretieren, dass also die Macht das Recht diktierte. Das machte exakt den Charakter des nationalsozialistischen Unrechtsstaats aus. Anders war es in der DDR auch nicht. Die Denkverbote, zu deren Aufrichtung die Linke bis heute in der Lage ist, bewirken, dass hochrangige Spitzenpolitiker, die nicht Mitglieder der Linken sind, heute empfehlen, auf die Verwendung des Begriffs „Unrechtsstaat" zu verzichten. Hieran können wir erkennen, dass die Auseinandersetzung um die Wirkung der Geschichtspolitik der Linken eben nicht akademischer Natur ist, sondern tief in unsere Gesellschaft hineinragt.

Lannert sieht in der Geschichtspolitik der Linken eine Gefahr für unsere Demokratie. Um sie wirklich zu verstehen, wäre ein Blick in die geschichtsmetaphysischen Hintergründe ihrer Sozialismus-Vorstellungen nützlich gewesen. Wir haben es in dieser Partei mit einem Glauben zu tun, der so kräftig ist, dass er in Landesregierungen hineinragt und parlamentarische Mehrheitsfindungen beeinflusst. Damit mag man pragmatisch umgehen wollen, aber man muss wissen, mit welchen Kräften man es zu tun hat; sonst gelingt die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen, und das ist in erster Linie Aufklärung, eben nicht. Man darf sich nichts gefallen lassen, muss die politischen Linien und Argumentationsmuster der Linken entschlüsseln, muss aufklären, deren Diskreditierungen zurückweisen. Ja, im Politikerjargon gesprochen heißt das: Angriff!

Wer Ostdeutschland moderner machen will, lebensfähiger und einladender, wer gegen den hiesigen Rechtsextremismus erfolgreich Zeichen setzen will, kommt um die Auseinandersetzung mit der Partei nicht herum. Bücher wie die von Lannert sind dafür ausgesprochen hilfreich. Eine Entzauberung der Linken ist nicht nur nötig, sondern auch möglich, ohne falsche Verallgemeinerung auf eine sachliche, moderne, nicht verletzende aufklärerische Weise. Dass sich dabei jene verletzt fühlen, die glauben, in der DDR glücklich gewesen zu sein, mag sein. Damit muss man leben. Dass jene, die in ihrem privaten Leben in der DDR auch glücklich waren, glauben, in einem Angriff auf die DDR einen Angriff auf ihr privates Leben zu sehen, dass muss man nicht akzeptieren. Dagegen kann man etwas machen. Inzwischen aber geht es gar nicht mehr nur um jene, die sich verletzt fühlen, wenn es gegen die Linke geht, sondern um ganze Altersjahrgänge, in denen der Sozialismus der DDR wieder verklärt ist. – Demokratische Politik heute bedeutet zweierlei: ernsthafte Wahrnehmung von Interessen und das Beharren auf Aufklärung gegenüber antidemokratischen Strategien, auch denen der Partei Die Linke.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Von Jürgen P. Lang (3)

Wohl keine andere Partei im wiedervereinigten Deutschland befasst sich derart intensiv mit der (eigenen) Geschichte wie die PDS bzw. Die Linke. Deren Vergangenheitspolitik vor allem in Bezug auf SED und DDR ist keineswegs einheitlich, oszilliert vielmehr zwischen den ideologischen Vorstellungen unterschiedlicher Strömungen, zwischen den Ansprüchen aufzuarbeiten und zu bewahren, zwischen Nostalgie und Utopie. Angesichts dessen verwundert es, dass eine Gesamtdarstellung zum Umgang der PDS/Die Linke mit der Geschichte noch immer fehlt. Diese Lücke vermag Christian Lannert zwar zu schließen, doch die am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg eingereichte Dissertation kommt alles in allem nicht über das Stadium eines Forschungsstandes hinaus. Sicherlich: Lannert hat viele Fakten und Argumente zusammengetragen – und zu einem mal mehr, mal weniger überzeugenden Gesamtbild zusammengefügt. Doch neue Erkenntnisse fördert er nicht zutage.

Ein wesentliches Anliegen des Buches ist es, die geschichtspolitischen Akteure zu benennen, deren „Themen- und Diskursfelder [und] deren Entwicklung in chronologisch geordneten Einzeldarstellungen“ (S. 33) zu beschreiben und dabei die spezifischen Interessen zu berücksichtigen. Doch Lannert erreicht dieses im Grunde wenig ambitionierte Ziel nur teilweise. Die einzelnen innerparteilichen Lager würdigt der Autor eingangs zwar ausführlich – getrennt nach PDS und Linker. Im weiteren Verlauf sind sie jedoch kaum mehr zu identifizieren. Die oft redundante Untersuchung wirft vieles durcheinander; nur hin und wieder blitzt der Gegensatz zwischen orthodoxen Kommunisten und „Reformern“ auf. Dass Lannert die politische Dimension der Geschichtsbetrachtung herausstreicht, ist wohl als Konzession an den Doktorvater zu verbuchen[1] und erscheint mit dem Fokus auf die PDS/Die Linke auf den ersten Blick sinnvoll. Doch im Allgemeinen ist die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nur – wie der Autor suggeriert – ideologisch-politische Konfrontation, sondern auch normative Notwendigkeit. Der kardinale Gegensatz von Demokratie und Diktatur kommt jedoch zu kurz. Als theoretisches Raster hätte er der Untersuchung etwas mehr Kontur geben können.

Früchte trägt das Buch gleichwohl. In dem Hauptteil „Themen und Muster der Vergangenheitspolitik“ arbeitet Lannert zunächst heraus, dass bei der Aufarbeitung der SED-Vergangenheit – die einerseits eine sozialistische Perspektive eröffnen, andererseits Reputation und Ministrabilität der Partei fördern soll – Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen. Unerwähnt bleibt freilich, dass der Partei dabei ein tiefer Griff in die Trickkiste der Verschleierung hilft, wenn sie alle zu „Demokraten“ stempelt, die nicht „Stalinisten“ sind. Der apologetische Stalinismus-Begriff, der intern manche Zerwürfnisse zukleisterte und nach außen hin einen demokratischen Schein wahrte, geistert zwar beständig durch die Zeilen, erklärt wird seine Funktion aber leider erst gegen Ende des Buches.

1 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dem Wandel der Geschichtspolitik nach der Fusion der PDS mit der WASG zur Linken widmet Lannert mehrere Abschnitte. Er konstatiert: „Nach 17 Jahren PDS ist erstens durch die Fusion und den Zustrom der neuen Mitglieder und zweitens durch einen allmählichen Generationenwechsel in der Führungsriege […] eine allmähliche Veränderung der Erinnerungslandschaft wahrnehmbar, die durch andere Interpretationszusammenhänge und Argumentationsmuster gekennzeichnet ist“ (S. 91). So richtig diese Aussage ist, lässt die PDS-fixierte Untersuchung eine Herleitung oder Begründung missen. Die – kaum vorhandene – Vergangenheitspolitik der WASG und deren Einfluss findet ebenso wenig Berücksichtigung wie das hartnäckige, aber eher erfolglose Bemühen ihrer Protagonisten, in der Linken jegliche geistige – positive wie negative – Verbindung zur DDR zu kappen. Insbesondere Oskar Lafontaine erwies sich als Meister des Schlussstrichs. Schließlich hielt er die Verpflichtung der Partei auf einen „Anti-Stalinismus“ für überflüssig; ein „Stalinismus“-Problem habe nicht Die Linke, sondern die heutige Gesellschaft.[2]

Die faktengesättigte Untersuchung spannt einen weiten Bogen unterschiedlicher Aspekte und Themenfelder der parteilichen Geschichtspolitik. Trefflich durchschaut und widerlegt Lannert die Agitation der Partei gegen den – in der Tat zu Missdeutungen verleitenden – Terminus des „Unrechtsstaats“ als Bezeichnung für die DDR. Der Haupteinwand, im „Arbeiter- und Bauernstaat“ habe es rechtsstaatliche Verfahren gegeben, sei fadenscheinig: „Führt man diese Argumentation weiter, wäre auch Hitlerdeutschland ein Rechtsstaat gewesen“ (S. 105). Der Autor erkennt gut den Kern der Vergangenheitspolitik der PDS, die der DDR eine höhere moralische Legitimation zuweist als der „kapitalistischen“, vorgeblich durch den Nationalsozialismus diskreditierten Bundesrepublik. „Kritik an der Gründungsphase der DDR wird daher vehement zurückgewiesen, da diese durch das moralische Diktum des Antifaschismus […] gedeckt war“ (S. 107 f.).

Die Analyse verdeutlicht an anderer Stelle, wie leicht es der Partei fiel, mit Hilfe ihres ideologischen Rüstzeugs gegen „Siegerjustiz“ und „Rentenstrafrecht“ zu Felde zu ziehen und selbst dem MfS eine grundsätzliche Legitimation zuzumessen: „Würde man nach PDS-Logik in diesem Zusammenhang ebenso von ‚berechtigten Aufgabenstellungen‘ der Gestapo sprechen, die im richtigen historischen Kontext nachvollziehbar und deren Leugnung die Biographien von Deutschen massenhaft delegitimiert“ (S. 175)? Über die Bedeutung des „Antifaschismus“ im Linksextremismus ist schon viel geschrieben worden. Die einschlägigen Abschnitte sind eine der Stärken des Buches. Luzide erklärt Lannert die vielfältigen Funktionen des Begriffs auch für die aktuelle politische Strategie der Partei: „In Bündnissen‚gegen rechts‘ gelang es der PDS nach der Wende, ihre Isolierung zu überwinden und neue Partner zu gewinnen. Außerdem konnte sie sich so als besonders eifrige Verteidigerin der Demokratie gerieren“ (S. 191). Was allerdings die Partei unter Demokratie (und Diktatur) versteht, bleibt in dem Buch etwas unterbelichtet.

2 Vgl. Oskar Lafontaine, Nicht die Partei, sondern das System, in: Neues Deutschland vom 13. Juli 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dass sich der Historiker Lannert im Gebrauch politikwissenschaftlicher Terminologie manchmal als nicht ganz sattelfest erweist, kann man hinnehmen. In seiner Hilflosigkeit geradezu entlarvend ist jedoch das Eingeständnis am Anfang der Zusammenfassung, „dass dem Wunsch nach einem erschöpfenden und adäquaten Befund die Komplexität und Widersprüchlichkeit des untersuchten Gegenstandes entgegensteht" (S. 238). Die wissenschaftliche Hauptaufgabe, diese Komplexität zu reduzieren, bewältigt der Autor in der Tat nur ungenügend. Systematik und eine durchdachte Methodik hätten für Abhilfe sorgen können, sind jedoch – vorsichtig formuliert – nicht gerade das Pfund, mit dem die Untersuchung wuchern kann.

Unsicherheit oder Leichtfertigkeit verrät auch der Umstand, dass Lannert sich eng an der Sekundärliteratur entlang hangelt. Dies geht so weit, dass der mit der einschlägigen Forschung vertraute Leser phasenweise mit einem Déjà-vu-Erlebnis nach dem anderen konfrontiert wird. Auffallend viele Sätze sind mehr oder weniger wortwörtlich aus anderen Werken übernommen – bei korrekter Quellenangabe zwar, aber mit fehlenden „Gänsefüßchen". Angesichts seiner Akribie bei dieser okkupierenden Zitierweise erscheint der oft schlampige Umgang des Autors mit Fakten und Sachverhalten nicht mehr als lässliche Sünde. An einer Stelle wird ein Parteitag um ein Jahr vorverlegt, an anderer firmiert der Ältestenrat der PDS/Die Linke als Organ der parteioffiziellen Geschichtsschreibung. In Wahrheit ist er – was unschwer festzustellen gewesen wäre – ein Hort orthodox-kommunistischer Ideologie. Dass obendrein ein 2012 erschienenes Werk kommentarlos bereits im Jahr 2010 abbricht, ist kaum zu verstehen. An wenigen unerheblichen Passagen hat der Autor vor der Drucklegung zwar zeitlich nachgebessert, doch so wichtige Ereignisse wie die Diskussion und Verabschiedung des Erfurter Parteiprogramms 2011 fehlen bedauerlicherweise.

Es kommt wohl darauf an, mit welchen Erwartungen man das Buch liest. Wer sich über die Thematik informieren will, wird gut bedient, enttäuscht dagegen, wer sich einen wissenschaftlichen Fortschritt erwartet. Man muss dem Autoren allerdings zugestehen, dass das Forschungsfeld über die Jahre hinweg schon weitgehend abgeerntet wurde – wenngleich verteilt auf zahlreiche Aufsätze und Studien, die sich meist mit Einzelaspekten befassen. In dieser Hinsicht ist Defragmentierung das Hauptverdienst des Buches.

Von Sebastian Prinz (4)

Der Gegenstand der Dissertation von Christian Lannert, die Vergangenheitspolitik der Linken und ihrer Vorgängerin PDS, zeigt, dass es sich bei den Positionen und innerparteilichen Debatten zur Vergangenheit nicht nur um Geschichtswissenschaft handelt – selbst wenn diese Debatten größtenteils von Wissenschaftlern geführt werden –, sondern auch um Politik, die auf gegenwärtige und künftige Ziele gerichtet ist.

Lannerts Arbeit füllt eine Forschungslücke: Angesichts der Fülle an Literatur über die Partei verwundert das Fehlen einer wissenschaftlichen Monographie zur Geschichtspolitik der Partei. Zwar hat Lannert umfangreiches Material ausgewertet, beispielsweise Stellungnahmen der Historischen Kommission, Veröffentlichungen ein-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zelner innerparteilicher Strömungen und programmatische Dokumente, aber einige relevante Texte nicht. Dazu gehören die Äußerungen der PDS-Gruppe bzw. -Fraktion in den beiden Enquete-Kommissionen des Bundestags „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit". Auch die zahlreichen historischen Publikationen der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrer Landesstiftungen wurden nicht einbezogen. Immerhin hat allein der Verein „Helle Panke", der Berliner Ableger der Stiftung, fast 130 „Hefte zur DDR-Geschichte" herausgegeben. Bei der Sekundärliteratur stützt sich Lannert insbesondere auf die Schriften von Harald Bergsdorf, Heinrich Bortfeldt, Eckhard Jesse, Jürgen Lang, Patrick Moreau, Viola Neu und Gero Neugebauer. Ausdrücklich distanziert er sich von Hubertus Knabe, der sich wiederholt zur Vergangenheitspolitik der Partei geäußert hat. Dessen Arbeiten seien von missionarischem Eifer gegenüber der Linken geprägt.

Die PDS war eine sehr geschichtsbewusste Partei: Erstens weil sie sich in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung sah und die SED an eine historische Mission geglaubt hatte, zweitens weil die Partei für das Unrecht in der DDR verantwortlich war. Sie war als Rechtsnachfolgerin der SED gezwungen, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzten. Auch die Öffentlichkeit und potentielle politische Partner verlangten von ihr Entschuldigungen beispielsweise für den Mauerbau, etwa vor dem Zustandekommen der Koalition von SPD und PDS in Berlin. Insofern hat die Partei ein instrumentelles Verhältnis zur Geschichte. Gleichwohl betonte sie immer wieder, sich um ihrer selbst willen mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Offen erklärte sie, an der DDR vor allem das kritisieren zu wollen, was nicht sozialistisch gewesen sei, um die sozialistische Idee von historischen Belastungen zu befreien und eine sozialistische Zukunftsperspektive entwickeln zu können. Keine andere Partei in Deutschland habe sich so umfangreich mit ihrer Geschichte beschäftigt wie die PDS. Dem ist zuzustimmen. Auch wenn fraglich ist, ob mit den Bildungs- und Forschungsanstrengungen zur Vergangenheitsaufarbeitung die breite Basis der Partei erreicht werden konnte, so vermag die Partei Kritik an ihrer Haltung zur Geschichte mit dem Hinweis zu begegnen, dass diejenigen Parteien, die die Blockparteien aufgenommen haben, sich mit deren Geschichte unzureichend auseinandergesetzt haben. Dieser Umstand beeinträchtigte die Glaubwürdigkeit von „Rote-Socken-Kampagnen".

Lannert beschreibt die Situation, in der sich die Partei 1989/90 befand und aus der sich die Notwendigkeit zur vergangenheitspolitischen Positionierung ergab, wie folgt: „Die zur PDS umbenannte Partei stand angesichts der politischen Gegebenheiten unter enormem Anpassungsdruck, da sie sich unter den veränderten Umständen als eine politische Kraft von vielen im wiedervereinigten Deutschland behaupten musste" (S. 39). Am Anfang der Vergangenheitspolitik der Partei stand beim Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS das Referat zum Bruch mit dem Stalinismus als System, das von Michael Schumann vorgetragen wurde. Dieser Bruch mit dem Stalinismus als System gilt als Grundkonsens der PDS, auch wenn umstritten ist, was genau darunter zu verstehen ist und wie konsequent dieser Bruch war. Auf Widersprüche weist Lannert hin: „Es scheint daher schwer nachvollziehbar, mit dem Anspruch auf Glaubwürdig-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

keit Stalins Politik zu verwerfen und zugleich die DDR zu einem ‚legitimen Versuch' zu stilisieren" (S. 251). Lannert spricht vom „Grundparadox der Vergangenheitspolitik von PDS und Linke". Immer wieder zeigt sich, dass die Partei sich nicht konsequent von DDR-apologetischen Positionen abgrenzen kann. So scheiterte ein Vorstoß der Parteireformer, sich von der Tageszeitung *junge Welt* abzugrenzen, nachdem diese am Jahrestag des Mauerbaus den Grenztruppen demonstrativ gedankt hatte, an Solidaritätsbekundungen Dutzender Bundestagsabgeordneter für diese Zeitung.

Die PDS war bzw. die Linkspartei ist eine sehr heterogene Partei. Dies äußert sich besonders bei Auffassungen zu geschichtlichen Themen. Das Meinungsspektrum in der Partei reiche „von überwiegend apologetischen bis relativ kritischen Haltungen gegenüber SED, DDR und ihrer Ideologie" (S. 12). Die Partei bewege sich auf einem schmalen Grat zwischen der Verteidigung von „Errungenschaften" und Kritik an der SED-Herrschaft. Rolf Kutzmutz beispielsweise kokettierte gar mit seiner SED-Vergangenheit und führte einen Wahlkampf unter dem Motto „Meine Biographie beginnt nicht erst 1989". Und selbst Reformer halten unbeirrt an der „Legitimität des sozialistischen Versuchs" fest. So erklärte Dietmar Bartsch 2013 in einer Bundestagsdebatte zur DDR-Aufarbeitung: „Wir lehnen als Linke jeden Versuch der Delegitimierung der DDR von Anbeginn ab, und das wird auch so bleiben." Lannert äußert eine Vermutung zur innerparteilichen „Rollenverteilung" bei den geschichtspolitischen Debatten der Partei: „Ohne spekulieren zu wollen, sei angemerkt, dass André Brie immer wieder die Rolle übernommen hat, ‚orthodoxe' Entgleisungen durch das öffentliche Setzen von Kontrapunkten auszugleichen, der Kritik anderer politischer Akteure entgegenzukommen und sie dadurch zu entschärfen. Seine Äußerung ist somit nicht als reine Verzweiflung an der Partei zu verstehen, der er seit ihrer Gründung an exponierter Stelle dient, sondern auch als taktischer Zug" (S. 236). Ohnehin erstaunt die Chuzpe, wie Brie, der nicht nur selbst für die Staatssicherheit gearbeitet hat, sondern auch noch entgegen der Beschlusslage der Partei seine diesbezügliche Tätigkeit vertuschen wollte, gegenüber Parteimitgliedern, die nicht so schnell ihre Überzeugungen über Bord warfen, mit erhobenem Zeigefinger auftritt. Lannert zitiert übrigens diverse Dokumente beispielsweise der Kommunistischen Plattform oder der Sozialistischen Alternative Voran, mit der es zwar viele Doppelmitglieder gibt, die aber kein Bestandteil der Partei ist, ohne immer deutlich zu machen, dass es sich dabei um Minderheitsmeinungen handelt.

Die Vergangenheit und damit die Vergangenheitspolitik wird die Linke weiter beschäftigen. Obwohl seit dem Ende der DDR über zwanzig Jahre vergangen sind, die Partei sich mehrfach umbenannt und viele Mitglieder gerade infolge vergangenheitspolitischer Auseinandersetzungen verloren hat und mit der WASG fusioniert ist, stammt die Mehrheit der Mitglieder und der führenden Politiker aus der SED. Auch wenn Oskar Lafontaine und andere Mitglieder aus den westlichen Landesverbänden sich an der DDR-Geschichte betont desinteressiert zeigen, bleibt die Vergangenheit eine Hypothek für die Partei.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rezensionsessay:

Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland in sechs handlichen Kapiteln

Von Kai Arzheimer

Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis heute, Darmstadt 2012 (*WBG*), 151 S.

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik bildet zugleich ein kleines und ein sehr unübersichtliches Forschungsfeld: Klein, weil sich die Zahl der Akteure aufgrund des hohen Verfolgungsdrucks zumeist in überschaubaren Grenzen hielt, unübersichtlich, weil sich diese Akteure in einer Unzahl von teils sehr kurzlebigen Gruppen zusammengefunden haben und weil die Grenzen zur demokratischen Rechten zuweilen verschwimmen.

Gideon Botsch, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam, hat nun in der Reihe *Geschichte Kompakt* eine knappe Gesamtdarstellung der deutschen extremen Rechten nach 1945 vorgelegt, die einen komprimierten, aber sehr gut lesbaren Überblick über mehr als sechs Jahrzehnte bundesdeutschen Rechtsextremismus gibt. Naturgemäß lässt sich dies nur durch didaktische Reduktion und Verdichtung erreichen. Der Autor stellt seiner eigentlichen Arbeit eine Einleitung von 17 Seiten voran, in der er neben einer Diskussion von Grundbegriffen (Rechtsradikalismus, -extremismus, -populismus, Antisemitismus etc.) und einem Überblick über den Aufbau des Buches noch eine Darstellung der extremen Rechten vom Kaiserreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unterbringt. Den Hauptteil bilden drei Kapitel, die unter den Überschriften „Nationale Opposition in der Nachkriegsgesellschaft", „Nationale Opposition im Übergang" und „Nationale Opposition im geeinten Deutschland" jeweils zwei Dekaden in der Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland behandeln, denen jeweils ein Unterabschnitt gewidmet ist. Den Zeitraum von 1980 bis 1989 beispielsweise untersucht Botsch unter der Überschrift „Zwischen Terror und Wahlkampf". Innerhalb jedes Kapitels betrachtet der Autor vor allem Parteien und andere primär politisch ausgerichtete Organisationen. Die „Lebenswelt" der Jugend- und anderen Vorfeldorganisationen wird eher exemplarisch dargestellt. Eine sehr knappe Schlussbetrachtung, in der Botsch vor allem die aktuellen Entwicklungen bei der NPD und die Aufdeckung des „Nationalsozialistischen Untergrundes" kommentiert, schließt das Werk ab.

Botschs Periodisierung ließe sich trefflich kritisieren, da politische Ereignisse und Entwicklungen sich üblicherweise nicht an die Grenzen von Dekaden halten. Botsch selbst weist auf die u. a. von Richard Stöss vorgeschlagene und in der Wahl- und

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parteienforschung weithin akzeptierte alternative Einteilung in drei bzw. vier „Wellen“ der rechtsextremen Wahlerfolge hin. Auch die politischen Biographien der (oft erstaunlich langlebigen) Akteure und der von ihnen begründeten Organisationen fügen sich selten nahtlos in das Dekadenschema ein.

Dennoch erscheint die von Botsch gewählte Einteilung in sechs Jahrzehnte, in denen die Entwicklung der extremen Rechten jeweils einer Art Leitmotiv folgt, erstaunlich plausibel. Dies liegt zum einen daran, dass einige für die extreme Rechte wichtige Ereignisse – das Verbot der SRP 1952, das Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969, der Anschlag auf das Oktoberfest 1980 und der Verbotsantrag gegen die NPD im Januar 2001 – tatsächlich auf halbwegs runde Jahreszahlen fallen und die Entwicklung in den darauffolgenden Jahren geprägt haben. Zum anderen aber geht es Botsch bei seiner Einteilung hauptsächlich um eine Didaktisierung des Stoffes. Für ihn stehen die Dekaden „jeweils als Begriffe für sich selbst und erzeugen unmittelbar eine Reihe von Assoziationen und Bildern“ (S. 6), die der Autor nutzbar macht, um seinen Lesern die ansonsten doch sehr unübersichtliche Entwicklungsgeschichte des neueren deutschen Rechtsextremismus als vergleichsweise wohlgeordnetes Tableau präsentieren zu können.

Mit diesem Zugang ordnet sich Botsch in das Programm der Reihe *Geschichte Kompakt* und einer wachsenden Zahl ähnlicher Projekte ein, die allesamt darauf zielen, Lehrstoff für Studierende in den „neuen“ Studiengängen in besonderer Weise aufzubereiten – die Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG) ist sich nicht einmal zu schade dazu, den Umschlag mit einem „Bachelor/Master geprüft-Siegel“ zu versehen, das den Eindruck erwecken soll, dass auch dieses Buch in irgendeiner Form „akkrediert“ worden sei. Dagegen ist per se nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Von Zeittafeln, besonders hervorgehobenen Definitionen, ausgewählten Quellen, Minibiographien und Randspalten profitieren alle Leser, die sich in dem Bändchen rasch zurechtfinden wollen. Zu kritisieren ist hier allenfalls das Fehlen der auf dem Umschlag annoncierten „klar strukturierten Grafiken“, mit denen man den teils sehr verschlungenen Stammbaum der Rechtaußen-Parteien hätte illustrieren können.

Sehr bedauerlich sind das durch das Format erzwungene fast vollständige Fehlen von Fußnoten und der weitgehende Verzicht auf Belege im Text, die nur für einige zentrale wörtliche Zitate angegeben sind. Dadurch verliert Botschs Kompendium für Kollegen erheblich an Nutzen und vermittelt den Studierenden ein – gelinde gesagt – irreführendes Bild von der wissenschaftlichen Methode. Dies ist schon deshalb problematisch, weil viele der von Botsch beschriebenen Gruppierungen klandestin organisiert sind. Für Studierende und Doktoranden wäre es wichtig zu wissen, auf welcher Grundlage ein so schwieriges Feld überhaupt erforscht werden kann.

Auch die Auswahlbibliographie ist mit zweieinhalb Seiten deutlich zu kurz geraten. Hier fehlt es – gerade vor dem Hintergrund der unzureichenden Belege im Text – nicht nur an Quellen, sondern vor allen Dingen auch an Kommentaren, die diese erschließen und den interessierten Studierenden Hinweise geben, wie sie sich Aspekte des Themas selbst erarbeiten können.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ein ganz erhebliches weiteres Problem liegt darin, dass die Darstellung fast vollständig ohne einen theoretischen Unterbau auskommen muss und sich stattdessen primär an der eingangs erwähnten Einteilung in Dekaden sowie der (nicht näher erläuterten) Idee von „Ereignisketten" orientiert. Ein politikwissenschaftlicher – etwa extremismustheoretischer – Rahmen fehlt. Konzepte wie das „Angebot" von und die „Nachfrage" nach extremistischen Politikinhalten werden zwar in der Einleitung erwähnt, spielen aber für das Folgende kaum noch eine Rolle. Die eingestreuten Erklärungen für die Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten bzw. der bundesdeutschen Gesellschaft insgesamt sind deshalb zwar durchaus plausibel. Eine Einbettung in einen größeren Argumentationszusammenhang ist aber kaum erkennbar. Dies ist bedauerlich, weil dadurch trotz der faktengesättigten Analyse einige der interessantesten Fragen der Rechtsextremismusforschung gar nicht erst in den Blick geraten.

So hat beispielsweise Herbert Kitschelt bereits vor fast 20 Jahren die Hypothese aufgestellt, dass die extreme Rechte in Deutschland regelmäßig an ihrer Fixierung auf und ihrer Verbindung zur jüngsten deutschen Geschichte scheitert und sich deshalb – anders als etwa in Frankreich, Skandinavien, der Schweiz und Österreich – bislang keine moderne und erfolgreiche Rechtsaußen-Partei etablieren konnte. Als Beleg für die Gültigkeit von Kitschelts Hypothese wird häufig die NPD genannt, die sich noch in den frühen 1980er Jahren vornehmlich mit den verlorenen Ostgebieten, Kriegsschuld- und Holocaust-Debatten und nicht zuletzt dem klassischen Antisemitismus beschäftigte und darüber die aufkommenden Fragen der Asyl- und Zuwanderungspolitik fast übersehen hat.

In seinen Ausführungen zu „Terror und Wahlkampf" beschreibt Botsch nun in wenigen dürren Sätzen die Entdeckung des Migrationsthemas sowie die halbherzigen und kurzlebigen Versuche der NPD, sich in einem neuen Programm von ihrer seit Jahrzehnten geführten vergangenheitspolitischen Debattenkultur zu lösen, ohne die Signifikanz dieses Manövers deutlich zu machen oder auf die Gründe für sein Scheitern einzugehen. In ähnlicher Weise wird die Hinwendung der „Republikaner" zum Rechtsextremismus nach der Übernahme des Vorsitzes durch Franz Schönhuber lapidar als Faktum präsentiert, aber nicht in einen größeren Kontext gestellt. Botschs Erörterung der Vorgänge ist konzise und hochinformativ, würde aber durch einen stärker analytischen Zugriff, durch ein Mehr an Interpretation, vielleicht sogar durch zielgerichtete Spekulation – was wäre gewesen, wenn sich die Republikaner bereits früher von der NS-Verehrung und anderen verfassungsfeindlichen Tendenzen in ihren Reihen überzeugend distanziert hätten? – nochmals gewinnen. Generell wird das (insgesamt bislang ebenfalls recht erfolglose) rechtspopulistische Spektrum in Deutschland – zu nennen sind neben älteren Gruppierungen wie der Partei Rechtsstaatliche Offensive, Pro-DM und der Bund Freier Bürger vor allem die Pro-Bewegung (die Botsch eher dem Rechtsextremismus zuordnet) und Die Freiheit – nur am Rande betrachtet. Auch zum Übergangsbereich zwischen etablierten Parteien und extremer Rechter – insbesondere zum gelegentlichen Aufflackern nationalliberaler bis nationalpopulistischer Strömungen in der FDP – hätte der Leser gerne noch etwas mehr erfahren.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wie oben bereits angesprochen, betrachtet Botsch außer der parteipolitisch organisierten Rechten auch sehr intensiv die Lebenswelt des rechten Milieus, d. h. das Netzwerk, das von Zeitschriften und Tagungshäusern über „Jugendbünde“ bis hin zu Kameradschaften und kaum organisierten Schlägerbanden reicht. Mit guten Gründen beschränkt sich Botsch auf eine exemplarische Darstellung, auch wenn die Auswahlkriterien, nach denen er vorgeht, nicht immer ganz klar werden.

Die relativ ausführliche Beschäftigung mit den „Bünden“ und „Ringen“ ist sicher deren historischer Bedeutung insgesamt sowie ihrer früheren Rolle als zentrale Sozialisations- und Rekrutierungsinstitutionen geschuldet, die sie aber seit den 1970er Jahren weitgehend verloren haben dürften. Für den Zeitraum seit den 1980er Jahren ergibt sich aus Botschs Darstellung der Eindruck, dass viele Organisationen im Grunde nur noch von und für einige wenige Familien weitergeführt werden, die sich seit Generationen dem Nationalsozialismus verschrieben haben. Angaben zur Zahl der Mitglieder dieser Gruppierungen sind schwer zu ermitteln, grobe Schätzungen wären aber hilfreich. Umgekehrt hätte der Leser gerne mehr über die Freien Kameradschaften, über sonstige neonationalsozialistische Gruppen und vor allem über die rechte Subkultur im deutschsprachigen Internet gewusst, die für viele Aktivisten und Sympathisanten einen weitgehend rechts- und repressionsfreien Raum bildet, der traditionelle Formen der rechten Jugendkultur zumindest ergänzt, wenn nicht sogar partiell ersetzt.

Sehr informativ wenn auch knapp sind schließlich Botschs Ausführungen zum Rechtsterrorismus insbesondere der 1980er Jahre. Zurecht weist der Autor hier darauf hin, dass dieser im Gegensatz zum Terror der RAF und der Revolutionären Zellen von Medien und Öffentlichkeit weitgehend vergessen worden ist, obwohl die Zahl der Opfer hoch war und einige der „Wehrsportgruppen“ über paramilitärische Ausrüstung und entsprechendes Training verfügten. Hier wäre – gerade im Zusammenhang mit den Morden durch den „Nationalsozialistischen Untergrund“ und den spektakulären Fehlleistungen der Sicherheitsbehörden bei deren Aufdeckung – intensiver nach den strukturellen Ursachen und Folgen dieser Fehlwahrnehmung zu fragen.

Abschließend stellt sich die Frage, an welches Publikum sich Botschs Werk richtet. Für Fachwissenschaftler hat es trotz fehlender Fußnoten und sonstiger Belege einen gewissen Nutzen als komprimierter Überblick über die wichtigsten Stationen des Nachkriegs-Rechtsextremismus. Auch für die eigentliche Zielgruppe ist es im Grunde gut geeignet, sollte bei der Kursplanung aber nicht als Lehrbuch, sondern als ein Nachschlagewerk betrachtet werden, mit dessen Hilfe sich die Studierenden rasch das notwendige zeitgeschichtliche Hintergrundwissen erschließen können. Für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der extremen Rechten bleiben auch in Zeiten von Bachelor und Master ein solides theoretisches Rüstzeug und die Auseinandersetzung mit der aktuellen Forschungsliteratur unabdingbar.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

»Wieder gelesen«:

Ein dritter Weg nach Kriegsende

Von Mike Schmeitzner

Paul Sering [Richard Löwenthal], Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Lauf b. Nürnberg 1947 (*Nest-Verlag*), 275 S.

Noch im Spätherbst 1946 von der amerikanischen Militärregierung lizenziert, erschien Richard Löwenthals erstes großes und zugleich auch vielschichtiges Werk im Februar 1947 – unter seinem damals eher bekannten Exil- und Widerstandsnamen „Paul Sering". Es war seinen „überlebenden Freunden in Deutschland" gewidmet und richtete sich „nach der Katastrophe" der NS-Diktatur in erster Linie an Sozialisten, die nach 1933 von den politisch-programmatischen Diskussionen abgeschnitten gewesen waren, und zum zweiten an junge Menschen, die sich überhaupt erst mit dem „Gedankengut des demokratischen Sozialismus vertraut" (S. 5) machen wollten. Doch es beinhaltete mehr als die aktuelle Neuvermessung eines demokratischen Sozialismus; es bot auch eine vorzügliche Analyse der europäischen Großtotalitarismen – der gerade untergegangenen Hitler-Diktatur und der Diktatur Stalins. Es war überdies eine Antwort an führende Verfechter des (Neo-)Liberalismus, die – wie Friedrich A. von Hayek – die „Vereinbarkeit von Sozialismus und politischer Demokratie" leugneten und erklärten, dass „alle Planung […] zur Einschränkung der persönlichen und politischen Freiheit [führe], und zwar umso radikaler, je weiter der Bereich des Staatseigentums ausgedehnt werde" (S. 267 f.).

Galt Hayeks 1945 auf Deutsch veröffentlichte Schrift *Der Weg zur Knechtschaft* als Manifest des (Neo-)Liberalismus, betrachtete Löwenthal sein Werk als Manifest einer demokratisch verfassten Planwirtschaft, mit dem der Beweis erbracht werden sollte, planender Sozialismus und politische Demokratie könnten eine harmonische Einheit bilden. Für Löwenthal selbst markierte das Werk den vorläufigen Höhepunkt eines politischen Wandlungsprozesses: 1908 in Berlin geboren und 1931 in Heidelberg promoviert, war Löwenthal erst im britischen Exil zur Sozialdemokratie gekommen. Noch als Student hatte er sich in Berlin der KPD angeschlossen und war dort rasch – als Nachfolger seines Freundes Franz Borkenau – Reichsleiter der Kommunistischen Studentenfraktion (Kostufra) geworden, bevor er über die Rechtsabspaltung KPO zur konspirativ agierenden sozialistischen Gruppe „Neu Beginnen" stieß. Dort avancierte er binnen kurzem zum wichtigsten Theoretiker und Vordenker. Nach seiner Flucht aus Deutschland 1935 lieferte der politisch und rassisch Verfolgte bedeutende publizis-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tische Beiträge zur „Innenausstattung“ der deutschen, italienischen und sowjetischen Parteidiktaturen.[1]

In seinem 1945/46 in London verfassten Werk rückte Löwenthal die Frage der Planwirtschaft in den Mittelpunkt seiner sozialistischen Neuorientierung, wobei er seine Idee von anderen politisch intendierten Praktiken und Vorstellungen abzugrenzen versuchte. Dabei ging er von der Tatsache aus, dass – insbesondere nach dem Schock der Weltwirtschaftskrise – nicht nur Sozialisten Verfechter einer „planmäßige Ausrichtung von Produktion und Außenhandel eines Landes durch den Staat im Interesse eines Gesamtziels“ seien, sondern auch „Nazis und Kommunisten“ sowie „amerikanische New Dealer“ – nur würden diese „mit verschiedenen Methoden und für verschiedene Ziele“ (S. 7) planen. Seinen Vorstellungen am nächsten kam die Politik der britischen Labour Party, die vom Sommer 1945 an alleinige Regierungspartei war. Euphorisch verkündete Löwenthal, dass sich hier eine „demokratisch-sozialistische Partei“ nicht mehr nur mit „bloßer sozialer Reform“ begnüge, sie führe vielmehr ein „Programm einschneidender Enteignungsmaßnahmen und langfristiger Planung“ (S. 188) durch, ohne die politischen Rechte der Opposition zu beschneiden und ohne auf ernsthafte Sabotage zu treffen. Es war diese parlamentarisch-sozialistische Wende, die Löwenthal von seiner früheren Überzeugung Abstand nehmen ließ, dass nur eine Diktatur des Proletariats zum Sozialismus führe.

Seinem Konzept einer sozialistischen Planwirtschaft demokratischer Prägung wies Löwenthal entscheidende Vorteile gegenüber einer „monopolkapitalistischen“ und einer diktatorischen Planung zu: Während die erste Variante entweder „innerlich instabil“ (im Falle der USA) oder aber kriegerisch-expansiv (im Falle Hitler-Deutschlands) sei, münde die zweite, durch eine (kommunistische) Partei diktatorisch ins Werk gesetzte Gesellschaftstransformation in eine neue Diktatur mit „neuer Oberschicht“ ohne „jeder wirksamen Kontrolle durch die arbeitenden Massen“ (S. 168). Als möglich und notwendig erweise sich nur mehr ein „dritter Weg“ (ebd.), der zwei Vorbedingungen zu erfüllen habe: Erstens müsse die „wirtschaftliche Macht des Monopolkapitalismus […] durch Enteignung“ (S. 170) gebrochen werden und zweitens der Staat als solcher demokratisch sein. Die demokratische Planung gründe auf dem Fundament der „Freiheit einer Partei- und Organisationsbildung“. Nur die Existenz mehrerer Parteien mit konkurrierenden Vorstellungen und die Mitwirkung von Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften würden eine demokratische Aushandlung der Planungsziele und deren Umsetzung garantieren. Auch wenn dieses Konzept nicht alle Einzelheiten berücksichtigen und den Betrieben nicht alles vorschreiben wollte, so musste doch eine „zentrale Plankommission“ mit „zentralem Plan“ auf den Feldern der Investition und Einkommensverteilung bürokratisch ausufern, zumal an eine „verantwortliche Person“ (S. 173 f.) als Fixpunkt gedacht war.

1 Vgl. Mike Schmeitzner (Hrsg.), Richard Löwenthal. Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert, Göttingen 2009, S. 63-198; Oliver Schmidt, „Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung“. Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2007, S. 108-115, 145-160.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wie weit Löwenthal noch von späteren Pluralismus-Vorstellungen entfernt war, zeigen seine Äußerungen über „Demokratie und Parteienkampf", die in einer Planwirtschaft nicht „genau die gleichen Formen haben könnten wie in der ungeplanten kapitalistischen Wirtschaft des 19. Jahrhunderts". Zwar versprach er sich von seinem Planungskonzept ein Anwachsen der Verantwortlichkeit der einzelnen Organisationen, doch könne es auch „nötig sein, Organisationen zu verbieten, die das Prinzip der Planung nicht nur propagandistisch in Frage stellen, sondern praktisch zu sabotieren suchen" (S. 174). Im Klartext hieß das nichts anderes als die Möglichkeit des Verbots einer Partei, die – wie die Liberalen – von der Existenz (oder der Wiedereinführung) einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht abrücken wollte. Genau an diesem Punkt bestätigte Löwenthal die eingangs erwähnten Vorbehalte Hayeks; besser gesagt: Er musste sie bestätigen, da sein Konzept eine andere Richtung gar nicht zulassen konnte.

Trotz solcher antipluralistischen Residuen legte der Sozialist in seinem Buch eine klarsichtige Analyse der Diktaturen Hitlers und Stalins vor, die für ihn eine wesentliche Voraussetzung zur Formulierung einer eigenen sozialistischen Konzeption beinhaltete. Bereits in diesem Teil seines Werkes entfaltete er erste Ansätze seiner später ausformulierten Theorie der „totalitären Revolution".[2] Für beide Großtotalitarismen gelte: „*Die Diktatur ist die Aufhebung aller rechtlichen Beschränkungen der Staatsgewalt*. Totale Diktatur ist die totale Aufhebung der Rechte des Individuums nicht nur während eines Notstandes, sondern als dauerndes System: die Rechte bestehen nur, solange sie mit den Staatszwecken nicht in Konflikt kommen – *es gibt in einem totalitären Regime keine Rechte gegen den Staat*" (S. 118, 154 f., Hervorhebung im Original). Der totalitäre Staat war in Löwenthals Augen eine Einrichtung, die nur mittels einer Monopolpartei, diverser Mechanismen der Repression und bestimmter Rechtfertigungsgründe („Drohung übermächtiger Feinde") existieren konnte. Mit Blick auf die sowjetische Entwicklung und ihr Ziel einer klassenlosen Gesellschaft stellte er klar, dass das Einparteisystem „nicht bloß Waffe zur Verteidigung der neuen Gesellschaft" sei, sondern „Werkzeug der Staatsmacht für die immer neue Umwälzung der Gesellschaft im Hinblick auf […] zäh festgehaltene Ziele"; es handele sich um das Werkzeug einer „permanenten Revolution von oben" (S. 142 f.).

Mit derart vergleichend-systematischen Ansätzen versuchte Löwenthal jedoch nicht, die Eigenheiten der jeweiligen Großtotalitarismen einzuebnen. Wie 1935 betonte er auch jetzt ein faschistisches Minimum aus Nationalismus, Antiparlamentarismus, Anti-Sozialismus, Führer-Kult und Führer-Partei sowie das Bündnis mit den alten Eliten, welches nicht nur bei der „Machtergreifung" konstituierend gewesen sei. Gerade hinsichtlich dieses letzten Punktes konstatierte er zu Recht eine entscheidende Differenz zur Partei der Bolschewiki, die im Zuge ihrer Machteroberung die alten Eliten weitgehend ausgelöscht hatte. Als weitblickend erwies sich auch seine Analyse der unterschiedlichen deutschen und russischen Sonderwege als Vorbedingung der Diktaturentfaltung: Für Russland machte er die faktische Nichtexistenz einer Rechts-

2 Vgl. Mike Schmeitzner, Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert, Bonn 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

staatsentwicklung gepaart mit einem „russifizierten Marxismus“ (Lenin) geltend, für Deutschland die fehlende demokratische (westliche) Revolution gepaart mit Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, der in die „Hölle“ des Holocaust geführt habe.

Es waren solche Einsichten und seine schonungslose Kritik an den 1945/46 analysierten Sowjetisierungsbestrebungen im Ostblock, die sein Werk zum „politischen Bestseller“ und „Klassiker“ einer „moralisch integren, weil nach 1945 konsequent antikommunistischen deutschen Linken“[3] machten. So konnte es nicht weiter verwundern, dass sich der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher mit den Grundgedanken des Werkes öffentlich identifizierte[4] und dass es aus dem Exil heimkehrende politische Freunde in den Westzonen eifrig popularisierten.[5] Für viele junge Menschen in Deutschland war das Buch eine politische Offenbarung: Helmut Schmidt, der damalige SDS-Vorsitzende der britischen Zone, begriff das Werk als „Leuchtkugel“, die „von oben herab das Gelände beleuchtete“ und dabei die geistigen und gesellschaftlichen Strukturen sowie die Konturen einer neuen Sozialdemokratie offen legte.[6] Das galt im Übrigen auch für die Sowjetische Besatzungszone, wo das Buch in kleinen Zirkeln gelesen und von Hand zu Hand weiter gereicht wurde. Manch einer, der das Werk in einem Zuge las, notierte anschließend in seinem Tagebuch, es habe ihm „zu entscheidenden Einsichten verholfen“ und zu einem „klaren Bekenntnis zum [demokratischen] Sozialismus finden“ lassen; so beschrieb es jedenfalls der damalige liberale Studentenratsvertreter an der Leipziger Universität Gerhard Schulz[7], der nach seiner Flucht in den Westen zu einem der bekanntesten deutschen Zeithistoriker avancierte. Für andere begeisterte Leser in der SBZ endeten die Weitergabe des Buches und die dabei gewonnenen Lesefrüchte in einer GULag-Zwangsverschickung: Julius Bredenbeck (SPD/SED) aus Sachsen-Anhalt wurde wegen „antisowjetischer Agitation“ von einem Militärtribunal zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt.[8]

„Jenseits des Kapitalismus“ erzielte bis etwa 1950 – d. h. bis zur erfolgreichen Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland – tatsächlich eine enorme Breitenwirkung: Bis 1948 veröffentlichte der Nest-Verlag insgesamt drei Auflagen mit bis zu 25.000 Exemplaren. 1948 erschienen zudem Lizenzausgaben im Köl-

3 So pointiert Hubertus Buchstein, Paul Sering (alias Richard Löwenthal). Jenseits des Kapitalismus (1947), in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 42 (1995), H. 6, S. 538-542, hier S. 542.

4 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Hamburg 1947, S. 51 f.

5 Vgl. u. a. Erwin Schoettle, „Jenseits des Kapitalismus“. Gedanken über ein Buch, in: Sozialistische Monatshefte, hrsg. von der Sozialdemokratischen Partei Württemberg-Baden 2 (1947), H. 9, S. 1-2, hier S. 1.

6 Helmut Schmidt, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S. 125.

7 Gerhard Schulz, Tagebucheintrag vom 18. August 1948, in: Ders., Mitteldeutsches Tagebuch. Aufzeichnungen aus den Anfangsjahren der SED-Diktatur 1945-1950, hrsg. von Udo Wengst, München 2009, S. 171.

8 Die Weitergabe des Buches war eines von mehreren „Delikten“, die Bredenbeck vorgeworfen wurde. Vgl. Mike Schmeitzner, Genossen vor Gericht. Die sowjetische Strafverfolgung von Mitgliedern der SED und ihrer Vorläuferparteien 1945-1954, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hrsg.), Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955, Köln 2003, S. 265-344, hier S. 318.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ner Bund-Verlag der Gewerkschaften und im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung der SPÖ. Teile des Buches wurden im Zuge der Renaissance von Faschismustheorien und der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre neu entdeckt, herausgegeben oder als Raubdruck verlegt.[9] 30 Jahre nach der Erstausgabe erschien – als Band 96 der Internationalen Bibliothek – eine weitere Ausgabe des Dietz-Verlages in Berlin und Bonn, dem Löwenthal eine neue umfassende Einführung voranstellte. Der nunmehr emeritierte Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin erklärte darin, weshalb er während des Kalten Krieges nun doch von einem dritten Weg Abstand nahm und schließlich das wurde, was er noch 1945/46 abgelehnt hatte – Demokrat *und* Sozialreformer.[10]

9 Vgl. z. B. Paul Sering, Der Faschismus als Revolte gegen Europa, in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1967, S. 407-415.

10 Nach den drei Neuauflagen von 1977/78 brachte der Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2002 eine weitere Auflage heraus.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur aus der „Szene“:

Jihad-Manual für Anfänger

Von Florian Peil

Anonym, Inspire, H. 9, hrsg. v. al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel, o.O., 2012 (*Al-Malahim Media Foundation*), 62 S.

Jihadistische Magazine erscheinen heute in einer Vielzahl von Sprachen und Formaten. Aus der Masse der Publikationen sticht ein englischsprachiges Online-Magazin hervor: *Inspire* zielt als erste Jihad-Publikation vorrangig darauf, Sympathisanten im Westen für den Jihad zu begeistern und diese zu Anschlägen zu mobilisieren. Aufgrund dieses besonderen Zieles hat *Inspire* von allen Jihad-Magazinen im Westen am meisten Aufmerksamkeit erhalten. Es fällt im Vergleich mit anderen Publikationen wegen seines professionellen, ansprechenden Designs und der modernen, frischen Optik auf. Zusammen mit den flott geschriebenen, leicht zu lesenden Texten strahlt das Magazin eine geradezu provozierende Lässigkeit aus. Die Aufmachung ist auf die spezielle Zielgruppe der im Westen lebenden Sympathisanten abgestimmt, die aufgrund ihrer Lebensumstände mit Hochglanz-Zeitschriften vertraut sind. Das im Vergleich zu anderen Publikationen eher niedrige Niveau ist dabei Kalkül: Der Verzicht auf umfangreiche theologische Erörterungen, gepaart mit der fetzigen Aufmachung, vermag eine neue Zielgruppe anzusprechen: Jihad-Sympathisanten in der Diaspora mit nur wenig religiöser Vorbildung – Jihad als Lebensgefühl. Herausgegeben wird *Inspire* von al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH), der im Jemen ansässigen Filiale des Terrornetzwerks. Die Publikation trägt das Logo der Medienzentrale von AQAH, Al-Malahim („die Schlachten“). Seit Juli 2010 sind insgesamt zehn Ausgaben im PDF-Format erschienen. Diese werden vor allem über einschlägige jihadistische Internet-Foren verbreitet.

Eine typische *Inspire*-Ausgabe besteht aus einigen immer wiederkehrenden Elementen: Auf den einleitenden „Letter from the Editor“, der das Thema der jeweiligen Ausgabe skizziert, folgt eine Zitaten-Sammlung „von Freund und Feind“, die sich in der Regel auf al-Qaida, die USA und den Kampf gegen den Terror beziehen, darauf folgt eine Reihe ins Englische übersetzte offizielle Verlautbarungen von AQAH (Texte über die amerikanische Außenpolitik in der islamischen Welt oder über Jemen sowie strategische Überlegungen zum Jihad). Besonders interessant ist die Rubrik „Open Source Jihad“. Diese will potentielle Attentäter motivieren und in die Lage versetzen, Anschläge in ihren westlichen Heimatländern zu begehen. Am Ende schließlich stehen Nachrufe auf im Kampf gefallene „Märtyrer“ sowie Hinweise zur Kontaktaufnahme und zu Möglichkeiten der Mitarbeit. Dabei liefert *Inspire* grundsätzlich kaum neues

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Material, sondern verwertet bevorzugt Inhalte aus anderen einschlägigen Publikationen wieder, etwa Reden und Texte von al-Qaida-Führern wie Aiman al-Zawahiri oder Abu Yahya al-Libi.

Diesem Muster folgt die neunte Ausgabe. Sie gehört mit 62 Seiten zu den längeren Ausgaben von *Inspire*, die sich vom Umfang her bislang zwischen 74 Seiten (Heft 2) und 20 Seiten (Heft 7) bewegten. Inhalt und Optik jedoch haben im Vergleich mit früheren Ausgaben spürbar nachgelassen. Tatsächlich markiert das Heft eine Zäsur in der Historie des Magazins. Diese liegt im Wechsel des Herausgebers begründet. Das zeitgleiche Erscheinen von Heft 8 und 9 im Mai 2012 soll Kontinuität dort vortäuschen, wo es tatsächlich einen Bruch gibt. Herausgeber der ersten acht Ausgaben von *Inspire* war Samir Khan, ein US-Amerikaner pakistanischer Abstammung. Die neunte Ausgabe hat ein neues Redaktionsteam um Yaha Ibrahim produziert. Er ist offenbar das einzige verbleibende Mitglied des ursprünglichen Redaktionsteams. Seit der fünften Ausgabe wird er als Chefredakteur genannt. Seine Identität ist bislang nicht geklärt.

Samir Khan war 2009 in den Jemen emigriert, um sich AQAH anzuschließen. Er war bereits von 2002 an als Jihad-Publizist tätig: erst als Blogger, ab 2009 als Herausgeber des englischsprachigen Magazins *Jihad Recollections*, ein Vorläufer von *Inspire*. 2010 übernahm er dann die Produktion von *Inspire*. Khan starb am 30. September 2011 bei einem Raketenangriff durch eine amerikanische Drohne, gemeinsam mit dem populären Prediger Anwar al-Awlaki. Dieser vor allem bei Jihadisten im Westen hoch angesehene Ideologe hatte als eine Art Galionsfigur und *spiritus rector* der Zeitschrift fungiert. Mit Awlakis Tod hat *Inspire* einen erheblichen Teil seiner einstigen Strahlkraft eingebüßt.[1] Ein langer Nachruf im neunten Heft („Samir Khan: The Face of Joy“, S. 14-19) beendet nun die Spekulationen zahlreicher Beobachter über Khans Rolle bei *Inspire*: Das Magazin sei sein „Werkzeug der Missionierung“ sowie eine „Front im intellektuellen Kampf gegen den Islam“ (S. 15) gewesen. Weitaus interessanter ist ein noch von Anwar al-Awlaki verfasster Text, in dem er seine Geschichte erzählt – mit der erklärten Absicht, die vom FBI über ihn verbreiteten Informationen entweder zu bestätigen oder zu korrigieren („Spilling out the Beans“, S. 50-52). Leider endet Awlakis Darstellung am 11. September 2001, sodass die Umstände seiner Emigration in den Jemen und seine Rolle bei AQAH weiterhin unklar bleibt. Die CIA, der Awlaki nach dem Tod von Usama Bin Ladin als gefährlichster Mann der Welt galt, scheint dessen Rolle als Terrorplaner maßlos überschätzt zu haben. Yahya Ibrahim beschreibt die Rolle des Scheichs sehr zurückhaltend: Awlaki sei für Planungen wie für „Inspiration“ zuständig gewesen. AQAH habe jedoch viele Planer („Winning on the Ground“, S. 54-58). Damit lässt er bewusst Raum für Spekulationen.

Awlaki selbst hatte sich lange Zeit als unabhängiger Prediger und Missionar präsentiert. Viele junge Sympathisanten und Unterstützer sahen ihn als wichtigen Religionsgelehrten, obwohl er nie eine religiöse Ausbildung erhalten hatte. Mit seinem

1 Ausführlicher zur Rolle Samir Khans und Anwar al-Awlakis siehe Florian Peil, „Inspire“. Das Jihad-Magazin für die Diaspora, in: Guido Steinberg (Hrsg.), Jihadismus und Internet: Eine deutsche Perspektive, Berlin 2012, S. 32-44.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Charisma und seinem ausgezeichneten Englisch gelang es ihm, zahlreiche Jihadisten im Westen zu radikalisieren und zu Anschlägen gegen die USA anzustiften.[2] Auch der Chefideologe von AQAH, Ibrahim al-Rubaish, versucht in seinem Text „Inspire continues to inspire" den Eindruck zu vermitteln, das Personal sei austauschbar und der Verlust von Khan und Awalaki – trotz aller Qualitäten der beiden – daher zu verschmerzen (vgl. S. 6). Die Redaktion sei so organisiert, dass jeder Mitarbeiter stets sein gesamtes Wissen an alle anderen Redaktionsmitglieder weiterzugeben versuche. Lücken könnten umgehend mit fähigem Nachwuchs geschlossen werden.

Soweit die Theorie. Tatsächlich klärt Ausgabe 9 zwei Dinge: erstens, dass *Inspire* trotz der Tötung von „Schlüsselpersonal" weiterhin existieren kann. Und zweitens, dass AQAH über genügend Personal mit den nötigen Englischkenntnissen und publizistischen Fähigkeiten verfügt, um Khan und Awlaki zu ersetzen. Personal ist vorhanden – aber diesem mangelt es noch an Können. Denn ein deutlicher Verlust an Qualität ist erkennbar: Viele Texte wirken wenig inspiriert, sind holprig formuliert und voller Rechtschreibfehler. Hinzu kommen seltsame Typographien, die zu einem inkonsistenten Gesamtbild führen. Khans und Awlakis Tod hat somit eine Lücke gerissen, die das verbliebene Redaktionsteam entgegen allen anders lautenden Beteuerungen bislang nur unzureichend schließen konnte. Damit wird deutlich, dass AQAH ein Personalproblem hat. Schuld daran ist vor allem der Drohnenkrieg, den die USA gegen die Jihadisten im Jemen führt. Der Nachwuchs hat unter diesen Bedingungen offenkundig nicht ausreichend Zeit, um die Lücken im Redaktionsteam nahtlos zu füllen.[3]

Und Ausgabe 9 wartet mit einer weiteren handfesten Überraschung auf: einem radikalen Kurswechsel in puncto Geheimhaltung. Während man in den ersten acht Ausgaben den Jihad-Nachwuchs drängte, Anschläge selbstbestimmt und ohne jede Rücksprache mit al-Qaida zu begehen, werden willige Attentäter nun aufgefordert, bereits zu Beginn ihrer Planung das Militärische Komitee von AQAH zu kontaktieren, um den eigenen Plan entweder absegnen oder aber sich vom Komitee ein Ziel vorgeben zu lassen. Dabei sollen die Jihadis eine Vielzahl persönlicher Informationen preisgeben, etwa zum eigenen Reisepass, Aufenthaltsland, Alter und Ausbildung. Zusätzlich haben die Macher von *Inspire* für diese Zwecke einen neuen Schlüssel zum Versenden und Empfangen kryptierter Emails sowie drei neue Email-Adressen eingerichtet, vermutlich deshalb, um willige Attentäter von sonstigen Unterstützern zu trennen. Dies ist bereits die zweite Änderung des Schlüssels in der Geschichte des Magazins.[4] Wie die Zielgruppe diesen erneuten Wechsel aufnehmen wird, ist ungewiss. Nur wenige Leser verfügen über das Wissen und die notwendige Disziplin, verschlüsselt ohne verräterische Spuren zu kommunizieren. Dieses Wissen wird von *Inspire* jedoch nicht

2 Ausführlich zu Anawar al-Awlaki und den von ihm beeinflussten Personen siehe Alexander Meleagrou-Hitchens, As American as Apple Pie. How Anwar al-Awlaki Became the Face of Western Jihad, London 2011.

3 Zur personellen Situation der Redaktion von Inspire siehe auch Florian Peil, Operation Parkverbot, in: Süddeutsche Zeitung vom 23./24. März 2013.

4 Inspire Magazine Email and Encryption Key Comparison, unter: http://publicintelligence.net/inspire-magazine-email-and-encryption-key-comparison/ (7. Mai 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vermittelt.[5] Sicherheitsbehörden weltweit dürften sich angesichts derart operativen Leichtsinns die Hände reiben.

Die übrigen Texte des neunten Heftes bringt die aus vorigen Ausgaben sattsam bekannte Kombination von Propaganda und praktischen Terror-Tipps. Diese Kombination stellt zugleich die größte Innovation dar. Sie bemühen sich augenscheinlich, mit dieser Strategie des „individuellen Jihad“ ein Phänomen anzuheizen, vor dem sich die Sicherheitsbehörden in Europa und den USA besonders fürchten: „homegrown terrorism“. Anschläge, verübt von Tätern aus dem eigenen Land, die ohne Verbindung zu anderen Strukturen agieren und im Vorfeld daher praktisch nicht aufzuspüren sind. Wie ein Weckruf wirkt daher das einleitende Editorial von Chefredakteur Yahya Ibrahim, das den Lesern noch einmal die Ziele von *Inspire* vor Augen führt: „Dieses Magazin wurde gegründet, um zwei Ziele zu erreichen. Das erste ist der Aufruf und die Inspiration zum Jihad. Das zweite besteht darin, jedem inspirierten Muslim überall auf der Welt das operative Know-how zu verschaffen, um Angriffe im Westen zu verüben“ (S. 4).

Zum Jihad inspirieren und mobilisieren soll eine simplifizierte Variante des jihadistisch-salafistischen Weltbilds, wie es von al-Qaida und ihren Filialen vertreten wird. Die Geschichte, in immer neuen Variationen erzählt, ist einfach und kurz: Der Islam befinde sich im Krieg mit dem Westen. Angeführt von den USA, führe dieser einen Krieg gegen den Islam. Al-Qaida verteidige den Islam und die Muslime. Die zur Verteidigung notwendige Gewalt sei angemessen, weil es sich um einen defensiven Jihad handle: Die Länder der Muslime würden durch Aggressoren angegriffen, weshalb die Teilnahme am Jihad für alle Muslime verpflichtend sei. Dem zweiten Ziel, der praktischen Ausbildung von Attentätern, ist die Rubrik „Open Source Jihad“ gewidmet. Hier finden sich Anleitungen zum Bombenbau, Tipps zum Sprengen von Gebäuden und dem richtigen Umgang mit Schusswaffen. Thema der Rubrik in der neunten Ausgabe von *Inspire* ist der Bau einer Brandbombe. Auf sieben Seiten erklärt ein nicht näher bezeichneter „AQ Chef“ minutiös, wie ein solcher Sprengkörper anzufertigen und einzusetzen sei. Mit diesen Bomben könnten, vor allem in den USA, riesige Waldbrände entfacht werden, die leicht zu hohen Opferzahlen und massiven Schädigungen der Wirtschaft führen. Wichtigstes Resultat derartiger Aktionen sei jedoch stets die Verbreitung von Terror in der Bevölkerung.

Die Redaktion von *Inspire* hat den Tod seines Führungspersonals zum Teil auffangen können. Allerdings hat die Qualität des Heftes gelitten. Die Zukunft des Magazins ist daher ungewiss: Selbst wenn der Fortbestand gesichert sein sollte, ist fraglich, ob *Inspire* künftig zu inspirieren vermag. Auch wenn die befürchtete Radikalisierung der Muslime in der Diaspora im großen Stil bislang nicht eingetreten ist: Die bisherigen Ausgaben enthalten genug Sprengkraft, um auch in Zukunft Sympathisanten zu mobilisieren. Die Bomben von Boston, gezündet während des Marathonlaufs im April

5 Die erste Ausgabe von Inspire enthielt eine detaillierte Anleitung zur verschlüsselten Kommunikation. In den folgenden Heften wurde darauf jedoch nicht weiter eingegangen. Teils begnügte sich Inspire mit einer „Empfehlung“, die Kommunikation zu verschlüsseln.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2013, hatten die Attentäter ersten Ermittlungen zufolge nach einer Anleitung in der ersten Ausgabe von *Inspire* hergestellt. Damit kann das Jihad-Magazin einen ersten Terror-Erfolg vorweisen, der weitere Jihadisten anspornen dürfte.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hauptbesprechungen:

Stalins Herrschaftspraxis

Von Gerhard Wettig

Jörg Baberowski, Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012 (*C. H. Beck*), 606 S.

Es geht um die Frage, wieso Stalin als Urheber und Regisseur millionenfachen Massenmords wirken und ein Regime von bis dahin unvorstellbarem Schrecken entfalten konnte, so dass die Menschen zu hilflosen Opfern seiner Brutalität und Willkür wurden. Wieso stimmten sie, wenn sie überlebten, überschwängliche Lobeshymnen auf den „großen und weisen Führer" an? Unverständlich ist für den rückblickenden Betrachter, dass der Terror oft sinnlos oder gar kontraproduktiv erscheint. Wieso demütigte, quälte und vernichtete er etwa selbst treue Anhänger, enge Mitarbeiter und gute Freunde? Wie sicherte ihm der stets gegenwärtige, für alle sichtbare Schrecken nicht nur dauerhaft Gefolgschaft, sondern auch Anhänglichkeit oder gar Liebe vonseiten der Eliten und Massen? Wie kam er überhaupt zu seinen pervers anmutenden Verhaltensweisen?

Auf diese Fragen gibt Jörg Baberowski nach jahrelangen sorgfältigen und umfassenden Archivrecherchen in der UdSSR Antworten. Er präsentiert Ergebnisse, die weit über alles zuvor Bekannte hinausgehen, und zieht Schlüsse, die von den früheren Interpretationen (auch den eigenen) stark abweichen. Vor allem wendet er sich gegen die These, der Grund für die überbordende Gewalt liege in der kommunistischen Doktrin. Er weist darauf hin, dass andere Kommunisten anders gehandelt haben. Zwar habe Stalin die behauptete Notwendigkeit des Terrors ideologisch begründet, doch sei das eine bloß nachgeschobene Rechtfertigung gewesen, die alle zu übernehmen hatten, selbst wenn sie ihr angesichts des offensichtlichen Willkürcharakters der Maßnahmen keinen Glauben schenkten. Dieser habe den Untergebenen die Differenz zwischen bekundeter und faktischer Überzeugung bewusst aufgezwungen und als Herrschaftsinstrument benutzt. Die Mitglieder seines Führungskreises, seine Mitarbeiter und die leitenden Exekutoren des Terrors sollten durch politisch verbindliche, aber erkennbar faktenwidrige Positionen an ihn gebunden werden, die eine unwiderrufliche Komplizenschaft herstellten.

Wie Baberowski darlegt, bildeten die inneren Verhältnisse, welche die Sowjetunion vom Zarenreich geerbt hatte, die grundlegende Voraussetzung für die Entstehung von Stalins Schreckensregime. Der überwiegende Teil der Gesellschaft, vor allem die Bauernschaft sowie das vom Dorf in die Stadt geströmte Industrieproletariat, wurde von der staatlichen Ordnung kaum erfasst und lebte nach eigenen, von den staatlichen Gesetzen abweichenden Regeln, besonders einer weitgehenden Lizenz zum Gewalt-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gebrauch und der üblichen Praxis einer Streitschlichtung ohne Befassung der Justiz. Der Staat hatte kaum Einfluss auf diese Bevölkerungsmehrheit und normierte daher ihr Verhalten nicht nach seinen Gesetzen. Das Land wurde nicht zur einheitlichen Gesellschaft integriert. Die Bauern und Arbeiter blieben Fremdlinge, auch deshalb, weil sie den Staat nur als Steuern und Rekruten fordernde Institution ohne positive Gegenleistung erlebten. Sie beugten sich ihm zwar, sahen sich aber prinzipiell zur Gegengewalt berechtigt. Das wurde akut, als der Staatsapparat 1917 unter dem Druck des Krieges zerbrach.

Die bürgerlichen Kräfte, Liberale wie Sozialisten, welche die Regierung übernahmen, verkannten die Lage, als sie die politische und gesellschaftliche Zukunft durch Formulierung einer demokratischen Rechtsordnung zu gestalten suchten. Nur Lenin verstand, was sich im Lande abspielte, und bediente sich der rebellierenden Bauern und Arbeiter, um die Macht seiner zunächst winzig kleinen Partei gegen alle anderen politischen Gruppen durchzusetzen. Er erklärte die gewaltsame bäuerliche Landnahme für rechtens und gut, solidarisierte sich mit den Arbeitern, die ihre Fabriken in Besitz nahmen, und traf nach dem „Oktoberrevolution" genannten Putsch in der Hauptstadt Maßnahmen zum Aufbau einer bewaffneten Streitmacht. Im ausbrechenden Bürgerkrieg siegte er durch eine die Widersacher übertreffende Rücksichtslosigkeit. Der brutalen Gewalt lag mit dem Gebot des antibürgerlichen „Klassenkampfes" eine rationale Logik zugrunde. Verglichen mit dem späteren Vorgehen Stalins war das noch eine gewisse Einschränkung, die sich auch darin äußerte, dass die der Vernichtungsgewalt ausgesetzten Personen und Gruppen von der ganzen Parteiführung jeweils als Feinde im Kampf um die Erringung bzw. Aufrechterhaltung der Macht definiert wurden. Die Aufhebung dieser Begrenzung in der folgenden Zeit wurde jedoch dadurch vorbereitet, dass sich eine möglichst extreme Anwendung der Gewalt als Erfolgsmodell etablierte und für Partei wie Bevölkerung den Charakter des Selbstverständlichen erhielt, an dessen Notwendigkeit und Richtigkeit kein Zweifel bestand. Als Stalin dann aus anderen als rational noch begreiflichen Motiven zur Gewalt griff, gab es keinen Aufschrei, weil man die Methode akzeptierte.

In dem Maße, wie Stalin im parteiinternen Kampf um die Alleinherrschaft seine Rivalen ausschaltete, umgab er sich mit Spießgesellen, die wie er Freude an der Gewalt schlechthin und an den Qualen der Opfer hatten. Die Verdrängung der alten Genossen, die zusammen mit Lenin die Regierung erobert oder im folgenden Bürgerkrieg den Sieg erstritten hatten, brachte zudem eine neue Generation in die Schlüsselpositionen, die zu totalem Gehorsam bereit waren, alle Anweisungen ohne moralische Skrupel ausführten und auch von sich aus willkürliche Gewalt übten, um sich Stalin als treue Diener zu empfehlen. Damit entstand im ganzen Land ein Milieu allgegenwärtiger, total entgrenzter Gewalt, die eine Eigendynamik entwickelte. Das Glück, das Stalin dabei empfand, machte ihn – anders als es nach den Darlegungen erscheint – nicht zum glücklichen Menschen. Die paranoide Gemütsverfassung ließ ihn, wie Baberowski immer wieder zeigt, ringsum imaginierte Bedrohungen sehen. Er war gegenüber allen, auch seinen treuesten Freunden und Gefolgsleuten, überaus misstrauisch und suchte sich vor ihnen durch Schüren ihrer internen Rivalitäten und Konflikte zu schützen. Er

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

quälte sie auf alle mögliche Weise, um ihnen klar zu machen, dass Leben und Tod allein von ihm abhingen.

Der allgegenwärtige Terror hatte in der breiten Bevölkerung eine doppelte Wirkung. Generell führte er zu eingeschüchterter Wehr- und Willenlosigkeit, zu bedingungslosem Mitmachen und paradoxerweise zu geradezu kafkaesker Stalin-Verehrung. Die Folge konnte aber auch Widerstand sein. Wenn eine große Bevölkerungsgruppe ihre Existenz bedroht sah, wie vor allem bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, war verzweifelte Abwehr möglich. Die nützte zwar angesichts überlegener Repressionsorgane nichts, zog aber – außer massenhafter Abschlachtung der Aufbegehrenden – wiederholt Krisen und Not im Lande nach sich. Typischerweise geschah dies in der Phase des Übergangs von der Parteidiktatur zum persönlichen Regime Stalins, als dessen Macht noch nicht voll entwickelt war. Als später die ukrainischen Bauern durch Requirierung ihrer Getreidevorräte und Viehbestände dem Verhungern ausgesetzt waren, reichte ihre Kraft zu Widerstand nicht mehr aus.

Auf den deutschen Überfall im Juni 1941 hatte sich Stalin in keiner Weise vorbereitet. Vielen Hinweisen zum Trotz war er fest davon ausgegangen, es werde zum Krieg mit den Deutschen erst kommen, wenn diese den militärischen Konflikt im Westen entschieden hätten. Das war ein wesentlicher Grund für die zu Anfang gewaltigen Niederlagen der Roten Armee, die den Zusammenbruch der UdSSR möglich erscheinen ließen. Dieser wäre eingetreten, wenn Hitler als Befreier gekommen wäre. Viele sowjetische Soldaten wollten nicht ihr Leben für Stalin einsetzen und gaben sich ohne Not gefangen, wenn ihnen die umständehalber gelockerte Disziplin dazu die Möglichkeit gab. Die Deutschen wurden in vielen Dörfern willkommen geheißen; Ukrainer und andere unterdrückte Nationalitäten hofften, das Joch Moskaus loszuwerden.

Als alle Hoffnungen enttäuscht wurden und die Invasoren ihrerseits ein Gewaltregime errichteten, wendete sich das Blatt, weil die Bevölkerung, wenn es schon keinen Ausweg gab, die einheimische Repression der fremden vorzog. Stalin unterstützte dies, indem er an den Patriotismus appellierte und den Druck auf die zum Einsatz aufgerufenen Bürgern verringerte. Er und Hitler dispensierten sich von der Einhaltung des Kriegsrechts, so dass die Kämpfe weithin zur Hölle wechselseitig zügelloser Gewalt wurden, die die Zivilbevölkerung einbezog. Wie dargelegt, waren zudem die sowjetischen Soldaten ihren Befehlshabern ausgeliefert, die sie in jeder Weise schikanieren konnten und sie massenhaft in unnötigen Operationen verheizten, wenn Stalin es befahl. Ihr oft brutales Verhalten auf gegnerischem, zumal deutschem Gebiet hatte auch kompensatorische Funktion: Die Sklaven durften sich einmal als Herren fühlen, denen alles erlaubt war. Für Stalin bedeutete der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg", dass die Schreckensherrschaft als notwendig gerechtfertigt erschien. Die im Lande verbreitete Erwartung, die Anstrengungen würden zumindest durch Fortdauer der im Krieg gewährten Erleichterungen belohnt, erfüllte sich nicht. Die Repression wurde vielmehr verschärft, um keine Aufweichung infolge der im Ausland gewonnenen Eindrücke zuzulassen.

Baberowskis Werk bietet die umfassendste, eindringlichste Darstellung und Analyse von Stalins Herrschaftspraxis. Die Lektüre ist sowohl dem Fachmann, der zuwei-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

len in Marginalien anderer Ansicht sein mag, als auch dem interessierten Laien, der sich in allen wichtigen Punkten auf das Urteil des Autors verlassen kann, nachdrücklich zu empfehlen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Erinnerungspolitik im Widerstreit der Deutungen

Von Bernd Jürgen Wendt

Arnd Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 520 S.

Das historische „Themenjahr 2013" ruft die Erinnerung an wichtige Aspekte der nationalsozialistischen Machteroberung und Machtkonsolidierung vor 80 Jahren wie an die Pogromnacht am 9. November als Vorstufe zum Holocaust vor 75 Jahren wach. Der Verfasser dieses profunden Werkes, der Berliner Historiker Arnd Bauerkämper, spannt aber den Bogen der Erinnerung sowohl zeitlich als auch thematisch in mehrfacher Hinsicht viel weiter: Umfassend bezieht er die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen auf den Nationalsozialismus und den Faschismus, den Zweiten Weltkrieg, den Holocaust, die Kollaboration und den Widerstand. Vergleichend und kontrastierend analysiert der Autor die unterschiedlichen und höchst komplexen Erinnerungsdiskurse und Erinnerungskonflikte in 14 Ländern, unterteilt in sechs Ländergruppen: 1. Deutschland mit dem 1938 annektierten Österreich und Italien, die bis 1942 fast ganz Europa besetzt hatten, 2. Norwegen und Dänemark, in der Zwischenkriegszeit zwischen den Großmächten in eine „small-nation situation" eingekeilt, die von den Machthabern in Berlin nach der Besetzung als „germanische Völker" in ein „arisches" Großreich integriert werden sollten, 3. Frankreich als Paradebeispiel für die Kollaboration unter Pétain in Vichy, 4. die einer brutalen, rassepolitisch aufgeladenen Besatzungsherrschaft unterworfenen Bürger der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei, 5. Ungarn und Rumänien als Verbündete der „Achsenmächte" und schließlich 6. die nominell nichtkriegführenden bzw. neutralen, aber doch mehr oder weniger eng vor allem wirtschaftlich mit dem „Dritten Reich" kooperierenden Staaten Spanien, Schweden und die Schweiz.

Die beeindruckende Forschungsleistung liegt in der Kompetenz und Intensität, mit der der Verfasser die je unterschiedlichen nationalen Erinnerungskulturen in 14 Staaten, ihre historische Verwurzelung oft – wie bei der Oktoberrevolution Sowjetrusslands – bis in den Ersten Weltkrieg zurück verfolgt, ihre politisch-gesellschaftliche Verankerung aufdeckt und als Anschauungsmaterial auch literarische Produktionen, Filme, Fernsehspiele und Zeugnisse einer institutionalisierten Erinnerungskultur wie Gedenkstätten und Mahnmale heranzieht. So betont Bauerkämper mehrfach mit Recht, dass nach einem jahrzehntelangen Verschweigen des Holocaust in Ost und West die Ausstrahlung der gleichnamigen US-Fernsehserie im Februar 1979 europaweit gleichsam Dämme hat einbrechen lassen und den millionenfachen Mord an den Juden nicht nur in Deutschland vom Rand in den Mittelpunkt der Erinnerung gerückt hat. Denn ohne die Hauptschuld der Deutschen an diesem Verbrechen irgendwie zu relativieren,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gebietet es doch – und hier ist dem Autor voll zuzustimmen – eine um historische Wahrheit und Aufklärung bemühte Erinnerungsarbeit, darauf hinzuweisen, dass Tausende außerhalb Deutschlands etwa in Frankreich, in Polen, in Italien, in der Ukraine, in Ungarn, in Rumänien, ja selbst in der Schweiz mit ihrer repressiven Einwanderungspolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen in der einen oder anderen Form diesem Verbrechen zugearbeitet oder nicht couragiert Widerstand geleistet haben. All dies wurde nicht nur in Deutschland jahrzehntelang beschwiegen.

Ein weiterer Vorzug dieses Buches liegt darin, dass der Prozess der oft selektiven Erinnerung an die Vergangenheit, der internen und zwischenstaatlichen Erinnerungskonflikte und auch des Verschweigens von 1945 bis in die Gegenwart Phase für Phase in den erwähnten Staaten verfolgt wird. Kritisch diskutiert der Verfasser die Verdrängung von Schuld und Verantwortung und das öffentliche Vergessen in Form von Amnestien, Begnadigungen, Verjährungen und einer weit verbreiteten „Schlussstrich-Mentalität" in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht nur in Westdeutschland. Setzte man auf die „heilende Wirkung des Vergessens" bei einer politisch stark belasteten und traumatisierten Vorkriegs- und Kriegsgeneration, oder hatte Hermann Lübbe mit seiner These recht, dass das Schweigen über die NS-Vergangenheit bei uns den Wiederaufbau nach dem Krieg entscheidend befördert hat? Eine eindeutige Antwort wird sich schwer finden lassen.

Ost und West teilten nach 1945 im Kalten Krieg gemeinsam eine kollektive Amnesie gegenüber den in deutschem Namen verübten Verbrechen, freilich aus konträren politischen Zielen. Im Osten lagerten sich zwar vor die Erinnerung an die braune Diktatur neue Erfahrungen mit einer roten, volksdemokratischen Diktatur, dies aber in dem staatlich propagierten Bewusstsein, nunmehr als „Vorposten eines kämpferischen Antifaschismus" auf der richtigen Seite zu stehen und deshalb auf eine tiefgründige und selbstkritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus verzichten zu können. In der Bundesrepublik dagegen vermittelte die politische, wirtschaftliche und militärische Integration das stolze Gefühl, nach vielen Irrungen endlich im Westen angekommen zu sein. Hier zeichneten sich schon früh nachhaltige Erinnerungskonflikte ab, die das vereinigte Deutschland bis heute belasten. So gerät die regierungsoffiziell geförderte Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in den neuen Bundesländern ebenso in den Ruch der späten gedächtnispolitischen Siegerattitüde des Westens wie sich Die Linke und hier besonders die alten SED-Kader allen gegenteiligen individuellen Erinnerungen zum Trotz massiv dagegen wehren, die DDR mit dem Begriff „Unrechtsstaat" zu belegen.

Die radikale gedächtnis- und erinnerungspolitische Abkehr vom Beschweigen der Vergangenheit hin zu ihrer umfassenden selbstkritischen und reflexiven Aufarbeitung eigentlich in allen betroffenen Staaten in den 1980er und 1990er Jahren nimmt einen breiten Raum in diesem Buch ein. Selbst Russland bekannte sich jetzt nach einem halben Jahrhundert im Zeichen von Glasnost und Perestroika zu den Morden von Katyn im Frühjahr 1940 und zur 4. polnischen Teilung im „Geheimen Zusatzprotokoll" des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939. Bauerkämper erörtert mehrere Indikatoren und Ursachen für diesen tiefgreifenden Wandel im Erinnerungsdiskurs überall in Eu-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ropa. Die Nachkriegsgeneration befragte jetzt kritisch die Eltern und Großeltern nach ihrer Verstrickung in politische Schuld und aktivierte dadurch im Blick auf die Tradierung von Primärerfahrungen aus dem Krieg das wichtige kommunikative Familiengedächtnis, bis die Zeitgenossen von damals verstorben waren. Die Wende öffnete den früheren Staaten des Ostblocks und nach der Auflösung der Sowjetunion auch den Baltischen Staaten, der Ukraine und Weißrussland den Weg zu einer eigenen nationalpolitischen Erinnerungskultur in einer pluralistischen demokratischen Öffentlichkeit ohne Zensur und zur Entfaltung individueller Erinnerungen ohne das Diktat einer von Moskau machtpolitisch instrumentalisierten Gedächtnispolitik. Die Spannung zwischen individueller Erinnerung und offizieller Erinnerungspolitik, zwischen individuellem und kollektivem, kommunikativem und kulturellem Gedächtnis sowie oft zwischen verschiedenen Erinnerungsschichten bis heute gehört ebenso zu den Leitperspektiven dieses Buches wie der Nachweis, dass Erinnerungspolitik stets, vermittelt über ihre Akteure und deren Einfluss, eine Machtfrage ist und deshalb auf ihren gesellschaftlich-politischen Kontext hin untersucht werden muss. Innerstaatliche und grenzüberschreitende Erinnerungskonflikte sind immer auch Machtkonflikte.

Die zwar vielfach angefeindete, aber doch bei allen Schwächen authentische Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht räumte mit einem prägenden, apologetisch verfestigten Bild der Nachkriegszeit auf, dem Mythos von der „sauberen Wehrmacht“, in der die Wehrpflichtigen eine Alternative zu Mordaktionen der SS und besonderer Polizeieinheiten finden konnten. Dabei wissen wir heute, wie stark auch Wehrmachteinheiten in Verbrechen verstrickt waren. Diese Erkenntnis verdanken wir u. a. Aufsehen erregenden Prozessen wie dem Auschwitz-Prozess 1963-1965 oder dem Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 1958, in denen der Nachweis erbracht wurde, wie *Ganz normale Männer* (Christopher Browning) zu Mordgehilfen werden konnten. Einen Meilenstein in der Institutionalisierung der Erinnerung an den Mord an den Juden setzte das Holocaust-Denkmal in Berlin, das nach zwei Jahrzehnte andauernden Debatten im Mai 2005 unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit eröffnet wurde.

Zwei zentrale Dichotomien haben, wie der Autor überzeugend nachweist, einen realitätsnahen und selbstkritischen Prozess der individuellen und kollektiven Erinnerung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nachhaltig blockiert und auch vielfach in eine falsche Richtung gelenkt: die Gegensatzpaare Opfer-Täter sowie Kollaboration-Widerstand. Ganz unschuldig daran war die justizielle Aufarbeitung der Vergangenheit nach dem Krieg in allen betroffenen Ländern, der ein eigenes Kapitel gewidmet ist, zweifellos nicht. So lieferten der Nürnberger Prozess und die Nachfolgeprozesse zwar eine unerschöpfliche Fülle an Beweismaterial für die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des „Dritten Reiches“, sie förderten aber zugleich durch die Konzentration auf die Hauptschuldigen in der Bevölkerung nicht nur in Deutschland einen Prozess der Selbstentlastung und Selbstviktimisierung. Neben den jüdischen Opfern und oft in Konkurrenz zu ihnen sahen sich viele Millionen auch als Opfer, als Opfer von Besatzungsherrschaft und einer kleinen verbrecherischen Täter-Clique um Hitler, Göring, Goebbels, Himmler und andere, als Opfer von angloamerikanischen „Terrorangriffen“ und blutigen Kriegsfolgen, als Opfer von Flucht und Vertreibung, ohne

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

selbstkritisch nach den Ursachen zu fragen und sich einzugestehen, dass man diesem Regime in der überwältigenden Mehrheit freudig und willig zugearbeitet hatte. Beispielhaft für diese bequeme kollektive Opferattitüde sei Paul Löbe (SPD) als Alterspräsident bei der konstituierenden Sitzung des Bundestages 1949 zitiert: „Das deutsche Volk litt unter zweifacher Geißelung: Es stöhnte unter den Fußtritten der deutschen Tyrannen und unter den Kriegs- und Vergeltungsmaßnahmen, welche die fremden Mächte zur Überwindung der Naziherrschaft ausgeführt haben“ (S. 193). Kollektiv entlastend war jenseits des Eisernen Vorhanges die Antifaschismus-Doktrin. Denn spätestens mit der „Sozialfaschismus“-Formel von Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 galt es als ausgemacht: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ – und eben nicht Produkt des Massenzulaufs breiter Bevölkerungsschichten! Die Dichotomie Kollaboration-Widerstand blendet die breite Grauzone dazwischen unterhalb einer offiziellen Kollaboration mit der Erinnerung an Kooperation, geschäftliche Beziehungen, menschliche Begegnungen und freundlichen Umgang aus, der den Besatzungsalltag auch geprägt hat. Der ständige erinnerungspolitische Nachkriegsrekurs auf massiven Widerstand in allen Ländern gegen das NS-Regime entpuppte sich als ein inflationär aufgeladener Mythos.

Jeder Erinnerungsdiskurs und jede Erinnerungskultur sollten nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft zugewandt sein. So ist es schlüssig, dass Bauerkämpfer ungeachtet vieler transnationaler Erinnerungskonflikte bis heute mit abnehmender Tendenz sein Buch mit Überlegungen über „Gemeinsam geteilte Erinnerungen. Perspektiven einer Europäisierung des ‚negativen Gedächtnisses‘“ schließt. Die heftigen Debatten, die die Pläne für ein „Zentrum gegen Vertreibung“ und die Aktivitäten Erika Steinbachs vor allem in Polen und in Tschechien ausgelöst haben, mögen hier für die enormen Schwierigkeiten stehen, die einer konfliktfreien gemeinsamen globalen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen noch entgegenstehen. Schulbuchkonferenzen wie die zwischen Deutschland und Polen, die Entscheidung der UNO vom November 2005, den 27. Januar zum „International Holocaust Remembrance Day“ zu erklären, und das von 600 Delegierten aus 46 Staaten beschickte „Stockholm International Forum on the Holocaust“ im Januar 2000 mit der gemeinsamen Erklärung, nach der der Massenmord an den Juden im Zweiten Weltkrieg „die Zivilisation in ihren Grundfesten erschüttert“ habe und in „seiner Beispiellosigkeit […] für alle Zeit von universeller Bedeutung sein“ (S. 24) werde, stimmen optimistisch im Blick auf ein universelles Gedenken.

Der Leser legt dieses voluminöse Werk mit großer Bewunderung für seine umfangreichen wissenschaftlichen Recherchen und seinen anregenden Gedankenreichtum, aber auch mit einem gewissen Unmut über seine Langatmigkeit und ständige Wiederholungen aus der Hand. Eine Straffung hätte es leserfreundlicher gemacht.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lehrbuch Extremismus – wichtig oder nichtig?

Von Viola Neu

Astrid Bötticher/Miroslav Mareš, Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 473 S.

Die Extremismusforschung erfreut sich in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmender Beliebtheit. Immer mehr Wissenschaftler arbeiten auf diesem Feld, und die Literatur ist kaum noch überschaubar. Die Extremismusforschung selbst ist ein ausgesprochen heterogenes Forschungsgebiet, wird in unterschiedlichen Disziplinen verfolgt und verfügt auch methodisch über ein breites Spektrum. Daher gibt es keinen gemeinsamen theoretischen Überbau. Manche Autoren nehmen konkret Bezug auf die Extremismustheorie, die Extremismus als den Antipoden des demokratischen Verfassungsstaates interpretiert. Einige Wissenschaftler lehnen die Extremismustheorie nach wie vor ab. Wieder andere analysieren Erscheinungsformen des Extremismus, ohne sich mit Extremismustheorien eigens auseinander zu setzen. Ob die Extremismusforschung an „definitorischen Unklarheiten" (S. 3) leidet, sei dahin gestellt. Bötticher/Mareš verwenden den Begriff des „Eklektizismus", betonen aber, diesen nicht negativ zu konnotieren, obwohl sie das implizit tun. Gelegentlich schwingt gar eine Sehnsucht nach einer festen Definition von Extremismus mit: „Auch hier ist ersichtlich, zu welch unterschiedlichen Erkenntnissen die verschiedenen Forscher kommen. Dies ist problematisch für die Entwicklung des Extremismuskonzepts" (S. 69). Die Erstellung eines Konzeptes ist jedoch kein Selbstzweck. Und unterschiedliche Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Gegenstände komplexer Natur sind und man mit unterschiedlichen Methoden zu gegensätzlichen Befunden kommen kann.

Ein Band, in dem die wesentlichen Stränge der nationalen wie internationalen Extremismusforschung zusammengefasst werden, gehört zu den Desiderata der Extremismusforschung. Die letzte Gesamtdarstellung von Uwe Backes und Eckhard Jesse über den politischen Extremismus in der Bundesrepublik stammt von 1996. Die Nachfrage scheint so groß, dass sich die Autoren auf die Zielgruppe „Studierende" konzentrieren können – daher ist das Buch in der renommierten Reihe der *Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft* des Oldenbourg Verlages erschienen.

Die Gemeinsamkeit der Autoren beschränkt sich jedoch nur auf den Titel. Eigentlich handelt es sich um zwei Bücher, die auch einzeln hätten erscheinen können. Der erste Teil, von Astrid Bötticher verfasst, gibt einen Überblick über die Theorien der Extremismusforschung und skizziert das Forschungsdesign der jeweiligen Schulen. Der zweite Teil, von Miroslav Mareš verfasst, widmet sich konkreten Erscheinungsformen des Extremismus.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gewiss handelt es sich um ein ausgesprochen ambitioniertes Werk, das im Wesentlichen seine selbst gesetzten Maßstäbe erfüllt, auch wenn der rote Faden gelegentlich verloren geht. Die Stärken liegen in der Schilderung der weltweit existierenden Extremismen. Hier werden nicht nur die großen extremistischen Strömungen wie Rechts- und Linksextremismus und Islamismus (als Form des religiösen Extremismus) dargestellt, sondern auch eher unscheinbare Phänomene wie satanischer Extremismus, UFO-Kulte oder Öko-Extremismus. Viele der weltweit vorkommenden Extremismusphänomene spielen in Deutschland keine Rolle. Daher ist der Blick über die Grenzen erhellend, und dies gilt nicht nur für den Islamismus, sondern auch für andere religiöse Extremismen (von christlich bis buddhistisch). Auch die Schilderung der heterogenen Forschungsbereiche, die zur Erklärung und zum Verständnis von Extremismus einen Beitrag leisten, ist beachtlich, wiewohl manche der Forschungsansätze nur in losem Kontakt zum Extremismus stehen. Dennoch ist es aufschlussreich zu lesen, welche Disziplinen ihren Beitrag zur Erforschung des Extremismus leisten (von der Genderforschung bis zur Kulturforschung).

Doch gibt es auch eine Reihe von Schwächen, an denen man merkt, dass aufgrund der inhaltlichen Fülle und Vielfalt des Bandes sich (meist kleinere) Ungenauigkeiten und Fehler einschleichen. Das Lukaschenko-Regime wird einmal im Kontext mit rechts- (S. 321) und einmal mit linksextremen Regimen (S. 371) erwähnt. Ein Satz wie: „Die Politische Soziologie erforscht, wie die Veränderungen in der Sozialstruktur die Politik beeinflussen“ (S. 101), ist schlicht falsch. Einige Formulierungen fallen so aus, dass der Leser rätselt, was damit gemeint sein könnte. „Die politologische Forschungsabsicht beschränkt sich im Gegensatz zur Forschung, die aus der Verwaltung stammt, nicht nur auf Handlungen, sondern nimmt auch Einstellungen in den Blick. Dies bedeutet nicht, dass der Fokus auch im Speziellen auf Handlungen liegen kann, befindet sich ein Forscher nicht in einem verwaltungstechnischen Zusammenhang. […] Würde der Verfassungsschutz selbständig Einstellungsforschung betreiben, so wäre es nichts anderes als eine Gedankenpolizei und würde, gerade wenn man eine Unterscheidung zwischen Extremismus von Oben und Unten trifft, selbst zu einem Instrument verkommen, welches der demokratischen Grundordnung entgegen gerichtet ist“ (S. 46). Wissenschaftler können danach wohl Handlungen wie Einstellungen erforschen, aber wenn dies die Verwaltung (der Verfassungsschutz) täte, würde sie sich gegen die Demokratie richten? Ob der Verfassungsschutz Einstellungsforschung betreibt, entzieht sich meiner Kenntnis, das Bundesministerium des Inneren hat einige bemerkenswerte empirische Studien (u. a. zum Islamismus) durchgeführt. Und diese sind keineswegs als „Gedankenpolizei“ zu verstehen. Sie leisten ihren Beitrag zur Frage, ob und wenn ja, welche extremistischen Inhalte sich verbreiten und wo sie verankert sind. Dies kann in der soziologischen „Mitte“ der Gesellschaft sein, auch wenn es sich um die „Ränder“ des politischen Spektrums handelt.

Probleme scheint vor allem derjenige Teil der Extremismusforschung zu bereiten, der den Extremismus in der Abgrenzung zum demokratischen Verfassungsstaat definiert. Zwar heißt es im Vorwort, auf die Einführung eigener Positionen werde verzichtet, doch gelingt dies nicht durchgängig. Schon im Vorwort zeigt sich gegenüber

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dem als „verfassungspolitischer Ansatz“ definierten Konzept eine gewisse Fremdheit. „Dieser staatstragenden Note wird teilweise mit Reserviertheit begegnet, nicht zuletzt da der Wissenschaft das Postulat der Unabhängigkeit zukommt. Der schwierige Grat, der hier betreten ist, ist die Frage, ob ein Wissenschaftler nicht unabhängig sein kann, selbst wenn er ein Konzept anwendet, welches eine staatstragende Note besitzt, oder ob das Postulat der Neutralität hier nicht höher wiegt“ (S. 5). Warum die Extremismusforschung „staatstragend“ sein soll, bleibt ebenso unklar wie die Frage, wie die Unabhängigkeit der Forschung tangiert wird. Bedeutet Neutralität hier Werterelativismus?

Unbehagen gegenüber dem „verfassungspolitischen“ Ansatz wird vor allem in dem von Bötticher verfassten Teil sichtbar. Im Rahmen der Totalitarismusforschung wird davon gesprochen, dass „die Entwicklungen in der Politikwissenschaft leicht als Folie für die Interessen der Politik dienen“ (S. 15). Dass ein einheitliches Interesse der Politik existiert, bedarf wohl eines Beweises. Dann heißt es, der Extremismusansatz sei bei „kritischen Wissenschaftlern“ aufgrund seiner „Nutzbarkeit für rechtsstaatliche Sicherheitsinstitutionen“ „diskreditiert“ (S. 64). Dass „kritische“ Wissenschaftler eine Eigenetikettierung meist prosozialistischer Wissenschaftler war und ist, die den demokratischen Verfassungsstaat gerne „überwinden“ wollten, sollte zumindest Erwähnung finden. Diese Ambivalenzen ließen sich an weiteren Beispielen fortsetzen.

Das Buch entstand offenbar vor dem Bekanntwerden des rechtsextremen Terrors durch die NSU. Und hier erbringt der Band einen eigenen zeitgeschichtlichen Beitrag, da vor dem Bekanntwerden der Mordserie es dem einhelligen Forschungsstand entsprach, dass es „stabile rechtsterroristische Strukturen (etwa als Braune Armee Fraktion)“ (S. 334) nicht gibt.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Diktatur 2.0: von Neo-Autokratien und kreativen Diktatoren

Von Marianne Kneuer

William J. Dobson, Diktatur 2.0. Ob Russland oder Ägypten, China oder Syrien: Diktaturen sind kein Auslaufmodell. Doch nichts fürchten sie mehr als das eigene Volk. Ein Frontbericht, München 2012 (*Blessing*), 495 S.

Seit Ende der 1990er Jahre die Dritte Welle der Demokratisierung ihren Zenit erreicht hatte und in den folgenden Jahren stagnierte, war nicht nur die Euphorie über den Siegeszug der Demokratie abgeklungen. Neben die verbliebenen klassisch kommunistisch-totalitären Diktaturen wie Kuba, Nordkorea, Laos und Burma waren in dem folgenden Jahrzehnt neue Formen autoritärer Herrschaft getreten, die eine revitalisierte wissenschaftliche Aufmerksamkeit für Autoritarismus auslöste. Diese neuen Modelle autoritärer Herrschaft unterscheiden sich in einigen Punkten von den Kalte-Kriegs-Diktaturen: So spielt Ideologie – im Sinne von umfassenden weltanschaulichen Deutungsgeboten – keine Rolle mehr (wie in Russland) oder sie ist zu einer „Light"-Variante verkommen, die nicht mehr ernsthaft von der Parteielite eingesetzt wird (China); auch Repression spielt nicht mehr die gleiche Rolle als Machterhaltungsmethode, denn Diktatoren haben inzwischen andere, nämlich sehr viel subtilere Techniken der gesellschaftlichen Kontrolle erdacht.

China und Russland sind die prominentesten Beispiele für ein neues Modell, nämlich jene so genannten kapitalistischen Autokratien, die einerseits zwar die politischen Rechte und Freiheiten einschränken, illiberal sind und keine Rechtsstaatlichkeit aufwiesen, andererseits aber den Bürgern (begrenzte) persönliche Freiheiten zugestehen. Wirtschaftlich verfolgen sie staatskapitalistische Methoden und erzielen damit beachtliche Wachstumsraten, was wiederum den Lebensstandard der Bürger oftmals hebt. Während China sozusagen eine „Modernisierung" der kommunistischen Versteinerung vorgenommen hat (ebenso übrigens Vietnam), war der Weg Russlands und der meisten post-sowjetischen Staaten ein anderer: Sie hatten in den 1990er Jahren Demokratisierungen eingeleitet, waren dann aber in einem hybriden Zustand steckengeblieben und sind bis Mitte der 2000er Jahre zu autoritären Regimen regrediert. Das trifft für Zentralasien, den Kaukasus, Weißrussland, Ukraine und Moldau zu.

Einen wiederum anderen Weg haben demokratische Staaten oder defekte Demokratien genommen, bei denen demokratisch gewählte Präsidenten die demokratischen Institutionen und Verfahren systematisch und langsam von innen ausgehöhlt haben, bis diese nur noch eine Fassade für einen tatsächlich autoritären Kernbestand darstellten. Hier ist Venezuela unter Hugo Chávez das bekannteste Beispiel, das in anderen lateinamerikanischen Staaten kopiert wird. Kurzum: Die 2000er Jahre haben einen Typus neuer Autokratien – ich nenne sie Neo-Autokratien – hervorgebracht, die sich

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auf unterschiedlichen Pfaden entwickelten und unterschiedliche Ausprägungen haben können. Ihr gemeinsames Merkmal ist, dass sie sich von jenen Dinosaurier-Diktaturen der Kalte-Kriegs-Periode unterscheiden.

Die Politikwissenschaft hat sich in den letzten Jahren vermehrt diesem Phänomen der Neo-Autokratien zugewandt. Auch das Buch des US-amerikanischen Journalisten William J. Dobson tut dies. Er hatte sich noch vor dem Arabischen Frühling aufgemacht und ist – wie er es ausdrückt – „rund um den Erdball" die „Schlachtfelder jenes Kampfes ab[gegangen], in dem das Mächtegleichgewicht zwischen Diktaturen und Demokratien neu austariert wird" (S. 26). Dabei hat Dobson über zweihundert Interviews geführt, mit Oppositionellen ebenso wie mit Mitläufern oder Gestaltern von Autokratien. Sein Buch nennt er einen „Frontbericht". Das alles klingt recht reißerisch und führt daher zu der Frage, an wen sich dieses Buch wendet. Mit fast 500 Seiten hat es eine anspruchsvolle Länge, einer wissenschaftlichen Studie oder einem großen Roman gleichkommend. Beides ist es nicht. Zwar weist das Buch Fußnoten auf, dennoch kann man es nicht wissenschaftlich nennen. Fiktiv ist es freilich ebenso wenig; eben ein Frontbericht. Dafür spricht auch der Stil: Dobson schreibt überaus gefällig und nutzt tatsächlich den Duktus eines „Frontberichterstatters". Er mischt die Erkenntnisse aus den Interviews mit den eigenen recherchierten Hintergrundinformationen.

Das Buch ist in acht große Kapitel aufgeteilt: Die ersten drei Teile und der letzte beschäftigen sich mit Russland, China und Venezuela, eben jenen paradigmatischen Fällen. Kapitel vier („Die Opposition") und fünf („Die Jugend") sind mehr als Querschnittsberichte angelegt, wobei Venezuela zwar einen Schwerpunkt bildet, aber zwischendurch nach Ägypten oder Russland gesprungen wird. Das sechste Kapitel widmet sich dann Ägypten, das den Sturz Mubaraks während Dobsons Reise durchlebt, so dass ein Frontbericht aus diesem Land naheliegt. Die Überschrift von Kapitel sieben „Die Profis" bezieht sich auf das von Dobson bereits eingangs geschilderte Geschäft mit „Revolutionsstudenten", also Workshops und Trainings von Revolutionsspezialisten, die den oppositionellen Aktivisten in Diktaturen Hilfestellung für den Umsturz geben.

Dobsons Frontbericht wird durchaus von einer Botschaft durchwebt: Nicht die Demokratie ist in der Krise, denn gerade an den Ereignissen des Arabischen Frühlings wurde erkennbar, dass Menschen weiterhin und überall nach Freiheit streben. Allerdings hat sich das Wesen der Diktatur verändert. „Die heutigen Diktatoren und autoritäre Herrscher sind weitaus raffinierter, gerissener und wendiger als früher" (S. 16). Sie sind kreativ, anpassungs- und lernfähig und haben ihre Techniken und Methoden des Machterhalts verfeinert.

Hierbei kann man Dobson durchaus zustimmen, allerdings birgt diese Erkenntnis für Regimeforscher nichts Neues. Worin ist also der Mehrwert des Buches zu sehen? Aus Sicht der Regimeforscherin besteht der Erkenntniswert aus den vielen Episoden, die sich aus den Interviews herauslesen und sammeln lassen: Zwar sind die Techniken von Putin, Chávez und der chinesischen KP im Großen und Ganzen bekannt, aber Dobson hat interessante Quellen aufgetan, und diese lassen sich wissenschaftlich nutzen, zumal sie nicht anonym bleiben. An manchen Stellen – und man merkt als Leserin, dass dies sehr von den Personen abhängt, denen der Autor gegenübersteht – kann die

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Geschichte vom Kampf gegen die Diktatur mitreißen: So etwa der Aufstand der Umweltaktivistin Jewgenija Tschirikowa, deren Aufbegehren gegen die Rodung des Chimki-Waldes nahe Moskau zu einem Armdrücken mit dem Regime Putin wurde. Das ist eine der wenigen in sich geschlossenen Geschichten des Buches, und dadurch ist sie besonders eindrücklich.

Problematisch ist allerdings die Idee des Autors, die er vor allem am Anfang des Buches stark macht und die im siebten Kapitel weiter ausgeführt und gestärkt wird: Dobson stellt die Geschichte von Peter Ackerman vor, der sozusagen im Geschäft des Revolutionsanzettelns und Tyrannensturzes tätig ist. Er stecke sein Geld in das Ausbilden von Aktivisten, in Filme wie *Bringing down a Dictator* und die Entwicklung von Videospielen, bei denen Aktivisten Strategien zur Vertreibung von Tyrannen „ausprobieren" können. Erschreckend ist dann der von Dobson wörtlich zitierte Ausspruch Ackermans: „Ich bin nur im Vertrieb. Ich reagiere nur auf eine Nachfrage". Später werden dann entsprechende Workshops und Trainings beschrieben. Hier muss man ob der transportierten und von Dobson unwidersprochenen Botschaft aufhorchen: Die Vorstellung, dass es eine Lösung sein könnte, in autoritäre Länder sozusagen „Anleitungen" – zumal one-size-fits-all-Anleitungen – für den Sturz von Diktatoren per Revolution zu verteilen, ist ebenso naiv wie gefährlich (und erinnert entfernt an ein ähnliches Vorgehen: Regimewechsel via Militärintervention). Es ist zudem keine neue, indes aber durch die Entwicklungen in Ägypten seit 2011 gestützte Erkenntnis, dass – kurz gesagt – eine Revolution oder der Sturz eines Diktators nicht automatisch eine erfolgreiche Demokratisierung nach sich zieht und erst recht keine stabile Demokratie garantiert. Dazu bedarf es weiterer Voraussetzungen, und diese zu schaffen und auch von außen zu fördern, ist komplexer, langwieriger und anspruchsvoller, als das Dobson glauben macht. Dass es solche Geschäftsmodelle gibt, muss man dem Autor wohl glauben; spätestens aber in Bezug auf diesen Punkt wünscht sich die Leserin eine profunder reflektierte Darstellung und eine kritische Stellungnahme. So bleibt es bei dem auf einer der letzten Seiten noch schnell geäußerten und schalen Satz, man müsse auch nach dem Sturz von Tyrannen die Begeisterung zügeln „angesichts der Herausforderungen, vor der die Gesellschaft des jeweiligen Landes steht" (S. 460).

Abschließend sei damit die Frage aufgenommen, an wen sich dieses Buch richten kann. Die Regimeforscher kann es weder überraschen, noch bietet es ihnen eine systematische Analyse. Dobsons Frontbericht kann als Steinbruch dienen, ein paar Steine herauszubrechen und weiterzubearbeiten. Der breiten Leserschaft dürfte das Buch aus mehreren Gründen nur bedingt attraktiv erscheinen: Der Stoff ist sehr voraussetzungsvoll, die Länge des Buches verlangt Durchhaltevermögen. In den USA ist es vor allem von Journalisten wahrgenommen und besprochen worden. Vermutlich ist in diesem Kreis die überwiegende Leserschaft anzusiedeln.

Zum Schluss eine Bemerkung zum Titel des Buches: Im Original lautet dieser *The Dictator's Learning Curve* – also „Lernprozess der Diktatoren". Dabei fragt sich, ob Dobson aufgefallen ist, wusste oder sogar wollte, dass dieser Titel an ein Buch des unter Regimeforschern recht bekannten Thomas Carothers über Demokratieförderung (thematisch ja durchaus nah) erinnert: *Aiding Democracy Abroad. The Learning Cur-*

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ve. Der deutsche Titel, den der Verlag Dobsons Buch gab, lautet *Diktatur 2.0* – eine gelungene Anlehnung an Web 2.0, die andeutet, dass es, wie eingangs ausgeführt, um eine fortgeschriebene Form von Diktatur geht. „Diktatur 2.0“ kondensiert den Inhalt des Buches sehr gut – besser sogar als das Original.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Ordnungsgemäße Überführung“?

Von Bernd Faulenbach

R. M. Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012 (*C. H. Beck*), 556 S.

Prämisse des Buches des aus Irland stammenden, an der Colgate University im Staate New York lehrenden Historikers R. M. Douglas ist, dass die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihren bisherigen Ostgebieten sowie aus ost- und südosteuropäischen Siedlungsgebieten bislang von der deutschen und internationalen Forschung und Öffentlichkeit vernachlässigt worden sei. Zwar sei das Thema in Deutschland nicht tabuisiert worden, doch von deutschen Historikern – nicht zuletzt unter dem Eindruck des Holocaust und der anderen NS-Verbrechen, die Beschäftigung mit an Deutschen verübtem Unrecht leicht als Apologetik erscheinen lasse – in den letzten Jahrzehnten mit einer ausgesprochenen Zurückhaltung behandelt worden. Bezogen auf den Rest der Welt aber lasse sich „ohne Übertreibung“ sagen, dass diese Vertreibung „das bis heute am besten gehütete Geheimnis des Zweiten Weltkrieges“ (S. 14) sei.

Die These ist gewiss überzogen. Doch dass das Geschehen – bei dem allerdings Flucht und Vertreibung begrifflich nicht getrennt werden – die größte Bevölkerungsbewegung des eine Vielzahl derartiger Zwangsmigrationen aufweisenden 20. Jahrhunderts war, ist ebenso wenig zu bestreiten wie der Tatbestand, dass er in der europäischen Erinnerungskultur bislang keine große Rolle spielt. Der Rezensent hat vor einem Jahr bei einem Kulturkongress in Genua über dieses Thema gesprochen, bei dem Hunderte von Zuhörern davon noch nie etwas gehört und sich teilweise erschüttert gezeigt hatten.

Douglas will mit seinem Buch nicht weniger als eine Darstellung anbieten, die die Vertreibungen „von allen Seiten“ betrachtet, auch wenn sie naturgemäß keinen Anspruch auf enzyklopädische Vollständigkeit erhebe. In der Tat bezieht sich die Studie keineswegs nur auf Polen und die Tschechoslowakei, sondern auch auf ganz Ost- und Südosteuropa. Sie behandelt Ideen und Planungen zu Umsiedlungen, die Rolle der Volksdeutschen während des Krieges, die verschiedenen Phasen, die der „wilden“ und die der „organisierten Vertreibungen“, die Internierungslager, in denen Deutsche festgehalten werden, das Schicksal der Kinder, die Aneignung der früheren deutschen Regionen durch Polen und die Tschechoslowakei, die internationale Reaktion, die Integration der Vertriebenen in Deutschland, die rechtliche Dimension des Geschehens und seine Bedeutung in Erinnerungskultur und Gegenwart – ein großes Programm, das – teilweise auch wegen des unzureichenden Forschungsstandes – nicht gleichmäßig dicht und innovativ behandelt wird.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Historiker nutzt vor allem angelsächsische Quellen, ebenso polnische und tschechoslowakische, kaum jedoch deutsche Materialien, die Berichte der Vertriebenen wiedergeben, etwa den großen Bestand des Bundesarchivs. Letztgenannte kann man kritisieren, denn alle Quellen, auch diese, sind selbstverständlich mit den Methoden des Historikers einzuordnen und zu bewerten. Russische Quellen fehlen völlig – überhaupt bleibt im Hinblick auf die alliierte Politik die Rolle und Verantwortlichkeit Stalins und der Sowjetunion unterbelichtet. Sorgfältig wird die Tschechoslowakei, d. h. die Vertreibung der Sudetendeutschen, untersucht, weniger intensiv Polen. Ostpreußen und die sowjetische Politik fehlen, die Geschehnisse in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien kommen teilweise in den Blick.

Douglas ist sich bewusst, dass die Behandlung des Themas nicht vom Holocaust und der deutschen Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg abstrahieren kann. Vielleicht hätte er diese deshalb stärker einbeziehen sollen. Gleich eingangs stellt er fest, „dass sich kein legitimer Vergleich zwischen den Verschiebungen nach dem Krieg und den deutschen Verbrechen an Juden und anderen unschuldigen Opfern ziehen lässt“ (S. 17). Auch Douglas hält die NS-Verbrechen insofern für einzigartig. Für ihn stellt sich die Frage, inwieweit die Vertreibung als Reaktion darauf politisch und moralisch zu legitimieren sei. Und diese Frage verneint er entschieden. Aus seiner Sicht ist eine Politik, die ihrerseits in großem Stile schwere Menschenrechtsverletzungen begeht und nach dem Grundsatz verfährt „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ zwar ein Stück weit zu erklären, doch nicht zu rechtfertigen.

Der Verfasser ist um ein differenziertes Urteil bemüht. Zwar bestreitet er z. B. nicht, dass die Volksdeutschen während des Krieges zeitweilig an dem Anspruch, zum Herrenvolk zu gehören, partizipiert hätten, räumt auch die Beteiligung von Volksdeutschen an Judenmorden etwa im Baltikum ein, hält jedoch die These, die Volksdeutschen seien überall die fünfte Kolonne gewesen, für unzutreffend. Sehr verengt auf Beneš erscheint Douglas‘ Darstellung der Konzeptualisierung der Vertreibung. Hier wäre mehr über die polnische Willensbildung zu sagen, ebenso über die Interessen der Alliierten, nicht zuletzt Stalins. Dass Bevölkerungstransfers als ein Mittel der Konfliktbewältigung seit dem Ersten Weltkrieg erschienen und durch den Völkerbund sanktioniert wurden, kommt immerhin zur Sprache.

In mancher Hinsicht bestätigt der Autor frühere Forschungen. Dass die „wilden“ Vertreibungen im Frühjahr und Sommer 1945 nicht das Resultat spontaner Gewalt waren, sondern von Soldaten, Miliz und Polizei vorangetrieben wurden, freilich durch antideutsche Gefühle zusätzlich motiviert, hält der Autor fest. Hunderttausende – eine genauere Zahl kann auch Douglas nicht nennen – fielen dem „gewaltigen Ausbruch staatlich geförderter Gewalt zum Opfer“ (S. 167).

Wohl als erster geht Douglas auf die – teilweise auf dem Gelände deutscher Konzentrationslager errichteten – Internierungslager ein, in denen zeitweilig Hunderttausende – allein in Böhmen im November 1945 152.000 Gefangene, davon 93 Prozent Deutsche – festgehalten wurden. Der Historiker führt Beispiele in der Tschechoslowakei und in Polen an, in denen das Bemühen offensichtlich war, sich an deutschen Vorbildern zu orientieren, und ausgesprochene Exzesse vorkamen. Am Lagertor im

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lager Linzervorstadt stand nicht „Arbeit macht frei“, sondern der alttestamentarische Grundsatz „Oka za Oka, Zub za Zub“ (Auge um Auge, Zahn um Zahn). Internierungslager gab es auch in Ungarn (Debrecem) und vor allem in Jugoslawien (mindestens 170.000 Deutsche, teilweise waren ganze Dörfer eingezäunt). In vielen Fällen waren nach Aussage von Douglas sogar Opfer des NS-Regimes eingesperrt, so in der Tschechoslowakei ca. 2.000 bis 3.000 Juden, ebenso deutsche Sozialdemokraten, die NS-Lager überlebt hatten. In manchen Lagern gab es schlimme Übergriffe; nicht zuletzt Frauen wurden Opfer von Gewalt. Dennoch seien – mit der möglichen Ausnahme von jugoslawischen Lagern 1945/46 – die deutschen Lagerinsassen zwar Opfer von Misshandlungen und böswilliger Vernachlässigung, aber nicht eines systematischen Massenmordprojektes geworden. Die große Mehrheit habe die Lager überlebt, was den Unterschied zu den NS-Lagern markiere.

Douglas geht den Haltungen der einheimischen Bevölkerungen und der Repräsentanten der Alliierten zu den Vertreibungen nach. Bei Einheimischen habe es eben auch Abscheu gegeben, ein Prager Bürger habe z. B. bekundet, wenn man Richter über die deutschen Täter sein wolle, dürfe man nicht ebenso wie diese handeln. Kritik gab es im Herbst 1945 auch im Labour-Blatt *Daily Herald* oder ein Jahr später im *Manchester Guardian* von Richard Stokes, dem späteren Labour-Minister, der insbesondere den Umgang mit deutschen Sozialdemokraten anprangerte, die aus den Konzentrationslagern entlassen nun als Deutsche in Arbeitslager gekommen seien. Befreiung sei aus diesen Lagern im Grunde nur durch Deportation möglich gewesen. Da einige Lager noch 1948 existierten, wurden sie über Nacht – so Douglas – zu wichtigen Themen antikommunistischer Kritik. In der Tat wurden bald Flucht und Vertreibung in Westdeutschland vorrangig dem Kommunismus angelastet – vor dem Hintergrund der Argumentation von Douglas ist das ein problematischer Vorgang.

Der Historiker zeigt, dass im Allgemeinen in der alliierten Öffentlichkeit nicht zwischen Nationalsozialisten und anderen Deutschen unterschieden wurde, was auf die Annahme einer Kollektivschuld hinauslief. Und doch gab es in England auch kritische Stimmen und die Aktion „Save Europe Now“, von Victor Gollancz ins Leben gerufen, die gegen die schlechte Behandlung der Deutschen protestierte. Der Philosoph Bertrand Russell fragte in einem Brief an die *Times*, der auf den gleichzeitigen Nürnberger Prozess anspielte: „Sind Massendeportationen Verbrechen, wenn sie von unseren Feinden während des Krieges durchgeführt werden, und gerechtfertigte Maßnahmen sozialer Anpassung, wenn unsere Verbündeten im Frieden sie veranlassen?“ Diese Stimmen bewirkten freilich wenig.

Douglas kommt es in besonderer Weise auf zweierlei an. Zum einen hebt er die Mitverantwortung der angelsächsischen Mächte für die Vertreibungen hervor. Sie betrachteten die Maßnahmen als „Möglichkeit, um der Masse gewöhnlicher Deutscher nahe zu bringen, welches persönliche Risiko in der Unterstützung extremistischer Regime und Angriffskriege lag“ (S. 92) – ein aus Sicht des Historikers unverantwortliches Vorgehen. In der Tat stellt sich die Frage, inwieweit die Politik verbrecherischer Regime eine Ethik der Bestrafung und Vergeltung rechtfertigt, die Gefahr läuft, sich damit den Maßnahmen des verbrecherischen Regimes anzunähern. Das zweite Anliegen von

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Douglas: Bevölkerungstransfers sind für die Gegenwart und Zukunft ungeeignete Mittel der Politik, um Frieden zu schaffen. – Aufs Ganze gesehen handelt es sich um ein Buch, das ein schwieriges europäisches Thema historisiert.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Linksextremismus“ – ein Kampfbegriff?

Von Armin Pfahl-Traughber

Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hrsg.), Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus“ umgehen, Hamburg 2012 (*VSA*), 157 S.

Werden in der Bundesrepublik Deutschland Gesellschafts- und Kapitalismuskritiker pauschal mit dem Etikett „Linksextremismus“ bezeichnet? Dieser Frage gehen mit einer bejahenden Antwort die Autoren des Sammelbandes *Verfassungsfeinde?* nach. Für die Herausgeber handelt es sich um ein „disqualifizierend gemeintes Verdikt, das nicht nur Sicherheitsbehörden und konservativen Parteien zur ultimativen Wunderwaffe gegen politisch Andersdenkende gerät“ (S. 7). Für sie drückt „sich im Begriff ‚Linksextremismus’ eine bestimmte ideologisch geprägte Form der politischen, wissenschaftlichen und exekutiven Auseinandersetzung mit oppositionellen Ideen, Organisationen und Praxen“ (S. 8) aus. Abweichende Denkweisen sollten delegitimiert, diffamiert und kriminalisiert werden.

Diese Grundposition zieht sich durch die 13 Beiträge, die meist von Journalisten, Rechtsanwälten und Sozialwissenschaftlern stammen. Inhaltlich geht es um die „Karriere“ des Begriffs „Linksextremismus“ im öffentlichen Diskurs und die Extremismus-Vorwürfe an die Partei Die Linke, um Bürgerrechtler und Journalisten im „Visier des Verfassungsschutzes“ und die Rolle der Exekutivorgane im Extremismus-Dispositiv. Es folgen Beiträge zum „Linksextremismus“ im Politikunterricht in den Schulen und mit dem „Andi“-Comic des NRW-Verfassungsschutzes, zur Rede von der „Konfrontationsgewalt“ und zu den Ermittlungsverfahren nach §§ 129 und 129a StGB. Die letzten Texte widmen sich den einschlägigen Datensammlungen und Lagebildern der Sicherheitsbehörden, dem strafrechtlichen Terrorismusbegriff der EU, der – behaupteten – Idealisierung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Rezeption der Broschüre „Der kommende Aufstand“ und den politischen Folgen der Rede vom „Linksextremismus“.

Wie angemessen ist die erwähnte Kernaussage des Sammelbandes? Sie soll mit einem Blick auf einzelne Texte einer kritischen Prüfung unterzogen werden: In ihrem Beitrag „Zur Karriere eines Begriffs“ geht Jennifer Stange davon aus, der Extremismusbegriff sei – bezogen auf seine linke Variante – „derart mit ideologischem Ballast beladen […], dass er einer Staatsethik wesentlich näher kommt als einer wissenschaftlichen Theorie“ (S. 10). Die Journalistin berücksichtigt indessen nicht ausführlich die Grundpositionen der Extremismustheorie, sondern referiert relativ frei ein von ihr so empfundenes Verständnis. Mitunter gibt es dabei bewusste oder unbewusste Fehlwahrnehmungen. So heißt es mit Blick auf eine Aussage von Uwe Backes und Eckhard

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jesse: Es sei fragwürdig, „inwiefern diejenigen die ein hohes Maß an Subjektivismus predigen, als ‚linksextremistisch' beschrieben werden könnten" (S. 14). Gemeint ist von den beiden Extremismusforschern nicht Subjektivismus an sich, sondern diese Einstellung bei den gewaltorientierten Autonomen. Stange empört sich hauptsächlich über eine – angebliche – Gleichsetzung von Kapitalismuskritik und Linksextremismus: „Die gesellschaftspolitische Diskussion um Gleichheit oder die Kritik der ökonomischen und sozialen Ungleichheit unter das Verdikt des Extremismus zu stellen, geht jedoch weit über das hinaus, was ein normatives Konstrukt im Namen der Demokratie leisten sollte" (S. 15). Und weiter heißt es: „Als übergreifendes Merkmal des Linksextremismus wird aber auch der Antikapitalismus benannt [...] Verfassungsrechtlich ist diese Argumentation kaum haltbar, denn die fdGo enthält keine Vorschrift zur Gestaltung der ökonomischen Ordnung der Bundesrepublik" (S. 16). Dies ist durchaus zutreffend! Doch: Wer behauptet das Gegenteil? Die Ablehnung von Demokratie und Rechtsstaat macht einen politisch Linksstehenden zu einem Linksextremisten, nicht die Ablehnung von Kapitalismus. Diese Einstellung kann sich auch im Rahmen der Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates bewegen.

Die Autorin bedient sich bewusst oder unbewusst einer klassischen Manipulationstechnik, indem sie die kritisierte Position inhaltlich verzerrt wiedergibt. Dies gilt auch für den letzten Satz des Aufsatzes: „Das Fundament dieser Theorie ist die Angst vor Abweichung und politischer Veränderung, die produktiv gemacht wird für die geistige Verengung gesellschaftlicher Debatten und für einen sicherheitspolitischen Zugriff auf das Feld der außerparlamentarischen Politik" (S. 21). Weder die Extremismusforschung noch die Sicherheitsbehörden haben Protestbewegungen – sofern sie gewaltfrei agierten – pauschal als extremistisch gedeutet. „Abweichungen" und Kritik sind in einer pluralistischen Gesellschaft ein konstitutiver Bestandteil des politischen Selbstverständnisses („kontroverser Sektor"). Lediglich wenn eine Organisation deren Grundlagen im Sinne der Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates („nicht-kontroverser Sektor", Ernst Fraenkel) ablehnt, ist es angebracht, von Extremismus zu sprechen.

Bei der Lektüre des Bandes fällt auf, dass die konkret gemeinten politischen Organisationen gar nicht näher thematisiert werden. Die Frage, ob denn bestimmte Parteien oder Subkulturen ein ablehnendes Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben und somit zutreffend als linksextremistisch gelten können, stellen sich die Autoren nicht. Immerhin hält die DKP die DDR für einen „Teil des humanistischen Erbes Deutschlands", und die MLPD verehrt die Politikkonzepte von Massenmördern wie Mao und Stalin. Autonome werfen unter der Fahne der „Antifaschistischen Aktion" mit Steinen auf Polizeibeamte. Hier handelt es sich jeweils nicht nur um engagierte Kapitalismuskritiker oder „gesellschaftskritische" Jugendliche, auch nicht – wie die Herausgeber schreiben – um bloße „politisch Andersdenkende", die eine „abweichende Denkweise" haben. Diktaturverherrlichung und Gewalttaten stehen vielmehr für Auffassungen, die ein Demokrat entschieden und grundsätzlich ablehnen sollte.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bezogen auf den „Grauzonenbereich“ zwischen den idealtypisch definierten Polen „demokratisch“ und „extremistisch“ kann es durchaus zu kontroversen Einschätzungen kommen. Dies gilt aktuell für die Partei Die Linke. Tom Strohschneider beschäftigt sich damit in seinem Beitrag „‚Äußerst wirksames Kampfinstrument’. Die Linke, der Extremismus-Vorwurf und der Verfassungsschutz“. Der Redakteur des *Neuen Deutschland* geht darin nicht detailliert auf die Verfassungsschutzberichte ein. Demgegenüber problematisiert Elke Steven in ihrer Abhandlung „Im Visier des Verfassungsschutzes: Bürgerrechtler und Journalisten“ anhand von Einzelfällen die mitunter bedenkliche Praxis, wofür etwa der Fall des Publizisten Rolf Gössner steht. Gleichwohl neigt die Journalistin und Soziologin zu nicht nachvollziehbaren Verallgemeinerungen: Es werde immer wieder deutlich, „dass der Verfassungsschutz Bürger ins Visier nimmt, die sich kritisch zu Politik und Zeitgeschehen äußern“ (S. 42).

Sollte dies wirklich zutreffen, so müssten Millionen von Menschen gespeichert sein. Die Absurdität dieser – zu Ende gedachten – Aussage ergibt sich allein schon aus der Perspektive des „gesunden Menschenverstandes“. Die Grundlage für die Einschätzung als extremistisch von Forschung bzw. Verfassungsschutzbehörden besteht in der Ablehnung der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates bzw. der Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Gleichwohl kann es bei der Arbeit der Behörden zu Fehleinschätzungen kommen. Gerade ihre Korrektur und ihr Öffentlichwerden im Kontext einer juristischen Auseinandersetzung machen indessen deutlich, dass es entgegen dem Sammelband-Untertitel eben gerade kein „Denkmonopol“ gibt. Dies befürchtet wohl auch Jonas Engelmann in seinem Beitrag „Andi Anti Alles. Die ‚subversive Verunsicherung’ der *Andi*-Comics“, der sich gegen einen dreiteiligen Comic gegen Extremismus des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes wendet.

Der letzte Text stammt von Christian Schmidt und ist mit „Unkonkret, aber wirksam. Die Rede vom ‚Linksextremismus’ und ihre gesellschafspolitischen Folgen“ betitelt. Darin berücksichtigt der Autor das Engagement von Aktivistengruppen gegen Neonationalsozialisten in der ostdeutschen Provinz: „Vor allen anderen trifft der Verdacht, linksextremistisch zu sein, aber Gruppen, in denen sich meist junge Menschen zusammengeschlossen haben, um sich zu wehren. Sie wissen oft aus eigener, leidvoller Erfahrung, dass ihnen das staatliche Gewaltmonopol in ländlichen Gegenden keinen oder nur einen sehr unzureichenden Schutz vor Übergriffen bietet. Ihre Entscheidung, sich eigenen Schutz auch mit Gewalt nicht grundsätzlich verbieten zu lassen, ist so gesehen nachvollziehbar“ (S. 144). Auch diese Ausführungen verzerren: Gewalt als Notwehrakt gegen Gewalt ist legal und legitim. Dies hat nichts mit Linksextremismus zu tun. Anders verhält es sich mit Gewaltakten nach dem Motto „Antifa heißt Angriff“.

Der Sammelband *Verfassungsfeinde?* steht nicht für einen differenziert und sachlich gehaltenen Beitrag zum Thema. Die politische Dimension seines Anliegens ist unverkennbar, soll angesichts der Konzentration auf die argumentative Kritik nicht näher erörtert werden. Die Autoren und Herausgeber unterstellen mitunter Auffassungen, die für die Extremismusforschung oder Sicherheitsbehörden überhaupt nicht kennzeichnend sind. So heißt es etwa: „Die Rede vom Linksextremismus vermag jede von einer

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

als opportun definierten Haltung abweichende Denkweise zu delegitimieren, zu diffamieren und zu kriminalisieren“ (S. 8). Wäre dem so, dann müssten politische Gruppen und Parteien von Attac bis „Piraten“ der Forschung und den Verfassungsschutzbehörden als extremistisch gelten. Dies trifft bekanntlich nicht zu. Gleichwohl spielen solche Fehlwahrnehmungen im öffentlichen Diskurs eine Rolle. Eine kritische Prüfung ihrer Angemessenheit ist daher nötig.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eine ganz andere Theorie des Totalitarismus

Von Ernst Nolte

Lothar Fritze, Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich, München 2012 (*Olzog*), 606 S.

Wer dieses umfangreiche Buch von mehr als 600 großflächigen Seiten in die Hand nimmt und nur auf den Titel blickt, mag annehmen, dass eine neue Untersuchung aus dem Bereich der „Totalitarismus-Forschung" vor ihm liegt und dass er schwerlich viel Neues finden wird. Aber der Verfasser, Lothar Fritze vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden, macht schon in dem kurzen Vorwort klar, dass er seinen Versuch in einer ganz anderen Situation vornimmt, als es die Klassiker der Totalitarismustheorie wie Hannah Arendt, Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski taten, denn er kennzeichnet die gegenwärtige Situation dadurch, dass dieses Vorhaben, die Basis der ganzen Theorie, seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland als „unanständiges und gefährliches Unternehmen" gilt, das in weiten Teilen der Gesellschaft tabuisiert ist, so dass die Zurechnungsfähigkeit eines jeden in Zweifel gezogen worden sei, der „Marx und Hitler" in einem Atemzug genannt hätte. In der Tat ist der Wandel der Atmosphäre, der das negative Urteil der ursprünglichen Theorie nur noch den Nationalsozialismus betreffen ließ, während dem Kommunismus, wenngleich unter mancherlei Kautelen, viel Verständnis zugewandt wurde, höchst bemerkenswert, und Fritze nimmt sich offenbar vor, diese neuere Konzeption von der Kritik nicht auszunehmen. Das kann bloß dann der Fall sein, wenn die „absolut harte" Kritik, die nur an einer der totalitären Mächte geübt wird, in Frage zu stellen ist.

Und deshalb stößt der „normale" Leser in diesem Buch immer wieder auf Wendungen, die ihn befremden oder sogar empören, etwa wenn ihm zugemutet wird, „eine innere Folgerichtigkeit vieler Überlegungen von Hitler" einzuräumen, und wenn es ausdrücklich heißt, dass Hitler insoweit ernst genommen wird, „als die Interpretation ihn nicht von vornherein als pathologische oder lächerliche Persönlichkeit […], als rachsüchtigen Zerstörer oder als die Inkarnation des Bösen" abtut, sondern als einen „programmatisch denkenden Politiker begreift" (S. 36). Im Mittelpunkt von Hitlers Weltanschauung habe die „Selbstbehauptung des deutschen Volkes" gestanden, und zwar deshalb, weil er den Anspruch der marxistischen Utopie und der kommunistischen Revolutionäre ernst genommen habe, denn dieser Anspruch zielte auf nichts Geringeres als auf das Verschwinden nicht nur dieses Volkes, sondern aller Völker in einer egalitären, klassen- und nationlosen Weltgesellschaft ohne Einzelkulturen. Im Marxismus musste er deshalb seinen eigentlichen und weltanschaulichen Gegner wahrnehmen, und diese Gegnerschaft sieht Fritze offenbar als nachvollziehbar, ja als wohlbegründet an, denn der Mensch kann und soll nicht, wie Marxismus und Kom-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

munismus es wollen, im Allgemeinen aufgehen, sondern partikulare Realitäten oder Strukturen wie etwa die Zugehörigkeit zu bestimmten religiösen oder sozialen, in Auseinandersetzungen stehenden Gruppen, gehören zu seinem Wesen, wie unterschiedlich die konkrete Gestalt dieser Realitäten und Strukturen auch immer sein möge.

Diese im Grunde anthropologische Differenz ist die Basis der Urfeindschaft, die erst im zwanzigsten Jahrhundert und nach der gewaltsamen Machtergreifung des Marxismus bzw. des Kommunismus in einem der größten und wichtigsten Länder der Erde ihre klaren Konturen gewann. Sie ist grundlegender und bedeutender, als irgendeine konkrete Feindschaft sein kann, und Fritze scheut unter Berufung auf neuere Forschungsergebnisse nicht vor der These zurück, Hitlers Antibolschewismus sei genetisch ursprünglicher gewesen als sein Judenhass. Aber da Hitler in den Juden nicht etwa einen „Sündenbock", sondern einen „eminent effektiven und gefährlichen Gegenspieler gesehen und gefürchtet" (S. 103) habe, muss in seinen Augen ein enger und wesentlicher Zusammenhang zwischen Kommunismus bzw. Marxismus und Judentum seit alten Zeiten bestanden haben, und hier stimmen die beiden Todfeinde in der Sache, wenn auch unter gegensätzlicher Wertung überein, denn die Juden wollten von jeher „das Volk Gottes" und insofern „der Menschheit" und des Internationalismus sein. Beide Ideologien haben also genuine Realitäten oder Tendenzen im Blick, und beide nehmen einander insofern ganz ernst, als sie dem Feind den Willen zur Vernichtung einer der beiden Grundtendenzen unterstellen. Beide wollen nicht nur eine „abstrakte" Tendenz vernichten, sondern jeweils eine große Menschengruppe, in welcher diese Tendenz sich verkörpert hat, sei es die durch Habgier und Egoismus gekennzeichnete Gruppe der Unternehmer oder „Kapitalisten", seien es die unbedingten Revolutionäre, die Juden. In diesem zentralen Punkte ging der Marxismus voran, und die Beseitigung der „Bourgeoisie" durch den „Roten Terror" mitsamt der „Kulakenvernichtung" war älter als die Judenvernichtung. Fritze muss daher der seit Jahrzehnten eingeschliffenen Gewohnheit kritisch gegenüberstehen, alle Aufmerksamkeit auf die „Judenvernichtung" zu konzentrieren. Der Kommunismus und der Nationalsozialismus besaßen eine fortschrittliche wie eine rückwärtsgewandte Seite, und nur aus dieser Einheit des Unvereinbaren konnte die „Utopie" hervorgehen, die im Marxismus die einheitliche und gleiche Menschheit voraussah und im Nationalsozialismus die pluralen Kriegs- und Kulturstaaten, die allein den konkreten Fortschritt hervorzubringen vermochten. Beide verstanden sich daher selbst als ein Unternehmen der „Menschheitsrettung", welche die vollständige Niederlage des Todfeindes voraussetzte. Keine der beiden Konzeptionen zog die Möglichkeit einer Synthese von Gleichheit der Menschennatur und von (auch ökonomischer) Freiheit der Individuen oder Gruppierungen in Betracht, und deshalb, so darf man Fritze wohl ergänzen, gingen beide als konkrete Erscheinungen unter, aber als weltgeschichtliche, zum unterschiedlichen Ausgleich bestimmte, Tendenzen blieben und bleiben sie lebendig.

Die Verschiedenheit könnte allerdings eine unterschiedliche Bedeutung für die vorstellbare und reale Zukunft zur Folge haben. Fritze unterstreicht sehr den „im Vergleich zur Ideologie Hitlers viel intensiveren heilstechnologischen Charakter des Marxismus" und „die ungeheure Glaubens- und Opferbereitschaft unter den Kommunisten"

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

(S. 338), wie es schon nicht wenige seiner Vorgänger getan haben. Wäre daraus zu schließen, dass die ältere und umfassendere Ideologie sich in der vorstellbaren Zukunftswelt in stärkerem Maße durchsetzen wird als die jüngere, viel stärker an Konkretes gebundene „Weltanschauung“?

Auch hier sollte der auffallenden Ungleichheit mit wissenschaftlichem Vorgehen und offenem Resultat entgegengewirkt werden: Jene Opferbereitschaft der Kommunisten ist allgemein bekannt und anerkannt, aber das Verhalten von Nationalsozialisten und Nationalisten unter extremen Bedingungen, nämlich der alliierten Vernehmungsstätten der Nachkriegsjahre, ist der allgemeinen Kenntnis entzogen und sollte zum Gegenstand der Forschung gemacht werden.

Die eigenartigste Überlegung Fritzes dürfte sich ganz am Schluss finden: Er scheint sich als Anhänger des Moralismus der Ideologie der Menschenrechte zu erweisen, wenn er mit dem Blick auf die Weltsituation der Gegenwart feststellt, die Einwohner der westlichen Länder verbrauchten große Teile der Ressourcen des ganzen Planeten und schlössen die ärmeren von deren Nutzung aus, so dass die Situation des „gerechtfertigten Notstands“ und dessen schwerwiegender Konsequenzen entstehe. Es ist leicht zu sehen, dass dieser („kommunistische“) Vorrang des Ganzen „unter pragmatischen Gesichtspunkten“ nicht akzeptierbar ist, denn er würde den („nationalsozialistischen“) „Kriegszustand“ ganz außerordentlich verschärfen. Wer in dieser Situation an dem (wie auch immer abgemilderten) „Recht des Stärkeren“ festhält, tritt für die unerlässliche Ordnung, für die Nicht-Permanenz des Kriegszustandes ein. Diese Überlegung zeige, was es bedeute, sich von diesem Recht zu verabschieden. Lenin wie der „Anti-Lenin“ Hitler würden im Rückblick als hilflose Helfer erscheinen, die nicht auf den Gedanken kamen, dass nur die Entdeckung einer wirklich unerschöpflichen Energiequelle Abhilfe schaffen könnte, aber eine Abhilfe, die ebenso im Bereich des Utopischen verbleiben würde wie die Vorschläge der Protagonisten des Totalitarismus.

Jedenfalls hat Lothar Fritze zu einer Sicht der Dinge wesentlich beigetragen, die den Respekt vor allen Menschen ermöglicht, die in einer komplizierten und undurchschaubaren Situation eine „Lösung des Nicht-Lösbaren“ erstrebten und mit „gutem Gewissen“ ideologische Verbrechen begingen, welche sich fundamental von den zahllosen Alltagsverbrechen unterscheiden und die Geschichte der Menschheit von deren Anfängen an begleitet haben. Aber ohne Schimpfreden und „mit Respekt“ ideologische Taten und Täter zu verurteilen, ist eine noch kaum erkannte und überaus schwierige Aufgabe für die Geschichtsschreibung der Zukunft, die etwas anderes als politische Polemik wäre. Eben darum hat Lothar Fritze sich nach meinem Urteil verdient gemacht.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Freiheitsfibel für die Hosentasche

Von Franziska Kiermeier

Joachim Gauck, Freiheit. Ein Plädoyer, München 2012 (*Kosel Verlag*), 64 S.

Joachim Gauck hat den Ruf eines „Freiheitspathetikers“: Er beherrscht die Kunst, leidenschaftlich der Freiheit das Wort zu reden, und das auf erfrischende, emotionale Weise. Wobei sich Pathos von „pathein“ ableitet, also von „leiden“, wie Michael Naumann über Gauck sagte. „Wer Freiheit ein halbes Leben lang vermissen musste, darf sie mit Leidenschaft preisen, da ihre schmerzliche Abwesenheit als erlebte Unfreiheit, eben als erinnertes Leid das Pathos diktiert.“[1] Und Gauck hat gelitten – vier Jahrzehnte als „Staatsinsasse“ (vgl. S. 20), wie er sich selbst polemisch nennt. Auch seine Rede, die er im Januar 2011 in der Evangelischen Akademie Tutzing unter dem Titel „Freiheit – Verantwortung – Toleranz. Eckpunkte einer globalen Leitkultur“ gehalten hat, und die diesem Büchlein zugrunde liegt, folgt dem Gauckschen Impetus: Gauck ist ein „Liebhaber der Freiheit“ (S. 3) und er kämpft für sie mit der Kraft mächtiger Worte. Die Haptik des Bändchens verstärkt das: eine kleine Freiheits-Fibel für die Hosentasche.

Auf rund 60 großzügig gestalteten Seiten entwickelt Gauck seinen Dreiklang aus Freiheit, Verantwortung, Toleranz. So sind auch die drei Kapitel überschrieben. Diese Anordnung folgt seiner Argumentation. „Freiheit [ist] das Allerwichtigste im Zusammenleben“, stellt er unabänderlich gleich eingangs klar (S. 5). Die Freiheit, die Gauck meint, gibt es eigentlich nur im Plural: Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit. Vor allem aber Freiheit zu einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe ohne staatliche Bevormundung, Freiheit also als das Recht auf den Citoyen, auf den Rousseauschen Staatsbürger.

Gaucks Freiheit ist eine positive, gestalterische, die „man nicht fürchten muss“ (S. 16). Menschen haben den Hang zu einer Freiheit, „in der wir […] frei sind für etwas und zu etwas“ (ebd.). Damit widerlegt er die gelegentliche Kritik, sein Freiheitsbegriff erschöpft sich in der Abwesenheit der DDR. Er unterscheidet die Freiheit des Erwachsenen von der des Jugendlichen, für letzteren bedeutet sie vor allem Ungebundensein, Aufruhr, Befreiung. Hingegen: „Die Freiheit des Erwachsenen heißt Verantwortung.“ (S. 26) Beide Formen der Freiheit bedingen einander, sind gleichsam zwei Seiten einer Medaille. Diese Dynamik findet ihre Entsprechung auf politischer Ebene: Die junge, ungestüme Freiheit bricht sich Bahn, mitunter zügellos und anarchisch – so in der Französischen Revolution. Spätestens in postrevolutionären Zuständen, Gauck be-

1 Michael Naumann, Der Unruhestifter, er lebe hoch! Laudatio zur Verleihung des Börne-Preises, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

richtet von seinen Erlebnissen 1989/90, schlägt die Stunde eines erwachsenen Freiheitsethos, das gestalten, handeln und schaffen will.

Die Möglichkeiten, Verantwortung leben und wahrnehmen zu können, ist für Gauck keine Frage notwendiger Bedingungen, sondern grundsätzlich die ständige Bereitschaft, Ja zu sagen und sich mit einer quasi naturgegebenen Unvollkommenheit zu arrangieren. „Wir können das eigentlich alle. Denn wir alle haben ein natürliches Empfinden für eine Aufgabe oder kennen die Hingabe" (S. 26). Gauck appelliert an stabile Bindungen, wenn er von der Lebensform der Bezogenheit (vgl. S. 29) spricht – und zeigt mit Begriffen wie diesem, dass er ein routinierter Prediger ist. Dabei macht er zweierlei deutlich. Erstens: Verantwortung und die Lust daran, ist etwas zutiefst Menschliches. „Unsere Fähigkeit zur Verantwortung […] gehört zum Grundtatbestand des Humanum" (S. 36). Dieser Begriff mutet in der sonst sehr klaren Sprache, der sich Gauck bedient, seltsam an, nimmt aber seiner Botschaft nichts an Deutlichkeit. Und zweitens: Verantwortung macht glücklich, ganz im Sinne eines protestantischen Arbeitsethos, dem sich Gauck verpflichtet fühlt.

Diese Logik überzeugt wie auch seine Argumentation zur Toleranz: Wer in Freiheit zur Verantwortung lebt, dem kann nichts gleichgültig sein. Dass seine Mahnung, Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit zu verwechseln, schon viele Male von anderen und an anderer Stelle vorgetragen wurde, nimmt ihr nichts an Prägnanz und Überzeugungskraft. Diese klare Aussage kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass er beim Thema Toleranz letztendlich begrifflich unscharf bleibt – auffallend, dass Gauck den Begriff nur ausschließend verwendet: „Wir sollten daher nicht der irrigen Meinung sein, dass wir der Toleranz etwas Böses antun, wenn wir noch einmal unsere christlich-jüdische Dogmatik anschauen, fragen, welche Werte für unsere Gesellschaft heilsam und wichtig sind" (S. 51). Kann er hier nicht deutlicher werden? Ein gelingendes Zusammenleben in Freiheit und Würde setzt gemeinsame Werte voraus, die immer wieder diskutiert werden müssen – deliberative Selbstvergewisserung als fortdauernde Aufgabe sozusagen. In diesem Zusammenhang muss an die Europa tragenden Menschen- und Bürgerrechte erinnert werden.

Manche werfen Gauck vor, dass Gleichheit in seinen Überlegungen zu kurz kommt. Was vor seinem biographischen DDR-Hintergrund mehr als verständlich wäre, denn er litt unter der Gleichmacherei, die im sozialistischen Weltbild verordnet war. Gauck fordert Eigenverantwortung und schließt dabei ein liberales Gerechtigkeitsverständnis ausdrücklich ein. Er wendet sich gegen Nivellierung und einen paternalistischen Fürsorgestaat, der verordnet und oktroyiert. Wer Gerechtigkeit nicht nur als Verteilung denkt, erkennt, dass der Vorwurf am langen Ende nicht greift. Denn Gauck versteht Gleichheit freiheitlich, die als Gleichheit vor dem Gesetz beginnt und sich in der Gleichheit der Grundrechte fortsetzt. „Gerechtigkeit [lässt] sich nur in intensiver demokratischer Diskussion und Debatte klären", stellt er in seiner Antrittsrede als Bundespräsident am 23. März 2012 fest und bedient sich nicht nur erneut der Elemente eines deliberativen Demokratieverständnisses, sondern folgt damit seiner Linie zur Begründung der Zivilgesellschaft.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das Buch macht zweierlei erneut deutlich. Erstens, Joachim Gauck wollte immer ein freier Mensch sein. Dieses Ziel hat er leidenschaftlich verfolgt und ist diesem Anspruch unbeirrbar treu geblieben, bis in das Amt des Bundespräsidenten. Dass er in dieses Amt kurz nach Veröffentlichung gewählt worden ist, lässt sich bei der Lektüre nicht gänzlich ausblenden, deshalb hat die Publikation gleichermaßen symbolischen wie programmatischen Charakter. Zweitens, Joachim Gauck ist der „Aktivist der öffentlichen Rede“[2] wie kaum ein Zweiter im Land. Seine Redekunst ist getragen von nachdenklich-abwägenden Argumenten, die Politisches mit Pastoralem, Alltägliches mit Grundsätzlichem verquicken. Er spricht unverwechselbar, ganz ohne rhetorische Posen, aber mit therapeutischen, seelsorgerischem Habitus, unterstützt von seinem biographischen Erfahrungshorizont; seine Fähigkeit zu assoziieren ist großartig. Wer ihn je sprechen hörte, hat den Gauckschen Tonfall im Ohr, wenn er das Büchlein liest, denn es bedient sich genau dieser Erfolgsformel.

Und deshalb überzeugt am Ende nicht das Buch als politikphilosophische Schrift, sondern als Rede. Von Dolf Sternberger stammt das Wort, dass Reden auch Taten sind.[3] Gaucks Freiheitsrede ist tatkräftig: aufschlussreich, ohne zu belehren, ehrlich und offen, ohne anzuklagen. Sie ist unparteiisch, aber verbindlich – ein Verdikt gegen die Plattitüden politischer Beliebigkeit. Gauck spricht Schmerzhaftes an, ohne zu verletzen. Und er zeigt sich zutiefst optimistisch, ohne die Dinge schönzufärben. Er fordert von seinen Landsleuten nicht weniger als ein Bekenntnis zu ihrem Land, zu Errungenschaften und Werten, zu denen wir selbstbewusst stehen sollten.

2 Christian Thomas, Freiheit und Gedächtnis, in: Frankfurter Rundschau vom 5. Juni 2011.
3 Dolf Sternberger, Auch Reden sind Taten, in: Ders. (Hrsg.), Sprache und Politik, Bd. 11, Frankfurt a. M. 1991, S. 52-68.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Terror versus Demokratie, Demokratie versus Terror

Von Achim Saupe

Karrin Hanshew, Terror and Democracy in West Germany, Cambridge 2012 (*Cambridge University Press*), 290 S.

Nach dem 11. September 2001, dem „war on terror" und den weitreichenden, vielfach demokratische Rechte einschränkenden Anti-Terrormaßnahmen hat sich das zeithistorische Interesse an transnationalen Zusammenhängen des Terrorismus, aber auch am bundesrepublikanischen Umgang mit dem Terrorismus in den 1970er Jahren verstärkt. Heute fehlt es kaum an Arbeiten, die sich mit dem linksextremen Terrorismus der RAF auseinandersetzen, oft auch aus publizistischer Perspektive. Freilich ist der Stellenwert des Terrorismus für die 1970er Jahre, in der neueren zeithistorischen Forschung als vielfältige Transformationsphase gedeutet, höchst umstritten. Zudem ist auffällig, dass dezidiert zeithistorische Studien sich entweder auf die engeren Entscheidungsträger in Regierung und Politik, auf die Arbeit der Exekutive und insbesondere das BKA konzentrieren, oder aber davon getrennt medien- und kulturgeschichtliche Zugänge wählen. Breiter angelegte Einordnungen des Terrorismus, die politik- und parteienhistorische mit gesellschafts- und kulturgeschichtliche Perspektive verbinden, fehlen hingegen in der neueren zeithistorischen Forschung.

Diese Lücke versucht nun das Buch *Terror and Democracy in West Germany* der amerikanischen Historikerin Karrin Hanshew von der Michigan State University zu schließen, und es gelingt ihr in der für englischsprachige Monografien typischen Kürze gut. Ihr Blick richtet sich dabei weitgehend auf die „alte" Bundesrepublik, auf die vielfältigen Stimmen aus Politik, Medien und Gesellschaft, um die Neuausrichtung der politischen Kultur im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Linksterrorismus zu beschreiben. Hanshews Ausgangspunkt für den Umgang mit dem Terrorismus in Westdeutschland ist die Erfahrung des Scheiterns von Weimar und das daraus entwickelte, vielfältig verstandene Konzept der „wehrhaften Demokratie". Dessen Spuren verfolgt sie bis zu den Arbeiten der beiden Emigranten Karl Loewenstein und Karl Mannheim zurück, die unabhängig voneinander Anfang der 1940er Jahren Theorien einer wehrhaften Demokratie entfalteten. Während Loewenstein klassische Notstandsgesetze zur Bekämpfung des politischen Extremismus in seine verfassungstheoretischen Schriften favorisierte, basierte Mannheims Verständnis der wehrhaften Demokratie eher auf einer Erziehung zu demokratischem bzw. staatsbürgerlichem Bewusstsein, um radikalen politischen Strömungen vorzubeugen und entgegentreten zu können.

Nach diesem Prolog widmet sich Hanshew dem Ausbau der wehrhaften Demokratie von der Verabschiedung des Grundgesetzes bis hin zu den Notstandsgesetzen von 1968. Mit dieser Charakterisierung umschifft sie andere Beschreibungen der frühen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bundesrepublik als „Kanzlerdemokratie“ (Arnulf Baring) oder „autoritäre Demokratie“ (Edgar Wolfrum). Ausgehend von dem gleichzeitig mit den Notstandsgesetzten verabschiedeten, von der SPD auch zur Beruhigung der Kritiker formulierten Widerstandsrecht, verfolgt Hanshew dann die vielfältigen Äußerungsformen der „Disobedient Germans“ (S. 34-67), des zivilen Ungehorsams der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition bis hin zur Auflösung des SDS und der Zersplitterung in K-Gruppen und deren Radikalisierung nach 1968. Mit dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition hebt Hanshew die „Suche nach innerer Sicherheit“ (S. 110-151) als wesentliches Charakteristikum der neuen Innenpolitik hervor. Betrachtet werden dabei insbesondere die sozialreformerischen Ansätze, die am Beispiel des BKA und seines neuen Präsidenten, Horst Herold, sowie dessen Vorliebe für den „Kommissar Computer“ als traditionelle Ansätze des „social engineering“ ausgedeutet werden, allerdings aufgrund der Herausforderung des Staats durch den Linksterrorismus nicht konsequent umgesetzt werden konnten. Dabei vermisst man allerdings aktuelle Forschungsdebatten, die Sicherheit als ein Charakteristikum der gesamten Geschichte der Bundesrepublik (Eckart Conze) verstehen, oder aber als eine der zentralen Semantiken des politischen Wahlkampfs in der Bundesrepublik (Thomas Mergel) gedeutet haben. Dass die Suche nach innerer Sicherheit in den 1970er Jahren nicht nur eine Reaktion auf den Terrorismus, sondern insgesamt auch eine Antwort auf überkommene gesellschaftliche und politische Ordnungsvorstellungen war, wird allenfalls angedeutet.

Die besondere Stärke von Hanshews Buch liegt in der Verbindung einer parteien- und kulturgeschichtlichen Perspektive, die von den vielfältigen Stimmen aus Kultur und Gesellschaft bis hin zu mediengeschichtlichen und geschlechterspezifischen Fragen reicht. Dass es dabei trotz zahlreicher inspirierender Quellenfunde bei der Beschreibung der 1970er Jahre bisweilen dennoch zu einer sehr starken Orientierung an der Programmatik der SPD kommt, mag in der Natur der Sache liegen. Ein noch tieferer Einblick in Positionen der CDU/CSU und der FDP hätte das weiterhin sehr kämpferisch orientierte Spektrum politischen Denkens über den Staat gerade auch innerhalb der etablierten Parteien stärker sichtbar machen können.

Tatsächlich kann man fragen, ob nach der Studie *Überwachtes Deutschland* von Josef Foschepoth Hanshews These, dass die von der SPD angestrebte gesellschaftliche Demokratisierung („Wir wollen mehr Demokratie wagen“) trotz der Herausforderungen des Terrorismus erfolgreich war, so aufrecht zu erhalten ist. Mit dem von Hanshew in Anspruch genommenen Liberalisierungsnarrativ werden die Schattenseiten des offensichtlichen gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses schnell übersehen. Hanshew macht zwar ebenso wie Foschepoth deutlich, dass die SPD in der Regierungsverantwortung zunächst „mehr Staat“ zeigen musste. Dies zeigte sich dann eben nicht nur im umstrittenen „Radikalenerlass“ und der Diskussion um „Berufsverbote“, in den viel besprochenen Krisenstäben während der heißen Phase des Terrorismus 1977 oder in neuen Anti-Terroreinheiten der Polizei, die nach ihrem Erfolg in Mogadishu modebewusst und affin zur Jugendkultur in Jeans und legeren Hemden aus ihrem Flugzeug statt in Kampfuniform ausstiegen. Vielmehr betrieb dieser starke Staat, der

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sich mit solchen Aktionen gezielt neuer Medienstrategien bediente, auch einen freimütigen Umgang mit dem verfassungsgemäß eigentlich geschützten Grundrecht des Brief- und Telefongeheimnisses.

Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der RAF und dem Terrorismus deutet Hanshew als „Ende der Nachkriegszeit" (S. 259) in Westdeutschland, als einen neuen politischen Pragmatismus und eine „Normalisierung" der Demokratie in der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund der Doppelexistenz zweier deutscher Staaten, des Falls der Mauer 1989 und den Debatten nach 1989/1990 über die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts ist dies freilich eine starke These. Damit wird nicht nur die Deutschlandpolitik ausgeblendet, sondern auch eine Auseinandersetzung etwa über den Nationalsozialismus im „Historikerstreit" oder aber die Diskussion um einen „Verfassungspatriotismus". Für das demokratische Selbstverständnis und die politische Kultur in der alten Bundesrepublik hat Hanshews These vom Ende der Nachkriegszeit allerdings einiges für sich, wenn man an die immer breiter gesellschaftlich verankerte Abkehr von der Gewalt als politischem Instrument und Argument, oder an die nach dem Herbst 1977 im linken Spektrum seltener aktivierte Faschisierungsthese denkt. Dass die neugegründeten Grünen das Thema Widerstand gegen die Staatsgewalt in den folgenden Jahren innerparteilich durchdiskutieren sollten, kann von Hanshew abschließend nur angerissen werden. Freilich hätte man weiter ausführen können, dass nach dem Herbst 1977 auch eine neuartige Ausbildung einer neuen Bürgergesellschaft zu konstatieren ist, die im Anschluss an das gescheiterte dritte „Russel-Tribunal" neue Interessenorganisationen wie das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" entwickelt, die sich um den Schutz der Verfassung mit legalen Mitteln bemühte, und sich gleichzeitig mit dieser identifizierte.

Die zentrale Frage nach der Lektüre dieses gut zu lesenden Buchs ist, wie weit eine Geschichte der alten Bundesrepublik trägt, die sich ausgehend von den Weimarer Erfahrungen auf die Ausbildung einer wehrhaften Demokratie, die Eruptionen der Gewalt durch den Linksterrorismus und die parteipolitischen und öffentlichen Diskussionen über Gewalt beschränkt. Die These, dass die Verteidigung der Demokratie Ende der 1970er Jahre von allen wichtigen politischen Kräften weitgehend getragen wurde, ist keinesfalls neu – auch wenn Hanshew dies mit der abschließenden Pointe versieht, dass die politische Diskussion über die Eingriffsrechte des Staats notwendig ist für das politische Überleben westlicher Demokratien. Das Buch bietet darüber hinaus einigen Stoff, von einer „Entgewaltung" der Politik und von einer „Entgewaltung" der politischen Rhetorik im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu sprechen. Dass der Rechtsterrorismus mit keinem Wort erwähnt wird, ist äußerst bedauerlich, weil dies der Grundthese des Buches wohl weitere Perspektivierungen hätte geben können, die wahrscheinlich auch zu einigen Relativierungen geführt hätten. Das Buch, welches eine gute Einführung für englischsprachige Studenten in die Demokratiegeschichte der Bundesrepublik in der Auseinandersetzung mit dem Linksterrorismus der 1970er Jahre ist, zeigt sich leider resistent gegenüber der Wahrnehmung neuerer, insbesondere deutschsprachiger zeithistorischer Veröffentlichungen zum Thema. Dabei könnte es durchaus Anlass geben, ob nicht angesichts des neuen politischen Pragmatismus all-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gemeine Thesen wie etwa die Charakterisierung der 1970er Jahre als „Ende der Zuversicht“ (Konrad H. Jarausch) zu weit gehen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Föderalismus als „Querschnittsmaterie“

Von Thomas Schubert

Ines Härtel (Hrsg.), Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt, 4 Bde., Berlin/Heidelberg 2012 (*Springer VS*), 838, 808, 992, 1074 S.

Deutschsprachige Einführungen wie Spezialstudien zum Thema Föderalismus sind Legion. Für die Bundesrepublik Deutschland (und weit darüber hinaus) beleuchten besonders die Jahrbücher und die Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung in Tübingen nahezu sämtliche föderalen Facetten. Ein weiterer zentraler Informationsquell ist das seit Jahren von Josef Isensee und Paul Kirchhof editierte *Handbuch des Staatsrechts* (Bd. VI Bundesstaat). Nun gesellt sich mit dem von der Rechtswissenschaftlerin Ines Härtel herausgegebenen *Handbuch Föderalismus* ein beachtenswertes Kompendium hinzu. Härtel versteht den föderalen Gegenstand als „fachübergreifende Querschnittsmaterie“, sie betont einleitend „die Pluralität und damit Offenheit der wissenschaftlichen – theoretischen wie empirischen – Zugänge“, den „multidiziplinären Ansatz“ ihres Sammelwerks. Entsprechend vereinen die von über 100 Autoren vornehmlich aus den Bereichen Rechts-, Politik-, Geschichts-, Medien- und Wirtschaftswissenschaft bestückten vier voluminösen Bände diverse Spielarten der Föderalismusforschung unter einem Dach, nicht immer widerspruchsfrei, wohl aber zugunsten einer umfassenden Perspektive.

Der erste Band „Grundlagen des Föderalismus und der deutsche Bundesstaat“ eröffnet mit abwechslungsreichen begrifflichen wie historischen Annäherungen. Julian Nida-Rümelins origineller, aber auch idealisierender Blick auf „Philosophische Grundlagen des Föderalismus“ sticht heraus, Stephan Kirstes, Klaus von Beymes oder Florian Grotz‘ Ausführungen schlagen erhellende Schneisen ins föderale Begriffsdickicht. Hervorzuheben sind zudem die umfangreichen Übersichtsartikel von Ines Härtel zum Bundesstaatsprinzip und zur Gesetzgebungskompetenz. Von der Warte des Politologen aus fehlen im strukturellen Teil einige Aspekte in Ergänzung der instruktiven Artikel von Roland Sturm (Zweite Kammern) sowie von Sven Leunig und Werner Reutter (Landesparlamente). So folgt das Regieren und noch mehr das Koalieren in Föderalstaaten oft eigenen „Mustern“, im Aufsatz von Christoph Strünck zu „Parteienwettbewerb und Politikverflechtung“ (Bd. II) klingt dies nur an.

Im bundesdeutschen Kontext verhaftet bleiben auch die Bände II („Probleme, Reformen, Perspektiven des deutschen Föderalismus“) und III („Entfaltungsbereiche des Föderalismus“). Der Tenor vieler Beiträge ist altbekannt: Der – an sich intakte – deutsche Föderalismus leidet unter einer abträglichen Politikverflechtung (Christoph Strünck) und mangelndem Standortwettbewerb (Norbert Berthold/Holger Fricke), sei-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ne Verwaltungsmodernisierung ist „bislang unvollendet“ (Wolfgang H. Lorig), eine verstärkte kommunale Verantwortung geboten (Hans-Günter Henneke), das kultur- und bildungspolitische Primat erheblichem europäischen wie globalen Anpassungsdruck ausgesetzt (Ingeborg Berggreen-Merkel, Olaf Zimmermann). Der strukturell-funktionale Reformstau im deutschen Föderalismus ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Gravierend – dies Verdikt durchzieht alle Texte – sind seine Akzeptanzprobleme im Inneren (vor allem seitens der Bevölkerung, aber auch seitens der Politik). Wer wie Julian Nida-Rümelin die föderal verfasste parlamentarisch-repräsentative Demokratie als „ein komplexes Institutionengefüge, das man am besten als Stützung bürgerschaftlicher Kooperation versteht und das nur in zweiter Linie […] den Charakter eines Quasi-Akteurs annimmt“ (Bd. I, S. 159), interpretiert, sollte ob der Befunde ebenso besorgt sein wie jene, die zuvörderst eine konstitutionell-gouvernementale bzw. ökonomische Sicht auf den deutschen Föderalismus pflegen. Nur weshalb bewegt sich dann in diesem Punkt derart wenig? Die Deutschen, so von Roland Sturm jüngst an anderer Stelle mit Nachdruck formuliert, praktizierten einen „Föderalismus ohne Föderalisten“. Ihnen fehlt es „an einer Föderalismuskultur, welche die Vielfalt politischer Institutionen, politischer Lösungen und politischer Beteiligungsmöglichkeiten nicht als Belastung, sondern als Chance begreift“ und die „Einheit von Föderalismus und Demokratie“[1] lebt – und, so sei ergänzt, die Föderalismus auch als Wettbewerbsprinzip versteht. Renate Köcher liefert in Band III für die föderale Homogenitätssehnsucht der (speziell der Ost-)Deutschen klare Belege.

Während sich Band III dankenswerter Weise den viel zu wenig beachteten föderalen Politikfeldern zuwendet (u. a. Polizei, Innere Sicherheit, Katastrophen- und Datenschutz, Kultur und Religion sowie Medien, Bau-, Raumordnungs- und Landesplanung), liegt ein Schwerpunkt in Band II zu Recht auf der Reform des Finanzföderalismus. Dieser weist nicht nur laut Clemens Fuest und Michael Thöne drei Hauptprobleme auf: die mangelnde Steuerautonomie der Länder, ein unfaires und ineffizientes Finanzausgleichssystem sowie die wachsende Verschuldung auf allen Ebenen. Die 2009 im Bund und danach in einigen Ländern beschlossene „Schuldenbremse“ ist – die Schweiz zeigt es – eine erste sinnvolle Lösung für die letztgenannte Problematik, der Reformbedarf in den anderen Bereich weiterhin hoch. Kritik ist indes an dem immanent-positiven (mitunter an Lobhudelei grenzenden) Tenor der Beiträge zu den Föderalismusreformen I und II angebracht (Bd. III, S. 493-570), markieren beide Reformen in ihrem Ergebnis doch auch politische Handlungsunwilligkeit und -unfähigkeit, sind sie nicht nur Teil der Lösung, sondern auch Teil des Problems. So sehen nicht nur die Ökonomen Norbert Berthold und Norbert Fricke in der Föderalismusreform I „lediglich zaghafteste Ansätze“ (Bd. II, S. 123) für mehr Kompetenzen der Länder, auch Ursula Münch bescheinigt beiden Reformen aus politikwissenschaftlicher Sicht ein eher schlechtes Zeugnis. Sie stünden – so Münch im Sinne von Fritz W. Scharpf oder

1 Roland Sturm, Der deutsche Föderalismus – nur noch ein Ärgernis?, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 301-312, hier S. 308, 312.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hans Meyer – für einen „legalistischen Rückzug ins Kleinteilige“ (Bd. I, S. 188). Dem ist nichts hinzuzufügen.

Band IV („Föderalismus in Europa und der Welt“) blickt aus diversen Perspektiven auf das „föderale Gebilde“ EU (Subsidiarität, Kompetenzordnung, Staatsbürgerschaft oder Grundrechtsschutz), zwölf (teils vergleichende) Länderporträts sowie (zuweilen utopische) Überlegungen zu einer föderal ausgestalteten Global Governance schauen über den nationalen Tellerrand hinaus. Im Mittelpunkt der Länderporträts steht u. a. der föderale Wandel in einigen dezentralisierten Bundesstaaten (etwa Australien, Vereinigte Staaten, Kanada) hin zu stärker kooperativen Systemen. Treibende Intention ist es meist, Ungleichgewichte in der Ressourcenverteilung zu schmälern. Und selbst dort, wo zwischen Bundes- und Gliedstaaten formell deutlich getrennte Kompetenzbereiche existieren, wie z. B. in Kanada, spielen kooperative Elemente mehr als nur eine ergänzende Rolle. Jedoch: Was negative Asymmetrien reduziert, verstärkt die hierzulande berühmt-berüchtigte Tendenz zu einem „Exekutivföderalismus“ mit Kompetenz- und Machtverlusten für die regionalen Legislativen.

Das *Handbuch Föderalismus* schließt mit seiner systematischen editorischen Aufbereitung (jedem Band ist ein ausführliches Sachverzeichnis nachgestellt), die vorrangig deutsche, aber auch europäische und globale föderale Normen, Strukturen, Akteure, Prozesse und Inhalte facettenreich beleuchtet, nicht nur eine informationelle Lücke. Es ist vielmehr eine reich gefüllte Fundgrube für alle Interessierten, bietet dem Fachpublikum aktuelle Diagnosen, Analysen ebenso wie Handlungsempfehlungen und regt – trotz einer gewissen verfassungs- und staatsrechtlichen Dominanz – zum interdisziplinären Nachdenken an. Die immer wieder betonte territoriale, strukturelle, ökonomische, soziale und kulturelle Vielfalt föderaler Gefüge wird so verständlicher. Voreilige Urteile werden wegen der hohen Komplexität der Materie dennoch nicht ausbleiben. Vor verfälschenden Idealannahmen als Maßstab eines funktionierenden Föderalismus ist jedoch zu warnen, das gilt für überzogene Wettbewerbsvorstellungen ebenso wie für übertriebene Gleichmacherei. Die Bundesrepublik Deutschland stand und steht für einen kooperativen bzw. intrastaatlichen Föderalismustyp, dem trotz des Reformbedarfs etwas mehr Selbstbewusstsein gut zu Gesicht stünde.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Grundlagen des deutschen Regierungssystems

Von Roland Sturm

Joachim Jens Hesse/Thomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 10. Aufl., Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 789 S.

Das von Thomas Ellwein begründete und nach dessen Tod von Joachim Jens Hesse alleine fortgeführte Einführungswerk zum deutschen Regierungssystem hat seit seinen Anfängen Form und Inhalt verändert. Zunächst zur Form: Der zweite Band der bei De Gruyter erschienenen 9. Auflage mit Materialien liegt in gleicher Gliederung – nun als CD – bei. Die Materialien, deren Zwischenüberschriften nicht mit den Kapitelüberschriften des Buches korrespondieren, bleiben weiterhin unbearbeitet. Es fehlt zum einen der systematisierende Zugriff (gelegentliche Verweise im Text auf die CD ersetzen diesen nicht), zum anderen auch die mittlerweile noch notwendigere Auswahlentscheidung. Es wäre sinnvoll, auf der CD nur solche Informationen zu präsentieren, die nicht ohnehin mühelos im Netz zu finden sind.

Den Inhalt des Bandes hatte Thomas Ellwein stark orientiert an seinem Verständnis des arbeitenden Staates, an dem Wecken von Vertrauen in die repräsentative Demokratie und am Erklären der Funktionszusammenhänge politischer Verwaltung. Die Staatsorientierung dieses Ansatzes einer Einführung in das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist auch in der 10. Auflage erhalten geblieben. Sie bestimmt das Denken des Autors. Noch in seinem Resümee am Ende des Buches, mit dem er auf die Zukunft des Landes blickt, stellt er einen (vor allem) staatlichen Modernisierungsauftrag fest. Die ausführlichen Kapitel zu den Themen „Verwaltung und Vollzug: von der Umsetzung der Politik“ und „Recht und Rechtsprechung“ können mit größtem Gewinn gelesen werden. Hier hat der Band ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu anderen Einführungsbänden zum deutschen Regierungssystem und vermittelt den Studierenden, die seine Hauptadressaten sind, wertvolle und gut aufbereitete Informationen.

Neben der staatlichen Verwaltung und dem Thema „Rechtsstaat“ finden sich auch alle anderen wichtigen Themenfelder des deutschen Regierungssystems in dieser Darstellung – mit Ausnahme des Themas „wehrhafte Demokratie“. Die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus jeglicher Couleur wird vermieden. Zusätzlich zu der Darstellung von Institutionen, Parteien und Verbänden versucht der Autor unser Blickfeld um Sozialstrukturdaten, Politikfelder, die internationalen Beziehungen des Landes und die Zeit von 1949-2011 in historischer Perspektive zu erweitern. Dies ist schon wegen der damit aufgerufenen Materialfülle und Forschungslandschaft nicht unproblematisch. Der gefundene Kompromiss, beispielsweise unter der Überschrift „Grundzüge des Gemeinwesens“ auf 35 Seiten, aufgelockert mit zahlreichen Schau-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bildern, folgende Politikfelder (Finanz- und Steuerpolitik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitswesen und Altersvorsorge, Bildungs- und Forschungspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Kultur- und Integrationspolitik) einführend darzustellen, kann keine befriedigende Lösung des Darstellungsproblems sein. Für den Anfängerleser bleibt Vieles überkomplex, für den Kenner Vieles unterkomplex. Immer wieder gibt es in dem Band auch Einsprengsel zu aktuellen Themen, wie der Bundestagswahl 2009, die wegen ihres Flüchtigkeitswerts nicht unbedingt in eine solche grundlegende Einführung gehören.

Mit dem Wunsch, alles zu erfassen, verwischt sich der bei Thomas Ellwein noch klar verwaltungswissenschaftliche Zugriff auf das Thema „deutsches Regierungssystem". Dies ist auch deshalb schade, weil der Autor zeigt, dass er, wie er dies sein Kapitel „Notwendige Erinnerungen: zur Geschichte der Staatlichkeit in Deutschland" vorbildlich leistet, ein konzises Analysekonzept für das gesamte Werk entwickeln könnte. Weniger wäre hier mehr gewesen, also weniger Handbuch und mehr reflektierte Einführung mit eigener Akzentsetzung. Der Autor selbst charakterisiert seine Herangehensweise als eine Art „Mischform" von „historisch-genetischer" Argumentation und von Einsprengseln analytischer Zugänge.

Zu den Bemühungen um Vollständigkeit gehört auch das Nachdenken über die „Umwelten" des Regierungssystems, so die Wortwahl des Autors. Zu denen zählt er auch die Folgen der europäischen Integration. Hier fällt der Band leider über zehn Jahre hinter den Forschungsstand zurück. Der Autor ignoriert die inzwischen zum Standard gehörende Unterscheidung zwischen „Integration" und „Europäisierung". Was die Politikwissenschaft heute unter Europäisierung versteht, findet sich nicht wieder. Statt sich mit der Veränderung des deutschen Regierungssystems als Folge der Einbindung in europäische Politik auseinanderzusetzen, bietet der Band eine (notwendigerweise unbefriedigend bleibende) Kurzeinführung in die Geschichte der EU. Dies hilft nicht weiter, und gerade auch nicht, wenn man den Studierenden die Logik der Europäisierungsfolgen, wie beispielsweise der Euro-Krise für unser Regierungssystem, vermitteln will. Die Sorgfalt hätte auch geboten, den Europäischen Gerichtshof mit dem korrekten Namen nach dem Lissabon-Vertrag zu benennen, also Gerichtshof der Europäischen Union.

Es ist wohlfeil, bei der Betrachtung eines so umfassenden Bandes auf weitere Lücken hinzuweisen und so ungerechtfertigte Anforderungen an den Autor zu stellen. Ich beschränke mich daher bewusst auf zwei Themen, die in der Eigenlogik des Bandes liegen. Dieser nennt die partizipatorische Demokratie als eine der Leitinterpretationen der deutschen Verfassung, die der „Zuschauerdemokratie" gegenübersteht. Der Autor argumentiert überzeugend zugunsten einer Verbindung von Teilnahme und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und warnt vor einer Verabsolutierung der direkten Demokratie. Dennoch fällt auf, dass der Debatte über direkte Demokratie und über die Ziele ihrer Protagonisten wenig Raum gegeben wird. Gerade im Kapitel zu den kommunalen Entscheidungsstrukturen wäre Raum gewesen, zur Empirie im deutschen Falle zu berichten und sich kritisch mit den Konsequenzen sachunmittelbarer und personenunmittelbarer direkter Demokratie auseinanderzusetzen. Ergänzungen würden

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auch in einem anderen Bereich der Darstellung gut tun. Anders als eine Reihe anderer Einführungstexte hat dieser Band verdienstvoller Weise ein Kapitel zu „Meinungsbildung und Massenmedien“. Zwar finden sich hier Unterkapitel zu den Themen „Printmedien“ und „Rundfunk und Fernsehen“, ein eigenes Kapitel zum Internet, sozialen Netzwerken etc., die inzwischen sowohl für die Vernetzung der Medien untereinander als auch für die politische Nutzung von Medien große Bedeutung gewonnen haben, findet sich nicht.

Die Überarbeitung des Bandes ist, was die Literatur betrifft, nicht immer überzeugend gelungen. Im Literaturverzeichnis steht eine Reihe von Titeln, die für die Erarbeitung des Textteils keine Rolle spielten. Trotz dieser „Technik“ der Präsentation bleiben Literaturlücken, z. B. bei den Themen „Kandidatenaufstellung“, „CSU“, oder „Bundesrat und Föderalismus“. Es handelt sich dabei nicht um Marginalien, sondern um Werke mit neuen Zugängen und deshalb wesentlichen Aussagen zu den genannten Themen. Es handelt sich bei der 10. Auflage des Einführungswerks von Joachim Jens Hesse und Thomas Ellwein um ein Werk mit Stärken und Schwächen. Gut gelungene Analysekonzepte, wie im Kapitel zu den politischen Parteien oder die beeindruckende Diskussion zu verfassungspolitischen Grundentscheidungen vor dem Hintergrund einer normativen Positionsbestimmung des Grundgesetzes, stehen neben den oben skizzierten weniger gelungenen Zugängen. Die 11. Auflage könnte von einem originelleren Zugang profitieren. Studierende und andere Interessierte am Maschinenraum der deutschen Demokratie sollten mehr als ein Einführungswerk lesen und so die Stärken mehrerer Autoren kombinieren. Mit der Neuauflage des *Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland* kann der Leser schon einmal anfangen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

La Gauche versus La Droite

Von Brigitte Seebacher

Jacques Julliard, Les Gauches Françaises 1762-2012. Histoire, politique et imaginaire, Paris 2012 (*Flammarion*), 943 S.

Das Buch ist eine Hymne auf Frankreich und dessen zivilisatorische Kraft. Es werden so viele Kenntnisse der französischen Geschichte vorausgesetzt und ein so tiefer Glaube an die Einmaligkeit des französischen Geistes zu Grunde gelegt, dass auch frankophile Deutsche Geduld und Neugier aufbringen müssen, um das Buch zu würdigen. „La Gauche" ist ein Inbegriff französischen Wesens und hält das universelle Sendungsbewusstsein des Landes hoch. Im Deutschen aber benennt „Die Linke" nur eine Partei am Rande des politischen Spektrums. In den achtziger Jahren hat Peter Glotz, SPD-Geschäftsführer mit intellektuellem Anstrich, versucht, den Begriff auch hier mit Leben zu füllen. Es ist misslungen. Das Adjektiv „links" hingegen hat Klang und steht für „sozial", Gleichheit und Umverteilung. „Gauche" ist abgeleitet von „La Gauche", und die ist nicht nur älter, sondern greift auch weiter aus als jede soziale Bewegung es könnte oder wollte. Der Titel – *Les Gauches* – ist irreführend. Zu Beginn des zweiten Teils, der die Nachkriegszeit umfasst, werden zwar vier Strömungen vorgestellt; sie sind liberal, jakobinisch, kollektivistisch und libertär. Ihr innerer Zusammenhang bleibt wesentlich und „La Gauche" das Thema, in das alle Teile wie von selbst immer wieder einmünden. Das Buch ist auch ein Buch über die Verschiedenheit zwischen Deutschland und Frankreich.

„Il est si naturel en France de faire de 1789 l'origine de toutes les choses." Die Französische Revolution ist der Anfang von allem, sozusagen der Urknall der modernen Zeitrechnung, „le moment fondateur" (S. 127). Sie hat, vorbereitet durch das aufklärerische Denken des 18. Jahrhunderts, wohlgemerkt nur in Frankreich, die Scheidung zwischen „La Gauche" und „La Droite" unvermeidlich, „inévitable", gemacht (S. 128). Wer die Verhältnisse bewahren wollte, saß rechts, wer den Wandel wollte, in welcher Form auch immer, links. Wandel bedeutete von Anfang an „anticléricalisme", die Gegnerschaft gegen die Kirche, aus der später „une religion française" werden sollte: die Laizität. Wandel bedeutete auch „l'éducation", Erziehung, und damit den Siegeszug der Lehrer, die den französischen Sozialismus prägen und predigen sollten. Und Wandel bedeutete zuerst und vor allem den Schwur auf das Individuum; es hat in der Erklärung der Menschenrechte seinen Ausdruck und im Jakobinertum – „cet individualisme jacobin" (S. 480) – seinen Sprecher gefunden. Die zentrale These des Buches, auf den ersten zweihundert Seiten entfaltet, ist die einzigartige Legitimität, die „La Gauche" auf immer und ewig aus der Revolution zieht und die ihr allein einen moralischen Anspruch verleiht. Im Gegensatz zu „La Droite", die sich fortwährend

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

anpasst, ist sie stolz auf sich selbst, erhaben, erfüllt von Sendungsbewusstsein und Fortschrittsglauben.

Die Frage nach den Trägern der Revolution und „La Gauche“ beschäftigt Julliard nicht. Er hat ein Buch geschrieben, wie es nur in Frankreich geschrieben werden kann. Der Glaube, dass der Geist die Geschichte macht, liegt Gewicht und Einfluss der französischen Intellektuellen zu Grunde. „Le peuple“, für das ein deutsches Wort fehlt, taucht auf und verschwindet wieder; man ahnt, dass es sich um eine aufrührerische, bunte, in jedem Fall arme Masse zumal in Paris handelt. Ein Akteur ist sie so wenig wie der Arbeiter und die Arbeiterbewegung es sind. Julliard erwähnt sie, der Logik seines Ansatzes folgend, nur beiläufig und ohne die Dampfmaschine, die Industrialisierung und deren Folgen auch nur zu erwähnen. „L’apparition de la question sociale“ (S. 274), das Aufkommen der sozialen Frage, wird wie eine Himmelserscheinung betrachtet und mit einem Kunstgriff „La Gauche“ einverleibt.

Der Sozialismus, genauer müsste es heißen: das sozialistische Denken, gilt seit der Julirevolution 1830 als gleichsam natürlicher Bestandteil der Linken und hat mit den Arbeitern, die in Lyon und andernorts den Aufstand proben, nichts zu tun: „Die Verbindung zwischen Sozialismus und Arbeiterklasse versteht sich keinesfalls von selbst. Beide Bewegungen, die eine wesensgemäß konzeptuell, die andere praktisch und experimentell, sind voneinander unabhängig“ (S. 276). Erst Proudhon und Marx hätten die Beziehung hergestellt. Damit ist die soziale Frage für Julliard erledigt. „La Gauche“ hat sie aufgenommen und arbeitet seither an ihrer Lösung, durch kürzere Arbeitszeit, Verstaatlichung oder wodurch auch immer. Sie macht die soziale Frage aber nicht zu ihrem ersten oder gar alleinigen Markenzeichen. Damit löst sich die Spannung zwischen dem Kollektiv der Arbeiter, das die soziale Frage überhaupt erst stellt, und dem Individuum auf. „La Gauche“, wie die Revolution sie 1789 hervorgebracht hat, bleibt sich treu. 1830 sind die wesentlichen Errungenschaften nicht mehr umstritten. Das Ancien Regime gehört der Vergangenheit an. Und „La Gauche“ beginnt ihren Siegeszug, der in der Dreyfus-Affäre mündet und der Festigung der Dritten Republik nach der Jahrundertwende. Der Triumph wird personifiziert durch zwei Männer – Clemenceau und Jaurès. Ihre Porträts gehören zu den eindrücklichen Passagen des Buches.

Jean Jaurès, am Vorabend des Ersten Weltkriegs ermordet, steht für die Identifikation mit der Revolution und für das Ineinander von Sozialismus und bürgerlicher Republik. Er verkörpert „La Gauche“ in reinster Form. Der Ruhm seines Heros würde nicht geschmälert, hätte Julliard auf die groben Seitenhiebe in Richtung SPD verzichtet. Die Auseinandersetzung zwischen Jaurès und Bebel auf dem Kongress der Internationale 1904 ist legendär, und gewiss hat der Franzose Recht gehabt, als er den Finger in die Wunde sozialdemokratischer Ohnmacht legte. Die Verhältnisse jenseits des Rheins aber kennt Julliard nicht und will sie auch nicht kennen. Der Hochmut scheint französischen Historikern, zumal wenn sie einen so hohen intellektuellen Anspruch haben wie Julliard, in die Wiege gelegt. Dabei sollte sich die Kehrseite des französischen „Kultursozialismus“ erst noch zeigen. Die Verankerung in der Arbeiterschaft hat der Volksfront Léon Blums gefehlt und fehlt den Sozialisten bis heute; anders wäre

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der nachhaltige Aufstieg Le Pens und seiner rechtsextremen Bewegung kaum möglich gewesen.

„La Gauche“ steht vor dem Ersten Weltkrieg auf dem Gipfel. Wer aufsteigt, muss auch absteigen, und davon will Julliard nichts wissen. Doch mit Kunstgriffen ist es nicht mehr getan, wenn Anfang und Ende des Kommunismus mit „La Gauche“ in Einklang gebracht werden sollen; zu deren Wesen gehört laut Julliard, dass trotz aller revolutionären Launen „das Kriterium der Klasse“ (S. 109) niemals bestimmend gewesen ist. Kommunismus ohne Klasse aber kann es nicht geben. Und immerhin haben auf dem Kongress von Tours, Dezember 1920, fast drei Viertel der sozialistischen Delegierten die Zugehörigkeit zur Komintern beschlossen. Auf die Entschuldigung Julliards muss man erst einmal kommen: Die KPF ist „nicht aus inner-französischen Gründen“ entstanden, sondern „von außen“ in das Land hineingetragen worden; ursächlich waren die Russische Revolution und der Erste Weltkrieg. Nun also umfasste „La Gauche“ zwei Lager, die „in mancherlei Hinsicht unversöhnlich“ (S. 496) waren. Die Gegensätze nennt Julliard wesentlich, aber die Möglichkeit, dass es darüber zu einem innerlinken Bruch kommen und eine Brücke zu einem Teil der Rechten gesucht werden könnte, scheint an keinem Horizont auf. Tatsächlich lag auch Mitterrands Pakt mit den Kommunisten noch auf der langen Linie von „La Gauche“ und war so wenig eine Überraschung wie die Ignoranz, mit der die Umwälzung 1989 begleitet wurde. Der Kommunismus war ein integraler Bestandteil von „La Gauche“, und wenn der fiel, musste das ganze Gebäude ins Wanken geraten. Genau zweihundert Jahre nach der Entstehung von „La Gauche“ konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Julliards Rechtfertigung ist peinlich: Der Präsident hat „den Aufstieg des Nazismus erlebt“ und die deutsche Wiedervereinigung nun „reflexhaft“ abgelehnt. Aber gerade „La Gauche“, als deren herausragenden Vertreter er ausgerechnet Mitterrand hinstellt, hätte sich doch eines Wertes wie der Selbstbestimmung bewusst sein müssen?

Die Schwäche des Buches liegt darin, dass es die treibenden Kräfte, die „driving forces“ der Geschichte, die Industrialisierung im frühen 19. und der technologische Wandel im späten 20. Jahrhundert, ausblendet. Nur auf diese Weise kann „La Gauche“ ein Ewigkeitsanspruch zugewiesen werden und auch François Hollande die Fahne hochhalten. Am Ende kämpft der neue Präsident gegen die finsteren Mächte der Globalisierung und des Neoliberalismus. Und Jacques Julliard zeigt das Gegenteil dessen, was er zeigen will. Frankreich ist intellektuell nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die wahre Geschichte der Treuhand steht noch aus

Von Richard Schröder

Dirk Laabs, Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, München 2012 (*Pantheon*), 384 S.

Dirk Laabs (Jahrgang 1973), mehrfacher Preisträger für Dokumentarfilme, hat dieses Buch aus dem Material gefertigt, das er für den Dokumentarfilm „Goldrausch" gesammelt hatte, der aufgrund von internen Zerwürfnissen nicht unter seinem Namen erschien. Für das Werk ist er von der Volkswagenstiftung mit dem Preis „Opus primum" ausgezeichnet worden, dem Preis für „die beste wissenschaftliche Nachwuchspublikation des Jahres", so die VW-Stiftung in ihrem Internetauftritt. Sie würdigt die „akribische journalistische Recherche". Und das Buch zeige, „wie tief die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschen noch ist", nämlich im Jahre 2012.

Laabs hat gründlich recherchiert und spannend geschrieben. Insofern ist das Buch durchaus preiswürdig – wenn da nicht der Untertitel wäre: „Die wahre Geschichte der Treuhand". Der Untertitel mag den Marketingerwägungen des Verlags und nicht dem Autor zuzuschreiben sein. Aber jedenfalls bietet dies Buch nicht, was der Untertitel fälschlich verspricht. Es mag ja die beste Nachwuchspublikation des Jahres sein, eine „wissenschaftliche Nachwuchspublikation" ist es jedenfalls nicht. Denn eine wirtschaftswissenschaftliche Studie hat Laabs offenbar gar nicht intendiert. Das Buch ist, im besten Sinne des Wortes, anekdotisch. Besonders ausführlich lässt er zwei Personen zu Wort kommen, die für die Treuhandarbeit von recht untergeordneter Bedeutung waren, aber „erzähltechnisch" durchaus geschickt gewählt sind. Detlev Scheunert, einer der wenigen Ostdeutschen in der Vorstandsetage, ehemaliges SED-Mitglied, zunächst Assistent des Vorstands, erlebt an sich selbst, wie ihm viele seiner ehemaligen Genossen fremd werden. Und er versucht das große Rad zu drehen. Klaus Klamroth, westdeutscher Unternehmer mit familiärem Osthintergrund, begibt sich in die chaotische Welt der Treuhandanstalt in Halle und gerät dort in den Sumpf der Korruption.

Laabs lässt viele, auch entgegengesetzte Stimmen zu Wort kommen. Das unterscheidet sein Buch von der platten Anklage-Literatur, die der Treuhand die Zerstörung einer blühenden Volkswirtschaft vorwirft. Dennoch transportiert es einen Subtext ähnlicher Tonart. Die großen ersten Überschriften lauten: „1989 Der Verrat", „1990 Die Jagd", „1991 Das Opfer". Gemeint ist, dass die Bundesrepublik mithilfe der D-Mark die DDR ruiniert, korrumpiert und damit irgendwie die DDR-Bevölkerung betrogen habe. „Die Festung DDR wird über die Presse sturmreif geschossen" (S. 28) heißt es, bezogen auf die Diskussionen um den Zustand der DDR-Wirtschaft im Februar 1990. Immer wieder suggeriert er, die DDR-Bevölkerung hätte durch Anteilscheine an der DDR-Wirtschaft oder ähnliche Beteiligungsmodelle zu Vermögen ge-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

langen können. Aber dazu „müsste die DDR unabhängig bleiben und eine zweite Chance bekommen. Die deutsche Einheit müsste warten. Doch die Mehrheit der Menschen in der DDR scheint nicht mehr die Energie aufzubringen, weiter unabhängig vom Westen zu bleiben“ (S. 50). Erstens wären durch Beteiligungsmodelle weder das notwendige Modernisierungskapital noch das notwendige Know-how aufzutreiben gewesen. Zweitens konnte bei offenen Grenzen für Personen, Geld und Waren auf Dauer kein selbständiges Wirtschafts- und Währungsgebiet DDR fortbestehen. Drittens ist es ein starkes Stück, den ostdeutschen Willen zur deutschen Einheit auf Erschöpfung und Resignation zurückzuführen. Das ist eine Art von Einfühlsamkeit mit den armen Ostdeutschen, die sie zugleich infantilisiert. Auch sonst lugt zwischen den Zeilen leider öfters ökonomischer Unfug hervor. „Rohwedder hat begriffen: Die reine Marktwirtschaft wird die Probleme in Ostdeutschland nicht lösen können. Aber noch will er von einem Staat, der die ganze Wirtschaft in der ehemaligen DDR finanzieren muss, nichts wissen“ (S. 204). Vom Dresdner Kamerawerk Pentacon referiert er zutreffend, dass nach der Währungsunion die Herstellungskosten pro Kamera 1.000 DM betrugen bei einem Verkaufspreis von 200 DM. „Einem neuen Kameramodell, das in den nächsten anderthalb Jahren entwickelt werden soll, gibt die Treuhand keine Chance“ (S. 139). Das klingt wie eine Gemeinheit. Warum sollte Pentacon in anderthalb Jahren gelingen, was der westdeutschen Kameraindustrie in den letzten 15 Jahren nicht mehr gelungen ist: bei Kameras gegen die japanische Konkurrenz bestehen?

Laabs beschreibt einen Eroberungszug, der so jedenfalls nicht stattgefunden hat: „Zudem haben viele westdeutsche Unternehmen bereits die Vertriebsposten in den ehemaligen DDR-Betrieben mit den eigenen Leuten besetzt. Einige dieser Westfirmen drohen unverhohlen, dass sie alle Kunden mitnehmen, wenn sie die ostdeutschen Betriebe nicht selbst übernehmen dürfen“ (S. 144). Namen nennt er nicht. In Wahrheit hatten die VEB-Betriebe bis zur Währungsunion gar keine Vertriebsabteilungen. Sie hatten an den Großhandel bzw. den Außenhandel abzuliefern, nicht zu verkaufen. Kunden sind außerdem wählerisch und nicht so leicht für dumm zu verkaufen.

Hier zeigt sich eine der großen Schwächen dieser Arbeit: Über die ökonomischen DDR-Verhältnisse ist Laabs höchst unzureichend informiert. Der ostdeutsche Staat habe sich „hauptsächlich durch Umsatzsteuern“ (S. 22) finanziert. In Wahrheit haben die VEB überhaupt keine Steuern bezahlt – und deshalb übrigens auch nicht jährlich betriebswirtschaftliche Bilanzen erstellen müssen. Zwar war den Betrieben zum Datum der Währungsunion die Erstellung von DM-Eröffnungsbilanzen auferlegt worden, aber sie hatten gar nicht die notwendigen Zahlen zur Verfügung, so dass diese Bilanzen erst mit zweijähriger Verspätung vorlagen. Die Treuhand musste also Unternehmen ohne Bilanzen übernehmen.

Was diesem Buch zu einer „wahren Geschichte der Treuhand“ fehlt, ist erstens eine korrekte Beschreibung der Ausgangslage. Dazu gehörte auch der gewaltige Rückstand der DDR-Wirtschaft bei Technologie und Arbeitsproduktivität – und die unvorbereitete plötzliche Öffnung der Mauer, die alle Optionen für einen langsamen Anpassungsprozess und eine Schonfrist für die Ost-Waren zunichtemachte. Aber weiter: Mit der Maueröffnung verlor die SED und mit ihr die Regierung rasant an Autorität. Die

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

massenhafte Abwanderung nach der Maueröffnung wurde für den Westen zum Albtraum und förderte im Osten das wirtschaftliche Chaos. Und schließlich beschloss der RGW, die Wirtschaftsorganisation der „sozialistischen Staaten", bereits Anfang 1990 seine Auflösung, nämlich die Umstellung des internen Handels auf Devisen. Deshalb war die Arbeit der Treuhand unter diffizile Vorbedingungen gestellt. Sie konnte meist nur das kleinere Übel wählen. Vieles hätte gewiss anders und besser gemacht werden können, aber der Mangel an Erfahrungen mit solch einer Aufgabe gehörte eben auch zu den tragischen Elementen. Laabs und mit ihm viele andere können der Versuchung nicht widerstehen, sich trotzdem Lösungen ohne Schmerzen zu träumen.

Und zweitens fehlt diesem Buch zu einer „wahren Geschichte" wenigstens der Versuch einer Bilanz. Erzähltechnisch sind die Skandale immer das Attraktivste. Soweit ich sehe, stellt er bereits bekannte Skandale dar. Mir war – neben vielen Details – nur die Darstellung des Geschäftsgebarens von Edgar Most neu. Wie haben sich die Treuhandbetriebe nach ihrer Privatisierung entwickelt? Die Frage ist doch wohl für die wahre Geschichte der Treuhand nicht unerheblich. Es gibt dazu bisher nur wenige Untersuchungen. Die stellen den untersuchten Treuhandbetrieben ein recht gutes Zeugnis aus. Und hinsichtlich der kriminellen Machenschaften müsste man sagen, wie viel Prozent des Treuhand-Umsatzes sie betrafen. Denn dass es im Wirtschaftsleben immer einen gewissen Prozentsatz an Betrug gibt, ist leider wahr und nichts Besonderes.

Schließlich würde zu einer Bilanz ein Blick auf die anderen ehemals sozialistischen Länder gehören, die ja ebenfalls den Weg von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft (übrigens oft nicht zur sozialen!) gehen mussten, allerdings ohne Vereinigung mit einem „kapitalistischen" Staat. Wenn die Bundesrepublik so niederträchtig mit der DDR verfahren ist, wie hier dargestellt, müsste es den anderen ehemals sozialistischen Ländern ohne solchen Bösewicht besser gegangen sein. Die Wanderungsbewegungen beweisen das Gegenteil.

„Der deutsche Goldrausch" heißt das Buch. Dazu passt gut, dass mit dem Ende der DDR zunächst viele Westdeutsche auf Gewinnchancen gerechnet haben, allerdings nicht der wunderbaren Betriebe wegen, sondern wegen des erhofften Zugangs zu Ostmärkten und wegen der exzellenten ostdeutschen Fachkräfte. Daraus wurde nichts, weil die Ostmärkte zusammenbrachen, ohne Zutun der Treuhand. Es war am Ende ein Goldrausch ohne Gold. Denn der Einigungsgewinn der westdeutschen Unternehmen war nicht der Ostbetrieb, sondern der ostdeutsche Konsumhunger nach Westwaren.

Im Klappentext und im Nachwort sagt Laabs: „Betrachtet man den Vorgang wie ein Buchhalter, mag das in der Endabrechnung stimmen: Die Treuhand hat 245 Milliarden D-Mark Verlust gemacht. Psychologisch ist dieser Ansatz jedoch verheerend, denn man gibt damit den Ostdeutschen immer und immer wieder zu verstehen, dass ihre Lebensleistung und ihre Heimat nichts wert gewesen seien" (S. 341): Da ist es wieder, das Mitleid, das uns Ostdeutsche verdeckt für beschränkt erklärt. Wir sind nicht so dumm, den Wert der Heimat in D-Mark zu bemessen und unsere Lebensleistung unter den erschwerenden Bedingungen von Diktatur und Mangelwirtschaft am Verkaufserlös heruntergewirtschafteter Industrieanlagen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Auseinandersetzung um die Treuhand verläuft nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen denen, die der Treuehand die Härten des Transformationsprozesses als ihr Versagen anlasten, und denen, die sich genauer erinnern, in welchem Zustand die SED die DDR-Wirtschaft hinterlassen hat. – Die wahre Geschichte der Treuhand steht noch aus. Für sie muss erhebliche Forschungsarbeit geleistet werden.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Einblicke in das terroristische Milieu

Von Rolf Tophoven

Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.), Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Frankfurt a. M. 2012 (*Campus*), 390 S.

Bereits das Vorwort von Alex P. Schmid ist aussagekräftig und kann als „Lesehilfe" durch das gesamte Werk der beiden Herausgeber gelten. Terroristen halten sich für Guerillakämpfer, die nach Mao Tse Tung oft wie „Fische im Wasser" schwimmen. Die Wirklichkeit terroristischer Gruppen sei jedoch oft eine ganz andere. Terroristen brauchen Solidarität. Daher versuchen sie stets, ihre Gewaltaktionen als defensiv und legitim zu definieren sowie Gewalt und Terror als Reaktion auf das Verhalten des Gegners zu rechtfertigen. Gelingt ihnen diese Vermittlung, gewinnen sie Sympathisanten, Anhänger und Mitglieder. Scheitert ihre Rechtfertigungskampagne, bleibt die erforderliche Unterstützung durch das „radikale Milieu" aus. Der Sammelband gibt einen Überblick über die Vielfalt dieser Milieus und stellt deren Beziehungen sowie Verflechtungen zu und mit den Gewaltakteuren vor. Die Soziologen Stefan Malthaner und Peter Waldmann stoßen damit die Diskussion zu einem bisher vernachlässigten Forschungsthema an.

Thomas Scheffler untersucht den ältesten überlieferten Fall einer terroristischen Kampagne, den Aufstand der Juden gegen die römische Besatzungsmacht von 67 bis 70 n. Chr. und kommt zu dem Ergebnis, in Jerusalem habe ein das übliche Maß an Intensität deutlich übertreffendes Gewaltklima geherrscht. Fabian Lemmes analysiert anschließend den anarchistischen Terrorismus des 19. Jahrhunderts und sein soziales Umfeld. Seiner Ansicht nach ist die bislang herrschende Meinung, dass es sich dabei vorwiegend um eine aus Einzeltätern oder isolierten Kleingruppen bestehende Gewaltbewegung handelte, nicht triftig. Zahlreiche Anschläge in bestimmten Phasen der Geschichte lassen darauf schließen, dass die Täter auf ein breites Netzwerk von Sympathisanten und Helfer zurückgreifen konnten. Nach einem Überblick über die anarchistische Szene jener Zeit in Europa, gewinnt der Autor erstaunliche Parallelen zur aktuellen Erscheinungsform des islamistischen Terrorismus.

Den historischen Rekonstruktionen „radikaler Milieus" folgen im zweiten Teil der Studie vier „klassische" Fälle sozialrevolutionären und ethnisch-religiösen Terrorismus. Gisela Diewald-Kerkmann fragt nach dem sozialen Umfeld der RAF und der Bewegung 2. Juni. Die Autorin lehnt die These ab, die Terrorgruppe sei mehr oder weniger direkt aus der studentischen Protestbewegung der 1960er Jahre hervorgegangen. Dieses anfangs recht homogene soziale Milieu zerfiel in zahlreiche über verschiedene deutsche Großstädte verstreute Teilnetzwerke und Aktionsräume. Der Verlauf des Radikalisierungsprozesses mündete bei manchen im terroristischen Unter-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

grund. Diewald-Kerkmann schlussfolgert, „dass die unterstützende Wirkung eines Milieus auch über die Überlebensfähigkeit und Perspektive einer terroristischen Gruppe entscheidet. […] Vor allem im Fall der RAF war die mangelnde Einbettung in ein unterstützendes Milieu entscheidend für ihre Isolation und schließlich für ihren Zusammenbruch“ (S. 140). Jesus Casquete betrachtet in seinem Essay die nationalistische Bewegung im Baskenland ETA. Er untersucht die Mechanismen, die das Gefühl einer separaten baskischen Identität wachhalten, und er betont drei Züge des nationalistischen Spektrums: erstens die religiöse Auffassung von Politik, wodurch alle mit dem Vaterland zusammenhängende Aktionen eine sakrale Weihe erhalten; zweitens die Forderung nach Rückgabe aller Gebiete, die einst an die militärisch überlegenen Spanier verloren gingen; drittens den Anspruch des ultranationalistischen Flügels der ETA, das gesamte baskische Volk zu vertreten, also auch derjenigen Basken, die die radikale Politik der Ultranationalisten ablehnen. Stephan Rosiny widmet sich dem Aufstieg und der stufenweisen Entwicklung der schiitischen Religionsgemeinschaft Hizb Allah und ihres sozialen Umfelds: von der Speerspitze einer aus dem Untergrund erfolgenden Gegenwehr seit 1984 gegen die israelische Besatzung zu einem inzwischen innerhalb der libanesischen Gesellschaft und darüber hinaus auch international anerkannten militärischen, sozialen und politischen Machtfaktor. Im letzten Beitrag des zweiten Abschnitts versucht Peter Waldmann die verschiedenen Varianten eines radikalen Milieus, die sich aus bedrängten ethnisch-religiösen Minderheiten durch das Konzept der radikalen Gemeinschaft ergeben, als allgemeinen Strukturtypus zu fassen. „Das Konzept der radikalen Gemeinschaft“, schreibt der Autor, „wird oft in einem breiten Sinn verwendet. Demgegenüber wird hier eine vergleichsweise enge Fassung des Begriffs vorgeschlagen. […] Radikale Gemeinschaften entstehen weder zufällig noch als Ergebnis bewusster Planung, sondern sie gehen auf einen Abwehr- und Verteidigungsimpuls zurück“ (S. 208).

In den Ausführungen im dritten Teil des Bandes über den religiösen Radikalismus islamischer Migranten in westlichen Ländern werden Merkmale beschrieben, die in ihrer Gesamtheit dem jihadistischen Terrorismus der jüngsten Zeit ein unverwechselbares Gepräge und Gesicht geben: Der globale Charakter des militanten Salafismus, die netzwerkartige Verbindung zwischen den dislozierten salafistischen Gruppen, die oft um einen geistlichen Führer herum entstehen und die Schlüsselbedeutung des Internets als das (!) Kommunikationsmedium. Diese Kernaussagen sind auch für die aktuelle Deutung terroristischer Anschläge in der Vergangenheit und der Gegenwart entscheidend, denn sie liefern geradezu eine Art „Blaupause“, Gewaltaktionen im Kontext ihres Umfelds zumindest partiell zu erklären. Martrijn de Koning erläutert, wie das Hofstad-Netzwerk sich einerseits als Reaktion auf den in den Niederlanden sich ausbreitenden antiislamischen Populismus formierte und sich andererseits vom zu Kompromissen neigenden Mainstream-Salafismus absetzen wollte. Das Profil, das der Autor von den rund dreißig jugendlichen Mitgliedern dieses radikalen Netzwerkes zeichnet, ist aufschlussreich. Eines der Mitglieder war Mohammed Bouyeri, der Mörder des niederländischen Aktionskünstlers Theo van Goghs. Die Grenzen zwischen dem salafistischen Mainstream und den jihadistischen Gruppen sind fließend – wie

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

überhaupt die gesamte salafistische Szene sich in einem stetigen Wandel befindet und nicht homogen strukturiert ist. Stefan Malthaner und Klaus Hummel zeigen diese Entwicklung am Beispiel der „Sauerland"-Gruppe und an ihrem sozialen Umfeld für die Bundesrepublik. So offenkundig die Verbindung von terroristischer Gewalt und dem Phänomen des Salafismus auch sein mag, so ungeklärt scheint den Autoren die Frage, wie diese genau beschaffen ist. Daher warnen sie eindringlich vor einer verallgemeinernden Darstellung des Salafismus als Vorfeld terroristischer Gewalt. Während die Mehrheit der Muslime, auch in Deutschland, Anschläge in europäischen Ländern ablehnt, trifft dies nicht für jihadistische Splittergruppen oder Einzeltäter zu. Dadurch gelten die jeweiligen Länder als „Kampfgebiet". Die zunehmende Ausbreitung und Attraktivität des Salafismus hängt nach Meinung der Verfasser mit dem Auftreten einer neuen Generation von Predigern zusammen. In ihrem Umfeld formieren sich immer stärker sehr engagierte Konvertiten, die nach Einschätzung der Verfassungsschützer ein gefährliches Potenzial bilden. Maura Conway liefert zu einem höchst aktuellen Thema eine subtile und differenzierte Betrachtung. Sie untersucht die Rolle und Bedeutung des Internets für militante Islamisten, die sich zunehmend dieses neuen Kommunikationsmediums bedienen. Dabei stellt die Autorin auffällige Parallelen in der Entwicklung des radikalen Milieus und des gewaltsamen Internetmilieus fest. Die Expansion der Online-Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt beeinflusse sowohl das direkte als auch das über das Internet vermittelte Gewaltmilieu nachhaltig.

Im vierten und letzten Abschnitt des Sammelbandes geht es um rechtsextremistische Gewaltgruppen und ihr Unterstützermilieu. Corinna Hauswedell analysiert das protestantisch-loyalistische Milieu in Nordirland. Dierk Bostel und Wilhelm Heitmeyer erörtern menschenfeindliche Mentalitäten und radikalisierte Milieus in Deutschland. Ihr Aufsatz ist für den an der jüngsten deutschen Entwicklung im Kontext der NSU-Affäre um die „Zwickauer Zelle" interessierten Leser besonders aufschlussreich. Die Verfasser weisen daraufhin, dass beim Rechtsterrorismus nicht von einer Bewegung gesprochen werden kann, nicht von Einzeltätern, sondern von terroristischen Zellen. Das „Zellenmodell" ist das Ergebnis langer Diskussionen, welche Taktik des konspirativen Untergrundkampfes in einem Land wie Deutschland am zweckmäßigsten sei. Dabei können größere radikalisierte Milieus als „Schleusenöffner" für Einsteiger in die kleineren terroristischen Zellen dienen. Derartige „Türöffner" können u. a. „Kameradschaften" und „Aktionsfronten" sein. Wichtig ist den Autoren, den Rechtsterrorismus in Deutschland nicht „auf drei Einzelpersonen zu reduzieren, sondern deren Einbettung in die radikalisierten rechtsextremen Milieus zu analysieren" (S. 340). Diese Forderung unterstreichen sie durch den Hinweis auf die Vorgeschichte der Terrorzelle, die in den rechtsextremen Milieus Thüringens gründet. Diese Zelle sei ein Produkt der damaligen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen des Landes. Sie hatte in den verschiedenen Phasen ihres Wirkens Unterstützung durch Vertraute, konnte auf logistische Hilfe bauen ebenso wie auf Unterstützung bei der Vorbereitung der Morde an neun Migranten und einer Polizistin.

Die Herausgeber und Autoren belegen die Existenz „radikaler Milieus". Es gelingt ihnen, überzeugend nachzuweisen, warum manche terroristische Gruppen trotz staat-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

licher Repressions- und Antiterrormaßnahmen und trotz der Ablehnung durch eine breite Mehrheit der Bevölkerung noch lange überleben und agieren können. In seinem „vorläufigen Resümee“ stellt Peter Waldmann daher zu Recht fest: „Wie die meisten Fallstudien zeigen, üben radikale Milieus einen entscheidenden Einfluss auf den Gewaltkurs und die Entwicklung terroristischer Organisationen aus. Keine terroristische Gruppe vermochte sich längerfristig im Untergrund zu halten, ohne auf die Ressourcen einer im legalen Raum operierenden Anhängerschaft zurückgreifen zu können“ (S. 369). Terroristische Gruppen sind demnach nur scheinbar sozial isoliert. Wichtig ist ebenso, und das machen die Beiträge deutlich, dass die Rekrutierung von Anhängern und deren Mobilisierung terroristischen Gruppen umso leichter fällt, wenn sie als Vertreter berechtigter Interessen einer Bevölkerungsgruppe auftreten und diesem Anspruch gemäß ihre Programm vermitteln können. Malthaner und Waldmann haben einen Sammelband vorgelegt, der ein in seiner Gesamtheit und auf die jeweiligen Beiträge bezogenes informatives und vom Ansatz her neuartiges wissenschaftliches Werk ist, das nicht nur im Raum der Hochschulen und Universitäten seinen Platz finden sollte.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Linksextremistische Parteien in Europa

Von Udo Baron

Tom Mannewitz, Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 506 S.

Als 1989/90 die Länder des real existierenden Sozialismus untergingen, schienen auch die linksextremistischen Parteien vor dem Aus zu stehen. Zu sehr waren sie und ihre Ideologie diskreditiert, als dass mit ihrem baldigen Comeback hätte gerechnet werden müssen. Doch schneller als erwartet konsolidierten sich sozialistische und kommunistische Parteien in Ost- und Westeuropa. Sie nahmen wieder Platz in den Parlamenten, mancherorts waren sie innerhalb kürzester Zeit wieder an einer Regierung beteiligt.

Mit Tom Mannewitz spürt ein blutjunger Wissenschaftler in seiner Dissertation den Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge linksextremistischer Parteien auf europäischer Ebene nach 1990 nach. Ausgehend von der „Frage nach notwendigen und hinreichenden Bedingungen linksextremistischer Siege und Niederlagen in Europa seit dem Ende der kommunistischen Regime“ (S. 457) untersucht er mit Polen, der Slowakei und Tschechien exemplarisch drei ehemals kommunistisch gelenkte Länder Osteuropas sowie mit Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Schweiz, Österreich und Deutschland sieben demokratisch regierte Länder Westeuropas. Schwerpunktmäßig kommt es dem Autor darauf an herauszuarbeiten, ob „die linksextremistischen Parteien selbst für ihre Wahlerfolge und -misserfolge verantwortlich sind (interne Faktoren) und es somit eine Art ‚Erfolgsmodell linksextremistischer Parteien‘ gibt, oder ob Wahlergebnisse von der Umwelt abhängen“ (S. 39) also externe Faktoren den Ausschlag gegeben haben. Mit Hilfe der Qualitative Comparative Analysis (QCA) kann Mannewitz einen systematischen Vergleich auf empirischer Basis über Erfolge und Misserfolge linksextremistischer Parteien in Europa vorlegen, um so diese „Forschungslücke im europäischen Raum zu minimieren“ (S. 35).

Mit dieser Methode gelingt ihm eine Lagebeschreibung des parlamentsorientierten Linksextremismus nach 1990, die zwischen Ost- und Westeuropa deutlich unterschiedlich ausfällt. Demnach war dieser Parteientypus in den ersten 20 Jahren nach dem Untergang der kommunistischen Regime in den Staaten Mittel- und Osteuropas weitgehend erfolglos. Im Gegensatz zum demokratischen Spektrum erreichte er nur „zwischen null und fünf Prozent“ (S. 459) der abgegebenen Stimmen. Das bedeutete aber nicht, dass er deshalb zu vernachlässigen oder gar zu unterschätzen gewesen wäre oder gegenwärtig ist. Obwohl linksextremistische Parteien vielfach scheiterten, errangen sie in Gestalt der tschechischen KSCM, der polnischen Samoobrana und der deutschen Linken sogar gelegentliche Wahlsiege von bis zu 20 Prozent. Verantwortlich für

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

diese Abweichung von der sonst gängigen Norm macht der Autor neue Strategien linksextremistischer Parteien: Während die von ihm untersuchten Parteien im postkommunistischen Raum auf rechtsextremistische Versatzstücke setzten, tendierten sie in Westeuropa in Richtung eines Reformkommunismus. Vor allem der Rückgriff auf charismatische Parteiführer wie Oskar Lafontaine und Gregor Gysi für die Linke in Deutschland oder Andrzej Lepper für Samoobrana in Polen dürften in erheblichem Maße zu diesen Erfolgen beigetragen haben.

Unübersehbar und im Gegensatz zu ihren linksextremistischen Pendants in Westeuropa gehören die postkommunistischen Parteien Osteuropas zu den elektoral erfolgreicheren ihrer Art. Gemessen an den Regierungsbeteiligungen ist die Situation umgekehrt. Drei Regierungsbeteiligungen in Westeuropa steht nur eine in Osteuropa gegenüber. So waren in Italien zwischen 1998 und 2001 sowie zwischen 2006 und 2007 ebenso wie in Frankreich zwischen 1997 und 2002 ehemaligen kommunistische Parteien in Regierungskoalitionen mit dem „bürgerlichen" Lager eingebunden; in Polen gelang ihnen dieses zwischen 2006 und 2007. Während die „Berührungsängste der etablierten Parteien zum Linksextremismus […] im Westen demnach gering [sind]" (S. 459), achten linksextremistische Parteien nach Meinung des Autors in Osteuropa eher darauf, sich aufgrund ihrer Vorgeschichte mit einer Machtbeteiligung zurückzuhalten. „Der Westen betrachtet Linksextremismus kaum als antidemokratisch, ist eher antirechtsextremistisch ausgerichtet, im postkommunistischen Raum ist der Konsens stärker antilinksextremistischer Natur" (S. 460) – so das Fazit des Autors.

Was macht eine linksextremistische Partei von ihren Angeboten attraktiv und erfolgreich? Auch hier sieht Mannewitz wieder unterschiedliche Erfolgskonfigurationen zwischen Ost- und Westeuropa. Während im Westen „eine erhöhte Arbeitslosigkeit und Demokratieunzufriedenheit" (S. 461) zusammentreffen müssen, um zu Wahlerfolgen zu gelangen, spielen in den postkommunistischen Ländern „Gefühle der Verunsicherung und Statusangst" (S. 462) bei der Wählergewinnung eine zentrale Rolle. In Polen, Tschechien und der Slowakei nützen ihnen außerdem nicht nur die „Schwäche rechts- und linksextremistischer Konkurrenten", sondern auch „krasse soziökonomische Disparitäten" ebenso wie die „Schwäche der linksextremistischen Konkurrenten und einer schwachen SPD" (ebd.). In Westeuropa dagegen sind linksextremistische Parteien dann besonders erfolgreich, wenn sie sich als Korrektiv des etablierten Parteiensystems darstellen können. Zudem benötigen sie das rechtsextremistische Feindbild für ihren Wahlerfolg. Ihr „Kampf gegen rechts" spielt ihnen neue Wähler zu, so dass sie von einem „antifaschistischen Wahlkampf" (S. 461) profitieren. In Osteuropa spaltet sich dagegen das Stimmenpotenzial auf, wenn es Mitbewerber von rechts- oder linksaußen gibt.

Waren linksextremistische Parteien erst einmal in eine Regierung eingebunden, so glaubt der Autor, setzte der Prozess ihrer Entzauberung ein, da ihre teilweise stark populistischen Politikangebote keine ausreichenden Lösungen für den Alltag der Menschen mehr parat hatten. Keine Partei schaffte es, erneut in Regierungsverantwortung zu gelangen. Daraus zieht Mannewitz die Schlussfolgerung, dass „aus demokratietheoretischer Sicht" durch die formelle Einbindung von linksextremistischen Parteien

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

in Regierungen „drei Fliegen mit einer Klappe“ geschlagen werden könnten: Die „Wähler der Linksaußenparteien sähen ihren Willen repräsentiert“, die „Stabilität der Regierung wächst“, und auf „kurze und mittlere Sicht würde die betreffende linksextremistische Partei geschwächt“ (S. 466). Sind Regierungen soziologische Versuchslabore zur Resozialisierung gescheiterter politischer Ideen, Konzepte und Parteien? Darüber ist bereits in den 1990er Jahren eine heftige politische Diskussion entbrannt, als es darum ging, ob die aus der SED hervorgegangene PDS durch eine Einbindung in die Regierungsverantwortung entzaubert werden könne. Herausgekommen ist ein ambivalentes Ergebnis. Zwar verlor die PDS dort, wo sie, wie in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern, eine Koalition mit der SPD bildete, erheblich an Stimmen. Dennoch schaffte sie es in diesen Ländern, eine zweite Legislaturperiode in der Regierungsverantwortung zu verweilen, und – insbesondere nach der Fusion mit der WASG zur Linken – bundesweit zuzulegen und in weitere Landtage einzuziehen. Muss eine Einbindung linksextremistischer Parteien tatsächlich deren Entzauberung zur Folge haben?

Zu Recht kritisiert Mannewitz, dass es an „vergleichenden Arbeiten, die sich auch oder ausschließlich linksextremistischen Parteien widmen“, mangelt. Damit spricht er ein Dilemma an, das nicht nur die Auseinandersetzung mit dem parlamentsorientierten, sondern auch und vor allem die mit den aktions- und diskursorientierten Linksextremismus betrifft. Dort fehlen eine systematische Herangehensweise und der entsprechende empirische Rückhalt. Kaum ein Lehrstuhl oder eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung hat sich bislang mit Fragen wie denen nach den Ursachen und Folgen des Linksextremismus beschäftigt: Warum wird ein junger Mensch Linksextremist, was hält ihn in der linksextremistischen Szene, warum verlässt er die „Szene“ zumeist spätestens im mittleren Lebensalter wieder? Auch wenn es mittlerweile mit der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Studie zum *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*[1] und der Buchreihe von Uwe Backes und Eckhard Jesse erste Auseinandersetzungen mit der Problematik gibt, so ist der Linksextremismus dennoch aus sozialwissenschaftlicher Sicht weitgehend eine terra incognita. Verantwortlich ist hierfür ein gesellschaftliches Klima, das die Existenz einer linksextremistischen Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat weitgehend verharmlost oder gar negiert. Vielfach fehlen nicht nur der politische Wille, sondern auch die Fördermittel, diese Desiderata anzugehen. Um den Linksextremismus in seiner Gesamtheit bewerten, die von ihm ausgehenden Gefahren nachhaltig verdeutlichen und ihn wirksam bekämpfen zu können, sind solche Erhebungen unerlässlich.

Mannewitz Verdienst ist es, mit seinen empirisch fundierten Überblick über die linksextremistischen Parteien Europas auch deren weiter anhaltende Bedeutung für die Politik und Gesellschaft sowohl in Ost- als auch Westeuropa aufgezeigt zu haben. Dennoch, und da kann man Mannewitz nur zustimmen, muss erfolgreiche Extremismusprävention „nicht bei den Phänomenen selbst ansetzen, sondern an dessen Wurzel“

1 Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

(S. 467). Somit ist und bleibt eine „gute Sozial- und Arbeitsmarktpolitik […] mithin die beste Extremismusprävention“ (S. 468).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Sammelsurium der Theorien

Von Alexander Thumfart

Frank R. Pfetsch, Theoretiker der Politik. Von Platon bis Habermas, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 638 S.

Das Buch von Frank R. Pfetsch lässt einen, um es gleich zu Beginn zu sagen, nach seiner Lektüre ratlos zurück. Das hat vor allem damit zu tun, dass das Buch nicht sagen kann, was es eigentlich will, dass es zugleich zu viel auf einmal will, dass sich sein Aufbau an vielen Stellen nicht so richtig erschließt, sondern mit unterschiedlichen Ordnungsschemata arbeitet, und dass die Präzision des Zugriffs in den einzelnen Analysen politischer Theorien (und/oder Denker) manchmal fehlt. Nicht zuletzt irritieren die vielen Zusammenfassungen in Form von Spiegelstrichlisten, deren notwendig abbreviativer Charakter Gedanken oftmals zu Knäueln ballt und so verfilzt. Und schließlich kann man es kaum glauben, dass für Frank R. Pfetsch offenbar ausschließlich Männer zur politischen Theorie etwas beigetragen und beizutragen haben. Keine Hannah Arendt, keine Mary Wollstonecraft, keine Clara Zetkin, keine Mary Douglas, keine Judith Sklar, Chantal Mouffe, Nancy Fraser oder Sheila Benhabib – um einige Theoretikerinnen des Politischen zu nennen – finden Erwähnung. „Old fashioned" ist die harmloseste Bezeichnung dafür.

Der Autor stellt seinem Werk zwei Einführungen voraus, die zum Teil nicht nur etwas merkwürdig betitelt, sondern irritierend lose miteinander verknüpft sind. So nennt der Autor im (nun ja: klassisch betitelten) „Vorwort" zehn Spezifika, die seine „Darstellung der ‚Theoretiker der Politik'" anleiten und rahmen. Dazu zählen ein Verstehen des Autors aus seiner eigenen Zeit, zugleich und „selbstredend" aber auch die Verschmelzung der Horizonte im Sinne Gadamers, also das emphatische „Verstehen" im intertemporalen Gespräch. Einige Darstellungen sollen, so weiterhin, in die Gegenwart verlängert werden (und andere offensichtlich nicht), wieder andere Theorien werden daran gemessen, ob ihre Prognosen eingetroffen sind oder nicht, also „verifiziert bzw. falsifiziert". Parallel dazu kommt die schon kräftig durchlöcherte Rasterung und Platzanweisung unter Epochenlabels ungebrochen zum Einsatz vom Hellenismus bis zum Ancien Regime, während zugleich eine Drei-Kulturen-These Europas in drei getrennte Nationalkulturen, die französische, die britische und die deutsche, transformiert und appliziert wird bzw. werden soll. Die Darstellung einer (wie immer gearteten) historisch-thematischen Verflochtenheit politischer Theorien untersteht also ganz unterschiedlichen Ordnungsschemata, Erzählhinsichten und Verbindungskriterien, deren Passfähigkeit und Kompatibilität der Autor mit keinem Wort thematisiert.

Das muss ein Vorwort vielleicht ja auch nicht tun, mag die geneigte Leserin denken, und hoffend auf die direkt folgenden „Prologomena zu einer Geschichte der Theorien

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Politik“ blicken. Hier wird zunächst behandelt und analytisch differenziert, was denn eine Theorie der Politik sei, werden (etwas unmotiviert) drei Theorietypen vorgestellt, um dann zu einem „Spektrum der Konzeptionen politischer Theoriegeschichte“ zu kommen. Pfetsch listet Theoriehinsichten auf, unter denen seiner Meinung nach eine Geschichte politischer Theorien bisher geschrieben wurde bzw. geschrieben werden könnte, nämlich als Begriffsgeschichte, Ideengeschichte, als Epochengeschichte, als Geschichte von Herrschaftssystemen, als Geschichte exemplarischer „zeittypischer Repräsentanten“, oder schlicht chronologisch und entlang verschiedener Denkrichtungen (etwa Machiavellisten, Frühliberale) oder Großideologien, die fallweise in kulturelle Regionalgeschichten eingebunden sein könnten (etwa der schottische Liberalismus). Am Ende dieser Liste bildet sich im Leser die dunkle Ahnung aus, Frank R. Pfetsch möchte all diese verschiedenen Erzählmodelle zu einer einzigen großen Darstellung, einer einzigen großen Erzählung, nämlich diesem Buch, zusammenführen.

Und in der Tat formuliert der Autor als „Desiderat“ einer politischen Theoriengeschichte, dass sie Wissens-, Politik- und Sozialgeschichte zu einer „Synthese“ vereint (vgl. S. 20; nochmals S. 33). So mutiert eine avisierte Explikation der „Theoretiker der Politik von Platon bis Habermas“ auf wenigen Seiten zu einer idealtypisches Universalgesellschaftsgeschichte (zumindest Europas). Mag man von dem allfälligen Einwand absehen, dass große Erzählungen immer nahe an großen Simplifizierungen liegen, und ebenfalls konstatieren, dass gegenwärtige Universalgeschichten äußerst komplexe und vor allem interdisziplinäre Unternehmen sind, so setzt das Pfetsch'sche Ansinnen zumindest dies voraus, in den miteinander verwobenen politischen Theoriediskursen die gesellschaftlichen Wirklichkeiten von knapp zweieinhalb Jahrtausenden einzufangen und abzubilden. Dieser Anspruch ist, schlicht gesagt, so vermessen, dass er gar nicht eingelöst werden, sondern (auch methodisch) nur scheitern kann.

Man sieht diese strukturelle Überlastung und Überforderung daran, dass der Verfasser eine Trichonomie anführt (von der allerdings nur zwei Dimensionen erläutert werden), deren dritte (bzw. zweite) die „internen“ wie „externen Bedingungsfaktoren politischer Theorien“ auflistet. Zu diesen gehören solch – man entschuldige die Ironie – simplen und nachgerade lapidaren Konzepte wie Säkularisierung, Kapitalismus, Nationenbildung, Sozialismus bzw. Wissenschaftsinstitutionen, Sozialpsychologie, Stand des Wissens über politische Vorgänge, soziales Umfeld des Autors. Sollen all diese (seit gerade mal ein paar Jahrhunderten debattierten) Faktoren herangezogen werden, um Aussagen, Aufbau, Struktur, Intention, Wirkung einer politischen Theorie stringent und überzeugend zu erhellen, landet man beim unabschließbaren Projekt Antonio Gramscis oder bei Biographien wie der von Joachim Radkau über Max Weber, deren Kritik bereits einsetzt, sobald der erste Satz geschrieben ist. Das (nicht debattierte) Dilemma der Cambridge School, in der Kontextualisierung Innovation schwerlich erfassen zu können (das alte Mikro-Makro-Problem), erwähne ich als methodischen Stolperstein deshalb nur nebenbei.

Oder aber man formuliert eben grobe Vereinfachungen: „Rationalismus ist das Leitmotiv der Aufklärung und meinte die Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit (Kant)“ (S. 25). Dass „Rationalismus“ schon weit vor

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kant Teil eines komplexen und polemisch strukturierten Feldes gewesen war und weit mehr umfasste, als die Selbstbefreiung des Menschen, lässt sich etwa bei Panajotis Kondylis auf 800 Seiten nachlesen. Daraus einen Satz zu zimmern, ist so leer wie nicht verantwortbar. Ich erspare mir deshalb auch die Auseinandersetzung mit den einzelnen der „neun Themenschwerpunkte", die zusammen laut Pfetsch die wissenschaftsinternen Bedingungsfaktoren ausmachen. Jeder einzelne (etwa Regierungshandeln, Implementation und Entscheidung, Außenpolitik und Internationale Beziehungen) füllt Regalreihen. All dessen eingedenk, können die Prolegomena dann auch nur mit einem – man verzeihe mir erneut die bittere Ironie – bescheidenen Anspruch enden: „Das Studium der klassischen Theorien der Politik leistet darum mit einem Wort eine Orientierung, die nicht weniger beansprucht, als die sinnvolle und zweckmäßige Einrichtung des sozialen Lebens sowohl zu erleichtern als auch zu ermöglichen" (S. 34). *Exegi monumentum aere perennius*.

Diesen programmatischen Hinführungen folgen vierzehn Kapitel, die den selbst formulierten Anspruch nie und nimmer einzulösen vermögen. Ein kluger Leser ist sich dessen bewusst und hält die Erwartungen entsprechend flach, um nun doch beim ersten Satz des ersten inhaltlichen Kapitels (Hellenismus) trotzdem gleich zu stutzen: „Die westliche Kultur ist von zwei Denktraditionen bestimmt, der antiken griechisch-römischen und der antiken hebräischen" (S. 39). Aber: Gab es nicht auch die islamisch-arabischen Traditionen, die für die Entwicklung von Medizin, Optik, Psychologie, Mathematik, Astronomie und Mechanik von außergewöhnlicher Bedeutung waren?

Platon erhält dann zehn Seiten, etwas mehr als fünf davon dienen der größtenteils in Spiegelstrichen gehaltenen Darstellung der *Politeia*. Der gelingt es unter der Überschrift „Platons Idealstaat" genau jenen Begriff zu vermeiden, der immerhin der Untertitel des ganzen Klassikers ist: (oder über die) Gerechtigkeit. Foucaults große Auseinandersetzung mit Platons siebtem Brief (und folglich der Frage der Position des Philosophen in der Politik) findet ebenso wenig Erwähnung in der Darstellung der uralten Schmonzette vom Freikauf Platons auf dem Sklavenmarkt nach dem sizilianischen Abenteuer wie die Frage nach einer Rhetorik der Wahrheit im Kontrast zum Politikos. Na ja, mag man einwenden, es findet sich halt immer was, was fehlt. Das mag sein und ist gerne konzediert: Aber Zentrales sollte eben nicht fehlen.

Hatte ich vergessen zu erwähnen, dass es zwei Seiten zur Realgeschichte gibt, also etwa zur sozialen Zusammensetzung der Polis (eher wohl Athen), zur Volksversammlung und der manischen Furcht vor Machtkonzentration (samt Verweis auf Bleickens Standardmonstrum)? Diese kurzen Auslassungen zum (konstruierten historischen) Kontext bei der Analyse Platons politischer Theorie spielen gar keine Rolle. Man hätte sie getrost weglassen können, aber dann auch den Anspruch suspendieren müssen, den die Prolegomena eben formuliert haben. Und so geht es fort, ist man versucht in Anlehnung an Büchners „Lenz" zu sagen, nicht nur mit der Antike, der ein an sich offenbar ganz bedeutungsloser Marcus Tullius Cicero abhanden gekommen ist, sondern über das Mittelalter zur Renaissance, die allein Machiavelli kennt.

Da es in meinen Augen keinerlei Sinn macht, die Darstellung der ausschließlich männlichen Theoretiker im Einzelnen kritisch zu würdigen, sei zum Ende zweierlei

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vermerkt. Hilfreich wäre es erstens gewesen, andere Theoriegeschichten heranzuziehen, um den eigenen Zugriff zu formulieren, zu präzisieren, zu profilieren, abzugrenzen und zugleich in den lange währenden politik- und sozialwissenschaftlichen Diskurs einzuflechten. Angeboten hätte sich etwa das zum Standard gewordene Projekt von Henning Ottmann oder der Text von Marcus Llanque, dessen kluges Motiv eines Gewebes politischer Diskurse konzeptbildend hätte sein können. Auch ein Blick in das von John S. Dryzek/Bonnie Honig/Anne Phillips herausgegebene *Oxford Handbook of Political Theory* wäre gut zur Bestimmung dessen gewesen, was eine Geschichte politischen Ordnungsdenkens sein und leisten könnte (und was nicht).

Und zweitens ist die 60-seitige Synopse der Theoriebeiträge im Grunde ein Dementi dessen, was der Anfang versprach. Pfetsch listet unter 12 Rubriken (etwa Hauptinteresse der Theorie, Regierungslehre, Geschichtsphilosophie, Politik-Religion) in einer fortlaufenden Tabelle die Statements, Aussagen, Thesen, Erträge der Theoretiker auf. Man kann mit dem Finger die einzelnen Spalten (etwa unter Thomas von Aquin, Thomas Hobbes, John Stuart Mill, Jürgen Habermas) herunterfahren und dabei erfahren, was sie für ein Menschenbild hatten bzw. haben und was sie zur Regierungslehre und zur Religion sagen. Das ist sehr übersichtlich. Es sperrt aber zugleich die Theoretiker in Kästchen ein, die es verhindern, dass sie miteinander kommunizieren und einen Zusammenhang bilden. Das aber genau war es doch, was die Theoriegeschichte von Platon bis Habermas intendierte und versprach: einen Zusammenhang herzustellen, Verknüpfungen zu zeigen, Verschiebungen auszumachen, Konstanten zu benennen, Reflexionspotenzial systematisch zu erschließen. So bleibt am Ende eines Buches, in das viel Arbeitskraft geflossen ist, eine schiere Addition oder ein reines Nebeneinander, eine pure Doxographie. Das Ende des Buches zeigt, dass es so nicht geht, wie der Anfang viel zu ambitioniert, zu großmächtig und ungeklärt meinte, und dass auf diese Weise am Ende ein ödes Gefängnisgitter zu stehen kommt. Ich weiß, dass ich vielleicht zu scharf war, und ich entschuldige mich dafür bei einem Autor, dessen große Stärken bisher woanders lagen. Aber ich weiß auch, woher diese Schärfe im Urteil kommt: weil das Sammelsurium des Buches einen faden Geschmack hinterlassen hat.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Deutsche Salafisten

Von Uwe Backes

Wolf Schmidt, Jung, deutsch, Taliban, Berlin 2012 (*Ch. Links*), 207 S.

„Homegrown terrorism" ist der englische Terminus technicus für ein in Großbritannien schon seit längerem zu beobachtendes Phänomen: Islamistisch motivierte Gewaltakte werden nicht mehr nur von eigens eingereisten oder neu zugewanderten Tätern begangen, sondern vermehrt auch von im Lande aufgewachsenen Personen, deren Eltern oder Großeltern eingewandert sind oder die überhaupt keinen „Migrationshintergrund" aufweisen. In Deutschland ist das Phänomen später aufgetreten, hat aber in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2011 registrierte das Bundeskriminalamt rund 250 potentielle „Gefährder" mit „Deutschland-Bezug", die eine Ausbildung in einem Terrorlager im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet absolviert hätten. Diese Personengruppe steht im Mittelpunkt der Reportage von Wolf Schmidt, dem Redakteur für Innere Sicherheit der Berliner *taz*.

Schmidt hat für sein Buch lange recherchiert, Interviews mit Angehörigen, früheren Freunden, Arbeitgebern, Lehrern und Mitschülern von „Deutschen Taliban Mudschahidin" geführt, radikale Moschee-Gemeinden besucht, Internet-Foren und -Ressourcen analysiert, Gerichtsurteile gelesen, die noch relativ spärliche wissenschaftliche Literatur ausgewertet, sich mit Sicherheitsexperten ausgetauscht sowie Polizei- und Geheimdienstberichte des In- und Auslandes gelesen. Er konnte zahlreiche eigene Beiträge für die *taz* heranziehen, was einige Überschneidungen erklärt. Insgesamt aber ist ein konzises, packendes und hochaktuelles Buch entstanden, das einen breiteren Leserkreis über Gefahren informiert, die von einer relativ kleinen, aber wachsenden Gruppe gewaltbereiter Islamisten ausgehen.

Das Buch unterscheidet sich wohltuend von sensationsheischenden Reißern, die im journalistischen Metier nicht gerade Seltenheitswert haben. Schmidt berichtet differenziert, überzieht Muslime nicht mit einem Generalverdacht, unterscheidet zwischen gewaltfrei-missionierenden Salafisten und salafistischen Jihadisten, die im Sinne al-Qaidas zum weltweiten Kampf gegen die „Ungläubigen" (zu denen neben Nicht-Muslimen auch Schiiten und nicht-fundamentalistische Sunniten gerechnet werden) aufrufen. Das Buch ist frei von Alarmismus, um eine realistische Gefahreneinschätzung bemüht, nimmt nicht jede Drohbotschaft für bare Münze und mokiert sich über manche Videobotschaften, in denen „übergewichtige Möchtegern-Krieger ungelenk durchs Gelände rennen oder selbsternannte ‚Deutsche Taliban Mudschahedin' stolz eine Sammlung von Elektroschrott als angebliche Kriegsbeute präsentieren" (S. 12). Er ordnet den salafistischen Jihadismus auch in den Gesamtzusammenhang radikaler Gegenkulturen ein, vergleicht ihn mit den Szenen militanter Rechtsextremisten, die hier-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zulande weitaus zahlreicher sind und von denen ein erheblicher Teil politisch motivierter Gewalttaten ausgeht.

Der islamistische Terrorismus ist in Deutschland ein Randphänomen; „etwa 1.000 Männer und Frauen" rechneten die Sicherheitsbehörden zu „islamistisch-terroristischen Spektrum" (S. 16). Das ist wenig im Vergleich auch zur Szene gewaltbereiter Linksautonomer, die Schmidt bei seinen Vergleichen unbeachtet lässt. Aber gerade im Vergleich mit diesem Spektrum zeigt sich die besondere Gefahrendimension, die von salafistischen Militanten ausgeht: Wo Anschläge mit jihadistischem Hintergrund verübt worden sind (wie in Washington, London oder Madrid), spielten Überlegungen der Gewaltdosierung keine Rolle, schienen die Terrorakte gerade auf die Tötung einer möglichst großen Zahl von Menschen angelegt. Dies gilt auch für die von der Polizei in Deutschland vereitelten Anschläge – etwa den der „Kofferbomber von Köln", die im Juli 2006 Sprengsätze in Regionalzügen nach Koblenz und Hamm deponiert hatten; oder den der im September 2007 festgenommenen „Sauerlandgruppe"; oder mit aller Wahrscheinlichkeit auch den der 2011 ausgehobenen „Düsseldorfer Zelle", die anders als ihre Vorgänger in direkter Verbindung mit dem Terrornetzwerk al-Qaida stand. Und so besteht die zentrale Intention des Buches darin, vor einer Entwicklung zu warnen, die sich zu einer bisher unbekannten Bedrohung der inneren Sicherheit auswachsen könnte, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Was erfahren wir über die Art dieser Bedrohung? Seit der Aufdeckung der „Sauerlandgruppe" im Herbst 2007 haben die verurteilten Jihadisten Nachfolger unter jungen Deutschen gefunden, oft noch halbe Kinder, die sich in Windeseile radikalisieren. Sie werden nicht selten von salafistischen „Selfmade-Scheichs" (S. 87) wie dem früheren Boxer Pierre Vogel zum radikalen Islam bekehrt, bewegen sich im Umkreis radikaler Gemeinschaften wie derjenigen um die Al-Nur-Moschee in Berlin-Neukölln. Immerhin rund „20 junge Berliner sind zwischen Mai 2009 und August 2010 nach Waziristan ausgewandert, darunter mindestens fünf Frauen" (S. 27). Vier davon „tauchten später in Videos einer im Jahr 2009 gegründeten Terrorgruppe" wieder auf, der „Deutschen Taliban Mudschahedin". Alle hatten Abitur, einige bereits ein Studium angefangen; die befragten Angehörigen stehen angesichts ihrer „Blitzradikalisierung" oft vor einem Rätsel. Es gibt kein einheitliches Radikalisierungsprofil, aber Schmidt kann sich auf den Londoner Experten Peter Neumann berufen, wenn er Faktoren benennt, die Radikalisierungsprozesse beeinflussen: 1) angestauter Unmut über Zustände, die als unhaltbar interpretiert und „dem Westen" angelastet werden; 2) biographische Belastungen mit Identitätskonflikten und Sinnkrisen, die bei Immigranten ebenso auftreten können wie bei „Ur-Deutschen" (S. 45); 3) die Ideologisierung in radikalen Milieus, denen man sich anschließt und in denen sich 4) eine besondere Gruppendynamik in „kleinen und engen Zirkeln von Gleichgesinnten" entfaltet, „die sich gegenseitig weiter aufstacheln und in ihrer jihad-salafistischen Sicht bestärken, etwa indem sie Videos über vermeintliche oder echte Gräuel westlicher Truppen anschauen oder Traktate von Jihad-Ideologen über die ‚Verteidigung der muslimischen Länder' und den Lohn des Märtyrers im Jenseits lesen und sich von der Außenwelt abschotten" (ebd.). Darüber, unter welchen Bedingungen der „Umschlag zur Militanz" (ebd.) er-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

folgt, scheint bislang wenig bekannt; zu verschieden sind die von Schmidt und anderen untersuchten Einzelfälle. Daher sei eine „Rasterfahndung" von vornherein zum Scheitern verdammt. Dass auffallend viele Deutsche in Terrorvideos mit Drohbotschaften zu sehen seien, beruhe nicht auf besonderen Radikalisierungsfaktoren, sondern – wie der britische Wissenschaftler Raffaello Pantucci treffend bemerkt habe – auf der Unbedarftheit der jungen deutschen Jihadisten: „Denn wer sich in den Videos oute und stolz mit seinen Kampfgefährten präsentiere, mache es den Geheimdiensten nur leichter, ihre Netzwerke aufzudecken" (S. 53). Einige von ihnen sind bereits in Waziristan Opfer US-amerikanischer Drohnen geworden.

Eindrucksvoll zeigt Schmidt, welche herausragende Rolle das Internet für die grenzüberschreitenden kommunikativen Netzwerke spielt, ohne die der internationale Jihadismus undenkbar wäre. Dazu zählt die Herstellung propagandistischer Videos, die die virtuelle Welt einer „jihadistischen Internationale" erzeugen: „Mit Abenteuern, Wanderungen und Schießereien, Campflair, Lagerfreuerromantik und einem großen Zusammenhalt zwischen den Brüdern aus aller Welt" (S. 106). An der Produktion und Reproduktion der „Global Islamic Mediafront" beteiligen sich nicht nur die Kommunikationsexperten terroristischer Gruppierungen, sondern auch „technisch versierte Schreibtisch-Jihadisten, die keinen direkten Kontakt zu al-Qaida & Co. haben, sondern sich zu Hause von den unzähligen Foren, Internetseiten und Social-Media-Kanälen Videos ihrer Helden herunterladen, sie in stundenlanger Kleinarbeit übersetzen oder mit Untertiteln versehen, sie manchmal zu neuen Mashups zusammenschneiden oder mit Gesängen unterlegen und schließlich weltweit verbreiten" (S. 109). Wie wirksam solche Propaganda sein kann, zeigt Schmidt am Beispiel des „einsamen Wolfs von Sossenheim", dem Frankfurter-Flughafen-Attentäter Arid Uka, der am 2. März 2011 zwei US-Soldaten vor ihrem Transfer zur Luftwaffenbasis Ramstein durch gezielte Kopfschüsse tötete und weitere zwei schwer verletzte. Wie die späteren Ermittlungen zeigten, handelte Uka allein, ohne Auftrag oder Verbindung zu einer Gruppe, aber unter dem Einfluss islamistischer Internet-Propaganda.

Das Beispiel Uka ist für Schmidt ein wichtiger Beleg dafür, dass es keinen Sinn macht, weiter an der Repressionsspirale zu drehen. Ein Täter dieses Typs sei auch durch einen noch so perfekt organisierten Sicherheitsapparat kaum aufzuhalten. Schmidt meint, zehn Jahre nach 9/11 ließen sich die bestehenden Sicherheitsgesetze „kaum mehr weiter verschärfen, ohne die Axt an die Wurzeln des Rechtsstaats zu legen" (S. 165). Hier werden ihm diejenigen widersprechen, die sich etwa von einer erweiterten Datenvorratsspeicherung Erfolge bei der Ausspähung terroristischer Planungen erhoffen. Aus dem Fall Uka ließe sich die Schlussfolgerung ziehen, die rechtsstaatlich kontrollierte Überwachung gewaltorientierter Internet-Angebote müsse intensiviert werden. Wer die Schlussfolgerungen Schmidts im Bereich der Repression jihadistischer Gewalt nicht teilt, kann ihm dennoch zustimmen, wenn er die Erweiterung der Präventionsprogramme anmahnt. Auch dazu bietet das lesenswerte Buch wichtige Hinweise.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parlamentarische Demokratie in der Bewährung

Von Hans Herbert von Arnim

Rupert Scholz, Parlamentarische Demokratie in der Bewährung. Ausgewählte Abhandlungen, hrsg. von Rainer Pitschas und Arnd Uhle, Berlin 2012 (*Duncker & Humblot*), 419 S.

Der von Schülern von Rupert Scholz zu seinem 75. Geburtstag herausgegebene Band enthält 22 Aufsätze, aus den Jahren zwischen 1980 und 2009, verfasst häufig als Festschriftbeiträge zu runden Geburtstagen von politischen Freunden oder wissenschaftlichen Kollegen. Die unbearbeitet und unkommentiert abgedruckten Erstveröffentlichungen sind zum Teil überholt, so etwa der gegen die Grünen bzw. Alternativen gerichtete Beitrag „Der antiparlamentarische Parlamentarier" aus dem Jahre 1984. Der Jubilar hat – angesichts der sich wandelnden Zeiten – an Erfahrung gewonnen. Vieles bleibt aktuell, wiederholt sich allerdings häufig, wie in einer Aufsatzsammlung nicht anders zu erwarten. Da die Sammlung ohnehin nur Ausschnitte aus der anregenden Fülle des wissenschaftlichen und publizistischen Werks des Staatsrechtslehrers und Politikers Scholz enthält, von denen eine Besprechung wiederum nur einige antippen kann, erscheinen besonders die jüngeren Beiträge aus den Jahren 2006, 2008 und 2009 von Interesse. 17 neuere Aufsätze von Scholz, ausweislich der am Ende abgedruckten Publikationsliste 2010 und 2011 veröffentlicht, sind leider nicht mit aufgenommen. Drei – für die Einschätzung der parlamentarischen Demokratie relevante – Grundauffassungen schlagen immer wieder durch: die Ablehnung der direkten Demokratie auf Bundesebene, auch heute noch herrschende Auffassung der CDU, die Befürwortung der Mehrheitswahl und die Beseitigung der starren Listen.

Bei der Ablehnung von Volksbegehren und Volksentscheiden geht Scholz nach dem Eindruck des Rezensenten weniger „wissenschaftlich" als „politisch" vor, wenn man den Typ des Wissenschaftlers, der der Wahrheitsfindung verpflichtet ist, und den des Politikers, der der Opportunität Tribut zollen muss, in seiner eigenen Definition (vgl. S. 213) zu Grunde legt. Scholz zieht die umfassende Literatur zum Pro und Kontra direkte Demokratie nicht heran, sondern beschränkt sich auf alte Stereotypen: Bei Volksentscheiden gebe es nur Ja oder Nein und deshalb keine Kompromisse. Dass Regierung und Parlamentsmehrheit gleichzeitig einen Alternativentwurf zur Abstimmung stellen können, der eine Art Kompromiss anbietet, bleibt unberücksichtigt. Auch dass die Ablehnung direkter Demokratie durch den Parlamentarischen Rat eine berechtigte Reaktion auf Weimar gewesen sei, wird in der Literatur längst mit guten Gründen bestritten. Träfe die These zu, wäre es auch unverständlich, dass die vor dem Grundgesetz erlassenen Landesverfassungen, wie z. B. die bayerische, durchweg direkte Demokratie vorsehen. Der Parlamentarische Rat wollte direkte Demokratie ohnehin nur für eine Übergangszeit ausschließen. Die Warnung des späteren Bundes-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

präsidenten Theodor Heuß, der 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, vor dem Volk als einem bissigen Hunde („cave canem“) ist nach über 60 Jahren gefestigter Demokratie ebenfalls nicht mehr aktuell. Dass ein Plebiszit von demjenigen entschieden werde, der die Fragestellung formuliert, wie Scholz behauptet, ist mit praktischen Erfahrungen nicht in Einklang zu bringen, ebenso wenig seine These, direkte Demokratie sei ein Instrument der Minderheitsdemokratie. Unter Gleichsetzung mit Umfragen behauptet er, direkte Demokratie fördere die Stimmungsdemokratie, obwohl einer Abstimmung regelmäßig ein monatelanger öffentlicher Diskussionsprozess vorausgeht. Schon gar nicht erörtert Scholz die Frage, ob direkte Demokratie nicht ein wirksames Gegengewicht gegen (auch von ihm in neuerer Zeit diagnostizierte) Mängel der Parteiendemokratie darstellt, besonders bei Gestaltung der Regeln des Machterwerbs und Machterhalts, wie dem Wahlrecht und der Politikfinanzierung. Die Schweiz bietet hier Anschauungsmaterial. Ein Beispiel ist auch die Durchsetzung der Direktwahl der Bürgermeister in Westdeutschland, die nur mit direkter Demokratie erfolgen konnte, beginnend mit dem Volksentscheid in Hessen, bei dem 82 Prozent für die Direktwahl votierten.

Scholz lässt im Übrigen unerwähnt, dass die Gemeinsame Verfassungskommission, deren Co-Vorsitzender er war, nach der deutschen Vereinigung mehrheitlich für die Einführung direkter Demokratie gestimmt hatte. Das kam allerdings nicht zum Tragen, da die Kommission sich für ihre Empfehlungen vorher eine Zweidrittel-Mehrheit auferlegt hatte. Damit klingt das Problem der Durchsetzung solcher Reformen bereits an. Scholz befürwortet die Verlängerung der Wahlperiode des Bundestags auf fünf Jahre, ohne aber die darin liegende Minderung der Bürgermitwirkung zu erwähnen, die eine Kompensation durch Einführung von direkter Demokratie nahe legt.

Er wendet sich auch gegen die Direktwahl des Bundespräsidenten, weil dann auch dessen Kompetenzen erweitert werden müssten, wogegen Weimarer Erfahrungen sprächen. Das Gegenbeispiel des österreichischen Bundespräsidenten, der wenig Kompetenzen besitzt, aber dennoch direkt gewählt wird, erwähnt Scholz nicht, auch nicht den Vorschlag von Weizsäcker und Glotz, den jüngst Jürgen Rüttgers aufgegriffen hat.[1] Sie wollen einem direkt gewählten Bundespräsidenten die Einsetzung von „presidential commissions“ übertragen und mehr Rechte bei der Berufung etwa von Richtern und Rundfunkräten geben. Schon gar nicht bemerkt Scholz, solche den britischen „royal commissions“ nachgebildete Kommissionen könnten ein institutionelles Mittel gegen das von ihm selbst hervorgehobene „evidente Sachverständigendefizit vor allem in der Gesetzgebung“ (S. 210) darstellen. Bei Hearings dominieren in der Tat bereits „bei der Auswahl von Sachverständigen in aller Regel entweder verbandsmäßige oder parteipolitische Interessen“ (S. 211), sodass meist vorher klar sei, was rauskommt. Die Politik sieht darin dann nur die Bestätigung ihrer vorgefassten Meinungen, was dem Sinn solcher Hearings widerspricht und sie entwertet. Auch Beiräte, über die „nahezu jedes Bundesministerium verfügt“, haben allzu oft „nicht wesentlich

1 Vgl. Jürgen Rüttgers, Parteien – übermächtig und überfordert. Zwanzig Jahre nach der Parteienkritik Richard von Weizsäckers, Marburg 2013, S. 100.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mehr als eine Alibifunktion“ (S. 210). Da die Direktwahl des Bundespräsidenten – mangels Volksgesetzgebung auf Bundesebene – ohnehin keine Realisationschance besitzt, wäre es interessant, wie Scholz sich zur Direktwahl von *Minister*präsidenten stellt.

Andererseits erkennt Scholz durchaus gewisse Gefahren eines in die Jahre gekommenen Parteienstaats. Er tritt deshalb nachdrücklich für ein Mehrheitswahlrecht ein. Darin sieht er eine Antwort auf die von ihm so bezeichnete „Koalitionsdemokratie“ (z. B. S. 49 ff.), deren negative Auswirkungen er herausstellt. Da „das Verhältniswahlrecht in Verbindung mit dem parteipolitischen Listenprivileg die Parteien und ihr faktisches Selektionsmonopol eindeutig begünstigt“, sieht Scholz in der Mehrheitswahl einen Weg, „wieder stärker auf die Persönlichkeit des jeweiligen Kandidaten und seine politische Überzeugungsfähigkeit“ (S. 232) abzustellen und die Entwicklung hin zum bloßen „Parlamentsfunktionär“ (S. 211) zu stoppen. Scholz macht sich auch keine Illusionen über die mangelnde Chance, die Mehrheitswahl in Zeiten kleiner Koalitionen durchzusetzen. Er votiert deshalb lediglich für ein Grabenwahlsystem, bei dem 60 Prozent direkt und 40 Prozent über Listen gewählt werden. Dann wären auch Überhangmandate nicht mehr zu befürchten. Diesem auch vom Bundesverfassungsgericht herausgestellten Grabensystem ist der Gesetzgeber mit seinem Beschluss vom Februar 2013 leider nicht gefolgt. Er lässt Überhangmandate vielmehr weiterhin zu und sucht sie durch Ausgleichsmandate zu kompensieren, was zu einer gewaltigen Aufblähung des Bundestags führen kann.

Die Kritik an der parteipolitischen Instrumentalisierung des Bundesrats, die zu Blockaden der Bundespolitik führen kann, ist berechtigt. Scholz plädiert für die in der Tat überfällige Änderung des Abstimmungsverfahrens im Bundesrat; relative Mehrheit sollte in Zukunft genügen. Bloß verlangt das eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat selbst, der damit auf ein Stück Macht verzichten müsste. Auch hier stößt man dann auf das Problem der mangelnden politischen Durchsetzungschance solcher Reformvorschläge.

Mit Verve tritt Scholz für die Flexibilisierung der Wahllisten bei Bundestags- und Landtagswahlen ein. Auf dem „Privileg der parteipolitischen Listenaufstellung“ und den starren Listen gründe sich „in entscheidendem Maße die reale politische Macht der politischen Parteien bzw. ihrer internen Funktionärsstruktur“ (S. 184), die Scholz – wohl auch auf Grund der eigenen politischen Erfahrung – mit den Jahren zunehmend kritisiert. Es fehle in der Politik an „besonders profilierten Persönlichkeiten“ (S. 178). Der „Weg vom Jugendfunktionär über den Fraktionsassistent bis hin zum Abgeordneten“ sei „zu mannigfaltiger Realität geworden“ (S. 230). Das bewirke eine „wesensmäßige Angleichung der aktiven politischen Personale“, die immer mehr „glatt geschliffenen Kieselsteinen“ (S. 178) glichen. Die Auswahl der Kandidaten erfolge eben „weniger nach dessen fachlichen Kompetenzen als nach dessen parteipolitischer Macht wie Zugehörigkeit“ (S. 211).

Scholz geht allerdings nicht auf die Frage ein, ob die Rechtsprechung die Flexibilisierung der Listen erzwingen könnte. Da einerseits die Parteien nach aller Erfahrung ungern Macht abgeben, und sei es auch zu Gunsten der Bürger, andererseits das Bun-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

desverfassungsgericht die judikative Kontrolldichte von Entscheidungen, die das Parlament in eigener Sache trifft, deutlich erhöht hat, liegt diese Frage eigentlich besonders nahe. Das Bundesverfassungsgericht hat das Thema starre Listen in seinem Urteil zur Fünfprozentklausel bei der Europawahl zwar in einem einzigen Satz abgewürgt,[2] offenbar deshalb, weil es das Thema, das auch auf Bundes- und Landtagswahlen ausstrahlt, nicht am Beispiel der Europawahlen behandeln wollte. Das Gericht wartet möglicherweise auf eine gut begründete Klage, die die *Bundestags*wahl betrifft. Gegen Vorwahlen wendet Scholz sich mit dem Argument, dann müsste in Deutschland noch mehr gewählt werden, und gegen Amtszeitbegrenzungen, deshalb weil dadurch vielleicht die Besten ausgeschlossen würden.

Auf Europaebene weist Scholz auf das Demokratiedefizit hin, das zu dem paradoxen Resultat führt, dass ein Land, welches ein derart demokratie-defizitäres System wie die EU hätte, nicht in dieselbe aufgenommen würde. Er hebt auf die Tendenz der europäischen Instanzen zu einem Immer-Mehr hervor, dem auch der Europäische Gerichtshof sich nicht entziehen könne. Zugleich illustriert er die Schwäche des Subsidiaritätsprinzips, das zwar europarechtlich verankert ist, in der Praxis aber leicht überspielt wird. Dabei stellt er das in seiner mangelnden Praktikabilität geradezu groteske „Frühwarnsystem" dar, mit dem nationale Parlamente die mangelnde Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit geplanter EU-Gesetze rügen können. Scholz plädiert deshalb wie Roman Herzog für die Schaffung eines eigenständigen europäischen Kompetenzgerichtshofs.

Vorschläge zur Verbesserung der Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie müssen regelmäßig gegen die Interessen der politischen Parteien durchgesetzt werden, die immer auch „von den Zielen des Machterwerbs, des Machterhalts oder des Machausbaus" (S. 213) erfüllt sind. Die Gretchenfrage, wie Reformvorschläge dennoch realisiert werden könnten, ist Scholzens offene Flanke; er spricht sie gar nicht an, zumal er ein Instrument, das für Reformen der Regeln der Macht besonders geeignet erscheint, nämlich direkte Demokratie, vorab zurückgewiesen hat.

Rupert Scholz gehört wie Roman Herzog und Hans Hugo Klein zu den profilierten Staatsrechtslehrern, die sich auf Bundesebene als CDU-Politiker betätigt haben. Das Ende seiner nicht einmal einjährigen Amtszeit als Bundesverteidigungsminister 1989[3] und die gescheiterte Nominierung als Bundestagskandidat bei der Wahl 2002[4] waren für ihn enttäuschend, bestätigen aber seine Kritik an den parteiinternen Mechanismen der Personalauswahl. Umso lesenswerter erscheint seine Gegenüberstellung der gegensätzlichen Typen des Parteipolitikers und des Wissenschaftlers, also der zwei Seelen, mit denen er in der eigenen Brust fertig werden musste.

2 Vgl. BVerfGE 129, 343.

3 Vgl. den Artikel: Kohl: „Ich kann nicht anders", in: Der Spiegel 16/1989, S. 16-21; Prof. Dr. Rupert Scholz, Bundesminister a. D. im Gespräch mit Christoph Lindenmeyer, in: BR-Alpha-Forum, Sendung vom 23. Mai 2007.

4 Vgl. sib, CDU-Wahlkampf: Keine Chance für Rupert Scholz, in: Der Tagesspiegel vom 12. Februar 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verfassungsschutzbericht 2011

Von Birgit Enzmann

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht, Berlin 2012 (*Bezugsadresse: www.verfassungsschutz.de*), 502 S.

Das Berichtsjahr 2011 prägen zwei Ereignisse: Bei einem Attentat im März 2011 wurden in Frankfurt am Main zwei amerikanische Soldaten getötet. Es waren die ersten islamistisch motivierten Morde in Deutschland. Im November 2011 wurde die Existenz des NSU bekannt, jener rechtsextremistischen Gruppe, die 13 Jahre geraubt und gemordet hatte, ohne von den Verfassungsschützern aus Bund und Ländern als solche erkannt zu werden. Die beiden Fälle demonstrieren, wie virulent die extremistischen Bedrohungen in Deutschland sind, aber sie zeigen auch, dass neue Aktionsformen das Raster der Verfassungsschützer immer wieder durchbrechen können. Der Verfassungsschutzbericht 2011 dokumentiert beides – wenn man danach sucht.

Der Bericht ist in gewohnter Weise strukturiert: Dargestellt werden die Problem- und Arbeitsfelder „politisch motivierte Kriminalität“ (PMK), Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus/islamistischer Terrorismus, nichtislamistische sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebung von Ausländern, Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten, Geheimschutz und Sabotageschutz sowie abschließend die Aktivitäten der Scientology-Organisation. Zu jedem Feld gibt es einen Überblick, aktuelle Zahlen, Angaben zu Akteuren und Organisationsstrukturen sowie knappe Bewertungen. Einige Informationen zu Struktur, Aufgaben und Rechtsgrundlagen des Verfassungsschutzes im Bund rahmen die Darstellung der Problemfelder ein.

Das Grundgerüst des Berichtes bildet detailliertes Zahlenmaterial zum Personenpotential der verschiedenen extremistischen Richtungen sowie zur Entwicklung politisch motivierter Kriminalität. Es zeigt sich für 2011 eine ambivalente Entwicklung: Zum einen ist im Islamismus und nichtislamistischen Ausländerextremismus das Personenpotential gestiegen, während es im Rechts- und Linksextremismus seit 2010 abgenommen hat. Das meint nicht, dass die Bedrohungslage abgenommen hat, denn im Kern von Rechts- und Linksextremismus ist die Gewaltbereitschaft nach Angaben des Berichts gewachsen. So ist die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten auf 9.800 Personen angewachsen, die der gewaltbereiten Linksextremisten auf 7.100.

Der gestiegene Anteil Gewaltbereiter schlägt sich auch in der PMK-Statistik nieder, wie sich im Bericht aus einer Differenzierung der Delikte in Gewalttaten und sonstige Straftaten ablesen lässt. 2011 erreichte die Zahl linksextremistischer Gewalttaten einen Höchststand von 1.157 Delikten. Im rechtsextremistischen Spektrum sank die Zahl der Gewalttaten 2011 leicht auf 755 Delikte, wuchs dann aber 2012 auf 802 Fälle an. Die

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gestiegene Zahl Gewaltbereiter machte sich also verzögert bemerkbar, wie im April 2013 veröffentlichte Zahlen des Bundesinnenministeriums belegen.[1] Die Daten zeigen, dass die linksextremistischen Gewalttaten 2012 von 1.157 auf 876 Taten sogar noch unter den Stand von 2010 zurückgefallen sind und der starke Anstieg 2011 soweit wohl keine dauerhafte Entwicklung darstellte. Allerdings gilt für die PMK insgesamt, dass sich bei Rechts- und Linksextremismus seit 2005 ein leichter Aufwärtstrend zeigt. Weil dabei Links- wie Rechtsextremismus deutlichen Schwankungen unterworfen sind, entsteht nur im langjährigen Vergleich ein stimmiges Bild. Aus dem Verfassungsschutzbericht 2011 ist das leider nicht ersichtlich, weil er jeweils nur Vorjahresdaten als Vergleich angibt und auf „Ausreißer" aus der langfristigen Datenreihe nicht hinweist.

Immerhin schlüsselt der Verfassungsschutzbericht 2011 die PMK weiter auf, und so erlaubt er einen Einblick in die sehr unterschiedliche Zusammensetzung des Straftatenspektrums in den extremistischen Lagern. Im Rechtsextremismus ist die größte Auffälligkeit das Spezifikum von über 11.000 Propagandadelikten und Fällen von Volksverhetzung. An zweiter Stelle rangieren Sachbeschädigungen (1.377 Fälle), gefolgt von Körperverletzungen (640 Fälle), Widerstandsdelikten und Landfriedensbruch. Im Linksextremismus ist Sachbeschädigung das häufigste Delikt, in der Statistik gefolgt von der – angesichts ihrer Größe unbrauchbaren – Kategorie „andere Straftaten". Mit 583 Fällen rangieren Körperverletzungen auf Rang 3. Deutlich häufiger als im rechtsextremistischen Spektrum sind Fälle von Landfriedensbruch (272 Fälle) und Widerstandsdelikte (135 Fälle). Der erhebliche Anstieg der linksextremistischen PMK 2011 ist Großteils auf die Zunahme dieser beiden Delikte zurückzuführen gewesen. Bei der extremistisch motivierten Gewalt von Ausländern liegen die „anderen Straftaten" an erster Stelle (414 Fälle), gefolgt von 109 Körperverletzungen und, nahezu gleichauf, 102 Sachbeschädigungen. Ebenfalls häufig: 48 Fälle von Landfriedensbruch und 23 Nötigungen. Blendet man die rechten Propagandadelikte aufgrund ihrer fehlenden Entsprechung in den anderen „Szenen" aus, liegen die wesentlichen Unterschiede im Verhältnis von körperlicher Gewalt gegen andere Menschen zu Sachbeschädigungen und Eigentumsverletzungen. Die extremistische Bedrohungslage hat sich in Deutschland quantitativ nicht erhöht, aber qualitativ verschärft, hin zu mehr Gewaltbereitschaft gegenüber Personen.

Der Verfassungsschutzbericht 2011 liefert nicht nur Zahlenmaterial, sondern informiert auch über qualitative Entwicklungen innerhalb der Extremismus-Szenen. Hierzu gehören z.B. neue Aktionsformen innerhalb der rechtsextremen Szene – wie nächtliche unangemeldete Fackelzüge in Innenstädten oder die Umrahmung von Großveranstaltungen mit regelrechten Aktionswochen aus zusätzlichen Veranstaltungen. Gerade die über das Internet angekündigten und propagandistisch vermarkteten Fackelzüge haben, so der Verfassungsschutzbericht, eine hohe Anziehungskraft auf Ju-

1 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2012 veröffentlicht. Pressemitteilung vom 29. April 2013, unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/04/politisch-motivierte-kriminalitaet.html (3. Mai 2013).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gendliche. Auch die Verbreitungsstrukturen der Rechtsextremen werden stärker auf Jugendliche zugeschnitten. Über herkömmliche Internetseiten hinaus sind 2011 interaktive Seiten und Social Media zu den zentralen Verbreitungsmechanismen geworden. Regionalbezug, Gruppendynamik und die Möglichkeit aktiver Teilhabe machen die besondere Anziehungskraft aus. Social Media bietet Extremisten dabei die Chance, durch virtuelle „Freundeskreise" über die Szene hinaus Kontakte zu knüpfen und so Unbeteiligte mit Propaganda zu konfrontieren. Gleiches gilt für Musik- und Videoportale. Durch die Öffnung für neue Musikstile habe sich das Rekrutierungspotenzial von Musik deutlich erhöht. Die Texte seien dabei nur in wenigen Teilen strafrechtlich relevant und könnten ungehindert verbreitet werden. Die NPD hat 2011 erneut eine Schulhof-CD produziert und an Schulen verteilt. Auch im Linksextremismus finden sich laut Bericht neue Aktionsformen, die dem Verfassungsschutz erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Statt der bisher dominierenden „Massenmilitanz" (S. 154) werden zunehmend heimlich vorbereitete, gut geplante Anschläge auf staatliche Einrichtungen und Sabotageakte gegen Infrastruktureinrichtungen verübt. Verändert haben sich die attackierten Ziele: Viele Anschläge richteten sich 2011 unter der Parole „Antimilitarismus" gegen Bundeswehr, Rüstungsunternehmen und Logistikdienstleister. Am Beispiel des Islamismus und islamistischen Terrors verweist der Bericht auf eine Tendenz zur Individualisierung der Täter: Kleingruppen oder gar Einzeltäter planen und verüben selbstständig Anschläge, auch wenn sie international vernetzt sind. Damit wird es den Verfassungsschützern schwerer gemacht, Täter aufzuspüren.

Heimlichkeit und Individualisierung sind auch die Gründe, die in dem Bericht für die späte Entdeckung des NSU anklingen. Als Kleingruppe ohne feste Bindung an eine der größeren Organisationen fiel sie durch das Raster der Verfassungsschützer. Zudem bekannte sich die Gruppe bis zu ihrer Aufdeckung 2011 nicht zu ihren Taten. Fünf Seiten widmet der Bericht dem NSU, belässt es aber weitgehend bei einer Wiedergabe der bekannten Fakten. – Das Resümee mag man deshalb den Lesern selbst überlassen: „Der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2011 informiert über Art und Umfang verfassungsfeindlicher Entwicklungen in unserem Land sowie über Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten" (S. 3) – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Ideologie und der Einfluss von Abu Muhammad al-Maqdisi

Von Marwan Abou-Taam

Joas Wagemakers, A Quietist Jihadi. The Ideology and Influence of Abu Muhammad al-Maqdisi, Cambridge 2012 (*Cambridge University Press*), 290 S.

Das Werk von Joas Wagemakers liefert einen fundierten Einblick in die Denkstruktur des radikalen Islam. Mit Abu Muhammad al-Maqdisi untersucht der Autor einen der wichtigsten und im Westen vernachlässigten jihadistischen Ideologen, dessen Schriften und Ideen in der radikal-islamischen Szene eine starke Verbreitung genießen. Das Buch ist in vier Kapitel unterteilt, die das Leben und Wirken al-Maqdisis mit tiefgründiger Sorgfalt analysieren.

Al-Maqdisi, 1959 in der Westbank als Issam Mohammad Tahir al-Barqawi geboren, verbrachte seine Jugend in Kuwait. Beeinflusst von Juhayman al-Utaybi, begann er in Medina (Saudi-Arabien) sich mit den Schriften von Ibn Taymiyya, Ibn al-Qayyim und Muhammad Ibn Abd al-Wahhab zu beschäftigen. Al-Maqdisi war nie an einer Hochschule für islamische Studien eingeschrieben. Seine Bedeutung leitet sich in erster Linie aus seinen Schriften und nicht aus seinen Taten ab. Nach Wagemakers reiste al-Maqdisi zwar in den 1980er Jahren nach Pakistan und Afghanistan, war jedoch nicht an den dortigen Jihad-Handlungen beteiligt. In Peshawar verfasste er u. a. die Schrift „Millat Ibrahim“ (Gemeinschaft Abrahams). Die hier entworfene Vorstellung einer solidarischen Gemeinschaft aller wahrhaftig muslimischen Gläubigen, die sich am Vorbild Abrahams orientieren, stößt bis heute in salafistischen Kreisen auf Interesse. Das Ausschlaggebende an Abrahams Handeln sei die Distanzierung von allem, was dem Göttlichen zuwiderläuft – sogar von der eigenen Familie. Nach seiner Rückkehr aus Pakistan verließ al-Maqdisi aufgrund des Golfkrieges 1991/92 Kuwait – er lebte in Jordanien, wo er einige Jahre im Gefängnis verbrachte.

Wagemakers ordnet al-Maqdisis Theorien in die Entwicklung des Salafismus im Kontext zentraler Konflikte innerhalb der islamischen Welt ein. Dabei verdeutlicht er die Rolle dieser Konflikte bei der Eskalation im salafistischen Denken. Allerdings erörtert er diese Konflikte im Einzelnen nicht. Dennoch liefert Wagemakers einen Einblick in die Art und Weise, wie diese Konflikte in Teilen der islamischen Welt wahrgenommen worden sind und welchen Einfluss diese auf die politischen Diskurse hatten. Darüber hinaus unternimmt er Exkurse, die dem Leser die Funktionsweise arabischer Gesellschaften nahebringen. Diese beiden Elemente wirkten auf die Weltanschauung al-Maqdisis und prägten seine Gedankenwelt maßgeblich. So betitelt Wagemakers das erste Unterkapitel des Buches mit „Wavering between Quietism an Jihadism“. Er beschreibt dieses Schwanken entlang einer Reihe von Ereignissen und Personen, die al-Maqdisis Werdegang begleiteten.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Obwohl al-Maqdisi sehr früh den „takfir“ (Exkommunikation) aus dem Islam als scharfes Instrument gegen die arabischen Regime anwendet, den Jihad gegen sie begründet und anstachelt, hält er sich bei der Benutzung der „takfir“-Methode gegenüber anderen Muslimen eher zurück. Somit avanciert er zum Bindeglied zwischen den quietistischen und den jihadistischen Salafismus. Al-Maqdisi bezichtigt alle arabischen Regime des Unglaubens. Als Begründung gilt die säkulare Gesetzgebung, die das alleinige Recht Gottes bräche. Er interpretiert das „shirk“-Konzept (Beigesellung) als politische Gehorsamkeit und die Bereitschaft, menschengemachte Gesetze zu akzeptieren, und er beschreibt es als „ibadat at taghut“ (Götzendienst). Damit geht al-Maqdisi in der Tradition anderer salafistischer Denker von einem Monotheismus aus, der neben Gott keine anderen Autoritäten zulässt und die Demokratie zurückweist. Daraus schlussfolgert er die Notwendigkeit und die Pflicht der wahren Muslime, die Herrschenden mittels des Jihad zu beseitigen. An dieser Stelle bricht al-Maqdisi mit der Tradition derjenigen salafistischen Gelehrten, die die Autorität der Herrschenden als unumstößlich propagieren. Hierfür nutzt er das Konzept von „al-wala‘ wa-l-bara‘“ (Loyalität und Lossagung), das er politisiert. Es ist grundlegend für seinen „takfir“-Begriff. Seine revolutionäre Ideologie teilt die Welt in zwei miteinander unversöhnliche Hälften. „Millat Ibrahim“ übe Loyalität untereinander und sage sich los von allen anderen Menschen, also den „kufar“ (Ungläubigen). Er verknüpft „al-wala' wa-l-bara'“ und Jihad und versteht beide Elemente als konsequenteste zusammenhängende Pflichten im Umgang mit den Ungläubigen. Diese Ungläubigen werden nicht nur außerhalb der islamischen Gemeinde gesehen, sondern auch innerhalb. Es seien Apostaten, die mit allen Mitteln des Jihads bekämpft werden müssen. Damit begründet al-Maqdisi einen jihadistischen Salafismus, der methodisch und argumentativ in der quietistischen Tradition verwurzelt ist. Diese Form des quietistischen Jihadismus ist nicht unumstritten, dennoch wurde sie von al-Qaida und anderen jihadistischen Organisation sehr stark rezipiert.

Die Stärke des Buches ergibt sich aus der Verknüpfung von al-Maqdisis Theorien und deren historischer Kontextualisierung innerhalb der Gedankenwelt der Salafismus, beginnend bei Ibn Hanbal (780-855 n. Chr.) bei gleichzeitigem Bezug auf die turbulenten zeitgenössischen politischen Ereignisse innerhalb der arabischen Welt. Al-Maqdisi hat die dem Jihadismus zugrundeliegende Weltanschauung nicht selbst entwickelt, jedoch zeigt die Analyse Wagemakers die zentrale Stellung al-Maqdisis zwischen den neuen Fronten, die den Jihad aus seiner traditionellen Form herauslösen und ihn zu einem gegen die „murtaddun“ (Abtrünnigen) gerichteten revolutionären Idiom entwickeln. Die Analyse erläutert die Begriffswelt des Salafismus, grenzt wichtige Gelehrte voneinander ab und nuanciert ihre Denkunterschiede. Hierbei steht die Wirkung dieser Gelehrten auf al-Maqdisi im Vordergrund, aber auch seine Rezeption innerhalb der jihadistischen Szene und insbesondere innerhalb der Führung der bedrohlichsten islamistischen Terrorbewegung (al-Qaida) kommt zur Sprache.

Mit seiner Analyse und seinen kritischen Kommentaren hat Wagemakers nicht nur ein wichtiges Zeitdokument über den islamistischen Terrorismus des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts geschaffen, sondern der Wissenschaft auch ein Werk in die

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hand gegeben, dass ein Eintauchen in die Gedankenwelt der jihadistischen Terroristen erlaubt und zugleich erklärt, wie die politischen Zusammenhänge die ideologische Entwicklung am Beispiel al-Maqdisi beeinflussen. Die sorgfältige Recherche und die kluge Verknüpfung einzelner Informationen lassen den Leser mit der komplexen Sprache des Salafismus nicht allein. Sie ermöglichen es ihm, al-Maqidisis Gedankenwelt nachzuvollziehen, ohne dabei Verständnis für die Motive entwickeln zu müssen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kurzbesprechungen

Robert Ackermann, Warum die NPD keinen Erfolg haben kann. Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen u. a. 2012 (*Budrich UniPress*), 385 S.

In den meisten EU-Ländern erringen rechtsextreme Parteien häufigere und höhere Wahlerfolge als in Deutschland. Warum hierzulande die NPD – als stärkste Partei dieses Spektrums – kaum Erfolge feiert, fragt Robert Ackermann. Sein zentrales Ziel ist es, Bedingungen zu identifizieren, unter denen die Wahrscheinlichkeit von Misserfolgen der NPD steigt oder sinkt. Die Kernfrage lautet, welche ex- und internen Gründe NPD-Wahlschlappen normalerweise begünstigen oder behindern. Zu diesen Gründen zählt er – geradezu klassisch – das Wahlsystem, die Parteienfinanzierung, die politische Kultur, den Polarisierungsgrad der Parteienlandschaft, das demokratische Agendasetting sowie Strategie, Ideologie, Organisationsstrukturen und das Personalangebot der NPD.

Ackermanns abgewogene Analyse bestätigt bekannte Befunde. Um Chancen in Erfolge zu verwandeln, braucht eine Partei wie die NPD zunächst ein hinreichendes Wählerpotenzial. Dazu gehören vor allem junge, schlecht ausgebildete und kirchenferne Männer, die sich sozial benachteiligt fühlen, besonders demokratieverdrossen sind und zumindest Elemente einer rechtsextremen Weltanschauung in sich tragen. Damit sie ihr Wählerpotenzial mobilisieren können, benötigen solche Parteien ein kampagnefähiges Thema. Wenn es ihnen gelingt, wichtige und vernachlässigte Themen zu besetzen oder gar zu monopolisieren, steigen ihre Wahlchancen, ohne Erfolge zu „garantieren" – oft genügt Kleinparteien bei Landtagswahlen schon ein Anteil von 1 Prozent der abgegebenen und gültigen Zweitstimmen (Europa- und Bundestagswahl: 0,5 Prozent), weil sie damit an der staatlichen Parteienmitfinanzierung partizipieren.

Besetzen kann eine Partei wie die NPD ein kampagnefähiges Thema normalerweise nur, wenn die Massenmedien und/oder die eigenen Parteiaktivisten es zu ihrem eher unpolitischen Wählerpotenzial tragen. Nur ausnahmsweise können solche Parteien mangelnde oder fehlende Medienpräsenz und einen schwachen Parteiapparat durch teure Werbefeldzüge kompensieren (DVU 1998 in Sachsen-Anhalt). Hilfreich, aber nicht unverzichtbar für Erfolge solcher Parteien ist auch ihr Personal, wenn es führungsstark ist, halbwegs seriös scheint und charismatisch-eloquent auftritt. Wichtig sind daneben strategische Absprachen unter rechtsextremen Parteien, bei Wahlen nicht gegeneinander anzutreten und dadurch einander keine Stimmen wegzunehmen, die am Ende fehlen, um die Fünfprozenthürde zu überspringen. Dieser Faktor förderte wesentlich die jüngeren Wahlerfolge der NPD.

Zu den Faktoren, die Wahlerfolge solcher Parteien eher hemmen, gehört die politische Kultur der Bundesrepublik, insbesondere die ausgeprägte Ablehnung von Ressentiments gegen die Demokratie und von Sentiments für den Nationalsozialismus,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wie die NPD sie verbreitet. Eher hinderlich für Wahlerfolge solcher Parteien ist es auch, wenn die gemäßigten Parteien glasklare Grenzen gegenüber rechtsextremen Kräften ziehen, um zugleich jene Probleme differenziert zu lindern oder zu lösen, die für relevante Teile der Bürger vordringlich sind. Eine engagierte Zivilgesellschaft kann Wahlerfolge von rechtsextremen Parteien ebenfalls mindern. Das lässt sich in West-, aber auch in Ostdeutschland beobachten.

Ackermann vernachlässigt die wichtige Frage, wie Massenmedien NPD-Misserfolge beeinflussen. Im Kontrast zu Deutschland diskutierte der Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen in Frankreich von den 1980er Jahren an regelmäßig und ausführlich im Fernsehen. Diese Art von Aufklärung nutzte ihm offenkundig. Zugang zum staatlichen Fernsehen hatte ihm vor allem der damalige Staatspräsident François Mitterrand verschafft. Der schillernde Sozialist hatte gemeint, damit der „bürgerlichen" Opposition einen Konkurrenten heranzuziehen. Tatsächlich errang Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2002 im 1. Wahlgang mehr Arbeiterstimmen als jeder andere Kandidat. Gerade auch dadurch schaffte er den sensationellen Sprung in den 2. Wahlgang, den Lionel Jospin, damals Kandidat der Sozialisten, verpasste.

Harald Bergsdorf

Cordia Baumann, Mythos RAF. Literarische und filmische Mythentradierung von Bölls „Katharina Blum" bis zum „Baader-Meinhof-Komplex", Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 514 S.

Andreas Mehlich, Der Verteidiger in den Strafprozessen gegen die Rote Armee Fraktion. Politische Justiz und politische Strafverteidigung im Lichte der Freiheit der Advokatur, Berlin 2012 (*Berliner Wissenschafts-Verlag*), 352 S.

Cordia Baumann befasst sich in ihrer Dissertation mit der mittlerweile schon tradierten Bereitschaft von Kunst, Literatur und Film zur Mythenbildung um die RAF. Baumanns Studie erweist sich als theoretisch sehr gelungene Herangehensweise an die Problematik. Besonders die Einbindung in die generelle Mythentradition der deutschen politischen Kultur ist instruktiv, wobei Literatur, vor allem aber der Film als moderne Transmissionsriemen zur Verbreitung von Mythen angesehen werden. Insofern liegt es nahe, dass rabulistische Persönlichkeiten wie Andreas Baader aufgrund ihrer Polarisierungsfähigkeit sich gerade zur Mythentradierung besonders eignen. Über den „Dandy" Baader hinaus erwähnt Baumann den für sozialrevolutionäre Organisationen so typischen hohen Frauenanteil als erotische Subkomponente. Sie stellt die RAF insgesamt als Kollektiv in den Dämonisierungsmythos, mithin in einen Mythenzusammenhang mit dem Nationalsozialismus. Baumann ist vor allem zugute zu halten, dass sie sich selbst nicht von den Mythen vereinnahmen lässt. Als besonders stringent erweist sich die parallele Interpretation ein und desselben Mythos aus unterschiedlichen Perspektiven. Wie am Beispiel Stammheims deutlich wird, hängen Wandelbarkeit wie Instrumentalisierbarkeit des jeweiligen Mythos davon ab, von wem er gerade benutzt wird. Allein die in der Literatur bereits bekannte Versteifung auf die Mythen der ersten RAF-Generation ist zu monieren. Dies als negative Kritik anzuführen wäre aber mehr

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

als unredlich. Schließlich ist die Studie nicht nur inhaltlich substantiell, sondern auch sehr voluminös geraten.

Ebenfalls als Dissertation ist Mehlichs juristische Analyse der Verteidigerrolle in den Verfahren gegen die RAF konzipiert. Gerade was die ersten Prozesse in Stammheim betrifft, wurde rasch die politisch-kulturelle Problematik deutlich, welche die jeweiligen Anwälte offenlegten, war doch das Recht auf Verteidigung für die in den konservativen Medien als „Staatsfeinde" dargestellten Individuen in der Gesellschaft nicht unbedingt befriedigend. Dem wissenschaftlichen Anspruch gemäß eröffnet Mehlich seine Analyse mit allgemeinen Betrachtungen zur generellen Bedeutung des Strafverteidigers, um dann auf die in den RAF-Verfahren zumindest von den RAF-Individuen diagnostizierte Eigenart der „politischen Prozesse" überzuleiten, was die Mitglieder der RAF zu „Beteiligten eines politischen Prozesses" (S. 78) machte. Mehlich widmet sich ebenso den bestellten Pflichtverteidigern, die von Baader und den anderen Epigonen kaum anerkannt wurden, während die Verteidiger Schily und Ströbele zumindest noch ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit und Respekt genossen. Freilich kommt die Analyse nicht um ein zentrales Thema herum, das in der Literatur und Öffentlichkeit oftmals als „Lex RAF" bezeichnet worden ist. Besonders gelungen ist Mehlichs Analyse, da er sich von den festgefahrenen Beurteilungen dieser Episode der RAF-Geschichte nicht vereinnahmen lässt. Im Gegenteil konstatiert er, dass sich die Verteidiger weder als „reine Interessenvertreter der Beschuldigten noch als Organe der Rechtspflege" (S. 301) verstanden und allein die rechtsstaatliche Dimension des Verfahrens einzuhalten trachteten, woraus er nachvollziehbar den Typus des „gemischt-öffentliche[n] Interessenvertreters" (ebd.) konstruiert. Gänzlich freizusprechen sind die Anwälte von ihrer politischen Einflussnahme allerdings nicht. So wirft ihnen Mehlich in mehreren Punkten „rechtsmissbräuchliches" (S. 302) Verhalten vor, die in der Regel ungebührliches Verhalten oder einen Verstoß gegen das Sachlichkeitsgebot darstellen.

Beide Publikationen erfüllen eine wichtige Funktion: die gesellschaftliche Aufarbeitung der RAF-Geschichte, vermeintlich „nachrangiger" oder sekundärer Problembereiche nicht nur dem Journalismus zu überlassen, sondern auch in die Hände der Wissenschaft zu legen. Umso befriedigender ist es, dass Baumann wie Mehlich überzeugende, systematische und ausgezeichnet abwägend-differenzierte Analysen verfasst haben, die in ihren jeweiligen Bereichen in den nächsten Jahren als Referenzobjekte herangezogen werden sollten.

Alexander Straßner

Wolfgang Benz, Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, München 2012 (*C. H. Beck*), 220 S.
Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Verhärtete Fronten. Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 265 S.

Der renommierte Antisemitismusforscher Wolfgang Benz verfolgt in seiner Monographie das Ziel, die aus der Antisemitismus- und Vorurteilsforschung gewonnen Er-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kenntnisse auf die gegenwärtige Problematik der Islamfeindlichkeit anzuwenden. Er verbindet in seinem Buch verschiedene thematisch ausgerichtete Kapitel mit abgedruckten Experteninterviews, in denen verschiedene, auf dem Gebiet der Migration und Vorurteilsbekämpfung tätige Praktikerinnen und Praktiker zu Worte kommen. Das zentrale Problem für Benz liegt darin, dass „seit dem 11. September 2001 das Feindbild eines aggressiven Terrorismus" (S. 17) vorherrscht, das in Deutschland von einschlägigen Publizistinnen und Publizisten unter dem Deckmantel der Islamkritik ausgeschlachtet, zum Bindemittel von islamfeindlichen Internetforen und zunehmend von Parteien und organisierten Gruppen im deutschsprachigen Raum instrumentalisiert werde. Insgesamt liegt mit dieser Publikation die Schrift eines erfahrenen Forschers vor, der ein engagiertes Plädoyer gegen die Zunahme von Stereotypen und die schriftstellerische und organisierte Instrumentalisierung von Vorurteilen gegenüber der muslimischen Bevölkerungsminderheit in der BRD verfasst. Die Schwäche dieses Buches liegt in seiner zu fragmentierten Komposition. Die einzelnen Kapitel und die Experteninterviews sind analytisch und inhaltlich zu wenig miteinander verzahnt und es fehlt an einem eigenständigen Schlusskapitel, das die im Titel angekündigten Gefahren für die bundesrepublikanische Demokratie genauer herausarbeitet.

Thorsten Gerald Schneiders versammelt in seinem Band einerseits junge Forscherinnen und Forscher mit und ohne Migrationshintergrund mit Islam- und politikwissenschaftlicher Ausbildung und andererseits bereits etablierte Kolleginnen und Kollegen. Das ergibt eine sehr gelungene Mischung aus Jung und Alt, etablierten Forschungsergebnissen und neuen Blickweisen. Das spiegelt sich auch in der breiten Perspektive des Buches wieder, die sowohl den Themenschwerpunkt der Islamfeindlichkeit behandelt, womit es eine sinnvolle Ergänzung zu den Ausführungen von Wolfgang Benz darstellt, als auch zu eruieren versucht, wie eine vernünftige Islamkritik ausgestaltet sein könnte. Dazu wird der Begriff der Islamfeindlichkeit von konkurrierenden Begrifflichkeiten wie Islamophobie und Antimuslimismus abgegrenzt, in seiner analytischen Leistungsfähigkeit gekennzeichnet und die Bedeutung von vernünftiger Islamkritik hervorgehoben. In der Summe bieten die einzelnen Beiträge des Bandes ein aussagekräftiges und differenziertes Bild auf die historischen und gegenwärtig re-aktualisierten Traditionen der Islamfeindlichkeit, es werden besonders die argumentativen Strukturen vieler gängiger und undifferenzierter Islamkritiken entlarvt und empirische sowie thematische Anknüpfungspunkte für eine vernünftige Islamkritik erörtert.

Führt man die Ergebnisse beider Publikationen zusammen, fehlt es jedoch an einer ausführlicheren Analyse, warum die Islamfeindlichkeit in der jüngeren Zeitgeschichte so signifikant zugenommen hat. So greift etwa die Ursachenanalyse von Benz, die deutsche Gesellschaft befände sich in einer Identitätskrise, die durch einen Modernisierungsschub ausgelöst wurde, zu kurz, um die Zunahme des Phänomens der Islamfeindlichkeit hinreichend zu erklären. Der Blick auf den Einfluss islamistischer Bewegungen auf die Wahrnehmung des Islam sollte nicht beim Hinweis auf den islamistischen Terrorismus stehenbleiben, sondern – als noch fehlendes Puzzleteil – auf den weltweiten Einfluss institutionell agierender Islamisten gerichtet werden.

Thorsten Hasche

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mark Bowden, Killing Osama. Der geheime Krieg des Barack Obama, Berlin 2012 (*Berlin Verlag*), 332 S.
Michael Lüders, Iran: Der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt, München 2012 (*C. H. Beck*), 175 S.

Die Jagd nach Osama bin Laden hat Mark Bowden auf einer soliden Faktenbasis und gleichwohl romanhaft spannend geschrieben. Er schlägt den Bogen von den Anschlägen des 11. September 2001 zur Tötung des Führers von al-Qaida. Die Dramaturgie legt Bowden auf mehreren Ebenen an: als Willenskampf zwischen Barack Obama und Osama bin Laden sowie als Kampf zwischen der größten Militär- und Geheimdienstmaschine der Welt und einer dezentral organisierten Terrororganisation, eingebunden in die unterschiedlichen innen- und regionalpolitischen Restriktionen. Auf diese Weise wird das Geschehen zumindest ein wenig in die politischen, sozio-ökonomischen Zusammenhänge gestellt. Es ist gleichwohl kein opus magnum der Gesellschaftsgeschichte des Kriegs gegen den Terror. Denn eigentlich geht es auch Bowden vor allem um die Darstellung der Jagd nach dem einen Mann, der für die USA zu einem hochpolitischen Symbol wurde.

Anfangs beschreibt Bowden, wie unterschiedliche Personen den 11. September 2001 erlebt haben. Das ist analytisch gewagt. Bei einigen – Ben Rhodes zum Beispiel – bleibt bis zum Schluss unklar, warum er wichtig ist. Bei anderen – Barack Obama zum Beispiel – steht die spätere Bedeutung außer Frage. Aber welche Bedeutung hatte der 11. September für ihn? Welche Erfahrungen machte er an diesem Tag? Wie wirkten sie auf ihn ein? Bowden nimmt diesen Tag und die sich daran anschließende Diskussion zum Anlass, deutlich herauszuarbeiten, dass Obama Gewalt als legitimes Mittel der Politik sieht und nicht gegen jeden Krieg ist. Entgegen seiner öffentlichen Wahrnehmung. Denn im Wahlkampf gegen Hillary Clinton stilisierte sich Obama zum Kriegsgegner. Der Friedensnobelpreis verstärkte diese Darstellung. Dabei nutzte er die Rede in Oslo dazu, den gerechten Krieg zu begründen. Und im Wahlkampf 2007/2008 zog er kräftig Kritik auf sich, als er erklärte, wenn er als Präsident wüsste, dass sich Osama bin Laden in Pakistan aufhielte, die pakistanische Regierung aber nichts unternehme, dann würde er unilateral eingreifen. Prügel erhielt er für diese Aussagen, die als naive Verbalkraftmeierei abgetan wurden. Bowden konstruiert einen direkten Zusammenhang. „2007 und Anfang 2008 wurde Obamas Vorstellung eines direkten, unilateralen Handelns gegen Osama bin Laden rundum verurteilt. Doch er hielt an seinem Plan fest, und als er gewählt worden war, führte er ihn aus“ (S. 119). Ideologisches Rüstzeug gaben ihm die Studien von Reinhold Niebuhr (nicht wie es im Text heißt: Richard). Das war sein Bruder. Bowden zeigt deutlich, welche Bedeutung Gewalt für Obamas Politikverständnis spielt. Präsident Bush, so reflektiert er gegen Schluss, hätte Osama bin Laden auch gerne gefunden.

Michael Lüders Buch über den kommenden Krieg mit Iran ist ein eigentümlicher Essay, der auf der einen Seite eine Reihe bedenkenswerter Argumente zur realistischen Einschätzung der iranischen Außen- und Atompolitik zusammenträgt, auf der anderen Seite eine abstruse Geschichte erzählt. Sie beginnt damit, dass „die meisten Politiker

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und Meinungsmacher in Deutschland leichtfertig einem Irankrieg das Wort reden" (S. 8), einem Krieg, der vor allem Israels Krieg sei. Die israelische Regierung, die Israel-Lobby in den USA und die Neokonservativen trieben Präsident Obama vor sich her. Dabei ginge es nicht darum, das Atomproblem durch Verhandlungen zu lösen, sondern „um den geopolitisch unliebsamen Störenfried zu isolieren, mit Hilfe von Sanktionen in die Knie zu zwingen und ihn in letzter Konsequenz militärisch auszuschalten" (S. 79). „Der Krieg gegen den Iran bleibt auf der Agenda. Allein der Zeitpunkt und die Modalitäten bedürfen noch der Abstimmung zwischen Washington und Tel Aviv" (S. 97). Um zu zeigen, wie der Westen im Krieg gegen Iran seine Zukunft verspielt, bemüht Lüders die Analogie zu Napoleons Russlandfeldzug. Was er hingegen überhaupt nicht behandelt sind die beiden Kriege, die um Iran seit Jahren geführt werden: die gezielten Tötungen und den Cyberwar.
Thomas Jäger

Karl-Heinz Breier/Alexander Gantschow (Hrsg.), Politische Existenz und republikanische Ordnung. Zum Staatsverständnis von Hannah Arendt, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 279 S.
Andreas Fischer-Lescano/Joachim Perels/Thilo Scholle (Hrsg.), Der Staat der Klassengesellschaft. Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 275 S.
Samuel Salzborn (Hrsg.), „... ins Museum der Altertümer". Staatstheorie und Staatskritik bei Friedrich Engels, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 198 S.
Detlef Lehnert, Das pluralistische Staatsdenken von Hugo Preuß, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 220 S.

Da Hannah Arendt ein Verständnis von Politik allein in der Freiheit als Sinn menschlicher Existenz sucht, bleibt jede soziale Ordnung immer auf die existenzphilosophischen Begründungen des Menschseins in ihrem Denken bezogen. Philosophie und Politik, menschliche Bedingtheit und politische Verfasstheit einer Gesellschaft finden in der Pluralität und Natalität der Existenz ihren unauflöslichen Zusammenhang, der sich im Handeln als Idee der Freiheit manifestiert. Der Reiz und die Begrenzung des Bandes von Breier/Gantschow liegen in der Überzeichnung der Existenzphilosophie Arendts, die im Handeln und Urteilen eine Begründung von Herrschaft entwickelt, das Politische zwischen die Menschen verlagert, aber politikwissenschaftlich kaum greifbar wird. Es reicht nicht aus, mit Arendt den Niedergang der Ordnungen im Sterben des europäischen Nationalstaates im 20. Jahrhundert zu konstatieren.

Eine umso deutlichere beziehungsstiftende Dimension des Rechts zwischen Politik, Staat und Gesellschaft formuliert der Staatsrechtler Wolfgang Abendroth. Dessen intrinsischer Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Demokratie knüpft im Sammelband die Verbindung zwischen der sozialen Demokratie Hermann Hellers in der Weimarer Republik, über die Konstitution der BRD als sozialer Rechtsstaat mit dem Denken einer Wirtschaftsdemokratie vor den aktuellen Herausforderungen der Finanzmarktkrise. Auch wenn Abendroth keine sozialistische Verfassungstheorie entwarf, ermöglicht seine Begründung sozialer Teilhaberechte, die Bedeutung des Rechts

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und der Verfassung bei der Regulierung sozialer Beziehungen wie die Notwendigkeit einer materialistischen Analyse der sozioökonomischen Grundstrukturen einer Gesellschaft zu vermessen. Insgesamt gelingt es dem Band von Fischer-Lescano/Perels/Scholle, den Emanzipationsgedanken Abendroths von der sozialen Demokratie bis zum Völkerrecht zu entwickeln.

Das Politische und den Staat auch als Herrschaftskonstruktion von Produktions- und Klassenverhältnissen zu beschreiben, fordert Abendroth mit Bezug auf Friedrich Engels. Dessen Theorie eines absterbenden Staates auf dem Weg zum Kommunismus in Verbindung und Abgrenzung zu Karl Marx zeichnen die Autoren in einer genauen werkgeschichtlichen Kontextualisierung nach. Polemisch wendet Samuel Salzborn gegen jene als Utopismus verstandene Gedankenfigur ein, dass alle Maßnahmen, die zum Absterben des Staates führen, die totale Verfügungsgewalt über das Individuum implizieren. In der Sache ebenfalls kritisch verfolgt Ingo Elbe Rezeptionslinien der Idee eines „Staates des Kapitals" bis in die Staatslehre des 20. Jahrhunderts hinein.

Hugo Preuß als „Vater der Weimarer Verfassung" in eben jenen Rezeptionslinien von Klassikertexten und in theoretischen Anleihen bei zeitgenössischen Staatslehrern wie Gierke, Jellinek, Laband, Kelsen oder Krabbe zu zeichnen, ist die Intention Detlef Lehnerts. Im Ergebnis der Diktion Arendts nicht unähnlich entwickelt Preuß den modernen Begriff des Staates aus einer Idee der Pluralität, die er in Abkehr vom alten Souveränitätsbegriff Rousseauscher Prägung entdeckt. Preuß bettet die menschliche Freiheit zum Staat in ein genossenschaftliches Konstrukt und installiert die Zivilgesellschaft als gemeinschaftsverbürgende Substanz der Demokratie. Wie das Spannungsverhältnis zwischen dem zivilgesellschaftlichen Aushandeln gesellschaftlicher Güter und dem verfassungsrechtlichen Rahmen gemeistert werden kann, bleibt offen.
Ellen Thümmler

Michael Brenner (Hrsg.), Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart, München 2012 (*C. H. Beck*), 542 S.

Michael Brenner komplettiert das vierbändige Leo-Baeck-Projekt über die „Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit", das mit dem Jahr 1945 abschließt. Lange Zeit blieb es für viele Juden – im Ausland wie auch in Israel – ein Rätsel, „wie sich auf der ‚blutbefleckten Erde Deutschlands' wieder jüdische Gemeinden bilden konnten" (S. 213). Die israelische Politik wie die Jewish Agency ließen noch in den 1950er Jahren verlautbaren, Juden, die weiterhin in Deutschland verblieben, nicht nach Israel (heim)kehrten, seien keine Juden mehr. Nicht nur aus dieser Richtung gerieten die Überlebenden des Holocaust, die Entwurzelten unter Druck. Sie stießen bei ihrer Heimkehr oder auf der Suche nach einem Zuhause auf Reserviertheit, sogar auf Feindseligkeit – erinnerten sie doch die Deutschen an die NS-Verbrechen, an deren Schuld. Nach Kriegsende schien jüdisches Leben im Land der Täter unmöglich.

Gemeinsam mit acht Autoren stellt Brenner ein gut recherchiertes, empfehlenswertes Werk vor. Es schildert chronologisch, in vier Kapiteln den Neubeginn jüdischen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lebens samt allen Hindernissen bis heute. Eingangs beschreibt Dan Diner den allgegenwärtigen Cherem – den Bann. Die Details lassen den Leser ahnen, obgleich der sich mit einem starr-akademischen Sprachstil arrangieren muss, wie groß der Mut der Verzweiflung in den Wiedergekehrten gewesen war, trotz aller Barrieren einen Platz zu finden. Sie zeigt u. a. das zähe Ringen innerhalb der und zwischen den jüdischen Vereinigungen um eine Haltung zu Deutschland und zu den „Fragen jüdischer Zugehörigkeit nach dem Holocaust" (S. 27) auf.

Der erste Teil charakterisiert die „Zwischenstation" der Viertelmillion Menschen – Holocaust-Überlebende, Exilanten aus der UdSSR – und der 15.000 deutschen Juden, die vor allem in den britischen und amerikanischen DP-Lagern eine vorübergehende Bleibe fanden, noch unschlüssig, ob sie in Deutschland verweilen würden. Die Rückkehr nach Deutschland war für die deutschen Juden keine Heimkehr, die Heimat war ihnen fremd geworden. Jüdische Hilfsorganisationen boten Sicherheit, unterstützt durch die US-Politik, die am Aufbau eines jüdischen Gemeindelebens die Wahrhaftigkeit demokratischen Gestaltungswillens der Deutschen maß.

Die Zeit zwischen 1950 und 1976 prägte eine Phase der Konsolidierung, Michael Brenner und Nobert Frei berichten über den Prozess der jüdischen Ankunft in der Bundesrepublik, wobei die Gründung des Zentralrates der Juden in Deutschland einen institutionellen und die „Wiedergutmachung" einen gesellschaftspolitischen Einschnitt darstellten. Wer sich in der Bundesrepublik niederließ, sah sich zuweilen mit Antisemitismus, öffentlichem Schweigen und mit den Querelen in und zwischen den Gemeinden, zwischen liberaler und orthodoxer Orientierung, konfrontiert. In der DDR hatte es die kleine Schar der Überlebenden besonders schwer, viele entschieden sich gegen ein Gemeindeleben, um angesichts der stalinistischen Säuberungsaktionen zu Beginn der 1950er Jahre nicht aufzufallen und um Normalität zu finden.

In den Jahren zwischen 1968 und 1989 hielt der Zwist um eine religiös-kulturelle Erneuerung an, sank die Gemeindemitgliederzahl, dauerte der Kampf um Wiedergutmachungsleistungen fort. Nun jedoch trat die kleine Gemeinschaft in die Öffentlichkeit. Deutsch-jüdische Intellektuelle ergriffen in der 68er-Bewegung das Wort. Zudem wuchs in den 1980er Jahren das Interesse an den jüdischen Nachbarn, an deren Religion und Kultur. Die Autoren sprechen von „Musealisierung" und „Kommerzialisierung", auf der Suche nach „jüdischen Räumen" (S. 377).

Wie die Untersuchung der 1990er Jahre bis zur Gegenwart zeigt, bekannten sich Juden zum Judentum, weil sich das demokratische Fundament des Staates, den sie als ihre Heimat wählten, als stabil erwies. 1989 bekamen die geschrumpften Gemeinden Zuwachs durch Zuwanderer aus der zerfallenden Sowjetunion. Sie verjüngten das jüdische Leben, sie veränderten es zugleich. Liberale Gemeinden sahen sich orthodoxen Einflüssen ausgesetzt. Die 30.000 Juden, die 1990 in Deutschland lebten, erwiesen allen, Juden und Nichtjuden, einen wertvollen Dienst. Deutschland bestand den Demokratietest dank deren Lebensleistung. Jüdisches Leben war nach Deutschland zurückgekehrt, es formte eine stabile und sich stabilisierende Gemeinschaft.

Dorit Seichter

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Stefan Breuer, Carl Schmitt im Kontext. Intellektuellenpolitik in der Weimarer Republik, Berlin 2012 (*Akademie Verlag*), 303 S.
Wiebke-Marie Stock, Denkumsturz. Hugo Ball: Eine intellektuelle Biographie, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 242 S.

Breuer legt eine intellektuellengeschichtliche Studie zu Carl Schmitt vor, die eigens darauf verzichtet, eine systematische Werkinterpretation zu sein. Vielmehr wirft er Blicke auf einen Autor, der den Widerspruch zwischen Militärverwaltung und Münchner Boheme lebte, sich im Krieg zum politischen Katholizismus bekannte, in der Weimarer Republik trotz reger Kontakte zu allen politischen Lagern radikalisierte, und sich schließlich dem Nationalsozialismus annäherte, wohl wissend, kein zuverlässiger Parteigänger zu sein.

Breuers Rekonstruktion von Schmitts Beziehungen zu ausgewählten Zeitgenossen verursacht, dass das Buch in Einzelstudien zerfällt. Breuers These stimmt, dass es nicht genügt, in Schmitt nur einen Kronjuristen des Dritten Reiches zu sehen. Von einem starken Gemeinschaftsgefühl getragen, vertrat Schmitt einen neuen Nationalismus, der sich auch mit der Reichsverfassung – die er sehr autoritär auslegte – arrangieren ließ. Ob Schmitt deshalb als Verteidiger Weimars verstanden werden müsse, wie es Breuer nahe legt, dürfte angesichts dessen Ablehnung von Parlamentarismus und Grundrechten diskussionswürdig sein. Dies trifft auch auf die implizite Aussage zu, Schmitt sei in seinen kurzzeitigen Aufstieg nach 1933 eher hineingeschlittert. Im entscheidenden Kapitel über den totalen Staat wird Schmitt anders als einige seiner Schüler lediglich als Vertreter einer Präsidialdiktatur gedeutet – was Hitlers Herrschaft zunächst ja auch war. Schließlich dürfte Breuers Zuordnung verfolgter Emigranten wie Gurian und Kirchheimer zur Generation des Unbedingten unangebracht sein. Dennoch liegen hier zahlreiche anregende Studien – etwa zu dem Verhältnis Weber-Schmitt – vor, die dessen Entwicklung gut dokumentieren. Zugleich tendiert die Beschränkung auf einzelne intellektuelle Beziehungen dazu, Sachkontroversen in ein persönliches Beziehungsnetz aufzudröseln. Schmitts politische Stellungswechsel (seine Parteinahme für den NS-Staat oder der Übergang vom romantisch gesinnten Däubler-Verehrer zu einem dezidiert politischen und anti-romantischen Autor) können nicht nur mit Schmitts Tagebucheintragungen oder persönlichen Animositäten erklärt werden.

Den Vorwurf, dass eine theoretische Diskussion hätte stärker formuliert werden können, wird man Wiebke-Marie Stock nicht machen können – im Gegenteil. So aufschlussreich die Kommentierung der Denkbewegung Hugo Balls ist, politische Themen stehen aufgrund der religionsphilosophischen Ausrichtung des Buches nicht im Vordergrund. Zwar findet Balls politische Position eine Würdigung, doch da die Autorin an seinen religiösen Motiven interessiert ist, stehen konkrete politische Fragen bzw. zeit- und lebensgeschichtliche Hintergründe nicht im Mittelpunkt. An ihre Stelle treten die Auseinandersetzung mit Nietzsches und Balls Aneignung der christlichen Theologie. Dass muss kein Nachteil sein, ja dürfte der Realität näher kommen. Politische Proklamationen ergeben sich dann aus den konkreten Zeitumständen oder einem tieferen Nachdenken, das sich oberflächlichen Zuordnungen entzieht. Balls zeitkriti-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sche Schriften gingen von einer das Politische überschreitenden Revolution aus, deren normative Ressourcen in einer spezifischen Deutung christlicher Ideale lagen. Folglich werden alle Äußerungen Balls als Ausdruck einer philosophischen Tiefe interpretiert. Wie lassen sich aber die vielen Brüche in Leben und Werk erklären? Die Autorin löst dieses Dilemma, indem sie dies zum Qualitätsmerkmal einer Theorie erklärt, im Geiste Nietzsches die Widersprüchlichkeit der Moderne ernst zu nehmen. Aber wird sie mit dieser Abstraktionshöhe einem Intellektuellen, der kein Philosoph mehr sein wollte, gerecht?
Frank Schale

Michail Chodorkowski mit Natalija Geworkjan, Mein Weg. Ein politisches Bekenntnis, München 2012 (*DVA*), 633 S.
Viktor Timtschenko, Chodorkowskij. Legenden, Mythen und andere Wahrheiten, München 2012 (*Herbig*), 335 S.

Der frühere Yukos-Vorstandsvorsitzende Michail Chodorkowski, der zurzeit eine Haftstrafe wegen Betruges und Steuerhinterziehung verbüßt, polarisiert wie kaum ein anderer. Für die einen ist er Retter der russischen Demokratie, für die anderen ein profitgieriger Oligarch. *Mein Weg*, der autobiographisch-dokumentarische Band von Chodorkowski und Geworkjan sowie Timtschenkos Aufarbeitung von *Legenden, Mythen und andere Wahrheiten* fügen der Diskussion neue Interpretationen hinzu.

Das Programm von *Mein Weg*: Chodorkowski skizziert sich selbst als rechtschaffener Arbeiter im Gefängnis, der das Gulag-System anklagt, den die Haft verändert, „weicher, menschlicher" (S. 73) gemacht habe. Geworkjan weitet den Blick, recherchiert und sammelt O-Töne aus dem Umfeld. So stellen sie Schritt für Schritt seinen Werdegang und seine Wandlung vom unpolitischen Ehrgeizling der späten 1980er Jahre, dem überzeugten und stolzen jüdischen Russen, der zum vielleicht reichsten und erfolgreichsten Manager Russlands aufsteigt, seine soziale Verantwortung erkennt und sich aus Sorge um Russland unternehmerisch wie politisch engagiert. Er identifiziert mit Vladimir Putin seinen mitleidlosen Antagonisten, dem er 2003 selbstlos und zum Wohle Russlands die Stirn bot, um vor der „systemischen Korruption" (S. 533) zu warnen. Seine nicht ganz neue politische Botschaft: Russland braucht einen starken Führer, weil „die breite Masse, der Demos als solcher, nur regressive Tendenzen hervorbringt. […] Ein Staatsmann muss eine Führungsfigur sein, er muss langfristige Tendenzen erspüren und imstande sein, die Gesellschaft zu überzeugen, die notwendigen Veränderungen zu akzeptieren" (S. 538). Russlands Zukunft sieht er jedoch in Abgrenzung zu Putin in Rechtsstaatlichkeit und schöpferischem Potential. Unternehmerisches Denken ist für ihn der Motor, der Russland in eine neue postindustrielle Ära des Vertrauens führe, in der die „Möglichkeit, die an der Macht befindliche Spitze der politischen Elite abzulösen" (S. 612), gegeben sei.

Ein anderes Bild zeichnet Viktor Timtschenko. Dabei liest sich das Buch eher wie ein Roman von Viktor Pelewin: sarkastisch, auch zynisch im Ton, abrechnend mit der öffentlichen Meinung „Nicht gelesen, aber verurteilen" (S. 22). Eine Abrechnung ist

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der vorliegende Band – mit Chodorkowski selbst ebenso wie mit der Öffentlichkeit, mit dem Westen ebenso wie mit Russland, wenn Timtschenko etwa über die Unfähigkeit des Justizapparates, die durch das Regime gelenkten Medien und die politischen Parteien schreibt. Dass Timtschenko kritische Fragen stellt und allzu leichtfertige Interpretationen des „Opfers" Chodorkowski hinterfragt, gründet in einer umfassenden und detaillierten Recherche. Allein: Manchmal macht der Ton die Musik. Der ironisierend-zynische Duktus ist der Sache abträglich. Denn zu einer glaubwürdigen Bewertung gehört auch eine neutrale Darstellung. Interessant ist in diesem Zusammenhang: Der Autor betont selbst, dass der dritte Teil des Buches „Überlegungen, Beobachtungen, logische Schlüsse, Erinnerungen an das Gelesene und gehörte" (S. 297) enthalte, während die beiden Teile zuvor „Fakten und Argumente" gewesen seien. Um was zu belegen? Dass Chodorkowski den „jahrelang ausgeheckte(n) Plan der Machtübernahme" (S. 295) in die Tat umsetzen wollte und zu Recht im Gefängnis saß, wie der Autor dem geneigten Leser als Hauptthese präsentiert.

Etwas haben beide Bücher gemeinsam. Sie erzählen jeweils eine eigene Geschichte, beide in durchaus unterhaltsamer Weise. Und sie tragen beide durch ihre Darlegung der Fakten mindestens gleich stark zur Legendenbildung bei. Am Ende bleiben die Leser auf sich selbst zurückgeworfen, wenn es um eine Bewertung des Lebens und der politischen Rolle von Michail Chodorkowski geht.

Rolf Frankenberger

Doris Danzer, Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918-1960), Göttingen 2012 (*V&R Unipress*), 576 S.

Im Zentrum des Buches stehen drei prominente KPD-Mitglieder: die Schriftsteller Anna Seghers und Willi Bredel sowie der Verleger Wieland Herzfelde. Sie betonten noch in der DDR „ihre langjährige Freundschaft zueinander sowie ihre unverbrüchliche Treue zur Partei" (S. 71). War beides miteinander in Übereinstimmung zu bringen, stellte die Partei – die KPD, dann die SED – nicht Forderungen, die nur unter Preisgabe der Solidarität mit dem Freund und Genossen zu erfüllen waren? Vor dem politischen Hintergrund des Jahrhunderts der Extreme prüft die Autorin die Lebensläufe ihrer Protagonisten im Kontext der äußeren Umstände wie der Parteipolitik.

Doris Danzer zeigt, dass die KPD immer mehr freiheitliche, rationale Elemente aufgab, die die Politik der Arbeiterbewegung einst bestimmt hatten, dass sie die Ausgrenzung in der Weimarer Republik durch ein endemisches Sektierertum verinnerlichte, dass die Volksfront-Politik im Exil durch Halbheiten geprägt war und im August 1939 sofort über Bord geworfen wurde. Sie weist nach, dass Anna Seghers und Wieland Herzfelde im westlichen Exil jeden politischen Schwenk auch dann mit trugen, wenn sie wussten, wie absurd er war. Klugerweise enthält sie sich eines moralischen Urteils über Willi Bredel, der im Moskauer Exil dem Stalin-Terror ausgeliefert war, ihm entging, aber einen hohen Preis zahlen musste: Er stimmte in den Chor derer ein,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die „Erschlagt die tollen Hunde!“ riefen. Die „tollen Hunde“ waren die alten Bolschewiki und deutsche kommunistische Exilanten.

Manche wie Bredel flüchteten sich geradezu in den militärischen Einsatz nach Spanien, um dort die Republik zu verteidigen. Die Autorin zitiert ihn: „Nein, wahrhaftig, ich bin nicht gerne Soldat! Wüsste ich nicht, um was es geht, was alles von dem Ausgang gerade dieses Kampfes abhängt, niemand würde mich hierher bringen.“ Sie kommentiert dies mit den Worten: „Für einen Soldaten der Legion Condor wäre diese Aussage undenkbar; für einen Soldaten mit kommunistischem Selbstverständnis ist sie geradezu typisch. Aus ihr spricht sowohl eine tiefe Abneigung gegen einen Krieg, der aus rein militaristisch-nationalistischem Interesse geführt wird, als auch die pazifistische Sehnsucht nach dem Ende von Leid und Blutvergießen, mit dem Ziel der Verbrüderung aller Nationen in der sozialistischen Völkerfreundschaft“ (S. 320). Für Totalitarismus-Konstruktionen ist da kein Platz; das große Versprechen des Kommunismus wurde freilich auch zur Loyalitätsfalle.

Das Dilemma blieb ungelöst. „Während Anna Seghers unter den Repressionen in der DDR litt, lernte sie, mit ihnen umzugehen: Sie passte sich an – jedenfalls soweit, dass nach außen hin ihre Loyalität zur Sowjetunion und zum Sozialismus deutscher Prägung nicht in Zweifel gezogen werden konnte“ (S. 516). Sie verweigerte ihrem Verleger Walter Janka die öffentliche Solidarität, als er Opfer eines Schauprozesses wurde, unterstützte ihn jedoch nach seiner Haftentlassung inoffiziell. Ähnliches ließ sich bei Bredel, Herzfelde und vielen anderen beobachten. Dies musste einstige Freunde enttäuschen; so brach Oskar Maria Graf schließlich mit seinem Freund Wieland Herzfelde. Dieser hatte dennoch nicht ganz sein Gewissen abgegeben: Gegen alle Staatsräson hielt er heimlich den Kontakt zu Ernst Bloch nach dessen Weggang. Doch von der Kampfgemeinschaft, die viele Linksintellektuelle in der KPD vor 1933 pflegten, war kaum etwas geblieben.

Das materialreiche Buch ist sehr gut geschrieben, wiewohl nicht frei von Wiederholungen. Sie wären vermeidbar gewesen, hätte Doris Danzer die Arbeit von Axel Fair-Schulz (*Loyal Subversion. East Germany and its Bildungsbürgerlich Marxist Intellectuals*), zu Rate gezogen. Dennoch: ein großer Wurf.
Mario Keßler

Klaus Detterbeck, Multi-Level Party Politics in Western Europe, Basingstoke 2012 (*Palgrave Macmillan*), 280 S.

Die Geschichte der westeuropäischen Demokratien ist eng mit dem Nationalstaat verknüpft. Bis Ende der 1960er Jahre gingen die Nationalisierung soziopolitischer Konfliktlinien, die territoriale Homogenisierung des Wählerverhaltens und die Etablierung landesweiter Parteiorganisationen Hand in Hand. Seitdem ist das scheinbar unauflösliche Amalgam von Staat, Nation und Parteiendemokratie in Bewegung geraten. Verantwortlich dafür waren nicht nur die fortschreitende europäische Integration, sondern auch innerstaatliche Dezentralisierungsprozesse, die zur Herausbildung politisch-ad-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ministrativer Mehrebenensysteme geführt haben. Die politikwissenschaftliche Parteienforschung hat sich mit dieser Entwicklung erst in jüngster Zeit intensiver befasst. Inzwischen liegen zahlreiche Analysen zum Themenbereich vor. Gleichwohl fehlt es noch immer an Studien, die die territoriale Dimension der westeuropäischen Parteiendemokratien vergleichend untersuchten.

Vor diesem Hintergrund verfolgt Klaus Detterbeck in seiner Magdeburger Habilitationsschrift drei Ziele: einen allgemeinen Analyserahmen für die Parteipolitik in Mehrebenensystemen zu entwickeln; vertikale Inkongruenzen zwischen nationalen und regionalen Parteiensystemen zu erklären; sowie die Reaktionen nationaler Parteiorganisationen auf die *multi-level party politics* zu verstehen. Dazu werden die großen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien in fünf Ländern untersucht: Deutschland und Österreich als unitarische Bundesstaaten, Spanien und das Vereinigte Königreich als asymmetrische Regionalstaaten sowie Belgien als „zweigeteilter" Bundesstaat. Der Aufbau der Studie ist ebenso systematisch wie plausibel. Nach einer kompakten Würdigung der einschlägigen Literatur und der Erläuterung des Untersuchungsansatzes nimmt Detterbeck die vertikalen Inkongruenzen des Parteienwettbewerbs in den Blick, wobei das Wählerverhalten, das parlamentarische Parteiensystem und die parteipolitische Regierungszusammensetzung gleichermaßen berücksichtigt werden. Daraufhin analysiert er die territorialen Organisationsstrukturen mithilfe einer innovativen Typologie, die zwischen „zentralistischen", „föderalistischen", „unitaristischen", „autonomistischen" und „nicht-intergierten" Parteien unterscheidet. Insgesamt ergeben sich daraus zwei zentrale Befunde. Zum einen hat die vertikale Ausdifferenzierung der fünf Parteiensysteme im Zeitraum von 1960 bis 2010 erheblich zugenommen, was die Ausgangsthese einer „Reterritorialisierung" der westeuropäischen Politik untermauert. Zum anderen werden beträchtliche Unterschiede innerhalb wie zwischen den Länderkontexten deutlich. Die Gründe für diese nicht unerwartete Varianz sieht Detterbeck in den jeweiligen soziostrukturellen, institutionellen und akteursbezogenen Bedingungen. Das strategische Verhalten der Akteure selbst wird indes nicht als mögliche Erklärung berücksichtigt. Daher muss die Klärung der Frage, wie die westeuropäischen Parteien auf die Entwicklung der innerstaatlichen Mehrebenensysteme reagiert bzw. diese aktiv vorangetrieben haben, weiteren prozessbezogenen Untersuchungen vorbehalten bleiben. Unbenommen davon hat die Studie einen grundlegenden Beitrag zur systematisch vergleichenden Erkundung der *multi-level party politics* geleistet, an dem die westeuropabezogene Parteienforschung nicht mehr vorbeikommen wird.

Florian Grotz

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Florencio Domínguez, La agonía de ETA. Una investigación inédita sobre los últimos días de la banda, Madrid 2012 (*La esfera de los libros*), 344 S.
María Ángeles Escrivá, Maldito el país que necesita heroes. Cómo los demócratas acabaron con ETA, Madrid 2012 (*Temas de Hoy*), 637 S.

Nicht jeder in Spanien traut dem Frieden, seit die Terrororganisation ETA im Oktober 2011 das „endgültige" Ende ihrer bewaffneten Aktivitäten verkündete. Weder stellten sich Terroristen, noch lösten sie ihre Waffenarsenale auf. Für Florencio Domínguez ist die Niederlage des militanten baskischen Linksextremismus, der während Franco-Diktatur und Demokratie über 800 Todesopfer forderte, dennoch besiegelt. Da für ETA „Waffengewalt die primäre Handlungsweise gewesen ist" (S. 12), bedeute der Verzicht ihr Ende. Aus der Innenperspektive zeichnet Domínguez, Chefredakteur der Nachrichtenagentur „Vasco Press" und Autor verschiedener Publikationen zum baskischen Terrorismus, den Niedergang der Untergrundorganisation in den letzten zehn Jahren nach. Waffenlieferungen der Irish Republican Army ermöglichten um die Jahrtausendwende eine letzte ETA-Offensive. Auch die Boden-Luft-Rakete für einen Anschlag auf Ministerpräsident Aznar hätten die Iren zur Verfügung gestellt. Politisches Ziel der Separatisten war, einen Keil zwischen baskischen Nationalisten und spanischen Konstitutionalisten im Regionalparlament zu treiben. Das entschlossene Vorgehen spanischer Sicherheitskräfte verhinderte dies. Die Verhaftung führender Terroristen habe unerfahrene und weitgehend disziplinlose Befehlshaber an die Spitze der ETA-Kommandos befördert, die zudem interne Konflikte mit der „alten Garde" anzettelten – praktische Handlungsunfähigkeit ist die Folge. Während Domínguez ausführlich diese Debatten nachzeichnet, auf den Fälschungsapparat und die Finanzierung des Terrors durch erpresste „Revolutionssteuer" eingeht, bleiben die Hintergründe von Polizei-, Guardia Civil- und Geheimdienstarbeit leider weitgehend im Dunkeln.

Die Rolle der Politik im Baskenlandkonflikt behandelt María Ángeles Escrivá. Leicht irreführend ist der Untertitel ihres Buches: „Wie die Demokraten ETA besiegten". Trotz eines im Jahr 2002 zwischen Konservativen und Sozialisten geschlossenen Paktes sieht die Chefredakteurin der Tageszeitung *El Mundo* Verdienste in der Antiterrorpolitik hauptsächlich bei der Volkspartei. Durch das Verbot der Batasuna-Parteien (des politischen Arms der ETA) und verschärfte Maßnahmen gegen Vorfeldorganisationen habe die zweite Administration Aznar den Grundstein für den Sieg des Staates über den Terrorismus gelegt. Die nachfolgenden sozialistischen Regierungen hätten dagegen den Fehler begangen, das Terrorproblem auf dem Verhandlungsweg lösen zu wollen, um schnelle Ergebnisse vorzuweisen. Mit dem in konservativen Kreisen kursierenden Mythos, die Volkspartei-Regierungen hätten „nie mit Terroristen verhandelt", räumt der ehemalige Ministerpräsident Aznar allerdings in seinen Memoiren unlängst selbst auf. Nachvollziehbar ist die Kritik der Autorin am Versuch der Sozialisten, die gemäßigten baskischen Linksnationalisten auf Kosten der gewaltbereiten Extremisten zu stärken. Es wird nicht zu klären sein, ob innerhalb der izquierda abertzale („patriotische Linke") die Verurteilung von ETA-Verbrechen aus taktischen Motiven erfolgt, da diese nun Voraussetzung für politische Aktivität ist – oder ob ein

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gesinnungswandel vorliegt. Somit ist die „nächste Herausforderung“ der spanischen Demokratie „das [ETA-]Erbe“ (S. 585). Dieses umfasst nicht nur die ausstehende Aufklärung von beinahe 300 Morden oder den Umgang mit dem Verein „Kollektiv der baskischen politischen Häftlinge“ (EPPK), der einen Großteil der über 700 inhaftierten Terroristen und ETA-Sympathisanten kontrolliert. In den Regionalwahlen Ende Oktober 2012 erreichte der Batasuna-Nachfolger Bildu ein Viertel der Stimmen und stellt mit 21 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion im baskischen Parlament. In Madrid verfügt die Schwesterpartei Amaiur über sieben Mandate.
Adriaan Ph. V. Kühn

Andreas Eichmüller, Keine Generalamnestie. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 476 S.
Rainer Volk, Das letzte Urteil. Die Medien und der Demjanjuk-Prozess, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 138 S.
Christian Springer, Nazi, komm raus! Wie ich dem Massenmörder Alois Brunner in Syrien auf der Spur war, München 2012 (*Langenmüller*), 267 S.

Andreas Eichmüller, der als Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin eine Datenbank aller westdeutschen Strafverfahren wegen NS-Verbrechen aufgebaut hat, liefert auf dieser beeindruckenden Quellenbasis eine Gesamtschau der deutschen Strafverfolgung von NS-Verbrechen in den 1950er Jahren. Er fragt nach der Rolle, die der juristischen Aufarbeitung dieser Verbrechen zugewiesen wurde. Sein eigentliches, vielversprechendes Erkenntnisinteresse gilt der Justizpolitik, ihrer Verhandlung auf Bundes- und Landesebene sowie ihren Auswirkungen auf die konkrete Strafverfolgung. Es gelingt ihm, die von außen- und innenpolitischem Kalkül durchzogenen „atmosphärischen Vorgaben“ (S. 10) des Bundesjustizministeriums herauszuarbeiten und ihnen die Ansichten und Anliegen auf Länderebene gegenüberzustellen. Allerdings weicht die pointierte Fragestellung früh einem ereignisgeschichtlichen Vollständigkeitsanspruch. Eichmüllers Gesamturteil über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik fällt „zwiespältig“ aus und ist in weiten Teilen nicht neu. Das Thema sei kein „Ruhmesblatt der bundesdeutschen Justizgeschichte“ gewesen, „von einem völligen Scheitern oder von einem Stillstand“ (S. 430) sei allerdings nicht zu sprechen.

Mit den konkreten Schwierigkeiten eines großen NS-Prozesses, der mit langem zeitlichem Abstand zur Tat geführt wurde, beschäftigt sich Rainer Volk. Der Autor hatte für den Bayerischen Rundfunk über den Prozess gegen John Demjanjuk vor dem Landgericht München berichtet. Rückblickend analysiert er kritisch den Umgang vornehmlich der deutschen Medien mit dem Fall Demjanjuk, dessen Eigenheiten und Komplexität sich gegen die Abläufe und Schnelligkeit der modernen Medienwelt sperrten. Die Dramaturgie eines langen Dokumentenprozesses, der Forschungsdesiderata behandelte und mit der Anklage juristisches Neuland betrat, widersetzte sich der üblichen Berichterstattung. Dennoch sei diese mehrheitlich gewohnten Ritualen gefolgt und habe so vor allem Äußerlichkeiten abgebildet. Von wenigen Ausnahmen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

abgesehen, bezweifelt er, dass sie „den eigentlichen historisch-juristischen Kern des Verfahrens richtig erfasste“ (S. 124). Volk spürt den Dynamiken der Berichterstattung nach, analysiert vergleichend Gegenstand, Fokus, Sachgehalt und Tenor von Beiträgen, erklärt ihre Bedingtheiten und nimmt ihren inszenatorischen Charakter in den Blick. Gewinnbringend sind die Bezüge zum ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess, der öffentliches Interesse geradezu herstellen und bedienen wollte. Im Vergleich dazu habe der Umgang des Münchner Landgerichts mit den Medien „wie aus der Zeit gefallen“ (S. 20) gewirkt. Man hätte dem Oberlandesgericht München das Buch im Vorfeld des NSU-Prozesses gerne empfohlen.

Der staatliche Umgang mit einem untergetauchten prominenten NS-Täter ist das Thema von Christian Springers Buch. Ihm war es ernst mit seiner abenteuerlichen Suche nach Alois Brunner in Syrien, deren Erlebnisse und Ergebnisse sich der bayerische Kabarettist nun von der Seele geschrieben hat. Empörung und der Wunsch nach Gerechtigkeit trieben ihn, der in München Semitistik studierte, von 1986 an regelmäßig nach Damaskus. Springer las sich ein in die Nachkriegsgeschichte und folgte der weniger bekannten „Rattenlinie“ in den Nahen Osten. Aus vielen Gesprächen mit Syrern aus dem Lebensumfeld Brunners kondensierte er Informationen, die ihn mal näher an den Gesuchten heran – dann wieder von ihm wegführten. Begegnet ist er ihm nie, schließlich steht er vor dem Haus Nr. 1 in der Rue Haddad, und er ist sich sicher, dass Brunner dort als Dr. Georg Fischer gelebt hat. Die Haupterzählung ist ohnehin eine andere: nämlich die eines fehlenden Prozesses, eines deutschen Staates, dem ein Alois Brunner in Syrien lieber war als in Deutschland. Ein lohnenswerter Anknüpfungspunkt wäre hier die Frage nach den Folgen der personellen Kontinuitäten der einstigen „Arabisten“, die zu Nahostexperten im Auswärtigen Amt avancierten.
Christina Ullrich

Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.), Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012 (*VSA*), 206 S.

Aufgeräumt lächeln uns Klaus Ernst und seine Mitstreiter vom Cover entgegen: Ein Foto aus aufregenden Zeiten, aufgenommen 2004. Da hatte die aus der IG Metall heraus entstandene ASG gerade mit der in sozialen Protestbewegungen verankerten „Wahlalternative“ zur WASG zusammengefunden; kurz darauf würde sie als Partei firmieren. Acht Jahre später tingeln die Gründerväter mit dem Buch durch die Landesverbände der Linken – parteiinterne Werbung tut offenkundig not. Die in dem Band dokumentierten zehn Interviews mit Protagonisten von damals wollen einen Blick zurück werfen auf die Entstehungszeit der WASG und die Fusion mit der PDS 2007. Vor allem geht es um die Antwort auf eine bange Frage: Wie viel WASG steckt (noch) in der Linken? Haupt-Herausgeberin Katja Zimmermann beklagt, in der Partei verschwinde heute „die Geschichte der WASG zugunsten einer Fokussierung auf das historische Erbe der PDS“ (S. 10).

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Erinnerungen an Ohnmacht und Auflehnung gegenüber der alten Heimat SPD, an den unerwarteten „Medienhype“, den die Initiativen erfuhren, sind, wenig verwunderlich, einander sehr ähnlich – bis hinein ins Reich der Anekdoten, etwa wenn sowohl Ernst als auch Thomas Händel zum Besten geben, sie hätten von ihrem Rauswurf aus der SPD im Auto erfahren und „erst mal rechts ranfahren“ (S. 51, 79) müssen. Anders als die gewerkschaftsgestählten ASG-Funktionäre neigen die „Strömungslinken“ aus der „Wahlalternative“ dazu, die Entstehung der WASG „auch“ als einen „von unten“ ausgehenden Prozess zu beschreiben. Erstaunlicherweise kommt jedoch mit Axel Troost ein Angehöriger des zweiten Lagers der Wahrheit am nächsten, wenn er sagt: „Die ganze WASG ist eigentlich eine reine Kopfgeburt“ (S. 123). Als Schicksalsdatum der jungen Partei gilt der 22. Mai 2005, der Tag der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Die damals nach dem SPD-Debakel auf den Herbst dieses Jahres vorgezogenen Bundestagswahlen hätten eine unumkehrbare Dynamik entwickelt. Alle Interviewten sehen in Oskar Lafontaine – er hatte die Fusion mit der Ostpartei PDS zur Bedingung für seine Spitzenkandidatur gemacht – zu Recht die Schlüsselfigur für das Gelingen des unter immensem Zeitdruck durchgezogenen Prozesses. Die gemeinsame Bundestagsfraktion trug, gleichsam als Prototyp der künftigen Partei, ebenfalls zum Erfolg bei, obwohl das Projekt 2006 hauptsächlich wegen der Renitenz der „Reformer“ im Berliner PDS-Verband Spitz auf Knopf gestanden habe. Unterschiedlich wird bewertet, wer bei den Auseinandersetzungen mehr Federn lassen musste.

Wie viel WASG steckt also heute in der Linken? Die Schlussfrage wird uneinheitlich, oft ausweichend beantwortet – „zu viel“ sagt natürlich niemand. Ausgerechnet Linksausleger Ralf Krämer, der Initiator der „Wahlalternative“, findet als einziger seine Positionen ohne Wenn und Aber wieder: „Wir sind jetzt eine explizit sozialistische Partei, das war die WASG nicht“ (S. 74). Da hat er Recht. Gleichwohl fehlt bei allen Interviewten die Einsicht, dass das vor allem von Ernst, Händel und Herbert Schui stur verfochtene Konzept einer „Partei der Arbeit“ kein Erfolgsrezept mehr zu sein scheint. Die Wahlniederlagen nach dem Jubeljahr 2009 belehrten sie keines Besseren. Aus den Äußerungen Krämers und der Trotzkistin Christine Buchholz spricht eine andauernd große Distanz zu den Vorstellungen der „Reformer“ in der Linken. Dass diese – von dem Interview mit Lothar Bisky einmal abgesehen – nicht zu Wort kommen, liegt ebenso in der Logik des Bandes wie Ernsts trotzige Worte: „Im Osten hätten manche gern wieder die Macht, die sie durch die Fusion verloren haben“ (S. 59). Ahnen die WASG-Leute – noch strotzen sie vor Selbstbewusstsein – eine Zeitenwende im parteiinternen Machtkampf anbrechen? Ihre einst von der PDS großzügig eingeräumten Privilegien werden nicht dauerhaft helfen, die Übermacht des „reformerischen“ Ostens auszuhebeln.

Jürgen P. Lang

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jan Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 629 S.
Gerhard Wettig (Hrsg.), Der Tul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2012 (*V&R unipress*), 424 S.

Die Zeiträume, mit denen sich diese beiden Studien befassen, überlappen sich teilweise und ergänzen sich dadurch zu einem facettenreichen wie detaillierten Bild sowjetischer Interessen und Vorgehensweisen in Deutschland. Beide Bücher sind kritische Editionen von Dokumenten zur sowjetischen Deutschlandpolitik und bilden damit grundlegende Quellen für den Zeithistoriker. In einer höchst informativen Einleitung behandelt Foitzik die „methodologische Misere" bei der Analyse sowjetischer Verlautbarungen – er weist dabei auf haarsträubende Ungereimtheiten hin. Seine Feststellung, es habe weder auf sowjetischer noch auf ostdeutscher Seite eine Dienststelle gegeben, die systematisch alle Aspekte der sowjetischen Deutschlandpolitik dokumentierte, ist nur ein Beleg für diesen Zustand von vielen. Der analytische Teil des Buches steht unter dem Thema „Von der Besatzungsdiktatur zur Parteidiktatur". Hier behandelt der Verfasser u. a. die KPD/SED als ein Instrument der sowjetischen Besatzungspolitik, die SED als Staatspartei sowie die innersowjetischen wie internationalen Rahmenbedingungen der Stalin-Note 1952 – eine Analyse, die überzeugend die immer wieder vertretene These von der vertanen Chance wohl endgültig widerlegt. Der umfassende Dokumententeil bildet eine hervorragende Grundlage für weitere Untersuchungen zu Einzelaspekten sowjetischer Deutschlandpolitik.

Der Bericht von Oberst Tul'panov, dem Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration, den Gerhard Wettig vorlegt, berücksichtigt den Zeitraum von 1945 bis 1948 und hat die Arbeitserfahrung eben dieser Informationsverwaltung zum Gegenstand. Er zeigt eindrucksvoll, wie sich die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland in den Anfangsjahren entwickelt hat. Wettig stellt dem Dokument eine ausführliche Einleitung und Kommentierung voran, die für sich genommen eine hervorragende Zusammenfassung der Besatzungspolitik bildet. Er schildert überzeugend, wie die sowjetische Seite zunächst noch bemüht ist, den Eindruck wechselseitiger politischer Übereinstimmung mit den Westmächten zu schaffen, indem sie sich positiv zur „bürgerlichen Demokratie" und zum Prinzip der deutschen Selbstverwaltung äußert. Bald aber – und zwar noch vor dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges – werden kämpferische Töne angeschlagen, und ab Mitte 1947 ist eine konfrontative Haltung in den Verlautbarungen nicht mehr zu übersehen. Wettig erhellt, wie es von Anfang an um die Einführung des Sowjetsystems ging. Bodenreform, Enteignung der industriellen Großbetriebe, die Schaffung politischer und gesellschaftlicher Einheitsorganisationen sowie die Zusammenarbeit von KPD und SPD mit dem Ziel ihres Zusammenschlusses bildeten die Grundlagen der „Demokratisierung" nach sowjetischem Verständnis. Getarnt wurde diese Politik, die dem Konzept Stalins folgte, mit den Attributen „antifaschistisch" und „bürgerlich-demokratisch". Allerdings war sie nur durchsetzbar mit Hilfe der Roten Armee und der in der Sowjetunion geschulten kommunistischen Leitungskader. Als Fazit hält der Verfasser fest, Stalin sei

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

in seiner Deutschland-Politik 1945 davon ausgegangen, die USA würden in absehbarer Zeit aus Europa abziehen und ihm das Feld überlassen.
Joachim Glaubitz

Julia Gerlach, Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie. Verbieten oder Nicht-Verbieten?, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 570 S.
Jens Lehmann, Der Schutz symbolträchtiger Orte vor extremistischen Versammlungen, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 399 S.
Andrea Kießling, Die Abwehr terroristischer und extremistischer Gefahren durch Ausweisung, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 472 S.

Die Arbeit der Politikwissenschaftlerin Julia Gerlach analysiert die deutsche Vereinsverbotspraxis nach 1990. Breiten Raum gewährt die Verfasserin theoretischen Grundlagen zur Streitbaren Demokratie, um sich erst ab S. 130 ihrem Kernthema zu widmen. Hier unterscheidet sie Trends verschiedener Zeiträume ab 1949 – sie teilt sie in Phasen aktiver, passiver und weniger intensiver Zeiträume der Verbotspraxis ein. Untersucht werden Verbote rechtsextremistischer, linksextremistisch kurdischer und türkischer, islamistischer Organisationen sowie einer Auswahl nicht verbotener Gruppen. Es folgt eine Risikoperzeption des Vereinsverbots und eine Analyse des politischen Prozesses der Repression gegen extremistische Vereine mit dem Ergebnis, der deutliche Nicht-Verbotstenor bei deutschen linksextremistischen Vereinigungen und die massiven Verbote gegen rechtsextremistische Gruppen ab 1992 seien auf die „Spielsituationen in der politischen Arena“ (S. 479) zurückzuführen. So nahmen „die Behörden reflexhaft in einer aufgeheizten Alarmismus-Atmosphäre“ (S. 498) Verbote vor, weil „rechte“ Organisationen „mit Wertverletzungen und Stigmata verbunden“ (S. 362) sind. Ähnliches gälte für die Verbotspraxis gegen kurdisch-linksextremistische und – ab 2001 – islamistische Organisationen. Die Dissertation von Gerlach zeigt auf breiter Grundlage sachlich-kritisch mit Blick auf die Grundrechte die Vereinsverbotspraxis in der jeweils vorherrschenden politischen Situation mit ihrer Missbrauchsgefahr und macht deutlich, dass ein Wandel der Verbotspraxis stattgefunden hat, weil an die Stelle politischer Vereine nun Extremismus verbreitende Spendensammler und Medien („gatekeeper“) getreten sind. Ihrer Studie ist ein enormer Forschungsgewinn zu bescheinigen.

Inwieweit der Gesetzgeber Gestaltungsspielraum für Eingriffsermächtigungen gegenüber rechtsextremistischen Versammlungen an symbolträchtigen Orten hat, untersucht Rechtsanwalt Jens Lehmann in seiner Dissertation. Ausgehend von den räumlichen Veränderungen analysiert er verfassungsrechtliche Grenzen des Ortsschutzes: Auf rund 200 Seiten ermittelt Lehmann den Grundrechtsschutz, der von der Versammlungs- und der Meinungsfreiheit ausgeht. Danach wendet er sich der Gesetzgebung zum Schutz symbolträchtiger Orte zu. Ab 2005 verabschiedete Gesetze prüft der Verfasser auf Verfassungsgemäßheit. Sein Ergebnis: Wehrhafte Demokratie und öffentliche Ordnung scheiden als verfassungsrechtliche Rechtfertigung solcher Versammlungsbeschränkungen aus, und auch der Schutz der Menschenwürde und der

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

persönlichen Ehre können einen besonderen Ortsschutz nur bedingt rechtfertigen. Schließlich stehen Alternativen zum Schutz symbolträchtiger Orte, weil es kein Recht auf das Nicht-ansehen-müssen bestimmter für sich als unethisch, unsittlich oder unmoralisch empfundene Handlungen gibt. So kommt die Arbeit zu dem logischen Ergebnis, dass sich „die tieferen strukturellen Ursachen der Ausbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster [...] ohnehin weder durch hoheitliche Eingriffe in die Kommunikationsgrundrechte noch durch staatliche Symbolpolitik wirksam bekämpfen" (S. 371) lassen. Das Buch ist sehr erhellend.

Die Gesetzgebung und Praxis der Ausweisung von Terroristen zur Gefahrenabwehr untersucht die Juristin Andrea Kießling in ihrer Dissertation – sie legt die bestehenden Schwächen des Aufenthaltsgesetzes offen. Nach einem Kapitel zur historischen Entwicklung der Ausweisungstatbestände stellt sie systematisch die Grundlagen des Ausweisungsrechts heraus, und sie typisiert die Begriffe Terrorismus und Extremismus, um daran die Rechtsgüter zu bestimmen, „die durch die einzelnen Ausweisungstatbestände zur Abwehr terroristischer und extremistischer Gefahren geschützt werden" (S. 155). Nach Kapitel 4 über die gefahrenabwehrrechtliche Kategorisierung der Ausweisungsgründe und vor Kapitel 6 und 7, in denen die Durchsetzung der Ausreisepflicht sowie die Abschiebungsanordnung rechtlich begutachtet werden, nimmt Kapitel 5 mit über 200 Seiten den größten Raum ein. Hier setzt sich Kießling mit der Abwehr terroristischer Gefahren durch Ausweisung seit 2002 auseinander. Nicht alle Ausweisungsgründe lassen sich gefahrenabwehrrechtlich einordnen, da sie teils im Vorfeld einer Gefahr angesiedelt sind, teils nur Symbolpolitik darstellen. In akribischer Rechtssystematik gelingt Kießling der Nachweis, dass das Aufenthaltsgesetz im Hinblick auf die Ausweisungsvorschriften Reformbedarf hat. Damit erbringt die Arbeit einen erheblichen wissenschaftlichen Mehrwert.

Martin H. W. Möllers

Wilfried Grießer, Verurteilte Sprache. Zur Dialektik des politischen Strafrechts in Europa, Frankfurt a. M. u. a. 2012 (*Peter Lang*), 830 S.

Wilfried Grießers Studie ist dem Strafrecht auf dem Gebiet der Sprache gewidmet. In den letzten Jahrzehnten, so stellt der Autor eingangs fest, seien in Europa allerorts Strafgesetze, die Meinungsäußerungen betreffen, „wie Pilze aus dem Boden" geschossen; immer neue Tatbilder würden gefordert und auch realisiert. Der strafbaren Leugnung des Holocaust, der „wenigstens ein unstrittiges ‚Substrat'" habe, seien längst „Strafgesetze gegen die Leugnung anderer Völkermorde, gegen jedwede Verharmlosung der NS-Zeit, gegen angebliche Anleitungsliteratur zum Terrorismus, zum Suizid und selbst zur Magersucht, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, gegen ‚Sexismus', ‚Homophobie' und gegen jede sonstige behauptete ‚Diskriminierung'" (S. 23) gefolgt. Grießer, promovierter Philosoph und Lektor am Institut für Philosophie der Universität Wien, ist von dieser Entwicklung, die er als einen drohenden Selbst-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

verrat Europas, nämlich als „Verrat der Aufklärung im Namen der Aufklärung“ (S. 24), deutet, besorgt. Der Rezensent teilt diese Besorgnis.

In seiner Analyse beschränkt sich der Autor im Wesentlichen auf Österreichs NS-Verbotsgesetz („Verbotsgesetz“), dem Pendant zum bundesdeutschen § 130 StGB, der in den Absätzen 3 bis 5 die Billigung, Leugnung, und Verharmlosung u. a. des Holocaust unter Strafe stellt. Das Verbotsgesetz aus den Jahren 1945/1947, das „mit einem weitläufigen Rechtsbegriff“ (S. 35) ausnahmslos jede nationalsozialistische Betätigung und seit 1992 auch das Leugnen und Verharmlosen des Holocaust verbietet, verkörpere das weitreichendste Strafgesetz Europas auf dem Gebiet der Meinungsdelikte.

In seiner umfassenden und gründlichen Darstellung spürt Grießer den Tendenzen nach, die sich bei der Anwendung des Verbotsgesetzes abzeichnen. In detaillierten juristischen Betrachtungen werden dabei die Strafbestimmungen, ihre Auslegung und die Konsequenzen des Gesetzes untersucht. Der Autor zeigt eindrucksvoll, wie der Mix aus einem „unpräzisen Tatbild“, einer „weiten Auslegung“ und einer selbstbezüglichen Anwendung des Verbotsgesetzes, die dazu führt, dass Angeklagte, die sich in der Hauptverhandlung durch Untermauerung ihrer Auffassungen zu verteidigen versuchen, als „Wiederholungstäter“ behandelt und mit weiteren Strafverfahren überzogen werden, die Meinungsäußerungsfreiheit unterminiert und ein Klima der Verdächtigung, der Dämonisierung und Ausgrenzung schafft. Sachargumente wichen nicht selten einer Betroffenheitsrhetorik, und an die Stelle der Frage nach der Wahrheit trete die inszenierte Bestürzung.

Die Sinnhaftigkeit des Verbotsgesetzes in Frage zu stellen, so Grießer, gelte heute schon als Sakrileg. Längst akzeptiert sei es, dass eine „bloß kommentierende Zustimmung zu in Strafverfahren inkriminierten Thesen“ auch dann strafrechtlich geahndet wird, „wenn derlei als Verteidigungs- und sogar als Verteidigerhandeln in der Hauptverhandlung geschieht und einer Entlastung des Angeklagten etwa Beweisanträge zu historischen Themen gestellt werden“ (S. 33). Letztlich, so resümiert der Autor, der die Dialektik dieser Verbotspraxis offenzulegen sucht und nach den unerwünschten, aber durchaus vorhersehbaren Nebenfolgen für die Gesellschaft und das Rechtssystem fragt, werde der öffentliche Raum „kaputtgemacht, damit er nicht von ‚Hetzern’ kaputtgemacht“ (S. 821) wird. In der Summe verdichtet sich der Eindruck, dass die Konstruktion insbesondere von „Meinungsdelikten“, die sich auf historische Tatsachen beziehen, geeignet ist, den freiheitlichen Rechtsstaat in seiner Substanz auszuhöhlen.

Ist es übertrieben, wenn der Autor in diesen Tendenzen, insbesondere einer schleichenden Kriminalisierung von Kritik am Verbotsgesetz, die Logik totalitärer Systeme wiederzuerkennen glaubt? Keineswegs! Ein neuer Totalitarismus wäre spätestens dann über uns hereingebrochen, wenn es strafrechtlich verboten würde, die vom Staat erlassenen Gesetze öffentlich zu kritisieren oder eine solche Kritik jedenfalls faktisch Sanktionen nach sich zöge.

Lothar Fritze

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hans Ulrich Gumbrecht, Nach 1945. Latenz als Ursprung der Gegenwart, Berlin 2012 (*Suhrkamp*), 355 S.

Der in Stanford lehrende Literaturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht versucht in diesem Buch, die Nachkriegszeit wieder präsent zu machen und zu durchdenken. Er konstatiert für jene Jahre das Vorhandensein eines Verborgenen, das wir nicht erkennen können. In sieben Kapiteln ringt er mit dem Thema. Zunächst entwickelt er seine Fragestellung und beschreibt das Auftauchen dieser Latenz. Dabei bietet er eine bunte Mischung von persönlichen Erinnerungen, politischen Ereignissen und literarischen Anmerkungen. Zwei Fragen beschäftigen ihn besonders: ob sich ein Schlussstrich ziehen lässt, der uns von der Latenz nach dem Zweiten Weltkrieg trennt, und ob die Schwierigkeiten bei der Beantwortung dieser Frage eine Besonderheit unserer historischen Epoche sind. Im zweiten Kapitel meint er im Widerspruch zum ersten, was dort nach 1945 auftauchte, sei nicht wirklich latent. Man müsse vielmehr von einer Stimmung sprechen. Repräsentativ dafür ist ihm Sartres Stück „Geschlossene Gesellschaft". Die drei folgenden Kapitel gelten den wichtigsten Topoi, in denen die Stimmung nach 1945 erfasst werden kann, und gehen ausführlich auf Texte aus den ersten anderthalb Nachkriegsjahrzehnten ein. Es sind dies der Topos „Kein Ausgang und kein Ende", das Dilemma von „Unwahrhaftigkeit und Befragungen" und der Topos „Entgleisungen und Behälter". Von der Vielzahl der herangezogenen Autoren wird Jean-Paul Sartre, Samuel Beckett, Albert Camus, Wolfgang Borchert, Gottfried Benn und Martin Heidegger breiter Raum zugestanden. Vor allem Becketts *Warten auf Godot* dient sehr oft als Beleg. Der Autor führt zudem noch etliche andere Zeugen an, auch aus dem Filmschaffen und den Fernsehproduktionen jener Zeit. Genannt sei etwa Alfred Kinsey mit seinem Sexual-Report. Im sechsten Kapitel geht es um ein Fazit. Gumbrecht konstatiert bedauernd, dass die drei wesentlichen kulturellen Konfigurationen, mit denen er sich auseinandersetzte, nicht so aufeinander abgestimmt waren, dass man von einem System sprechen könnte. Die Nachkriegszeit erscheint ihm mithin als Labyrinth. Das letzte Kapitel, überschrieben mit „Entbergung der Latenz. Meine Geschichte mit der Zeit", soll die Latenz als Ursprung der Gegenwart vor Augen führen. Es ist autobiographisch angelegt und bezieht dabei die wesentlichen politischen Ereignisse zwischen 1956 und 1989 mit ein. Gumbrecht war lange Zeit von der sozialistischen Utopie fasziniert und ein entschiedener Achtundsechziger. Er meint abschließend, wir stünden in einer Zeit des Stillstands, die Latenz der Nachkriegszeit sei eine erste Furche im reibungslosen Ablauf der historischen Zeit, und die Zukunft könne nicht mehr als offener Horizont der Möglichkeiten erlebt werden, sondern nur noch als Fülle von Bedrohungen.

Davon, dass in diesem Buch die Nachkriegszeit wieder präsent gemacht worden sei, kann keine Rede sein. Das lässt sich nicht mit der Anführung einiger weithin anerkannter Intellektueller bewerkstelligen. So gibt es dazu nur einige Schlaglichter. Wieso die geheimnisvolle Latenz der Jahre nach 1945 der Ursprung der Gegenwart gewesen sein soll, bleibt völlig unklar. Jede Gegenwart beruht auf Vergangenheit.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Schlusskapitel „Coda“ sagt Gumbrecht, den der Text auf dem Schutzumschlag „zu den weltweit bedeutendsten Intellektuellen unserer Zeit“ zählt, er habe bei der Inangriffnahme des Themas „keine Richtung, geschweige denn ein Ziel vor Augen“ (S. 309) gehabt. Das ist verwunderlich, denn eigentlich sollte ein Autor wissen, was er will, wenn er zu schreiben beginnt. Wegen seiner eingestandenen Hilflosigkeit sprach er mit vielen Kollegen und Freunden über das entstehende Werk, und es gab viele Vorab-Leser – etwa 60 von ihnen dankt er. Manche aus diesem großen Kreis äußerten sich sehr kritisch, hielten entweder die meisten Kapitel für unvollendet oder konnten kein Anliegen entdecken, andere schlugen eine durchgreifende Umarbeitung vor oder ließen wissen, dass und warum sie den Text nicht mochten. Diesen kritischen Stimmen ist beizupflichten. Für Literaturwissenschaftler enthält das Buch gewiss instruktive Passagen. Für den historisch interessierten Leser ist es dagegen ohne jeden Wert; er wird bei der Lektüre nicht von einem latenten, sondern von einem eindeutigen Unbehagen begleitet.
Hans Fenske

Michael Hacker/Stephanie Maiwald u. a. (Hrsg.), Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen, Berlin 2012 (*Ch. Links*), 264 S.
Oliver Hollenstein, Das doppelt geteilte Land. Neue Einblicke in die Debatte über West- und Ostdeutschland, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 120 S.

60 Jahre Volksaufstand der DDR sowie die bevorstehenden Jubiläen 25 Jahre Friedliche Revolution und Wiedervereinigung befördern erneut den Diskurs um die Auseinandersetzung mit dem geteilten und vereinigten Deutschland. Sowohl der von Hacker/Maiwald u. a. herausgegebene Band als auch das Buch von Hollenstein erproben neue Zugänge. Das Werk *Dritte Generation Ost*, das sich mit rund 30 exemplarischen Autorenbeiträgen vor allem als Sprachrohr der über 2,4 Millionen Ostdeutschen versteht, welche die Friedliche Revolution als Kinder und Jugendliche erlebten, „ist ein Beitrag, um persönliche Erfahrungen in Ost und West festzuhalten und miteinander sprechen zu lassen. […] Diese einzelnen Perspektiven stehen für sich selbst, aber in ihrer Summe zeichnen sie das Bild einer Generation“ (S. 10 f.). Der „Dritten Generation Ost“ komme für das Verstehen der Gegenwart durch ihre einzigartigen Umbruchserfahrungen eine doppelte Vermittlerrolle zu: einerseits zwischen den Generationen in Ostdeutschland und andererseits zwischen Ost- und Westdeutschen (vgl. S. 12). Gleichwohl definiert sich das Label als gesamtdeutsche Initiative. Dieser geht es um Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsgestaltung. Beides ist wichtig: „Im Großen sind wir längst in einer Welt jenseits der Kategorien Ost und West angekommen, doch persönlich arbeiten wir uns weiter an unserer Vergangenheit ab“ (Nadja Smith, S. 152). Den Autoren ist zuzustimmen, dass Ost- und Westdeutsche die Herausforderungen der Gegenwart nur gemeinsam meistern können. Die These: „Die Bonner Republik ist passé! Sie ist nicht mehr der Referenzrahmen für junge Deutsche im 21. Jahrhundert – egal, ob sie aus Ost oder West kommen. Es ist sinnlos, dieser BRD als Ideal nachzutrauern“ (S. 13), ist jedoch missverständlich. Für die Ostdeutschen ging mit der

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wiedervereinigung und dem kompletten Systemwechsel von der kommunistischen DDR hin zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik zweifellos ein epochaler Umbruch einher. Aus der Perspektive Westdeutschlands ist diese Sichtweise jedoch verkürzt. Mit dem Abschied von der „Bonner Republik" entsteht nicht nur eine Distanz zu den politischen Traditionen und Werten der „alten Republik", sondern auch ein erfolgreicher Abschnitt der demokratischen bundesrepublikanischen Entwicklung wird – bewusst oder unbewusst – diskreditiert. Die „alte", „Bonner Republik" ist nicht, sie hat Geschichte. Dabei ist die deutsche Einheit ein größerer Erfolg, als es in Ost und West wahrgenommen wird.

Dass vor allem in wirtschaftspolitischer und kulturpolitischer Hinsicht der Prozess des Zusammenwachsens zwischen beiden Landesteilen länger dauert als zu Beginn der 1990er Jahre angenommen, ist bekannt. Hollenstein spricht von einem moralisch und ökonomisch geteilten Land. „Moralische Teilung und wirtschaftliche Teilung bestätigen und verstärken sich gegenseitig und stützen damit die permanente Reproduktion der wirtschaftlichen Ungleichheit" (S. 8). Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, greift er auf die Theorie von Pierre Bourdieu zurück. Laut Bordieu reproduziere sich die ökonomische und moralische Teilung ständig weiter, wenn keine äußeren Einflüsse hinzukommen (vgl. S. 9). Die Wiedervereinigung habe aufgrund mangelnder Anerkennung und moralischer Überheblichkeit seitens der Westdeutschen in Ostdeutschland zu einem „Habitus der Bescheidenheit" geführt, dem eine „Kultur der Abwertung" in Westdeutschland gegenüberstehe (vgl. S. 98). Dieser sich gegenseitig reproduzierende Kreislauf könne entweder durch Veränderungen auf symbolischer Ebene oder durch Änderungen im strukturellen Gefüge der Gesellschaft durchbrochen werden (vgl. S. 99). Um den anhaltenden Transformationsprozess in Ostdeutschland positiv zu bewältigen und die gemeinsame Zukunft im vereinigten Deutschland produktiv zu gestalten, genügt es, wie die Autoren der beiden Werke hervorheben, allerdings nicht, auf bisher Erreichtes zu verweisen.

Heike Tuchscheerer

Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.), Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 378 S.
Stine Marg/Franz Walter (Hrsg.), Göttinger Köpfe und ihr Wirken in der Welt, Göttingen 2012 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 246 S.

Als Würdigung zum 65. Geburtstag seines langjährigen Stellvertretenden Direktors Udo Wengst legte das Münchener Institut für Zeitgeschichte eine Sammlung von 21 biographischen Skizzen zur deutschen Zeitgeschichte vor und führt damit den seit einigen Jahren sichtbaren Trend zur Biographik fort. Wie in Festschriften nicht selten, ist der „rote Faden", der sich durch den Band zieht, mitunter schwer auszumachen. So werden Prominente vorgestellt, so etwa die beiden Bundespräsidenten Theodor Heuss und Walter Scheel, der Jurist und Rechtsreformer Werner Maihofer, sowie Wissenschaftler wie der Mediävist und Kulturpolitiker Georg Schreiber oder die Theologen Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt, oder der Politikwissenschaftler Franz L. Neu-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mann. Zu diesem Kreis zu zählen wäre fraglos auch Susanne Miller (ein Beitrag von Heinrich Potthoff). Daneben sind zu finden bayerische Agrarpolitiker, Spitzenbeamte zwischen Weimar und der Bundesrepublik. Ein einziger der Porträtierten hat die Gründung der Bundesrepublik nicht mehr erleben können, der noch 1945 von den Nazis ermordete Sozialdemokrat und Widerständler Julius Leber (von Helmut Altrichter dargestellt).

Verdienstvollerweise wird auch Hermann Louis Brill (von Petra Weber) gewürdigt, Widerständler gegen Hitler und Ulbricht, dem in der Bundesrepublik freilich keine große Resonanz zuteilwurde. Nicht wieder ins öffentliche Leben trat auch Wolfgang Natonek (von Günther Heydemann porträtiert), liberaler Vorsitzender des ersten Studentenrates der Universität Leipzig, von einem Sowjetischen Militärtribunal 1949 zu 25 Jahren Haft verurteilt und nach der Haftentlassung im Frühjahr 1956 in die Bundesrepublik geflüchtet. Das Exil ist ebenso vertreten: So die Herausgeber der *Deutschen Blätter* in Santiago de Chile Udo Rukser und Albert Theile, ferner in einem etwas knappen Artikel Hannah Arendt.

Theodor Eschenburg, als „Leitfossil der frühen Bundesrepublik" (von Hans-Peter Schwarz) skizziert und in seinem Entwicklungsweg zum Demokraten nach 1945 (von Anne Rohstock) nachgezeichnet, ist der einzige in diesem Band, dem zwei Beiträge gewidmet sind. Daneben finden sich mit den Biographien des Fußball-Bundestrainers Sepp Herberger, des Nürnberger Kulturpolitikers und -historikers Hermann Glaser, des Schriftstellers und „politischen Intellektuellen" Günter Grass Lebensläufe, die man hier „eigentlich" nicht vermuten würde.

Hermann Wentker überschreitet mit seiner Arbeit über die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe auch die Zeitgrenze zum vereinigten Deutschland. Der letzte Beitrag, der einzige, der sich nicht mit einer Einzelbiographie befasst, behandelt die Rolle der Frauen in der deutschen Zeitgeschichte. Die Einleitung der drei Herausgeber erörtert, leider nur knapp, die Problemkreise von Generationengeschichte, Biographik und den Erfahrungen von Obrigkeitsstaat, Diktatur und Demokratie. Eine systematische Auswahl kann ein solches Werk nicht leisten, zu wenig lassen sich die Lebensläufe in ein Schema, außer dem sehr weit gefassten Rahmen „Deutsche Zeitgeschichte" fassen. Eine anregende und weiterführende Lektüre ist es allemal.

Das gilt auch für den zweiten hier zu nennenden Band, der sich Wissenschaftlern widmet, die für kürzere oder längere Zeit an der Universität Göttingen gewirkt habe. Darunter Juristen (Gerhard Leibholz und Rudolf Smend), Historiker, Theologen, Soziologen und – selbstverständlich – Naturwissenschaftler, so die Physiker Max Born, Max Plank, Werner Heisenberg und der „Vater der Atombombe", J. Robert Oppenheimer. Der letzte Abschnitt des Bandes bündelt sehr unterschiedliche Disziplinen und Lebensläufe. Das Spektrum reicht vom „vergessenen Widerstandskämpfer" Adam von Trott zu Solz über Willi Eichler, den Hauptautor des Godesberger Programms der SPD von 1959, bis hin zum antiautoritären Studentenpolitiker aus dem Jahr 1968, Hans-Jürgen Krahl, der aber bereits 1970 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam.
Werner Müller

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Heiko Heinisch/Nina Scholz, Europa, Menschenrechte und Islam – ein Kulturkampf?, Wien 2012 (*Passagen Verlag*), 352 S.

Der Karikaturenstreit offenbarte 2006 Kritikunfähigkeit und Gewaltneigung islamischer Gralshüter. In der emotionsgeladenen Debatte wurde zudem deutlich, dass Meinungsäußerungsfreiheit auch in europäischen Demokratien zur Disposition gestellt wird, wenn diskursbestimmende Publizisten und Wissenschaftler öffentliche Religionskritik und Satire verdammen. Der Historiker Heiko Heinisch und die Politikwissenschaftlerin Nina Scholz grenzen sich sowohl von moralisierenden Gedankenpolizisten als auch von fremdenfeindlichen Populisten wohltuend ab und messen den Islam unaufgeregt an den Ideen der Aufklärung, den Werten der offenen Gesellschaft und den für alle Menschen gleichermaßen geltenden Menschenrechten. Dabei weisen sie auf problematische Entwicklungen in demokratischen Verfassungsstaaten hin.

Zunächst wird der Kampfbegriff „Islamophobie" seziert und für untauglich befunden. Nicht Islamfeindlichkeit sondern Feindschaft gegenüber Muslimen und Anders- oder Nichtgläubigen stört das friedliche Zusammenleben. Eine Tabuisierung der Konfliktpotentiale ist in den sich multikulturell und multireligiös ausformenden Einwanderungsgesellschaften kontraproduktiv.

Im nächsten Kapitel stellen Heinisch und Scholz die kulturrelativistische Utopie „Multikulturalismus" auf den Prüfstand. Dabei gehen sie wie in anderen Kapiteln zunächst auf die Begriffsgenese ein. Die Einforderung der Gewährung extralegaler Sonderrechte aufgrund kultureller Traditionen oder religiöser Überzeugungen kann den freiheitlichen Rechtsstaat aushöhlen. Für die nötige Konfliktbearbeitung liefern die folgenden Kapitel vielerlei Anregung: Integration und Segregation, Kopftuch und Moscheenbau, Ehre und Gewalt, Jihad und Scharia. Weitere Abhandlungen zeigen auf, wie es um Toleranz sowie Meinungs- und Religionsfreiheit in der islamischen Geschichte und Gegenwart bestellt ist. Handelt es sich lediglich um eine nachholende Entwicklung oder bleiben grundsätzliche Probleme bestehen, die sich aus der Unterordnung unter das transnationale Glaubens-Kollektiv Umma ergeben?

Die aus Offenbach und Zeitz/Jena stammenden Autoren untermauern in den Abschnitten Bilderverbot, Karikaturenstreit, Dissidenten und Judenfeindschaft ihre These vom ideologisch begründeten Zwangs- und Ausgrenzungskollektivismus, der mit den Individualrechten des Citoyens in pluralistischen Demokratien kollidiert. Sie empfehlen, Reformern und Dissidenten Gehör zu schenken und Fundamentalisten die Regeln des Rechtsstaates zu verdeutlichen. Keinesfalls sollten letztere als offizielle Vertreter „der Muslime" gelten.

Am Ende eines jeden Exkurses wird die zu Rate gezogene Fachliteratur angegeben. Das sich zudem auf Interneteinträge und Medienberichte stützende Kompendium bietet Stoff für weiterführende Forschungsfragen. Was haben nationalsozialistische Volksgemeinschaft, sozialistische Menschengemeinschaft und islamische Umma gemein, was unterscheidet sie? Werden heuristisch Extremismusindikatoren angelegt, so sind hinreichend akute Konfliktlinien erkennbar: die handlungsleitende Wirkmächtigkeit einer dogmatischen Ideologie mit absolutem Wahrheitsanspruch – bis hin zu

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verschwörungstheorien, verfestigte Feindbilder, Dialogverweigerung und Gewaltbereitschaft.

Das hierzulande bisher kaum bekannte Buch könnte das Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung bereichern. Hoher Informationsgehalt, ein eingängig erklärender Schreibstil sowie die übersichtliche Gliederung verleihen dem sorgfältig lektorierten Werk Lexika- und Lehrbuchcharakter. Hilfreich sind orientierende Querverweise, da die Themen der Einzelkapitel sich aufeinander beziehen. Lediglich Personen- und Sachwortregister wären zu ergänzen.

Gerold Hildebrand

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin 2012 (*Suhrkamp*), 336 S.
Matthias Quent, Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen. Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen Regionen Hessens und Thüringens, Magdeburg 2012 (*Meine Verlag*), 90 S.
Regina Weber, Rechtsextremistinnen. Zwischen Kindererziehung und nationalem Kampfauftrag, Berlin 2012 (*Metropol*), 159 S.

Zehn Jahre lang hat das empirische Langzeitprojekt der Bielefelder Forschergruppe zu einem Syndrom, das „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (GMF) genannt wird, eine beeindruckende Menge empirischer Daten zusammengetragen und ausgewertet. Es misst Einstellungen, die zu einer Abwertung bestimmter sozialer Gruppen führen. Der zehnte und letzte jährliche Rapport zieht Bilanz: Für den Spiritus rector Wilhelm Heitmeyer ist das beobachtete Jahrzehnt in Deutschland „von Entsicherung und Richtungslosigkeit im Sinne einer fehlenden sozialen Vision" (S. 19) gekennzeichnet. Fast ein Drittel des Bandes haben die Herausgeber einer Bilanz des Projekts gewidmet, bei der u. a. der Frage nach dem praktischen Nutzen nachgegangen wurde. Und der ist für fast alle Formen der Extremismusprävention beträchtlich. Denn obgleich die Forscher GMF vor allem mit rechtsextremen Phänomenen in Zusammenhang bringen, weist es darüber hinaus, denn die „Betonung von Ungleichwertigkeit und Verletzung von Integrität" (S. 15) ist nicht nur bei „rechten", sondern auch bei allen anderen (extremistischen) Formen demokratiefeindlichen Denkens auffindbar. Der aktuelle Band enthält ein Verzeichnis der empirischen Analysen in den neun älteren Jahrgängen und ermöglicht daher einen ausgezeichneten Zugriff auf die Ergebnisse dieses verdienstvollen Projekts.

Heitmeyers Forschungsansatz bedient sich auch Matthias Quent. Er verschränkt individuelle Einstellungsmuster mit sozialräumlichen Faktoren wie Wirtschaftskraft, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosenquote und Haushaltseinkommen in bestimmten Regionen Hessens und Thüringens (Kontextanalyse), wobei er aufstrebende Regionen, stagnierende und abdriftende unterscheidet. Zwar spielen sozialräumliche Faktoren für bestimmte Dimensionen des Rechtsextremismus wie z. B. Verbreitung von Antisemitismus keine gravierende Rolle. Deutlich ist allerdings der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region und der Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster insgesamt. Deshalb, so Quents Ergebnis, müsse mit

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einer erhöhten Anfälligkeit „abgehängter" Regionen gerechnet werden, und zwar auch in den alten Bundesländern. Die unterschiedliche Verbreitung von Rechtsextremismus sei heute nicht mehr durch autoritäre Prägungen aus der SED-Diktatur zu erklären, sondern in erster Linie aus dem wirtschaftlichen Rückstand der neuen Bundesländer.

In den 1990er Jahren war es zur Verankerung sehr unterschiedlicher Frauenbilder im Rechtsextremismus gekommen. Rechtsextremistinnen schienen sich selbstbewusst von ihrem angestammten Rollenbild „Heim und Herd" verabschiedet und als selbstständige neonationalsozialistische Akteure etabliert zu haben. Der Untersuchung von Regina Weber zufolge ist dieser Trend unterbrochen. Sie hat die Beiträge von NPD-Frauen und Kameradschafterinnen in zwei Szeneblättern ausgewertet und kommt zu dem Ergebnis, die Autoren versuchten, eine – angeblich – natürliche Kompetenz für Fragen der Familie und der Kindererziehung in der Szene zu beanspruchen – freilich stets in Einklang mit dem völkisch-rassistischen Weltbild der NPD und ihrer Umfelder. Weber spricht zu Recht von einer „Re-Traditionalisierung" des entsprechenden Frauenbildes. Beunruhigend daran ist, dass Rechtsextremistinnen dabei traditionalistische Frauen- und Familienbilder gegen offenkundige Absurditäten der Gender-Politik in Stellung bringen – die völkisch-rassistische Unterlegung erschließt sich in den Texten oft erst auf den zweiten Blick. Diese nützliche Studie ist auf dem neuesten Forschungsstand.

Rudolf van Hüllen

Ludger Helms/David M. Wineroither (Hrsg.), Die österreichische Demokratie im Vergleich, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 442 S.
Tina Olteanu, Korrupte Demokratie? Diskurs und Wahrnehmung in Österreich und Rumänien im Vergleich, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 306 S.

Ludger Helms und David Wineroither präsentieren Demokratie in Österreich, breit aufgefächert in Ideen, Strukturen, Probleme und Einbettungen. Wissenschaftliche Perspektive ist dabei die eines „asymmetrischen Vergleichs" (S. 21). Helmut Reinalter zeichnet aufklärerische, liberale und demokratische Ansätze des Landes nach, Oliver Rathkolb Entwicklungslinien vom 19. Jahrhundert mit seinen Nationalitätenkonflikten zu heutigen Subkulturen. Gary Schaal und Oliver Lembcke referieren neuere Demokratietheorien – mit Österreich als Nachklapp. Birgit Sauer attackiert eine „Erosion der Demokratie" in Österreich seit Mitte der 90er Jahre, wobei sie aus souveränitätsdemokratisch-feministischer Sicht allerdings bezweifelt, ob dort je Demokratie bestanden habe. Andere Artikel zeigen eine analytisch-kategorisierende Ausrichtung. So betont Theo Öhlinger die Flexibilität, Unübersichtlichkeit, Dichte und Unschärfe des österreichischen Verfassungsrechts auch nach dessen Reform. Helms und Wineroither heben die österreichischen Konkordanzregierungen hervor. Die Zuordnung Österreichs zur Kategorie „semi-präsidentieller" Regierungssysteme wird hingegen bereits von Ausführungen zum Gebrauch präsidentieller Kompetenzen in Frage gestellt. Am Ende des Bandes konstatiert Anton Pelinka einen fortschreitenden Verlust österreichischer Spezifika, wie sie auch in Einzelbetrachtungen – etwa von Wineroither und

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kitschelt zum Parteiensystems oder von Klaus Armingeon zum Verbändesektor – deutlich werden. Erhalten geblieben sei jedoch eine Immobilität des Systems. Trotz einer Reformagenda unter Einbeziehung Schweizer Erfahrungen klingt der Tenor dieses Abschnitts nicht eben ermutigend.

Tina Olteanus Dissertation zum Korruptionsphänomen beruht auf einem Vergleich zwischen Österreich und Rumänien. In Abhängigkeit von Jürgen Habermas basiert die Arbeit auf dem Ideal „deliberativer Demokratie" mit „Diskurs als herrschaftsfreie[r] Sprechsituation" und einer nicht-interessengeleiteten „Zivilgesellschaft" (S. 22, 74, 77 f.). Während Schaal und Lembcke (oben, S. 106) Deliberation zutreffend als „kontrafaktisches Ideal" auffassen, behandelt Olteanu Habermas als Theoretiker der Realität. Parlamentarismus- und Verwaltungsforschung haben für Olteanu keine Bedeutung. Ohne jede Berücksichtigung von Regierungsmehrheit und Opposition heißt es: „Die parlamentarischen Körperschaften sind Schaltzentralen der politischen Macht", konkretisiert: „Hier müssen Probleme behandelt und einer Lösung zugeführt werden. Dazu bedarf es eines internen offenen Verständigungsprozesses, fairer Kompromissfindung und eines gemeinsamen Tragens der Entscheidungen – *accountability*" (S. 97, Hervorhebung im Original). Olteanu fürchtet, dass „durch Parteispenden ‚gekaufte' Entscheidungen durch Fraktionszwang umgesetzt werden" (S. 100) und der Neoliberalismus „als Einfallstor für Korruption" (S. 287 f.) wirken könne. Wirtschaft und Verwaltung komme kein legitimer Beitrag zur politischen Entscheidungsfindung zu. Bürgerschaftliche Erwartungen an den Staatsapparat auf effektive Problembewältigung werden nicht reflektiert.

Empirisch stützt sich Olteanu auf die Auswertung je einer Tageszeitung pro Land aus dem Jahre 2007, woraus sie generelle Aussagen über Darstellungen „in der rumänischen Presse" oder „[i]m Mediendiskurs in Österreich" (S. 197) ableitet. Auch inhaltlich überzieht manche Formulierung die Fakten, wenn die Autorin fragt, „ob es eine Demokratie ohne Solidarität gibt?" (S. 224), oder aus der Korruptionsdiskussion ableitet: „Demokratie ist damit nicht wehrhaft in Rumänien" (S. 225). Der Ertrag der Untersuchung zur medialen Themenbehandlung – dominant eigenbezogen in Rumänien und stark extern orientiert in Österreich – bleibt dadurch recht begrenzt, dass Olteanu – ohne zwischen „Vorteilsnahme" und „Bestechlichkeit", „Korrumpierung" und „Korruption" zu unterscheiden – entgegen allgemeinem Sprachgebrauch einen Korruptionsbegriff zugrunde legt, der Einflussnahmen auf die gesellschaftliche Meinungsbildung einbezieht, Geldzahlungen auf Verlangen eines Amtsträgers aber als Ausdruck „staatlicher Willkür" unberücksichtigt lässt, obgleich hierfür gerade kein staatlicher Auftrag vorliegt.

Jürgen Plöhn

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Peter Olivet, Zur Frage der Neubildung einer deutschen Identität im 21. Jahrhundert. Deutschland nach Krieg und Wiedervereinigung, Berlin 2012 (*Duncker & Humblot*), 117 S.
Jost Hermand, Verlorene Illusionen. Eine Geschichte des deutschen Nationalismus, Köln/Weimar/Wien 2012 (*Böhlau*), 390 S.

Den Leser mag es schrecken, am Ende schauern. Ein deutscher Jurist aus einer Hugenottenfamilie fragt: Wer ist „der" Deutsche heute? Die Antwort gliedert sich in eine offizielle und eine subalterne Ebene. Angewidert vom amerikanischen Lebensstil, angezogen von „Erfolgschancen in der Welt" (Max Maginot, S. 11), findet Olivet den Grund seiner Identität im deutschen Idealismus: Fichte und Hegel helfen ihm, den Trübsinn über das Wirken von Georges Clemenceau 1918/19 zu lindern (ferner, die faschistische Doktrin zu verdammen). Worte wie „Verrat" künden für der Autor verschwörerisch von – vermeintlichen – westalliierten Hypotheken; über den Traum vom dergestalt erreichbaren Rémis ging die Geschichte längst hinweg. Revanche ist keine Option! Wie ein Alibi wirken streckenweise die Prinzipien der Menschenwürde und der fairen Behandlung (Gleichheitsgrundsatz gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes), obgleich als Kern der demokratischen Identität präsentiert. Die Studie für kalte „deutsche Winterabende" (S. 17) – wie sie Heinrich Heine verwünschte – mäandriert vom Interregnum des 13. Jahrhunderts, der französischen „Lumière de la civilisation" und deutschen „Militäraktionen" während des Zweiten Weltkriegs zu einem allerdings scharfkantigen Schluss: Da die Deutschen Hitlers „Ermächtigung" nicht länger als Beschwernis begreifen müssten, ihr „germanisches Naturell" (S. 113) zugleich nicht verbergen könnten, sei der Kampf für einen europäischen Bundesstaat alternativlos. Auf ähnliche Weise habe Preußen 1871 das Deutsche Reich geschaffen – und im Norddeutschen Bund 1867 vorausschauend den Währungsnamen „Mark" eingeführt.

Mit solchen Quisquilien hält sich Jost Hermand nicht auf; nach jahrzehntelanger Lehre in Madison im US-Bundesstaat Wisconsin und der Publikation mehrerer Studien über Heinrich Heine (1979 durch den Essay „Sieben Arten an Deutschland zu leiden" unterfüttert) zeichnet er in seiner Studie über den deutschen Nationalismus souverän nach, welche Tendenzen sich verhängnisvoll auswirkten und welche nicht. Wer in den Befreiungskriegen den Beginn des neuzeitlichen Gedankens sieht, wird unter Verweis auf den Pietismus, den Rationalismus und den Frühliberalismus des 18. Jahrhunderts eines Besseren belehrt. Die – historiographisch positiv tradierte – Begeisterungswelle in der Paulskirchen-Ära hält Hermand aufgrund der Proklamation der Grundrechte für anschlussfähig. Im Siegestaumel nach 1871 sei der Nationalismus aus dem Ruder gelaufen – Wilhelm I. erschien vielen Dichtern als „Retter Germaniens" (S. 172). Der Literaturwissenschaftler weist den „vaterländischen Balladen" eine maßgebliche Rolle für die Radikalisierung der Deutschen zu (anders Olivet). Da die völkische Opposition von „Untermenschen" zu sprechen begann, sei das Kaiserreich als „präfaschistisch" (Hermand, S. 205) einzustufen. Gegen diesen Determinismus legt der Autor sein Veto ein, auch wenn sich im „Kriegsnationalismus" vulgärer Rassismus zeigte (die deutsche Hilfe beim spät-osmanischen Völkermord an den Armeniern bleibt bei Hermand unerwähnt). Im „Weimarer" Überbietungswettbewerb zwischen Deutschnationalen und

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

NSDAP erscheint Paul von Hindenburg zu Recht als mäßigende Gestalt. Die NS-Vernichtungspolitik, anders als die durch Unterricht und Bücher weithin bekannte „Rassenhygiene“, kaschierte Goebbels‘ Propaganda durch die Losung des Volks-Heiles. Gut liest sich das Kapitel zum Exil, wo vielfältige „deutschbetonte Engagementformen“ bestanden – etwa in der Wochenzeitung *Freies Deutschland*. Dort sei das „Nationale“ zuweilen stärker hervorgetreten als der Aspekt des Klassenkampfes – wie später in der DDR. Inzwischen habe die bundesrepublikanische Idee der Wirtschafts- und Staatsbürgernation in ganz Deutschland reüssiert. Phänomene wie den Rechtsextremismus tangiert das Buch lediglich. Das Nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal erfährt scharfe Kritik, wie sie in Paris oder Washington wohl nicht denkbar wäre. Gelassenheit erweist sich als Tugend.
Sebastian Liebold

Ruth Hoffmann, Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat, Berlin 2012 (*List*), 320 S.

Das Titelbild für Ruth Hoffmanns Buch *Stasi-Kinder* ist gut gewählt: Zu sehen ist ein kleiner Junge, der auf einer Demonstration ein Plakat hält, hinter ihm ein uniformierter Mann, seine Hand auf dem Rücken des Kindes. Zu erkennen ist der Mann nicht; auf dem Foto ist die obere Hälfte seines Gesichtes abgeschnitten. Ebenso wenig erkennbar waren für die Kinder hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR ihre eigenen Eltern, von deren tatsächlicher beruflicher Tätigkeit – als Mitarbeit beim Ministerium des Innern legendiert – sie in der Regel nichts wussten. Nicht wenige fielen bei der späteren Enthüllung der eigentlichen Tätigkeit aus allen Wolken und hatten Mühe, diese Erkenntnis mit dem bisherigen Bild, das sie sich von ihren Vätern gemacht hatten, in Einklang zu bringen, wie etwa Pierre Boom, der Sohn von Günter Guillaume eindrücklich schildert.

Interviews mit über zwanzig dieser „Stasi-Kinder“ bilden – neben Recherchen im Archiv der Stasiunterlagenbehörde – die Hauptgrundlage für das Buch, das in zwölf, mit eher allgemeinen Begriffen wie „Gehorchen“, „Erkennen“, „Widerstehen“ oder „Funktionieren“ überschriebene Abschnitte, gegliedert ist. Ergänzt werden diese durch Exkurse zu den historischen Hintergründen der hauptamtlichen Tätigkeit für die Staatssicherheit: zur „geschlossenen Gesellschaft“ der Hauptamtlichen, zu ihrer Überwachung und Kontrolle oder zum Einfluss, den die Staatssicherheit etwa auf Liebesbeziehungen ihrer Mitarbeiter und deren Angehöriger nahm.

In den Schilderungen der Kinder ist viel von Erziehung zu Gehorsam und Anpassung, von Gewalterfahrungen und menschlicher Kälte zu lesen. Ihre Väter erlebten sie zumeist als autoritäre und häufig abwesende Persönlichkeiten. Inwieweit derartige Verhaltensweisen und Erziehungsmethoden der Tätigkeit für die Staatssicherheit geschuldet sind und inwieweit ihnen individuelle charakterliche Dispositionen zugrunde liegen, ist dabei indes schwer einzuschätzen. Dass es auch andere Fälle gab, zeigt etwa Vera Lengsfeld, die überwiegend positive Erinnerungen an ihren Vater hat, der Major bei der Staatssicherheit war. Deutlich werden in dem Buch die Widersprüche und

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

manche Absurditäten, die sich aus der hauptamtlichen Tätigkeit der Eltern ergaben: So versucht ein Zwölfjähriger, seine Mutter damit zu erpressen, er werde dem Vater erzählen, dass sie Westfernsehen schaut. Vera Lengsfeld wiederum kann nicht begreifen, warum sie den Briefkontakt zu Kindern aus dem westlichen Ausland, die sie während eines Aufenthaltes in der „Pionierrepublik Wilhelm Pieck" kennengelernt hat, abbrechen muss – obwohl es sich bei deren Eltern doch um „verlässliche Genossen" handelt. Besonders bewegend ist der letzte Abschnitt des Buches, in dem es um den heutigen Umgang der Kinder mit ihrer Vergangenheit geht. Manche von ihnen sind an ihren Erlebnissen zerbrochen, andere versuchen, sie mithilfe von Therapeuten zu bewältigen. Viele haben den Kontakt zu ihren Eltern abgebrochen, aber es gibt auch Fälle von Wiederannäherung und Versöhnung.

Das Buch ist keine wissenschaftliche Abhandlung. Zwar gibt es Anmerkungen, doch ausführliche Quellenbelege fehlen zumeist. Die Auswahl der Befragten ist insofern problematisch, als viele außergewöhnliche Fälle auftauchen, etwa das Schicksal von Kindern enttarnter Westspione, die in die DDR zurückkehren mussten oder das von Edina Stiller, Tochter des in die Bundesrepublik übergelaufenen Werner Stiller. Zudem kommen fast ausschließlich Kinder zu Wort, die sich in irgendeiner Weise gegen ihre Eltern oder gegen das DDR-System aufgelehnt haben, obwohl ein solches Verhalten, wie die Autorin selbst schreibt, keinesfalls repräsentativ war: Etwa ein Drittel von ihnen arbeitete später selbst für die Geheimpolizei. Die einseitige Auswahl ist der Tatsache geschuldet, dass diejenigen Kinder, die eine Funktionärskarriere einschlugen, kaum bereit gewesen sein dürften, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Sie schmälert den Wert des Buches nur unwesentlich. Denn dieser besteht in erster Linie darin, dass an einem markanten Beispiel deutlich gemacht wird, wie eng Politisches und Privates in der DDR miteinander verschränkt sein konnten und wie die Folgen dieser Verschränkung für die Betroffenen bis heute nachwirken.

Henrik Bispinck

Sascha Huber, Strukturen des politischen Kontexts und die demokratische Kompetenz der Wähler. Experimentelle Studien zur Urteils- und Entscheidungsbildung, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 432 S.

Sabine Pokorny, Regionale Kontexteinflüsse auf extremistisches Wählerverhalten in Deutschland, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 226 S.

Wahlverhalten und politische Orientierungen hängen maßgeblich von Kontexteinflüssen ab. Darunter fallen gesellschaftliche Bedingungen ebenso wie die Strukturen des politischen Systems. Welche Faktoren im Einzelnen maßgeblich sind, wie stark sie sich jeweils auswirken und welche Unterschiede dabei zwischen verschiedenen Personengruppen bestehen, bedarf der kontinuierlichen Erforschung.

Die in Mannheim entstandene Dissertation von Sascha Huber untersucht die Bedeutung von institutionellen Systemmerkmalen für die Urteils- und Entscheidungsbildung der Bürger. Vier Bereiche geraten ins Visier: die Regierungsform (parlamentarisch oder präsidentiell), das Parteiensystem (ein- oder mehrdimensionale Konflikt-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

struktur), das Wahlsystem sowie die Intensität und Ausgewogenheit des politischen Wettbewerbs. Die methodisch sehr aufwändige Studie stützt sich auf experimentelle Befragungen aus mehreren Ländern. Im Ergebnis zeigt sich, dass die institutionellen Faktoren einen größeren Einfluss auf die Urteilsbildung ausüben als die individuellen Eigenschaften der Bürger. Je einfacher und klarer die Entscheidungsumgebung ist, desto besser kann der Wähler seine demokratische Kompetenz ausbilden. Am stärksten tritt dieser Effekt bei den weniger Gebildeten zutage. Auch die Einzelbefunde erweisen sich als wenig kontraintuitiv. Bei präsidentiellen Direktwahlen spielen danach unpolitische Kandidateneigenschaften eine größere Rolle als bei den stärker parteienbezogenen Wahlen in parlamentarischen Systemen. Parteiensysteme mit eindimensionaler Konfliktstruktur sowie ein intensiver und ausgewogener Parteienwettbewerb wirken sich auf die Entscheidungskompetenz positiv aus. Dass ein Wahlsystem wie das bundesdeutsche, dessen Funktionsweise von einem erheblichen Teil der Wähler nicht verstanden wird, kritikwürdig ist, hat der Leser ebenfalls schon vorher gewusst – hier wird es nochmals gründlich untermauert.

Sabine Pokornys Berliner Dissertation untersucht, wie sich regionale Kontexteinflüsse auf die Wahl extremistischer Parteien auswirken. Neben den rechtsextremen Vertretern NPD, DVU und Republikaner wird dabei auch die vormalige PDS und heutige Partei Die Linke als extremistisch eingestuft und in die Analyse einbezogen. Anders als bei Huber beziehen sich die von Pokorny betrachteten Kontextmerkmale ausschließlich auf die Sozialstruktur. Sie umfassen die Arbeitslosenquote, den Bevölkerungsanteil der Arbeiter, Hauptschüler, Gewerkschaftsmitglieder, Katholiken und Kirchgänger sowie die Einkommensverteilung (Gini-Index). Als regionale Einheiten werden die Kreise und die Bundesländer herangezogen. Die Studie zeigt, dass linksextremistisches Wählerverhalten durch hohe Arbeitslosigkeit und eine starke Ungleichheit der Einkommen gefördert wird. Für rechtsextremes Wahlverhalten wirken sich im Unterschied dazu ein hoher Hauptschüler- und Arbeiteranteil begünstigend aus. Im bürgerlichen Parteienspektrum erweist sich ein christlich-religiöser Hintergrund als stärkere Barriere gegen den Extremismus als im linken Lager die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Eine Besonderheit des Parteiensystems besteht darin, dass die Wählerschaft der aus der ostdeutschen SED/PDS hervorgegangenen gesamtdeutschen Partei Die Linke in den neuen Ländern sozialstrukturell anders zusammengesetzt ist als in den alten. Allerdings sei es hier in den letzten Jahren zu einer deutlichen Angleichung gekommen, mit der sich die Linke zugleich dem Wählerprofil der rechtsextremen Parteien angenähert habe. Dass die Untersuchung nicht alle relevanten Kontexteinflüsse berücksichtigt, liegt vor allem an der Ausblendung einstellungsbezogener Merkmale, wie die Autorin am Schluss selbstkritisch einräumt.

Frank Decker

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Valérie Igounet, Robert Faurisson. Portrait d'un révisionniste, Paris 2012 (*Denoël*), 455 S.
Pascal Delwitt (Hrsg.), Le Front national. Mutations de l'extrême droite française, Brüssel 2012 (*Editions de l'université de Bruxelles*), 240 S.

Valérie Igounet, eine Spezialistin für den französischen Revisionismus, widmet Robert Faurisson, dem bekanntesten Negationisten, ein umfangreiches Buch. Man könnte die Frage stellen, ob sie dieser traurigen Gestalt damit nicht zu viel Ehre erweist. Aber das ist keineswegs der Fall. Igounet zeigt detailliert, wie ein brillanter Wissenschaftler den Negationismus entdeckt, ihn mit pseudowissenschaftlichen Argumenten untermauert, sich mit seinen internationalen Verbündeten dem Antisemitismus und der Unterstützung der palästinensischen Hamas zuwendet und schließlich zum inoffiziellen Historiker des iranischen Regimes wird. Die Netzwerke der Negationisten werden in ihrer weit über die rechtsextreme Szene hinausreichenden politischen und menschlichen Komplexität sichtbar.

Ausgehend vom Beispiel des Front National (FN) befasst sich auch das von Pascal Delwitt herausgegebene Buch mit dieser Thematik. Es enthält Beiträge von zehn Experten, die mit ihren Analysen wesentlich zum Verständnis der aktuellen Stärke der Partei beitragen. Die Autoren zeigen – und zwar bereits für die Zeit vor dem elektoralen Durchbruch Marine Le Pens bei den Präsidentschaftswahlen von 2012 (17,9 Prozent) –, wie die Partei sich gewandelt, modernisiert und dabei gleichzeitig eine ideologische Ausrichtung bewahrt hat, die nicht (Gilles Ivaldi) mit der Partei Jean-Marie Le Pens bricht. Nonna Mayer und Pascal Delwitt befassen sich mit den Wählern des FN. Sie erinnern an den Niedergang der Partei im Jahr 2007, als sie bei den Präsidentschaftswahlen nur 10,44 Prozent der Stimmen erhielt. Fünf Jahre zuvor hatte Jean-Marie Le Pen noch 16,82 Prozent der Stimmen auf sich versammelt. Meyer und Delwitt analysieren auch das elektorale Wiedererstarken des FN seit 2010 (Kantonalwahlen 2011). Anissa Amjahad und Clément Jadot untersuchen die Organisationsstruktur der Partei, und schließlich wird die Komplexität der Wahlentscheidung zugunsten des FN zum Gegenstand eines Beitrages, der sich auf die Hochburgen der Partei, die Region Nord Pas de Calais, das Elsass und den Südosten Frankreichs konzentriert. Brigitta Orfalli präsentiert die Anhänger des FN als Bürger, die teils mit ihrer Stimme protestieren wollen, teils aber auch überzeugte Verfechter des Parteiprogrammes sind (Frankreich zuerst, Ablehnung Europas und des Euro sowie der Zuwanderung usw.). Schließlich zeigt Pierre Bréchon auf, wie schwierig die Position der demokratischen Rechten angesichts der politischen Kampagnen der Partei ist. Er lässt die Risiken lokaler Bündnisse bei künftigen Wahlen erahnen.

Die Beiträge des lesenswerten Bandes zeigen, dass der FN unter dem Vorsitz Marine Le Pens zu einem zentralen Akteur des politischen Lebens geworden ist. Es steht zu befürchten, dass seine Rolle in einem krisengeschüttelten Frankreich noch an Bedeutung gewinnt.

Patrick Moreau

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Yang Jisheng, Grabstein. Die große chinesische Hungerkatastrophe 1958-1962, Frankfurt a. M. 2012 (*S. Fischer*), 792 S.
Felix Wemheuer, Der Große Hunger. Hungersnöte unter Stalin und Mao, Berlin 2012 (*Rotbuch*), 256 S.

Wie konnte es dazu kommen, dass in den Jahren 1958 bis 1961 in Friedenszeiten über 30 Millionen Menschen in der Volksrepublik China verhungerten, obwohl die Kommunistische Partei unter ihrem Vorsitzenden Mao Zedong mit der Parole angetreten war, die Geißel des Hungers endgültig zu besiegen? Auf diese Frage versucht Yang Jisheng mit seinem monumentalen Werk *Grabstein*, welches nun in deutscher Übersetzung vorliegt, eine Antwort zu finden. Ausgehend von vier Provinzfallstudien (Henan, Gansu, Sichuan und Anhui) zeigt der vormalige Journalist Yang eindrücklich, wie drastisch überhöhte staatliche Getreideankaufsquoten im Zusammenspiel mit der politisch forcierten Mobilisierung bäuerlicher Arbeitskraft für Industrialisierungs- und Bauprojekte zu verheerenden Folgen führten. Die Fallstudien sind gespickt mit grausamen Details von bäuerlicher Not, Elend und Kannibalismus, die der Autor durch langjährige Archivforschungen am Rande der Legalität sowie durch zahlreiche Interviews zusammengetragen hat. In Hunderten von Beispielen wird die Geringschätzung menschlichen Lebens im Rahmen des zunehmend utopischen Großen Sprungs nach vorn deutlich gemacht, ebenso wie die brutale Unterdrückung von Kritik am Kurs der Partei. Das Buch zeigt eindrücklich die Notwendigkeit auf, lokale Differenzierungen vorzunehmen, da die Hungersnot keineswegs in allen Landesteilen gleiche Ausmaße annahm. Vielmehr hatten politische Kader auf der Provinz-, Kreis-, und Dorfebene zumindest begrenzten Spielraum in der Erfüllung und Durchsetzung staatlicher Vorgaben. Trotz der Materialfülle ist Yangs Darstellung kein fachwissenschaftliches Werk im engeren Sinne. Auch die Übersetzung ins Deutsche ist in vielen Fällen eher literarisch als historisch präzise. Vielmehr handelt es sich um die Ereignischronologie eines Zeitzeugen, der seinem in der Hungersnot ums Leben gekommenen Vater ein Denkmal zu setzen bestrebt ist. Es ist in Teilen eine politische Anklageschrift gegen die kommunistische Parteidiktatur und ein Manifest für ein demokratischeres und offeneres China. Yangs Verdienst ist es, die Erinnerung an die zumeist namenlosen Opfer der größten Hungerkatastrophe des 20. Jahrhunderts fest im öffentlichen Bewusstsein verankert zu haben.

Während der Schwerpunkt bei Yang Jisheng primär auf der chinesischen Innenpolitik liegt, versucht Felix Wemheuer den Blick durch vergleichende Analyse von Hungersnöten in China und der Sowjetunion zu schärfen. Anders als der Untertitel suggeriert, beschränkt sich das an eine breite Öffentlichkeit gerichtete Buch dabei nicht nur auf die Herrschaft Stalins und Maos, sondern zeigt auch, wie durch Öffnung für ausländische Hilfsorganisationen die Hungersnot in der Ukraine (1921) abgemildert wurde. Die mit persönlichen Forschungserfahrungen angereicherte Schilderung zieht eine scharfe Trennlinie zwischen der bewussten Vernichtung von Teilen der sowjetischen Bevölkerung durch die „Waffe Hunger", welche die Nationalsozialisten während ihres Russlandfeldzuges einsetzten, und der Inkaufnahme von Hungertoten im Rahmen so-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zialistischer Modernisierungsutopien. Wemheuer betont hierbei insbesondere die unterschiedliche Priorisierung von Stadt und Land unter Nützlichkeitsaspekten durch die Staatsführer. Die Vision einer umfassenden Planbarkeit der Gesellschaft resultierte dabei in einer zunehmenden Geringschätzung der Bauern, die zudem häufig verdächtigt wurden, Getreide zu horten und dem Staat vorzuenthalten. Hungermeldungen wurden daher oft als übertrieben bewertet. Die zentrale Frage aber, wie viel die sozialistischen Staatsführer über das Ausmaß der Hungerkatastrophen wussten, hätte einer eingehenderen Untersuchung bedurft. Ansonsten leistet die historisierend gedachte Einordung der individuellen Verantwortung Maos und Stalins als „unterlassene Hilfeleistung" (S. 226) leicht relativistischen Argumenten Vorschub.
Daniel Leese

Friedrich Kießling, Die undeutschen Deutschen. Eine ideengeschichtliche Archäologie der alten Bundesrepublik 1945-1972, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 461 S.
Jan Ingo Grüner, Ankunft in Deutschland. Die Intellektuellen und die Berliner Republik 1998-2006, Berlin 2012 (*be.bra*), 328 S.
Eunike Piwoni, Nationale Identität im Wandel. Deutscher Intellektuellendiskurs zwischen Tradition und Weltkultur, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 321 S.

Ideengeschichte sei eine komplizierte Angelegenheit, schreibt Kießling in der Einleitung zu seiner umfangreichen „ideengeschichtlichen Archäologie" der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1972. Sie umfasst im Übrigen mehr als nur den Diskurs der Intellektuellen. Sie verlangt nicht nur eine Menge Ausgrabungs-Geschick, sondern auch beträchtliche Darstellungs-Kunst. Denn wie die richtigen Archäologen haben es die Ideenhistoriker mit einer Menge Schutt zu tun, Gedanken- und Sprachschutt, und es ist gar nicht leicht, frühere Diskurs-Konstellationen und ihre Auswirkungen auf das Gemeinwesen lebendig werden zu lassen. Dies sei vorweg angemerkt, um bei allem Respekt für die Leistung der Autorin und der beiden Autoren die bei der Lektüre ihrer Texte entstandene Unzufriedenheit mit ihren Ergebnissen zu begründen.

Kießling konstruiert einen Kranz von „Ideen von 1945" und verfolgt ihre Entwicklung in vier Zeitschriften, der *Wandlung*, dem *Ruf*, den *Frankfurter Heften* und – besonders ausführlich – dem *Merkur*. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass ein großer Teil des ideellen Neuanfangs nach 1945 im Diskurs der (west-)deutschen Intellektuellen nicht gegen die eigenen Traditionen, sondern mit früheren inhaltlichen Vorstellungen und sprachlichen Mustern in Gang gesetzt wurde. Das kann er auch gut an bestimmten Personen in diesem Diskurs (von Sternberger bis Kassner) exemplifizieren. Jedoch ist dieser Befund eigentlich trivial. Und vor allem erklärt er nicht, wie und aus welchen Motiven heraus wer alles mit welchem Mischungsverhältnis von Kontinuität und Wandel und in welchen Etappen die politische Kultur des neuen Staates so tiefreichend transformierte. Vieles wird angesprochen, vieles bleibt in der Schwebe.

Der zeithistorische Fokus von Grüner ist enger. Auch er verbeißt sich in die Kontinuitäts-versus-Wandel-Figur; allerdings geht es ihm um die Zäsur 1989. Seine These lautet, dass in der Rückschau auf die ersten Jahre des vereinten Deutschland diese Zäsur

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht so einschneidend gewesen ist, wie es sich seinerzeit aus dem aufgeregten Intellektuellendiskurs heraushören ließ. Grüner konzentriert sich auf zwei Themenfelder. Er analysiert (hauptsächlich) anhand der Walser-Bubis-Kontroverse und der Debatte über das Berliner Holocaust-Mahnmal den Wandel des nationalen Selbstverständnisses und der Holocaust-Erinnerungskultur. Zweitens nimmt er die Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik in den Blick, wobei ihm vor allem die heftigen Auseinandersetzungen um die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg als Material dienen. Die alte Vorsicht vor einem nationalistischen Unilateralismus hat sich nicht verflüchtigt, so kann man sein Ergebnis resümieren; aber alles ist ein bisschen entspannter geworden.

Piwoni analysiert den deutschen Intellektuellendiskurs vom Historikerstreit bis zur Leitkulturdebatte unter dem Gesichtspunkt, ob und wie sich in dessen Verlauf die nationale Identität der Deutschen gewandelt hat. Sie hat. Dabei bringen die etwas mühsam hergestellten Verbindungen mit dem „Weltkultur"-Ansatz John W. Meyers keine wesentlichen Erkenntnisgewinne. Auch Deutschland definiere sich heute als „Staatsbürgernation", und die Deutschen hätten traditionelle Selbstbilder, sei es als Kulturnation, sei es als ethnisch homogenes Volk, weitgehend abgestreift.

So weit, so gut. In allen drei Studien ist es aber nicht wirklich gelungen, das Untersuchungsmaterial lebendig werden zu lassen. Intellektuellendiskurs als Schuttberg? Vielleicht. Ideengeschichte ist eine komplizierte Angelegenheit.
Wilfried von Bredow

Michèle Knodt/Sigita Urdze (Hrsg.), Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Eine Einführung, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 414 S.
Susann Krause, Nationalismus versus Integration. Rahmenbedingungen für ethnische Parteien in den baltischen Staaten, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 264 S.

Michèle Knodt und Sigita Urdze haben einen Band über die baltischen Staaten vorgelegt. Das Buch schließt damit ein Forschungsdesiderat. Es weist aber unter dem gewählten Titel Lücken auf: Nur zwei Texte befassen sich genuin mit den politischen Systemen, die gleichwohl verkürzt und damit partiell missverständlich sind. Vaidotas A. Vaičaitas benennt in seinem Beitrag über die konstitutionelle Verfasstheit der baltischen Staaten zahlreiche Details falsch. Die lettische Amtsbezeichnung „valsts prezidents" meint nicht „Präsident des Staates", sondern „Staatspräsident". In wichtigen Fragen stehen teils nicht nachvollziehbare Schlüsse. So wird behauptet, die Macht der Präsidenten begründe sich vorwiegend auf die Amtsinhaber und ihre Persönlichkeit. In Wahrheit geben die drei Verfassungen den Staatsoberhäuptern sehr unterschiedliche Rechte, und in keinem parlamentarischen europäischen Land existiert ein so starker Präsident wie in Lettland, was Amtsinhaber Valdis Zatlers voll ausgenutzt hat. In dieser Hinsicht hängt die Frage der Anwendung verfassungsmäßiger Rechte an der Persönlichkeit. Dass die doch sehr unterschiedlichen Wahlsysteme lediglich in der Einleitung des Beitrages über die Parteiensysteme abgehandelt werden, ist ärgerlich. Den Text versteht hier nur, wer die Wahlsysteme bereits kennt. Die Darstellung der Parteien und

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parteiensysteme fällt viel zu kurz aus und weist stellenweise Mängel auf. Es wird beispielsweise nicht erwähnt, dass in Lettland keine einzige Fraktion nur aus einer Partei besteht, weil Gemeinschaftslisten verschiedener Parteien nie verboten wurden. Diese Nachteile werden durch detaillierte Beiträge zu anderen gesellschaftlichen Themen und durch gute Texte über die internationale Einbindung der baltischen Staaten aufgewogen. Da diese Themen das politische System jeweils nur partiell betreffen, hätte ein Titel wie *Gesellschaft und Politik in den baltischen Staaten* besser gepasst.

Susann Krause legt einen aufschlussreichen Band über die Frage der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten vor, der bereits im Titel vorweg nimmt, wo die Probleme der Region liegen. Das Werk widmet sich dem Thema von verschiedenen Seiten her und ist vielschichtig ausgerichtet. Es legt dar, wieso die Menschen im Baltikum ein Problem mit Minderheiten haben, und es ergreift nicht wie andere Studien – und wie dies auch in der Publizistik regelmäßig passiert – unkritisch Partei. Oftmals wird aus einem falsch verstandenen Liberalismus heraus den Letten und Esten eine herablassende Behandlung der russischen Minderheit vorgeworfen und wenig Verständnis für die Angst vor Überfremdung als Folge der Sowjetpolitik aufgebracht. Andere Publikationen konzentrieren sich auf ein berechtigtes Unverständnis, wieso Minderheiten in der dritten Generation sich für etwas schuldig fühlen sollen, wofür sie nicht verantwortlich sind. Krause schafft einen Ausgleich und versteht die Vielschichtigkeit der Positionen. In der Tat verhindert Nationalismus Integration. Diese ist nur dort möglich, wo sie gewünscht wird. Auf diese Weise unterscheidet sich das Minderheiten-Thema im Baltikum grundlegend von jenem in Staaten wie Deutschland, die ihre Minderheiten selbst eingeladen haben, oder wie Frankreich, wo sie Folge einer historischen Großmacht-Rolle sind.

Axel Reetz

Helmut Konrad/Gerhard Botz/Stefan Karner/Siegfried Mattl (Hrsg.), Terror und Geschichte, Köln/Weimar/Wien 2012 (*Böhlau*), 265 S.
Klaus Weinhauer/Jörg Requate (Hrsg.), Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2012 (*Campus*), 317 S.

Die Heterogenität der 14 Beiträge des von Helmut Konrad u. a. herausgegebenen Bandes geht wohl auch darauf zurück, dass es sich um den Abdruck von Beiträgen einer Tagung handelt, welche die Institute des „Clusters Geschichte" der Ludwig Boltzmann Gesellschaft im Dezember 2009 durchgeführt haben. Die Artikel streuen über eine erhebliche Bandbreite von Themen, Perspektiven und Niveaus. Akteure, Mitspieler und Opfer von Terror stehen mit Beispielen des sowjetischen Terrors der 1930er und 1940er Jahre im Mittelpunkt des zweiten Teils. Die Mehrzahl der Beiträge widmet sich in den drei anderen Teilen weniger den Entstehungsgründen, Formen und Verläufen von Terror (hier durchweg als „Staatsterror" verstanden) als dessen Wahrnehmungen, Darstellungen und Folgen. Berichtet werden Wahrnehmungen von Krieg und Feinden bei deutschen und österreichischen Soldaten. Die Sprache kommt auf Darstellungen kollektiver Gewalt in den unterschiedlichen Medien von Kunst, Literatur,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Film und Wissenschaft, auch von Gerichten. Abgehandelt werden nicht zuletzt Traumatisierungen bei unterschiedlichen Gruppen von Opfern. Dabei variieren die Formate der verschiedenen Beiträge erheblich. Es gibt schlichte Beschreibungen und bloße Dokumentationen von Vorgängen, Institutionen und Personen (z. B. von den Vorsitzenden der sowjetischen „Staatssicherheit", von abgehörten Gesprächen österreichischer Kriegsgefangener des Zweiten Weltkrieges, von Erinnerungen an den „roten" und „weißen" Terror in Ungarn 1919), ferner instruktive Analysen (z. B. von Sönke Neitzel über die „Banalität des Kriegsalltags" deutscher Soldaten) sowie den stärker theoretisch durchdrungenen Komplex der Traumatisierungen, die Krieg und Terror hinterließen (z. B. mit der wissenssoziologisch interessanten Studie von Hans-Georg Hofer über die frühe Geschichte des Traumakonzepts in der Psychiatrie und dem einfühlsam reflektierten Artikel Helga Amesbergers über Erfahrungen sexualisierter Gewalt während der NS-Verfolgung). Eine vernetzende Systematik ist freilich nicht zu erkennen.

Der von Klaus Weinhauer und Jörg Requate herausgegebene Band erscheint dagegen als ein untypischer Konferenzband insofern, als die den zwei Einleitungsbeiträgen folgenden zwölf Fallanalysen, die auf eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zurückgehen, von einer übergreifenden Perspektive zusammengehalten werden: Terrorismus gilt als eine besondere Art von Kommunikation, dies nicht nur mit Blick auf die Selbstdarstellungen, mit denen die terroristische Gruppierungen gegenüber diversen Adressaten sich und ihre Aktionen erklären, sondern auch im Hinblick darauf, dass diese Aktionen selber mit ihren je besonderen Merkmalen eine deutliche Sprache sprechen. Der Soziologe Peter Waldmann hat mit differenzierenden Fragestellungen und Hypothesen zu „Terrorismus und Kommunikation" den analytischen Bezugsrahmen formuliert, auf den sich die historischen Darstellungen von anarchistischen, nationalistischen, antikolonialen und sozialrevolutionären Ausprägungen terroristischer Bewegungen bis hin zu den gegenwärtig dominierenden religiös motivierten Netzwerken von al-Qaida mal mehr, mal weniger beziehen. Im Hinblick auf die Adressaten der terroristischen „Propaganda der Tat" wird insbesondere der Frage nachgegangen, mit welchen Mitteln und wie erfolgreich terroristische Akteure versucht haben, die eigene Sympathisantenszene zu beeindrucken, von der sie unterstützt und kontrolliert wurden. Dass dies am ehesten in den Fällen von separatistischen Bewegungen (ETA, IRA), sonst aber – mit der Folge zunehmender sozialer Isolation – kaum gelang, wird an den Beispielen der RAF (Jacco Pekelder) und der Brigate Rosso (Alexandra Locher), ebenso der frühen anarchistischen Bewegungen in Russland (Lutz Häfner) und Frankreich (Requate) gut herausgearbeitet.

Terroristische Karrieren sind schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durch die Medien gefördert wie marginalisiert wurden. Trefflich erscheint im Hinblick darauf die Formel von der „Ambivalenz von Medialität" (Weinhauer/Requate). Massenmedien sorgen einerseits für die überlokale Wahrnehmung terroristischer Aktionen; sie setzen deren Akteure andererseits unter einen steten „Begründungsdruck", indem sie die Sinnhaftigkeit von Terrorismus einem öffentlichen Diskurs unterwerfen. Dass sich dann Prominenz in Wertschätzung verwandelt, erscheint eher unwahrscheinlich, weil

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

über die Medien in zunehmendem Maße auch „Opferdiskurse“ öffentlich werden – dies ist nachweisbar zumindest für das Baskenland (Stefanie Schüler-Springorum) und für Nordirland (Weinhauer).
Friedhelm Neidhardt

Adriaan Kühn, Kampf um die Vergangenheit als Kampf um die Gegenwart. Die Wiederkehr der „zwei Spanien“, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 347 S.

Die Dissertation Adriaan Kühns, das Ergebnis intensiver Recherchen, beruhend auf umfangreichem Quellenmaterial und viel Sekundärliteratur, spricht zentrale Themen der spanischen Vergangenheitsaufarbeitung an. Wenn die Besprechung trotzdem kritisch ausfällt, dann zum einen deshalb, weil die Arbeit eine (dringend notwendige) Endredaktion vermissen lässt, zum anderen und vor allem, weil die erst ganz am Schluss stark relativierte Grundannahme einer Rückkehr der „zwei Spanien“ im 21. Jahrhundert äußerst bedenklich ist. Die Leitfrage lautet: „Warum kehrt die Metapher der ‚zwei Spanien‘ zu Beginn des neuen Jahrtausends in die spanische Politik und Gesellschaft mit einer innerhalb der demokratischen Geschichte des Landes noch nicht dagewesenen Qualität und Intensität zurück?“ (S. 25). Das Hauptkapitel mit dem programmatischen Titel „Wiederkehr der ‚zwei Spanien‘ – Akteure und Debatten“ konzentriert sich auf die Bereiche Politik, Justiz, Gesellschaft und Wissenschaft. Auf allen Ebenen des Geschichtskonflikts macht Kühn „zwei antagonistische Gruppen“ aus. Im sechsten Kapitel erörtert er „erklärende Faktoren“ für die – angebliche – Wiederkehr der „zwei Spanien“.

In den bisherigen Beiträgen zur spanischen Erinnerungspolitik werde kein Zusammenhang zwischen der „Wiederentdeckung der Erinnerung“ und der zeitgleichen Renaissance der „zwei Spanien“-Metapher hergestellt; vielmehr falle die durch den Geschichtsstreit aktualisierte Metapher der „zwei Spanien“ durch das methodisch-konzeptionelle Raster erinnerungskultureller Untersuchungen. Hierzu lässt sich zweierlei sagen: Zum einen rekurrieren fast alle Autoren implizit auf die – angeblich – nicht auffindbare Metapher; zum anderen wird diese Metapher deshalb im Kontext der aktuellen erinnerungspolitischen Diskurse nicht eigens erörtert, weil sie unangebracht ist. Bei aller Schärfe der Auseinandersetzungen im heutigen Spanien: Wir haben es eben nicht (mehr) mit den konfrontativen, brudermörderischen zwei Spanien des 19. und des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts zu tun. Insofern eignet sich die „zwei Spanien“-Metapher im Sinne Machados nicht als analytische Kategorie – selbst nicht bei Kühn. Für das Hauptkapitel sind zwar die erwähnten Großbereiche akribisch recherchiert worden, allerdings zumeist (etwas ermüdend) in der Gegenüberstellung „rechter“ und „linker“ Interpretationen.

Kühn stellt sich abschließend die Frage, welche Faktoren die Wiederkehr der „zwei Spanien“ erklären. Er lehnt, unter Rückgriff auf Umfragen, geläufige Erklärungs-„Topoi“ (Generationenwandel und Stabilität der Demokratie) ab, führt demgegenüber „den zeitgleichen Wandel in der Wettbewerbsstruktur des politischen Systems“ ein.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Streit um die Geschichte habe sich „innerhalb der sich wandelnden Konfiguration des spanischen Parteiensystems auf struktureller und inhaltlicher Ebene“ (S. 279) als eigenständiges Konfliktfeld etabliert. Dabei geht er von einem kontinuierlichen Trend zum Zweiparteiensystem aus. Natürlich fördert ein sich dualistisch zuspitzender Wettbewerb die Herausbildung klar voneinander abgrenzbare Geschichtsvisionen und Gesellschaftsentwürfe. Wie vorsichtig man bei der Ursache-Folge-Wirkung argumentieren muss, lässt die Tatsache erkennen, dass im Jahr 2013 die beiden dominierenden Parteien infolge des schlechten Krisenmanagements beider zusammen nicht einmal 50 Prozent der Stimmen erhielten.

Hat Kühn über mehr als 200 Seiten auf der Rückkehr der „zwei Spanien“ bestanden, so relativiert er diese Grundthese ziemlich unvermittelt auf den letzten Seiten. Plötzlich gilt sie nämlich nicht mehr „für die traditionell das Parteiensystem strukturierenden Konfliktlinien insgesamt“ – er spricht von einer „beispiellosen Annäherung der Positionen von Sozialisten und Konservativen“ (S. 281) –, sondern nur für den Streit um die Vergangenheit oder „postmaterialistische“ Themen (Gleichberechtigung der Geschlechter, Minderheitenschutz, Abtreibung, Homosexuellenehe, Gentechnik).
Walther L. Bernecker

Michael Lausberg, Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946-1971, Marburg 2012 (*Tectum*), 377 S.
Michael Lausberg, Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990-1998, Marburg 2012 (*Tectum*), 144 S.

Michael Lausberg vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung hat 2012 gleich zwei neue Monographien über Rechtsextremismus auf den Markt gebracht. Während die eine ausgewählte Aspekte des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 1971 behandelt, beschreibt die zweite Studie Phänomene des Rechtsextremismus in Ostdeutschland 1990 bis 1998. Beide flüssig geschriebenen Arbeiten sind überwiegend deskriptiv angelegt. Während sich die Arbeit über den Rechtsextremismus in Ostdeutschland ausschließlich auf einige wenige Medienberichte sowie ausgewählte Literatur stützt, sind für die weitaus umfangreichere, ursprünglich als Aachener Dissertation eingereichte, Monographie in begrenztem Umfang auch Quellen, insbesondere im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf lagernde Archivmaterialien, herangezogen worden.

Im Zentrum der Studie über Ostdeutschland steht ein etwas unstrukturierter Bericht über fremdenfeindliche Handlungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vor und nach dem Fall der Mauer. Dabei versucht der Autor u. a. die These zu begründen, dass bestimmte Formen von Fremdenfeindlichkeit bereits im real existierenden Sozialismus vorhanden waren. Er übersieht allerdings, dass eine derartige These von keinem seriösen Sozialwissenschaftler geleugnet wird. Wenngleich etwa die u. a. von Wilfried Schubarth postulierte, auf Seymour Martin Lipset zurückgehende These vom Autoritarismus der Unterschichten zurückgewiesen wird, findet keine systematische Auseinandersetzung mit widerstreitenden Positionen statt. Dessen ungeachtet kann in wis-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

senschaftlichen Arbeiten erwartet werden, dass Behauptungen wie die, konservative Politiker seien „für die Zunahme von rassistischen Einstellungsmustern in der Bevölkerung und Gewalttaten“ (S. 127) mitverantwortlich, auch eine Begründung erfahren.

Nach Selbstauskunft des Verfassers geht die zweite Arbeit der Ausbreitung und Etablierung des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen nach. Die Fragestellung impliziert, dass rechtsextreme Orientierungen unmittelbar nach dem Ende des Nationalsozialismus stark zurück gedrängt waren, dann jedoch langsam wieder Fuß haben fassen können. Diese implizit formulierte These wird durch die nachfolgende Darlegung nicht gestützt. In Wirklichkeit berichtet Michael Lausberg über die Geschichte Nordrhein-Westfalens, die Entnazifizierung, das Spektrum rechtsextremer Parteien, einige wenige Vereinigungen, rechtsextreme Organisationen stützende Medien sowie jüdisches Leben und Antisemitismus. Er zeigt auf, wie ehemalige Mitglieder der NSDAP in Nordrhein-Westfalen in den 1950er und 1960er Jahren wieder Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen versuchten. Am Ende heißt es schließlich, dass die berichteten Phänomene der Verdrängung und fehlenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus geschuldet seien. Die Beschreibung der Phänomene hat einen Wert an sich. Die Erklärung greift hingegen zu kurz. Rätselhaft ist am Ende, warum der Autor nach der Einleitung ein Kapitel über die Inhaltsanalyse einfügt und den Eindruck zu erwecken sucht, eine systematische Inhaltsanalyse durchgeführt zu haben. Die Ausführungen, die der Skizze folgen, haben in Wirklichkeit nichts mit einer solchen zu tun.

Jürgen R. Winkler

Bedrich Loewenstein, Kurt Sontheimers Republik, Göttingen 2012 (*V&R unipress*), 235 S.

Wer dieses Buch mit der Erwartung in die Hand nimmt, dass er die erste intellektuelle Biografie des 2005 verstorbenen Publizisten und Politikwissenschaftlers zu lesen bekommt, wird enttäuscht werden. Was Bedrich Loewenstein hier vorlegt, ist weder eine politische Biografie Kurt Sontheimers noch eine Studie über das republikanische Denken in der Bundesrepublik Deutschland, wie man den Titel auch verstehen könnte. Der emeritierte Berliner Historiker überreicht vielmehr so etwas wie eine nachträgliche Freundschaftsgabe an einen Mann der politischen Öffentlichkeit, mit dem er von den 1960er Jahren an mehr oder weniger eng verbunden war.

Es ist diese persönliche Note, die das Buch liebenswert macht, und unter diesem kommunikativen Gesichtspunkt ist am ergiebigsten das einführende Kapitel, in dem „der Freund“ vorgestellt und „die Begegnungen“ mit ihm geschildert werden. Die so durchschrittenen „Stationen des Lebens“ sind vor allem deswegen bemerkenswert, weil man gleich viel erfährt über den tschechoslowakischen Dissidenten, der nach dem „Prager Frühling“ noch beinahe ein Jahrzehnt hinter dem Eisernen Vorhang ausharren musste, und seinen etwa gleichaltrigen Förderer, den er verehrte und bewunderte, nicht ohne den Schmerz zu registrieren, wie viel einfacher es für den westdeutschen Kollegen war, sich dessen zu erfreuen, was er entbehren musste: politische und intellektuelle

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Freizügigkeit. Wird auf diese Weise eine bislang privat gebliebene Ost-West-Beziehung dokumentiert, so lassen nicht wenige der folgenden Kapitel die Kehrseite solcher Intimität spüren: Loewenstein ist des Langen und des Breiten vertraut mit dem publizistischen Werk von Kurt Sontheimer, und er spart nicht mit Zitaten aus seinen Büchern und Essays, aber seine Kommentare und Interpretationen, die „Kurt Sontheimers Republik" auf den Begriff bringen wollen, bleiben gleichsam zu nah an den Gedankengängen seines intellektuellen Freundes. Und sie verstärken dadurch ein Defizit, das der Journalist unter den westdeutschen Politikwissenschaftlern von Hause aus bereits mitbrachte: das mimetische, wenn nicht distanzlose Verhältnis zur westdeutschen Demokratie, hinter dem das Trauma des Scheiterns der Weimarer Republik stand und das mehr Anlass für ein politisches Bekenntnis als für die gesellschaftskritische Analyse war.

So ist es zwar einleuchtend und entspricht dem Werdegang eines bundesrepublikanischen Politikwissenschaftlers der zweiten Generation, dass die Darstellung mit dem „Menetekel" der Weimarer Republik beginnt, deren antidemokratischer Intelligenz bekanntlich Sontheimers bestes Buch gewidmet war, doch fragt man sich, warum das folgende Kapitel den in der Tat zentralen Topos von „Geist und Politik" mit einem Mal von Thomas Mann auf die Rolle der Kirchen verlagert, ebenso wie in den ausführlich geschilderten Debatten um „eine andere Republik", in denen sich Sontheimer mit der Wende von „1968" vom Kritiker des konservativen Denkens zum (selber neokonservativen?) Gegner der Linksintelligenz wandelte, nicht hinreichend deutlich wird, wo und wie in Sontheimers ebenso reicher wie redundanter Publizistik der Begriff der Republik selber geklärt wird.

Wenn die große Sympathie, mit der Loewenstein den intellektuellen Lebensweg seines Freundes über die Jahrtausendwende hinweg begleitet, kaum durch gezielte Werkanalysen gestützt wird, so ist doch sein Urteil von ebenso großer Eindeutigkeit: Sontheimer war mehr politischer Publizist als politischer Theoretiker und seine Öffentlichkeitswirkung beruhte oft eher auf polemischer Zuspitzung als auf geduldiger Argumentation. Dennoch zeichnet sich in dieser intellektuellen Geschichte eine konstruktive Perspektive ab – zu ihr gehört, dass Sontheimer seine unverdrossene „Zeitgeistforschung" in den 1990er Jahren in ein bestimmtes Konzept der politischen Kultur zu überführen suchte, ebenso wie es nicht ohne innere Logik war, dass er, vorher theorieabgewandter „Republikaner", sein Lebenswerk mit einem bewunderungsbeflügelten Essay über die politische Philosophin Hannah Arendt krönte.

Wie das persönliche Einleitungskapitel zeigt die abschließende Würdigung, dass Loewenstein eine Hommage an Sontheimer im Sinne hat – keine politische Biographie. Dass eine solche möglich wäre und auch zeitgeschichtlich von einigem Interesse, zeigt der Nachlass im Bundesarchiv Koblenz, in den Loewenstein leider erst in den letzten Kapiteln seines Buches Einblick gewährt. Als Ersatz findet sich eine inspirierende Fotogalerie angefügt, mittels derer die verschiedenen Gesichter eines Mannes der Öffentlichkeit noch einmal lebendig werden; der tolerante Hochschullehrer, der streitbare Diskutant und der politische Bekenner der Republik.

Alfons Söllner

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eckart Lohse/Markus Wehner, Steinbrück. Biographie, München 2012 (*Droemer*), 364 S.
Daniel Goffart, Steinbrück. Die Biografie, München 2012 (*Heyne*), 334 S.
Daniel Friedrich Sturm, Peer Steinbrück. Biografie, München 2012 (*dtv*), 299 S.

Auch Journalisten streben nach Geld und Geltung und segeln gern im Windschatten des Erfolgs. Peer Steinbrück, Jahrgang 1947, hatte Erfolg. Durch Werdegang und Wesen fiel er aus dem Rahmen. Egozentrik, Ehrgeiz und Eloquenz bürgten für mediale Aufmerksamkeit. Ein greiser Altkanzler, dessen Markenzeichen auch die Schnauze gewesen war, erteilte ihm lauthals den Segen: Der könne Kanzler. Das Wagnis, auf Steinbrück zu setzen, war überschaubar. Und so warfen, noch bevor seine Partei ihn nominiert hatte, vier bekannte Redakteure von drei bekannten Blättern – *Focus*, *FAZ*, *Die Welt* – „Biografien" auf den Markt. Sie enden zu einem Zeitpunkt, da sich im Leben Steinbrücks nichts ereignet hat, das der Nachwelt mitzuteilen der Mühe wert wäre. Oder reichen eine Garantie für die deutschen Sparer und flotte Sprüche aus, um dem Publikum eine Beamtenlaufbahn nahezubringen, die nahtlos in die Politik überging? Die Autoren führen sämtlich eine flotte Feder und verbreiten dennoch viel Langeweile. Die Seiten werden mit Namen und Vorgängen gefüllt, die so nichtig sind, dass man sie im Augenblick des Lesens schon vergessen hat.

In allen drei Büchern werden Steinbrücks bürgerliche Hamburger Herkunft, die Schulzeit mit zweimaligem Sitzenbleiben und die Universitätsjahre in Kiel abgearbeitet. Als er 1975 der Freundin und Frau nach Bonn folgt, hat er das Parteibuch der SPD in der Tasche. Die Begeisterung für Willy Brandt, die übereinstimmend als Grund des Eintritts genannt wird, schlägt binnen kurzem in Verachtung um. Sturm zitiert kräftige Äußerungen über den „Mufti" (S. 41), lässt aber Steinbrücks Quellen im Dunkeln. Jedenfalls wird nirgends thematisiert, was ihn in die SPD geführt und gehalten hat. Der versteckte Hinweis, dass es das Soziale nicht war, entbehrt jeder Originalität. Überhaupt ist eine große Schwäche aller Darstellungen, dass die Partei nicht untersucht wird, in der Steinbrück es so weit bringen konnte.

In diversen Bonner Ministerien und Ministerbüros, auch im Kanzleramt und in Raus Staatskanzlei, macht Steinbrück exzellente Arbeit, Referentenarbeit. Er wird auf einen Staatssekretärsposten in Kiel empfohlen. Die Personaldecke ist dünn im Norden, und als der Wirtschaftsminister geht, rückt Steinbrück nach. Er bleibt, bis der Notruf aus dem Westen ergeht, er wird erst Wirtschafts-, dann Finanzminister in Düsseldorf. 2002 wechselt Clement nach Berlin. Als Steinbrück ihm nachfolgt und Ministerpräsident wird, hat er in seiner Partei noch nie eine Funktion oder ein Mandat gehabt. Die erste Wahl, die er selbst bestehen muss, verliert er deutlich. Er zeigt Engagement für die Agenda 2010, aber übertreibt es auch nicht. Die Biografen legen den Schluss nahe: Steinbrück macht Eindruck durchs Reden, aber kämpfen, gar überzeugen, gestalten will er gar nicht. Deshalb passen Reden und Tun auch selten zusammen. Die SPD-Führung riskiert nichts, als sie ihn in der Großen Koalition zum Finanzminister macht. Ob das Lob, das die Autoren ihm mehr oder weniger für sein Krisenmanagement aussprechen, gerechtfertigt ist, bleibe dahingestellt. Ein Urteil erforderte mehr Sachkunde und mehr Ernsthaftigkeit, als viele heutige Journalisten aufbringen mögen. 2009 wird

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Steinbrück über die nordrhein-westfälische Landesliste in den Bundestag gewählt. Die politischen Niederungen meidet er nun demonstrativ. Auf den medialen Höhen und den einträglichen Vortragsbühnen strahlt sein Licht umso heller. So hell, dass es blendet und vielleicht verblendet. Er glaubt, alle politischen und parteipolitischen Gesetzmäßigkeiten außer Kraft setzen und (fast) allein gegen alle und ohne Vorbereitung den Kampf ums Kanzleramt, die größtmögliche Bühne, aufnehmen zu können.

Die Bücher unterscheiden sich nur in der Tonlage. Lohse und Wehner sind eher kritisch, Goffart liest sich streckenweise wie eine Auftragsarbeit, und Sturm ist hin- und hergerissen. Ihn erfüllt „Fassungslosigkeit", er gibt aber zu, sich „seiner Faszination" (S. 286) nicht entziehen zu können. Das gilt für die Kollegen auch, sonst hätten sie nicht so dicke Bücher über einen Politiker geschrieben, dessen Biografie so wenig hergibt.

Brigitte Seebacher

Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013, Frankfurt a. M. 2012 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 636 S.

Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden über die massiven Abhör-Maßnahmen des US-Nachrichtendienstes NSA hatten im Sommer 2013 nicht nur in Deutschland für Furore gesorgt. Selbst scharfe Kritiker der USA wurden davon überrascht. Dieser Skandal ist ein Traum-Thema für das *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit*, das seit 2002 alle zwei Jahre erscheint (und nun zum sechsten Mal). Zugleich sind Sonderbände des Jahrbuchs auf den Markt gekommen (bisher sieben). Es gehört keine Prophetengabe dazu, dass sich das nächste Jahrbuch so eingehend wie kontrovers – wegen seiner pluralistischen Anlage – mit dieser heiklen Materie befassen dürfte.

Das neue Jahrbuch beginnt mit zwei „Sonderschwerpunkten" (zum einen „Luftsicherheit kontrovers" mit guten Beiträgen von Dieter Wiefelspütz und Robert Chr. van Ooyen, zum anderen „Rechtsterrorismus", wobei Sven Strol die oft vernachlässigte Verzahnung von Polizei und Nachrichtendiensten herausarbeitet). Es folgen die Kapitel „Extremismus/Radikalismus" (acht Beiträge), „öffentliche Sicherheit in Deutschland" (14 Beiträge), „Europäische Sicherheitsarchitektur" (sieben Beiträge), „Internationale Sicherheit" (acht Beiträge). Der Band wird durch einen überzeugenden Artikel des Statistikers Walter Krämer über „German Angst" und durch eine Parodie über das „13. Lübecker Expertengespräch zu Staat und Sicherheit in Theorie und Praxis" eingerahmt.

Im Kapitel „Extremismus/Radikalismus" fallen besonders drei Beiträge auf: Samuel Salzborn entfaltet eine „konzeptionelle Skizze" zum Komplex „Demokratie, Extremismus und Autokratie", wobei seine Differenzierung zwischen einem „statischen" und einem „dynamischen" Extremismusverständnis nicht überzeugt. Die Behauptung, Seymour M. Lipset würde als Vertreter eines „dynamischen Konzepts" „antipluralistische und gegenaufklärerische Bestrebungen aus der Mitte der Gesellschaft" wahrnehmen, trifft so nicht zu, denn dem Autor geht es um den Extremismus der „Mittel-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

klasse“, was der Autor später selbst sagt. Der Text von Armin Pfahl-Traughber über Antisemitismus im Islamismus, im Links- und Rechtsextremismus argumentiert weitaus differenzierter. Linksextremisten – keine Judenfeinde – verstünden sich als antiimperialistisch, schreckten aber nicht vor einer partiellen Zusammenarbeit mit antisemitischen Islamisten zurück. Hingegen fehlt trotz Judenfeindschaft eine engere Zusammenarbeit zwischen Islamisten und Rechtsextremisten fast völlig (wegen massiver ideologischer Differenzen). Das positive Urteil gilt ebenso für Harald Georgiis Artikel über die „Extremismusklausel“ (eine staatliche Förderung von Projekten soll danach nur möglich sein, wenn der Empfänger sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt), weil sich hier Sachlichkeit mit Informationsreichtum paart, im Gegensatz zu vielen Pamphleten (nicht in diesem Band), die mit Unterstellungen operieren.

Dieses Jahrbuch enthält wieder eine Reihe aufschlussreicher Beiträge. Das trifft besonders auf das Hauptkapitel „Öffentliche Sicherheit in Deutschland“ zu, so Markus Thiels Text über die Weiterentwicklung der Sicherheitsstruktur in Deutschland, so Jonas Grätz‘ Analyse der Auswirkungen der „Energiewende“ auf die innere Sicherheit, so Dirk Freudenbergs Anmerkungen zur „vernetzten Sicherheit“. Gleichwohl fällt das eine oder andere Manko auf: Die Herausgeber – von ihnen stammen allein fünf Beiträge – wären gut beraten gewesen, den Aufsätzen eine ausführliche Einleitung zwecks angemessener Einordnung voranzustellen. Und: Nicht alle Beiträge hätten eine Aufnahme verdient, zumal die Zahl der bereits andernorts so oder so ähnlich publizierten Artikel hoch ist. Allerdings: Wer im Glashaus sitzt … Insgesamt informiert dieser Band zuverlässig über alle möglichen Fragen der inneren (und äußeren) Sicherheit. Das Jahrbuch ist für diese Materie eine wichtige Arbeitsgrundlage.
Eckhard Jesse

Katrin Passens, MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989, Berlin 2012 (*Lukas Verlag*), 345 S.
Alexander Bastian, Repression, Haft und Geschlecht. Die Untersuchungshaft des Ministeriums für Staatssicherheit Magdeburg-Neustadt 1958–1989, Halle (Saale) 2012 (*Mitteldeutscher Verlag*), 447 S.
Dirk von Nayhauß/Maggie Riepl, Der dunkle Ort. 25 Schicksale aus dem DDR-Frauengefängnis Hoheneck, Berlin 2012 (*be.bra*), 142 S.

Mit dem Herzstück des Repressionsapparates des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), den Untersuchungshaftanstalten, befassen sich die Promotionen von Katrin Passens und Alexander Bastian. Passens verteidigte ihre Dissertation an der FU Berlin 2011, Bastian an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg 2010.

In den Jahren von 1971 bis 1989 befanden sich rund 35 000 Bürger in Untersuchungshaftanstalten des MfS, die in Stein gegossenen Orte der Herrschaftsabsicherung. Die Anzahl der vom MfS-Untersuchungsorgan, also den Haupt- und Abteilungen IX des MfS, geführten Ermittlungsverfahren nahm stetig zu. Hauptdelikt, so Passens, waren mit gut neunzig Prozent jeweils „Staatsverbrechen“ und „Straftaten gegen die

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

staatliche Ordnung“, was als politisches Delikt zu werten ist, auch bei den Verfahren gegen Bürger, die das Land verlassen wollten. Im Kern, so Passens weiter, ging es um die „Ausschaltung von Opposition“, „Eindämmung der Flucht- und Ausreisebewegung“, „Devisenbeschaffung mittels Freikauf“, „Informationsbeschaffung“ und die Absicherung des „Öffentlichkeitsmonopols“ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). In der gediegenen politikgeschichtlichen Untersuchung befasst sich Passens auch mit dem Untersuchungshaftvollzugsorgan des MfS, den Abteilungen XIV.

Beim ersten Band der Reihe *Studien zur Geschichte und Kultur Mitteldeutschlands*, von Professoren der Universitäten in Halle, Jena und Magdeburg herausgegeben, liegt der Schwerpunkt auf Inhaftierte und Anstaltspersonal der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt der Jahre 1958 bis 1989. Die zuletzt einhundert Aufsichtspersonen, deren Frauenanteil Bastian auf ein Fünftel schätzt, bewachten 242 Untersuchungshäftlinge, deren Anzahl in Vorjahren teils höher, überwiegend jedoch um die einhundert schwankte. In der Summe geht Bastian für den Untersuchungszeitraum von rund 4.000 Häftlingen aus – jeder vierte eine Frau, mit zunehmender Tendenz. Im Trend wird der Deliktbefund von Passens bestätigt, wobei in Magdeburg Delikte des Straftatbestandes § 213 des Strafgesetzbuches – „illegaler Grenzübertritt“ usw. – dominierte. Die Verweildauer der meist über 30-jährigen Häftlinge lag überwiegend bei bis zu drei Monaten.

Die Untersuchungen von Passens und Bastian erlauben empirisch gesättigte Einblicke in die Methoden der Geständnisproduktion und geheimdienstlichen Inhaftierung in der SED-Diktatur. Die beiden Journalisten Dirk von Nayhauß und Maggie Riepl hingegen rücken nicht den Herrschaftsapparat, sondern die Schicksale von fünfundzwanzig Frauen der Haftanstalt Hoheneck der Jahre von 1950 bis 1989 in den Vordergrund – so etwa das der 22-jährigen Tatjana Sterneberg, die 1974 wegen versuchter „Republikflucht“ zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt wurde. In der Revision, die gegen den Rat des Rechtsanwaltes Wolfgang Vogel erfolgte, minderte das Gericht die Strafe um zehn Monate. 1976 gelangt Sterneberg durch Freikauf in den Westen. Ergänzt um Auszüge aus Akten und Erinnerungen werden die Beispiele sehr anschaulich und unter die Haut gehend dargestellt: „Es sind 25 Geschichten gegen das Vergessen.“ – Dass all diese Arbeiten gedruckt vorliegen, ist auch der Förderung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu verdanken.

Helmut Müller-Enbergs

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Robert Philipps, Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und Gesellschaftlicher Wandel 1959-1969, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 499 S.
Michael März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates", 1977-1979, Bielefeld 2012 (*transcript*), 416 S.
Gunnar Hinck, Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre, Berlin 2012 (*Rotbuch*), 464 S.

Unter Gesichtspunkten zeitgeschichtlicher Protestforschung ist die Bonner Dissertation von Robert Philipps wichtig, da sie die „68er-Bewegung" als eine „breite, generationell geprägte Bewegung" (S. 25) thematisiert. Mit einem aus der Literatur belegten „‚Gemeinsamkeitskurs'" (S. 28) insbesondere von 1960 bis zur Bildung der Großen Koalition 1966 gab die SPD das linkere Spektrum für die entstehende Außerparlamentarische Opposition frei. Ein um die Mitte der 1930er Jahre geborener SPD-Nachwuchs auch im Hochschulbereich, den nicht der Aufbruch nach 1945, sondern die Wahlniederlagen 1953 und 1957 prägten, wurde durch Vervielfachung der Mitgliederzahlen bei SHB und Jungsozialisten von der – auf die Jahrgänge 1938 bis 1948 konzentrierten – 68er-Generation verdrängt. Aus Parteiakten belegt der Autor, wie Willy Brandt und Herbert Wehner gegen Mehrheitsstimmungen in Führungsorganen administrative Disziplinierung verhinderten. Sogar der gegenüber den „68ern" distanziertere Helmut Schmidt plädierte nach erster Eskalation des 2. Juni 1967 für den kritischen Dialog, und er nannte intern bereits 1965 die US-Vietnampolitik teilweise „abstoßend", räumte dabei aber der „Zuverlässigkeit amerikanischer Garantien" (S. 450) und der Chance auf „die Macht in diesem Staat" (S. 302) den Vorrang ein. Eine zeitweise gar „pogromartige Stimmung" (S. 89), wie sie z. B. Blätter des Springer-Konzerns schürten, und 9,8 Prozent NPD-Stimmen 1968 in Baden-Württemberg bedeuteten massiven Gegendruck zur 68er-Generation. Daraus konnte sich die SPD in beiden Richtungen nach der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten und der Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 zunächst befreien.

Die am Erfurter Max-Weber-Kolleg entstandene Dissertation von Michael März gewinnt ihre Aussagekraft nach ausführlichen Zeitskizzen und Problemaufrissen aus vier Fallstudien: von „Initiativen für Gefangene aus der RAF" über den Berliner „TUNIX-Kongress" und das „3. internationale Russell-Tribunal" bis hin zum „Kongress für und über Rudolf Bahro". Während das RAF-Kapitel 1977 ein grausiges Ende fand und auf weitere Gewalteskalationen abschreckend wirkte, erreichten andere Initiativen (Teil-)Ziele und trugen so zur Integration ins demokratische Spektrum bei: Das Russell-Tribunal profitierte gleichermaßen von Angriffspunkten aus den Vorjahren („Extremistenbeschluss" und Antiterrorgesetze) wie der beginnenden Entspannung des innenpolitischen Klimas. Das gilt ebenso für den TUNIX-Kongress, der am Beginn diverser Alternativprojekte bis hin zur *taz* gestanden hat. Nachdem die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann 1976 ein in Teilen freundlicheres Bild der DDR während der Entspannungsperiode eingetrübt hatte, verstärkte sich die Distanz 1978 durch Verurteilung Rudolf Bahros zu einer langjährigen Haftstrafe wegen seines Buches *Die Alternative*. Seine Freilassung im Folgejahr erschien dann als Erfolg einer

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kampagne im „linken Spektrum“ (Buchuntertitel). Aber es gab, mehr noch als beim Abbau repressiver Überreaktionen und beginnender Gewährung von „Staatsknete“ für manche Alternativprojekte, auch Kooperation mit etablierten politischen Kräften bis hin zu Willy Brandt.

Das gut lesbare Buch Gunnar Hincks basiert neben schriftlichen Quellen auf Interviews aus den Jahren 2008-2011. Sein einziger grundlegender Fehler ist der Untertitel. Der Autor weiß es selbst besser: Er erwähnt die über 99 Prozent der (auch von „Linken“) Stimmen für die etablierten Bundestagsparteien bei über 90 Prozent Wahlbeteiligung. Seine präzise Kritik an Argumente für Kampagnen liefernden Überreaktionen bietet die Information, dass 1973-1975 von 450.000 Regelanfragen für Einstellungen im Öffentlichen Dienst aus dem „Extremistenbeschluss“ lediglich 1,25 Prozent „Bedenken“ zutage förderten, woraufhin bei nur 0,07 Prozent „die Bewerbung abgelehnt“ (S. 283) wurde. Wenn für „mindestens drei Viertel“ der betrachteten Aktivisten „der frühe biografische Bruch“ (z. B. kriegsbedingte Vaterlosigkeit, Vertreibung, Übersiedlung aus der DDR) offenbar späteres extremes Denken und Verhalten begünstigte, ist dies zeitgeschichtlich vertiefungswürdig: Da Arbeiterkinder kaum studierten, waren es zwar Kinder von „bürgerlicher“ Herkunft, aber nicht, wie häufig angenommen, viele behütete, sondern deutlich überproportional unbehütete. In Verbindung mit dem – vom (unrepräsentativen) RAF-Kern überdeckten – männerbündischen Profil der links von der DKP stehenden K-Gruppen hätte der Autor dem im Gewaltpotential aufscheinenden „Halbstarkenhaften“ (S. 426) mehr Plausibilität verleihen können, wenn die über 70 im Buch ausgewiesenen Geburtsjahre der Aktivisten durchgezählt worden wären: Bemerkenswerte gut vier Siebtel davon waren in einer Alterskohorte (Jahrgänge 1939 bis 1945) konzentriert, die so eine Kindheit in Nachkriegswirren und eine Jugend in psychosozial noch nicht „heilen“ 1950er Jahren erlebt hatte.
Detlef Lehnert

Stefan Plaggenborg, Ordnung und Gewalt. Kemalismus – Faschismus – Sozialismus, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 436 S.

Stefan Plaggenborg, Professor für Osteuropäische Geschichte, unternimmt den ambitionierten Versuch, die Regime des türkischen Kemalismus, italienischen Faschismus und sowjetischen Sozialismus in eine vergleichende Perspektive zueinander zu setzen und die Geschichte der Türkei in den Kontext europäischer Geschichte zu stellen. Ausgangspunkt bilden zwei grundlegende Fragen: „Wo ist der Ort der türkischen Geschichte in seiner Verbindung mit der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert?“ (S. 13) und: „Sind sich die drei Regime hinsichtlich der Vernichtung von Menschenleben ähnlich?“ (S. 32). Mit diesem Anliegen betritt der Autor Neuland, da die drei Regime bisher nicht Gegenstand einer komparativen Studie waren. Zudem knüpft Plaggenborg an die Debatte um das Wesen der kemalistischen Herrschaft an, dessen Deutung umstritten ist. Die verschiedenen Deutungsmuster sind unbefriedigend und

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

regen den Autor dazu an, das kemalistische Regime im Vergleich zu den autoritären Regimen des Faschismus und Sozialismus besser einordnen zu können.

Plaggenborg geht seine Aufgabe mit dem berechtigten Hinweis an, seine Untersuchung mithilfe eines asymmetrischen Vergleichs durchzuführen. Da sich das Hauptaugenmerk des Bandes auf den Kemalismus richtet, wendet er sich gegen die Untersuchung von gleichwertigen Dreiecksbezügen. Obgleich ein asymmetrischer Vergleich die Perspektive unvermeidlich verzerrt und sich nur begrenzt für die Ableitung theoretischer Aussagen eignet, bietet er hier die Möglichkeit, die Prozesse stärker zu gewichten und schärfer zu kontrastieren. Die sieben Kapitel des Buches behandeln die Regime als „entfernte Verwandte", die drei Wege zur Diktatur, die neuen Regime und Ordnungen, die „Großen Männer" und Führerkulte, die Dynamiken der Repression, Staat und Religion sowie die drei Wege aus der Diktatur. Obgleich der Autor die Einschränkung der Vergleichsthemen einräumt, versäumt er eine Begründung der Auswahl. Die Frage, weshalb die bearbeiteten Vergleichspunkte für sein Anliegen relevant sind, bleibt daher offen.

Gemeinsam ist den drei Regimen zunächst ihre Ausgangslage: Auf dem Boden von Krise und Krieg erwuchsen die neuen Regime nahezu zeitgleich. Sie verstanden sich zudem als Erbauer neuartiger politischer und gesellschaftlicher Ordnungen sowie als Erschaffer des „neuen Menschen". Der Weg zur Diktatur verlief in allen drei Fällen gewaltsam: Bürgerkriege in der Türkei und Sowjetrussland sowie faschistische Pogrome in Italien. Nach der Machteroberung setzte sich die Gewaltpolitik der Regime fort. Bei deren Intensität nimmt Plaggenborg jedoch eine Abstufung vor. Trotz der Vernichtungsaktion in Dersim in den Jahren 1937/38 hat der Kemalismus die sowjetische Dimension von Massenmord und Massenterror weder erreicht noch angestrebt, während sich die Gewalt der Faschisten hauptsächlich auf die Zerstörung von Einrichtungen und Räumlichkeiten des politischen Gegners und Zeitungsredaktionen zielte. Doch was hinderte die Kemalisten einen Terror- und Gewaltstaat zu errichten? „[Nichts] und sie hätten [ihn] errichtet, wenn sie es denn *gewollt* hätten" (S. 263, Hervorhebung im Original). Der kurze Verweis auf die Selbstbeschränkung genügt nicht, um diese wichtige Frage überzeugend zu beantworten. Eine ausführliche Besprechung der Werte- und Moralvorstellungen im Kemalismus wäre hier aufschlussreich gewesen. Mit Blick auf das Anliegen schlussfolgert Plaggenborg: Zwischen den Regimen ist zwar eine „entfernte Verwandtschaft" auszumachen, aber der Kemalismus lässt sich bei der Vernichtung von Menschenleben mit Faschismus und Sozialismus nicht auf eine Stufe stellen. Seinem Anspruch wird Plaggenborg mit diesem Buch gerecht. Trotzdem weist die Arbeit insofern Schwächen auf, als die Studie stellenweise den Bezugsrahmen Ordnung und Gewalt verlässt, grundlegende Begriffe nicht erklärt und der Vergleich sich häufig in einer deskriptiven anstatt analytischen Darstellung verliert.
Ulrike Madest

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Marcel Pott, Der Kampf um die arabische Seele. Der steinige Weg zur islamischen Demokratie, Köln 2012 (*Kiepenheuer & Witsch*), 208 S.
Marc Thörner, Die arabische Revolution und ihre Feinde, Hamburg 2012 (*Edition Nautilus*), 160. S.

Seit der „Yasmin-Revolution" in Tunesien, mit der der „arabische Frühling" 2010 begann, sind etliche Bücher erschienen, deren Thesen schon beim Verlassen des Verlages durch die Realitäten überholt worden waren. Dies dürfte mit den anzuzeigenden Werken nicht so sein.

Nicht zu Unrecht widmet Pott Ägypten seine besondere Aufmerksamkeit. Das Land verdient diese Beachtung, denn die hiesige Entwicklung zur Demokratie wird weit über seine Landesgrenzen hinausstrahlen. Pott stellt uns zahlreiche Protagonisten vor, lässt sie zu Wort kommen. Nicht ohne Grund stellt Pott dann auch das Programm des stärksten parlamentarischen Blocks dar, nämlich der Muslimbrüder. Das Geschilderte stimmt ihn skeptisch, die Freiheit des Individuums geht beim Bestreben der Brüder, die Gesellschaft nach islamischen Grundsätzen auszurichten, weithin unter. Pott ist darin beizupflichten, insbesondere wenn man die Interaktion zwischen Muslimbrüdern und Salafisten im Blick hat. Wesentlich optimistischer stellt sich für Pott die Lage in Tunesien dar. Seine Feststellung, dass die En-Nahda-Partei Rašīd Ghanouchīs wesentlich weiter sei als die ägyptischen Islamisten, sei hier bezweifelt. Auch den Monarchien in den arabischen Ländern wendet sich Pott zu, wo die bislang autokratischen Herrscher auf die in ihren Ländern sich ankündigende Unruhen teilweise mit dem Versprechen reagierten, die Staatsverfassung zu reformieren. Etwas mehr Raum hätte der Leser sich für die Erörterungen zu den konterrevolutionären Autokraten auf der arabischen Halbinsel gewünscht, von der aus Salafisten nicht nur in Ägypten und Tunesien unterstützt werden. Bleibt noch die Überlegung des Autors zum Schluss seines Werkes, ob das türkische Modell des Tayyip Erdogan ein taugliches sein könnte. Er tut gut daran, auf eine Antwort zu verzichten, und dies nicht nur deshalb, weil er bei Erdogan bedenkliche Entwicklungen hin zur autoritären Führung entdeckt hat.

Bei Libyen hebt Thörner mit seiner Schilderung an. Zustimmend ist seinen einführenden Bemerkungen zu folgen, nach denen westliche Eliten „den Orient" und seine Menschen in ein kulturspezifisches Raster zwängten, um ungeniert „mit Potentaten zusammenzuarbeiten, die Killer, Diebe und Folterer waren." Hier wird deutlich: Thörner will uns in die Tiefen der Arabellion, aber auch zum *nation building* nach Kabul unter Berücksichtigung der ideologischen Vorgaben der westlichen Unterstützer führen. So berichtet Thörner über seine Erfahrungen mit Milizen in Libyen, Männern im Kampf gegen das Regime Gaddafi, von denen man allerdings nicht wissen will, was sie als Polizeioffiziere lange Jahre unter dem Befehl des Obersten gemacht haben. Bitter ist die Feststellung, dass Menschen schwarzer Hautfarbe in Nordafrika immer noch unter dem Begriff „Abid" (Sklave) subsumiert werden, ein Umstand, der einst von französischen Kolonialbeamten nach rassistischen Begriffen erfasst und instrumentalisiert worden ist. Nicht viel weniger stellt er bei französischen Truppen in Afghanistan fest. Dort würde bei der Bekämpfung der Aufständischen auf Verfahren

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zurückgegriffen, die in Algerien oder Marokko zur Anwendung gekommen seien. Die NATO greife also auf Methoden zurück, mit denen Kolonialoffiziere die „Eingeborenen" und insbesondere die *warlords* unter ihnen für sich einzunehmen wussten, um die nationalen Bewegungen in den Ländern zu bekämpfen. Ob des historischen Scheiterns der Franzosen im Maghreb kann man sich nur über die fragwürdigen Konzepte wundern. Thörner will auch aufzeigen, dass Akteure der Arabellion und insbesondere bei den islamistischen Kräften reaktionäre Stichwortgeber in Europa fanden und finden: „neue Europäer", denen die ganze Entwicklung seit der Französischen Revolution zuwider ist. Gewiss ist dies ein Paradox, denn seltsamerweise wenden sich im Westen „fortschrittliche" Kräfte den islamischen Strömungen zu, die Thörner als aufklärungsfeindlich erkannt hat.
Herbert Landolin Müller

Karin Priester, Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a. M. 2012 (*Campus*), 252 S.
Bureau de Helling/Green European Foundation/Grüne Bildungswerkstatt/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa, Wien 2012 (*Planetverlag*), 224 S.

Die emeritierte Politologin Karin Priester – bekannt durch Publikationen zu Populismus und Faschismus – greift in ihrer Monografie zentrale Probleme und Fragen der Populismusforschung auf. Sie stellt etwa tragende Definitionen und Typologien vor. Dabei geht die Autorin mit – vorwiegend negativen – Bewertungen nicht sparsam um. Ansätze deutscher Politologen – wie der von Frank Decker oder Florian Hartleb – fehlen leider. „Populismus ist mit dem politischen Liberalismus unvereinbar, nicht aber mit der Demokratie schlechthin" (S. 59), konstatiert die Autorin zu Recht im Kapitel „Populismus und Demokratie". Dass der Populismus allerdings für die Forderung nach unmittelbarer Demokratie stehen soll, überzeugt nicht. Der von ihr bei Populisten festgestellte „erkenntnistheoretische Solipsismus" (S. 60) deckt sich mit dem exklusiven Erkenntnisanspruch des politischen Extremismus – ein Vergleich zwischen beiden bleibt jedoch aus. Das verwundert insofern, als die Autorin in einem anderen Kapitel – dort allerdings erst sehr spät – Populismus und Faschismus einander gegenüberstellt: Dass Rechtspopulismus den „missing link" zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus darstellen soll („Rechtspopulismus ist eine neue, massenkompatible Form der Konservativen Revolution", S. 186), stimmt skeptisch, liegen die drei Erscheinungen doch auf unterschiedlichen Ebenen. Die These, Charisma sei ein überbewertetes Element des Populismus, ruht gleichfalls auf dünnem Eis: Definitionen sind nicht wahrheitsfähig. Als gewinnbringend ist hingegen der Versuch zu bezeichnen, Populismus mithilfe eines Phasenmodells zu beschreiben. Alles in allem fehlt dem Band eine strukturierende Leitfrage oder eine einheitliche Perspektive. Der Eindruck eines Gemischtwarenladens stellt sich beim Lesen ein.

Einen engeren und zugleich weiteren Zugang zum Populismus wählen die Autoren des von vier grünen Stiftungen herausgegebenen Sammelbandes *Rechtspopulismus in Europa*. Der Zuschnitt des Themas ist enger, geht es doch nur um Rechtspopulismus;

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Band umfasst als deutsche Übersetzung des Buches *Populism in Europe* allerdings nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Fragen, zumal Politikwissenschaftler wie Politiker, politische Berater und Journalisten zu Wort kommen. Entsprechend unterschiedlich – deswegen aber nicht weniger originell und faktengesättigt – sind die Beiträge: Einige (Daniel Cohn Bendit und Edouard Gaudot) ermitteln strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Rechtspopulismus und -extremismus, andere (Dick Pels) betonen die Unterschiede. An empirischen Aufsätzen, die rechtspopulistische Erscheinungen in Europa vergleichen – etwa mit Blick auf Konkurrenz oder Gegnerschaft zu den grünen Parteien, auf die Chancen internationaler populistischer Vereinigungen oder auf Entwicklungen in bestimmten Regionen –, fehlt es nicht. Daneben kommen die Ursachen des Populismus sowie einige spezifische Fragen zur Sprache, etwa nach der Rolle der Frauenrechte im Populismus oder die Symbiose mit den Medien. Die Beiträge sind flüssig geschrieben, in sich schlüssig, wenig theorielastig und trotzdem fundiert. Der Vorwurf, die Autoren ignorierten den Linkspopulismus, verfängt nicht: „Der Fokus auf rechte Politik bedeutet […] nicht, es gebe keinen linken Populismus. Man kann sogar fragen, ob sich der neue Populismus überhaupt mit den Zuordnungen‚links' und‚rechts' fassen lässt, da er seine Inhalte aus linken wie rechten Traditionen bezieht" (S. 13). Diese Erkenntnis kommt unerwartet. Leider durchzieht die Vermengung von „rechtspopulistisch", „rechtsextrem" und schlicht „rechts" den ansonsten instruktiven und originellen Sammelband.
Tom Mannewitz

Volker Reinhardt, Machiavelli oder die Kunst der Macht. Eine Biographie, München 2012 (*C. H. Beck*), 400 S.
Stefano Saracino, Tyrannis und Tyrannenmord bei Machiavelli. Zur Genese einer antitraditionellen Auffassung politischer Gewalt, politischer Ordnung und Herrschaftsmoral, München 2012 (*Wilhelm Fink*), 475 S.

Der Name des praktisch erprobten Staatstheoretikers Niccolò Machiavelli ist seit fünf Jahrhunderten ein Synonym für skrupellose Machtpolitik, die buchstäblich über Leichen geht. Kaum ein Vorwurf kann einen Politiker, eine Politikerin härter treffen als der des Machiavellismus. Ob Machiavelli selbst ein „Machiavellist" war, wie behauptet, ist allerdings fraglich, wenn auch seine Zugehörigkeit zur Renaissance dies nahelegen könnte. Die Zahl der Publikationen über Machiavelli, insbesondere über sein prominentestes Buch *Il Principe* (Der Fürst), ist inzwischen unüberschaubar geworden. Dennoch gelingt es einigen wenigen Forschern, etwas Neues in den Werken des Florentiner Meisters zu entdecken. Freilich bedarf es dazu einer profunden Kenntnis seiner Werke, der Rückbezüge auf die Klassiker sowie der Zeitgenossen Machiavellis. Dies trifft – trotz unterschiedlichen Alters und disziplinären Hintergrundes – auf beide Autoren zu, sowohl auf den Historiker Volker Reinhardt als auch auf den Politikwissenschaftler Stefano Saracino. Ihre Bücher verleihen dem Machiavelli-Diskurs neuen Schwung.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die von Volker Reinhardt verfasste Biographie ist nichts weniger als ein Meisterwerk, das dem Florentiner die ihm gebührende Ehre erweist, ohne unkritisch zu sein. *Il Principe* wird oft in die Kategorie der Fürstenspiegel eingeordnet, auch wenn Machiavelli massiv gegen die Regeln des Genres (Erziehung des Fürsten zum Guten) verstoßen hat. Eine Biographie bietet die Möglichkeit, Machiavelli gewissermaßen mit den eigenen Waffen zu schlagen, indem man ihm den Spiegel seiner Unzulänglichkeit vorhält. Natürlich kann man im Zusammenhang mit Machiavelli nicht auf den Machtbegriff verzichten. Aber ist „Macht" eine Kunst? In fünf Kapiteln bejaht Reinhardt diese Frage auf überzeugende Weise. Am Anfang einer Karriere steht die Kunst, sich einen Namen zu machen, heute würde man sagen „sich zu profilieren". Aber nicht nur darin war Machiavelli ein Meister, er beherrschte auch die Kunst der Diplomatie (sowie die des Schreibens) wie kein Zweiter. Zugleich war er ein Überlebenskünstler und schließlich – nach seiner Entlassung durch die Medici – ein bissiger Provokateur. Reinhardt gelingt es, durch seine klare Gedankenführung und seine zupackende Sprache den Leser derart zu fesseln, dass er dieses wissenschaftliche Werk wie einen Roman liest, den man nicht aus der Hand legen kann, bevor man damit zu Ende ist.

Die Studie von Stefano Saracino, aus einer Dissertation an der Universität München hervorgegangen, liefert nicht nur alles, was der Interessierte zu diesem Thema wissen möchte, sondern bietet darüber hinaus auch dem Machiavelli-Kenner eine Fülle von neuen Erkenntnissen. Dafür eignet sich der gewählte Fokus besonders gut, sich dem innersten Kern Machiavellischen Denkens zu nähern. Es ist dies – in Anlehnung an Goethes Faust – die Frage: Sag, Niccolò, wie hältst Du es mit der „Tyrannis", der absoluten Machtausübung? Sowohl Leo Strauss als auch Dolf Sternberger hat die Ansicht vertreten, dass Machiavelli sich von der klassischen Tyrannis emanzipiert und damit letztlich den Weg für die moderne Tyrannis des Totalitarismus bereitet habe. Saracino gelingt es hingegen überzeugend nachzuweisen, dass die Tyrannis für Machiavelli als negatives Gegenbild untrennbar mit seinem Verständnis von Freiheit, Ordnung und politischer Führung verbunden ist. Saracinos Studie ist ein gelehrtes Werk im besten Sinne. Das bedeutet aber auch, dass es nicht leicht lesbar ist. Dem Leser sei dennoch empfohlen, diese – wie ich finde – angenehme Mühe auf sich zu nehmen.

Rüdiger Voigt

Martin Sabrow/Norbert Frei (Hrsg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 376 S.

Martin Sabrow (Hrsg.), Autobiographische Aufarbeitung. Diktatur und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, Leipzig 2012 (*Akademische Verlagsanstalt*), 167 S.

Natürlich wurde der Zeitzeuge nicht erst nach 1945 „geboren". Aber der Band diskutiert, wie es zu einer recht erstaunlichen Karriere des Zeitzeugen kam, mit welchen unterschiedlichen Zuschreibungen er ausgestattet und welchen Zumutungen er ausgesetzt wurde. Dies geschieht in vier Blöcken: 1. Theorie des Zeitzeugen, 2. Der Zeitzeuge avant la lettre, 3. Der Zeitzeuge in der historischen Deutungskonkurrenz und 4.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Zeitzeuge als mediale Kunstfigur. Wie entstand die auratische Kraft des Zeitzeugen zwischen Vergangenheit und Gegenwart? Interessant sind die Wandlungen des Zeitzeugen auf seinem Weg zur öffentlichen Hochschätzung. Stand der zunächst für eine Gegengeschichte von unten, so verlor er im Laufe der Jahre diese kritische Funktion und tauschte sie gegen eine affirmative Rolle ein. Dies war sozusagen der Preis seines Siegeszuges. Es konnte so weit gehen, dass er in „geschichtspornographischen" Sendungen (Kansteiner) auftritt, um zu erzählen, wie sich ein Nationalsozialist fühlte, wie es sich anfühlte, Macht zu besitzen, und wie, diese wieder zu verlieren. Der Erinnerungsboom als das Ergebnis moderner Mediengesellschaften verhalf jedenfalls dem Erlebnis, der Unterhaltung und der (vermeintlichen) Authentizität zum Durchbruch. Dies bedeutet auch, dass in demokratischen Mediengesellschaften die idealtypische Unterscheidung von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis nicht mehr gut greift, da die Ebenen sich vermischen. Ob tatsächlich die historische Fachwissenschaft keine privilegierten Deutungsmacht mehr hat, sondern sich in einem vielstimmigen Konzert der Akteure behaupten muss und an Einfluss verliert, ist eine gängige These, die durch Wiederholung in diesem Band nicht überzeugender wird. Man könnte ja auch, und so argumentieren zumindest einige Beiträge, sagen, dass der allmähliche Verlust des Zeitzeugen zur NS-Vergangenheit eine neue Chance bietet, um die Erinnerungskultur zu „modernisieren" – und in dem Sinne, dass wissenschaftliches Wissen stärker auf soziales Handeln ausgerichtet wird.

Eine gute Ergänzung bildet der kleine Band der mittlerweile etablierten Helmstedter Colloquien, der sich mit der autobiographischen Aufarbeitung von Diktaturen nach 1945 und nach 1989 befasst und hierbei Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten Diktaturaufarbeitung herausstellt. Ist die Autobiographie der „Bastard der Geschichtswissenschaften", weil sie eine narrative Harmonisierung betreibt? Autobiographien verwandeln oftmals den Zufall in eine Bestimmung, und die Offenheit des Lebens wird zu einer geraden Geschichte eingeebnet. Welchen Nutzen kann man dennoch aus ihnen ziehen? Unterschieden werden drei Formen: die Entkoppelung von Ich und Umwelt; die Konversionsbiographie und die Kontinuitätsbiographie. Auffallend ist, dass die Wissenschaftler, die im Sammelband schreiben, der Autobiographie oftmals Lug und Trug unterstellen und sie abwerten, während ein Verleger ihren Beitrag zum Diktaturverständnis hoch veranschlagt: „Nach meiner Erfahrung transportieren Autobiographien – jenseits von Beschönigungen und Selbststilisierungen – sehr viel authentische Geschichte, zu der man sonst keinen Zugang finden würde" (S. 158). Es wird, wie immer, davon abhängen, wer Zeugnis abgelegt hat – und solche Quellenkritik ist das tägliche Geschäft des Historikers, unabhängig davon, mit welcher Quellengattung er es zu tun hat.

Edgar Wolfrum

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Philipp Schläger, Amerikas Neue Rechte. Tea Party, Republikaner und die Politik der Angst, Berlin 2012 (*Rotbuch*), 288 S.
Eva C. Schweitzer, Tea Party. Die Weiße Wut: Was Amerikas Neue Rechte so gefährlich macht, München 2012 (*dtv*), 280 S.

Sie leugnen den Klimawandel und kämpfen gegen Abreibung. Sie lieben ihre Waffen und tragen bei Protesten Schilder, auf denen Präsident Barack Obama mit Hitler-Bart zu sehen ist. Vor allem aber fordern sie weniger Steuern und einen kleineren Staat. Was fremd ist, fasziniert – und schockiert. Gerade für Europäer ist es schwer, die neue amerikanische Tea Party zu begreifen. Anlässlich der US-Präsidentschaftswahl 2012 widmeten sich gleich zwei Bücher dem Phänomen der neuen amerikanischen Rechten. Philipp Schläger und Eva Schweitzer beschreiben in ihren Bücher die wichtigsten Akteure, wie sie sich in Szene setzen, wer sie finanziert, was ihre Ziele sind und wie sie die US-Politik unterwandern.

Philipp Schläger, Journalist mit Wohnsitz in New York, analysiert detailliert das konservative Netzwerk, das Demokraten wie Republikanern gleichermaßen zu schaffen macht und nicht erst mit der Wahl Barack Obamas 2008 in die politische Arena getreten ist. Er skizziert die historischen Wurzeln der Bewegung sowie Medienmacher und Finanziers, die das konservative Comeback seit Jahrzehnten hinter den Kulissen vorbereiten: „Die Rechte hat [...] seit Jahrzehnten systematisch daran gearbeitet, das politische Zentrum nach rechts zu verschieben. Mit großem Erfolg. Das Label der Tea Party mag irgendwann außer Mode kommen. Ihre Ideen aber sind gekommen, um zu bleiben“ (S. 270). Wer mit wem und wie viel Geld was erreicht hat – Schläger beschreibt die Beziehungen zwischen den konservativen Schlüsselfiguren auf brillante Weise. Nur leider aus zweiter Hand, denn seine Recherche speist sich hauptsächlich aus Zeitungen. Es fehlt an eigenen Einschätzungen und Erklärungsversuchen, oft bleibt er ungenau. Worte wie „rechtsradikal“, „ultrakonservativ“ und „rechtsextrem“ verwendet er synonym. Trotz einiger Schwächen, die Tea Party und die Neue Rechte werden in Schlägers Analyse nicht als Haufen durchgedrehter Rechtsradikaler, Verschwörungstheoretiker und Extremisten dargestellt. Das ist erfrischend.

Denn bei Eva Schweitzers Buch sind es vor allem die bizarren Informationen, die nach der Lektüre hängen bleiben. Für ihr Buch reiste die promovierte Amerikanistin 20.000 Kilometer quer durch die Vereinigten Staaten – sie traf dort auf die republikanischen Präsidentschaftskandidaten der vergangenen Wahl, die der Tea Party nahestanden – wie Rick Santorum, Michelle Bachman und Rick Perry. Die Autorin erlebte die Entstehung der Tea Party hautnah mit, beispielsweise dann, als sie Donald Trump, den „Dieter Bohlen der amerikanischen Politik“ (S. 53), beim Mittagessen in New York beobachtete. In vielen Kapiteln untermalt sie ihre Erlebnisse mit kundigen Schilderungen von Land, Leuten und den historischen Wurzeln der Vereinigten Staaten. Die Entschiedenheit, mit der Eva Schweitzer die Anführer und Anhänger der Tea Party verurteilt, zieht sich als roter Faden durch das gesamte Buch. Sie schreibt mit Schaum vor dem Mund: „Letztlich handelt es sich um erboste weiße Kleinbürger in einem Land, das schneller bunt und multikulturell wird, als es ihnen lieb ist“ (S. 23), und „letztlich

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

geht es ihren Mitgliedern darum, einen ungeliebten schwarzen Präsidenten aus dem Amt zu kegeln, einen, der intellektuell, fremd und ausländisch wirkt“ (S. 256). Die drohende Machtübernahme der Tea Party, vor der Schweitzer so nachdrücklich warnt, hat sich spätestens mit der Wiederwahl Obamas relativiert. Das Haltbarkeitsdatum des Buches ist abgelaufen; auch deshalb, weil mittlerweile die Schlüsselfiguren, die Schweitzer so ausführlich portraitiert, in der Bewegung dieser Tage kaum noch eine Rolle spielen.

Beide Bücher beschreiben das Phänomen Tea Party in seinen vielen Facetten. Sowohl Schweitzer als auch Schläger scheitert daran zu erklären, warum die Tea Party so tickt, wie sie tickt. Wer meinungsstarke Reportagen mag, ist mit *Die Weiße Wut* nicht schlecht bedient. Wer jedoch die wissenschaftliche Analyse bevorzugt, sollte Philipp Schlägers Werk lesen.

Charlotte Potts

Hans-Joachim Spanger (Hrsg.), Der demokratische Unfrieden. Über das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und innerer Gewalt, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 239 S.
Nicolas Rost, Trapped in a Vicious Circle. Authoritarianism, Repression, and Civil War, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 242 S.

Diese beiden Veröffentlichungen stehen stellvertretend für unterschiedliche Erkenntnisinteressen und methodische Herangehensweisen in der empirisch-vergleichenden Friedens- und Konfliktforschung. Der erste Band versammelt Beiträge aus dem am HSFK verfolgten Forschungsprogramm „Antinomien des Demokratischen Friedens“. Ausgangspunkt der Analysen ist der (umstrittene) Befund der quantitativen Konfliktursachenforschung zur besonderen Konfliktanfälligkeit von Gesellschaften im Übergang von der Diktatur zur Demokratie sowie von politischen Regimen, die demokratische und autokratische Strukturelemente kombinieren. Die vergleichenden Fallstudien zu Malaysia, Sri Lanka, und den Philippinen, Argentinien und Ecuador, Zentralamerika sowie den Nachbürgerkriegsgesellschaften Nordirland, Kosovo und Bosnien-Herzegowina zielen auf die Identifikation und Plausibilisierung von kausalen Mechanismen, welche den in inferenzstatistischen Analysen identifizierten kausalen Effekten der politischen Verfasstheit von Gesellschaften auf inneren Frieden und Gewaltniveaus sowie Gewaltformen zugrunde liegen. Hervorzuheben sind insbesondere die Kapitel zu Zentralamerika (Heidrun Zinecker) und die parallelen Fallstudien zu Argentinien und Ecuador (Jonas Wolff).

Im Unterschied dazu geht es in dem zweiten Band nicht um das Aufdecken von Kausalmechanismen, sondern um die Identifikation, Bestätigung oder Entkräftung von Erklärungsfaktoren für das Auftreten unterschiedlicher Konflikttypen im Rahmen von makro-quantitativen Analysen sowie um das Ausloten der Möglichkeiten und Grenzen von Risiko- oder Frühwarnmodellen. Es handelt sich um eine 2011 an der Universität Konstanz eingereichte kumulative Dissertation. Neben Einleitung und Schluss umfasst sie sieben bei Erscheinen des Buches bereits publizierte Aufsätze, davon fünf in Ko-Autorenschaft. Hinzu kommt eine bislang unveröffentlichte deskriptiv-statistische Be-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

trachtung zum Zusammenhang unterschiedlicher Bedrohungen menschlicher Sicherheit wie politische Instabilität, Militärcoups, Repression, Genozid sowie Bürgerkriegen. Die Bandbreite der Untersuchungen umfasst Analysen der Determinanten des Regimetyps in jungen Staaten und des Zusammenhangs von Repression und Bürgerkrieg; die Entwicklung von Schätzmodellen für das Risiko des Auftretens von Bürgerkriegen, Regierungsrepression und Genozid sowie zwei Beiträge zu Konfliktmediation und Konfliktmanagement. Die inferenzstatistischen Analysen liefern gute Befunde zu statistisch signifikanten Effekten verschiedener Strukturvariablen. Erklärungen für die Korrelationen sucht der Leser zumeist vergeblich. Die drei Aufsätze zu Risikoeinschätzungsmodellen überzeugen in unterschiedlichem Maße. So liefert Kapitel 5 im Hinblick auf die Einschätzung des Bürgerkriegsrisikos für die Jahre 2008-2012 interessante Ergebnisse: Unter den 30 Hochrisikoländern finden sich neben Kandidaten, die dem informierten Zeitungsleser nicht überraschen dürften (Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo) mit dem Jemen, Ägypten und Syrien auch drei Fälle des „Arabischen Frühlings", von denen zumindest die ersten beiden zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung des Beitrags (2009) wohl als Paradebeispiele autokratischer Regimestabilität gegolten haben dürften. Weniger überzeugen können hingegen die im nachfolgenden Kapitel präsentierten Risikoeinschätzungsmodelle zu Genozid, nicht zuletzt aufgrund einer zum Teil sehr geringen Vorhersageeffizienz. Insgesamt ist dies ein methodisch versiertes, in der Thematik breit angelegtes, aber doch wenig Überraschendes präsentierendes Buch.
Aurel Croissant

Michael Stolleis, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 4: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in West und Ost 1945-1990, München 2012 (*C. H. Beck*), 720 S.
Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hrsg.), Von der SED-Diktatur zum Rechtsstaat. Der Umgang mit Recht und Justiz in der SBZ/DDR, Berlin 2012 (*Metropol*), 183 S.

Michael Stolleis' herkulisches Unterfangen, als Einzelforscher die gesamte Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland darzustellen, ist jetzt zu dem voraussehbar eindrucksvollen Abschluss gekommen. Für die Bundesrepublik sei der ironische Tatbestand festgehalten, dass der offizieller Wirkungsmöglichkeiten entkleidete Carl Schmitt laut Namensverzeichnis die meisten Nennungen aufweist, dicht gefolgt von seinem Schüler Ernst Forsthoff. Im Übrigen entrollt Stolleis ein ungeheures Panorama, von dem nur stichwortweise genannt seien: das Grundgesetz als unmittelbar geltendes Recht, das Sozialrecht als neues Rechtsgebiet, später zunehmende Aktivitäten innerhalb der Gesellschaft, schließlich europäische Einigung und Europarecht als Begründung weiterer rechtswissenschaftlicher Disziplinen.

Vor diesem Hintergrund kommt im Rahmen dieses Jahrbuchs der Behandlung der SBZ/DDR besondere Bedeutung zu, und sei es nur deshalb, weil diese Entwicklungen alles in allem an der DDR und ihrem Rechtssystem vorbeigegangen sind, ohne dass anderes an die Stelle getreten wäre. Insofern ist es bemerkenswert, dass überhaupt die Bundesrepublik und die DDR zusammen abgehandelt werden. Vor 1989 hätte man,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

allgemein gesprochen, die DDR überhaupt beiseitegelassen oder aber separat behandelt. Der hier so selbstverständlich verwendete Begriff „Deutschland" unterlag dem Faschismusverdacht, und insofern gibt es hier wieder den unheimlichen Wirkungszusammenhang zwischen politischen Machtverhältnissen und wissenschaftlichem Perspektivenwechsel.

Stolleis zitiert Margot von Renesse wohl nicht ohne Sympathie, die die DDR-Rechtsgeschichte „als einen unverkennbaren Teil der gemeinsamen deutschen Rechtsgeschichte, mit ihren typischen Schwächen und Stärken" (S. 96) betrachtet. Seine Ausführungen zur Sache zeigen das Irrige einer solchen Ansicht. Schon die völlige Abhängigkeit des Rechtslebens von der Partei und ihren jeweiligen Beschlüssen, so dass diese und nicht etwa Rechtstexte zu Gegenständen der Exegese wurden, hat ja nun mit deutschen Rechtstraditionen nicht das mindeste zu tun. Das gilt neben fast allem anderen auch für die „Rahmenbedingungen" (S. 565), die darin bestanden, dass es kaum Zeitschriften gab, dass man keine Verfassungstexte kaufen konnte, oder dass die Lehrbücher „das Wort des Staates selbst" (S. 566) waren – diese Konstitutiva sollen „typische Schwächen und Stärken" der deutschen Rechtsgeschichte sein? Gab es überhaupt eine Wissenschaft des Rechts in der DDR? Notwendige, nicht hinreichende, Bedingung einer jeden Wissenschaft ist die offene Diskussion von Fragen, Problemen, Schwierigkeiten; nichts davon gab es in den DDR-Publikationen.

Vom Tagungsband *Von der SED-Diktatur zum Rechtsstaat* seien die folgenden besonders wichtigen Beiträge hervorgehoben: die Darlegung des zunächst unmittelbaren, dann vermittelten sowjetischen Einfluss auf Recht und Justiz der DDR (Werkentin), die sachliche Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung (Marxen) sowie die Informationen über Chancen und Grenzen des Völkerstrafrechts (Flügge). Höchst eindrucksvoll ist Rainer Wagners Beitrag über die juristische Aufarbeitung aus der Sicht der Opfer, weil er zwar deutliche Worte findet, jedoch im Ton moderat bleibt. Anzuerkennen ist schließlich, dass Rainer Schröder mitteilt und erläutert, dass und warum er vor 1989 die DDR entweder gar nicht oder eher positiv wahrgenommen hatte. Das deckt sich mit der oben genannten Vermutung, das Buch von Stolleis wäre damals nicht möglich gewesen. Im Übrigen wäre diese damalige Sichtweise ein Sachverhalt, dessen Häufigkeit des Auftretens im umgekehrten Verhältnis zu seiner fehlenden öffentlichen Thematisierung steht.

Wolfgang Schuller

Roland Sturm/Heinrich Pehle, Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, 3. aktualisierte und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 359 S.

In den letzten Jahren veränderten sowohl der Vertrag von Lissabon als auch die politischen Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise die institutionelle Struktur der Europäischen Union sowie die Interdependenzen zwischen Politikfeldern auf bundesdeutscher und europäischer Ebene. Daher bestand die Notwendigkeit einer Neuauflage

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des bewährten Lehrbuchs und Nachschlagewerks, das die Einführungsliteratur über das politische System der Bundesrepublik Deutschland um die europäische Dimension erweitert.

Aus einem theoretischen Blickwinkel beschreiben die Autoren den Übergang vom nationalstaatlichen zum europäisierten Regieren und legen dazu in Kürze die wichtigsten Theorien der Europäisierung dar. Dabei wird grundsätzlich differenziert zwischen Europäisierung und europäischer Integration: Aus Sicht der Nationalstaaten gleicht die Integration einem „bottom-up"-Prozess, bei dem Kompetenzen von nationalstaatlicher auf die EU-Ebene transferiert werden. Bei der Europäisierung hingegen durchdringen Institutionen und Mechanismen der EU „top-down" bewährte nationale Entscheidungsprozesse.

Im Hauptteil des Buches wird zunächst das Souveränitätsproblem zwischen dem Grundgesetz und dem Gemeinschaftsrecht dargestellt, ehe die Europäisierung innerhalb der Parteien und Veränderungen in zentralen Politikfeldern zur Sprache kommt. Weil keine klare institutionelle Koordination der deutschen Europapolitik besteht, wird seit Jahren gefordert, die europapolitischen Kompetenzen zu bündeln. Mögliche, in der Praxis nur schwer umsetzbare Ansätze könnten in der Schaffung eines Europaministeriums oder eines Staatsministers für Europafragen liegen. In den politischen Parteien halte sich die Europäisierung in Grenzen, was vor allem die Geringschätzung der Europawahlen unterstreiche, da „den nationalen Parteien bei diesen Wahlen kein realer Machtgewinn in Aussicht steht" (S. 183). Deshalb hätten Parteien aus allen EU-Mitgliedstaaten in der Vergangenheit Europawahlen als nationale Nebenwahlen zweckentfremdet, anstatt den Wähler mit einem europapolitischen Profil zu überzeugen. Enthielt die zweite Auflage des Buches einen ausführlichen tabellarischen Vergleich der Positionen deutscher Parteien zu zentralen Politikfeldern der Europäischen Union, fehlt diese hilfreiche Übersicht in der Neuauflage.

Das Unterkapitel zur Währungs- und Finanzpolitik untersucht den Einfluss der deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank (EZB). Die Autoren resümieren, dass „die Bundesbank [vergeblich] versucht [...], ihre durch die Europäisierung verloren gegangene stabilitätspolitische Wächterrolle nun im europäischen Raum wenigstens ein Stück weit zu erhalten" (S. 230). Zwar sei die institutionelle Struktur der Bundesbank weitgehend auf die EZB übertragen und im Jahr 2010 die deutsche Forderung nach einer EU-weiten Schuldenbremse erfüllt worden. Dennoch hätten vor allem die Missachtung der No-Bailout-Klausel und der Ankauf von Staatsanleihen aufgedeckt, dass der „institutionelle Isomorphismus" (S. 231) zwischen Bundesbank und EZB nur begrenzt existiere.

Obwohl die Europäische Union mittlerweile alle Politikfelder beeinflusse, sei „die Europäisierung bei zentralen politischen Institutionen, wie der Bundesregierung, dem Bundestag oder dem Bundesrat zumindest in der politischen Praxis bisher am wenigsten weit fortgeschritten" (S. 347 f.). Die Politik(-Wissenschaft) müsse sich deutlich intensiver mit den Auswirkungen dieses Prozesses auseinandersetzen, weil „sich das deutsche Regierungssystem als Folge seiner Europäisierung dauerhaft fundamental

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

verändert hat und weiter verändert“ (S. 352). Dieses Buch liefert dafür einen wichtigen Impuls.
Stefan Müller

Holm Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, Köln/Weimar/Wien 2012 (*Böhlau*), 567 S.
Thorsten Gromes, Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen. Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Makedonien nach den Bürgerkriegen, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 256 S.

Gibt es Jugoslawien noch immer? Die beiden vorliegenden Publikationen aus unterschiedlichen Disziplinen geben dazu auch unterschiedliche Antworten. Die des Historikers lautet: Ja!, jene des Politologen: Nein, aber …

In der „ungewöhnliche[n] Geschichte des Gewöhnlichen“ beschreibt Sundhausen die Geschichte Jugoslawiens „rückwärts“, im Wesentlichen nämlich als Geschichte des jugoslawischen Staatszerfalls, in der jene Faktoren ins Rampenlicht rücken, die das Scheitern vorherbestimmten. Die Jahre ab der Staatsgründung 1943 im ersten Teil werden dabei beschrieben unter außenpolitischen Aspekten (herausgehoben sei hier die stalinistische Zeit bis zum Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion 1948 sowie der „eigene Weg“ in die Blockfreiheit), unter innenpolitischen Widersprüchen (ideologische und wirtschaftliche Normierungen sowie nationale Gegensätze), um schließlich in der „Agonie“ 1991 zu enden. Der zweite Teil behandelt die postjugoslawischen Kriege und die Aufarbeitung der ethnischen Gewalt während der „zweiten Nachkriegszeit“, auf die hin dann innenpolitische Neuanfänge und Krisen in den Nachfolgestaaten geschildert werden. Eingeschoben werden dabei immer wieder lebendige Diskurse mit Aussagen von Tätern, Opfern, Politikern, Journalisten und anderen Beteiligten und Zeitzeugen, vielfach gestützt auch auf Internet-Quellen.

Wo dann die historische Darstellung in düsteren Prognosen endet, setzt die politologische Untersuchung von Gromes an. Hier steht die Frage nach dem Weg zur Demokratisierung in den ehemaligen jugoslawischen Republiken Bosnien-Herzegowina und Makedonien sowie im Kosovo im Fokus. Ausgangspunkt ist die Überlegung, sowohl Staats- wie auch Nationsbildung müssten gleichzeitig erfolgen, um nach einem Bürgerkrieg keine Blockade des demokratischen Aufbaus zu erzeugen. Überprüft und dann differenziert wird sie anhand der ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften im post-jugoslawischen Raum, wobei die klassischen historischen Hypotheken – vor allem politisch-strukturelle Dysfunktionen aus der sozialistischen Zeit – und damit auch die kriegsauslösenden Motive im Hintergrund bleiben. Gut belegt zeigt sich, dass bezüglich der Demokratisierung bis Ende 2011 kein „Erfolg auf ganzer Linie“ zu verzeichnen ist – besonders betrüblich ist die allseits fehlende Rechtsstaatlichkeit –, sich aber immerhin selbst in den fragileren Staaten Bosnien-Herzegowina und Kosovo demokratische Teilerfolge verzeichnen lassen. Wird das historisch „unmöglich“ Erscheinende vielleicht doch „möglich“? Die gründlich erarbeiteten Politikbefunde sind durchaus konkret: Mangelnde Staats- und Nationsbildung verhindern

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht jeglichen Demokratisierungsschritt; Staats- und Nationsbildung geraten zu einem Teufelskreis, wenn sich eine vormalige Konfliktpartei aus gemeinsamen Institutionen zurückzieht, die von deren Anhängern weiter abgelehnt werden; das Engagement externer Mächte endet, wo unzureichende Nationsbildung die Funktion demokratischer Institutionen behindert; der Faktor Zeit spielt demnach eine weit geringere Rolle für die Demokratisierung als vielleicht üblicherweise angenommen; die Aussicht auf EU-Beitritt löst Nationalisierungsdefizite nicht, und weiteres, was zwar die jugoslawischen Nachfolgestaaten nicht gerade als Hort politischer Stabilität ausweist, aber auch nicht mit Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit belegt.

„Jugoslawien" als Land „richtig" zu lesen, dazu bedarf es sicher mehrerer Anläufe aus verschiedenen Richtungen. Gerade komplementär und bi-disziplinär gelesen ergeben sich aus beiden empfehlenswerten Büchern genügend Anregungen für weitere Fragestellungen. Diese könnten sowohl an die historische Betrachtung wie auch die politologische Analyse anknüpfen und beispielsweise einer Überprüfung anheim geben, inwieweit nicht die gestörten Staats- und Nationsbildungsprozesse im „Ersten Jugoslawien" ab 1918 und dann wieder ab 1941 bereits nachhaltige Fehlentwicklungen einleiteten.

Katrin Boeckh

Sahra Wagenknecht, Freiheit statt Kapitalismus, Frankfurt a. M. 2012 (*Campus*), 406 S.

Der Titel von Sahra Wagenknechts Buch polarisiert. Das Spiel mit Gegensätzen setzt sich im Vorwort fort, wenn die Autorin etwa zustimmend die Worte des liberalen Ökonomienobelpreisträgers Friedrich August von Hayek zitiert, der „die philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft erneut zu einer spannenden intellektuellen Angelegenheit [...] machen" (S. 12) will.

In einem einleitenden Kapitel findet sich unter dem Titel „Das gebrochene Versprechen Ludwig Erhards" eine selektive Auflistung einiger Leitgedanken liberaler Ökonomen wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke oder Friedrich August von Hayek. Im ersten Hauptteil des Buches mit dem Titel „Unproduktiver Kapitalismus" stellt Wagenknecht dann tatsächliche oder vermeintliche Fehlleistungen der westlichen Volkswirtschaften heraus. Bestimmte Forderungen der zuvor erwähnten ordoliberalen Denker seien nicht realisiert worden. Insbesondere zeigt sie wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen im Zuge der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise auf. Letztlich sei die Wirtschaft unkreativ geworden – sie bringe keine Innovationen mehr hervor. Trotz der Illustration der Kritikpunkte mit Zahlen und Beispielen vermisst der Leser Hinweise auf die Tatsache, dass die deutsche Volkswirtschaft im weltweiten Vergleich sehr gut „aufgestellt" ist, etwa auf den Feldern Offenheit, Innovationskraft oder Arbeitslosigkeit.

Im zweiten Teil des Buches beschreibt die Politikerin unter dem Titel „Kreativer Sozialismus" ihre Ideen für eine mutmaßlich innovativere und gerechtere Wirtschaftsordnung. Obwohl die Autorin fast durchgängig Ideen von kollektivierter Wirtschafts-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

planung aufgreift, bleiben die aus Wissenschaft und Geschichte bekannten Probleme der sozialistischen Wirtschaftsordnung unbehandelt. Spätestens bei der Lektüre dieses Teils drängt sich dem Leser die Frage nach dem Freiheitsverständnis der Autorin auf. Im Zusammenhang mit den Plänen der Politikerin von einer schrittweisen Enteignung des Produktivvermögens gewinnt die Antwort auf diese Frage deutlich an Konturen. Das freiheitskonstituierende Prinzip des Privateigentums sei nämlich nur so lange legitim, wie es zum gemeinnützigen Dienst an der Gesellschaft („sinnvoll") eingesetzt werde. Anderenfalls „verliert das private Eigentum seine Legitimität" (S. 351). Dann müsse eine schadenersatzlose Enteignung möglich sein. Der Leser muss schlussfolgern, dass als Richter über die „Sinnhaftigkeit" wirtschaftlicher Aktivität nur der Staat in Frage kommt, da der Markt oder Konsument für diese Aufgabe ja für die Autorin keine legitimierende Kraft zu haben scheint. Freiheit ist für die Politikerin also die „Freiheit" zur Einordnung der wirtschaftlichen Tätigkeit unter den Willen eines Staates.

Auf der Basis dieses Freiheitsverständnisses ist das Ziel der Autorin, die philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft zu einer spannenden intellektuellen Angelegenheit zu machen (Hayek), zumindest im Sinne ordoliberalen Denkens nicht zu verwirklichen. Der Versuch scheitert schon am Verständnis davon, was eine freie und menschenwürdige Ordnung im Kern ausmacht. Die von der Autorin treffend identifizierten Mängel der jüngeren Wirtschaftspolitik sind darüber hinaus nach ordoliberalem Verständnis auf einen zu großen Einfluss des Staates zurückzuführen und ließen sich durch eine Vergrößerung der Staatsmacht nicht beheben. Der Anspruch einer ordoliberalen Politikberatung bestünde vielmehr in Vorschlägen, wie die Einflussnahme des Staates auf die Ordnungsgestaltung zurückgeführt und die Geldvermehrung begrenzt werden könnte. Hinter diesen Anspruch fällt die Abgeordnete mit ihren marxistischen Ideen zurück.

Insgesamt stellt das Buch den Versuch dar, das sozialistische Programm der Autorin als die wahre Verwirklichung ordoliberaler Ideale darzustellen. Tatsächlich könnten auch Walter Eucken, Friedrich August von Hayek oder Ludwig Erhard an bestimmten ordnungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre Kritik üben. Mit Sicherheit aber würden sie den ordnungspolitischen Status quo einem „Weg zur Knechtschaft" (Hayek) im Sinne von Wagenknecht vorziehen.

Christoph Sprich

Marie Katharina Wagner, Die Piraten. Von einem Lebensgefühl zum Machtfaktor, Gütersloh 2012 (*Gütersloher Verlagshaus*), 191 S.
Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden 2013 (*Springer VS*), 257 S.
Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012 (*transcript*), 243 S.

Seit dem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus steht kaum eine Partei so im Blickpunkt der Öffentlichkeit wie die „Piraten". Neben der Frage nach der Genese und dem Selbstverständnis der Partei ruft diese durch ihre Transparenzforderungen, den offenen

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und inklusiven Charakter ihrer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie das Postulat der Plattformneutralität eine Selbstreflexion der etablierten Parteien beim Umgang mit neuen Medien und der Netzpolitik hervor. Die drei Bücher liegen daher im Trend, auch wenn die Zukunftsaussichten der „Piraten" aufgrund des Scheiterns bei der Bundestagswahl 2013 ungewiss erscheinen.

Die Herangehensweise der drei Autoren bei der Analyse der „Piraten" kann kaum unterschiedlicher sein. Die Redakteurin Marie Katharina Wagner nutzt eine essayistische Darstellung, um die Lebenswelt und das Lebensgefühl der Mitglieder der Partei nachzuzeichnen. Dabei werden einzelne Faktoren sowie parteiinterne Defizite und Probleme aneinandergereiht und durch den Einbezug von Personenbeschreibungen und persönlichen Erlebnissen einzelner Piratenmitglieder veranschaulicht. Insgesamt greift dieser Ansatz zu kurz, um das Selbstverständnis sowie die sich daraus ergebenden Restriktionen der Partei systematisch und umfassend darzustellen. Denn das Innenleben einer digital und basisdemokratisch geprägten Partei hauptsächlich über die Personifikation von Argumenten sowie das journalistische Interview herauszuarbeiten scheint in Anbetracht einer tief greifenden Digitalisierung der Gesellschaft fragwürdig. Wer das Werk allerdings an seinem essayistischen Selbstanspruch misst, erhält eine Vielzahl von Charakteristika der „Piraten".

Die von Oskar Niedermayer herausgegebene Aufsatzsammlung hingegen hat eine wissenschaftlich fundierte Analyse der „Piraten" zum Ziel. Ausgehend von einem Lebenszyklusmodell entwickelt Niedermayer Erfolgsbedingungen für Parteien. Diese stützen sich auf den Dreiklang aus Angebot, Nachfrage und Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs. Insgesamt werden die einzelnen Aufsätze dieser Methodik aufgrund einer fehlenden Gewichtung der skizzierten Erfolgsbedingungen nicht gerecht. Diese macht Niedermayer im Vorfeld zwar vom Parteitypus abhängig, jedoch bleibt eine Antwort auf die Frage, welchem Parteitypus die „Piraten" entsprechen und welche Erfolgsbedingungen für diese daher besonders essenziell sind, ganz und gar offen. So werden für den Leser anscheinend selektiv bestimmte Bedingungen untersucht, wogegen andere, wie beispielsweise die Orientierung gegenüber Spitzenpersonal oder neuen Parteien auf der Nachfrageseite sowie eine tief greifende Analyse der Rahmenbedingungen, unberücksichtigt bleiben. Der Hauptteil der Aufsatzsammlung befasst sich daher, bewusst oder unbewusst, mit der Angebotsseite des politischen Wettbewerbs. Dennoch überzeugt sie durch fundierte empirische Befunde, einen umfassenden analytischen Ansatz und neue Aspekte bei der Betrachtung der „Piraten".

Die Aufsatzsammlung der zwei Politikwissenschaftler Christoph Bieber und Claus Leggewie deutet die Piratenpartei nicht anhand aktueller Entwicklungen und Ereignisse, sondern stellt diese bewusst als Teil einer neuen digital geprägten politischen Kultur dar. Durch den Einbezug einer Vielzahl wissenschaftlicher Disziplinen enthält das Werk aufschlussreiche neue Perspektiven. Im Mittelpunkt der Analyse steht dabei eine gelungene normativ-kulturelle Deutung der „Piraten" und der Netzgemeinde. Dies zeigt sich zum Beispiel beim Betrachten der Genese der Piraten sowie einzelner Programmpunkte, wie der Plattformneutralität und dem Commons-Gedanken, die aus der Sichtweise einer sich formierenden Internetkultur gedeutet werden. Die offene Frage,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ob die Bedeutung des Internets für mögliche Veränderungen der politischen Kultur nicht überbewertet ist, zerstreut der Schlussaufsatz von Leggewie.
Erik Schlegel

Volker Weiß, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 548 S.
Markus Henkel, Nationalkonservative Politik und mediale Repräsentation. Oswald Spenglers politische Philosophie und Programmatik im Netzwerk der Oligarchen (1910-1925), Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 504 S.
Felix Dirsch, Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens, Berlin 2012 (*LIT*), 389 S.

Das Leben und Werk Arthur Moeller van den Brucks (1876-1925) geriet im Verlauf der Zeit in Vergessenheit, obwohl er als angesehener Kulturkritiker erfolgreich wirkte und einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Wandlungen/Radikalisierung des Nationalismus und Konservativismus in Deutschland ausübte. Nach fast einen halben Jahrhundert Abstinenz von umfangreichen Bewertungen über Moellers Agieren kommt Volker Weiß das Verdienst zu, für unsere Zeit ein Lebensbild eines Mannes differenziert zu entwerfen, der Ideengeber für Intellektuelle der Weimarer Republik war.

In die Vielzahl der theoretischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahrzehnte um Leben, Werk und Wirkung des Kulturphilosophen Spengler reiht sich Henkels Dissertation ein. Seine Studie konzentriert sich auf den Zeitraum zwischen 1910 und 1925. Im Mittelpunkt seiner Ausarbeitung stehen dessen politische Konzeptionen und Vorhaben. Die zeitliche Eingrenzung verfolgt zwei Ziele. Einerseits beschreibt Henkel den Zeitraum, in dem Spengler nachweisbar politisch agierte. Dabei steht im Vordergrund, welche Entwicklungen und Wandlungen er durchlief. Andererseits soll nicht die politische Ideengeschichte nochmals repetiert, sondern sein politisches Handeln im Rahmen gesellschaftlicher Visionen und Ziele wirtschaftlicher Interessenverbände und Parteien seiner Epoche beleuchtet werden. Es ist „die Rekonstruktion eines verhängnisvollen individuellen Irrwegs, der zugleich vom Scheitern des europäischen Integrationsprozesses der Zwischenkriegszeit an nationalen Prärogativen der zeitgenössischen Außen- und Wirtschaftspolitik der Großmächte“ (S. 37) gekennzeichnet ist. Zugleich verweist Markus Henkel darauf, dass er die Verdienste seines Protagonisten weder für die moderne Wissenschaft noch für die abendländische Philosophie sieht, sondern nur in seiner Bedeutung für die politische Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Grundsätzlich waren Spengler völkisch-nationale Weltanschauung oder „Gutmenschentum“ bürgerlicher Idealisten, die Vorstellungen über soziale Gerechtigkeit entwickelten, suspekt. Sein Denken war rückwärtsgewandt. Er orientierte sich an den Traditionen spezifisch deutscher Kulturgeschichte. Sein Ziel war die Bewahrung etablierter und nützlich erachteter Werte, welche er auf eine „natürliche“ und historisch gewachsene Ordnung zurückführte. Allerdings beseelte ihn zugleich sein

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fester Glauben an eine dominante Dynamik in den menschlichen Beziehungen, die das Festhalten am Herkömmlichen nicht zuließ.

Markus Henkels Dissertation gliedert sich in drei logisch aufeinander bezogene Hauptkapitel. Den Einstieg findet der Autor nach einer konzentrierten Einführung in der unumgänglichen biographisch-zeitgeschichtlichen Einordnung Oswald Spenglers vor dem Ersten Weltkrieg. Ihr folgt die Analyse der Weltanschauung seines Untersuchungsobjektes, der als Schlusspunkt der Nachvollzug des ideellen Übergangs vom „Untergangsphilosophen" zum „konservativen Revolutionär" folgt. Überzeugend plädiert Henke für die sachliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ideenwelt Oswald Spenglers, weil hier offensichtlich wird, wie sich zeitgeschichtlich individuelle Sichtweisen mit gesellschaftspolitischen Erfordernissen auch heute noch unübersehbar überschneiden. Lebendig bleibt Spenglers Weltsicht, der als Erfolgsprinzipien „Ideen, Autorität und Tatkraft" für die Zukunft forderte, da die seit Jahren anhaltende Diskussion um „Versäumnisse westlicher (Kuschel-)Pädagogik angesichts der sich abzeichnenden fernöstlichen Herausforderungen" (S. 406) nicht zu greifbaren steten Ergebnissen führte. Nach Henkels Meinung sind die dafür Verantwortlichen zwar jung und leistungsbereit, zukunftsoffen am Wettbewerb orientiert, aber ziemlich ungebildet und traditionslos.

Konservative Traditionen ins öffentliche Bewusstsein zurück zu holen, unternimmt Felix Dirsch in seinem Sammelband. Dabei schlägt er einen weiten zeitlichen, unterschiedlich gewichteten Bogen – mit antiken Wurzeln beginnend und in unserer Gegenwart endend.

Uwe Ullrich

Dorothee Weitbrecht, Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2012 (*V&R unipress*), 421 S.
Uwe Rohwedder, Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949-1969), Essen 2012 (*Klartext*), 240 S.

Zeithistorische Arbeiten zum Komplex Studentenbewegung in der alten Bundesrepublik werden in der Regel von den Fliehkräften, die noch immer von der einstigen 68er-Bewegung ausgehen, dominiert. Das gilt auch für zwei jüngere Untersuchungen zur Hochschulpolitik und zum Internationalismus. Während sich die eine auf den Dachverband der Allgemeinen Studentenausschüsse bezieht, hat die andere die zunehmende Identifikation mit den Ländern der Dritten Welt zu ihrem Gegenstand.

Sich auf ein bereits in geopolitischer Hinsicht so komplexes Feld wie die Rolle des Internationalismus einzulassen, stellt dabei eine ganz besondere Herausforderung dar. Mit Dorothee Weitbrecht ist eine Autorin dieses Wagnis eingegangen, die ein besonderes Motiv für sich beanspruchen kann. Sie ist die Patentochter einer Protagonistin, die als Vorkämpferin einer lateinamerikanischen Solidaritätsbewegung ihr Leben verloren hat. Das schreckliche Schicksal von Elisabeth Käsemann, die von 1966 bis 1968 am Otto-Suhr-Institut Politikwissenschaft studierte und 1977 in Argentinien verhaftet, gefoltert und schließlich ermordet worden war, hat zwar den Impuls für die Untersu-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

chung gestiftet, jedoch weder zu einer Verengung der Perspektive noch zu einer reduzierten Argumentationsweise geführt. Weitbrecht schildert die Entstehung der studentischen Dritte-Welt-Solidarität im Kontext der sich nach 1945 abspielenden Dekolonialisierungsprozesse, ihre Entfaltung im Zusammenhang mit der sich radikalisierenden 68er-Bewegung und schließlich deren Folgen für verschiedene transnationale Praxisfelder. Zentrale Quelle stellen dabei Interviews mit Zeitzeugen dar. Auf diese Weise gelingt es ihr, Teile eines bislang weitgehend unerschlossenen Feldes zu erhellen. Aus ihren Ergebnissen stechen die Bedeutung des protestantisch geprägten Milieus und darin wiederum die Schlüsselrolle von Rudi Dutschke besonders hervor.

Uwe Rohwedders Studie über den im Januar 1949 gegründeten Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), die studentische Interessenvertretung der bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen, bezieht sich dagegen auf ein sehr viel überschaubareres Feld. Zu einer Zeit, in der die Studentenschaft „als künftige Führungselite der Nation“ (S. 8) galt und der VDS von den westlichen Besatzungsmächten als „Schule der Demokratie“ apostrophiert wurde, waren sie von der politischen Klasse noch allgemein akzeptiert. Jeder neugewählte VDS-Vorstand wurde vom Bundespräsidenten in Bonn zu einem Antrittsbesuch empfangen – bis 1967. Das harmonische Verhältnis zwischen dem Staat und den Studentenschaftsvertretern endete genau in dem Moment, als die Studentenbewegung entstand und in ihren radikaleren Teilen die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie in Frage stellte.

Rohwedders Arbeit hält sich nicht nur mit Blick auf ihren Untersuchungszeitraum, sondern auch was die akademische Beschränkung und die damit verbundene Legitimität des VDS anbetrifft, genau an den von staatlicher Seite vorgegebenen Rahmen. Die Notstandsgesetzgebung, die Presse- und Medienkritik, der Vietnamkrieg und die Dritte Welt hätten demnach im Aufgabenkatalog des VDS ausgespart werden sollen. Doch daran hielten sich die radikaleren Vertretungen bekanntermaßen nicht, im Übrigen auch nicht die als konservativ eingestuften. Zwischen 1949 und 1967 konnte der VDS hochschulpolitisch durchaus Erfolge verzeichnen: Das Honnefer Modell wurde als Studienförderung durchgesetzt, eine studentische Kranken- und Unfallversicherung eingeführt und das Disziplinarrecht abgeschafft. Rohwedder kann all dies auf der empirischen Basis eines Aktenbestandes nachzeichnen, der nur durch einen Zufall ins Bundesarchiv gelangte. Als der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) im Mai 1969 den VDS „erobert“ und ihn in der Folge in einem Akt revolutionaristischen Größenwahns „liquidiert“ hatte, verkaufte er den Dokumentenbestand kurzerhand an die in Koblenz ansässige Bundesbehörde. Auch wenn davon etwa die Hälfte „entsorgt“ worden ist, so stellen die verbliebenen 1.500 Aktenbände eine einzigartige Quelle für die historische Forschung dar.

Wolfgang Kraushaar

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kommentierte Bibliographie

Akbarzadeh, Shahram (Hrsg.), Routledge Handbook of Political Islam, London/New York 2012 (*Routledge*), 321 S. – Die Beiträge des Bandes behandeln die wichtigsten islamistischen Strömungen und Organisationen und untersuchen deren weltweite Mobilisierung in den Ländern der islamischen Diaspora wie auch in der muslimischen Welt. So entsteht ein umfassendes Bild des Islamismus in seinen gemäßigteren wie extremen Varianten.

Ali, Tariq, Das Obama-Syndrom. Leere Versprechungen, Krisen und Kriege, München 2012 (*Heyne*), 256 S. – Der Schriftsteller Tariq Ali übt in seinem Buch scharfe und teils kontroverse Kritik an der Politik von Barack Obama nach seiner Wahl zum Präsidenten der USA 2009. Nachdem dieser tiefgreifende Veränderungen versprach, sieht Ali ihn gewissermaßen als Fortläufer der Bush-Administration.

Allenspach, Dominik, Der Effekt der Systemunterstützung auf die politische Partizipation. Eine vergleichende Analyse westlicher Demokratien, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 304 S. – Allenspach widerlegt die These, Demokratiezufriedenheit begünstige konventionelle, Demokratieunzufriedenheit hingegen unkonventionelle Partizipationsformen. Vielmehr korrelieren hohe und niedrige Systemeffektivität mit jedweder Partizipation; Indifferenz wirke sich lähmend aus.

Amlinger, Carolin/Christian Baron (Hrsg.), Dietmar Dath zu W. I. Lenin, Staat und Revolution, Hamburg 2012 (*Laika*), 188 S. – Dass Lenin sich auf die illiberalen Ideen von Marx und Engels bezog, hält Dath für eine Errungenschaft: Räte und Versorgungsdiktatur statt Föderalismus und Verbändestaat. Volkssouveränität sei eine Fiktion, die freiheitliche Grundordnung nur „Ellenbogenraum für Players". Dath ruft mit Lenin offen zum Kampf gegen die Demokratie auf.

Apelt, Andreas H. (Hrsg.), Neuanfang im Westen – Zeitzeugen berichten. 1949-1989, Halle (Saale) 2013 (*Mitteldeutscher Verlag*), 239 S. – Bekannte und weniger bekannte Personen, die zwischen 1949 und 1989 die DDR verließen, schildern ihr nicht immer einfaches Leben im Westen.

Art, David, Inside the Radical Right. The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, reprint, Cambridge u. a. 2012 (*Cambridge University Press*), 272 S. – Der Autor hat zahlreiche Gespräche mit Vertretern von Rechtsaußenparteien im westlichen Europa geführt und ihre Fähigkeiten erkundet, sich in den Parteiensystemen ihrer Länder zu verankern. Zwischen ihrem Angebotsprofil und den allgemeinen Rahmenbedingungen sozial-ökonomischer und politisch-institutioneller Art sieht er historische Erbschaften und politisch-kulturelle Prägungen (mit eher permissiven oder eher Widerstand hervorrufenden Effekten) als intervenierende Variablen, die über Erfolg und Misserfolg entscheiden.

Asbach, Olaf/Rieke Schäfer/Veith Selk/Alexander Weiß (Hrsg.), Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 350 S. – Die Festschrift zu Ehren des kurz nach seinem 65. Geburtstag verstorbenen Politikwissenschaftlers Michael Th. Greven versammelt 19 Beiträge zu dessen Theorie der „politischen Gesellschaft", u. a. von Ulrich von Alemann, Wilfried von Bredow und Herfried Münkler.

Assmann, Heinz-Dieter/Frank Baasner/Jürgen Wertheimer (Hrsg.), Normen, Standards, Werte – was die Welt zusammenhält, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 229 S. – Die Autoren sehen die gesellschaftliche Entlastungsfunktion von Werten (weil oder obwohl darüber Einigkeit besteht?) zum Dogma verkommen. Die heterogenen Beiträge freuen sich an kultureller Differenz und Auflehnung gegen „die" Norm. Ein Lichtblick am Ende sind Essays von Studenten aus aller Welt.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Athena Institute (Hrsg.), Major Domestic Incidents – Europe, 1990-2010. Initial Report, Budapest 2012 (*Bezugsadresse: www.athenainstitute.eu/en*), 72 S. – Der Bericht zur politisch motivierten Gewalt in Europa ist für Ungarn detailliert, steht aber für die übrigen Länder auf wackligem Grund. Das lobenswerte Vorhaben verdient Unterstützung und sollte in den kommenden Jahren auf eine breitere Datenbasis gestellt werden.

Baberowski, Jörg/Gabriele Metzler (Hrsg.), Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand, Frankfurt a. M./New York 2012 (*Campus*), 308 S. – Spätestens Timothy Snyders Studie *Bloodlands* hat unsere Aufmerksamkeit für Räume der Gewalt gesteigert und auch auf diesem Gebiet, das seit einigen Jahren floriert, einen „spatial turn" motiviert. In verschiedenen Detailstudien nähern sich die einzelnen Autoren dem Thema kenntnisreich an. Dabei dominieren kulturwissenschaftlich inspirierte Ansätze zu „Narrativen" und „Repräsentationen".

Backes, Uwe/Patrick Moreau (Hrsg.), The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives, Göttingen 2012 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 473 S. – Der Band vermittelt ein umfassendes Bild der extremen Rechte in Europa, der bei Wahlen engagierten Parteien ebenso wie der gewaltgeneigten Szenen und ihres politisch-kulturellen Umfeldes.

Bahr, Egon/Peter Ensikat, Gedächtnislücken. Zwei Deutsche erinnern sich, 3. Aufl., Berlin 2012 (*Aufbau Verlag*), 204 S. – Die beiden Autoren reflektieren in ihren Gesprächen die deutsche Nachkriegs- und Nachwendegeschichte anhand von persönlichen Erlebnissen.

Bajohr, Frank/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2012 (*S. Fischer*), 237 S. – Das Bändchen beleuchtet in zehn Beiträgen Rolle und Wirkung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft im Regimealltag. Die Mobilisierungs- und Bindungskraft der völkischen (Auto-)Suggestion war der zentrale Pfeiler in der Architektur des „Dritten Reichs".

Barhaim, Gabriel A., Public-Private Relations in Totalitarian States, New Brunswick/London 2012 (*Transaction Publishers*), 181 S. – Der an der Bar-Ilan Universität (Israel) lehrende Autor legt seinem Werk einen weit gedehnten Totalitarismusbegriff zugrunde (mit Franco-Spanien und Salazar-Portugal als „totalitären" Regimen), entnimmt sein empirisches Material jedoch in erster Linie den realsozialistischen Staaten und den dort vorherrschenden spezifischen „Ungleichgewichten" zwischen öffentlicher wie privater Sphäre.

Bauer, Rudolph/Holger Platta (Hrsg.), Gegen die Verrohung der Bundesrepublik. Für eine humane Demokratie, Hamburg 2012 (*Laika*), 252 S. – An den Hartz IV-Reformen scheiden sich nach wie vor die Geister. Sehen manche darin den Grund für die Krisenresistenz der Bundesrepublik, zeichnen alle Autoren dieses Sammelbandes ein düsteres (Zerr-)Bild von einer entsolidarisierten und undemokratischen Gesellschaft.

Baumgart, Winfried (Hrsg.), Kaiser Friedrich III.: Tagebücher 1866-1888, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 615 S. – Der 99-Tage-Kaiser führte ab seinem 16. Lebensjahr Tagebuch. Nun nahm sich der Mainzer Historiker Baumgart des bisher unveröffentlichten Teiles der persönlichen Aufzeichnungen des ewigen Kronprinzen an, und er traf eine gelungene Auswahl. Der Leser erfährt von einem Mann, dessen politischer Gestaltungswille über die langen Jahre des Wartens auf den Thron und die damit verbundenen politischen Aktionsmöglichkeiten ermüdet. Er liest die Aufzeichnungen eines von Kränkungen und der lebensbedrohlichen Erkrankung Gezeichneten.

Beebe, Shannon D./Mary Kaldor, Unsere beste Waffe ist keine Waffe. Konfliktlösungen für das 21. Jahrhundert, Berlin 2012 (*Suhrkamp*), 250 S. – Auch im 21. Jahrhundert werden humanitären Krisen und Konflikten maßgeblich mit militärischen Interventionen und physischer Gewalt entgegengetreten. Die Autoren kritisieren dieses veraltete Konzept und setzen sich für eine neue, humanitäre und gewaltfreie Präventionsstrategie ein, bei der der Schutz von Menschenleben im Vordergrund steht.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bennett, Anna, The Power Paradox. A Toolkit for Analyzing Conflict and Extremism, Lanham 2012 (*University Press of America*), 137 S. – Aufbauend auf Foucaults Machtkonzept analysiert die Autorin Machtbeziehungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren am Beispiel eskalativer Episoden (US-amerikanische Milizen, Waco, „Hansonism", Unabomber, „War on Terror"), um gewaltumgehende Wege zu erkunden.

Bergmann, Theodor, Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege – Kritik – Erneuerung, Hamburg 2012 (*VSA*), 278 S. – Wer in Unkenntnis über Verlag und Autor des Buches eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus erwartet, dürfte irritiert sein. Die Anstöße „mutiger" Reformer wie Dubček, Chruschtschow, Tito und Gorbatschow gelten als nützlich und vorwärtsweisend und damit als das Gegenteil des „bürgerlichen Antikommunismus".

Bernwald, Zvonimir, Muslime in der Waffen-SS. Erinnerungen an die bosnische Division Handžar (1943-1945), Graz 2012 (*Ares Verlag*), 416 S. – Der Autor war als Dolmetscher Teil der vor allem aus bosnischen Muslimen bestehenden SS-Division Handžar. Mit diesem Band dokumentiert er seine Erinnerungen. Deren Authentizität ist angesichts der späten Veröffentlichung kritisch zu prüfen, zumal der Verfasser hier und da selbst den Anspruch auf gleichsam geschichtswissenschaftliche Autorität erhebt.

Berth, Hendrik/Elmar Brähler/Markus Zenger/Yve Stöbel-Richter (Hrsg.), Innenansichten der Transformation. 25 Jahre Sächsische Längsschnittstudie (1987-2012). Prof. Dr. Peter Förster zum 80. Geburtstag gewidmet, Gießen 2012 (*Psychosozial-Verlag*), 360 S. – Zu Ehren des Leipziger Jugendforschers und gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung legt der Band die von 1992 an in der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* erschienenen Beiträge zu der methodisch umstrittenen Studie über die politische Kultur ostdeutscher Jugendlicher wieder auf. Ergänzt wird dies um aktuelle Aufsätze zu sozialwissenschaftlichen Problemen der Transformation.

Bliesener, Claudia, Wenn Worte zu gefährlich werden. Zensur in der DDR – Zensur in Spanien unter Franco. Ein interkultureller Vergleich, Berlin 2012 (*Verlag für wissenschaftliche Literatur*), 129 S. – Nach einem bis in die Antike zurückreichenden Überblick über verschiedene Formen der Zensur versucht die Autorin, die DDR und das spanische Franco-Regime im Hinblick auf die Einschränkung der Meinungsfreiheit zu untersuchen.

Bluhm, Harald/Skadi Krause, Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens. Oligarchien und Eliten – die Kehrseiten moderner Demokratie, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 318 S. – Die beiden Politikwissenschaftler prüfen Robert Michels' klassische Schrift *Soziologie des Parteiwesens* anlässlich ihres 100-jährigen Jubiläums vor dem Hintergrund aktueller Erkenntnisse und Debatten. Die 17 Aufsätze bieten neben einer Einführung in Michels' Werk verschiedene Deutungen der Parteiensoziologie und stellen der Erörterung der Schrift im Wissenschaftsdiskurs ihrer Entstehungszeit aktuelle Deutungsmuster gegenüber.

Bock, Gisela/Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Friedrich Meinecke. Neue Briefe und Dokumente, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 682 S. – Der Band versammelt mehr als 500 Briefe, Dokumente und Entwürfe Friedrich Meineckes. Die mit Georg von Below, Walter Goetz, Hans Delbrück, Hermann Oncken, Werner Sombart, Theodor Heuss und vielen anderen geführte Korrespondenz vermittelt einen tiefen Einblick in die privaten wie politischen Überlegungen eines der bekanntesten Historiker des 20. Jahrhunderts.

Boos, Susan, Fukushima lässt grüssen. Die Folgen eines Super-GAUs, Zürich 2012 (*Rotpunktverlag*), 271 S. – Anhand eines Erfahrungsberichtes schildert die Autorin die Situation in Japan nach dem Reaktorunfall 2011 und legt in Form eines Szenarios dar, welche Auswirkungen ein solches Ereignis an der Schweizerisch-deutschen Grenze für Betroffene und Verantwortliche hätte.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bösch, Frank/Martin Sabrow (Hrsg.), ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2011, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 219 S. – Wie nun schon seit einigen Jahren präsentiert auch der jüngste Almanach des Potsdamer ZZF einen bunten Strauß von zeithistorischen Forschungen. Frank Böschs Überlegungen zur Erforschung von „Lebenswelten" sind ebenso erhellend wie Rüdiger Hachtmanns Thesen zur Struktur des NS-Regimes oder Martin Sabrows Ausführungen zur autobiographischen Bewältigung kommunistischer Vergangenheit nach Epochenbrüchen.

Böttger, Helmut, Die Gruppe 47. Als die deutsche Literatur Geschichte schrieb, München 2012 (*DVA*), 478 S. – Gut recherchierte Studie über die von Hans Werner Richter gegründete „Gruppe 47", der ein Mythos anhaftet(e).

Bowden, Mark, Worm. Der erste digitale Weltkrieg, Berlin 2012 (*Bloomsbury Verlag*), 318 S. – Die Themen Cyberwar und Cyberverbrechen beflügeln seit der Matrix-Trilogie nicht nur in Hollywood die Phantasie der Autoren. Doch trotz des tatsächlichen Bedeutungsgewinns der Thematik fehlt es größtenteils an seriösen Analysen, ein Makel den auch der amerikanische Journalist Bowden nicht mindert, wie der reißerische und überzogene Untertitel verrät.

Bräuninger, Thomas/Marc Debus, Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 270 S. – Im Zentrum der instruktiven (quantitativen) Studie stehen die ideologisch-programmatischen Unterschiede der Parteien in den deutschen Ländern im Zeitraum 1990 bis 2010. 16 Fallstudien und eine ausführliche vergleichende Analyse untersuchen Ursachen und Auswirkungen der mitunter deutlich differenten programmatischen Ausrichtung deutscher Landesparteien. Einige Ergebnisse, etwa zur strategischen Adaption, bedürfen jedoch einer weiteren qualitativen Erörterung und Ergänzung.

Breuer, Rita, Im Namen Allahs? Christenverfolgung im Islam, Freiburg im Breisgau 2012 (*Herder*), 159 S. – Zwischen Christentum und Islam herrscht ein historisches Spannungsverhältnis. Die Autorin beleuchtet geschichtliche und religiöse Gründe für dieses Missverhältnis und untersucht die Situation der Christen in der islamischen Welt in der Gegenwart, welche durch Diskriminierung und Missachtung geprägt ist.

Bub, Dieter, Begegnungen mit Joachim Gauck. Der Mensch. Sein Leben. Seine Überzeugungen, Halle (Saale) 2012 (*Mitteldeutscher Verlag*), 159 S. – Der Journalist Bub schildert Begegnungen mit Gauck, der viel zu Wort kommt, und mit Personen, die Gauck kennen. Das Urteil des Autors fällt ambivalent aus.

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Wien 2012 (*Bezugsadresse: www.bmi.gv.at*), 117 S. – Der Bericht behandelt im Wesentlichen gewaltorientierte Vereinigungen und Bestrebungen in den Bereichen „Rechtsextremismus", „Linksextremismus", „Militante Tierrechtsgruppen" und „Terrorismus". Zu den Beobachtungsfeldern zählen darüber hinaus Spionage und Proliferation.

Caiani, Manuela/Donatella della Porta/Claudius Wagemann, Mobilizing on the Extreme Right. Germany, Italy, and the United States, Oxford 2012 (*Oxford University Press*), 248 S. – Mit einem Methodenmix untersuchen die Autoren die Mobilisationschancen der extremen Rechten in den USA und Europa, indem sie die Formen der „kognitiven Rahmung", ihr Aktionsrepertoire (zwischen Gewalt und Wahlbeteiligung), ihre „Fähigkeit zur Netzwerkbildung" und ihre politisch-diskursiven Gelegenheitsstrukturen systematisch zueinander in Beziehung setzen.

Casula, Philipp, Hegemonie und Populismus in Putins Russland. Eine Analyse des russischen politischen Diskurses, Bielefeld 2012 (*transcript*), 350 S. – Der Schweizer Politikwissenschaftler untersucht in seiner Dissertation die ersten beiden Legislaturperioden Wladimir Putins aus diskurstheoretischer Perspektive. Auf einer breiten theoretischen und methodischen Basis liefert der Autor neue Erkenntnisse zur Transformation Russlands – sie sei weitaus komplexer und vielschichtiger als bisher in der Politikwissenschaft dargelegt.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Chan, Martin G. D., Korea. Gegenwart und Zukunft eines geteilten Landes, Darmstadt 2012 (*WBG*), 208 S. – Gut geschriebene, populärwissenschaftliche Studie zum Dauerkonflikt in Ostasien, die jedoch kaum Neues bietet und deren Autor auf Quellenangaben und Literaturhinweise verzichtet.

Conze, Eckart/Joachim Scholtyseck/Erich Weede (Hrsg.), Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 274 S. – Das im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung betreute Jahrbuch ist 2012 zum 24. Mal erschienen – mit einer etwas veränderten Konzeption, die verstärkt die Wissenschaftlichkeit in den Vordergrund rücken soll. Dieser Anspruch wurde eingelöst.

Cornelißen, Christoph/Brunello Mantelli/Petra Terhoeven (Hrsg.), Il decennio rosso. Contestazione sociale e conflitto politico in Germania e in Italia negli anni Sessanta e Settanta, Bologna 2012 (*Il Mulino*), 329 S. – Die Beiträge des Bandes behandeln die Protestbewegungen der späten 1960er und 1970er Jahre in beiden Ländern auch in ihrem Wechselverhältnis – etwa die Reaktionen der italienischen (extremen) Linken auf die „Morde in Stammheim".

Corner, Paul, The Fascist Party and Popular Opinion in Mussolini's Italy, Oxford 2012 (*Oxford University Press*), 302 S. – Nach einer detaillierten Analyse des Aufbaus des faschistischen Parteistaates auf nationaler und regionaler Ebene zeigt der Autor u. a. durch die Auswertung von Berichten der politischen Polizei, wie die Partei im Laufe der 1930er Jahre an die Grenzen ihrer Mobilisierung stieß und mehr und mehr mit ihrem Anspruch scheiterte, die Bevölkerung zu integrieren.

Diner, Dan/Gideon Reuveni/Yfaat Weiss (Hrsg.), Deutsche Zeiten. Geschichte und Lebenswelt. Festschrift zur Emeritierung von Moshe Zimmermann, Göttingen 2012 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 344 S. – Der zu Ehren Moshe Zimmermanns herausgegebene Band versammelt eine Reihe von gelungenen Miniaturen zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Dusini, Matthias/Thomas Edlinger, In Anführungszeichen. Glanz und Elend der Political Correctness, Frankfurt a. M. 2012 (*Suhrkamp*), 297 S. – Ein heikles Thema: Dieses aufschlussreiche Buch ist selber nicht immer frei von „political correctness".

Egner, Björn/Michael Haus/Georgios Terizakis (Hrsg.), Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 567 S. – Diese Festschrift enthält eine Reihe von interessanten Beiträgen zur „Demokratie" (u. a. von Michael Haus, Daniel Kübler). Im Vordergrund steht die Thematik „Regieren".

Esposito, Marie-Claude/Alain Laquièze/Christine Manigand (Hrsg.), Populismes l'envers de la démocratie, Paris 2012 (*Vendémiaire Éditions*), 271 S. – Die Beiträge des Bandes vermitteln ein facettenreiches Bild der vielfältigen rechtspopulistischen Parteien im westlichen wie östlichen Europa. Die zentrale Frage, denen sich die Autoren stellen, bildet das Ausmaß der Gefahr, das für die Europäische Union von der mehr oder weniger euroskeptischen Strömung ausgeht.

European Union Agency for Fundamental Rights (Hrsg.), Making Hate Crime Visible in the European Union: Acknowledging Victim's Rights, Wien 2012 (*Bezugsadresse: fra.europa.eu*), 53 S. – Der Bericht ist als Zusammenfassung des aktuellen Kenntnisstandes wertvoll, hängt jedoch in einer Datengrundlage von den Mitgliedsstaaten ab, die dem Phänomen mit unterschiedlicher Aufmerksamkeit und uneinheitlichen Kategoriensystemen begegnen. Auch hier ist nicht weniger, sondern mehr europäische Koordination und Zusammenarbeit dringend geboten.

Europol (Hrsg.), TE-SAT 2012. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2012 (*Bezugsadresse: https://www.europol.europa.eu*), 44 S. – Auf der Grundlage von Polizeidaten vermittelt der Europol-Bericht einen Überblick zur Bedrohungslage im Berichtsjahr 2012. Gegenstand des Berichts sind folgende Bereiche: religiously inspired terrorism, ethno-nationalist and separatist terrorism, left-wing and anarchist terrorism, right-wing terrorism, single-issue terrorism.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Fehlberg, Frank, Protestantismus und Nationaler Sozialismus. Liberale Theologie und politisches Denken um Friedrich Naumann, Bonn 2012 (*Verlag J.H.W. Dietz*), 519 S. – Die Chemnitzer Dissertation analysiert das politische Denken bei fünf liberalen Theologen aus dem Kaiserreich (Arthur Bonus, Gustav Frenssen, Gottfried Traub, Paul Rohrbach, Friedrich Naumann) und bettet die Ideologie des protestantischen nationalen Sozialismus in die deutsche Geschichte ein.

Feldman, Matthew, From Radical-Right Islamophobia to „Cumulative Extremism": A Paper on the Shifting Focus of Hatred, Bristol 2012 (*Bezugsadresse: http://www.faith-matters.org*), 13 S. – Der Autor analysiert die Entstehung eines neuen radikal-muslimfeindlichen Netzwerkes in Großbritannien und Europa.

Fischer, Bernd, Der große Bruder. Wie die Geheimdienste der DDR und der UDSSR zusammen arbeiteten, Berlin 2012 (*edition ost*), 224 S. – Dass von einem ehemaligen Oberst der NVA keine (selbst-)kritische Darstellung der militärischen Beziehungen zwischen großem und kleinem Bruder zu erwarten war, liegt auf der Hand. Das von Geschichtsklitterung und Legenden durchzogene Buch unterbietet allerdings noch niedrigste Erwartungen.

Fischer, Ernst Peter, Niels Bohr. Physiker und Philosoph des Atomzeitalters, München 2012 (*Siedler*), 272 S. – Der Heidelberger Wissenschaftshistoriker versteht es, selbst komplizierte naturwissenschaftliche Zusammenhänge anschaulich zu vermitteln. Vor allem aber gelingt ihm ein Porträt des Kopenhagener Nobelpreisträgers, das physikalisches und politisches Denken – häufig voller Spannung – miteinander in Beziehung setzt.

Frach, Friederike, Schloss Wiepersdorf. Das „Künstlerheim" unter dem Einfluss der Kulturpolitik in der DDR, Berlin 2012 (*Ch. Links*), 256 S. – Die Autorin will in ihrer Dissertation, bezogen auf die eigens für die „Kulturschaffenden" in der DDR betriebene Arbeits- und Erholungsstätte, deren besondere Situation herausarbeiten. Dies gelingt ihr bloß in Ansätzen; nicht zuletzt deshalb, weil ihrer aus zahlreichen Quellen und Interviews zusammengetragenen Studie eine eindeutige Fragestellung fehlt, die vorgestellte Methodik belanglos ist, und die Geschichte der DDR-Kulturpolitik nur oberflächlich reflektiert wird. Das Buch enttäuscht.

Franke, Gisa/Stefan Rebenich (Hrsg.), Theodor Mommsen und Friedrich Althoff. Briefwechsel 1882-1903, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 890 S. – Die Herausgeber haben nicht weniger als 685 Briefe, Postkarten, Billetts und andere Dokumente zusammengetragen, die das Verhältnis zwischen dem Althistoriker Theodor Mommsen und dem Ministerialbeamten im preußischen Kultusministerium Friedrich Althoff dokumentieren und einen Einblick in die Wissenschafts-, Universitäts- und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts liefern, der in vielen Zügen eine erstaunliche Aktualität offenbart.

Freedom House (Hrsg.), Freedom in the World 2012. The Annual Survey of Political Rights & Civil Liberties, New York/Washington D. C. 2012 (*Rowman & Littlefield*), 855 S. – Der Jahresbericht vermittelt ein umfassendes Bild zum Stand politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten auf fünf Kontinenten.

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012 (*C. H. Beck*), 468 S. – Anhand mehrerer Fallbeispiele aus der Gesetzgebung der Nachkriegszeit zeichnet der Autor in dieser Neuauflage die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik nach.

Fritz, Regina, Nach Krieg und Judenmord. Ungarns Geschichtspolitik seit 1944, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 364 S. – Umfangreiche Arbeit der Judenverfolgung in Ungarn und zum Umgang mit der Geschichte von 1944 bis heute in verschiedenen Zeitabschnitten.

Fuld, Werner, Das Buch der verbotenen Bücher. Universalgeschichte des Verfolgten und Verfemten von der Antike bis heute, Berlin 2012 (*Verlag Galiani*), 352 S. – Zensur, Verbot und Verfolgung von Denkern und Autoren ist kein Phänomen der Moderne, sondern schon seit Jahrhunderten übliche Praxis. Werner Fuld unternimmt eine Untersuchung der Verbote durch verschiedene Epochen und Textgattungen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Fürst, Alfons/Harutyun Harutunyan/Eva-Maria Schräge/Verena Voigt (Hrsg.), Von Ketzern und Terroristen. Interdisziplinäre Studien zur Konstruktion und Rezeption von Feindbildern, Münster 2012 (*Aschendorf Verlag*), 239 S. – Der aus dem Exzellenzcluster „Religion und Region in den Kulturen der Vormoderne und Moderne" hervorgegangene Band versucht die Konstruktion und Rezeption unterschiedlicher traditioneller und aktueller Feindbilder historisch und sozialwissenschaftlich zu beleuchten.

Gabriel, Oscar W./Bettina Westle, Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 326 S. – Der Band versammelt auf dem neuesten Stand der Forschung – z. B. ein Kapitel über Heuristiken und Emotionen als verhaltens(mit)entscheidende Faktoren – beinahe alles, was es einführend (und teilweise darüber hinaus) über das Wählerverhalten zu wissen gilt, grafisch gut aufgearbeitet, versehen mit breiten Literaturangaben.

Gallus, Alexander, Heimat Weltbühne. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 421 S. – Die Wirkungskraft der *Weltbühne* entstand in den Wirren der Weimarer Republik. Der Autor zeichnet anhand werkbiographischer Porträts von Axel Eggebrecht, Kurt Hiller, William S. Schlamm und Peter Alfons Steiniger das politische Denken wichtiger Impulsgeber von den 1920er bis zu den 1970er Jahren nach.

Geis, Anna/Frank Nullmeier/Christopher Daase (Hrsg.), Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 455 S. – Der Sonderband der Zeitschrift *Leviathan* behandelt zentrale Fragen von politischer und ökonomischer Legitimität aus empirischer und normativer Perspektive.

General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2011, Den Haag 2012 (*Bezugsadresse: https://www.aivd.nl*), 61 S. – Der englische Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes informiert kursorisch u.a. über verschiedene Formen des Terrorismus (Schwerpunkt: Jihadismus), Radikalisierungsprozesse (insbesondere zum Islamismus), Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie Tierrechtsextremismus.

Graeber, David, Inside Occupy, Frankfurt a. M./New York 2012 (*Campus*), 200 S. – Zumindest kann dem Buch nicht der Vorwurf des Etikettenschwindels gemacht werden. Der Autor, einer der Vordenker der Protestbewegung, berichtet als unkritischer Zeitzeuge über die Anfänge und Aktivitäten von Occupy, der sich in kurzer Zeit Millionen Anhänger auf der ganzen Welt angeschlossen hätten, sie mittlerweile aber ebenso schnell wieder verlassen haben.

Graeber, David, Kampf dem Kamikaze-Kapitalismus. Es gibt Alternativen zum herrschenden System, München 2012 (*Pantheon*), 192 S. – Ein Buch zur Occupy-Bewegung: So nachvollziehbar und überzeugend die Kapitalismuskritik des Autors jenseits sozialistischer Denktraditionen sein mag, so vage und undifferenziert bleiben die Vorschläge für ein neues demokratisches Gesellschaftssystem.

Graitl, Lorenz, Sterben als Spektakel. Zur kommunikativen Dimension des politisch motivierten Suizids, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 314 S. – Auf einer empirischen Basis analysiert der Autor verschiedene gewaltfreie Formen der Selbstopferung und untersucht, unter welchen Umständen Menschen den eigenen Tod als „Medienwaffe" einsetzen.

Gregor, A. James, Totalitarianism and Political Religion. An Intellectual History, Stanford 2012 (*Stanford University Press*), 300 S. – Die geistesgeschichtlichen Betrachtungen und Analysen des Autors setzen bei den politisch-religiösen Implikationen des Hegelianismus ein und spüren den Nachwirkungen und Metamorphosen von dessen Strukturelementen in den Staatsideologien des Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus nach.

Gülay, Cem/Helmut Kuhn, Kein Döner Land. Kurze Interviews mit fiesen Migranten, München 2012 (*dtv*), 217 S. – Der Autor beschäftigt sich, inspiriert durch seine Erfahrungen bei Lesungen in ganz Deutschland, mit der deutschen Migrationspolitik, deren Problemen und Auswüchsen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hanisch, Anja, Die DDR im KSZE-Prozess 1972-1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 414 S. – Die in Leipzig entstandene ausgezeichnete Dissertation untersucht die Gratwanderung der SED-Führung, die einerseits durch den KSZE-Prozess einen außenpolitischen Prestigegewinn erzielen konnte, andererseits durch die einhergehenden menschenrechtlichen Verpflichtungen eine Destabilisierung ihrer Macht in Kauf nehmen musste.

Hansmann, Marc, Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 113 S. – Nach den Pleiten Deutschlands 1923 und 1948 sieht der Autor, Stadtkämmerer von Hannover, die Gefahr einer neuen Geldentwertung aufgrund hoher öffentlicher Schulden. Der internationale Blick gibt keine Entwarnung: Mehr Ausgaben und eine ausgehöhlte Steuerbasis kratzen überall an der Zahlungsfähigkeit.

Heidenreich, Felix/Gary S. Schaal (Hrsg.), Politische Theorie und Emotionen, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 292 S. – Der aus einer DVPW-Tagung hervorgegangene Sammelband versammelt 14 interdisziplinäre Texte zur Bedeutung von Gefühlen in der politischen Theorie- und Ideengeschichte.

Hein, Bastian, Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 356 S. – Die an der Universität Regensburg entstandene Habilitationsschrift analysiert das ambivalente Verhältnis der elitären NSDAP-Schutzstaffel als dem zentralen Bindeglied zwischen der nationalsozialistischen Führung und der deutschen Gesellschaft.

Heise, Arne, Das Ende der SPD und ihr Neuanfang, Berlin 2012 (*LIT*), 168 S. – Der Autor befasst sich mit der zukünftigen Entwicklung der SPD zwischen „linker Volkspartei“ und unbedeutender Spartenpartei. Als Grundlage der Untersuchung fungiert dabei die Parteientwicklung seit dem Sommer 2002.

Hensel, Alexander/Stephan Klecha/Franz Walter (Hrsg.), Meuterei auf der Deutschland. Ziele und Chancen der Piratenpartei, Berlin 2012 (*Suhrkamp*), 96 S. − Das Werk gibt einen selektiven Überblick über Entstehung und innerparteiliche Strukturen der Piratenpartei. Daraus abgeleitet werden Entwicklungsprobleme und Herausforderungen der Partei, die auf Pfadabhängigkeiten des Selbstverständnisses, des rasanten Wachstums und der Heterogenität der Piraten beruhen.

Herman, Eva, Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden, Rottenburg 2012 (*Kopp Verlag*), 254 S. – Was macht eine Fernsehansagerin, die von der eigenen Branche geschasst wurde? Sie befreit sich aus ihrer vorgeblichen Naivität, heuert beim Kopp Verlag an und rechnet dann mit der deutschen „Medien-Mafia“ wie dem globalen „Medienkartell“ ab – pauschal, reißerisch, verschwörungstheoretisch, durchzogen von Fäden der Wahrheit.

Herzog, Roman (Hrsg.), „Oder gilt das nur in Demokratien?“ Freies Mandat, Rederecht und Fraktionen, Berlin 2012 (*Berlin University Press*), 104 S. – Aus Anlass der Bundestagsdebatte über den Euro-Rettungsschirm im September 2011, in der Norbert Lammert zwei Abgeordnete der Regierungsfraktionen mit abweichenden Meinungen zu Wort kommen ließ, hinterfragt der Alt-Bundespräsident die Bedeutung des freien Mandats und des Rederechts einzelner Abgeordneter im Parlament. Hierzu versammelt er differierende Stellungnahmen (aus Politik, Medien, Wissenschaft und aus „Bürger-Briefen“) – leider ohne die Aussagen einzuordnen.

Hessel, Stéphane/Edgar Morin, Wege der Hoffnung, Berlin 2012 (*Ullstein*), 71 S. – In Medien beliebte Vermächtnisse hat Hessel vor seinem Tod am 27. Februar 2013 verfasst. Dieses mit Morin, einem wenig jüngeren Sozialphilosophen, verfertigte Bändchen widmet sich der Trias Gerechtigkeit, Integration, Umweltschutz. Bei allem übereifrigen Idealismus sind beide glaubwürdig, doch ihr Stürmen findet im Wasserglas statt.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Heumann, Hans-Dieter, Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 346 S. – Die zum 85. Geburtstag des populären Außenministers erschienene Darstellung des ehemaligen AA-Mitarbeiters besticht durch Detailkenntnisse, den Zugang zum Privatmenschen Genscher sowie zahlreiche unveröffentlichte Materialien, wiewohl es dem Autor stellenweise an kritischer Distanz fehlt.

Hikel, Christine/Sylvia Schraut (Hrsg.), Terrorismus und Geschlecht. Politische Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2012 (*Campus*), 326 S. – Der Band gibt einen guten Überblick zur Geschichte der politischen Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert in Europa, angereichert durch geschlechterspezifische Fragestellungen. Die gerade aus Sicht von „Frauenfragen" zentrale Problematik des islamistischen Fundamentalismus bleibt jedoch unbehandelt.

Hildebrand, Klaus, Geschichte des Dritten Reiches, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 178 S. – Der schmale Band des Bonner Emeritus für Mittelalterliche und Neuere Geschichte bietet einen guten Überblick über die Jahre von 1933 bis 1945 aus außen-, innen-, sozial- und wirtschaftspolitischer Perspektive. Das Buch überzeugt durch eingängige Präsentation und Anschaulichkeit.

Höhler, Gertrud, Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut, Zürich 2012 (*Orell Füssli*), 280 S. – Die Autorin verficht in ihrem Buch die These, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel einen „Allparteien-Staat" lanciert und dem politischen System der Bundesrepublik damit nachhaltig Schaden zufügt. Sie schießt mit ihrer Kritik über das Ziel hinaus.

Honecker, Margot, Zur Volksbildung. Gespräch, Berlin 2012 (*Das Neue Berlin*), 224 S. – Den Interviewband mit der Bildungsministerin und First Lady der DDR sollte man spätestens nach der Lektüre des Kurztextes aus der Hand legen. Hier heißt es: „Was unter ihrer Führung passierte, geschah mit Verstand und Weitsicht. Ihre Arbeit setzte Maßstäbe für eine erfolgreiche Erziehung."

Höpfner, Peter, Die Informationspolitik des Ministeriums für Staatssicherheit. Die DDR-Wirtschaft in den Wochenberichten der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) Marburg 2012 (*Tectum*), 314 S. – Wie die Wochenübersichten der ZAIG des Ministeriums für Staatssicherheit zeigen, wusste dieses über die Missstände gut Bescheid. Allerdings gelangte längst nicht jede Information an die Partei- und Staatsführung.

Horowitz, Irving Louis, Hannah Arendt. Eine Radikal-Konservative, Heusenstamm 2012 (*Ontos*), 113 S. – Der amerikanische Soziologe deutet das Leben und Werk von Hannah Arendt in ungewöhnlicher Manier: Aus Nähe zu Martin Heidegger folge eine konservative Grundhaltung. Weil totalitären Systemen Phänomene wie Massenmord und Gewalt inhärent seien, plädiere Arendt für die offene Gesellschaft. Die radikale Freiheitsliebe eröffne der Demokratie bis heute Perspektiven.

Huisken, Freerk, Der demokratische Schoß ist fruchtbar...: Das Elend an der Kritik am (Neo)Faschismus, Hamburg 2012 (*VSA*), 229 S. – Der als marxistisch geltende Autor denunziert das demokratisch-zivilgesellschaftliche Engagement gegenüber dem Rechtsextremismus als „Ehrenrettung von Nationalbewusstsein" – und bezeichnet dies als „Segen des demokratisch regierten Kapitalismus."

Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2012, New York 2012 (*Bezugsadresse: www.hrw.org*), 676 S. – Der Bericht informiert über Menschenrechtsverletzungen weltweit (Berichtsjahr 2011).

Hüttmann, Jens, „Früher hatten wir gar keine Beziehungen, jetzt haben wir wenigstens schlechte." Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945-1989, Erfurt 2012 (*Landeszentrale für politische Bildung Thüringen*), 80 S. – Der Autor beleuchtet in knapper Form und mit zahlreichen Abbildungen instruktiv Vorgeschichte und Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen.

Igel, Regine, Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte, München 2012 (*Herbig*), 335 S. – Gut geschriebenes, populärwissenschaftliches Buch über das MfS, das entgegen der Ankündigung im Klapptext jedoch kaum Enthüllendes zu bieten hat. Zudem: Es ist nicht frei von verschwörungstheoretischen Annahmen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2011/2012, Berlin 2012 (*Verlag Barbara Budrich*), 467 S. – Das Jahrbuch versammelt renommierte Autoren und bietet einen aktuellen Überblick über Schwerpunkte und Entwicklungen des Terrorismus weltweit. Neben allgemeinen Trends stehen dabei auch umfassende Länderanalysen und theoretische Fragen im Vordergrund.

Institute for Strategic Dialogue (Hrsg.), Preventing and Countering Far-Right Extremism. European Cooperation, London 2012 (*Bezugsadresse: www.strategicdialogue.org/sweden-actionresearch/*), 85 S. – Der im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte Bericht enthält Länderskizzen zur Praxis der Rechtsextremismusprävention und -repression in Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Schweden, der Slowakei und Ungarn.

Intelligence and Security Committee, Annual Report 2011/12, presented to Parliament by the Prime Minister by command of her Majesty, London 2012 (*Bezugsadresse: www.official-documents.gov.uk/document/cm84/8403/8403.pdf*), 84 S. – Der Tätigkeitsbericht des für die Kontrolle der Nachrichtendienste zuständigen parlamentarischen Ausschusses vermittelt einen Überblick über alle sicherheitsrelevanten Beobachtungsfelder im Untersuchungszeitraum.

Ipsen, Jörn, Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht/Staatsrecht II – Grundrechte, 24./15. Aufl., München 2012 (*Vahlen*), 329, 302 S. – Die jeweils neu bearbeiteten Lehrbücher sind nicht nur für Studierende des Staatsrechts eine geeignete Lektüre, sondern wegen ihres hohen Grades an Systematik, mit dem Staatsstrukturprinzipien sowie Grund- und Menschenrechte Behandlung finden, auch angehenden Politikwissenschaftlern dringend empfohlen.

Ismayr, Wolfgang, Der Deutsche Bundestag, 3. Aufl., Wiesbaden 2013 (*Springer VS*), 519 S. – Dieses Standardwerk zum Herzstück der politischen Willensbildung in Deutschland liegt nun in grundlegend überarbeiteter Form vor.

Jasch, Hans-Christian, Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung, München 2012 (*Oldenbourg Verlag*), 534 S. – Eine gründlich recherchierte Betrachtung der Rolle der Beamten im NS-Staat. Wie der Titel ankündigt, räumt der Verfasser gründlich mit dem Mythos vom pflichtgebundenen und „unschuldigen" Beamten auf. Am Beispiel des Staatssekretärs Wilhelm Stuckart, der nie angemessen zur Verantwortung gezogen wurde, schildert Jasch die Bereitwilligkeit und Initiativen eines Staatsbeamten – mit dessen funktionierender Zuverlässigkeit die Nationalsozialisten rechnen konnten.

Jasku□owski, Tytus (Hrsg.), Anna Walentynowicz: Solidarność – eine persönliche Geschichte, Göttingen 2012 (*V&R Unipress*), 209 S. – Die „Heldin von Danzig" gehörte zu den berühmten Oppositionellen Polens. Ihre Entlassung 1980 löste Streiks aus, die in der Gründung der Gewerkschaft Solidarność gipfelten und damit den Kampf um Menschenrechte und Freiheit in Osteuropa entfesselten. Der Band gestattet einen bislang unbekannten Einblick in den Alltag des polnischen Volkes und der Dissidenten.

Jesse, Eckhard/Jürgen P. Lang, DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München 2012 (*Olzog*), 413 S. – Dieses Buch untersucht die Geschichte der Partei und ihrer Vorgänger PDS und WASG, erkundet ihren Platz im deutschen Parteiensystem, erklärt Erfolge und Misserfolge bei Wahlen – und analysiert Organisation, Strategie und Ideologie der LINKEN aus dem Blickwinkel der Extremismusforschung.

Jochem, Sven, Die politischen Systeme Skandinaviens, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 248 S. – Die als Lehrbuch konzipierte Studie der nordeuropäischen Demokratien überzeugt durch ihre integrativ-vergleichende Darstellung. Neben dem politischen System werden zudem die Geschichte sowie zentrale Politikfelder (Wirtschaft, Soziales und Bildung, Europa, Äußeres, und Sicherheit) von Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden beleuchtet.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

John, Anke, Der Weimarer Bundesstaat. Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918-1933), Köln/Weimar/Wien 2012 (*Böhlau*), 486 S. – Die geschichtswissenschaftliche Habilitationsschrift behandelt umfänglich die Weimarer Reich-Länder-Debatten zwischen Unitaristen und Föderalisten über eine Reform der föderalen Ordnung. Einige der angeführten Streitpunkte erinnern auffällig an beinahe unveränderte Problemlinien.

Johnson, Matthew (Hrsg.), The Legacy of Marxism. Contemporary Challenges, Conflicts and Developments, London/New York 2012 (*Continuum International Publishing Group*), 218 S. – Was bleibt vom Marxismus? Erlebt er in gewandelten Formen eine Renaissance? Benötigen wir (post-)marxistische Konzepte, um uns kritisch mit den Auswüchsen des Kapitalismus und „Neoliberalismus" auseinandersetzen zu können? Auf diese Fragen vermögen die Autoren in ihrer Auseinandersetzung mit neueren (post-)marxistischen Anläufen keine eindeutige Antwort zu geben.

Keller, Dietmar, In den Mühlen der Ebene. Unzeitgemäße Erinnerungen, Berlin 2012 (*Dietz Berlin*), 255 S. – Die lesenswerte Autobiographie des SED-Kulturministers in der Modrow-Regierung und PDS-Politikers bietet einen vielschichtigen Blick auf den Kulturpolitiker und Privatmann Keller, der sich offen der eigenen Vergangenheit stellt, aber auch Weggefährten und Widersacher nicht schont.

Kemper, Dirk, Heinrich Mann und Walter Ulbricht. Das Scheitern der Volksfront, München 2012 (*Wilhelm Fink*), 266 S. – Basierend auf den Beständen des Moskauer Sonderarchivs, die der Öffentlichkeit heute nicht mehr zugänglich sind, beschreibt der Autor die Bedingungen der politischen Publizistik Heinrich Manns vor dem Hintergrund seines Exils und den gescheiterten Volksfrontverhandlungen in Paris. Kemper widerlegt die offizielle Geschichtsschreibung der DDR, indem er den von Mann verhassten Ulbricht als Erfüllungsgehilfen sowjetischer Politik charakterisiert. Über die Darstellung der „offiziellen" Beziehung zwischen Mann und Ulbricht geht die Arbeit jedoch nicht hinaus.

Kennedy, Paul, Die Casablanca-Strategie. Wie die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen – Januar 1943 bis Juni 1944, München 2012 (*C. H. Beck*), 448 S. – Der bekannte Autor von *Aufstieg und Fall der großen Mächte* schildert die Folgen des Treffens der amerikanischen und der britischen Politiker in Casablanca. Es war keineswegs selbstverständlich, dass der alliierte Sieg im Mai 1945 (in Europa) und im August 1945 (in Asien) erreicht wurde.

Kepplinger, Hans Mathias, Die Mechanismen der Skandalisierung. Zu Guttenberg, Kachelmann, Sarrazin & Co.: Warum einige öffentlich untergehen – und andere nicht, München 2012 (*Olzog*), 223 S. – Die aktualisierte Neuauflage führt dem Leser in der gewohnt strukturierten Art den allmonatlichen Wahnsinn einer medial inszenierten Skandalrepublik vor Augen. Oder wo sonst legt ein erfolgreich (und zu Recht) skandalisierter Bundespräsident eineinhalb Jahre vor seiner eigenen Demissionierung der (scheinbar unabhängigen) Deutschen Bundesbank den Rauswurf eines ihrer erfolglos (und zu Unrecht) skandalisierten Vorstandmitglieder nahe?

Kissinger, Henry/Fareed Zakaria/Niall Ferguson/David Daokui Li, Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, München 2012 (*Pantheon*), 105 S. – Im Rahmen einer im Juni 2011 stattfindenden Debatte versuchen die vier Teilnehmer, die Frage nach der zukünftigen Vormachtstellung Chinas im 21. Jahrhundert zu erläutern. Dabei werden gegensätzliche Positionen vertreten.

Klamt, Martin, Die Europäische Union als Streitbare Demokratie. Rechtsvergleichende und europarechtliche Dimensionen einer Idee, München 2012 (*Herbert Utz Verlag*), 501 S. – Der Autor verkauft seine Dissertation unter Wert. Er untersucht, nicht wie der Titel suggeriert, nur die Streitbarkeit in den Rechtsvorschriften der Europäischen Union, sondern bietet einen rechtsvergleichenden Überblick über die Regelungen der Verfassungsordnungen in allen EU-Mitgliedsstaaten.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Knapp, Robert, Römer im Schatten der Geschichte. Gladiatoren, Prostituierte, Soldaten: Männer und Frauen im Römischen Reich, Stuttgart 2012 (*Klett-Cotta*), 398 S. – Aus einer ungewöhnlichen Perspektive heraus, sprachlich lebendig und unter Verwendung einer möglichst breiten Quellenbasis zeichnet der Autor ein bislang weniger bekanntes, gerade deshalb äußerst interessantes Bild der Welt des alten Roms: das Bild der „gewöhnlichen Menschen". Wie funktionierte das soziale Gefüge im römischen Alltag? Wie war es um das Geschlechterverhältnis wirklich bestellt? Was prägte das Leben einer Sklavin oder eines Gladiators?

Knigge, Jost C., Hitlers Italienbild. Ursprünge und Konfrontation mit der Wirklichkeit, Hamburg 2012 (*Verlag Dr. Kovač*), 299 S. – Lesenswerte Studie über die besondere Neigung Hitlers gegenüber seinen Verbündeten in Südeuropa, vor allem zum Wandel der anfangs fast ausschließlich positiven Wahrnehmung Italiens, die jedoch im Kriegsverlauf zunehmend einer kritischeren und misstrauischeren Sicht wich.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Youth. Future Agents of Change or Guardians of Establishment?, in: Panorama – Insights into Asian and European Affairs, 1/2012, Singapore 2012, 167 S. – Publikation mit Beiträgen zu den Themen Jugend, Partizipation, Migration, Social Media, jugendliche Entwicklung u. a in asiatischen und europäischen Staaten.

Koop, Volker, Hitlers Muslime. Die Geschichte einer unheiligen Allianz, Berlin 2012 (*be.bra*), 283 S. – Seit einiger Zeit finden die sogenannten „Beutekameraden" eine allerdings bislang eher oberflächliche Aufmerksamkeit der Forschung. Es ist wohl bekannt, dass unter den SS-Mitgliedern nicht nur Flamen und Finnen, sondern auch Kosaken, Rumänen und Türken anzutreffen waren. Welcher Kulturaustausch/-konflikt, welche In- und Exklusionsprozesse damit verbunden waren, ist bislang aber nur ansatzweise erörtert worden. Volker Koop bietet mit seiner quellennah gearbeiteten Studie einen gut lesbaren ersten Zugang zur Thematik.

Korte, Karl-Rudolf/Jan Treibel (Hrsg.), Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 289 S. – In diesem Sonderband der *Zeitschrift für Politikwissenschaft* werden inhaltliche und personelle Entscheidungsprozesse in sieben deutschen Parteien analysiert. Drei theoretische Beiträge runden den Band ab, der für jeden unverzichtbar sein dürfte, der sich mit den genannten Prozessen in einer Partei vertiefend oder vergleichend auseinandersetzen will.

Kraushaar, Wolfgang, Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung, Hamburg 2012 (*Hamburger Edition*), 255 S. – Ob New York, Kairo oder Athen – der sonst scharfsinnige Autor unterliegt der Versuchung, die weltweiten Proteste als Teil einer gemeinsamen Bewegung zu begreifen, ohne allerdings die vielfältigen Ursachen, Formen und Ziele der Proteste angemessen zu differenzieren.

Kraushaar, Wolfgang, Der Griff nach der Notbremse. Nahaufnahme des Protests, Berlin 2012 (*Wagenbach*), 139 S. – Wolfgang Kraushaar untersucht anhand von 13 historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts verschiedene Formen des Protests.

Kretschmann, Carsten, Zwischen Spaltung und Gemeinsamkeit. Kultur im geteilten Deutschland, Berlin 2012 (*be.bra*), 200 S. – Der Historiker Kretschmann nimmt deutsche Kultur in Ost und West von der Teilung bis zur Wiedervereinigung vergleichend in den Blick – durch eine rein historische und bisweilen unsystematische Herangehensweise mit Beispielen aus Musik, Kunst und Literatur – politische Kultur etwa fehlt gänzlich.

Kübler, Elisabeth, Europäische Erinnerungspolitik. Der Europarat und die Erinnerung an den Holocaust, Bielefeld 2012 (*transcript*), 280 S. – Eine Untersuchung zum Stand der Holocausterinnerungspolitik in internationalen Institutionen im Allgemeinen und im Europarat im Speziellen.

Kwon, Heonik/Byung-Ho Chung, North Korea. Beyond Charismatic Politics, Lanham u. a. 2012 (*Rowman & Littlefield Publishers, Inc.*), 218 S. – Im Mittelpunkt des Werkes steht die Frage, wie der dynastischen Führung Nordkoreas eine „Routinisierung des revolutionären Charismas" gelang. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem Komplex der Herrschaftslegitimation – auf der „invention of tradition", den Herrschaftsdoktrinen, dem Märtyrer-, Helden- und Führerkult.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutz 1952-2012. Festschrift zum 60. Jubiläum des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Stuttgart 2012 (*Bezugsadresse: www.verfassungsschutz-bw.de*), 431 S. – In dem stattlichen Band ziehen Insider wie externe Experten eine umfassende Bilanz zur Geschichte des Amtes wie zur Lage auf den zentralen Arbeitsfeldern.

Lean, Nathan, The Islamophobia Industry. How the Right Manufactures Fear of Muslims, London 2012 (*Pluto Press*), 222 S. – Im Reportagestil wirft der Autor Schlaglichter auf Organisationen und Internet-Foren (vorwiegend in den USA und Israel), die durch pauschalisierende Islamkritik Muslimfeindlichkeit begünstigen.

Lehnert, Detlef (Hrsg.), Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2012 (*Böhlau*), 301 S. – Die 13 Beiträge widmen sich der Entstehung und Idee des Sozialliberalismus, untergliedert in Texte zu seiner Frühgeschichte, zur Person Friedrich Naumanns und zu den Entwicklungen in ausgewählten europäischen Staaten bzw. Regionen.

Leicht, Johannes, Heinrich Claß. 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 463 S. – Auf einer breiten Basis teilweise unveröffentlichter Quellen zeichnet der Autor Leben und Wirken des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes nach, der mit einem kompromisslosen Führungsstil und einer aggressiven Rhetorik Breitenwirkung erzielen wollte, damit letztlich aber nur die elitäre Isolierung der Organisation förderte.

Leunig, Sven, Die Regierungssysteme der deutschen Länder, 2. Aufl., Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 263 S. – Es handelt sich um die gegenwärtig wohl beste Regierungslehre zu den bundesdeutschen Ländern, voller Details, die aber den Blick auf das große Ganze nicht verstellen und die sehr gut Vergleiche ermöglichen.

Leunig, Sven/Hendrik Träger (Hrsg.), Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009, Berlin 2012 (*LIT*), 311 S. – Ist der Bundesrat zuvörderst ein Instrument für die bundespolitische Durchsetzung von Partei- oder von Landesinteressen? Und: Wurde die Durchsetzung von Landesinteressen durch parteipolitische Motive verhindert? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Bandes, der mit systematisch ausgewählten qualitativen Fallstudien arbeitet.

Leyen, Marie-Luise von der, Max Mannheimer. Drei Leben, München 2012 (*dtv*), 216 S. – Die Journalistin begleitet einen ergreifenden Lebensbericht, der, ergänzt durch historische Tatsachen, Max Mannheimers Erinnerungen zu einem erschütternden Zeugnis der NS-Judenpolitik und des Verhältnisses zwischen Deutschen und Juden, auch in der Nachkriegszeit, werden lässt. Der 92-Jährige verlor den Großteil seiner Familie im Holocaust, überstand Unvorstellbares in Warschau und in Dachau – und kann doch nicht hassen.

Liberti, Stefano, Landraub. Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus, Berlin 2012 (*Rotbuch*), 254 S. – Im Gegensatz zum reißerischen Untertitel handelt es sich um eine seriöse, weil ausgewogene Auseinandersetzung mit dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Phänomen des „Land grabbing", in dem Gewinner wie Verlierer im globalen Wettbewerb um landwirtschaftliche Anbauflächen zu Wort kommen.

Limberger, Daniel, Polen und der Prager Frühling 1968. Reaktionen in Gesellschaft, Partei und Kirche, Frankfurt a. M. 2012 (*Peter Lang*), 590 S. – Die 2011 in Freiburg als Dissertation vorgelegte Studie behandelt aus verschiedenen Perspektiven die Positionen der polnischen Kommunisten, der Kirche und der Opposition zur Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten im Nachbarland.

Mählert, Ulrich u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2012 (*Aufbau Verlag*), 460 S. – Dieser Band konzentriert sich auf den „neuen Menschen" im Kommunismus. Die Utopie schlug in Zwang um.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mammone, Andrea/Emmanuel Godin/Brian Jenkins (Hrsg.), Mapping the Extreme Right in Contemporary Europe. From Local to Transnational, London/New York 2012 (*Routledge*), 339 S. – Das Themenspektrum der von ausgewiesenen Experten verfassten Beiträge des Bandes ist weit gespannt: von lokalen zu transnationalen Strukturen und von politischen Parteien bis zu gewaltorientierten Paramilitärs. Es finden Länder Berücksichtigung, die oft ausgespart bleiben, etwa Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien, Malta, die Türkei und die Ukraine.

Manow, Philip/Friedbert W. Rüb/Dagmar Simon (Hrsg.), Die Bilder des Leviathan. Eine Deutungsgeschichte, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 247 S. – Der berühmte Kupferstich auf dem Titelbild von Thomas Hobbes Werk Leviathan begeistert seit Jahrhunderten und regte vielfach zu Interpretationen an. Dieser Band ist eine Zusammenstellung von Aufsätzen der letzten 25 Jahre aus der Zeitschrift *Leviathan*, die sich mit besagtem Titelbild befassen.

Markus Groß/Karl-Heinz Ohlig (Hrsg.), Die Entstehung einer Weltreligion II. Von der koranischen Bewegung zum Frühislam, Tübingen 2012 (*Ernst Schiler Verlag*), 813 S. – Der sechste Band des umstrittenen Inarah-Instituts versammelt 15 Texte zur Erforschung der früheren Islamgeschichte und des Koran.

Massing, Peter/Gotthard Breit/Hubertus Buchstein (Hrsg.), Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen, 8. Aufl., Schwalbach/Ts. 2012 (*Wochenschau Verlag*), 366 S. – Das mittlerweile in völlig überarbeiteter 8. Auflage vorliegende Kompendium hat sich als Standardwerk bewährt. Es versammelt werkbiographische Studien, die insbesondere Studierenden einen ersten kompetenten Zugang zu zentralen Autoren der politischen Theorie von der Antike bis in die Gegenwart ermöglicht.

Mayer-Vorfelder, Gerhard, Ein stürmisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart/Leipzig 2012 (*Hohenheim Verlag*), 206 S. – Eine unterhaltsame Lektüre, die zum Blick hinter die Kulissen der Politik und des Geschäftsalltags im Deutschen Fußballbund einlädt. Der Autor resümiert seinen Weg – wie auch Begegnungen und Begebenheiten – in der baden-württembergischen Politik, als Präsident des VFB Stuttgart und an der Spitze des deutschen Fußballs, allerdings subjektiv gefärbt.

Mergel, Thomas (Hrsg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a. M./New York 2012 (*Campus*), 357 S. – Allerorten Krisen: in der Politik, in der wirtschaftlichen Weltordnung und in der Wissenschaft – hier vor allem als Untersuchungsgegenstand; davon legt der lesenswerte Band, den der Berliner Historiker Thomas Mergel herausgegeben hat, Zeugnis ab. Theoretische Zugänge zur Krise finden sich darin ebenso wie Einzelstudien zum Charakter von (Nicht-)Krisengesellschaften, zu Semantik und Sprachen von Krisen sowie zu „epistemischen Krisen". Einer Kulturgeschichte der Politik verpflichtet, konzentriert sich das Kompendium auf Krisen als Wahrnehmungsphänomene.

Merl, Stephan, Politische Kommunikation in der Diktatur. Deutschland und die Sowjetunion im Vergleich, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 184 S. – Der Autor analysiert, wie Diktaturen – nach Terror und Repression – durch kommunikatives Handeln ihren Regimen Stabilität verleihen. Dabei geht er vergleichend auf das NS-Regime, die DDR und die Sowjetunion ein und untersucht die Gründe für den Zusammenbruch der kommunistischen Regime.

Merseburger, Peter, Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie, München 2012 (*DVA*), 672 S. – Gut geschriebene Biographie über den ersten Bundespräsidenten, der bereits 1932 ein Buch über „Hitlers Weg" verfasst hatte.

Mielke, Siegfried/Werner Reutter (Hrsg.), Länderparlamentarismus. Geschichte – Struktur – Funktionen, 2. Aufl., Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 674 S. – Den 16 Kapiteln über die einzelnen Landesparlamente ist eine umfassende Bestandsaufnahme durch die Herausgeber vorgelagert.

Ministry of Interior/Security Policy Department (Hrsg.), Report on Extremism and Manifestations of Racism and Xenophobia on the Territory of the Czech Republic in 2011, Prag 2012 (*Bezugsadresse: www.mvcr.cz*), 95 S. – Der Bericht vermittelt eine Lageanalyse zur Situation des politischen Extremismus in den verschiedenen Regionen der Tschechischen Republik und informiert ausführlich über die Gegenmaßnahmen der Sicherheitsbehörden.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mittler, Günther R., Geschichte im Schatten der Mauer. Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft und die deutsche Frage 1961-1989, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 422 S. – Die Analyse zum Umgang der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft mit der deutschen Frage bis 1989 ist materialreich und wertungsschwach zugleich.

Moreau, Patrick, De Jörg Haider à Heinz-Christian Strache. L'extrême droite autrichienne à l'assaut du pouvoir, Paris 2012 (*Les Éditions du Cerf*), 637 S. – Der Band analysiert umfassend Entwicklung und aktuelle Bedeutung der rechtspopulistischen FPÖ in ihrem programmatischen, organisatorischen wie strategischen Erscheinungsbild.

Morlok, Martin/Thomas Poguntke/Jens Walter (Hrsg.), Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 295 S. – Der aufschlussreiche Tagungsband widmet sich facettenreich einem nicht nur kommunalpolitisch (zunehmend) relevanten Phänomen, das mehr zu sein vorgibt, als es bei genauerem Hinsehen tatsächlich ist.

Mörtenböck, Peter/Helge Mooshammer, Occupy. Räume des Protests, Bielefeld 2012 (*transcript*), 191 S. – Ein klassischer Fall von Schnellschuss: Die Autoren überhöhen mit offenkundiger Sympathie Occupy zur globalen Bewegung, ohne die begrenzte Reichweite der Proteste angemessen einzuschätzen.

Munimus, Bettina, Alternde Volksparteien. Neue Macht der Älteren in CDU und SPD?, Bielefeld 2012 (*transcript*), 376 S. – Die Autorin untersucht die Konsequenzen des Alterns der Volksparteien. Fast jedes zweite Mitglied ist über 60 Jahre alt. Die latente Macht der Alten sei bisher nicht in eine manifeste Macht umgeschlagen.

National Counterterrorism Center (Hrsg.), 2011 Report on Terrorism, Washington D. C. 2012 (*Bezugsadresse: www.fas.org/irp/threat/nctc2011.pdf*), 28 S. – Der Bericht bietet neben einer Chronologie der wichtigsten Ereignisse statistische Zahlen zu terroristischen Anschlägen weltweit.

Noeske, Harald, Regieren in Sachsen. Wandlungen der Verwaltungskultur und der politischen Führung in Sachsen 1990 bis 2010, Dresden 2012 (*SchumacherGebler*), 304 S. – Der frühere sächsische Ministerialbeamte bietet mit seinem Praxisbericht einen facettenreichen Einblick in die Organisations- und Machtstrukturen sowie die Arbeitsabläufe des sächsischen Regierungsapparats. Der Schwerpunkt seiner ebenso kritischen wie politischen Darstellung liegt auf der Staatskanzlei, der er weitgehendes Koordinierungsversagen vorwirft.

Odenbach, Jan, Partei, Netz, Netzpartei. Meinungs- und Willensbildung in der Piratenpartei, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 118 S. − Die Forschungsarbeit untersucht das Zusammenwirken von parteipolitischer Kommunikation mit der Praxis netzbasierter digitaler Kommunikation, bei der innerparteilichen Willens- und Meinungsbildung am Beispiel der Programmarbeit der „Berliner-Piraten“. Die Analyse konzentriert sich auf das digitale Kommunikationsmittel LiquidFeedback und beruht auf einer lokal begrenzten qualitativen Feldforschung.

Olson, Parmy, Inside Anonymous. Aus dem Innenleben des globalen Cyber-Aufstands, München 2012 (*Redline Verlag*), 477 S. – Ein aufschlussreiches Buch über den anarchistisch agierenden und durchaus ernst zu nehmenden Kreis der Hacker-Gemeinschaft. Es handelt von PC-Eindringlingen, die sich online und in der Gruppe zu Attacken gegen Konzerne finden – ebenso von Streit, Lüge und Verrat wie von (oft minderjährigen) Netz-Anarchisten und selbsternannten Aktivisten auf Identitätssuche.

Ooyen, Robert Chr. van/Martin H.W. Möllers (Hrsg.), Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 317 S. – Der Bundespräsident ist in der deutschen Demokratie ohne politische Macht, aber er hat durchaus Einfluss. Daher sind die Parteien bestrebt, dieses Amt zu besetzen. Der Band stellt die Rolle der Präsidenten im politischen System dar, und er würdigt deren Persönlichkeiten.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

OSCE/ODIHR (Hrsg.), Hate Crimes in the OSCE Region – Incidents and Responses. Annual Report for 2011, Warschau 2012 (*Bezugsadresse: www.osce.org/odihr*), 179 S. – Der Bericht dokumentiert und analysiert umfassend die in den OSZE-Mitgliedstaaten erfassten Fälle von Hassverbrechen, insbesondere gegen Angehörige ethnischer, religiöser oder sexueller Minderheiten. Die Validität der Daten steht und fällt mit der Berichtspraxis der Staaten. Sie ist zu unterschiedlich, um eine für alle Staaten verlässliche Vergleichsbasis zu erhalten.

Ossege, Stefan, Das Parteienrechtsverhältnis. Das Rechtsverhältnis zwischen politischer Partei und Parteimitglied, Göttingen 2012 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 359 S. – Die an der Universität Oldenburg entstandene Dissertation untersucht das vielschichtige Verhältnis von Parteien und ihren Mitgliedern aus verfassungsrechtlicher Perspektive.

Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 357 S. – Der Autor begründet sein Konzept des evolutorischen Institutionalismus. Die Anwendung erfolgt in Einzelfallstudien (u. a. Deutscher Bundestag, Volkskammer).

Pekelder, Jacco, „Ich liebe Ulrike". Die RAF und die Niederlande 1970-1980, Münster 2012 (*agenda*), 284 S. – Der in Utrecht lehrende Historiker widmet sich der niederländischen Sympathisanten-Szene für die RAF während der 1970er Jahre. Die gründliche, auf großer Literatur- und Quellenbasis fußende, klug argumentierte Studie zeigt, wie viel Forschungspotenzial der deutsche Linksterrorismus aus transnationaler Perspektive noch bietet.

Prinz, Michael, Der Sozialstaat hinter dem Haus. Wirtschaftliche Zukunftserwartungen, Selbstversorgung und regionale Vorbilder: Westfalen und Südwestdeutschland 1920 – 1960, Paderborn u. a. 2012 (*Ferdinand Schöningh*), 454 S. – Die regionalgeschichtliche Studie nimmt Kontinuitäten und Brüche autarker Versorgung in den Krisenzeiten der Weimarer Republik, im Dritten Reich und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik unter die Lupe.

Rabinowitch, Alexander, Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki, Essen 2012 (*Mehring*), 542 S. – Es handelt sich um die deutsche Übersetzung eines Standardwerks, das die These verficht, die „Oktoberrevolution" sei mehr als ein bloßer Putsch gewesen. Das ausführliche Vorwort zur deutschen Ausgabe referiert die Rezeption des Bandes.

Rafat, Shamim, Ethik und Qualität in der Politikberatung. Zur Entwicklung von professionellen Standards und Grundsätzen, Bielefeld 2012 (*transcript*), 270 S. – Die an der Universität Duisburg-Essen eingereichte Dissertation setzt sich mit den moralischen, ethischen und instrumentell-technischen Standards der Politikberatung auseinander, um einen Beitrag zur Erhöhung der Qualität von Lobbyarbeit zu leisten.

Rankin, George T./Kenneth M. Cowen (Hrsg.), Muslims in Europe. Integration and Counter-Extremism Efforts, New York 2012 (*Nova Science Publishers, Inc.*), 153 S. – Die Beiträge des Bandes untersuchen die Integrationspolitik ebenso wie Antiextremismus- und Antiterrorismusprogramme in fünf EU-Ländern mit bedeutender muslimischer Bevölkerung: Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Spanien und das Vereinigte Königreich.

Raphael, Lutz (Hrsg.), Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2012 (*Böhlau*), 311 S. – Der Band versammelt durchweg weiterführende Beiträge, die Ordnungsmuster und Selbstbeschreibungen europäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert erörtern und nach den Verbindungen zwischen Sozial-, Ideen- und Wissenschaftsgeschichte suchen. Zu systemübergreifenden Paradigmen wie „Technokratie" oder „Social engineering" finden sich ebenso Aufsätze wie zu einer – auch außerhalb der Disziplingrenzen – Deutungsmacht beanspruchenden Soziologie.

Reinicke, Helmut, Rudi Dutschke. Aufrecht gehen, 1968 und der libertäre Kommunismus, Hamburg 2012 (*Laika*), 320 S. – Der aufwendig editierte Band mit zahlreichen Bildern und zwei beiliegenden DVDs mit den Filmen über Dutschke von Helga Reidemeister und Jürgen Miermeister kommt ohne den Versuch aus, eine kritische Distanz zum Objekt der Darstellung auszubauen. Ein Buch für Dutschke-Fans – von einem Dutschke-Fan.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Roth, Jürgen, Gazprom – das unheimliche Imperium. Wie wir Verbraucher betrogen und Staaten erpresst werden, Frankfurt a. M. 2012 (*Westend*), 317 S. – Der Journalist Jürgen Roth liefert ein investigatives wie meinungsstarkes Porträt über den russischen Staatskonzern Gazprom. Er erörtert die Geschäfte des Energieriesens und hinterfragt die Verflechtung von Politik und Wirtschaft. Eine Stärke des Werkes: Roth belegt Missstände und benennt die handelnden Personen.

Rupprecht, Isabel, Das Wahlrecht für Kinder. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit und praktische Durchführbarkeit, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 228 S. – Die rechtswissenschaftliche Dissertation, die die Diskussion um das „Wahlrecht für Kinder" schildert, erörtert das Pro und Kontra. Sie plädiert für ein Stellvertreterwahlrecht, hält aber auch die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 und 14 Jahre für sinnvoll.

Rupps, Martin, Die Überlebenden von Mogadischu, Berlin 2012 (*Suhrkamp*), 341 S. – Die Geschichte der Überlebenden von Mogadischu wird anschaulich geschildert, aber substanziell Neues kommt dabei nicht heraus. Nicht die „große Politik" steht im Vordergrund, sondern der „kleine Alltag".

Säkerhetspolisen (Hrsg.), Säkerhetspolisen 2011, Stockholm 2012 (*Bezugsadresse: www.sakerhetspolisen.se*), 57 S. – Für die breite Öffentlichkeit bestimmte Broschüre, die über alle wesentlichen Felder der nachrichtendienstlichen Arbeit in Schweden informiert.

Schaap, Fritz, Nur der Satan isst mit links. Ich war Undercover in einer Islamistenschule, Freiburg im Breisgrau 2012 (*Herder*), 160 S. – In seinem investigativ-journalistischen Erfahrungsbericht schildert der Autor kritisch seine Erlebnisse in einer salafistischen Sprachschule in Alexandria.

Schädlich, Anna/Susanne Schädlich (Hrsg.), Ein Spaziergang war es nicht. Kindheiten zwischen Ost und West, München 2012 (*Heyne*), 317 S. – Der Band lässt Söhne und Töchter von bekannten Personen zu Wort kommen, die in den siebziger und achtziger Jahren als Kinder bzw. Jugendliche in den Westen gelangt sind. Die Unterschiede in der Qualität der Texte sind beträchtlich.

Schäfer, Gerhard/Volkhard Wache/Gerhard Meiborg, Gutachten zum Verhalten der Thüringer Behörden und Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des „Zwickauer Trios", im Auftrag des Freistaats Thüringen, vertreten durch den Thüringer Innenminister, Erfurt 2012 (*Bezugsadresse: www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/veranstaltungen/120515_schaefer_gutachten.pdf*), 266 S. – Der Bericht ist für das Verständnis der Ursachen des behördlichen Versagens bei der Verfolgung der kriminellen Aktivitäten des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes" (NSU) von fundamentaler Bedeutung.

Schirach, Richard von, Die Nacht der Physiker. Heisenberg, Hahn, Weizsäcker und die deutsche Bombe, Berlin 2012 (*Berenberg*), 272 S. – Mit schriftstellerischem Geschick schildert der Autor das Ringen um die Atombombe am Ende des Zweiten Weltkriegs aus wissenschafts- wie politikgeschichtlicher Perspektive. Vor allem aber gelingt es ihm, Charakterbilder seiner zentralen Akteure – Werner Heisenberg, Otto Hahn und Carl Friedrich von Weizsäcker – gekonnt zu zeichnen. Wie stets im Falle der Berenberg-Bücher ist auch dieser Band gestalterisch ein bibliophiles Meisterstück.

Schmeh, Klaus, Nicht zu knacken. Von ungelösten Enigma-Codes zu den Briefen des Zodiac-Killers, München 2012 (*Carl Hansen*), 296 S. – Der Autor ist Experte für Verschlüsselungstechnik. In seinem neuesten Werk erörtert er zehn der schwierigsten und bis heute ungelösten Rätsel der Kryptografie – von den Hintergründen über die eingesetzten Techniken bis zu den vergeblichen Lösungsversuchen. Einen Mehrwert bieten die zahlreichen Erläuterungen und Beispiele sowie weiterführende Literaturverweise.

Schmeitzner, Mike, Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert, Gesprächskreis Geschichte, Heft 96, Friedrich-Ebert-Stiftung/Archiv der sozialen Demokratie, Bonn 2012 (*Bezugsadresse: http://library.fes.de/pdf-files/historiker/09337.pdf*), 50 S. – Die Broschüre vertieft einige Aspekte (wie die Auseinandersetzung mit der 68er-Bewegung und ihrem Wortführer Rudi Dutschke), die in Schmeitzners Einleitung zur umfangreichen Edition der Totalitarismusschriften Löwenthals in der Reihe *Wege der Totalitarismusforschung* des Hannah-Arendt-Instituts thematisiert werden.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schmidt, Rainer, Verfassungskultur und Verfassungssoziologie. Politischer und rechtlicher Konstitutionalismus in Deutschland im 19. Jahrhundert, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 316 S. – Das Zusammenspiel von Recht, Macht und Verfassung analysiert die Dresdner Habilitationsschrift anhand der Kategorien Kultur (Gemeinschaft, Expressivität, Kommunikation) und Soziologie. Im Vormärz hätten unterschiedliche Verfassungsmodelle konkurriert, die zwischen Kant und Hegel schwankten. Gegen Realpolitik und Rechtspositivismus sei eine neue Soziologie entstanden.

Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.), Wählen in Deutschland. Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 552 S. – Der wichtige State-of-the-Art-Band zur deutschen Wahlforschung versammelt Längs- wie Querschnittstudien zu Bundes- und Landtagswahlen; u. a. die Daten der „German Longitudinal Election Study" zur Bundestagswahl 2009 ermöglichen variantenreiche Analysen.

Schneider, Christoph, Regionale Unterschiede der politischen Kultur in Deutschland und Europa, Frankfurt a. M. 2013 (*Peter Lang*), 476 S. – Die Dissertation an der Universität Mainz legt an der bislang ergebnislosen Debatte um einen politisch-kulturellen Ost-West-Unterschied internationale Maßstäbe an: Im Vergleich mit den Gegensätzen etwa in Großbritannien und Belgien sticht Deutschland keinesfalls als Sonderfall hervor.

Schniewind, Aline, Die Parteiensysteme der Bundesländer im Vergleich. Bestandaufnahme und Entwicklungen, Berlin 2012 (*LIT*), 410 S. – Es ist die bislang umfangreichste Einzelstudie zum Thema. Die Dissertationsschrift untersucht anhand dreier zentraler Eigenschaften, wie und weshalb sich die deutschen Landesparteiensysteme unterscheiden. Obwohl viele der Ergebnisse nicht unbekannt sind, kann die Autorin durch ihr quantitativ-methodisches Vorgehen zentrale (neue) Kausalitäten aufzeigen und belegen.

Scholl-Latour, Peter, Die Welt aus den Fugen. Betrachtungen zu den Wirren der Gegenwart, Berlin 2012 (*Propyläen*) 388 S. – Der Mann, fast 90 Jahre alt, ist ein Phänomen. Gewiss, das Buch ist nicht aus einem Guss, aber seine anekdotenreichen Kommentare und Interviews zur „großen Politik" sind erhellend. Scholl-Latour passt in kein Raster.

Schönhoven, Klaus/Walter Mühlhausen (Hrsg.), Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Berlin 2012 (*Dietz Berlin*), 209 S. – Der vergleichend konzipierte Sammelband untersucht die Fundamente, Entwicklungen und Ausprägungen des deutschen Sozialstaates. Vor allem die Frage nach der Legitimität sozialstaatlicher Maßnahmen durchzieht das Gros der Beiträge.

Schroeder, Klaus/Monika Deutz-Schroeder/Rita Quasten/Dagmar Schulze Heuling, Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt a. M. 2012 (*Peter Lang*), 608 S. – Erneut legt der Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin eine Schüler-Studie vor, die mangelhaftes zeitgeschichtliches Wissen offenbart. In vier Bundesländern und dort an allgemeinbildenden Schulen nahmen 4627 15- und 16-Jährige teil. Die Querschnittsbefragung ermittelte ein recht zufriedenstellendes Wissen über die NS-Zeit, während die historischen Kenntnisse über die Bundesrepublik, die DDR und das vereinigte Deutschland dürftig ausfallen. Die Studie schließt mit Empfehlungen für die Kultusministerien, für künftige Lehrpläne und die politische Bildung.

Schulze, Matthias, Die Sprache der (Un-)Sicherheit. Die Konstruktion von Bedrohung im sicherheitspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland, Marburg 2012 (*Tectum*), 141 S. – Das Buch befasst sich anhand ausgewählter politischer Debatten mit der bewussten sprachlichen Konstruktion von Bedrohungsszenarien. Der Autor vertritt dabei die These, dass sogenannte „Unsicherheitsproduzenten" zur Durchsetzung politischer Ziele Unsicherheit sprachlich konstruieren.

Schumann, Frank/Heinz Wuschech, Schalck-Golodkowski. Der Mann, der die DDR retten wollte, Berlin 2012 (*edition ost*), 191 S. – Apologetische Schrift über den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel, eine Art „graue Eminenz", die den Bereich „kommerzielle Koordinierung" leitete.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sedlatzek-Müller, Robert, Soldatenglück. Mein Leben nach dem Überleben, Hamburg 2012 (*Edel Germany*), 287 S. – Der dramatische Lebensweg des Autors, illustriert mit persönlichen Aufnahmen, zeigt die Schwierigkeiten der Demokratie, bei einer veränderten Sicherheitslage auf soziale Notlagen zu reagieren, in dem Fall bei verwundeten Soldaten. Das 2012 nachgebesserte Einsatz-Weiterverwendungsgesetz von 2007 schafft Abhilfe, doch posttraumatische Belastungsstörungen bleiben den Betroffenen über lange Zeit erhalten.

Seemann, Annette, Weimar. Eine Kulturgeschichte, München 2012 (*C. H. Beck*), 464 S. – Eine lesenswerte Hommage an eine Stadt, deren Mythos früh aufkam – als Ort, an dem Johann Sebastian Bach, Franz Liszt wirkten, an den es Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller zog, an dem das Bauhaus seinen architektonischen Siegeszug begann und die Weimarer Verfassung entstand. Weimar, zu dessen Geschichte auch Buchenwald und die Vereinnahmungsversuche der Nationalsozialisten gehören, bewahrte seinen humanistischen und liberalen Geist während der wechselnden politischen Verhältnisse.

Siri, Jasmin, Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 282 S. – Das Werk gliedert sich in zwei Teile: die vielfach diagnostizierte Krise der Parteien und die Erörterung wesentlicher Elemente der modernen Parteiorganisation. Aus soziologischer Perspektive sei der Krisendiskurs kein Indiz für eine beschädigte Demokratie sondern ein notwendiger Bestandteil für die Organisation demokratischer Politik, wie die Autorin mit Entscheidungen, Dokumenten und Interviews belegt.

Skinner, Quentin, Die drei Körper des Staates, Göttingen 2012 (*Wallstein*), 111 S. – Bilder von Thomas Hobbes und Ernst H. Kantorowicz dienen dem Autor als Grundlage für eine intellektuelle Genealogie des Staates, indem er absolutistische, populistische und reduktionistische Auffassungen vergleicht. Seine Betrachtungen enden normativ – der Staat sei eine fiktive Person, die allein die Tagespolitik zu überdauern vermag. Vorsicht, hier lugt der Leviathan hervor.

Steinberg, Jonathan, Bismarck. Magier der Macht, Berlin 2012 (*Propyläen*), 752 S. – Eine empfehlenswerte Lektüre, angenehm lesbar und faktenreich über den vielleicht bedeutendsten Staatsmann des 19. Jahrhunderts. Der Bismarck-Kenner begeistert in zehn Kapiteln durch eine unkonventionelle Herangehensweise, bei der er nicht nur eine Fülle an Quellen heranzieht, um die faszinierende sowie widersprüchliche Person zu ergründen, sondern ebenso auf Biografien eingeht und zeitgenössische Zeugnisse heranzieht. Ein würdigendes und zugleich nachdenklich stimmendes Buch.

Steinmetz, Willibald (Hrsg.), Political Languages in the Age of Extremes, 2. Aufl., Oxford 2012 (*Oxford University Press*), 408 S. – Seit bereits mehreren Jahrzehnten gehört die Untersuchung „politischer Sprachen" zu den besonders verbreiteten Zugängen im Geiste der sogenannten „Cambridge School". Das gilt für die politikwissenschaftliche Ideengeschichte wie die geschichtswissenschaftliche Intellectual History gleichermaßen. Dabei fanden Quentin Skinners und John Pococks methodologische Überlegungen vor allem für die Epoche der Frühen Neuzeit Anwendung. In dem von Willibald Steinmetz verantworteten Kompendium wagen sich die Autoren ins 20. Jahrhundert und liefern zahlreiche lesenswerte Aufsätze, ob zu den politischen Sprachen des italienischen Faschismus oder der russischen Intelligenzija, zu den Semantiken des Antikommunismus in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten in den ersten drei Nachkriegsdekaden oder zu sprachlichen In-Exklusions-Dynamiken in der DDR.

Stengl, Anton, Antideutsche! Entstehung und Niedergang einer politischen Richtung, Frankfurt a. M. 2012 (*Zambon*), 355 S. – In seinem Buch untersucht der Autor die Entstehung und Argumentation der antideutschen Bewegung, auch im Kontext von Zionismus und der israelischen Geschichte.

Stephan, Walter H., Die Bananenrepublik oder wie Systemparteien unser Land ruinieren, o. O. 2012 (*United p.c.*), 114 S. – Das mit orthografischen Fehlern gespickte und unsachlich geschriebene Machwerk streift ohne erkennbares Konzept verschiedene, nicht in Verbindung stehende politische Themen. Dabei gewinnt das Buch des selbsterklärten „Freiheitskämpfers" Walther H. Stephan den Charakter einer Hetzschrift gegen das demokratische System der Bundesrepublik und „die da oben".

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Stiehm, Enno, Rechtsextreme Jugendliche. Erkennungsmerkmale, Begriffe, Erklärungsansätze und schulische Handlungsmöglichkeiten, Hamburg 2012 (*Diplomica Verlag*), 110 S. – In seiner Arbeit stellt der Autor begriffliche Differenzen heraus, geht detailliert auf Symboliken und Erkennungsmerkmale Rechtsextremer ein, versucht Erklärungsansätze für die Entstehung rechtsextremer Gesinnungen zu erläutern und bietet Handlungsmöglichkeiten zur Prävention in Schule und Gesellschaft an.

Stuhler, Ed, Der Kreml-Flieger. Mathias Rust und die Folgen des Abenteuers, Berlin 2012 (*Ch. Links*), 189 S. – Der Autor rekonstruiert mithilfe von Zeitzeugeninterviews die Motive des damals 19-Jährigen Mathias Rust für seinen Kremlflug sowie die politischen Folgen der Landung auf dem Roten Platz.

Tálos, Emmerich/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, 6. Aufl., Münster 2012 (*LIT*), 436 S. – Das als „Austrofaschismus" charakterisierte Herrschaftssystem zwischen 1933/34 und 1938 wird ausführlich und breit abgehandelt. Der erst nach 1984 erschienene Band ist seither mehrfach aktualisiert worden.

Thomas, Paul, Responding to the Threat of Violent Extremism, London/New York 2012 (*Bloomsbury Academic*), 192 S. – Der Autor stellt das nach den islamistischen Anschlägen von 2005 in London entwickelte Präventionsprogramm der britischen Regierung auf den Prüfstand.

Tillack, Anne Kathleen, Erinnerungspolitik der DDR, Frankfurt a. M. 2012 (*Peter Lang*), 113 S. – Die Autorin analysiert 20 Jahre (1965-1985) Berichterstattung des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland" über die Nationalen Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen und zeigt auf, mit welchem Ansinnen und in welcher Weise der SED-Staat die historischen Orte für die eigene politische Linie propagandistisch nutzte.

Tismaneanu, Vladimir, The Devil in History. Communism, Fascism, and some Lessons of the Twentieth Century, Berkeley 2012 *(University of California Press*), 320 S. – Der Band des an der Universität Maryland lehrenden, im kommunistischen Rumänien geborenen und aufgewachsenen Autors bietet eine differenzierte, die internationale Debatte breit verarbeitende Aufarbeitung der immer wieder gestellten und kontrovers beantworteten Frage nach der Vergleichbarkeit der Totalitarismen. Er lässt keinen Zweifel daran, dass der Vergleich unerlässlich ist und neben bedeutenden Unterschieden fundamentale Gemeinsamkeiten insbesondere zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus unweigerlich zum Vorschein bringt.

Tremmel, Jörg C., Eine Theorie der Generationengerechtigkeit, Münster 2012 (*Mentis*), 341 S. – Umfassendes und wissenschaftlich fundiertes Buch zum Thema der Generationengerechtigkeit, das zentrale Fragen rund um den Begriff erläutert und Impulse für neue Debatten in Politik und Philosophie liefert.

Tristram, Hunt, Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand, Berlin 2012 (*Propyläen*), 575 S. – Das Buch, mehr als ein Porträt von Engels, fängt die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts ein. Ob Engels von Hunt nicht überschätzt wird?

U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2011, Washington D. C. 2012 (*Bezugsadresse: www.state.gov*), 270 S. – Der Bericht bilanziert die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf allen Kontinenten und beleuchtet knapp deren Organisation, Ideologie und Strategie.

Unger, Simone, Parteien und Politiker in sozialen Netzwerken. Moderne Wahlkampfkommunikation bei der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2012 (*Springer VS*), 313 S. – Die in Teilen mit Daten überladene Dissertationsschrift wirft einen aktuellen wie differenzierten Blick auf das E-Campaigning und die Präsenz der Parteien und Politiker in sozialen Netzwerken während und nach dem Bundestagswahlkampf 2009. Gegenwärtig, so der Tenor, seien die Online-Versuche der Parteien „eher ernüchternd", die wahlbeeinflussende Wirkung auf die Rezipienten gering.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Veen, Hans-Joachim (Hrsg.), Zwischenbilanzen. Thüringen und seine Nachbarn nach 20 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2012 (*Böhlau*), 259 S. – Die mehrdimensionale Bilanz der Entwicklung des Freistaates Thüringen seit dem Systemwechsel 1989/90 behandelt Fragen der Aufarbeitung, des Föderalismus, der politischen Kultur, der Wirtschaftsentwicklung, der Demographie sowie zur Zukunft Thüringens innerhalb eines Europas der Regionen.

Vermeulen, Floris/Frank Bovenkerk, Engaging with Violent Islamic Extremism. Local Policies in Western European Cities, Den Haag 2012 (*Eleven International Publishing*), 205 S. – Wie wirken fünf europäische Städte (London, Amsterdam, Berlin, Antwerpen, Paris) mit bedeutender muslimischer Bevölkerung islamischem Extremismus entgegen? Nicht zuletzt die Zielkonflikte zwischen breit angelegter Integrationspolitik und Extremismusbekämpfung werden verdeutlicht.

Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Staatsräson. Steht die Macht über dem Recht?, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 243 S. – Aus vier Perspektiven (ideengeschichtlich, sozialwissenschaftlich, rechtswissenschaftlich und philosophisch) widmen sich zwölf renommierte Autoren der Frage nach den positiven wie negativen Aspekten des schillernden Begriffs der Staatsräson.

Volmer-Naumann, Julia, Bürokratische Bewältigung. Entschädigung für nationalistisch Verfolgte im Regierungsbezirk Münster, Essen 2012 (*Klartext*), 507 S. – Eine traurige Geschichte aus Nordrhein-Westfalen über verweigerte Vergangenheitsbewältigung in den 1950er und 1960er Jahren, in der traumatisierte und Gerechtigkeit wie Hilfe erwartende NS-Verfolgte auf Verwaltungsmitarbeiter mit bürokratischem Formalismus trafen.

Voss, Willi, UnterGrund, Berlin 2012 (*AAVAA editions*), 400 S. – Dies ist die erweiterte Fassung eines autobiographischen Berichts in Form eines Romans aus dem Jahr 1979. Voss, mittlerweile bekannter Kriminalautor, schildert seine Erfahrungen in polit-kriminellen Machenschaften und seinen Ausstieg. Er wehrt sich dagegen, neonationalsozialistischer Helfershelfer beim palästinensischen Attentat 1972 auf die israelische Olympiamannschaft gewesen zu sein.

Wehrmann, Hildegard, Hermann Pünder (1888-1976). Patriot und Europäer, Essen 2012 (*Klartext*), 523 S. – Der Katholik Hermann Pünder spielte in der Spätzeit der Weimarer Republik und der Frühzeit der Bundesrepublik als Politiker eine bedeutende Rolle, ohne dass es ihm aber gelang, ein Ministerium zu leiten. Ihm fehlte Fortune.

Weilert, A. Katarina/Philipp W. Hildmann (Hrsg.), Ethische Politikberatung, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 314 S. – Die mit dem Bedeutungsgewinn von ethischen Fragen für die Politik verbundene gewachsene Relevanz einer solchen Politikberatung ist Gegenstand des Sammelbandes. In drei Abschnitten erläutern die 16 Autoren wie Politikberatung funktioniert, welche Konsequenzen sich aus der Pluralität von Wertvorstellungen ergeben und wie diese auf spezifischen Feldern wie die Umwelt- und Gesundheitspolitik wirken.

Weiner, Tim, FBI. Die wahre Geschichte einer legendären Organisation, Frankfurt a. M. 2012 (*S. Fischer*), 695 S. – Nach seinem Weltbestseller *CIA* legt der US-amerikanische Journalist und Pulitzer-Preisträger eine umfangreiche Analyse der US-Bundespolizei vor. Er zeichnet ein vielschichtiges Bild der Verdienste und Verfehlungen der Behörde.

Widmann, Carlos, Das letzte Buch über Fidel Castro, München 2012 (*Carl Hanser*), 336 S. – Das Porträt über den Máximo Líder ist gut geschrieben, frei von Dämonisierung und Verklärung.

Wippermann, Wolfgang, Heilige Hetzjagd. Eine Ideologiegeschichte des Antikommunismus, Berlin 2012 (*Rotbuch*), 160 S. – Das Werk ist eine Streitschrift, die nach Aussage des Autors nicht auf eine Apologie des Kommunismus ziele. Dessen Bewertung des Kommunismus als Ideal, des Antikommunismus dagegen als einer abzulehnenden Ideologie lässt freilich kaum eine andere Deutung zu.

Wirsching, Andreas, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012 (*C. H. Beck*), 489 S. – Der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte analysiert die Geschichte der europäischen Staaten in den letzten 20 Jahren. Er sieht – bei allen Problemen, etwa durch die Globalisierung – ein Zusammenwachsen Europas.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Yiwu, Liao, Die Kugel und das Opium. Leben und Tod am Platz des Himmlischen Friedens, Frankfurt a. M. 2012 (*S. Fischer*), 430 S. – Das Buch, eine Mischung aus Literatur und Dokument, mahnt. Der 1958 geborene Schriftsteller legt eine beeindruckende Biografie vor. Er berichtet vom Hunger, die seine Kindheit begleitete, von den Repressionen während der Kulturrevolution, von Verfolgung, von dem Erlittenen während der Haftzeit und vom Leben im Exil. 15 Interviews stehen im Mittelpunkt, die offenbaren, was der Mensch im Festhalten an seinen Idealen aushalten, was Mut bewirken und Angst anrichten kann.

Zandberg, Jeroen, Die Politik der Freiheit, Jena 2012 (*Epubli*), 127 S. – Einen holländisch-libertären Einspruch gegen Staatsintervention und Europäisierung verbindet der Autor mit einem Aufruf für Individualität: Demokratie sei nur der Rahmen für eine eigene Wahrheitssuche. Kritik an unfairer Umverteilung sieht er in Politik und Gesellschaft ausgegrenzt. Wiederum gehören für ihn Grenzen der Toleranz zum Rechtsstaat. Angesichts von Massenimmigration sei wirkliche Integration nötig.

Zehnpfennig, Barbara (Hrsg.), Die „Politik" des Aristoteles, Baden-Baden 2012 (*Nomos*), 279 S. – Aristoteles' Staatsverständnis wird in diesem Band facettenreich untersucht – im Überblick, in der Entstehung, in seinen wichtigsten Ausprägungen und in seiner späteren Rezeption.

Zimmer, Dieter E., Ist Intelligenz erblich? Eine Klarstellung, Reinbek bei Hamburg 2012 (*Rowohlt*), 316 S. – Ja, Intelligenz ist auch genetisch bedingt. Sie verleiht den menschlichen Individuen verschiedene Potenziale, die sich in verschiedenen räumlichen, zeitlichen, ethnischen, ökonomischen und sozialen Kontexten verschieden zu entfalten vermögen. Der Autor zeigt wissenschaftliche Kontroversen auf, und er lässt dem Leser Interpretationsspielraum.

Ziolkowski, Britt, Palästinensische Märtyrerinnen. Selbstdarstellung und innerislamische Wahrnehmung weiblicher Selbstmordattentäter, Berlin 2012 (*Klaus Schwarz Verlag*), 147 S. – Im Mittelpunkt der Studie stehen die von Frauen durchgeführten „Märtyreroperationen" und deren gesellschaftliche Wahrnehmung. Die Autorin untersucht anhand einer Feldforschung die Selbstdarstellung und die Rezeption solcher Taten in der islamischen Gemeinschaft.

Žižek, Slavoj, Totalitarismus. Fünf Interventionen zum Ge- oder Missbrauch eines Begriffes, Hamburg 2012 (*Laika*), 221 S. – Zizek übt Kritik am positivistischen Totalitarismusbegriff und versucht, Beziehungen zwischen bürgerlicher Demokratie und Totalitarismus aufzuzeigen. Er fordert mehr Mut von der Linken, Kritik am Konzept der liberalen Demokratie zu üben.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zeitschriftenauslese

Baehr, Dirk, Salafistische Propaganda im Internet. Von der reinen Mission bis zum globalen Jihad – Die wesentlichen ideentheoretischen Unterschiede unter den salafistischen Strömungen in Deutschland, in: Magdeburger Journal zur Sicherheitsforschung 2 (2012), S. 236-269. – Der Autor vermisst die ideologische und strategische Bandbreite salafistischer Strömungen und zeigt, „dass es in Deutschland sowohl reine Missionsgruppen als auch militante Gruppierungen unter den Salafisten gibt. Da viele Salafisten im Internet anonym mit ihren Sympathisanten kommunizieren, gibt es Anhaltspunkte, welche salafistische Strömung nur Mission betreibt und welche den globalen Jihad propagiert."

Erb, Rainer, Der "Nationalsozialistische Untergrund". Beobachtungen und vorläufige Überlegungen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 21 (2012), S. 392-421. – „In der Logik der Radikalisierung des Trios zeichnet sich ein Muster ab, dem rechtsterroristische Vergleichsfälle der jüngsten Zeit entsprechen. Eine revolutionäre Bewegung, die einen radikalen Wechsel der Verhältnisse fordert, spaltet sich: Der größere Teil beschränkt sich auf ein legales politisches Engagement. Ein kleinerer Teil aber hält dieses Engagement für fruchtlos, propagiert militante Methoden, und noch ein kleinerer Teil macht sich diese Methoden „praktisch" zu eigen, geht in den Untergrund, um von dort den bewaffeneten Kampf zu führen."

Heitmeyer, Wilhelm, Rechtsextremismus und gesellschaftliche Selbstentlastung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18-19/2012, S. 22-27. – Die öffentliche Debatte und die Auseinandersetzung in den politischen Institutionen anlässlich der Aufdeckung der Morde durch den ‚Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) wird von einem Kontrollparadigma bestimmt, während gleichzeitig die Entstehung- und Radikalisierungsprozesse des gewaltsamen Rechtsextremismus stark vernachlässigt werden. Die Ergebnisse der soziologischen Rechtsextremismusforschung sollten stärker als bisher zur Kenntnis genommen werden.

Jesse, Eckhard, Die Diskussion um ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren. Verbot: kein Gebot, Gebot: kein Verbot, in: Zeitschrift für Politik 59 (2012), H. 3, S. 296-313. – Der Verfasser gelangt zu dem Ergebnis, ein Verbot der NPD sei kein Gebot. Unbeschadet ihrer antidemokratischen Ziele, die sie zudem aggressiv-kämpferisch vorträgt, stellt die Partei keine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat dar. Was sie vollmundig verkündet, hat mit der Realität wenig gemein. Pointiert formuliert: Ein Nicht-Verbot ist gar ein Gebot: zum einen deswegen, weil durch die Existenz einer solchen Partei der demokratische Verfassungsstaat die Möglichkeit besitzt, sie zu beobachten und ihr Abschneiden bei Wahlen ein nützlicher Seismograph für die Stärke rechtsextremistischer Positionen ist; zum anderen deswegen, weil es die Liberalität verbietet, gegen eine solche Kraft – durch und durch isoliert – derart schweres Geschütz aufzufahren.

Metzler, Gabriele, Konfrontation und Kommunikation. Demokratischer Staat und linke Gewalt in der Bundesrepublik und den USA in den 1970er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), H. 2, S. 249-277. – Die 1970er Jahre gelten als Hochzeit linksterroristischer Gewalt. Der Aufsatz widmet sich weniger den Gewaltaktionen und den hinter ihnen stehenden Motiven als vielmehr den staatlichen Reaktionen darauf. Im Sinne einer Kulturgeschichte der Politik geraten dabei vor allem Fragen der Kommunikation, Repräsentation und Performanz in den Fokus. Im deutsch-amerikanischen Vergleich würdigt die Berliner Zeithistorikerin Gabriele Metzler solche performative Handlungen im Rahmen der „Antiterrorismuspolitik", die auf eine breitere Öffentlichkeit zielten, sowie spezifische Narrative führender politischer Akteure (insbesondere von Regierungsvertretern). Nicht nur die erwartbare Zuweisung des Etiketts „Terrorist"/„Terrorismus"

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

spielt in diesen Narrativen eine große Rolle, sondern häufig auch die Bezugnahme auf „Krieg“ (Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg). Die Autorin regt an, den darin zum Ausdruck kommenden kommunikativen und habituellen Wandlungsprozessen mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken.

Oberloskamp, Eva, Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), H. 3, S. 321-352. – Der Anschlag auf die israelische Herrenmannschaft während der Olympischen Spiele von München 1972 schockierte die Bundesrepublik und traf auf ein improvisiertes Krisenmanagement mit katastrophalem Ausgang: eine mit 17 Todesopfern und zahlreichen Verletzten endende Geiselnahme. Eva Oberloskamp vom Münchner Institut für Zeitgeschichte erörtert, welche politischen Konsequenzen aus diesem Debakel gezogen wurden und welche Lernprozesse es motivierte. Während manch kurzfristige politische Reaktion dilettantisch wirkte, suchten Innen- und Justizministerium sowie Auswärtiges Amt in der Folge nach neuen, systematischen Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung. Dies führte nicht nur zur Schaffung polizeilicher Spezialeinheiten wie der GSG 9 oder den SEKs, sondern auch zu verstärkten bundesdeutschen Bemühungen um eine internationale Kooperation auf den Gebieten der Inneren Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung.

Pfahl-Traughber, Armin, Konzepte terroristischen Handelns im Rechtsextremismus. Eine vergleichende Analyse zu der Mordserie des NSU, in: Kriminalistik, H. 7/2012, S. 436-440. – „Eine vergleichende Betrachtung zeigt, dass es sich beim Rechtsterrorismus des ‚Nationalsozialistischen Untergrundes‘ (NSU) um ein singuläres Phänomen handelt: Geplante und gezielte Serienmorde aus einer autonomen kleinen Zellenstruktur heraus ohne direkte oder indirekte Bekennung zu den Taten gabe es in diesem Bereich zuvor nicht. Diese Besonderheit erklärt nicht allein, aber mit, warum die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden nicht auf den ‚Rechtsterrorismus aus dem Verborgenen‘ aufmerksam wurden.“

U.B./A.G./E.J.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Abensour, Miguel, Demokratie gegen den Staat – 231
Ackermann, Robert, Warum die NPD keinen Erfolg haben kann – 360
Agamben, Giorgio u. a., Demokratie? Eine Debatte – 231
Akbarzadeh, Shahram (Hrsg.), Routledge Handbook of Political Islam – 427
Ali, Tariq, Das Obama-Syndrom – 427
Allenspach, Dominik, Der Effekt der Systemunterstützung auf die politische Partizipation – 427
Amadeu Antonio Stiftung, Das Kartell der Verharmloser – 251
Amlinger, Carolin/Christian Baron (Hrsg.), Dietmar Dath zu W. I. Lenin, Staat und Revolution – 427
Anonym, Inspire – 284
Apelt, Andreas H. (Hrsg.), Neuanfang im Westen – Zeitzeugen berichten – 427
Apelt, Andreas H./Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hrsg.), Von der SED-Diktatur zum Rechtsstaat – 417
Art, David, Inside the Radical Right – 427
Asbach, Olaf/Rieke Schäfer/Veith Selk/Alexander Weiß (Hrsg.), Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft – 427
Assmann, Heinz-Dieter/Frank Baasner/Jürgen Wertheimer (Hrsg.), Normen, Standards, Werte – was die Welt zusammenhält – 427
Athena Institute (Hrsg.), Major Domestic Incidents – Europe, 1990-2010 – 428
Baberowski, Jörg, Verbrannte Erde – 289
Baberowski, Jörg/Gabriele Metzler (Hrsg.), Gewalträume – 428
Backes, Uwe/Patrick Moreau (Hrsg.), The Extreme Right in Europe – 428
Bahr, Egon/Peter Ensikat, Gedächtnislücken – 428
Bajohr, Frank/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft – 428
Barhaim, Gabriel A., Public-Private Relations in Totalitarian States – 428
Bastian, Alexander, Repression, Haft und Geschlecht – 405
Bauer, Manuel, Unter Staatsfeinden – 251
Bauer, Rudolph/Holger Platta (Hrsg.), Gegen die Verrohung der Bundesrepublik – 428

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bauerkämper, Arnd, Das umstrittene Gedächtnis – 293
Baumann, Cordia, Mythos RAF – 361
Baumgart, Winfried (Hrsg.), Kaiser Friedrich III. – 428
Baumgärtner, Maik/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror-Trio – 251
Beebe, Shannon D./Mary Kaldor, Unsere beste Waffe ist keine Waffe – 428
Bennett, Anna, The Power Paradox – 429
Benz, Wolfgang, Die Feinde aus dem Morgenland – 362
Bergmann, Theodor, Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung – 429
Bernhardt, Markus, Das braune Netz – 251
Bernwald, Zvonimir, Muslime in der Waffen-SS – 429
Berth, Hendrik/Elmar Brähler/Markus Zenger/Yve Stöbel-Richter (Hrsg.), Innenansichten der Transformation – 429
Bieber, Christoph/Claus Leggewie (Hrsg.), Unter Piraten – 422
Bliesener, Claudia, Wenn Worte zu gefährlich werden – 429
Bluhm, Harald/Skadi Krause, Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens – 429
Bock, Gisela/Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Friedrich Meinecke – 429
Boos, Susan, Fukushima lässt grüßen – 429
Bösch, Frank/Martin Sabrow (Hrsg.), ZeitRäume – 430
Botsch, Gideon, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis heute – 275
Böttger, Helmut, Die Gruppe 47 – 430
Bötticher, Astrid/Miroslav Mareš, Extremismus – 297
Bowden, Mark, Killing Obama – 364
Bowden, Mark, Worm – 430
Braun, Stephan/Alexander Geisler (Hrsg.), Die verstimmte Demokratie – 231
Bräuninger, Thomas/Marc Debus, Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern – 430
Braunschweig, Christoph, Die demokratische Krankheit – 231
Breier, Karl-Heinz/Alexander Gantschow (Hrsg.), Politische Existenz und republikanische Ordnung – 365
Brenner, Michael (Hrsg.), Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart – 366
Breuer, Rita, Im Namen Allahs? – 430
Breuer, Stefan, Carl Schmitt im Kontext – 368
Bub, Dieter, Begegnungen mit Joachim Gauck – 430
Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011 – 430
Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht – 354
Bureau de Helling/Green European Foundation/Grüne Bildungswerkstatt/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa – 411
Caiani, Manuela/Donatella della Porta/Claudius Wagemann, Mobilizing on the Extreme Right – 430
Casula, Philipp, Hegemonie und Populismus in Putins Russland – 430
Chan, Martin G. D., Korea – 431
Chodorkowski, Michail mit Natalija Geworkjan, Mein Weg – 369
Conze, Eckart/Joachim Scholtyseck/Erich Weede (Hrsg.), Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung – 431
Cornelißen, Christoph/Brunello Mantelli/Petra Terhoeven (Hrsg.), Il decennio rosso – 431

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Corner, Paul, The Fascist Party and Popular Opinion in Mussolini's Italy – 431
Danzer, Doris, Zwischen Vertrauen und Verrat – 370
Delwitt, Pascal (Hrsg.), Le Front national – 393
Detterbeck, Klaus, Multi-Level Party Politics in Western Europe – 371
Diner, Dan/Gideon Reuveni/Yfaat Weiss (Hrsg.), Deutsche Zeiten – 431
Dirsch, Felix, Authentischer Konservatismus – 423
Dobson, William J., Diktatur 2.0 – 300
Domínguez, Florencio, La agonía de ETA – 373
Douglas, R. M., „Ordnungsgemäße Überführung“ – 304
Dusini, Matthias/Thomas Edlinger, In Anführungszeichen – 431
Egner, Björn/Michael Haus/Georgios Terizakis (Hrsg.), Regieren – 431
Eichmüller, Andreas, Keine Generalamnestie – 374
Enzmann, Birgit, Der Demokratische Verfassungsstaat – 231
Ernst, Klaus/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.), Was war? Was bleibt? – 375
Escrivá, María Ángeles, Maldito el país que necesita heroes – 373
Esposito, Marie-Claude/Alain Laquièze/Christine Manigand (Hrsg.), Populismes l'envers de la démocratie – 431
European Union Agency for Fundamental Rights (Hrsg.), Making Hate Crime Visible in the European Union – 431
Europol (Hrsg.), TE-SAT 2012 – 431
Fehlberg, Frank, Protestantismus und Nationaler Sozialismus – 432
Feldman, Matthew, From Radical-Right Islamophobia to „Cumulative Extremism“– 432
Feustel, Susanne/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hrsg.), Verfassungsfeinde? – 308
Fischer, Bernd, Der große Bruder – 432
Fischer, Ernst Peter, Niels Bohr – 432
Fischer-Lescano, Andreas/Joachim Perels/Thilo Scholle (Hrsg.), Der Staat der Klassengesellschaft – 365
Foitzik, Jan (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954 – 377
Frach, Friederike, Schloss Wiepersdorf – 432
Franke, Gisa/Stefan Rebenich (Hrsg.), Theodor Mommsen und Friedrich Althoff – 432
Franzius, Claudio/Ulrich K. Preuß (Hrsg.), Die Zukunft der europäischen Demokratie – 231
Freedom House (Hrsg.), Freedom in the World 2012 – 432
Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik – 432
Fritz, Regina, Nach Krieg und Judenmord – 432
Fritze, Lothar, Anatomie des totalitären Denkens – 312
Fuchs, Christian/John Goetz, Die Zelle – 251
Fuld, Werner, Das Buch der verbotenen Bücher – 433
Fürst, Alfons/Harutyun Harutunyan/Eva-Maria Schräge/Verena Voigt (Hrsg.), Von Ketzern und Terroristen – 432
Gabriel, Oscar W./Bettina Westle, Wählerverhalten in der Demokratie – 433
Gallus, Alexander, Heimat Weltbühne – 433
Gauck, Joachim, Freiheit – 315
Geis, Anna/Frank Nullmeier/Christopher Daase (Hrsg.), Der Aufstieg der Legitimitätspolitik – 433

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2011 – 433
Gensing, Patrick, Terror von rechts – 251
Gerlach, Julia, Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie – 378
Goffart, Daniel, Steinbrück – 403
Graeber, David, Inside Occupy – 433
Graeber, David, Kampf dem Kamikaze-Kapitalismus – 433
Graitl, Lorenz, Sterben als Spektakel – 433
Gregor, A. James, Totalitarianism and Political Religion – 433
Grießer, Wilfried, Verurteilte Sprache – 379
Gromes, Thorsten, Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen – 419
Grüner, Jan Ingo, Ankunft in Deutschland – 395
Gülay, Cem/Helmut Kuhn, Kein Döner Land – 433
Gumbrecht, Hans Ulrich, Nach 1945 – 381
Hacker, Michael/Stephanie Maiwald u. a. (Hrsg.), Dritte Generation Ost – 382
Hanisch, Anja, Die DDR im KSZE-Prozess 1972-1985 – 321
Hanshew, Karrin, Terror and Democracy in West Germany – 318
Hansmann, Marc, Vor dem dritten Staatsbankrott? – 434
Härtel, Ines (Hrsg.), Handbuch Föderalismus – 322
Heidenreich, Felix/Gary S. Schaal (Hrsg.), Politische Theorie und Emotionen – 434
Hein, Bastian, Elite für Volk und Führer? – 434
Hein, Bastian/Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.), Gesichter der Demokratie – 383
Heinisch, Heiko/Nina Scholz, Europa, Menschenrechte und Islam – ein Kulturkampf? – 385
Heise, Arne, Das Ende der SPD und ihr Neuanfang – 434
Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Zustände – 386
Helms, Ludger/David M. Wineroither (Hrsg.), Die österreichische Demokratie im Vergleich – 387
Henkel, Markus, Nationalkonservative Politik und mediale Repräsentation – 423
Hensel, Alexander/Stephan Klecha/Franz Walter (Hrsg.), Meuterei auf der Deutschland – 434
Herman, Eva, Das Medienkartell – 434
Hermand, Jost, Verlorene Illusionen – 389
Herzog, Roman (Hrsg.), „Oder gilt das nur in Demokratien?“ – 434
Hesse, Joachim Jens/Thomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland – 325
Hessel, Stéphane/Edgar Morin, Wege der Hoffnung – 434
Heumann, Hans-Dieter, Hans-Dietrich Genscher – 435
Hikel, Christine/Sylvia Schraut (Hrsg.), Terrorismus und Geschlecht – 435
Hildebrand, Klaus, Geschichte des Dritten Reiches – 435
Hinck, Gunnar, Wir waren wie Maschinen – 406
Hoffmann, Ruth, Stasi-Kinder – 390
Höhler, Gertrud, Die Patin – 435
Hollenstein, Oliver, Das doppelt geteilte Land – 382
Honecker, Margot, Zur Volksbildung – 435
Höpfner, Peter, Die Informationspolitik des Ministeriums für Staatssicherheit – 435

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Horowitz, Irving Louis, Hannah Arendt – 435
Huber, Sascha, Strukturen des politischen Kontexts und die demokratische Kompetenz der Wähler – 391
Hüttmann, Jens, „Früher hatten wir gar keine Beziehungen, jetzt haben wir wenigstens schlechte." – 435
Huisken, Freerk, Der demokratische Schoß ist fruchtbar... – 435
Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2012 – 435
Igel, Regine, Terrorismus-Lügen – 435
Igounet, Valérie, Robert Faurisson – 393
Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2011/2012 – 436
Institute for Strategic Dialogue (Hrsg.), Preventing and Countering Far-Right Extremism: European Cooperation – 436
Intelligence and Security Committee, Annual Report 2011/12 – 436
Ipsen, Jörn, Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht/Staatsrecht II – Grundrechte – 436
Ismayr, Wolfgang, Der Deutsche Bundestag – 436
Jasch, Hans-Christian, Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik – 436
Jasku□owski, Tytus (Hrsg.), Anna Walentynowicz,– 436
Jesse, Eckhard/Jürgen P. Lang, DIE LINKE – eine gescheiterte Partei? – 436
Jisheng, Yang, Grabstein – 394
Jochem, Sven, Die politischen Systeme Skandinaviens – 436
John, Anke, Der Weimarer Bundesstaat – 437
Johnson, Matthew (Hrsg.), The Legacy of Marxism – 437
Julliard, Jacques, Les Gauches Françaises 1762-2012 – 328
Keller, Dietmar, In den Mühlen der Ebene – 437
Kemper, Dirk, Heinrich Mann und Walter Ulbricht – 437
Kennedy, Paul, Die Casablanca-Strategie – 437
Kepplinger, Hans Mathias, Die Mechanismen der Skandalisierung – 437
Kießling, Andrea, Die Abwehr terroristischer und extremistischer Gefahren durch Ausweisung – 378
Kießling, Friedrich, Die undeutschen Deutschen – 395
Kissinger, Henry/Fareed Zakaria/Niall Ferguson/David Daokui Li, Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? – 437
Klamt, Martin, Die Europäische Union als Streitbare Demokratie – 437
Knapp, Robert, Römer im Schatten der Geschichte – 438
Knigge, Jost C., Hitlers Italienbild – 438
Knodt, Michèle/Sigita Urdze (Hrsg.), Die politischen Systeme der baltischen Staaten – 396
Konrad, Helmut/Gerhard Botz/Stefan Karner/Siegfried Mattl (Hrsg.), Terror und Geschichte – 397

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Youth – 438
Koop, Volker, Hitlers Muslime – 438
Korte, Karl-Rudolf/Jan Treibel (Hrsg.), Wie entscheiden Parteien? – 438
Krause, Susann, Nationalismus versus Integration – 396
Kraushaar, Wolfgang, Der Aufruhr der Ausgebildeten – 438
Kraushaar, Wolfgang, Der Griff nach der Notbremse – 438
Kretschmann, Carsten, Zwischen Spaltung und Gemeinsamkeit – 438
Kuban, Thomas, Blut muss fließen – 251
Kübler, Elisabeth, Europäische Erinnerungspolitik – 438
Kühn, Adriaan, Kampf um die Vergangenheit als Kampf um die Gegenwart – 399
Kwon, Heonik/Byung-Ho Chung, North Korea – 438
Laabs, Dirk, Der deutsche Goldrausch – 331
Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutz 1952-2012 – 439
Lannert, Christian, „Vorwärts und nicht vergessen"? – 265
Lausberg, Michael, Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946-1971 – 400
Lausberg, Michael, Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990-1998 – 400
Lean, Nathan, The Islamophobia Industry – 439
Leggewie, Claus/Horst Meier, Nach dem Verfassungsschutz – 251
Lehmann, Jens, Der Schutz symbolträchtiger Orte vor extremistischen Versammlungen – 378
Lehnert, Detlef (Hrsg.), Sozialliberalismus in Europa – 439
Lehnert, Detlef, Das pluralistische Staatsdenken von Hugo Preuß – 365
Leicht, Johannes, Heinrich Claß – 439
Lembcke, Oliver W./Claudia Ritzi/Gary S. Schaal (Hrsg.), Zeitgenössische Demokratie – 231
Lemke, Matthias, Wandel durch Demokratie – 231
Leunig, Sven, Die Regierungssysteme der deutschen Länder – 439
Leunig, Sven/Hendrik Träger (Hrsg.), Parteipolitik und Landesinteressen – 439
Leyen, Marie-Luise von der, Max Mannheimer – 439
Liberti, Stefano, Landraub – 439
Limberger, Daniel, Polen und der Prager Frühling 1968 – 439
Loewenstein, Bedrich, Kurt Sontheimers Republik – 401
Lohse, Eckart/Markus Wehner, Steinbrück – 403
Lüders, Michael, Iran: Der falsche Krieg – 364
Mählert, Ulrich u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2012 – 439
Malthaner, Stefan/Peter Waldmann (Hrsg.), Radikale Milieus – 335
Mammone, Andrea/Emmanuel Godin/Brian Jenkins (Hrsg.), Mapping the Extreme Right in Contemporary Europe – 440
Mannewitz, Tom, Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990 – 339
Manow, Philip/Friedbert W. Rüb/Dagmar Simon (Hrsg.), Die Bilder des Leviathan – 440
Marg, Stine/Franz Walter (Hrsg.), Göttinger Köpfe und ihr Wirken in der Welt – 383
Markus Groß/Karl-Heinz Ohlig (Hrsg.), Die Entstehung einer Weltreligion II – 440
März, Michael, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst – 406
Massing, Peter/Gotthard Breit/Hubertus Buchstein (Hrsg.), Demokratietheorien – 440

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mayer-Vorfelder, Gerhard, Ein stürmisches Leben – 440
Mehlich, Andreas, Der Verteidiger in den Strafprozessen gegen die Rote Armee Fraktion – 361
Menasse, Robert, Der europäische Landbote – 231
Mergel, Thomas (Hrsg.), Krisen verstehen – 440
Merl, Stephan, Politische Kommunikation in der Diktatur – 440
Merseburger, Peter, Theodor Heuss – 440
Mielke, Siegfried/Werner Reutter (Hrsg.), Länderparlamentarismus – 440
Ministry of Interior/Security Policy Department (Hrsg.), Report on Extremism and manifestations of racism and xenophobia on the territory of the Czech Republic in 2011 – 440
Mittler, Günther R., Geschichte im Schatten der Mauer – 441
Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013 – 404
Moreau, Patrick, De Jörg Haider à Heinz-Christian Strache – 441
Morlok, Martin/Thomas Poguntke/Jens Walter (Hrsg.), Politik an den Parteien vorbei – 441
Mörschel, Tobias/Christian Krell (Hrsg.), Demokratie in Deutschland – 231
Mörtenböck, Peter/Helge Mooshammer, Occupy – 441
Munimus, Bettina, Alternde Volksparteien – 441
National Counterterrorism Center (Hrsg.), 2011 Report on Terrorism – 441
Nayhauß, Dirk von/Maggie Riepl, Der dunkle Ort – 405
Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Piratenpartei – 422
Noeske, Harald, Regieren in Sachsen – 441
Nolte, Paul, Was ist Demokratie? – 231
Nordmann, Jürgen/Katrin Hirte/Walter Otto Ötsch (Hrsg.), Demokratie! Welche Demokratie? – 231
Oberreuter, Heinrich, Republikanische Demokratie – 231
Odenbach, Jan, Partei, Netz, Netzpartei – 441
Olivet, Peter, Zur Frage der Neubildung einer deutschen Identität im 21. Jahrhundert – 389
Olson, Parmy, Inside Anonymous – 441
Olteanu, Tina, Korrupte Demokratie? – 387
Ooyen, Robert Chr. van/Martin H.W. Möllers (Hrsg.), Der Bundespräsident im politischen System – 441
OSCE/ODIHR (Hrsg.), Hate Crimes in the OSCE Region – Incidents and Responses – 442
Ossege, Stefan, Das Parteienrechtsverhältnis – 442
Passens, Katrin, MfS-Untersuchungshaft – 405
Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Parlamente und ihre Evolution – 442
Pekelder, Jacco, „Ich liebe Ulrike“ – 442
Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 – 251
Pfetsch, Frank R., Theoretiker der Politik – 343
Philipps, Robert, Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und Gesellschaftlicher Wandel 1959-1969 – 406
Piwoni, Eunike, Nationale Identität im Wandel – 395
Plaggenborg, Stefan, Ordnung und Gewalt – 408
Pokorny, Sabine, Regionale Kontexteinflüsse auf extremistisches Wählerverhalten in Deutschland – 391

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Pott, Marcel, Der Kampf um die arabische Seele – 409
Priester, Karin, Rechter und linker Populismus – 411
Prinz, Michael, Der Sozialstaat hinter dem Haus – 442
Quent, Matthias, Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen – 386
Rabinowitch, Alexander, Die Sowjetmacht – 442
Rafat, Shamim, Ethik und Qualität in der Politikberatung – 442
Ramelow, Bodo (Hrsg.), Made in Thüringen? – 251
Rankin, George T./Kenneth M. Cowen (Hrsg.), Muslims in Europe – 442
Raphael, Lutz (Hrsg.), Theorien und Experimente der Moderne – 442
Reinhardt, Volker, Machiavelli oder die Kunst der Macht – 412
Reinicke, Helmut, Rudi Dutschke – 442
Rohwedder, Uwe, Kalter Krieg und Hochschulreform – 425
Rost, Nicolas, Trapped in a Vicious Circle – 416
Roth, Jürgen, Gazprom – das unheimliche Imperium – 443
Rupprecht, Isabel, Das Wahlrecht für Kinder – 443
Rupps, Martin, Die Überlebenden von Mogadischu – 443
Sabrow, Martin (Hrsg.), Autobiographische Aufarbeitung – 413
Sabrow, Martin/Norbert Frei (Hrsg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945 – 413
Säkerhetspolisen (Hrsg.), Säkerhetspolisen 2011 – 443
Salomon, David, Demokratie – 231
Salzborn, Samuel (Hrsg.), „... ins Museum der Altertümer“ – 365
Salzborn, Samuel, Demokratie – 231
Saracino, Stefano, Tyrannis und Tyrannenmord bei Machiavelli – 412
Schaap, Fritz, Nur der Satan isst mit links – 443
Schädlich, Anna/Susanne Schädlich (Hrsg.), Ein Spaziergang war es nicht – 443
Schäfer, Gerhard/Volkhard Wache/Gerhard Meiborg, Gutachten zum Verhalten der Thüringer Behörden und Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des „Zwickauer Trios“ – 443
Schirach, Richard von, Die Nacht der Physiker – 443
Schläger, Philipp, Amerikas Neue Rechte – 414
Schmeh, Klaus, Nicht zu knacken – 443
Schmeitzner, Mike, Eine totalitäre Revolution? – 444
Schmidt, Rainer, Verfassungskultur und Verfassungssoziologie – 444
Schmidt, Wolf, Jung, deutsch, Taliban – 347
Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.), Wählen in Deutschland – 444
Schneider, Christoph, Regionale Unterschiede der politischen Kultur in Deutschland und Europa – 444
Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.), Verhärtete Fronten – 362
Schniewind, Aline, Die Parteiensysteme der Bundesländer im Vergleich – 444
Scholl-Latour, Peter, Die Welt aus den Fugen – 444
Scholz, Rupert, Parlamentarische Demokratie in der Bewährung – 350
Schönhoven, Klaus/Walter Mühlhausen (Hrsg.), Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert – 444
Schroeder, Klaus/Monika Deutz-Schroeder/Rita Quasten/Dagmar Schulze Heuling, Später Sieg der Diktaturen? – 444

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schulze, Matthias, Die Sprache der (Un-)Sicherheit – 445
Schumann, Frank/Heinz Wuschech, Schalck-Golodkowski – 445
Schweitzer, Eva C., Tea Party – 414
Sedlatzek-Müller, Robert, Soldatenglück – 445
Seemann, Annette, Weimar – 445
Sering, Paul [Richard Löwenthal], Jenseits des Kapitalismus – 279
Siri, Jasmin, Parteien – 445
Skinner, Quentin, Die drei Körper des Staates – 445
Spanger, Hans-Joachim (Hrsg.), Der demokratische Unfrieden – 416
Springer, Christian, Nazi, komm raus! – 374
Staud, Toralf/Johannes Radke, Neue Nazis – 251
Steinberg, Jonathan, Bismarck – 445
Steinmetz, Willibald (Hrsg.), Political Languages in the Age of Extremes – 445
Stengl, Anton, Antideutsche! – 446
Stephan, Walter H., Die Bananenrepublik oder wie Systemparteien unser Land ruinieren – 446
Stiehm, Enno, Rechtsextreme Jugendliche – 446
Stock, Wiebke-Marie, Denkumsturz – 370
Stolleis, Michael, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 4 – 417
Stuhler, Ed, Der Kreml-Flieger – 446
Sturm, Daniel Friedrich, Peer Steinbrück – 403
Sturm, Roland/Heinrich Pehle, Das neue deutsche Regierungssystem – 418
Sundermeyer, Olaf, Rechter Terror in Deutschland – 251
Sundhaussen, Holm, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011 – 419
Tálos, Emmerich/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Austrofaschismus – Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938 – 446
Thies, Björn, Co-Gruppen-Demokratie – 231
Thomas, Paul, Responding to the Threat of Violent Extremism – 446
Thörner, Marc, Die arabische Revolution und ihre Feinde – 409
Tillack, Anne Kathleen, Erinnerungspolitik der DDR – 446
Timtschenko, Viktor, Chodorkowskij – 369
Tismaneanu, Vladimir, The Devil in History – 446
Tremmel, Jörg C., Eine Theorie der Generationengerechtigkeit – 446
Tristram, Hunt, Friedrich Engels – 446
U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2011 – 446
Unger, Simone, Parteien und Politiker in sozialen Netzwerken – 447
Veen, Hans-Joachim (Hrsg.), Zwischenbilanzen – 447
Vermeulen, Floris/Frank Bovenkerk, Engaging with Violent Islamic Extremism – 447

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Staatsräson – 447
Volk, Rainer, Das letzte Urteil – 374
Volmer-Naumann, Julia, Bürokratische Bewältigung – 447
Voss, Willi, UnterGrund – 447
Wagemakers, Joas, A Quietist Jihadi – 357
Wagenknecht, Sahra, Freiheit statt Kapitalismus – 421
Wagner, Marie Katharina, Von einem Lebensgefühl zum Machtfaktor – 422
Weber, Regina, Rechtsextremistinnen – 386
Wehrmann, Hildegard, Hermann Pünder – 447
Weilert, A. Katarina/Philipp W. Hildmann (Hrsg.), Ethische Politikberatung – 447
Weiner, Tim, FBI – 447
Weinhauer, Klaus/Jörg Requate (Hrsg.), Gewalt ohne Ausweg? – 397
Weiß, Volker, Moderne Antimoderne – 423
Weitbrecht, Dorothee, Aufbruch in die Dritte Welt – 425
Wemheuer, Felix, Der Große Hunger – 394
Wettig, Gerhard (Hrsg.), Der Tul'panov-Bericht – 377
Widmann, Carlos, Das letzte Buch über Fidel Castro – 447
Wippermann, Wolfgang, Heilige Hetzjagd – 448
Wirsching, Andreas, Der Preis der Freiheit – 448
Wittmoser, Udo, Die Landesämter für Verfassungsschutz – 251
Yiwu, Liao, Die Kugel und das Opium – 448
Zandberg, Jeroen, Die Politik der Freiheit – 448
Zeh, Juli, Die Diktatur der Demokraten – 231
Zehnpfennig, Barbara (Hrsg.), Die „Politik“ des Aristoteles – 448
Zimmer, Dieter E., Ist Intelligenz erblich? – 448
Ziolkowski, Britt, Palästinensische Märtyrerinnen – 448
Žižek, Slavoj, Totalitarismus – 448

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mitteilungen und Hinweise

INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Im Herbst 2011 erschien die erste Ausgabe von *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, herausgegeben vom Göttinger Institut für Demokratieforschung, das von Prof. Franz Walter geleitet wird. *INDES* versteht sich als ein Journal aus Politologie, Soziologie, Geschichte und – dies keineswegs zuletzt – dem anspruchsvollen Feuilleton.

Mit der Zeitschrift verfolgen wir die Absicht, nicht allein oder auch nur in erster Linie die eigene Zunft zu bedienen. Das neue Periodikum möchte mehr und andere Adressaten erreichen, auch solche, die nie darauf kämen, eine streng politikwissenschaftliche Zeitschrift in die Hand zu nehmen. *INDES* wendet sich an Professionelle der Politik und der politischen Deutung, vom Abgeordneten über den Persönlichen Referenten bis zum Journalisten. Aber auch an diejenigen, die montags das Magazin mit in den ICE nehmen, donnerstags die Wochenzeitungen auf dem Wohnzimmertisch ausbreiten und überhaupt an alle, deren kluge Köpfe wo auch immer stecken mögen, sei es selbst vor dem Bildschirm.

Die Autoren dieser Zeitschrift sollen, wenn irgend möglich und ohne krampfhafte Selbstkasteiung, auf überflüssigen Fachjargon verzichten. Sie sollen sich nicht hinter starren Methoden verstecken, sich nicht irgendwelchen Ansätzen subordinieren, nicht aus riegelfesten Theoriegehäusen Aussagen ableiten. Urteilsfreudigkeit ist erwünscht, Anschaulichkeit gern gesehen. Der Unterwürfigkeit gegenüber Systemkategorien wollen wir hingegen entgegenwirken.

Die Politikwissenschaft in Deutschland – weniger die Soziologie und sicher am wenigsten noch die Geschichtswissenschaft – hat sich durch ihr verengtes Vokabular, ihre Devotion gegenüber wissenschaftlichen Standards und ihren Dogmatismus des verbindlichen „Forschungsstands" derart hermetisch verpuppt, dass sie überwiegend im öffentlich-intellektuellen Raum keine Rolle mehr spielt. Es ist zudem nicht gleichgültig, wie man als Forscher des Politischen schreibt. „Wieso wissenschaftliche Sprache so schwach und ausdrucksarm sein muss, aseptisch gegenüber Leid, Schmerz wie Glück und Hochgefühl, kaum fähig, bürgerliche Erfahrungen wiederzugeben" (Heinrich August Winkler), ist weder einsichtig noch fatalistisch hinzunehmen. Es verringert auch nicht den Erkenntnisraum, wenn man neugierig schauend ins gesellschaftliche Feld geht, ohne stets ein vorab bereits festes Analyseraster im Gepäck mitzuführen. Es kann frei machen, wenn man sich um „Anschlussfähigkeiten" an „herrschende Lehren" nicht schert. Und: Erkenntnisgewinn lässt sich nicht allein aus der Empirie seriell gewonnenen Zahlenreihen ziehen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

INDES will neugierig schweifend assoziieren. Hier bekommen die Volkskundler der politischen und gesellschaftlichen Stämme Raum für ihre ethnologischen Reportagen. Hier soll auch nach Mentalitätsströmen in den Untergründen des gesellschaftlichen Fortgangs gesucht werden, die man oft nur ahnen, ungefähr beschreiben, plausibel vermuten, nicht jedoch bereits final beweisen kann. Unerwartete, eben nicht automatisch dem journalistischen oder wissenschaftlichen „Mainstream" nacheifernde Interpretationen – die „originelle Alternative" – und Kontroversen finden ebenfalls hier ihren Platz. Der Titel kündigt es an: Nicht zuletzt um Einwände, um Widersprüche und Gegensätze soll es *INDES* gehen.

Charakteristisch für *INDES* sind die „Inspektionen", die sich – neben bekannten und bewährten Rubriken wie Analysen, Porträts, Interviews und Rezensionen – in jedem Heft finden. Diese reportageartigen Erkundungen versinnbildlichen den Brückenschlag zwischen Feuilleton und Politologie. Und auch bei der Auswahl der Autorinnen und Autoren streben wir eine möglichst große Vielfalt an, um eben *auch*, aber nicht nur, eine Zeitschrift von Politologen für Politologen zu sein. So schreiben in den bisherigen Ausgaben renommierte Historiker und Germanisten, natürlich Politikwissenschaftler, ebenfalls Philosophen und Journalisten. Kurzum: Variierende Darstellungsformen und unterschiedliche Herkunftsmetiers – damit hoffen wir, auf Dauer eine abwechslungsreiche und lebendige Kultur des Schreibens zu begründen.

Kontakt: Katharina Rahlf, Redaktion INDES, c/o Institut für Demokratieforschung, Universität Göttingen, Weender Landstraße 14, 37073 Göttingen; Email: rahlf@indes-online.de

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.

Mit dem Auszug der Justizvollzugsanstalt aus dem Gefängnisgebäude am Chemnitzer Kaßberg wurde der Weg frei für neue Ideen zur Nutzung des Geländes. Schnelles Handeln war gefragt, denn der Freistaat Sachsen ist an einem schnellstmöglichen Verkauf interessiert. So gründeten Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger im November 2011 den Verein „Lern-und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V." mit dem Ziel der Errichtung eines Erinnerungsortes auf dem historischen Gelände. 1886 als Königlich-Sächsische Gefangenenanstalt errichtet, diente das Gefängnis den Nationalsozialisten als Haftort für politisch oder rassenideologisch Verfolgte – etwa nach der Reichspogromnacht 1938. Das Alleinstellungsmerkmal des Hauses besteht allerdings in seiner Geschichte nach 1945: Hier erlangte der Kaßberg als Dreh- und Angelpunkt des Häftlingsfreikaufes einen mehr oder weniger rühmlichen Namen. Von den mehr als 33.000 freigekauften DDR-Häftlingen wurde ein Großteil über das Kaßberg-Gefängnis in den Westen entlassen. Was für die einen das Tor zur Freiheit war, bedeutete für andere jahrelange unfreiwillige Trennung von Familie und Freunden. Die für diesen historisch einmaligen Menschenhandel verantwortliche DDR-Staatssicherheit verstand das Kaßberg-Gefängnis in diesem Zusammenhang als „Päppelanstalt". Besseres Essen, in Einzelfällen sogar Höhensonnen-Bestrahlung, sollten dafür sorgen, dass die politi-

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schen Häftlinge in einem passablen Zustand das bundesdeutsche Auffanglager Gießen erreichten. Die Erinnerungen der Betroffenen an diese letzte Station ihres Leidensweges sind allerdings widersprüchlich. Heute gibt es zahllose Zeitzeugen, die über ihre Geschichte des Freikaufes berichten wollen. Sie finden im Verein einen guten Platz und können bereits gegenwärtig Zeitzeugenführungen betreuen. Die Resonanz der Chemnitzer Bevölkerung überwältigte den jungen Verein. Entgegen dem Vorurteil, Ostdeutsche wollten mehr als zwanzig Jahre nach die Wiedervereinigung nicht mehr von der Vergangenheit wissen, erlebte das Gefängnis zur Chemnitzer Museumsnacht im Mai 2012 einen riesigen Ansturm. Mehr als 2.400 Menschen besichtigten gemeinsam mit den Zeitzeugen in einer Nacht den historischen Ort, der leider noch nicht in den Kanon der sächsischen Gedenkstätten gehört.

Dennoch stellt der Freistaat Sachsen 900.000 Euro in den Jahren 2013/2014 zur Verfügung, um die bauliche und inhaltliche Errichtung eines Erinnerungsortes zu unterstützen. Neben regelmäßigen Lesungen zum Thema Freikauf sowie Haft und Repression in der DDR tritt der Verein erneut zur Chemnitzer Museumsnacht sowie zum Tag des Offenen Denkmals in Erscheinung. Anlässlich des 75. Jahrestages der Reichspogromnacht wird eine Ausstellung die Rolle des Kaßberg-Gefängnisses in diesem Kontext dokumentieren. Der Verein leistet seine umfassende Arbeit auf ausschließlich ehrenamtlicher Basis und freut sich über neue Mitglieder und engagierte Unterstützer. Den Vorsitz hat der Historiker und Leiter der BStU-Außenstelle Chemnitz, Dr. Clemens Heitmann, inne, seine Stellvertreter sind der Bundestagsabgeordnete Frank Heinrich (CDU) und die SPD-Landtagsabgeordnete Hanka Kliese.

Kontakt: Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., Augustusburger Str. 102, 09126 Chemnitz; Internet: www.gedenkort-kassberg.de.

Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin

Dutzende Millionen Flüchtlinge und Vertriebene haben in Europa im 20. Jahrhundert von Karelien bis nach Griechenland ihre Heimat verloren. Ihr Schicksal ist in Folge der sog. ethnischen Säuberungen auf dem Balkan seit den 1990er Jahren wieder verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Dies gilt in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland. Denn Flucht und Vertreibung von 14 Millionen Deutschen gehören hier zu den schwerwiegendsten historischen Erfahrungen der Nation. Mit Ostpreußen oder Schlesien gingen 1945 auch „seelische Landschaften" unter, ohne die das Bild Deutschlands viele Jahrhunderte hindurch ebenso unvollständig gewesen wäre wie ohne Franken oder Mecklenburg. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung sowie das Kulturerbe der betroffenen Gebiete sind Teil der nationalen Identität und der gemeinsamen Erinnerungskultur Deutschlands.

Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Bundesregierung im März 2008 beschlossen, ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Berlin zu den Themen Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration zu errichten. Die im Dezember 2008 vom Deutschen Bundestag gesetzlich verankerte Stiftung Flucht, Vertreibung,

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Versöhnung (SFVV) soll – in der Kontinuität der Verständigungspolitik der Bundesrepublik seit ihren Anfängen – dazu beitragen, „an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten". Einen Hauptakzent der Stiftungsarbeit bilden Flucht und Vertreibung der Deutschen, die im Kontext des nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungskrieges sowie der „ethnischen Säuberungen" in Europa im 20. Jahrhundert dargestellt werden.

Die gesamten konzeptionellen Überlegungen der Stiftung für ihre Dauerausstellung und ihr Informations- und Dokumentationszentrum sind auf der Homepage der Stiftung unter www.sfvv.de im deutschen Original sowie in einer englischen, französischen, polnischen und tschechischen Fassung nachzulesen. Als Standort für die geplante Einrichtung hat die Bundesregierung das zentral gelegene „Deutschlandhaus" in Berlin, südlich des Potsdamer Platzes, ausgewählt. Das Deutschlandhaus wurde zwischen 1926 und 1935 als Teil des Gebäudekomplexes Europahaus errichtet. In der Vorkriegszeit beherbergte es neben Ladenlokalen zahlreiche Gastronomiebetriebe. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das Haus schwer beschädigt. Um 1960 war der wiedererrichtete Bau als Haus der ostdeutschen Heimat fortan ein Begegnungsort für Vertriebene. 1974 wurde die Stiftung Deutschlandhaus gegründet und das Haus gleichlautend in Deutschlandhaus umbenannt.

Derzeit wird es nach Plänen des österreichischen Architekturbüros Marte. Marte ZT GmbH generalsaniert, um in einigen Jahren seine neuen Funktionen erfüllen zu können. Es wird ein „Ort lebendigen Gedächtnisses" sein, der sich nationaler wie internationaler, historischer wie aktueller Dimensionen der Vertreibungsthematik annimmt. Er soll das Bewusstsein dafür schärfen, dass Vertreibung zu jeder Zeit und an jedem Ort einen Verstoß gegen universal geltende Menschenrechte bedeutet. Nach seinem Umbau wird das Deutschlandhaus vom Erdgeschoss bis zum 2. Obergeschoss die Räume der Stiftung beherbergen. Auf gut 3.000 qm erwarten den künftigen Besucher dort neben der Dauerausstellung weitere Räumlichkeiten für Wechselausstellungen, Veranstaltungen sowie ein Dokumentationszentrum mit Bibliothek, Mediathek und Archiv.

Kontakt: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Mauerstraße 83/84, 10117 Berlin, E-Mail: info@sfvv.de, Tel.: 030/20629980, Fax: 030/206299899, Internet: www.sfvv.de

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Personenverzeichnis

Abdul-Wahab, Abdalla 217
Abendroth, Wolfgang 365 f.
Abensour, Miguel 231, 237-239, 249
Abou-Taam, Marwan 357
Abromeit, Heidrun 240
Ackerman, Peter 302
Ackermann, Robert 360 f.
Ackermann, Volker 79
Agamben, Giorgio 231
Akbarzadeh, Shahram 427
Al-Assad, Baschar 217
Al-Awlaki, Anwar 169, 285 f.
Al- Barqawi, Issam Mohammad Tahir 357
Al-Chattab, Ibn 163
Albig, Torsten 99
Albrecht, Christian 436
Alemann, Ulrich von 427
Al-Gaddafi, Muammar 410
Ali, Tariq 427
Al-Kadi, Bassam 217
Allenspach, Dominik 427
Allern, Sigurd 203
Al-Libi, Abu Yahya 285
Al-Maqdisi, Abu Muhammad 168 f., 357-359
Al-Qayyim, Ibn 357
Al-Rubaish, Ibrahim 286
Alsabekov, Magomed Chusejn 162
Al-Schischani, Abu Omar 175
Al-Suri, Abu Musab 168
Altemirow, Rustam 175
Althoff, Friedrich 432
Altrichter, Helmut 384
Al-Utaybi, Juhayman 357
Al-Wahhab, Muhammad Ibn Abd 357
Al-Zawahiri, Ayman 170, 176, 285
Amesberges, Helga 398
Amjahad, Anissa 393
Amlinger, Carolin 427
Amrijew, Zaurbek 175
Anglada, Josep 152
Antonio, Amadeu 251, 256 f.
Apelt, Andreas H. 417, 427
Apfel, Holger 14, 108, 110, 118 f., 130, 221
Apter, David E. 34
Aquin, Thomas von 346
Arendt, Hannah 41, 312, 343, 365 f., 384, 402, 435, 444
Aristoteles 35, 448
Armingeon, Klaus 388
Arnim, Hans Herbert von 350
Aron, Raymond 48
Art, David 57, 427
Arzheimer, Kai 9, 21, 275
Asbach, Olaf 427
Assheuer, Thomas 89
Assmann, Heinz-Dieter 427
Astemirow, Anzor 163-166, 173
Atta, Mohammed 170
Aust, Stefan 252 f.
Aznar, José María 373

Baader, Andreas 361 f.
Baasner, Frank 427
Baberowski, Jörg 289-291, 428
Baccetti, Carlo 69
Bach, Johann Sebastian 445
Bachmann, Michelle 415
Backes, Uwe 9, 14, 18, 21, 27, 35 f., 44, 57, 95 f., 107, 110 f., 118, 120, 128, 136 f., 149, 152, 159 f., 190, 192, 297, 308, 341, 347, 428
Bacque, James 214
Badiou, Alain 249
Baeck, Leo 366
Baehr, Dirk 449
Bahr, Egon 428
Bahro, Rudolf 407
Bajohr, Frank 428
Bajohr, Stefan 102 f.
Bakke, Elisabeth 190
Ball, Hugo 368 f.
Bangsund, Per 194, 208
Barheim, Gabriel A. 428
Baring, Arnulf 322
Baron, Christian 427
Baron, Udo 339
Barth, Karl 383

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bartsch, Dietmar 111 f., 181 f., 184-186, 274
Bartsch, Günther 77, 86 f.
Basajew, Schamil 162-164, 175 f.
Bastian, Alexander 405 f.
Bater, Dirk 39
Bauer, Manuel 251, 257 f., 263 f.
Bauer, Rudolph 428
Bauerkämper, Arnd 293 f., 296
Baumann, Cordia 361 f.
Baumgart, Winfried 428
Baumgärtner, Maik 251, 253 f.
Bebel, August 329
Becker, Manuel 44
Becker, Werner 42
Beckett, Samuel 381
Beebe, Shannon D. 428
Beisicht, Markus 107, 131, 150, 152-154
Bellah, Robert 246
Below, Georg von 429
Beneš, Edvard 305
Benhabib, Sheila 343
Benn, Gottfried 381
Bennett, Anna 429
Bensaïd, Daniel 249
Benz, Wolfgang 362 f.
Berggreen-Merkel, Ingeborg 319
Bergmann, Theodor 429
Bergsdorf, Harald 273, 361
Berlusconi, Silvio 55
Bernecker, Walther L. 400
Bernhardt, Markus 139, 251, 254
Berntzen, Einar 190
Bernwald, Zvonimir 429
Berth, Hendrik 429
Berthold, Norbert 318 f.
Bertinotti, Fausto 181
Betz, Hans-Georg 156
Beuermann, Bärbel 103
Beutin, Wolfgang 79
Beyme, Klaus von 318
Bieber, Christoph 422 f.
Bin Laden, Osama 176, 285, 364
Bischoff, Malte 216, 222
Bisky, Almuth 182
Bisky, Jens 182 f., 189
Bisky, Lothar 9, 177-189, 266, 268, 376
Bisky, Norbert 183
Bisky, Stephan 183
Bismarck, Otto von 445
Bispinck, Henrik 391
Bjørgo, Tore 192, 194, 199-201, 208
Bjørklund, Tor 197
Bleicken, Jochen 345
Bliesener, Claudia 429
Bloch, Ernst 371
Blücher, Erik 194
Bluhm, Harald 429
Blum, Léon 329
Bobbio, Norberto 149
Bock, Gisela 429
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 53
Boeckh, Katrin 421
Bohlen, Dieter 415
Böhnhardt, Uwe 252 f.
Bohr, Niels 432
Böll, Heinrich 361, 411
Boltzmann, Ludwig 397
Bongartz, Stephanie 44
Bonus, Arthur 432
Boom, Pierre 390
Boos, Susan 429
Borchardt, Siegfried 121
Borchert, Wolfgang 381
Borchgrevink, Aage Storm 209
Borge, Baard H. 190
Borgersrud, Lars 190
Borkenau, Franz 279
Born, Max 384
Börne, Ludwig 315
Bortfeldt, Heinrich 273
Bösch, Frank 430
Bostel, Dierk 337
Botsch, Gideon 9, 19, 149, 211, 275-278
Böttcher, Marcus 251, 253 f.
Böttger, Helmut 430
Bötticher, Astrid 49, 297, 299
Botz, Gerhard 397
Bourdieu, Pierre 383
Bouyeri, Mohammed 336
Bovenkerk, Frank 447
Bowden, Mark 364, 430
Brähler, Elmar 7, 13, 18, 22-27, 29, 31-34, 429
Brandal, Nikolai 192, 202 f., 208
Brandstetter, Marc 96, 99, 118-121, 128 f.
Brandt, Heike 215
Brandt, Willy 81, 86, 256, 403, 407
Braun, Stephan 151, 231, 242
Bräuninger, Thomas 430

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Braunschweig, Christoph 231-235
Bréchon, Pierre 393
Bredel, Willi 370 f.
Bredenbeck, Julius 282
Bredow, Wilfried von 396, 427
Breier, Karl-Heinz 365
Breit, Gotthard 440
Breivik, Anders Behring 193, 200 f., 207, 209, 256
Brenner, Michael 366 f.
Breton, André 85
Breuer, Rita 430
Breuer, Stefan 368
Brie, André 265, 274
Brie, Michael 111
Brill, Hermann Louis 384
Brinkmann, Patrick 152 f.
Brodkorb, Mathias 89
Brown, Nancy 249
Browning, Christopher 297
Brox, Ottar 197
Bruck, Arthur Moeller van den 423 f.
Brunner, Alois 374 f.
Brzezinski, Zbigniew 43 f., 312
Bub, Dieter 430
Bubis, Ignatz 14, 396
Buchholz, Christine 376
Büchner, Georg 345
Buchstein, Hubertus 282, 440
Burjatskij, Said 173
Burkhardt, Torsun 140
Burner, Holger 145
Bush, George W. 364
Butzlaff, Felix 189

Caiani, Manuela 430
Camus, Albert 381
Canfora, Luciano 246
Carothers, Thomas 302
Carow, Heiner 188
Casquetes, Jesus 336
Castro, Fidel 112, 185 f., 447
Casula, Philipp 430
Chan, Martin G. D. 431
Chávez, Hugo 300 f.
Chodorkowski, Michail 369 f.
Chomeini, Ruhollah 49
Chouka, Mounir 174
Chouka, Yassin 174
Christoffers, Ralf 180
Christofias, Dimitris 61
Chruschtschow, Nikita S. 429
Chung, Byung-Ho 438
Churchill, Winston 235
Cicero, Marcus Tullius 345
Claß, Heinrich 439
Claus, Roland 179
Clemenceau, Georges Benjamin 329, 389
Clement, Wolfgang 403
Clinton, Hillary 364
Cohn-Bendit, Daniel 411
Colomer, Josep M. 191
Converse, Philip E. 34
Conway, Maura 337
Conze, Eckart 322, 431
Copsey, Nigel 155
Cordonnier, Jacques 156
Cornelißen, Christoph 431
Corner, Paul 431
Courtois, Stéphane 69
Cowen, Brian 55
Cowen, Kenneth M. 442
Cremer, Claus 105 f.
Croissant, Aurel 417
Crouch, Colin 245-247
Cunningham, Frank 53

Daase, Christopher 433
Dahl, Hans Fredrik 208
Dahl, Robert 234, 236, 246 f.
Dahmke, Thomas 216, 222
Daniel, Juli 85
Danzer, Doris 370 f.
Dath, Dietmar 427
Däubler, Theodor 368
Daudow, Ibragimchalil (siehe Emir Salich) 168
Debus, Marc 430
Decker, Frank 109, 242, 392, 411
Decker, Markus 181
Decker, Oliver 7, 13, 18, 22-27, 29, 31-34
Dehm, Dieter 180
Delbrück, Hans 429
Delwitt, Pascal 393
Demjanjuk, John 223, 374
Deschner, Günther 212 f., 215, 218, 225 f.
Detterbeck, Klaus 371 f.
Deutz-Schroeder, Monika 444
Dewinter, Filip 151 f., 154-156
Diehl, Jörg 123

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Diehl, Robert 216, 220, 222, 225
Diekmann, Florian 129
Diekmann, Irene A. 150
Diestel, Peter-Michael 185
Diewald-Kerkmann, Gisela 335 f.
Dimitrow, Georgi 296
Diner, Dan 367, 431
Dirsch, Felix 423 f.
Dobson, William J. 300-303
Domínguez, Florencio 373
Dornbusch, Christian 135
Dörrien, Johannes 25
Douglas, Mary 343
Douglas, R. M. 304-307
Dovermann, Ulrich 341
Downs, Anthony 52, 232
Dreier, Ralf 53
Dreßen, Wolfgang 85
Dreyfus, Alfred 329
Dryzek, John S. 346
Dubček, Alexander 429
Dudajew, Dschohar 162
Durkheim, Émile 246
Dusini, Matthias 431
Dutschke, Rudi 77, 79, 86-88, 425, 442

Ebert, Friedrich 22, 25, 444
Edinger, Michael 22
Edlinger, Thomas 431
Eggebrecht, Axel 433
Egner, Björn 431
Ehrhardt, Christoph 123
Eichberg, Henning 8, 77-91
Eichler, Willi 384
Eichmüller, Andreas 374
Ekeroth, Kent 152
Elbe, Ingo 366
Ellwein, Thomas 325-327
Elsner, Wolfgang 246
Elverich, Gabi 135
Emberland, Terje 208
Enebakk, Vidar 201
Engelmann, Jonas 310
Engels, Friedrich 48, 365 f., 427
Enkelmann, Dagmar 180
Ensikat, Peter 428
Enzmann, Birgit 231, 239-241, 354
Erb, Rainer 449
Erdogan, Tayyip 410
Erhard, Ludwig 421 f.
Erhardt, Arthur 82
Ernst, Klaus 111, 181, 185, 375 f.
Ersson, Svante 191
Eschenburg, Theodor 384
Escrivá, María Ángeles 373
Esposito, Marie-Claude 431
Eucken, Walter 421 f.
Evans, Richard J. 221

Fahoum, Keely M. 163, 172
Fair-Schulz, Axel 371
Falk, Johanna 51
Falkner, Thomas 185
Falter, Jürgen W. 17 f., 22
Farin, Klaus 141
Faulenbach, Bernd 304
Faurisson, Robert 393
Faust, Matthias 20
Fehlberg, Frank 432
Feldman, Matthew 432
Fenger-Gron, Carsten 79
Fenske, Hans 382
Ferguson, Niall 437
Feustel, Susanne 308
Fichte, Johann Gottlieb 389
Fidler, Harald 158
Fischer, Bernd 432
Fischer, Ernst Peter 432
Fischer, Georg 375
Fischer-Lescano, Andreas 365 f.
Flügge, Christoph 418
Foitzik, Jan 377
Follasch, Uschi 225
Foschepoth, Josef 322
Förster, Peter 429
Forsthoff, Ernst 417
Fortuyn, Pim 160
Foucault, Michel 345
Frach, Friederike 432
Fraenkel, Ernst 53
Franco, Francisco 373, 428
Frank, Arno 135
Frank, Sven Thomas 86
Franke, Gisa 432
Frankenberger, Rolf 370
Franz, Frank 98 f.
Franzius, Claudio 231, 244
Fraser, Nancy 343

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Frei, Norbert 367, 413, 432
Freires, Horst 101
Freitag, Jan 190, 199, 206
Frenssen, Gustav 432
Freudenberg, Dirk 405
Frey, Gerhard 20, 79
Freysinger, Oskar 156
Fricke, Holger 318
Fricke, Norbert 319
Friedrich III. 428
Friedrich Wilhelm I. 215
Friedrich, Carl Joachim 43 f., 312
Friedrich, Hans-Peter 124
Friedrich, Walter 177, 187
Frindte, Wolfgang 42
Fritz, Regina 432
Fritze, Lothar 44, 312-314, 380
Fröhlich, Christiane 162
Fromm, Rainer 213
Fuchs, Christian 252-254
Fuest, Clemens 319
Fuest, Leonhard 38
Fugau, Friedrich 83
Fuld, Werner 432
Funke, Hajo 254
Fürst, Alfons 433

Gabriel, Oscar W. 433
Gabriel, Sigmar 242
Gadamer, Hans-Georg 343
Gakajew, Chusejn 167 f., 170
Gallus, Alexander 9, 21, 95, 118, 128, 149, 152, 159, 433
Gansel, Christina 136, 140
Gansel, Jürgen 158
Gantschow, Alexander 365
Gauck, Joachim 315-317, 430
Gaudot, Edouard 411
Gazica, Mirjana 198
Gazijew, Tarchan 167 f., 170
Geiger, Theodor 16
Geis, Anna 433
Geisler, Alexander 151, 231, 242
Geißler, Norman 22
Geisslinger, Esther 100
Gelajew, Chamzat 164
Genscher, Hans-Dietrich 435
Gensing, Patrick 251, 255
Georgii, Harald 405
Gerhardsen, Einar 191
Gerlach, Julia 378
Gerster, Martin 151
Geworkjan, Natalija 369
Ghanouchī, Rašīd 410
Giemsch, Dennis 128
Gierke, Otto von 366
Giese, Daniel 122
Givens, Terri E. 196
Glaser, Hermann 384
Glaser, Michaela 135
Glaubitz, Joachim 378
Globisch, Claudia 149
Glöckner, Olaf 149
Glotz, Peter 328, 351
Gneisenau, August-Wilhelm Graf Neidhardt von 215
Godin, Emmanuel 440
Goebbels, Joseph 295, 390
Goethe, Johann Wolfgang von 266, 413, 445
Goetz, John 252-254
Goetz, Walter 429
Goffart, Daniel 403 f.
Gogh, Theo van 336
Gollancz, Victor 306
Goodwin, Matthew 155
Gorbatschow, Michail S. 112, 429
Göring, Hermann 295
Gössner, Rolf 310
Graeber, David 433
Graf, Oskar Maria 371
Graitl, Lorenz 433
Grams, Wolfgang 118
Gramsci, Antonio 344
Grass, Günter 384
Grätz, Jonas 405
Green, Todd H. 150
Gregor, A. James 433
Greven, Michael Th. 427
Grießer, Wilfried 379 f.
Grimnes, Ole Kristian 208
Gröhe, Hermann 215
Gromes, Thorsten 419 f.
Groß, Hermann 191
Grosser, Thomas 79
Grotz, Florian 318, 372
Grumke, Thomas 210 f., 213, 226, 242
Grünbaum, Robert 417
Grundtvig, Nikolai 90

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Grüner, Jan Ingo 395 f.
Grutzpalk, Jonas 260
Guevara, Ernesto („Che") 186, 188
Guillaume, Günter 390
Gülay, Cem 433
Gumbrecht, Hans Ulrich 381 f.
Gurian, Waldemar 368
Guttenberg, Karl-Theodor zu 437
Guttenplan, Don D. 221
Gutzeit, Martin 417
Gyöngyösi, Marton 225
Gysi, Gregor 103, 111, 178 f., 181-186, 188 f., 266 f., 340

Haave, Per 190
Habermas, Jürgen 343 f., 346, 388
Hachtmann, Rüdiger 430
Hacker, Michael 382
Hadschi, Usun 171
Häfner, Lutz 398
Hagen, Carl I. 197
Hagtvet, Bernt 192, 201, 203 f., 209
Hahn, Gordon M. 169
Hahn, Otto 443
Haider, Jörg 151, 441
Ha'ivri, David 153
Halbach, Uwe 162
Hallermann, Andreas 22
Hamdan, Osama 213, 217
Hanbal, Ahmad ibn 358
Händel, Thomas 375 f.
Hanisch, Anja 434
Hansen, Hendrik 44
Hanshew, Karrin 321-323
Hansmann, Marc 434
Hareide, Knut Arild 198
Härtel, Ines 318
Hartleb, Florian 158, 411
Hartmann, Volker 218, 220
Harutunyan, Harutyun 433
Hasche, Thorsten 364
Haughton, Tim 72 f.
Haus, Michael 431
Häusler, Alexander 151
Haußleiter, August 86
Hausweddel, Corinna 337
Hayek, Friedrich August von 232-234, 279, 281, 421 f.
Hearst, David 70
Hebel, Christina 118, 129
Hecker, Thomas 113
Hedstrøm, Øystein 198
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 389, 444
Heian, Øyvind 196
Heidar, Knut 190
Heidegger, Martin 381, 435
Heidenreich, Felix 434
Heimlich, Steven 89
Hein, Bastian 383, 434
Heine, Hannes 134
Heine, Heinrich 389
Heinelt, Hubert 431
Heinemann, Gustav 407
Heinemann-Grüder, Andreas 162
Heinisch, Heiko 385
Heise, Arne 434
Heise, Thomas 122
Heisenberg, Werner 384, 443
Heitmeyer, Wilhelm 13, 337, 386, 449
Heller, Hermann 365
Heller, Regina 162
Helms, Ludger 387
Hengst, Björn 97
Heni, Clemens 78, 89
Henkel, Markus 423 f.
Henneke, Hans-Günter 319
Hensel, Alexander 434
Herberger, Sepp 384
Herbst, Andreas 177
Herder-Dorneich, Philipp 232
Herman, Eva 434
Hermand, Jost 389
Hermansen, Benjamin 192 f., 200
Herold, Horst 322
Herrnböck, Julia 158
Herzfelde, Wieland 370 f.
Herzog, Roman 353, 434
Hesse, Joachim Jens 325, 327
Hessel, Stéphane 434
Heumann, Hans-Dieter 435
Heuss, Theodor 351, 383, 429, 440
Heydemann, Günther 384
Heym, Stefan 179
Hikel, Christine 435
Hiksch, Uwe 180
Hildebrand, Gerold 386
Hildebrand, Klaus 435
Hildebrandt, Tina 181

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hildmann, Philipp W. 447
Hilger, Andreas 282
Hiller, Kurt 433
Hilsberg, Stephan 267
Himmler, Heinrich 295
Hinck, Gunnar 406 f.
Hindenburg, Paul von 390
Hippler, Jochen 162
Hirscher, Gerhard 19, 21, 43, 69
Hirte, Katrin 231
Hitler, Adolf 16, 23, 27, 38, 43-47, 52, 81, 280 f., 291, 294 f., 312-314, 368, 384, 389, 414, 438, 440
Ho Tschi Minh 83
Hobbes, Thomas 346, 445
Hofer, Franz 225
Hofer, Hans-Georg 398
Hoffmann, Karl-Heinz 119, 255
Hoffmann, Ruth 390
Höfler, Tobias 139
Höhler, Gert 56
Höhler, Gertrud 435
Hollande, François 70, 330
Hollenstein, Oliver 382 f.
Homann, Karl 52
Honecker, Erich 112
Honecker, Margot 435
Honig, Bonnie 346
Höpfner, Peter 435
Horowitz, Irving Louis 435
Horst, Patrick 99, 101
Huber, Sascha 391
Hübner, Wolfgang 183
Hugenberg, Alfred 33
Huisken, Freerk 435
Hüllen, Rudolf van 140, 387
Hummel, Klaus 337
Hundseder, Franziska 227
Hüttmann, Jens 435

Ibn Taymiyya 357
Ibrahim, Yaha 285, 287
Igel, Regine 435
Igounet, Valérie 393
Indregard, Sigve 209
Ipsen, Jörn 436
Irving, David 221
Isensee, Josef 318
Ismayr, Wolfgang 191, 436
Israilow, Umar 175
Ivaldi, Gilles 393

Jadot, Clément 393
Jager, Jost de 99
Jäger, Ralf 120
Jäger, Thomas 365
Jandarbijew, Selimchan Abdumuslimowitsch 163
Janka, Walter 371
Jarausch, Konrad H. 324
Jasch, Hans-Christian 436
Jaschke, Hans-Gerd 7, 192, 251
Jasku□owski, Tytus 436
Jaurès, Jean 329
Jefferson, Thomas 249
Jellinek, Georg 366
Jenkins, Brian 440
Jensen, Siv 198
Jesse, Eckhard 7, 9, 13 f., 19, 21, 36 f., 43 f., 55, 69, 95 f., 102, 109, 111, 118, 120, 128, 135, 143, 146, 149, 152 f., 159, 177, 179, 183, 190, 192, 273, 297, 309, 341, 405, 436, 449
Jessop, Bob 246 f.
Jisheng, Yang 394
Jochem, Sven 436
Johannsen, Margret 162
John, Anke 437
Johnson, Matthes 437
Johnstone, Chris 174
Jörke, Dirk 248
Jorn, Asger 85, 90
Jospin, Lionel 361
Julliard, Jacques 328-330
Jünger, Ernst 85
Jungnikl, Saskia 158
Jupskås, Anders Ravik 197, 209
Jüttner, Julia 122

Kachelmann, Jörg 437
Kadyrow, Achmad 163
Kadyrow, Ramsan 167, 175
Kahlweiß, Luzie H. 149
Kahlweit, Cathrin 55
Kahrs, Horst 98, 108
Kainz, Peter 42, 44
Kajewski, Marie-Christine 245 f.
Kalbe, Uwe 182
Kaldor, Mary 428
Kansteiner, Wulf 413

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kant, Immanuel 344 f., 444
Kantorowicz, Ernst H. 445
Karcher, Nicola 10, 190, 208 f.
Karner, Stefan 397
Käsemann, Elisabeth 425
Kasper, Jörg 215
Keller, Dietmar 437
Kelsen, Hans 366
Kemper, Dirk 437
Kennedy, Paul 437
Kepel, Gilles 170
Kepplinger, Hans Matthias 437
Kersten, Harald 219, 225
Kessel, Stijn van 160
Keßler, Mario 371
Khan, Samir 285 f.
Khosravinik, Majid 156
Khuder, Iyad 217
Kielmansegg, Peter Graf 240
Kiermeier, Franziska 315
Kiess, Johannes 13, 18, 22-27, 29, 31-34
Kießling, Andrea 378 f.
Kießling, Friedrich 395
Kinsey, Alfred 381
Kipping, Katja 108
Kirchheimer, Otto 368
Kirchhof, Paul 318
Kirstes, Stephan 318
Kissinger, Henry 437
Kitschelt, Herbert P. 277, 388
Kittel, Manfred 383
Kjøstvedt, Anders Granås 197, 208 f.
Kjuus, Jack Erik 195
Klamroth, Klaus 331
Klamt, Martin 437
Klare, Heiko 153
Klecha, Stefan 434
Klein, Hans Hugo 353
Kleppe, Vidar 194
Klumb, Josef Maria 221
Knabe, Hubertus 273
Knapp, Robert 438
Kneuer, Marianne 300
Knigge, Jost C. 438
Knodt, Michèle 396
Köbele, Patrick 114
Kocher, Friedrich 218
Köcher, Renate 319
Kodalle, Klaus-M. 42
Koelé, Door Theo 157
Kolmannskog, Håkon 202
Kondylis, Panajotis 345
Koning, Martrijn de 336
Konrad, Helmut 397
Koop, Volker 438
Kopke, Christoph 149
Korge, Johannes 118
Korte, Karl-Rudolf 242, 438
Kotowski, Elke-Vera 150
Krabbe, Hugo 366
Kraft, Hannelore 102
Krahl, Hans-Jürgen 384
Krämer, Ralf 376
Krämer, Walter 404
Kramp-Karrenbauer, Annegret 96, 98
Kranz, Paul 218
Kraske, Marion 256
Krause, Skadi 429
Krause, Susann 396 f.
Kraushaar, Wolfgang 426, 438
Kreis, Joachim 22
Krell, Christian 231, 248
Krenz, Egon 185
Kretschmann, Carsten 438
Kretschmann, Wilfried 95
Krolzig, Sascha 128
Kruijt, Michiel 157
Krusen, Peer 220
Kuban, Thomas 251, 256
Kübler, Daniel 431
Kübler, Elisabeth 438
Kühn, Adriaan Ph. V. 374, 399 f.
Kuhn, Helmut 433
Küpper, Mechthild 113
Kural, Mahmut 135
Kurbacher, Frauke 38 f.
Kutowski, Georg 216
Kutzmutz, Rolf 274
Kwon, Heonik 438

Laabs, Dirk 331-333
Laband, Paul 366
Labudda, Günter 178
Lafontaine, Oskar 96-98, 111, 132, 180-182, 184, 186, 268, 271, 274, 340, 376
Lammert, Norbert 434
Lane, Jan-Erik 191
Lang, Jürgen P. 96, 183, 270, 273, 376, 436

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lang, Kai-Olaf 72
Lange, Anders 191, 196 f.
Lannert, Christian 265-274
Laquièze, Alain 431
Larsen, Kjell Gunnar 205
Lau, Mariam 181
Laurent, Pierre 181
Laurin, Stefan 107
Lausberg, Michael 400 f.
Lazar, David 157
Lazar, Marc 69
Le Pen, Jean-Marie 69, 160, 330, 361, 393
Le Pen, Marine 69 f., 120, 156, 160, 393
Lean, Nathan 439
Leber, Julius 384
Leder, Danny 55
Leese, Daniel 395
Leggewie, Claus 251, 261 f., 422 f.
Lehmann, Jens 378
Lehnert, Detlef 365 f., 408, 439
Leibholz, Gerhard 384
Leicht, Johannes 439
Lembcke, Oliver W. 231, 241, 387 f.
Lemke, Jörn 101
Lemke, Matthias 231, 249 f.
Lemmes Fabian 335
Lengsfeld, Vera 390 f.
Lenin, Wladimir I. 81, 84, 282, 290, 314, 427
Lepper, Andrzej 61, 340
Lersch, Philipp 246
Leunig, Sven 318, 439
Levien, Pierre 129
Leyen, Marie-Luise von der 439
Leyendecker, Hans 251, 253
Li, David Daokui 437
Liang, Christina Schori 196
Liberti, Stefano 439
Liebold, Sebastian 390
Limberger, Daniel 439
Lindenmeyer, Christoph 353
Linhart, Eric 99
Lipset, Seymour Martin 13, 15-18, 21, 26, 31 f., 400, 404
Liszt, Franz 445
Liu Xiaobo 220
Llanque, Marcus 346
Löbe, Paul 296
Lobek, Rene 223
Lobel, Hilde De 154 f.
Lobocki, Ingeborg 121, 128
Locher, Alexandra 398
Loest, Erich 188
Loewenstein, Bedrich 401 f.
Loewenstein, Karl 321
Löffler, Doreen 136, 140
Löffler, Jörg 38
Logvinov, Michail 9, 161, 165, 173
Lohmann, Hans-Martin 14
Lohse, Eckhart 403 f.
Lööw, Heléne 190, 208
Lorenz, Robert 189
Lorig, Wolfgang H. 319
Löster, Rüdiger 119
Lötzsch, Gesine 111, 182, 185
Löwenthal, Richard 279-283, 444
Lübbe, Hermann 294
Lüders, Michael 364 f.
Luft, Christa 179
Lukaschenko, Alexander 298
Lunde, Henrik 195 f., 198 f., 208
Lütke, Jens 101
Luxemburg, Rosa 108, 113, 263, 267, 273, 429

Maaß, Heiko 96, 98
Machado, Antonio 399
Machiavelli, Niccolò 238, 345, 412 f.
Mader, Xaver 223
Madest, Ulrike 8, 134, 409
Maginot, Max 389
Mahler, Horst 77, 90 f., 220
Mählert, Ulrich 439
Mahmoud, Mohamed 124
Maihofer, Werner 383
Maiwald, Stephanie 382
Maizière, Lothar de 185
Maliková, Anna 72
Malthaner, Stefan 335-338
Mammone, Andrea 440
Manigand, Christine 431
Mann, Heinrich 437
Mann, Thomas 402
Mannewitz, Tom 8, 55, 68 f., 71, 339-342, 412
Mannheim, Karl 321
Mannheimer, Max 439
Manow, Philip 440
Mantelli, Brunello 431
Mao Tse-tung 83, 202 f., 335, 394 f.
March, Luke 57

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mareš, Miroslav 49, 73, 297
Marg, Stine 383
Martens, Hans Peter 215, 220, 223
Marx, Karl 43, 45 f., 48 f., 52, 232, 235, 237 f., 249, 312, 329, 366, 427
Marxen, Klaus 418
März, Michael 406 f.
Maschadow, Aslan 163 f.
Maschke, Günter 77, 216
Massing, Peter 440
Mattl, Siegfried 397
Maxwell, Robert 178
Mayer, Hans 177
Mayer, Nonna 393
Mayer-Vorfelder, Gerhard 440
Mégret, Bruno 152
Mehlich, Andreas 361 f.
Meiborg, Gerhard 443
Meier, Horst 251, 261 f.
Meinecke, Friedrich 429
Meinhof, Ulrike 361, 442
Meining, Stefan 149
Meleagrou-Hitchens, Alexander 286
Menasse, Robert 231, 243 f.
Mendelssohn, Moses 275
Mergel, Thomas 322, 440
Merkel, Angela 215, 435
Merkel, Wolfgang 240, 242, 248
Merkl, Peter H. 196
Merl, Stephan 440
Merseburger, Peter 440
Metzler, Gabriele 428, 449
Meyer, Hans 320
Meyer, John W. 396
Meyer, Thomas 50
Meyer-Plath, Gordian 139
Michels, Robert 429
Michelet, Jon 202
Micus, Matthias 189
Mielke, Siegfried 440
Miermeister, Jürgen 442
Milelli, Jean-Pierre 170
Miliopoulos, Lazaros 10, 21, 231
Mill, John Stuart 346
Miller, Susanne 384
Mirschel, Markus 73
Mitterrand, François 330, 361
Mittler, Günther R. 441
Modrow, Hans 437
Möhring, Cornelia 101
Möller, Axel 212
Möller, Horst 383
Möllers, Martin H. W. 379, 404, 441
Mölzer, Andreas 157
Mommsen, Theodor 432
Mooshammer, Helge 441
Moreau, Patrick 21, 57, 69, 73, 160, 273, 393, 428, 441
Morin, Edgar 434
Morlok, Martin 441
Mörschel, Tobias 231, 248
Mörtenböck, Peter 441
Mosley, Oswald 82
Most, Edgar 333
Mouffe, Chantal 343
Mourchidi, Khodeyr Al 217
Moxnes, Bjørnar 204
Mral, Brigitte 156
Mubarak, Husni 301
Muchammad, Abu 169
Mudde, Cas 196, 208
Mühe, Ulrich 185
Mühlberger, Andrea 55
Mühlhausen, Walter 444
Müller, Herbert Landolin 410
Müller, Manfred 179
Müller, Stefan 419
Müller, Werner 384
Müller-Enbergs, Helmut 177, 406
Münch, Ursula 319
Mundlos, Uwe 252 f.
Munier, Dietmar 210-214, 222 f., 226 f.
Munimus, Bettina 441
Münkler, Herfried 427
Murphy, Paul 176
Mursi, Mohammed 125
Musajew, Berg-Chazh 175
Musharbash, Yassin 170
Mussolini, Benito 84
Myhre, Jan Eivind 206
Myrdal, Arne 199

Nachtwey, Oliver 242
Napoleon Bonaparte 365
Narr, Wolf-Dieter 18
Natonek, Wolfgang 384
Naumann, Friedrich 431 f.
Naumann, Michael 315

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Nayhauß, Dirk von 405 f.
Neidhardt, Friedhelm 399
Neitzel, Sönke 398
Neszeri, Irina 105
Neu, Viola 69, 273, 297
Neubauer, Harald 213 f., 216, 218, 226
Neuber, Karsten 215, 223
Neugebauer, Gero 26, 273
Neugebauer, Wolfgang 446
Neumann, Franz L. 383
Neumann, Pascal 214
Neumann, Peter 348
Nida-Rümelin, Julian 318 f.
Niebuhr, Reinhold 364
Niedermayer, Oskar 22, 73, 96, 107, 422 f.
Nietzsche, Friedrich 368 f.
Noeske, Harald 441
Nolte, Ernst 16, 283, 312
Nolte, Paul 231, 235 f., 247
Nordmann, Jürgen 231
Normann, Lars 118
Norris, Pippa 57
Nøstvold Jensen, Peder Are 201
Nullmeier, Frank 433

Obama, Barack 364, 414 f., 427
Oberlercher, Reinhold 77
Oberloskamp, Eva 450
Oberreuter, Heinrich 231, 238 f.
Ochsenreiter, Manuel 211, 213-218, 220 f., 225 f.
Ødegaard, Jan 194
Odenbach, Jan 441
Øgrim, Tron 203
Öhlinger, Theo 387
Olivet, Peter 389
Ollert, Ralf 119
Olson, Parmy 441
Olstad, Finn 191
Olteanu, Tina 387 f.
Oncken, Hermann 429
Ooyen, Robert Chr. van 404, 441
Oppenheimer, Julius Robert 384
Orfalli, Brigitta 393
Ossege, Stefan 442
Ötsch, Walter Otto 231, 245
Ottmann, Henning 346

Pallade, Yves Patrick 150
Pantucci, Raffaello 349
Passens, Katrin 405 f.
Patzelt, Werner J. 242, 442
Pätzold, Harald 108
Pau, Petra 182
Paulson, Stanley L. 53
Pehle, Heinrich 418
Peil, Florian 284, 286
Pekelder, Jacco 398, 442
Pelewin, Viktor 370
Pelinka, Anton 387
Pels, Dick 411
Perels, Joachim 365 f.
Perry, Rick 415
Pétain, Philippe 293
Peters, Jürgen 151
Pfahl-Traughber, Armin 36, 44, 54, 96, 136 f., 149, 211, 251, 259 f., 308, 405, 450
Pfetsch, Frank R. 343, 346
Philipps, Robert 406
Phillips, Anne 346
Pieck, Wilhelm 391
Pies, Ingo 52
Pitschas, Rainer 350
Piwoni, Eunike 395 f.
Plaggenborg, Stefan 408 f.
Plank, Max 384
Platon 343, 345, 346
Platte, Holger 428
Platzeck, Matthias 184
Plöhn, Jürgen 388
Pocock, John 237, 445
Poguntke, Thomas 441
Pohl, Markus 106
Pohlmann, Friedrich 44
Pokorny, Sabine 391 f.
Pol Pot 204
Poppe, Ulrike 384
Pörksen, Bernhard 144
Porta, Donatella della 430
Pott, Marcel 409 f.
Potthoff, Heinrich 384
Potts, Charlotte 415
Poulsen, Franz 222
Preisinger, Simon 118
Preuß, Hugo 365 f.
Preuß, Ulrich K. 231, 244
Priester, Karin 411
Prinz, Michael 442
Prinz, Sebastian 272

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Prodi, Romano 55
Pröll, Katharina 215 f., 222
Proudhon, Pierre-Joseph 329
Pufelska, Agnieszka 149
Pünder, Hermann 447
Putin, Wladimir 165, 173, 301 f., 369, 430

Quasten, Rita 444
Quent, Matthias 386
Qutb, Sayyid 43, 49 f., 52,

Raabe, Jan 135
Rabehl, Bernd 77, 79, 86, 91
Rabin, Yitzak 153
Rabinowitch, Alexander 442
Radbruch, Gustav 53
Radkau, Joachim 344
Radke, Johannes 251, 258
Radtke, Bernhard 215-218, 220, 222, 225
Rafat, Shamim 442
Ragin, Charles C. 67
Ramelow, Bodo 251, 263
Rancière, Jacques 249
Randin, Katrine 197, 208
Rankin, George T. 442
Raphael, Lutz 442
Rathkolb, Oliver 387
Rau, Johannes 403
Rebenich, Stefan 432
Reetz, Axel 397
Rehwaldt, Dorian 215, 221-223, 225
Reidemeister, Helga 442
Reimann, Anna 124
Reinalter, Helmut 387
Reinartz, Dirk 215 f., 218, 223
Reinhardt, Volker 412
Reinicke, Helmut 442
Renesse, Margot von 417
Requate, Jörg 397 f.
Reutter, Werner 318, 440
Reuveni, Gideon 431
Rheinberger, Anton 212
Rhodes, Ben 364
Richter, Hans-Werner 430
Richter, Wera 114
Rieger, Jürgen 83
Riepl, Maggie 405 f.
Riexinger, Bernd 108, 111
Rippel, Susanne 39
Ritter, Gerhard A. 429
Ritzi, Claudia 231, 241
Roewer, Helmut 263
Rognlien, Jon 208
Rohrbach, Paul 432
Rohstock, Anne 384
Rohwedder, Detlev Karsten 332
Rohwedder, Uwe 425 f.
Rommerskirchen, Charlotte 57
Röpke, Wilhelm 421
Rosiny, Stephan 336
Rost, Nicolas 416
Roth, Jürgen 443
Rothe, Katharina 22
Rotholz, Walter 191
Rouhs, Manfred 131, 150 f., 154
Rousseau, Jean-Jacques 315, 366
Rüb, Friedbert W. 440
Rudzio, Wolfgang 21
Rukser, Udo 384
Rupprecht, Isabel 443
Rupps, Martin 443
Russell, Bertrand 306, 323, 407
Rust, Mathias 446
Rüttgers, Jürgen 351
Rybár, Tim 73

Sabrow, Martin 413, 430
Sadulajew, Abdul Chalim 163
Sager, Tomas 151
Said, Behnam 123
Sakajew, Achmed 167 f.
Salazar, António de Oliveira 428
Salomon, David 231, 246 f.
Salomon, Ernst von 85
Salzborn, Samuel 149, 231, 237, 248, 365 f., 404
Santorum, Rick 415
Saracino, Stefano 412 f.
Sarcinelli, Ulrich 242
Sarkowicz, Hans 89
Sarrazin, Thilo 437
Sartre, Jean-Paul 381
Sauer, Birgit 387
Saupe, Achim 321
Schaal, Gary S. 231, 241, 387 f., 434
Schaap, Fritz 443
Schädlich, Anna 443
Schädlich, Susanne 443
Schäfer, Gerhard 443

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schäfer, Rieke 427
Schale, Frank 369
Schamil, Imam 171, 175
Scharpf, Fritz W. 319
Scheel, Walter 383
Scheffler, Thomas 335
Scheil, Stefan 223
Schenke, Wolf 80, 83
Scheunert, Detlev 331
Schiller, Friedrich von 445
Schiller, Theo 242
Schily, Otto 362
Schimmer, Arne 213, 221
Schirach, Richard von 443
Schalck-Golodkowski, Alexander 445
Schläger, Philipp 414 f.
Schlamm, William S. 433
Schlegel, Eric 423
Schlierer, Rolf 131, 152
Schlimbach, Tabea 135
Schmeh, Klaus 443
Schmeitzner, Mike 279-282, 444
Schmid, Alex P. 335
Schmidt, Christian 310
Schmidt, Helmut 282, 407
Schmidt, Karl Ludwig 383
Schmidt, Manfred G. 56
Schmidt, Oliver 280
Schmidt, Rainer 444
Schmidt, Ute 282
Schmidt, Wolf 347-349
Schmitt, Carl 51, 368, 417
Schmitt, Karl 22
Schmitt-Beck, Rüdiger 444
Schneider, Carsten Q. 67
Schneider, Christoph 444
Schneiders, Thorsten Gerald 362 f.
Schniewind, Aline 444
Schoch, Bruno 162
Schoen, Harald 99
Schoeps, Julius H. 150
Schoettle, Erwin 282
Schölermann, Stefan 129
Scholle, Thilo 365 f.
Scholl-Latour, Peter 444
Scholtyseck, Joachim 431
Scholz, Nina 385
Scholz, Rupert 350-353
Schönhoven, Klaus 444
Schönhuber, Franz 277
Schopenhauer, Arthur 215
Schräge, Eva-Maria 433
Schraut, Sylvia 79, 435
Schreiber, Georg 383
Schröder, Alwin 118
Schröder, Gerhard 181
Schröder, Kristina 215
Schröder, Rainer 418
Schröder, Richard 331
Schroeder, Klaus 22, 444
Schubarth, Wilfried 400
Schubert, Thomas 149, 318
Schui, Herbert 376
Schüler-Springorum, Stefanie 399
Schuller, Wolfgang 418
Schulz, Gerhard 282
Schulze Heuling, Dagmar 444
Schulze, Matthias 445
Schumacher, Kurt 282
Schumann, Frank 445
Schumann, Michael 273
Schumann, Siegfried 22
Schumpeter, Joseph Aloys 52, 233, 235
Schuppener, Georg 135
Schwabedissen, Katharina 103
Schwalbe, Konrad 178
Schwarz, Hans-Peter 85, 384
Schwarz, Klaus 49
Schweitzer, Eva C. 414 f.
Schwerdtfeger, Markus 215, 220, 222, 225
Sedlatzek-Müller, Robert 445
Seebacher, Brigitte 328, 404
Seemann, Annette 445
Seghers, Anna 370 f.
Seichter, Dorit 367
Seidensticker, Lars 154
Seidler, Franz W. 214, 223
Seitenbecher, Manuel 8, 77
Selk, Veith 427
Sheikh Attar, Ali Reza 217
Sherwood, Harriet 153
Siener, Robin 118
Simon, Dagmar 440
Simons, Stefan 70
Simonsen, Tor Espen 197, 208
Sinjawski, Andrei 85
Siri, Jasmin 445
Sjøli, Hans Petter 202-205

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Skinner, Quentin 445
Sklar, Judith 343
Skodvin, Magne 208
Slota, Ján 72
Smend, Rudolf 384
Smith, Nadja 382
Snowden, Edward 404
Snyder, Timothy 428
Sócrates, José 55
Søfteland, Hege 196
Söhler, Maik 145
Solberg, Erna 191
Söllner, Alfons 402
Solstad, Dag 202
Sombart, Werner 52, 429
Sontheimer, Kurt 401 f.
Sørensen, Øystein 192, 201, 203, 208 f.
Spanger, Hans-Joachim 416
Spengler, Oswald 423 f.
Spieker, Michael 149
Spieler, Robert 152
Spier, Tim 189
Sprich, Christoph 422
Springer, Christian 374 f.
Sprinzak, Ehud 153
Staadt, Jochen 182, 187, 189
Stabenow, Michael 56
Stachura, Peter D. 18
Stadtkewitz, René 152, 155 f.
Stalin, Josef 281, 289-291, 294, 305, 370, 377, 394 f.
Stange, Jennifer 308 f.
Staud, Toralf 251, 258
Stawitz, Ingo 102
Steen, Rune Berlund 194, 199 f.
Steen, Sverre 207
Steglich, Henrik 19, 57, 159
Steigan, Pål 203 f.
Steinbach, Erika 296
Steinberg, Jonathan 445
Steinberg, Udo 285
Steinbrück, Peer 181 f., 403 f.
Steine, Bjørn Arne 201, 209
Steiner, Felix M. 129
Steininger, Peter Alfons 433
Steinke, Bernhard 153
Steinmetz, Willibald 445
Stengl, Anton 446
Stephan, Walter H. 446
Sternberger, Dolf 317, 413
Sterneberg, Tatjana 406
Steven, Elke 310
Stiehm, Enno 446
Stiller, Edina 391
Stiller, Werner 391
Stöbel-Richter, Yve 429
Stock, Wiebke-Marie 368
Stokes, Richard 306
Stolleis, Michael 417 f.
Stolpe, Manfred 178, 185
Stoph, Willi 86
Stöss, Richard 22, 26, 36, 86, 96, 192, 275
Strache, Heinz-Christian 151 f., 156-158, 441
Straßner, Alexander 362
Strauss, Leo 413
Strauss, Wolfgang 86
Ströbele, Hans Christian 362
Strohschneider, Tom 308, 310
Strol, Sven 404
Strømmen, Øyvind 195 f., 200, 208
Strünck, Christoph 318
Stuckart, Wilhelm 436
Stuhler, Ed 446
Sturm, Daniel Friedrich 403 f.
Sturm, Michael 153
Sturm, Roland 95, 318 f., 325, 418
Suhr, Otto 425
Sultan, Shoaib 194, 199 f.
Sundermeyer, Olaf 251, 255
Sundhaussen, Holm 419
Süßmann, Johannes 134
Sydoruk, Iwan 173
Szrenec, Roger 219

Tálos, Emmerich 446
Terhoeven, Petra 431
Terizakis, Georgios 431
Ternieden, Hendrik 122
Theile, Albert 384
Thein, Martin 120, 128
Thiel, Markus 405
Thieme, Tom 55, 72 f., 149, 190, 199, 206
Thies, Björn 231, 248
Thomas, Christian 317
Thomas, Paul 446
Thöne, Michael 319
Thörner, Marc 409 f.
Thumfart, Alexander 343

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Thümmler, Ellen 366
Tiedemann, Falk 216, 222 f.
Tillack, Anne Kathleen 446
Timtschenko, Viktor 369 f.
Tismaneanu, Vladimir 446
Tito, Josip Broz 429
Tocqueville, Alexis de 236
Tophoven, Rolf 335
Torfhaus, Linus 158
Träger, Hendrik 439
Traub, Gottfried 432
Trefall, Harald 196
Treinel, Jan 438
Tremmel, Jörg C. 446
Troost, Axel 376
Trotha, Caroline Y. Robertson von 14
Trott zu Solz, Adam von 384
Trump, Donald 415
Tschirikowa, Jewgenija 302
Tuchscheerer, Heike 383
Tul'panov, Sergei I. 377
Tusk, Donald 235

Uckermann, Jörg 154
Udugow, Mowladi 163, 167, 171, 176
Uhle, Arnd 350
Uka, Arid 349
Ulbricht, Walter 384, 437
Ullrich, Christian 375
Ullrich, Uwe 425
Umarow, Doku 162, 164-171, 173 f.
Unger, Simone 447
Urdze, Sigita 396
Uschurma, Mansur 171

Vaičaitas, Vaidotas A. 396
Varela, Pedro 220
Vatchagaev, Mairbek 173
Veen, Hans-Joachim 447
Vermeulen, Floris 447
Vieregge, Elmar 9, 210 f., 213
Voegelin, Eric 48, 246
Vogel, Pierre 348
Vogel, Wolfgang 406
Voigt, Rüdiger 413, 447
Voigt, Udo 108, 130
Voigt, Verena 433
Volk, Rainer 374
Vollmer, Andreas 183
Volmer-Naumann, Julia 447
Voronin, Vladimir 61, 64
Voss, Willi 447
Vossen, Koen 158

Wache, Volkhard 443
Wadalow, Aslanbek 166-168, 170
Wagemakers, Joas 357 f.
Wagemann, Claudius 67, 430
Wagenknecht, Sahra 111 f., 179, 421 f.
Wagner, Bernd 210 f., 213, 226
Wagner, Marie Katharina 422
Wagner, Rainer 418
Waldmann, Peter 259, 335-338, 398
Walentynowicz, Anna 436
Walser, Martin 14, 396
Walter, Franz 189, 383, 434
Walter, Jens 441
Wandrey, Uwe 79
Warnke, Horst-Xaver 214 f., 222
Weber, Max 344, 368, 407
Weber, Petra 384
Weber, Regina 386 f.
Weede, Erich 431
Wehner, Herbert 407
Wehner, Markus 403 f.
Wehrmann, Hildegard 447
Weigl, Daniel 118
Weilert, A. Katarina 447
Weinberg, Leonard 196
Weiner, Tim 447
Weinhauer, Klaus 77, 397-399
Weiß, Alexander 427
Weiss, Hillel 153
Weiss, Volker 149
Weiß, Volker 423 f.
Weiss, Yfaat 431
Weißmann, Marliese 18, 22, 24, 26
Weitbrecht, Dorothee 425
Weizsäcker, Carl Friedrich von 443
Weizsäcker, Richard von 266, 351
Wemheuer, Felix 394 f.
Wendt, Bernd-Jürgen 293
Wengst, Udo 282, 383
Wentker, Hermann 384
Werkentin, Falco 418
Wertheimer, Jürgen 427
Westergaard, Kurt 153 f.
Westland, Knut 196

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Westle, Bettina 22, 242, 433
Westlie, Bjørn 203
Wettig, Gerhard 289, 377
Wetz, Andreas 175
Widmann, Carlos 447
Wiefelspütz, Dieter 404
Wiener, Markus 155
Wiese, Martin 119
Wiesendahl, Elmar 242
Wilders, Geert 56, 155-158, 160
Wildt, Michael 428
Wilhelm I. 389
Wille, Joachim 98
Wineroither, David M. 387
Winkelvoß, Peter 218
Winkler, Heinrich August 17
Winkler, Jürgen R. 22, 96, 98, 401
Winter, Susanne 154 f.
Wippermann, Wolfgang 448
Wirsching, Andreas 448
Witte, Rob 192
Wittmoser, Udo 251, 260 f.
Wittrock, Philipp 129
Wodak, Ruth 156
Wolff, Jonas 416
Wolfrum, Edgar 270, 322, 414
Wollstonecraft, Mary 343
Wolpo, Rabbi Shalom Dov 153
Worch, Christian 9, 120 f., 128-130
Wright, Lawrence 176
Wuschech, Heinz 445

Yiwu, Liao 448

Zakaria, Fareed 437
Zandberg, Jeroen 448
Zapatero, José Luis Rodríguez 55
Zatlers, Valdis 396
Zawatka-Gerlach, Ulrich 156
Zdebel, Hubertus 105
Zeh, Juli 231, 239 f.
Zehnpfennig, Barbara 8, 36, 43-45, 48, 448
Zenger, Markus 429
Zetkin, Clara 343
Ziegler, Martin 121, 128
Zimmer, Dieter E. 448
Zimmer, Gabriele 179-181
Zimmermann, Katja 375
Zimmermann, Moshe 431
Zimmermann, Olaf 319
Zimmermann, Wolfgang 103
Zinecker, Heidrun 416
Ziolkowski, Britt 448
Žižek, Slavoj 249, 448
Zschäpe, Beate 251-253, 258
Zündel, Ernst 220
Zwart, Nick 154 f.
Zwiener, Ulrich 42

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autorenverzeichnis

Dr. Marwan Abou-Taam, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Valenciaplatz 1-7, 55118 Mainz.

Dr. Hans Herbert von Arnim, Prof. em., Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Postfach 1409, 67324 Speyer.

Dr. Kai Arzheimer, Prof., Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Politikwissenschaft, Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz.

Dr. Uwe Backes, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Udo Baron, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Lavesallee 6, 30169 Hannover.

Dr. Harald Bergsdorf, Politikwissenschaftler, Walramstr. 9, 53919 Weilerswist.

Dr. Walther L. Bernecker, Prof., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Auslandswissenschaft, Findelgasse 9, 90402 Nürnberg.

Dr. Henrik Bispinck, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Bildung und Forschung, BStU, 10106 Berlin.

Dr. Dr. h. c. Wilfried von Bredow, Prof. em., Philipps-Universität Marburg, Politikwissenschaft, Altes Schulhaus Göttingen, 35094 Lahntal.

Dr. André Brie, MdL, Fraktion Die Linke im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin.

Dr. Katrin Boeckh, Prof., Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Landshuter Str. 4, 93047 Regensburg.

Dr. Aurel Croissant, Prof., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Politikwissenschaft, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg.

Dr. Frank Decker, Prof., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 27, 53113 Bonn.

Dr. Birgit Enzmann, Prof., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Politikwissenschaft, Universitätsallee 1, 85071 Eichstätt.

Dr. Bernd Faulenbach, Prof. em., Ruhr-Universität Bochum, Geschichtswissenschaft, Postfach 102148, 44780 Bochum.

Dr. Hans Fenske, Prof. em., Universität Freiburg, Geschichtswissenschaft, 79085 Freiburg.

Dr. Rolf Frankenberger, Eberhard Karls Universität Tübingen, Politikwissenschaft, Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen.

Dr. Lothar Fritze, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Alexander Gallus, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Joachim Glaubitz, Prof. em., Eibenring 20, 09128 Euba.

Dr. Florian Grotz, Prof., Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Politikwissenschaft, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg.

Thorsten Hasche, M. A., Georg-August-Universität Göttingen, Politikwissenschaft, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen.

Gerold Hildebrand, Redakteur von „Horch und Guck“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin.

Stephan Hilsberg, ehemaliges MdB, Albrechtstr. 14 E, 10117 Berlin.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dr. Rudolf van Hüllen, Lehrbeauftragter, Universität Passau, Politikwissenschaft, 94030 Passau.

Dr. Thomas Jäger, Prof., Universität zu Köln, Politikwissenschaft, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln.

Dr. Hans-Gerd Jaschke, Prof., Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Politikwissenschaft, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin.

Dr. Eckhard Jesse, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Nicola Karcher, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Senter for studier av Holocaust og livssynsminoriteter (HL-senteret), Postboks 1168, Blindern, 0318 Oslo, Norwegen.

Dr. Mario Keßler, Prof., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.

Franziska Kiermeier, M. A., Feuerbachstr. 29, 60325 Frankfurt.

Dr. Marianne Kneuer, Prof., Universität Hildesheim, Politikwissenschaft, Marienburger Platz 22, 31141 Hildesheim.

Dr. Wolfgang Kraushaar, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.

Dr. Adriaan Ph. V. Kühn, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Spanien, Villanueva 43, 28001 Madrid, Spanien.

Dr. Jürgen P. Lang, Bayerischer Rundfunk, Kolumbusstr. 1, 81543 München.

Dr. Daniel Leese, Prof., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Sinologie, Platz der Universität 3, 79085 Freiburg.

Dr. Detlef Lehnert, Prof., FU Berlin, Politikwissenschaft, Lepsiusstr. 6, 12163 Berlin.

Dr. Sebastian Liebold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Dr. Michail Logvinov, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.

Ulrike Madest, M. A., Doktorandin, Lenbachstr. 7 a, 10245 Berlin.

Dr. Tom Mannewitz, Postdoc-Stipendiat der Fritz-Thyssen-Stiftung, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Lazaros Miliopoulos, Habilitationsstipendiat der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaften e. V., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 27, 53113 Bonn.

Dr. Martin H. W. Möllers, Prof., Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Bundespolizei, Ratzeburger Landstr. 4, 23652 Lübeck.

Dr. Patrick Moreau, Prof., rue de la Convention, 75015 Paris, Frankreich.

Dr. Herbert Landolin Müller, Leitender Regierungsdirektor, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Abteilung Internationaler Extremismus und Terrorismus, Taubenheimstr. 85a, 70372 Stuttgart.

Stefan Müller, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 27, 53113 Bonn.

Dr. Werner Müller, Prof. em., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, 18051 Rostock.

Dr. Helmut Müller-Enbergs, Adjungeretprof., Syddansk Universitet (Dänemark) und Högskolan på Gotland (Schweden); Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Bildung und Forschung, BStU, 10106 Berlin.

Dr. Dr. h.c. Friedhelm Neidhardt, Prof. em., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Dr. Viola Neu, Leiterin Team Empirische Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dr. Ernst Nolte, Prof. em., FU Berlin, Geschichtswissenschaft, Bamberger Str. 32, 10799 Berlin.

Florian Peil, M. A., Security Analyst & Consultant, Sophie-Charlotten-Str. 9-10, 14059 Berlin.

Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof., Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Willy-Brandt-Str. 1, 50321 Brühl.

Dr. Jürgen Plöhn, Prof., EBC-Hochschule Hamburg, Esplanade 6, 20354 Hamburg.

Charlotte Potts, M. A., Journalistin, 1843 S Street, NW, Washington D. C. 20009, USA.

Dr. Sebastian Prinz, Erzbischöfliches Ordinariat Berlin, Niederwallstraße 8-9, 10117 Berlin.

Dr. Axel Reetz, Ganu 1-13, 1010 Riga, Lettland.

Dr. Achim Saupe, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.

Dr. Frank Schale, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Erik Schlegel, M. A., Doktorand, Hauptstr. 31, 93197 Zeitlarn.

Dr. Mike Schmeitzner, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Dr. h. c. Richard Schröder, Prof. em., Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin.

Dr. Wolfgang Schuller, Prof. em., Universität Konstanz, Geschichtswissenschaft, 78457 Konstanz.

Dr. Brigitte Seebacher, Prof., Publizistin, Himburg 9, 56459 Rothenbach.

Dr. Manuel Seitenbecher, Fachlektor Geschichte/Politik, Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Postfach 610179, 10922 Berlin.

Dorit Seichter, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lasallestr. 1, 08058 Zwickau.

Dr. Thomas Schubert, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Alfons Söllner, Prof. em., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Christoph Sprich, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., 11053 Berlin.

Dr. Alexander Straßner, PD, Akademischer Oberrat, Universität Regensburg, Politikwissenschaft, Universitätsstr. 31, 93040 Regensburg.

Dr. Roland Sturm, Prof., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Politische Wissenschaft, Kochstr. 4, 91054 Erlangen.

Dr. Alexander Thumfart, Prof., Universität Erfurt, Politikwissenschaft, Nordhäuser Str. 63, 99089 Erfurt.

Dr. Ellen Thümmler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Ralf Tophoven, Institut für Krisenprävention, Girardetstr. 1-5, 45131 Essen.

Dr. Heike Tuchscheerer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsche Gesellschaft e. V., Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin.

Dr. Christina Ullrich, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozess, Philipps-Universität Marburg, Universitätsstr. 7, 35032 Marburg.

Uwe Ullrich, Publizist, Eichstr. 15, 01309 Dresden.

Elmar Vieregge, Pionierstr. 23, 50735 Köln.

Dr. Rüdiger Voigt, Prof. em., Hilchenbacher Str. 90, 57250 Netphen.

Dr. Bernd Jürgen Wendt, Prof. em., Beim-Andreas-Brunnen 8, 20249 Hamburg.

Dr. Gerhard Wettig, Wissenschaftlicher Direktor a. D., Historiker, Vor Selms 92, 54472 Kommen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autorenverzeichnis

Dr. Jürgen R. Winkler, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Politikwissenschaft, Saarstr. 1, 55099 Mainz.

Dr. Edgar Wolfrum, Prof., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Geschichtswissenschaft, Grabengasse 3-5, 69117 Heidelberg.

Dr. Barbara Zehnpfennig, Prof., Universität Passau, Politikwissenschaft, 94030 Passau.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Inhalt Band 24/2012

Editorial
Analysen
Alexander Gallus, Die Studienstiftler Meinhof, Mahler, Ensslin und Vesper
Manfred G. Schmidt, Über die Zukunft der Demokratie
Lazaros Miliopoulos, Geschichte des Extremismus in Deutschland 1949-1990
Herbert Elzer, Otto Straßers umstrittene Rückkehr nach Deutschland
Daten, Dokumente, Dossiers
Eckhard Jesse, Wahlen 2011
Uwe Backes, Organisationen 2011
Alexander Gallus, Dokumentation 2011
Martin Pfafferott, Profil ausgewählter Gruppierungen in der Linken
Armin Pfahl-Traughber, Der NSU und der deutsche Rechtsterrorismus
Katharina Senge, Zur Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“
Robert Philippsberg, Biographisches Porträt: Jürgen Rieger
Jan Freitag/Tom Thieme, Länderporträt: Schweden
Christian Nestler, Zeitschriftenporträt: RotFuchs
Literatur
Literaturbericht: Eckhard Jesse, Der Bau der Mauer vor 50 Jahren
Sammelrezension: Kai Hirschmann, Islamistischer Extremismus, Dschihad und arabische Umbrüche
»*Kontrovers besprochen*«: Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? (Hans Fenske, Jens Reich, Samuel Salzborn, Thilo Sarrazin, Brigitte Seebacher)
Rezensionsessay: Pippa Norris, Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited (Sebastian Liebold)
»*Wieder gelesen*«: Carl J. Friedrich/Zbigniew Brzezinski, Totalitäre Diktatur (Hans J. Lietzmann)
Literatur aus der „Szene“: Karl Heinz Hoffmann, Die Oktoberfestlegende (Ulrich Chaussy)
Hauptbesprechungen:
Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? (Tom Mannewitz)
Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland (Bettina Blank)
Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, Ordnung. Macht. Extremismus (Thomas Grumke)
Jens-Uwe Heuer, Glanz, Elend und Wiederkehr des Staatsdenkers Carl Schmitt (Wolfgang Schuller)
Tobias Hof, Staat und Terrorismus in Italien 1969-1982 (Roland Höhne)
Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“ (Lars Normann)
Diarmuid Jeffreys, Weltkonzern und Kriegskartell (Bernd Jürgen Wendt)
Ralph Jessen/Hedwig Richter, Voting for Hitler and Stalin (Max Kaase)
Henry Kissinger, China (Sebastian Bersick)
Claus Leggewie, Der Kampf um die europäische Erinnerung (Wilfried von Bredow)
Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ (Lothar Probst)
Manus I. Midlarsky, Origins of Political Extremism (Rudolf van Hüllen)
Manfred Nebelin, Ludendorff (Peter März)
Timothy Snyder, Bloodlands (Ernst Nolte)
Michael Stoiber, Die Qualität der Demokratien im Vergleich (Manfred G. Schmidt)
Verfassungsschutzbericht 2010 (Jürgen P. Lang)
Franz Walter, Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus (Klaus Schönhoven)
Karlheinz Weißmann, Armin Mohler (Michael Ploenus)
Karsten Wilke, Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (Hajo Funke)
Stefan Wolle, Aufbruch in die Utopie (Marc-Dietrich Ohse)
Kurzbesprechungen
Kommentierte Bibliographie
Zeitschriftenauslese
Verzeichnis der besprochenen Bücher
Mitteilungen und Hinweise
Personenverzeichnis
Autorenverzeichnis

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Inhalt Band 23/2011

Editorial
Analysen
Eckhard Jesse, Feindbilder im Extremismus
Wilhelm Mensing, Die sowjetische Auslieferung deutscher Emigranten
Birgit Enzmann, Der Neue Mensch – ein totalitäres Projekt?
Gransow/Partmann/Strohmeier, Politischer Rechts- und Linksextremismus
Forum
Der Streit um die „Extremismusklausel“
Fragen
Antworten: Dorothee Bär, Florian Bernschneider, Ulla Jelpke, Monika Lazar, Sönke Rix
Antworten zu den Antworten
Daten, Dokumente, Dossiers
Eckhard Jesse, Wahlen 2010
Uwe Backes, Organisationen 2010
Alexander Gallus, Dokumentation 2010
Lars Normann, Vorstandswechsel, Fusion und Ende der DVU
Andreas M. Vollmer, Das Erbe der WAS G für die Partei „Die Linke“
Michail Logvinov, Deutschland im Visier des islamistischen Terrorismus
Marc Brandstetter, Biographisches Porträt: Matthias Faust
Thomas Schubert, Länderporträt: Dänemark
Marie-Isabel Kane, Zeitschriftenporträt: Interim
Literatur
Literaturbericht: Lazaros Miliopoulos, Islamdebatte und Nah-/Mittelostpolitik
Sammelrezension: Werner Müller, Zwanzig Jahre deutsche Einheit
»Kontrovers besprochen«: Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab (Al-Wazir, Dustdar, Horn, Kramer)
Rezensionsessay: Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit (Hans Fenske)
»Wieder gelesen«: Seymor M. Lipset, Demokratie der Soziologie (Thomas Schubert)
Literatur aus der „Szene“: Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand (Patrick Moreau)
Hauptbesprechungen:
Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.), Autoritarismus Reloaded (Marianne Kneuer)
Maurizio Bach/Stefan Breuer, Faschismus als Bewegung und Regime (Ernst Nolte)
Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus (Uwe Ullrich)
Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland (Stephan Hilsberg)
George W. Bush, Decision Points (Ulrike Esther Franke)
Stéphane Courtois (Hrsg.), Das Handbuch des Kommunismus (Rudolf van Hüllen)
Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die Mitte in der Krise (Max Kaase)
Feld/Huber/Jung/Welzel (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2009 (Frank Decker)
Sonja Grimm, Erzwungene Demokratie (Erhard Forndran)
Peter Longerich, Goebbels (Bernd Jürgen Wendt)
Peter März, Mythen, Bilder, Fakten (Jens Reich)
Hans Mommsen, Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (Felix Dirsch)
Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte (Alfons Söllner)
Herfried Münkler, Mitte und Maß (Barbara Zehnpfennig)
Heinrich Oberreuter, Wendezeiten (Wilfried von Bredow)
Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments (Tom Mannewitz)
Tim Spier, Modernisierungsverlierer? (Kai Arzheimer)
Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland (Jürgen R. Winkler)
Peer Steinbrück, Unterm Strich (Matthias Rößler)
Verfassungsschutzbericht 2009 (Madeleine Petschke)
Kurzbesprechungen
Kommentierte Bibliographie
Zeitschriftenauslese
Verzeichnis der besprochenen Bücher
Mitteilungen und Hinweise
Personenverzeichnis
Autorenverzeichnis

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Inhalt Band 22/2010

Editorial
Analysen
Uwe Backes, Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik
Mathias Brodkorb, Vom Verstehen zum Entlarven
Jürgen Plöhn, Extremismus im Reichstag der Weimarer Republik
Tom Mannewitz, Sonderfall Ostdeutschland?
Daten, Dokumente, Dossiers
Eckhard Jesse, Wahlen 2009
Uwe Backes, Organisationen 2009
Alexander Gallus, Dokumentation 2009
Matthias Mletzko, „Sturm 34“
Bettina Blank, Die VVN-BdA und das Grundgesetz
Dirk Baehr, Charakteristika salafistischer Strömungen in Deutschland
Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Sahra Wagenknecht
Thorsten Winkelmann, Länderporträt: Südafrika
Mathias Brodkorb/Stefan Bruhn, Zeitschriftenporträt: Hier & Jetzt
Literatur
Literaturbericht: Stefan Wolle, Die friedliche Revolution und der Mauerfall 1989
Sammelrezension: Jürgen R. Winkler, Der Rechtsextremismus der Gegenwart und seine Bekämpfung
»Kontrovers besprochen«: Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus (Kimmel, Kraushaar, Moreau)
Rezensionsessay: Ernst Nolte, Die dritte radikale Widerstandsbewegung (Mathias Brodkorb)
»Wieder gelesen«: Hans Kelsen, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre (Frank Schale)
Literatur aus der „Szene“: André Busch, Blutzeugen (Elmar Vieregge)
Hauptbesprechungen:
Margaret Lavinia Anderson, Lehrjahre der Demokratie (Hans Fenske)
Hans Herbert von Arnim, Volksparteien ohne Volk (Peter Lösche)
Archie Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus (Ernst Nolte)
Martin van Creveld, Gesichter des Krieges (Wilfried von Bredow)
Lothar Fritze, Legitimer Widerstand? (Wulf Kellerwessel)
Robert Gellately, Lenin, Stalin und Hitler (Iring Fetscher)
Geyer/Fitzpatrick (Hrsg.), Beyond Totalitarianism (Uwe Backes)
Kamiński/Persak/Gieseke (Hrsg.), Handbuch der kommunistischen Geheimdienste (Gerhard Wettig)
Gilles Kepel, Die Spirale des Terrors (Hendrik Hansen)
Ben Kiernan, Erde und Blut (Imanuel Geiss)
Hubertus Knabe, Honeckers Erben (Jürgen P. Lang)
Tilmann Lahme, Golo Mann (Helmut Wagner)
Reinhard Mehring, Carl Schmitt (Alfons Söllner)
Herbert Mies, Mit einem Ziel vor Augen (Rudolf van Hüllen)
Möllers/van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit (Hans-Gerd Jaschke)
Müller/Hartmann, Vorwärts und vergessen (Dorit Seichter)
Herfried Münkler, Die Deutschen und ihre Mythen (Arnulf Baring)
Verfassungsschutzbericht 2008 (Tom Thieme)
Evelyn Völkel, Der totalitäre Staat (Birgit Enzmann)
Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich (Armin Pfahl-Traughber)
Kurzbesprechungen
Kommentierte Bibliographie
Zeitschriftenauslese
Verzeichnis der besprochenen Bücher
Mitteilungen und Hinweise
Personenverzeichnis
Autorenverzeichnis

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845251585 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 21:47:28. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte
Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.